Edition Zeitgeschehen

EBERHARD ALEFF

DAS DRITTE REICH

EBERHARD ALEFF

DAS DRITTE REICH

EDITION ZEITGESCHEHEN



Edition Zeitgeschehen

DAS DRITTE REICH

HERAUSGEGEBEN VON
EBERHARD ALEFF

MIT BEITRÄGEN VON
WALTER TORMIN
EBERHARD ALEFF
FRIEDRICH ZIPFEL



7. Auflage

Satz: Druckhaus Schmalfeldt, Bremen
Druck: Göttinger Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH
Einband: Hubert und Co., Göttingen
Printed in W. Germany 1976
ISBN 3 7716 2020 1

Bildnachweis

ZAHLENBILDER, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin (5)

Kurt-Desch-Verlag, München (4)

Südwestverlag, München (10)

Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, Berlin (3)

Der Spiegel, Hamburg (1)

INHALT

VORWORT ZUR NEUAUSGABE

Umfassend neu bearbeitet, in weiten Teilen neu gegliedert und neu geschrieben, liegt nun das Buch »Das Dritte Reich« wieder vor. In der bekannten und vielfach anerkannten Reihe »Zeitgeschichte in Text und Quellen« setzt es den ersten Band von Walter Tormin »Die Weimarer Republik« fort und wird fortgesetzt vom vorerst dritten von Herbert Lilge »Deutschland 1945–1963«.

Die Autoren wenden sich in erster Linie an den politisch – also auch zeitgeschichtlich – interessierten Leser ohne besondere Vorkenntnisse, der einen raschen und zuverlässigen Überblick sucht. Ihm bieten sie auf dem heutigen Stand der Forschung eine Auswahl der wichtigsten Erkenntnisse, Argumente und Probleme, dazu unterschiedliche Standpunkte und auch umstrittene Fragen, die sie offen ließen, um ihm eigenes Urteilen nicht vorwegzunehmen.

Vor allem aber – und das ist doch etwas, das Besondere dieser Reihe – verknüpfen sie die gedrängte Darstellung immer wieder mit der unmittelbaren Anschaulichkeit der Quellen selbst, die nicht in einem Anhang isoliert, vielmehr in längeren und kürzeren Auszügen vor Ort in die Schilderung eingebaut sind. Damit werden Hintergründe und Zusammenhänge sichtbar, ohne die manche Quelle für sich alleine oft stumm bliebe. Vieles erhellt auch erst durch die Kombination von Quellen ganz verschiedener Art: Führerreden und Stimmungsberichten, Gesetzen und Behördenbriefwechsel, Gerichtsurteilen und Untergrund-Flugblättern, Gestapomeldungen und illegalen Schriften, amtlichen Protokollen und privaten Tagebüchern, Presseartikeln und statistischen Tabellen, späteren Erinnerungen und zeitgenössischem Material.

Um kritische Sachlichkeit bemüht, gleichwohl engagiert, suchten die Autoren, vielleicht stärker als weithin üblich, in Darstellung und Quellen widerzuspiegeln auch
- die Uneinheitlichkeit des Nationalsozialismus in Idee und erst recht in Praxis,
- die Widersprüche zwischen Weltanschauung und Wirklichkeit,
- die Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen und ihren Apparaten,
- Eigenständigkeiten von Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik,
- Denken, Verhalten und Handeln von Menschen im Alltag in seiner Mannigfaltigkeit und nicht nur Haupt- und Staatsaktionen der Herrschenden, Geschichte also auch von »unten« und nicht nur von »oben«,
- die nicht- und anti-nationalsozialistischen Kräfte in Deutschland wie im Exil, also auch andere Kontinuitäten deutscher Geschichte, die auch 1933–1945 nicht ausschließlich Geschichte des Nationalsozialismus war.

Die Quellen zeigen: Die Schrecken waren keine Auswüchse, sondern Wesensmerkmal, aus dem sich Aufstieg und Untergang erklären lassen. Das Dritte Reich war mehr als bloßer Betriebsunfall der deutschen Geschichte, aber auch nicht ihre zwangsläufige Endstation. Politik, so sehen es die Autoren, ist nicht automatischer Ablauf unentrinnbarer Gesetzmäßigkeiten; sie ist eine Summe von Entscheidungen, zu denen es so gut wie immer Alternativen gibt und die zu verantworten sind.

Berlin, im Juli 1970 *Eberhard Aleff*



WALTER TORMIN
1933–1934 DIE MACHTERGREIFUNG

Der Nationalsozialismus

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident von Hindenburg den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Die Weimarer Republik, der erste Versuch eines demokratischen Staates in Deutschland, war zu Ende. Hitler herrschte bis 1945 über Deutschland und zeitweise über einen großen Teil Europas.
Wer war dieser Mann? Welche Ziele vertraten er und seine Partei? Welche Rolle spielt der Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte?

Hitler wurde als Sohn eines Zollbeamten 1889 in Österreich geboren. Mit 18 Jahren ging er nach Wien, wo er vergeblich versuchte, in die Akademie der Bildenden Künste aufgenommen zu werden. Nach dem Tode seiner Eltern lebte er von einer Waisenrente und vom Verkauf selbstgemalter Bilder und Postkarten. Im Gegensatz zu seinen eigenen Angaben [1] litt er keine Not und arbeitete allenfalls einige Wochen als Hilfsarbeiter auf dem Bau. Er wohnte in möblierten Zimmern und im Männerheim, einer Art einfachen Hotels für Junggesellen, las viel, aber völlig wahllos, diskutierte mit jedem, der bereit war zuzuhören, und träumte davon, ein großer Künstler zu werden, Kunstmaler, wofür aber seine Begabung nicht ausreichte.
1913 zog Hitler nach München, um sich dem Wehrdienst in Österreich zu entziehen. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges trat er als Freiwilliger in ein bayrisches Regiment ein, mit dem er den Krieg an der Westfront erlebte. Er wurde zweimal verwundet, brachte es zum Gefreiten und erhielt das Eiserne Kreuz I. Klasse. Hitler liebte den Krieg, der seinem Leben zum erstenmal einen Sinn gab. Militärische Disziplin und Kameradschaft, Befehl und Gehorsam wurden für ihn, der mit sich selbst bisher nichts Rechtes anzufangen gewußt hatte, zur idealen Lebensform, zum Vorbild für die gesellschaftliche Ordnung.

Das Kriegsende erlebte Hitler im Lazarett. Eine Welt brach für ihn zusammen. Die Niederlage Deutschlands und die Revolution durften und konnten nicht das Ergebnis natürlicher geschichtlicher Kräfte, sondern nur das Werk einer verbrecherischen Verschwörung von Juden, Marxisten und anderen »Novemberverbrechern« sein.
Hitler blieb bei der Reichswehr in München, nach eigenen Angaben als »Bildungsoffizier«, in Wirklichkeit als politischer Agent oder Spitzel [2]. In dieser Eigenschaft lernte er im September 1919 die »Deutsche Arbeiterpartei« kennen, eine winzige Gruppe mit antisemitischen, nationalistischen und verschwommenen sozialen Tendenzen. Hitler schloß sich ihr an, weil er glaubte, hier eine Plattform für seinen Aufstieg als Politiker gefunden zu haben.
Bald gelang es ihm, die Führung der Partei, jetzt »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei«, zu übernehmen. Die Mitgliederzahl wuchs bis 1923 auf 56 000. Schwerpunkt war München, das nach der Niederwerfung der Räterepublik zum Sammelbecken aller möglichen nationalistischen Kräfte wurde. Der mißglückte Putsch

vom 8./9. November 1923 zerschlug die Partei und brachte Hitler für einige Monate in Festungshaft. 1925 begann er mit dem Neuaufbau der Partei und ihrer halbmilitärischen Straßenkampforganisation, der 1921 als Saalschutz entstandenen SA (»Sturmabteilung«), sowie mit ihrer Ausbreitung über München und Bayern hinaus. Wirkliche Bedeutung gewann die NSDAP jedoch erst nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Bei den Reichstagswahlen von 1932 wurde sie zur stärksten Partei und blieb es auch nach ihrem Rückgang im November.

NSDAP-Mitglieder [3]			Nationalsozialistische Wahlergebnisse				
Jahr	Stichtag	Zahl	Datum	Wahl	Stimmen	v. H.	Sitze
1924	—	—	4. 5.	Reichstag	1 924 018	6,5	32
			7. 12.	Reichstag	907 242	3,0	14
1925	31. 12.	27 117	29. 3.	Reichspräs.	285 793	1,1	—
1928	31. 12.	108 717	20. 5.	Reichstag	810 127	2,6	12
1930	14. 9.	129 563	14. 9.	Reichstag	6 406 397	18,3	107
1932	1. 1.	686 000	13. 3.	Reichspräs.	11 339 285	30,1	—
	1. 4.	1 000 000	10. 4.	Reichspräs.	13 418 051	36,8	—
			31. 7.	Reichstag	13 745 780	37,3	230
	31. 12.	1 378 000	6. 11.	Reichstag	11 768 785	33,1	196
1933	31. 1.	849 000					

Der Aufstieg der NSDAP und des Nationalsozialismus überhaupt ist ohne Hitler nicht denkbar. *Eher noch als die Eigenschaften, die ihn aus der Masse heraushoben* – Rednergabe, Organisationstalent, hemmungsloses Machtstreben – *haben jene Eigenschaften seinen Erfolg begründet, die er mit ihr gemein hatte und beispielhaft repräsentierte: die Inkarnation des Durchschnitts ... Die Geschichte seines Aufstiegs vom Männerheim zur Reichskanzlei ist die Geschichte der Projektion eines individuellen Versagens auf ein ganzes Volk. Er war ihm insofern voraus, als er für die persönlichen Notlagen, Demütigungen und Enttäuschungen, die seinen frühen Lebensweg säumen, längst die Bewältigungsformeln gefunden hatte, die er dem Volk schließlich präsentierte.* [4]

Welche Formeln waren das? Wenn man versucht, die Ideen und Ziele Hitlers und der NSDAP zusammenzufassen, so gibt das 1920 verkündete Programm der Partei, eine willkürliche Zusammenstellung von nationalistischen, antisemitischen und antidemokratischen Forderungen mit verworrenen wirtschaftspolitischen Theorien, nur beschränkt Auskunft. Wichtiger sind andere Äußerungen Hitlers und seiner Anhänger, insbesondere sein 1924 in der Festungshaft begonnenes Buch »Mein Kampf«.

Im Zentrum seiner Lehre steht der Rassegedanke: *Die Sünde wider Blut und Rasse ist die Erbsünde dieser Welt und das Ende einer sich ihr ergebenden Menschheit ... Demgegenüber erkennt die völkische Weltanschauung die Bedeutung der Menschheit in deren rassischen Urelementen. Sie sieht im Staat prinzipiell nur ein Mittel zum Zweck und faßt als seinen Zweck die Erhaltung des rassischen Daseins der Menschen auf.* [5] Die Rasse also, die biologische Zuordnung des Menschen, die angeblich nicht nur seine körperlichen Merkmale, sondern auch seine geistigen und seelischen An-

lagen bestimmt, wird zum letzten Wert und zur bewegenden Kraft der Geschichte, letztlich zu einer Art Gottheit erhoben.
Zwischen den Rassen und zwischen den einzelnen Menschen herrscht nach Hitlers Ansicht ein unerbittlicher Kampf ums Dasein: *Die Natur kennt keine politischen Grenzen. Sie setzt die Lebewesen zunächst auf diesen Erdball und sieht dem freien Spiel der Kräfte zu. Der Stärkste an Mut und Fleiß erhält dann als ihr liebstes Kind das Herrenrecht des Daseins zugesprochen ... Am Ende siegt ewig nur die Sucht der Selbsterhaltung. Unter ihr schmilzt die sogenannte Humanität als Ausdruck einer Mischung von Dummheit, Feigheit und eingebildetem Besserwissen, wie Schnee in der Märzensonne. Im ewigen Kampfe ist die Menschheit groß geworden – im ewigen Frieden geht sie zugrunde.*[6]
Unschwer ist die Herkunft dieser Gedanken zu erkennen. Darwins biologische Lehre von der Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl (Charles Darwin: On the Origin of Species, 1859) wird auf die Geschichte übertragen. Das menschliche Leben wird ausschließlich durch biologische Gesetze bestimmt gesehen. Die Existenz und die Wirksamkeit geistiger und sittlicher Maßstäbe, Werte und Kräfte werden geleugnet.
Von allen Rassen ist nach Hitlers Ansicht die nordische oder arische Rasse die wertvollste, im Grunde die einzig wertvolle und schöpferische überhaupt. Ihr steht daher die Herrschaft über die Erde naturgesetzlich zu. Daß »arisch« ein Begriff der Sprachwissenschaft ist und daß es eine arische oder nordische Rasse im wissenschaftlichen Sinne nicht gibt, interessierte Hitler wenig. Er brauchte den Begriff, um sein eigenes Machtstreben »wissenschaftlich« zu rechtfertigen.
Dasselbe gilt für das Gegenbild der arischen, für die jüdische Rasse. Wie der Arier die Verkörperung alles Guten und Edlen in der Welt sein soll, so stellt der Jude das negative Prinzip dar. Er ist der Feind, den es ununterbrochen zu bekämpfen gilt und der für alle Niederlagen im persönlichen wie im politischen Leben verantwortlich gemacht wird: *Gab es denn da einen Unrat, eine Schamlosigkeit in irgendeiner Form, vor allem des kulturellen Lebens, an der nicht wenigstens ein Jude beteiligt gewesen wäre? Sowie man nur vorsichtig in eine solche Geschwulst hineinschnitt, fand man, wie die Made im faulenden Leibe, oft ganz geblendet vom plötzlichen Lichte, ein Jüdlein ... So ist der Jude heute der große Hetzer zur restlosen Zerstörung Deutschlands. Wo immer wir in der Welt Angriffe gegen Deutschland lesen, sind Juden ihre Fabrikanten ... Der Jude ... geht seinen Weg, den Weg des Einschleichens in die Völker und des inneren Aushöhlens derselben, und er kämpft mit seinen Waffen, mit Lüge und Verleumdung, Vergiftung und Zersetzung, den Kampf steigernd bis zur blutigen Ausrottung der ihm verhaßten Gegner.*[7]
Antisemitismus hatte Hitler schon im Elternhaus, in der Schule und in Wien kennengelernt. Er wurde zum beherrschenden Motiv seines Handelns, zur einzigen niemals verleugneten Grundlage seiner »Weltanschauung«. Zugleich war der Antisemitismus aber auch ein Instrument im Kampf um die Macht: *Die Propaganda des Antisemitismus ist in allen Ländern das geradezu unentbehrliche Hilfsmittel für die Verbreitung unseres politischen Kampfes.* Der Jude dürfe keineswegs völlig ausgerottet werden: *»Nein«, erwiderte Hitler, »dann müßten wir ihn erfinden. Man braucht einen sichtbaren Feind, nicht einen unsichtbaren.«*[8] Eine totalitäre Ideologie muß den aufgepeitschten Emotionen und Aggressionen ihrer Anhänger ein konkretes Ziel zeigen, einen Feind, der moralisch diskreditiert ist, so daß seine Bekämpfung die eigene Sache rechtfertigt.

Gegenüber der Rassenlehre und dem Antisemitismus spielten die Begriffe, die der NSDAP den Namen gaben, eine zweitrangige Rolle. Für viele Deutsche aber war die Versöhnung von Nationalismus und Sozialismus, dieser beiden großen Ideen des 19. Jahrhunderts, die sich bisher fast immer bekämpft hatten, das eigentlich Neue und Faszinierende. Der Sozialismus der Nationalsozialisten hatte allerdings mit dem, was bisher darunter verstanden wurde, wenig gemein. Es ging nicht um eine Veränderung der Gesellschaftsordnung durch Einschränkung oder Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, sondern nur um soziale Fürsorge und eine mehr äußerliche Angleichung der Klassen. Klassengegensätze und soziale Konflikte sollten nicht aufgehoben, sondern im Rahmen der »Volksgemeinschaft« aus dem Bewußtsein verdrängt werden. *Das Primäre ist für uns nicht der einzelne, sondern die Gemeinschaft aller Volksgenossen. Deshalb nennen wir uns Sozialisten.* [9]
Der Nationalismus der NSDAP war dagegen mehr als ein Schlagwort. Er fand seine »wissenschaftliche« Rechtfertigung durch die Rassenlehre und kompensierte in einer Epoche nationaler Not – verlorener Krieg, Versailles, Reparationen – die Minderwertigkeitsgefühle vieler Deutscher. Die nationalsozialistische Propaganda feierte die Nation, feierte Deutschland als letzten und höchsten Wert. Später allerdings, im Zweiten Weltkrieg, bekannte Hitler im vertraulichen Gespräch, daß das deutsche Volk für ihn kein Wert an sich war, sondern nur ein Instrument im Kampf um die Macht: *Sollte das deutsche Volk versagen, dann wird es untergehen. – Ja, dann soll es untergehen, dann soll es krepieren; denn die Besten des Volkes werden im Kampf gefallen sein, und der Rest soll dem biologisch Stärkeren Platz machen. Versagt das deutsche Volk, dann wird das Ende für Deutschland grausam sein. Aber mehr hat es dann nicht verdient.*[10] Auch das Bekenntnis zur Nation, das heute von manchem als das Positive am Nationalsozialismus bezeichnet wird (z. B. in der rechtsradikalen Publizistik und bei der NPD), diente also letztlich nur einem Ziel: der Eroberung unumschränkter Macht.
Der Kampf um die Macht, der Aufstieg der arischen Rasse und ihres wertvollsten Teils, des deutschen Volkes, zum »Herrenvolk« der Erde (Hitler) forderte die Unterordnung aller unter den Willen eines einzelnen. Liberalismus, Parlamentarismus und Demokratie seien jüdische Erfindungen, um das deutsche Volk zu schwächen und zu vernichten. Hitler lehrte *die wahrhaftige germanische Demokratie: In ihr gibt es keine Abstimmung einer Majorität zu einzelnen Fragen, sondern nur die Bestimmung eines einzigen, der dann mit Vermögen und Leben für seine Entscheidung einzutreten hat ... Damit ist die Bewegung aber antiparlamentarisch, und selbst ihre Beteiligung an einer parlamentarischen Institution kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen, zur Beseitigung einer Einrichtung, in der wir eine der schwersten Verfallserscheinungen der Menschheit zu erblicken haben.* [11] Das innenpolitische Ziel war also die Beseitigung der Demokratie und der Mitbestimmung des Volkes über sein Schicksal, die Errichtung einer Diktatur.
Ziel und Sinn dieser Diktatur war die Entfaltung äußerer Macht: *Heute werde ich nur von der nüchternen Erkenntnis geleitet, daß man verlorene Gebiete nicht durch die Zungenfertigkeit geschliffener parlamentarischer Mäuler zurückgewinnt, sondern durch ein geschliffenes Schwert zu erobern hat, also durch einen blutigen Kampf.* [12]
Welche verlorenen Gebiete wollte Hitler zurückgewinnen? Antwort gibt zunächst das Programm der NSDAP: *1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland. 2. ... Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.* Hitlers Ziele

Berlin, VI. Jahrgang
7. Folge 1939

Der Schulungsbrief

Das zentrale Monatsblatt der NSDAP. und DAF. (Hauptschulungsamt der NSDAP. und Schulungsamt der DAF.) Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter

Zur Stärkung seiner politischen Stellung versucht der Jude, die rassischen und staatsbürgerlichen Schranken einzureißen, die ihn zunächst noch auf Schritt und Tritt beengen. Er kämpft zu diesem Zwecke mit aller ihm eigenen Zähigkeit für die religiöse Toleranz und hat in der ihm vollständig verfallenen Freimaurerei ein vorzügliches Instrument zur Verfechtung wie aber auch zur Durchschiebung seiner Ziele. Die Kreise der Regierenden sowie die höheren Schichten des politischen und wirtschaftlichen Bürgertums gelangen durch maurerische Fäden in seine Schlingen, ohne daß sie es auch nur zu ahnen brauchen.

Adolf Hitler: „Mein Kampf", Seite 345

Antisemitismus als zentrales Thema der »weltanschaulichen Schulung«: Titelblatt des Schulungsbriefes der NSDAP

gingen jedoch weiter: *Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken . . . Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein.*[13] (S. 129–133)

Die außenpolitischen Ziele waren also:
1. Wiedergewinnung der nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen Gebiete.
2. Anschluß aller Gebiete, die außerhalb des Reiches von Deutschen bewohnt wurden.
3. Eroberung neuen »Lebensraumes« im Osten.
4. Weltherrschaft Deutschlands oder vielmehr Hitlers.

Das Mittel hierzu sollte der Krieg sein: *So wie unsere Vorfahren den Boden, auf dem wir heute leben, nicht vom Himmel geschenkt erhielten, sondern durch Lebenseinsatz erkämpfen mußten, so wird auch uns in Zukunft den Boden und damit das Leben für unser Volk keine göttliche Gnade zuweisen, sondern nur die Gewalt eines siegreichen Schwertes.*[14]

Es ist schwer zu verstehen, daß Millionen von Menschen bei vernünftiger Überlegung dieses Programm und die nationalsozialistische Ideologie ernst nahmen und darin die einzige Zukunftshoffnung erblickten. Aber der Nationalsozialismus sprach nicht die Vernunft an und wollte sie nicht ansprechen. Er behauptete, ein höheres Erkenntnisprinzip zu besitzen, den Glauben, den (rassisch bedingten) Instinkt: *Vertrauen Sie Ihrem Gefühl, Ihrem guten Instinkt oder wie Sie das nennen wollen. Und vertrauen Sie niemals Ihren Kenntnissen.*[15] – *Unsere Lehre ist eine Glaubenssache. Hier muß der Instinkt des Blutes sprechen. Sie müssen fühlen und wissen, daß unsere Rassenlehre richtig ist, daß unsere Kultur in Deutschland das Produkt unseres Blutes und unserer Rasse ist.*[16]

Der Instinkt des Blutes sah die Wirklichkeit so, wie er sie sehen wollte, und ignorierte die Tatsachen, die dem vorgegebenen Weltbild widersprachen. In einer Zeit äußerster materieller Not flüchteten viele Deutsche nur allzugern aus dem Elend der Gegenwart in diese Wunschwelt.

Welcher Maßstab bestimmt die Erkenntnis, wenn die Vernunft ausgeschaltet ist? Wer entscheidet darüber, welcher Glaube der richtige ist? Nach nationalsozialistischer Auffassung kannte allein der Führer die tiefsten Geheimnisse der Geschichte und des menschlichen Lebens: *Wenn der katholische Christ überzeugt ist, daß der Papst in allen religiösen und sittlichen Dingen unfehlbar sei, so erklären wir Nationalsozialisten mit der gleichen innersten Überzeugung, daß auch für uns der Führer in allen politischen und sonstigen Dingen, die das nationale und soziale Interesse des Volkes angehen, glattweg unfehlbar ist.*[17] Als erste Pflicht und oberster Grundsatz galt für jeden Nationalsozialisten: *Der Führer hat immer recht.*

Der Irrationalismus und die verschiedenen, mehr zufällig zusammengefügten Elemente des Nationalsozialismus machen es schwer, ihn einzuordnen und zusammenfassend zu werten. In der wissenschaftlichen Literatur sind hierzu verschiedene Auffassungen vorgetragen worden, von denen die wichtigsten vorgestellt werden sollen.[18]

1. Der Nationalsozialismus war das Produkt der bisherigen deutschen Geschichte und des von ihr geformten deutschen Nationalcharakters: *In verschiedenen Abschnitten ihrer Geschichte und besonders im 19. Jahrhundert haben die Deutschen mit einer verzweifelten Überzeugung, die entweder aus der inneren Zerspaltung*

und Schwäche oder, im Gegenteil, aus dem Gedanken einer souveränen und unbesiegbaren Macht stammte, geglaubt, sie hätten eine göttliche Sendung, Deutschland sei durch die Vorsehung auserwählt. [19] *– Denn Hitlers Gedankengänge und Passionen – alle Verirrungen seines fieberhaft tätigen Gehirns – waren tief verwurzelt in der deutschen Vergangenheit und Gedankenwelt. Der Nationalsozialismus und das Dritte Reich waren in der Tat nur eine logische Fortsetzung deutscher Geschichte.* [20]

Aber: Warum haben sich gerade die von Hitler verkörperten Tendenzen der deutschen Geschichte durchgesetzt und nicht die doch ebenso vorhandene freiheitlich-humanitäre Tradition? Stand der Widerstand gegen den Nationalsozialismus außerhalb der deutschen Tradition? Warum gab und gibt es Anhänger des Nationalsozialismus und ähnliche Bewegungen, etwa den Faschismus, in anderen Ländern mit anderer Vergangenheit und anderer Gedankenwelt?

2. Der Nationalsozialismus beruhte auf übernationalen Faktoren, auf einer Krise der Industriegesellschaft im 20. Jahrhundert oder auf letztlich unerklärbaren dämonischen Kräften. Sein Auftreten in Deutschland war mehr zufällig, eine Art Betriebsunfall, der überall hätte passieren können: *Trotzdem wäre es grundfalsch ..., wenn man den Nationalsozialismus selbst aus den hier genannten Voraussetzungen deutscher Geschichte ableiten wollte, die seinen Machterfolg erleichterten: als letzte Konsequenz etwa und Übersteigerung eigentümlich deutscher Traditionen. ... Im Kern seines Wesens ist der Nationalsozialismus gar kein originaldeutsches Gewächs, sondern die deutsche Form einer europäischen Erscheinung: des Einparteien- und Führerstaates. Dieser aber läßt sich nicht aus älteren Traditionen erklären, sondern nur aus einer spezifisch modernen Krisis, aus der Krisis der liberalen Gesellschaft und Staatsform.*[21] *– Die »Bewegung« der hegemonialen Dämonie eroberte alle Kommandohöhen. . . .* Hitler *ist der leibliche Dämon des extremen Hegemonialkampfes . . . So forderte die Dämonie der europäischen Hegemonialkämpfe 1945 ihr letztes Opfer ein.*[22]

   Aber: Warum ist in anderen von der allgemeinen Krisis betroffenen Ländern kein Nationalsozialismus zur Macht gekommen? Wie erklären sich seine spezifisch deutschen Züge? Muß nicht, wenn ein Betriebsunfall sehr schwere Folgen hat, im Betrieb etwas in Unordnung gewesen sein? [23]

3. Nach kommunistischer Auffassung war der Nationalsozialismus der letzte, verzweifelte Versuch des Monopolkapitals, seinen bevorstehenden Untergang mit Gewalt aufzuhalten: *Die Errichtung der faschistischen Diktatur zeugte von dem Bestreben der aggressivsten Kreise des deutschen Monopolkapitals, den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der gesetzmäßig mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begonnen hatte, gewaltsam rückgängig zu machen, die Sowjetmacht zu vernichten und die ungeteilte Herrschaft des Weltimperialismus wiederherzustellen.*[24] *– Nur auf diese Weise gelang es der herrschenden Klasse, aus der tiefen Krise ihres gesamten Systems zeitweilig herauszukommen.*[25]

   Aber: Warum gab es unter den deutschen Kapitalisten neben Anhängern und Nutznießern des Nationalsozialismus auch erbitterte Gegner? Wie weit haben die Wirtschaftsführer Hitler beherrscht und wie weit beherrschte dieser die Wirtschaft? Wie hat eine Bewegung, die die Macht des Kapitals erhalten wollte, eine so erstaunliche Wirkung auf die breiten Massen ausüben können?

4. Der Nationalsozialismus war, wie der Bolschewismus, eine der Erscheinungs-

formen des modernen Totalitarismus: *Wir kennen bisher nur zwei wirklich totalitäre Herrschaftsapparate, die Diktatur des Nationalsozialismus nach 1938 und die Diktatur des Bolschewismus seit 1930. Diese Herrschaftsformen unterscheiden sich wesentlich von anderen Arten diktatorischer, despotischer oder tyrannischer Gewalt, und wenn sie sich auch aus Parteidiktaturen mit einer gewissen Folgerichtigkeit entwickelt haben, so sind doch die eigentlich totalitären Züge ihrer Herrschaft neu und aus den Einparteiensystemen nicht ableitbar.*[26] – *Überall da, wo freie Wissenschaft möglich ist, besteht heute längst kein Zweifel mehr darüber, daß Nationalsozialismus und Bolschewismus zum selben Typ des Totalitarismus gehören.* [27]

Aber: Wie erklären sich die, trotz mancher Parallelen im Machtanspruch und Herrschaftsstil, unübersehbaren Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus, insbesondere in der Ideologie? Wie konnte aus den unterschiedlichen Bedingungen des absolutistischen, überwiegend agrarischen Rußland und des hochindustrialisierten und demokratischen Deutschland der gleiche Staatstyp hervorgehen? Wie weit sind die Parallelen nur äußerlicher Art?

5. In christlich-theologischer Sicht war der Nationalsozialismus Abfall von Gott, ein Sieg des Bösen in der Welt: *Historisch gesprochen muß der Nationalsozialismus als Apostasie* (Abfall vom christlichen Glauben) *gekennzeichnet werden, . . . er pervertierte die Welt Gottes. Apostasie und Perversion, das ist es, was die westliche Zivilisation im Nationalsozialismus hervorbrachte.*[28] – *Es ist falsch, zu behaupten, daß der Mensch von Natur aus gut sei und daß es nur eine Sünde gebe, die Sünde gegen das Volk. Durch diesen Satz, der jeder Selbsterkenntnis widerspricht und die Herrschaft des Bösen, der Sünde, in der Welt übersieht, hat in Wirklichkeit die Sünde bis ins Furchtbar-Verbrecherische überhand genommen.*[29]

   Aber: Warum haben die Säkularisierung und der Verlust an christlicher Glaubenssubstanz nicht überall zum Nationalsozialismus geführt? Wie sind die – neben gegenteiligen Zeugnissen – doch auch vorliegenden gegenseitigen Sympathieerklärungen von Nationalsozialismus und christlichen Kirchen zu erklären? Welche Relevanz haben theologische Begriffe wie Apostasie und Sünde für ein historisches Problem?

6. Der Nationalsozialismus war die deutsche Ausprägung des Faschismus, der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachtenden Gegenbewegung gegen die mit der Industrialisierung und der Französischen Revolution eingeleitete Emanzipation des Menschen aus geistigen und gesellschaftlichen Bindungen: Die geistige Grundlage des Faschismus *ist offenbar eine spezifische Tendenz zu extremer Reaktion auf die Unsicherheit einer in der Verwandlung zu stetig komplizierteren und unbegrenzteren Formen des Zusammenlebens begriffenen Welt von seiten derjenigen, die sich bedroht glauben.*[30] – *Nachdem aber der Nationalsozialismus einmal zur Herrschaft gelangt war, verkörperten und radikalisierten sich in ihm nahezu alle Wesenszüge des Faschismus auf die anschaulichste Weise und mußten sich alle Urteile in erster Linie auf ihn beziehen.*[31] – *Der Nationalsozialismus war der Todeskampf der souveränen, kriegerischen, in sich antagonistischen Gruppe.* – *Er war praktischer und gewalttätiger Widerstand gegen die Transzendenz, gegen das »Über-Hinaus« im Wesen des Menschen, das die menschlichen Ordnungen und Verhältnisse in ihrem Kern zu verwandeln vermag . . .*[32]

Aber: Wie sind die Unterschiede zwischen Nationalsozialismus, italienischem Faschismus und ähnlichen Bewegungen zu erklären, die spezifisch deutschen Züge des Nationalsozialismus, seine Wurzeln in der deutschen Geschichte? Bewegt sich ein Begriff wie »Transzendenz« nicht auf einer so hohen Stufe der Abstraktion, daß das tatsächliche historische Geschehen dabei aus dem Blickfeld verschwindet?

Die Versuche, den Nationalsozialismus in einer knappen Formel zu charakterisieren, werfen beim gegenwärtigen Stand der Forschung mehr Fragen auf, als sie beantworten. Es bleibt nur der Weg, seine Ursachen und Kennzeichen, seine gesamteuropäischen und seine spezifisch deutschen Voraussetzungen, die Umstände, die seinen Aufstieg ermöglicht haben, und die Wesenszüge, die er mit ähnlichen Bewegungen gemeinsam hatte und die ihn von diesen unterschieden, einzeln zu untersuchen und gegeneinander abzuwägen. Solche Untersuchungen finden sich vor allem in verschiedenen Arbeiten Karl Dietrich Brachers.[33] Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Machtergreifung Hitlers und das Ende der Weimarer Republik trotz mancher Voraussetzungen in der deutschen Tradition und in der Not der Zeit und trotz der Analogien in anderen Ländern kein unvermeidliches Schicksal waren. Noch im letzten Augenblick war es *eine Reihe von vermeidbaren Fehlentscheidungen,* also das Verhalten bestimmter Personen – Hindenburg, Papen, Hugenberg und andere – und Personengruppen – Parteien, Industrie, Reichswehr und andere –, das Hitler zur Macht brachte, nicht ein zwangsläufiger Prozeß. Geschichte wird von Menschen gemacht. Sie sind für ihr Handeln verantwortlich.

Vom 30. Januar zum Ermächtigungsgesetz

Der Regierung Hitler gehörten außer ihm nur zwei weitere Nationalsozialisten an. Dr. Wilhelm Frick, geboren 1877, war Verwaltungsbeamter in München, dann eine Zeitlang erster nationalsozialistischer Länderminister in Thüringen. Als Innenminister unterstand ihm jetzt ein großer Teil der Verwaltung. Hermann Göring, geboren 1893, war Offizier im Ersten Weltkrieg gewesen und früh zur NSDAP gestoßen. Eine Zeitlang war er Führer der SA, nach dem Putsch von 1923 lebte er einige Jahre im Ausland. 1932 wurde er als Vertreter der stärksten Fraktion Präsident des Reichstags. Gleichzeitig mit seiner Ernennung zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für den Luftverkehr wurde er zum preußischen Innenminister ernannt (zunächst kommissarisch). Damit befehligte er die Polizei des wichtigsten deutschen Landes und der Reichshauptstadt.
In dieser Eigenschaft unterstand er formal dem Vizekanzler von Papen, der Reichskommissar in Preußen war. Franz von Papen war Offizier gewesen, nach dem Kriege Gutsherr und Aufsichtsratsvorsitzender der Zentrumszeitung »Germania«. Er gehörte zum äußersten rechten Flügel des Zentrums, bis er aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil er gegen ihren Willen im Juni 1932 Reichskanzler geworden war, allerdings nur für sechs Monate. Nach seinem Sturz betrieb er die Ernennung Hitlers, und es gelang ihm, den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Alfred Hugenberg, als Reichswirtschafts- und Ernährungsminister, und

bewies, daß dies kein leeres Gerede war, einen Eid darauf ablegte, »die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren«? Nicht nur diesen Teil, jedes Wort seines Eides hat Hitler mehrfach gebrochen. Er kam nach den Vorschriften der Verfassung zur Macht, mit dem erklärten Ziel, die Verfassung abzuschaffen. »Legal« kann dieser Vorgang nur in einem sehr äußerlichen Sinne genannt werden.
Trotzdem sprachen die Nationalsozialisten von der »legalen Revolution«. Obwohl ein Widerspruch in sich selbst, verband diese Parole geschickt das tief eingewurzelte Bedürfnis nach Ordnung, Recht und Sicherheit mit der Ankündigung entscheidender Veränderungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Die »legale Revolution« bot, wie so oft in der nationalsozialistischen Propaganda, eine Wunschwelt an, in der Unvereinbares miteinander versöhnt zu sein schien. Auch die andere Parole von der »nationalen Revolution«, nicht etwa einer nationalsozialistischen, war geeignet, das wirkliche Geschehen den Zeitgenossen eher zu verschleiern als zu enthüllen.

Am Abend des 30. Januar fanden überall Siegeskundgebungen der Nationalsozialisten und ihrer Bundesgenossen statt. In Berlin zogen die »nationalen Verbände«, SA, SS und Stahlhelm, in einem großen Fackelzug durch die Wilhelmstraße und an der Reichskanzlei vorbei. Hitler und Hindenburg standen am Fenster. Die Nationalsozialisten wußten: Dies war der Tag ihres Sieges, der Staat würde ihnen gehören.
Am nächsten Tag verkündete die neue Regierung ihr Programm:
So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wiederherzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen . . . Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit . . . Außenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen . . . Sie ist dabei erfüllt von der Größe der Pflicht, mit diesem freien, gleichberechtigten Volk für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor . . . So groß unsere Liebe zu unserem Heere als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit ist, so wären wir doch beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde.[34]
Das Programm klang maßvoll. Für dieselben Ziele hatten sich die Staatsmänner der Weimarer Republik eingesetzt. Hatte Hitler aufgegeben, was er in »Mein Kampf« verkündet hatte? War es gelungen, ihn zur Vernunft zu bringen, zu »zähmen«, wie Schleicher und andere vor 1933 es versucht hatten?
Zwei Tage später sprach Hitler auf einer Befehlshaberbesprechung der Reichswehr:
Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht . . .
1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. (Deutschland). *Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes*

auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann u. diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat . . . Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- u. Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebsschadens der Demokratie!

2. Nach außen: Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf (s. S. 42); *aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. Sorge für Bundesgenossen ...*

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muß wieder kommen . . .

Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung. Sicher, daß erst mit pol. Macht u. Kampf jetzige wirtsch. Zustände geändert werden können. Alles, was jetzt geschehen kann – Siedlung – Aushilfsmittel . . .[35]

Damit begann in Deutschland das Nebeneinander von maßvollen Reden und harten Taten, von öffentlichen Friedensbeteuerungen und geheimer Kriegsvorbereitung, von Entrüstung über angebliche »Greuelnachrichten« und brutalem Terror gegen politische Gegner.

Die Machtübernahme war am 30. Januar nicht beendet, sondern begann erst. Zwar war Hitler Reichskanzler, doch rechneten viele damit, daß er ebenso schnell abwirtschaften werde wie seine Vorgänger, daß seine Regierung sich höchstens einige Monate halten werde. Die Nationalsozialisten allerdings dachten nicht daran, die Macht wieder aufzugeben. Dr. Joseph Goebbels, Hitlers Propagandachef, hatte 1932 in sein Tagebuch geschrieben: *Haben wir die Macht, dann werden wir sie nie wieder aufgeben, es sei denn, man trägt uns als Leichen aus unseren Ämtern heraus.*[36]

Gleich nach dem 30. Januar begann der Wahlkampf für die Neuwahl des Reichstags, die für den 5. März angesetzt war. Die NSDAP, der jetzt die staatlichen Hilfsmittel zur Verfügung standen, entfaltete eine gewaltige Propaganda, während Versammlungen, Zeitungen und andere Propagandamittel der übrigen Parteien vielfach behindert oder verboten wurden. Es gab Straßen- und Saalschlachten, der Wahlkampf kostete 69 Tote. Obwohl Hitler sich betont zuversichtlich gab, war das Ergebnis unsicher. Im November 1932 hatte seine Partei ein Drittel der Stimmen erhalten. Große Teile des Volkes, vor allem die Arbeiterschaft, standen der neuen Regierung gleichgültig bis scharf ablehnend gegenüber.

Da brannte am Abend des 27. Februar das Reichstagsgebäude. Offensichtlich lag Brandstiftung vor. Am Tatort wurde Marinus van der Lubbe, ein junger holländischer Arbeiter, gefunden. Er gab zu, das Gebäude angesteckt zu haben. War er allein? Wer hatte ihn angestiftet? Sicher ist dies: Die offizielle Version, von Hitler im brennenden Reichstag verkündet, das Gebäude sei von den Kommunisten angezündet worden und der Brand das Signal für einen kommunistischen Aufstand, war falsch. Nutznießer war allein die NSDAP, die die Gelegenheit benutzte, 4000 Funktionäre der KPD und viele der SPD zu verhaften und sämtliche Zeitungen dieser Parteien eine Woche vor der entscheidenden Wahl zu verbieten. Um die Frage, ob van der Lubbe allein und aus eigenem Antrieb handelte oder nationalsozialistische Hintermänner hatte, ist eine heftige Kontroverse entbrannt, in der eine Entscheidung bisher nicht möglich ist.





Wahlplakate des Jahres 1933

In Deutschland galt die offizielle Version. Schon am 28. Februar erließ Hindenburg die ihm von Hitler vorgelegte Notverordnung *zum Schutz von Volk und Staat,* die *zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte* die wichtigsten Grundrechte der Weimarer Verfassung *bis auf weiteres* außer Kraft setzte. *Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.* Die Reichsregierung erhielt umfassende Vollmachten *zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.* Für mehrere Verbrechen, darunter Hochverrat und Brandstiftung, wurde die Todesstrafe vorgesehen.[37] Diese Verordnung ist bis 1945 nicht aufgehoben worden und wurde bald nicht nur gegen Kommunisten, sondern gegen alle Gegner des Nationalsozialismus angewandt. Ein großer Teil der Widerstandskämpfer ist auf Grund dieser Verordnung hingerichtet worden.

Mit den Grundrechten wurden der Rechtsstaat und die Demokratie auf »legalem« Wege abgeschafft. *Man kann die Verordnung vom 28. 2. 1933 als die Verfassungsurkunde des Dritten Reiches bezeichnen. Die nationalsozialistische Verfassung war somit der Ausnahmezustand.*[38]

Das Ergebnis der Wahl vom 5. März wurde von der NSDAP als grandioser Sieg gefeiert. *Er ist in seinen Ausmaßen überwältigender, als einer von uns das zu hoffen gewagt hatte . . . Wir sind alle wie in einem Rausch . . . Der Führer ist ganz gerührt vor Freude,* schrieb Goebbels in sein Tagebuch.[39] Dabei hatte die NSDAP nur mit den Deutschnationalen zusammen eine knappe Mehrheit gewonnen:

Wahlberechtigte: 44,7 Mill., Wahlbeteiligung: 88,7 Prozent

	NSDAP	DNVP	Zentrum	BVP	Sonstige	SPD	KPD	Gesamt
Mill. Stimmen	17,3	3,1	4,4	1,1	1,4	7,2	4,8	39,3
Prozent	43,9	8,0	11,2	2,7	3,6	18,3	12,3	100,0
Abgeordnete	288	52	74	18	14	120	81	647

Goebbels' Tagebucheintragung war ein Beispiel für die Technik der nationalsozialistischen Propaganda: Die Wahl brachte einen knappen Sieg der Regierungsparteien, er machte daraus einen überwältigenden Sieg des Nationalsozialismus. Das von der Propaganda vermittelte Bild der Wirklichkeit knüpfte an das tatsächliche Geschehen an, veränderte aber seine Qualität, so daß gewissermaßen eine zweite Wirklichkeit entstand, die das reale Geschehen überdeckte.
Demselben Ziel diente das eindrucksvolle Schauspiel, mit dem der neue Reichstag am 21. März 1933 eröffnet wurde. Er trat in der Garnisonkirche von Potsdam, der letzten Ruhestätte Friedrichs des Großen, zusammen. Hier verneigte sich vor den Abgeordneten – die Kommunisten waren allerdings ausgeschlossen, und die Sozialdemokraten blieben fern – und vor einem Spalier von Generälen des Ersten Weltkrieges, an ihrer Spitze der ehemalige deutsche Kronprinz, Hitler vor Hindenburg und reichte ihm die Hand. Die Szene war ein geschickt gewähltes Symbol: Der neue Staat knüpfte an die Tradition des preußischen Staates und des deutschen Kaiserreiches an. Der Nationalsozialismus versprach, Potsdam wieder an die Stelle von Weimar zu setzen.

Zwei Tage später, als der Reichstag in der Krolloper in Berlin zusammentrat, war die Szene anders. Den kommunistischen Abgeordneten waren ihre Sitze aberkannt worden. Auch mehrere sozialdemokratische Abgeordnete waren verhaftet worden, zwei von ihnen auf dem Weg zur Sitzung. Vor dem Sitzungssaal und im Saal waren SA- und SS-Männer verteilt. Auf der Tagesordnung stand das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich«, das Ermächtigungsgesetz. Hitler begründete es in einer verhältnismäßig gemäßigten Rede, die erst am Schluß zur Drohung wurde:
Die Regierung beabsichtigt dabei, von diesem Gesetz nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Weder die Existenz des Reichstags noch des Reichsrats soll dadurch bedroht sein. Die Stellung und die Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt; die innere Übereinstimmung mit seinem Willen herbeizuführen, wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein. Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert ... Die Regierung bietet den Parteien des Reichstags die Möglichkeit einer ruhigen deutschen Entwicklung und einer sich daraus in der Zukunft anbahnenden Verständigung; sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen. Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg.[40]
Für die SPD begründete der Abgeordnete Wels die Ablehnung des Gesetzes. Es war die letzte freie Rede, die im deutschen Reichstag gehalten wurde: *Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine*

nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist und auch bleiben wird . . . Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus . . . Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.[41]

Entscheidend war die Haltung der stärksten Mittelpartei, des Zentrums, da das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden mußte, die die Regierungsparteien nicht besaßen. Die Zentrumsführung verlangte als Preis für die Zustimmung Garantien über die Einhaltung der Verfassung, Mitwirkung eines kleinen Gremiums der Parteien an der Gesetzgebung der Reichsregierung und Schutz der dem Zentrum angehörenden Beamten gegen Entlassung. Hitler stimmte – mündlich – zu, die versprochene schriftliche Bestätigung ist niemals erfolgt. In der Zentrumsfraktion glaubte man, daß die Nationalsozialisten sich im Falle der Ablehnung die geforderten Rechte mit Gewalt nehmen und einen neuen Kulturkampf entfesseln würden. Man verglich die Situation mit der am Beginn der Weimarer Republik und überlegte:

Wir sind 1919 ruhig und entschlossen in das Schiff der Sozialdemokratie eingestiegen – da konnten wir ebenso 1933 in das Schiff der Nationalsozialisten einsteigen und versuchen, die Hand mit an das Steuer zu legen. Das hat sich 1919 bis 1933 recht gut bewährt: Die Sozialdemokraten haben angesichts der Notwendigkeit, ohne das Zentrum nicht regieren zu können, weder etwas ausgesprochen Religionsfeindliches noch etwas bedenklich Sozialistisches machen können. Ob es gelingen wird, jetzt einen ähnlichen mäßigenden Einfluß auf die Nationalsozialisten auszuüben? . . . Das wäre gewiß eine große Sache, und wenn es so kommt, wird jedermann aus unserer Partei die jetzige Stellungnahme der Fraktion preisen.[42]

Das Gesetz wurde mit 441 Stimmen der NSDAP, der DNVP, des Zentrums und der kleineren Mittelparteien gegen 94 Stimmen der SPD angenommen. Damit machte der Reichstag sich selbst überflüssig. Die Trennung von gesetzgebender und ausführender Gewalt war aufgehoben. Im Gegensatz zu Hitlers Ankündigung wurde nur noch ein verschwindend kleiner Teil der Gesetze, insgesamt sieben, durch den Reichstag verabschiedet, dagegen Hunderte durch die Regierung. Ebenso wurden alle anderen Zusagen nicht eingehalten, z. B. wurde der Reichsrat durch Gesetz vom 14. Februar 1934 aufgehoben, nachdem er schon vorher jede Bedeutung verloren hatte.

G e s e t z

zur

Behebung der Not von Volk und Reich.

Vom 24.März 1933.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs.2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1.April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Berlin, den 24.März 1933.

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Der Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick

Der Reichsminister des Auswärtigen

Frhr. von Neurath

Der Reichsminister der Finanzen

Schwerin von Krosigk

Hitler und seine Partei hatten oft verkündet, daß sie die Macht mit niemandem teilen würden. Systematisch beseitigten sie nach dem 30. Januar 1933 einen Gegner nach dem anderen und brachten alle Bereiche des Staates und der Gesellschaft unter ihre Kontrolle.
Der erste Angriff galt einem Gegner, bei dessen Bekämpfung sie mit weitgehender Zustimmung rechnen konnten. Hitlers Ernennung zum Reichskanzler war vor allem vom deutschen Bürgertum begrüßt und unterstützt worden, weil er den Eindruck zu erwecken verstand, daß es in Deutschland nur noch die Alternative zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus gebe. Jetzt sprach er vom unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Umsturz, der die nationale Regierung beseitigen und Deutschland bolschewistisch machen sollte. In Wirklichkeit war die KPD einem Putschversuch niemals ferner als gerade jetzt. Die Anweisungen aus Moskau scheinen eindeutig gewesen zu sein und jeden Ansatz zu Widerstandsaktionen größeren Stils erstickt zu haben. Die Kommunisten waren dabei, ihre Massenorganisation in kleinste Zellen aufzulösen und sich auf eine längere Zeit illegaler Arbeit vorzubereiten. Hitlers Machtübernahme galt als letzter Versuch des Kapitalismus, seinem Zusammenbruch zu entgehen. Je weniger man die notwendige Entwicklung aufhalte, um so sicherer werde der Sieg des Kommunismus sein. Auch nach dem 30. Januar richtete die KPD ihre Angriffe in erster Linie nicht gegen den Nationalsozialismus, sondern gegen die »Sozialfaschisten« der SPD und versuchte, durch die »Einheitsfront von unten« die Mitglieder dieser Partei von der Führung zu trennen. Für die Nationalsozialisten aber war die Drohung mit der kommunistischen Revolution ein wirkungsvoller Vorwand, um alle Unterdrückungsmaßnahmen zu rechtfertigen: Der Kampf gegen den Kommunismus könne nicht mit Samthandschuhen geführt werden.

Wen gab es in Deutschland, der Hitler gefährlich werden konnte? Das »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold«, 1924 zur Verteidigung der Republik gegen ihre inneren Feinde gegründet, hatte sich 1931 mit anderen Organisationen ähnlicher Zielsetzung zur »Eisernen Front« zusammengeschlossen. Hier wußte man, was die Ernennung Hitlers bedeutete, und wollte den Kampf aufnehmen. Waffen wurden beschafft, die Verbände standen bereit, die Führer aber zögerten.
Die Leitung der Freien Gewerkschaften forderte ihre Mitglieder auf: *Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfall wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und ernste Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.*[43] War ein Generalstreik möglich, etwa wie beim Kapp-Putsch 1920? Viele befürworteten ihn, Vorbereitungen wurden getroffen. Aber konnte man streiken bei sechs Millionen Arbeitslosen? Würden die Kommunisten mitmachen? Die Gewerkschaftsführer konnten sich nicht entschließen. Wichtiger schien es, durch unbedingte Loyalität die Organisation zu erhalten und die in Jahrzehnten errungenen Rechte der Arbeitnehmer auch unter dem neuen Regime zu bewahren.

Die SPD war in einer noch schwierigeren Lage. Seit Beginn der Weimarer Republik den unaufhörlichen Angriffen des Rechts- wie des Linksradikalismus ausgesetzt,

hatte sie allmählich resigniert, war seit 1930 in der Reichsregierung nicht mehr vertreten und nahm am 20. Juli 1932 Papens Staatsstreich gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung kampflos hin. Obwohl die Sozialdemokraten die Gefahr des Nationalsozialismus mit als erste erkannt und ihn stets bekämpft hatten, fanden sie nach dem 30. Januar 1933 zu keinem klaren Entschluß. Ein Teil hoffte, die Organisation erhalten zu können, bis Hitler in wenigen Monaten abgewirtschaftet haben werde, wenn man jede Provokation vermied und sich streng im Rahmen der Legalität hielt. Insoweit hatte das Schlagwort von der »legalen Revolution« auch hier Erfolg. Ein anderer Teil rechnete mit einem Verbot und mit Verfolgungen ähnlich denen zur Zeit des Bismarckschen Sozialistengesetzes, die man mit denselben Methoden wie damals siegreich überstehen könne. Ein Teil der Parteiführer glaubte es nicht verantworten zu können, bei einem aussichtslosen Widerstand Freiheit und Leben der Mitglieder aufs Spiel zu setzen, und ging ins Ausland, um dort den Kampf fortzusetzen. Einzelne Gruppen insbesondere jüngerer Parteimitglieder hatten schon vor 1933 begonnen oder begannen jetzt, illegale Organisationen zu bilden, um aktiven Widerstand zu leisten. Viele Mitglieder traten aus der Partei aus, um den Beruf und die Familie nicht zu gefährden.

Eine Gefahr waren für Hitler auch seine konservativen Freunde. Waren doch die drei vorhergehenden Regierungen nicht durch eine Volksbewegung und nicht durch den Reichstag gestürzt worden, sondern durch Intrigen in der Umgebung des Reichspräsidenten. Dessen Vertrauen zu gewinnen, gelang Hitler überraschend schnell. Die konservativen Politiker und Minister lehnten zwar den Alleinherrschaftsanspruch der NSDAP ab und mißbilligten »Auswüchse« bei der Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden, sahen es jedoch vielfach nicht ungern, daß Hitler – wie sie glaubten – dieses schmutzige, aber notwendige Geschäft für sie erledigte. Zu spät erkannten sie – Papen erkannte es bis zu seinem Tod im Jahr 1969 nicht –, daß mit der Beseitigung der Demokratie und der Zerstörung des Rechtsstaates auch ihre eigenen Positionen zerstört und jede Möglichkeit, Hitler »einzurahmen« oder zu »engagieren«, beseitigt wurden. In der Reichsregierung wiederholte sich die Szene vor der Vereidigung fast von Sitzung zu Sitzung. Hugenberg versuchte gelegentlich, eigene politische Vorstellungen zu verwirklichen, die allerdings nicht auf die Erhaltung oder Wiederherstellung der Demokratie abzielten, konnte sich aber regelmäßig nicht durchsetzen.

Die Regierung erließ wenige Tage nach ihrem Amtsantritt mehrere Verordnungen, die die Presse- und die Versammlungsfreiheit einschränkten. Zahlreiche Beamte in wichtigen Positionen wurden abgelöst und durch Anhänger der NSDAP ersetzt. SA- und SS-Führer wurden zu Polizeipräsidenten ernannt. Göring machte die preußische Polizei zu einem willfährigen Instrument und setzte sie rücksichtslos ein: *Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.*[44] Also: Im Zweifelsfall wird geschossen. Göring sagte: *... hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts!*[45] Da die reguläre Polizei überlastet sei, wurde am 22. Februar eine 50 000 Mann starke Hilfspolizei aufgestellt, darunter 40 000 SA- und SS-Leute, der Rest aus dem Stahlhelm.

Nach der Wahl vom 5. März verschärfte sich der Terror. Wirkliche oder angebliche politische Gegner, außerdem Juden, wurden aus ihren Stellungen entfernt, verfolgt, mißhandelt, erschlagen oder ohne Urteil in »Schutzhaft« genommen. Ein Beispiel war die »Köpenicker Blutwoche« in Berlin: *Seit Februar 1933 war der Bezirk Köpenick in höchste Beunruhigung versetzt. Rollkommandos der SA fuhren in Wäschereiautos vor den Häusern bekannter Nazigegner vor, holten diese heraus und brachten sie in SA-Lokale. Niemand war gewiß, ob er nach den Mißhandlungen gesund oder lebend wiederkam. Am Morgen des 21. Juni hatte sich die Terroraktion zum höchsten Ausmaß gesteigert. Die Köpenicker SA-Stürme waren eingesetzt und hatten im Laufe des Tages an mindestens 200 Personen ihre Gewaltakte verübt . . . Das Wasser der Dahme schwemmte nach wenigen Tagen nahe der Grünauer Fähre mehrere Säcke mit Toten an. Unter ihnen wurden der frühere Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, Johannes Stelling, der Reichsbannerführer Paul von Essen und der Kommunist Pokern identifiziert.*[46] Insgesamt wurden in Köpenick nahezu 500 Menschen festgenommen und 91 ermordet.

Ein Schlaglicht auf die Zustände in den Parlamenten wirft ein Auszug aus dem Protokoll des sächsischen Provinziallandtages vom 30. Mai 1933: *Ein Teil der Abgeordneten der NSDAP begibt sich zu den Sitzen der SPD und wirft mit lebhaften Zurufen auf beiden Seiten die heftigen Widerstand leistenden sozialdemokratischen Vertreter aus dem Sitzungssaal hinaus.*[47]

Für den 1. April 1933 rief die Parteileitung der NSDAP als *Abwehrkampf* gegen *jüdische Greuelhetze* zu einem Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte auf. Posten der SA und SS sollten *die Bevölkerung vor dem Betreten der jüdischen Geschäfte warnen.*[48] Die SA- und SS-Männer benutzten die Gelegenheit, ihren jahrelang aufgepeitschten antisemitischen Haßgefühlen Luft zu machen, jüdische Geschäftsleute zu mißhandeln, Kunden, die die Geschäfte dennoch betraten, zu beschimpfen oder ihnen Stempel mit der Aufschrift »Wir Verräter kauften bei Juden« ins Gesicht zu drücken. Die öffentliche Aktion blieb auf einen Tag beschränkt. Fortgesetzt wurden die stilleren Methoden: Entlassung von Juden aus dem Staatsdienst, Druck auf Privatfirmen, ihre jüdischen Mitarbeiter zu entlassen, Einwirkung auf Lieferanten und Kunden jüdischer Geschäfte zum Abbruch ihrer Geschäftsbeziehungen, Schikanen jeder Art gegen jüdische Mitbürger.

Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch private Feinde einflußreicher NS-Funktionäre, wurden in »Bunkern« eingesperrt, meist Kellerräume von SA-Lokalen. Sie reichten bald nicht mehr aus, weil die SA nicht daran dachte, ihre Gefangenen der Polizei oder den Gerichten zu übergeben, so daß seit März 1933 Konzentrationslager, abgekürzt KZ, eingerichtet wurden. In Baracken, alten Kasernen und leerstehenden Fabriken waren die Häftlinge wehrlos den Quälereien der Wachmannschaften ausgeliefert. *Die Schilderungen der wenigen alten »Konzentrationäre«, die jene Jahre überlebt haben, stimmen darin überein, daß es kaum eine Form des perviertiertesten Sadismus gab, die von den SA-Leuten nicht praktiziert worden wäre.*[49] – *Einige Beispiele: In Mecklenburg erhängte man die unseligen Opfer »zum Schein«, was einige tatsächlich das Leben kostete; in Hohenstein erfand man einen Tropfapparat, unter dem die Häftlinge so lange stehen mußten, bis ihre Kopfhaut schwere eitrige Verletzungen aufwies; in einem Lager bei Hamburg band man Häftlinge mehrere Tage lang bei dürftigster Verpflegung in Kreuzesform an ein Gitter, bis sie beinahe verhungert waren.*[50]

Nach Auflösung der »Bunker« gab es 1933 in Deutschland etwa 50 meist von der

SA, zum Teil von der SS, in wenigen Fällen staatlich betriebene Konzentrationslager mit je einigen hundert bis zu mehreren tausend Insassen. Im April 1933 wurden allein in Preußen etwa 30 000 Personen willkürlich festgehalten, nach einer Statistik des Reichsinnenministeriums befanden sich am 31. Juli 1933 26 789 Personen in Schutzhaft.[51] Das konnte nicht geheim bleiben. In den Zeitungen erschienen einzelne Meldungen, in wenigen Fällen Berichte über die KZ, selbstverständlich mit der Tendenz zur Verharmlosung. Trotzdem erregten die Nachrichten Aufsehen im Inland und vor allem im Ausland. Hinzu kam, daß das eigenmächtige Vorgehen der SA die Eifersucht anderer Parteiführer wachrief, so daß bis zum Frühjahr 1934 die meisten Konzentrationslager aufgelöst wurden. Die verbleibenden, in Preußen vier, darunter Oranienburg und Columbia-Haus in Berlin, außerdem Dachau bei München, wurden der SS übergeben und bildeten den Grundstock für das spätere ausgedehnte System der Konzentrationslager.

Nachdem die Parteien durch den Terror und durch das Ermächtigungsgesetz gelähmt waren, blieben die Gewerkschaften die mächtigsten nichtnationalsozialistischen Organisationen. Hier war Vorsicht am Platze, da sie immer noch den größten Teil der Arbeiterschaft vertraten und Hitler auf die Dauer nicht ohne die Zustimmung oder mindestens die Duldung der Arbeiter regieren konnte. Noch war die Zahl seiner Anhänger unter ihnen verhältnismäßig gering: Bei den Betriebsratswahlen im März 1933 waren die ersten Ergebnisse so schlecht (25 Prozent für die »Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation«), daß die Wahlen abgebrochen und ausgesetzt wurden. Um die Gewerkschaften in seine Hand zu bekommen, ging Hitler ähnlich vor wie beim Reichstag: zunächst eine eindrucksvolle Demonstration, die als Bekundung friedlicher Absichten aufgefaßt werden konnte, unmittelbar darauf Gewaltmaßnahmen.
Die Reichsregierung erklärte den 1. Mai, den alten Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung, zum »Tag der nationalen Arbeit« und – erstmalig in Deutschland – zum bezahlten Feiertag. Indem Hitler eines der ältesten Symbole der Arbeiterbewegung für sich okkupierte, erweckte er den Eindruck, daß der Nationalsozialismus keineswegs arbeiterfeindlich sei, sondern die Rechte und die Institutionen der Arbeiter bewahren werde. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, hatte schon Ende März an Hitler geschrieben, daß die Freien Gewerkschaften bereit seien, auf jede politische Betätigung zu verzichten und ihre Verbindungen zur SPD abzubrechen. Jetzt rief die Gewerkschaftsführung die Mitglieder auf, *im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.*[52] In Berlin sprach Hitler am Abend des 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld zu Arbeitern und Arbeitgebern, die im Sinne der »Volksgemeinschaft« zum ersten Male unter ihren Betriebsangehörigen mitmarschierten.
Unmittelbar darauf, am Vormittag des 2. Mai, besetzten in ganz Deutschland SA und SS die Häuser der Freien Gewerkschaften, ihre Büros, Banken und Zeitungen. Die leitenden Funktionäre wurden verhaftet und ins KZ eingeliefert, das Vermögen beschlagnahmt, die Verbände aufgelöst. Die Aktion war von Dr. Robert Ley, dem Organisationsleiter der NSDAP, vorbereitet worden. Er wurde zum Führer der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) ernannt, die an die Stelle der Gewerkschaften und der Arbeitgeberorganisationen trat und das Vermögen und die Einrichtungen

der Freien Gewerkschaften übernahm. Die Christlichen Gewerkschaften unterstellten sich Ley in der Hoffnung, damit ihren Verband zu retten. Aber am 24. Juni wurden auch die Christlichen Gewerkschaften aufgelöst und ihre Mitglieder in die DAF übernommen, bald darauf alle übrigen kleineren Gewerkschaften.

Der nächste Schritt war die Auflösung der Parteien und politischen Organisationen außerhalb der NSDAP. Die KPD wurde von vornherein am schärfsten verfolgt und konnte seit dem Reichstagsbrand, dem Verbot ihrer Versammlungen und Zeitungen, der Verhaftung der meisten Funktionäre und Abgeordneten und der Einziehung ihres Vermögens nur noch illegal wirken. Viele Kommunisten traten allerdings auch zur NSDAP und besonders zur SA über – die beiden antidemokratischen Parteien besaßen trotz ihrer erbitterten Gegnerschaft manche Gemeinsamkeiten.
Reichsbanner und Eiserne Front wurden gleich nach dem 5. März verboten. Bei der SPD war ein Teil des Parteivorstandes ins Ausland geschickt worden und richtete erst in Saarbrücken, dann in Prag einen Exilvorstand ein. Die Mehrheit der in Deutschland verbliebenen Vorstandsmitglieder aber klammerte sich an den Legalitätskurs, so daß die Reichstagsfraktion am 17. Mai einer – gemäßigt und versöhnlich gehaltenen – außenpolitischen Erklärung Hitlers zustimmte. Der Exilvorstand, der im Ausland bessere Informationsmöglichkeiten besaß, teilte die Illusionen der im Reich Verbliebenen nicht und rief am 18. Mai zum Widerstand und am 18. Juni 1933 in seinem Manifest »Zerbrecht die Ketten« zum Sturz Hitlers auf. Das nahm die Reichsregierung zum Anlaß, am 22. Juni die SPD zu verbieten, ihr Vermögen einzuziehen und fast 3000 Funktionäre zu verhaften. Die »Zwischenperiode der Halblegalität« (E. Matthias) war zu Ende.
Einen Tag vorher wurden die jüngeren Jahrgänge des Stahlhelm in die SA übernommen, nachdem Seldte sich der NSDAP unterstellt hatte. Die übrigen Parteien lösten sich zwischen dem 27. Juni und dem 5. Juli 1933 selber auf. Hugenberg versuchte sich der Auflösung der Deutschnationalen Volkspartei zu widersetzen und legte, als seine Bemühungen erfolglos blieben, sein Ministeramt nieder. Sein Nachfolger als Wirtschaftsminister wurde Dr. Kurt Schmitt, ein Mann der Versicherungswirtschaft, den im Juli 1934 Dr. Hjalmar Schacht ablöste, ein Bankfachmann, der von 1923 bis 1930 und dann wieder seit März 1933 Präsident der Reichsbank war und Hitler in den Jahren 1931/32 nachhaltig unterstützt hatte. Hugenbergs Nachfolger als Landwirtschaftsminister wurde Walter Darré, der Experte der NSDAP für Agrarfragen. Eine andere Veränderung in der Regierung war schon vorher erfolgt: Im April trat Papen als Reichskommissar für Preußen zurück und Göring wurde zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Wieder fiel eine der Sicherungen, mit denen man geglaubt hatte, Hitlers Macht unter Kontrolle halten zu können. Goebbels notierte am 22. April in seinem Tagebuch:
Im Kabinett ist die Autorität des Führers jetzt ganz durchgesetzt. Abgestimmt wird nicht mehr. Der Führer entscheidet. Alles das geht viel schneller, als wir zu hoffen gewagt hatten.[53]

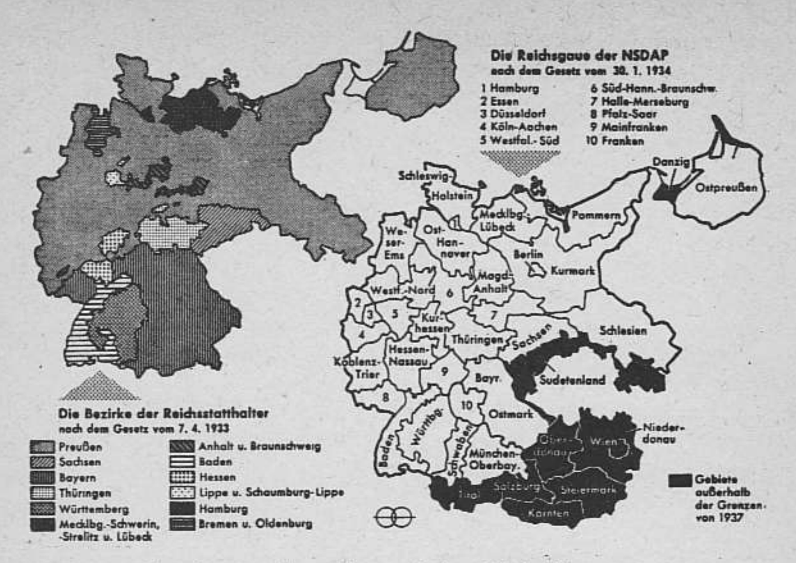
Der Terror, der die nationalsozialistische Machtergreifung begleitete, wurde in Deutschland von vielen nicht zur Kenntnis genommen oder als notwendige Begleiterscheinung des Kampfes gegen den Kommunismus entschuldigt. *Wo gehobelt wird, fliegen Späne,* meinte Hugenberg am 11. April vor der deutschnationalen Reichstagsfraktion.[54] Für die Nationalsozialisten aber war der Terror nur die eine Seite ihrer Taktik, notwendig zur Einschüchterung der Gegner und um jeden Versuch des Widerstandes zu ersticken, aber nicht die einzige Methode der Machteroberung. Sie vollzog sich vor allem in der Form der »Gleichschaltung« auf – wenigstens äußerlich – legalem Wege. Es war eine »Revolution auf dem Verwaltungswege« (K. D. Bracher).

Ihr erstes Ziel waren die Länder und Gemeinden. Im Gegensatz zu Preußen, das seit dem 20. Juli 1932 durch einen Reichskommissar regiert wurde, blieben die Regierungen der anderen deutschen Länder nach dem 30. Januar 1933 im Amt. In manchen Ländern, besonders in Bayern, gab es Ansätze zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sogar die Loslösung Bayerns vom Reich wurde erwogen. Gleich nach der Reichstagswahl, am 9. März, wurde ein Reichskommissar für Bayern ernannt, die bayrische Regierung unter dem Druck der demonstrierenden SA zum Nachgeben gezwungen und eine nationalsozialistische Regierung gebildet, wobei Heinrich Himmler, der Führer der SS, Polizeipräsident von München und sein Mitarbeiter Reinhard Heydrich Leiter der politischen Polizei in München wurden. In allen anderen deutschen Ländern, in denen die NSDAP noch nicht die Mehrheit besaß, wurden ebenfalls Reichskommissare eingesetzt, meistens die örtlichen Parteiführer.
Zwei Gesetze zur »Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« vom 31. März und 7. April 1933 bestimmten, daß die Landtage nach den Ergebnissen der Reichstagswahl neu zusammengesetzt wurden, wobei die Sitze der KPD wegfielen. Für die Länder wurden Reichsstatthalter ernannt, die *für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen* hatten und das Recht erhielten, die Länderregierungen zu ernennen und abzusetzen.[55] Die Länder waren als selbständige politische Körperschaften beseitigt und zu Verwaltungsbezirken degradiert worden.
In den Gemeinden wurden die Vertretungskörperschaften ebenso neu zusammengesetzt, viele Bürgermeister und Kommunalbeamte durch Nationalsozialisten abgelöst. Im Sommer 1933 amtierten in Deutschland noch vier Oberbürgermeister, die vor dem 30. Januar gewählt worden waren.

Postenbesetzung am 1. Januar 1935[56]

Staatliche und kommunale Mittelinstanzen	Insgesamt	davon NSDAP-Parteimitglieder insgesamt	v. H.	in NSDAP vor 1933	Polit. Leiter
Landräte	689	433	62,8	198	78
Stadtbürgermeister	2 228	1 743	78,2	1 049	517
Gemeindevorsteher	49 443	29 631	59,9	9 517	10 058

Schließlich wurde der Einheitsstaat durch das »Gesetz über den Neuaufbau des Reiches« vom 30. Januar 1934 besiegelt:
1. Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.



2. *Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über.*
   Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.
3. *Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern.*
4. *Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen ...*[57]

Damit hatten die Länder auch staatsrechtlich zu bestehen aufgehört. Allerdings fühlten sich die Reichsstatthalter durchaus als »Landesfürsten« und entwickelten vielfach einen kräftigen Partikularismus, der zur Quelle zahlreicher Konflikte mit den Reichsbehörden wurde.

Das wichtigste innenpolitische Machtinstrument war die Polizei, insbesondere die politische Polizei. Ihr galt, wie in Bayern so auch in den übrigen Ländern, der erste Zugriff der neuen Machthaber. Göring unterstellte sich im Februar 1933 die politische Abteilung der Kriminalpolizei direkt und schuf aus ihr im April die »Geheime Staatspolizei« (Gestapo). Himmler ließ sich am 1. April zum Kommandeur der Bayrischen Politischen Polizei ernennen und in der Zeit vom November 1933 bis Januar 1934 zum Chef der Politischen Polizei in allen Ländern außer Preußen. Nach einem kurzen Machtkampf mit Göring übernahm er im April 1934 auch dort das Kommando und begann, eine reichseinheitliche Gestapo aufzubauen. Sie wurde zur Domäne der SS, die überall die leitenden Stellen besetzte. Die Gestapo überwachte mit ihren Spitzeln das Leben des gesamten Volkes, war aus dem Zusammenhang der übrigen Verwaltung vollständig herausgelöst und nicht an die Gesetze, z. B. über die richterliche Nachprüfung von Verhaftungen, gebunden, sondern nur an ihre Aufträge.

Dem Einheitsstaat und der Einheitspolizei entsprach im Dritten Reich der Einparteienstaat. Nach dem Verbot oder der Selbstauflösung der Parteien erließ die Reichsregierung am 14. Juli 1933 das »Gesetz gegen die Neubildung von Parteien«:
In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deut-

sche Arbeiterpartei. Die Aufrechterhaltung oder Neubildung anderer Parteien wurde unter Strafe gestellt.[58] Durch das »Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat« vom 1. Dezember 1933 wurde der Führungsanspruch der NSDAP nochmals unterstrichen:

1. Nach dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Ihre Satzung bestimmt der Führer.

2. Zur Gewährleistung engster Zusammenarbeit der Dienststellen der Partei und der SA mit den öffentlichen Behörden werden der Stellvertreter des Führers (Rudolf Heß) *und der Chef des Stabes der SA* (Ernst Röhm) *Mitglieder der Reichsregierung.*

3. Den Mitgliedern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der SA (einschließlich der ihr unterstellten Gliederungen) als der führenden und bewegenden Kraft des nationalsozialistischen Staates obliegen erhöhte Pflichten gegenüber Führer, Volk und Staat. Sie unterstehen wegen Verletzung dieser Pflichten einer besonderen Partei- und SA-Gerichtsbarkeit . . .[59]

Die NSDAP war keine Partei im eigentlichen Sinne des Wortes mehr, sondern ein Machtinstrument zur Kontrolle und Beherrschung des Staates und der Gesellschaft. Trotz der Durchdringung des Staatsapparates mit Parteigenossen behielt sie ihren eigenen Apparat, so daß auf vielen Gebieten Staats- und Parteidienststellen nebeneinander bestehen blieben (S. 63).

In der staatlichen Verwaltung legalisierte das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 – in Wahrheit ein Gesetz zur Zerstörung des Berufsbeamtentums – die bisher willkürlich gehandhabte Entlassung nichtnationalsozialistischer Beamter. Der »Arierparagraph« sah die Entlassung jüdischer Beamter vor. Außerdem sollten diejenigen entlassen werden, *die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten.* Jeder Beamte mußte sich die Versetzung in ein anderes Amt, auch von geringerem Rang, gefallen lassen.[60]

In der Inneren Verwaltung wurden auf Grund des Berufsbeamtengesetzes entlassen, zwangspensioniert oder zurückgestuft:[61]

von den Beamten	in Preußen	in den übrigen Ländern
des höheren Dienstes	28,0 Prozent	9,5 Prozent
des mittleren und unteren Dienstes	3,5 Prozent	5,5 Prozent

So wurden Stellen für Nationalsozialisten freigemacht, die, oft ohne genügende Vorbildung, in die Verwaltung eindrangen. Allerdings erfüllten die »alten Kämpfer« der Partei und der SA oft nicht einmal bescheidene Qualifikationsansprüche, so daß ihr Anteil an der Beute hinter ihren Erwartungen zurückblieb. Größer war die Zahl der bisher nicht oder in anderen Parteien organisierten Beamten, die schnell der NSDAP beitraten (»Märzgefallene«), sei es aus Opportunismus oder aus Sorge um die Familie, sei es, um dem Staat und ihrer Aufgabe weiterhin dienen zu können. Der »Bund Nationalsozialistischer Juristen« zählte Ende 1932 1347 Mitglieder, Ende 1933 80 000.

Ähnlich wie die Verwaltung wurden Vereine und Verbände gleichgeschaltet. In die Vorstände wurden, freiwillig oder unter staatlichem Druck, Nationalsozialisten berufen, die sich der NSDAP unterstellten oder einer nationalsozialistischen Organisation anschlossen. Vereine, die sich nicht gleichschalten ließen, wurden verboten.

Der Angriff gegen die Unabhängigkeit des geistigen Lebens wurde von Goebbels angeführt, der seit dem 13. März 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda war. Den schon in der Weimarer Republik praktisch staatlichen Rundfunk brachte er schnell, personell »gesäubert« und straff zentralisiert, unter seine Kontrolle. Schwieriger war es bei der Presse. Am 15. März schrieb er in sein Tagebuch: *Ich spreche zum ersten Male vor der Pressekonferenz. Entwickle die Richtlinien einer neuen, modernen Zeitungspolitik. Auch hier muß gründlich aufgeräumt werden. Viele von denen, die hier sitzen, sind dazu gänzlich ungeeignet. Ich werde sie sehr bald ausmerzen.*[62] Mit den Parteien verschwanden die Parteizeitungen. Der Mangel an qualifizierten nationalsozialistischen Journalisten und die Rücksicht auf die bürgerlichen Anhänger der Regierung erlaubten jedoch keine sofortige Gleichschaltung der übrigen Presse. Die meisten Zeitungen blieben bestehen und erhielten Vorschriften darüber, was gebracht werden durfte und was nicht. Im Oktober 1933 wurde das »Schriftleitergesetz« erlassen: Schriftleiter durfte nur sein, wer arischer Abstammung war und *die Eigenschaften hat, die die Aufgabe der geistigen Einwir-*



Nationalsozialistische Werbepostkarte

kung auf die Öffentlichkeit erfordert. Alle Schriftleiter mußten in einer Berufsliste eingetragen sein. Streichung aus dieser Liste war das bequemste Mittel der Pressenlenkung.[63] Aufgrund dieses Gesetzes mußten von den damals etwa 10 300 Journalisten rund 1300 ihren Beruf aufgeben.
Auch Literatur, Kunst und Wissenschaft wurden staatlicher Kontrolle unterworfen. Die reiche und fruchtbare Entfaltung aller geistigen und künstlerischen Kräfte, die die Weimarer Republik ausgezeichnet hatte, war zu Ende. Den Auftakt bildete eine »Verbrennung undeutschen Schrifttums« auf dem Opernplatz in Berlin am 10. März 1933, veranstaltet von der nationalsozialistischen Studentenführung, bei der etwa 20 000 Bücher, unter anderen von Heinrich Mann, Sigmund Freud, Kurt Tucholsky, verbrannt wurden. Buchhandlungen und Bibliotheken erhielten eine Liste verbotener Bücher, zu denen bald auch die Werke von Thomas Mann, Stefan Zweig, Carl Zuckmayer, schließlich 12 400 Titel sowie das Gesamtwerk von 149 Autoren zählten. Viele Dichter und Schriftsteller emigrierten, die Reichsregierung erließ ein besonderes Gesetz, um ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkennen zu können. Aus der Musik und aus der bildenden Kunst, aus Theater und Film wurden die »Nichtarier« und die »staatsfeindlichen Elemente« entfernt. Ein Gesetz vom September 1933 schuf die »Reichskulturkammer«, der alle frei schaffenden Künstler angehören mußten.
Bedeutende Wissenschaftler, rund 15 Prozent des Lehrkörpers der deutschen Hochschulen, wurden aus politischen oder rassischen Gründen aus ihren Stellungen entfernt, verfolgt oder zur Emigration gezwungen. Unter ihnen waren Albert Einstein, der mit seiner Relativitätstheorie das moderne physikalische Weltbild begründet hatte, und andere bekannte Gelehrte wie Fritz Haber, Hans Kelsen, Karl Mannheim und Wilhelm Röpke. Forschung und Wissenschaft erlitten unersetzliche Verluste und gerieten dem Ausland gegenüber in Rückstand.

Das Ende der Wirtschaftskrise

Von Hitler und seiner Partei, die in der Weltwirtschaftskrise zur Massenbewegung geworden war, erwartete die Bevölkerung in erster Linie, daß sie die Krise überwand und die Arbeitslosigkeit beseitigte. Das Jahr 1933 schien diese Hoffnung zu rechtfertigen. Bis heute ist in Deutschland die Vorstellung verbreitet, daß bei aller Fragwürdigkeit im übrigen der Nationalsozialismus jedenfalls in der Wirtschaft unbezweifelbare Erfolge aufzuweisen hatte – Hitler hat die Autobahnen gebaut! –, daß er die Wirtschaftskrise überwunden habe und daß der Lebensstandard in Deutschland nach 1933 erheblich gestiegen sei. Wieweit hält diese Auffassung einer Nachprüfung stand? Welcher Art waren die wirtschaftlichen Erfolge Hitlers?
Das Programm der NSDAP enthielt über die wirtschaftspolitischen Ziele der Partei nur wenige und unklare Angaben, die in den Sätzen *Gemeinnutz geht vor Eigennutz* und *Brechung der Zinsknechtschaft* gipfelten, zwei Schlagworte, unter denen sich jeder alles vorstellen konnte. Das Programm forderte außerdem: *Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe; Gewinnbeteiligung an Großbetrieben; sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende;* es enthielt also

Ansätze zu einem Sozialisierungs- und zu einem Mittelstandsprogramm. Von beiden ist nach 1933 nichts verwirklicht worden. Ein anderer Programmpunkt wurde schon vorher eingeschränkt: Punkt 17 forderte *eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke.* Hierzu stellte eine parteiamtliche Anmerkung von 1928 fest, daß sich das nicht gegen das Privateigentum richte, sondern *in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.*[64] Schließlich forderte das Programm in Punkt 25: *Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.* Auch dieser Gedanke wurde nach 1933 fallengelassen, weil sich die ständische Gliederung nicht mit dem autoritären Führerstaat vertrug und weil die Ständestaat-Ideen in der NSDAP selbst heftig umstritten und völlig unausgereift waren.
Für Hitler war die Wirtschaft nur ein Mittel zum Zweck und interessierte ihn nur soweit, wie sie Voraussetzungen für die Erfüllung seiner politischen Ziele schuf. In »Mein Kampf« äußerte er sich kaum zu wirtschaftlichen Fragen. Er weigerte sich stets, ein detailliertes Wirtschaftsprogramm vorzulegen, knüpfte dagegen schon vor 1933 Kontakte zur Großindustrie und zu Finanzkreisen an und erhielt von einzelnen Unternehmern Zuwendungen, deren Umfang noch heute nicht genau bekannt ist. Diese Kontakte und diese Gelder trugen dazu bei, daß die antikapitalistischen Tendenzen der NSDAP in den Hintergrund traten und daß die Sozialisierungspläne des Programms aufgegeben wurden.

Wie war die Lage der deutschen Wirtschaft im Januar 1933? Deutschland war von der Weltwirtschaftskrise besonders schwer betroffen, da die akute Krise auf eine strukturelle Krise, vor allem der Landwirtschaft, traf. Die verhängnisvollste Wirkung war die große Zahl der Erwerbslosen – am 31. 1. 1933: 6 014 000 –, die zum Teil seit Jahren ohne Arbeit waren und ein Leben ohne Hoffnung in wachsender Verelendung führten. Die Landwirtschaft war stark verschuldet und vielfach nicht mehr in der Lage, die Lasten aufzubringen. Kapitalmangel und Sinken des Absatzes hatten zu einer Stagnation der gesamten Wirtschaft geführt. Durch den Rückgang der Steuereinnahmen waren die öffentlichen Finanzen in Unordnung geraten. Aber seit der zweiten Hälfte des Jahres 1932 gab es überall in der Welt Anzeichen dafür, daß die Krise ihren Tiefpunkt erreicht hatte und eine allmähliche Erholung einsetzte. Der Index der industriellen Produktion stieg wieder an. In Deutschland erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen im Winter 1932/33 zum ersten Male seit Beginn der Krise nicht mehr über den Stand des Vorjahres, sondern blieb geringfügig darunter. In den folgenden Jahren erholte sich die Wirtschaft aller von der Krise betroffenen Länder, teilweise mit Hilfe ähnlicher Maßnahmen wie in Deutschland, ohne daß dabei die Demokratie und der Rechtsstaat aufgegeben wurden.
In einer Situation, in der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung der Massen einen Höhepunkt erreicht hatten, die Krise aber gerade abzuflauen begann, ohne daß sich das schon auf die Lebensumstände der Massen auswirkte, übernahm Hitler die Macht. Die Aufgaben, vor denen seine Regierung stand, wurden durch die akute Not vorgeschrieben. Das Regierungsprogramm vom 1. Februar 1933 (s. S. 19) kündigte zwei Vierjahrespläne an: Sanierung der Landwirtschaft und Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Das Programm sagte nichts darüber, wie diese Ziele erreicht werden sollten.

Hitler fand zu seinem Glück einige von seinen Vorgängern begonnene Maßnahmen vor und in den Schreibtischen der zuständigen Ministerien weitere Pläne für die Überwindung der Arbeitslosigkeit. An Plänen hatte es ja in Deutschland nicht gefehlt, wohl aber an Kraft und Zeit zur Durchführung. Nachdem der Reichstag, in dem bisher NSDAP und KPD gemeinsam alle Pläne der Reichsregierung sabotiert hatten, ausgeschaltet, die öffentliche Kontrolle über den Reichshaushalt beseitigt war – der Etat wurde bald geheimgehalten – und Schacht neue Methoden der Kreditschöpfung (s. S. 124) gefunden hatte, konnten die Pläne in die Tat umgesetzt werden. Dabei haben sicherlich die neuen Männer durch ihre unorthodoxe Art, die Probleme anzupacken, und durch die Energie, mit der sie anfingen, zu dem Erfolg beigetragen. Hitler wußte, daß sein Regime mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit stehen oder fallen würde.

Die Gesetze »zur Verminderung der Arbeitslosigkeit« vom 1. Juni und 21. September 1933 ermächtigten den Reichsfinanzminister, Schatzanweisungen bis zum Betrag von einer Milliarde Reichsmark zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung auszugeben, insbesondere für die Instandsetzung von Gebäuden, den Bau von Kleinsiedlungen, die Anlage von Versorgungsbetrieben und Straßen. Ausführungsverordnungen bestimmten, daß alle Arbeiten durch menschliche Arbeitskraft auszuführen seien, soweit nicht Maschinenarbeit unentbehrlich sei. Um die Arbeitslosenziffer rasch zu senken, wurden Arbeitsplätze auch ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Nutzen eingerichtet. Teilweise wurde die Beschaffung von Maschinen, die menschliche Arbeitskraft ersetzen konnten, ausdrücklich verboten. Die Parteipropaganda bekämpfte den »Rationalisierungswahnsinn«. Ehestandsdarlehen sollten die Frauen dem Arbeitsmarkt entziehen und zugleich die nationalsozialistische Familienpolitik fördern.
Am 27. Juni 1933 wurde das »Unternehmen Reichsautobahn« gegründet, das im Herbst mit dem Bau der Straßen begann. Sie waren keine Erfindung Hitlers, sondern bereits in der Weimarer Republik begonnen worden: Die erste kreuzungsfreie Spezial-Autostraße war die Berliner Avus, daneben gab es die Autobahn Köln – Bonn. Aber die neue Regierung setzte vorgefundene Anregungen in einem bisher unbekannten Ausmaß und mit ungewöhnlicher Energie in die Tat um. Mit den Autobahnen, die unter Berücksichtigung strategischer Überlegungen angelegt wurden, begann die Arbeitsbeschaffung in den Dienst militärischer Vorbereitungen zu treten. Die geheime Wiederaufrüstung, die im Herbst 1933 begann, gab weiteren Arbeitskräften Beschäftigung.
Der freiwillige Arbeitsdienst, in der Jugendbewegung der Weimarer Republik entstanden, würde erweitert und vom Staat übernommen. Vielfach wurden Arbeitslose zu gering bezahlten Notstandsarbeiten verpflichtet, bei denen sie, ähnlich wie der Arbeitsdienst, Arbeiten zu verrichten hatten, die keinen unmittelbaren Gewinn abwarfen, wie Be- und Entwässerung, Erd- und Forstarbeiten, Bau von Straßen und Talsperren.
Mit diesen Maßnahmen gelang es, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Arbeitslosenziffer erheblich zu senken. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland betrug am

31. 1. 33:	6 013 612	31. 1. 34:	3 772 792	31. 1. 35:	2 973 544
30. 6. 33:	4 856 942	30. 6. 34:	2 480 826	30. 6. 35:	1 876 579

Aber der Eindruck einer plötzlichen Wirtschaftsblüte und einer erheblichen Steigerung des Lebensstandards, der sich, kräftig gefördert von der nationalsozialistischen Propaganda, aus dem Kontrast zu den vorhergehenden Notjahren ergab, war falsch. Die Wirtschaftsbelebung erfolgte auf Kosten der Arbeitnehmer und der Konsumenten, da Gehälter und Löhne einem Lohnstop unterlagen, der sie auf dem extrem niedrigen Stand der Weltwirtschaftskrise fixierte. Zwar erhöhte sich der Bruttolohn durch den Wegfall von Kurzarbeit, durch Überstunden und Leistungszuschläge, doch stiegen gleichzeitig die Belastungen durch Steuern und »freiwillige« Abgaben, Haus- und Straßensammlungen und Beiträge zu Verbänden aller Art (s. S. 117). Gleichzeitig stiegen die Preise, besonders für landwirtschaftliche Produkte (s. S. 120). Einen Eindruck von der wirtschaftlichen Lage der breiten Massen vermittelt ein Bericht der Gestapo aus dem Raum Aachen vom März 1934: *Die bereits in früheren Berichten erwähnten Schwierigkeiten in der Versorgung des hiesigen Bezirks mit Haushalts- und Konsummargarine . . . beeinflussen die Stimmung der Bevölkerung um so mehr, als es sich hierbei um ihre primitivsten Lebensbedürfnisse handelt und gerade die Arbeit des Bergmanns im Wurmrevier einen besonders großen Fettkonsum bedingt. Wenn er ihn aber nicht zu Preisen, die in einem annehmbaren Verhältnis zu seinem Lohn stehen, befriedigen kann, oder er gar nur mit Rübenkrautstullen zur Schicht einfahren muß, . . . so bleibt von seiner Seite und von seiten seiner Familienangehörigen eine scharfe Kritik an den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht aus.*[65]

Da nach nationalsozialistischer Auffassung *das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse* (so der Titel einer Schrift von Darré) galt, erfuhr die Landwirtschaft besondere Förderung. Am 13. September 1933 wurde der »Reichsnährstand« geschaffen, der die gesamte Landwirtschaft, einschließlich der Betriebe, die mit landwirtschaftlichen Produkten handelten oder sie verarbeiteten, umfaßte. In dem Gesetz hieß es: *Der Reichsernährungsminister kann den Reichsnährstand oder einzelne seiner Gruppen ermächtigen, die Erzeugung, den Absatz sowie die Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu regeln, wenn dies unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint.*[66]
Das Prinzip des freien Marktes wurde zugunsten einer durch die Interessen der Erzeuger bestimmten Zwangswirtschaft aufgegeben.
Das »Reichserbhofgesetz« vom 29. September 1933 bestimmte:
Land- und forstwirtschaftlicher Besitz in der Größe von mindestens einer Ackernahrung und von höchstens 125 Hektar ist Erbhof, wenn er einer bauernfähigen Person gehört. . . .
Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger, deutschen oder stammesgleichen Blutes und ehrbar ist.
Der Erbhof geht ungeteilt auf den Anerben über. . . .
Der Erbhof ist grundsätzlich unveräußerlich und unbelastbar.[67]
Das Verbot der Belastung sicherte zwar den Besitz, erschwerte aber die Kreditaufnahme und damit die erforderliche Modernisierung der Höfe. Die Erbhofbauern verloren ihre Freizügigkeit und mußten Bauern bleiben, auch wenn sie das weder wollten noch konnten.
Alle Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft behoben nicht ihre jahrzehntelang verschleppte Strukturkrise und sicherten den Bauern keine dem Einkommenszuwachs in der Industriegesellschaft entsprechenden Erträge. *Es war weniger das*



Des deutschen Volkes Stärke liegt in der deutschen Erde, in der Kraft der Arbeit deutschen Bauerntums. Mit jedem Jahre erneuert sich die Dankesschuld der Gesamtheit aller Volksgenossen gegenüber dem Stande, der als Sachwalter deutschen Bodens in unermüdlicher, harter Arbeit des Volkes Brot und Nahrung schafft. In schwerer Notzeit unter Führung seines Volkskanzlers Adolf Hitler zu unlösbarer Einheit zusammengeschlossen, im Bewußtsein dieser Dankespflicht und der ewigen Verbundenheit zwischen Stadt und Land, hat sich das deutsche Volk im Jahre seiner nationalen Wiedergeburt zum ersten Male zum Erntedanktag vereinigt.

Des zum bleibenden Gedächtnis, als ein Sinnbild und sichtbar Zeichen des dem deutschen Bauernstande geschuldeten Dankes, ward dieses Blatt gestiftet und den Volksgenossen der Dorfgemeinde:

ausgehändigt zu Berlin am 1. Oktober 1933.

Reichsernährungsminister

Dr. Goebbels
Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda

Überreicht durch den Leiter der Landesstelle Berlin-Brandenburg-Grenzmark des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

Nationalsozialistischer Blut- und Boden-Kult, aus: Das Dritte Reich, Band 1 (Berlin 1938)

Gesetz über den Reichsnährstand als das Gesetz des sinkenden Ertrages, das die deutsche Landwirtschaft beherrschte.[68]

Anders war die Lage in der Industrie. Hitler stand den Unternehmern mit einer Mischung von Mißtrauen und Respekt gegenüber und wußte, daß er auf sie angewiesen war, wenn er aufrüsten und seine außenpolitischen Ziele erreichen wollte. Unter den deutschen Unternehmern gab es verschiedene Einstellungen zum Nationalsozialismus: Neben begeisterten Anhängern standen solche, die die NSDAP als kleinbürgerlich-plebejische Bewegung verachteten, aber geneigt waren, sie für ihre Zwecke zu benutzen, daneben zahlreiche Unpolitische, die nur am Geschäft interessiert waren, und andere, die konsequente Gegner waren oder wurden. Alfried Krupp von Bohlen und Halbach erklärte 1945 seine Haltung und die vieler Industrieller so: *In diesem harten Kampf brauchten wir harte und starke Führung. Hitler gab uns beides . . . Wir wollten nur ein System, das gut funktionierte und das uns eine Gelegenheit gab, ungestört zu arbeiten. Politik ist nicht unsere Sache . . . Wenn man ein gutes Pferd kauft, muß man ein paar Mängel hinnehmen.*[69]
Am 20. Februar 1933 lud Göring etwa 25 führende Unternehmer in seine Amtswohnung nach Berlin ein. Hitler sprach vor ihnen und bekannte sich zu den Grundsätzen des Privateigentums und der Unternehmerinitiative. Anschließend zeichneten die Anwesenden drei Millionen Mark für den Wahlfonds der NSDAP und der DNVP. Mit Hilfe solcher Spenden, mit Erklärungen gegen die Demokratie und für das neue Regime und unter dem *Schutzring* der *großen Namen Krupp, Siemens, Bosch, Borsig*[70] wurde der Reichsverband der Deutschen Industrie unter Gustav Krupp von Bohlen und Halbach von der Gleichschaltung weniger betroffen als alle anderen Verbände. Soweit personelle Veränderungen stattfanden, schieden im wesentlichen Juden aus, und in die Schlüsselstellungen rückten Männer der Großindustrie ein, die so ihre Macht über die mittleren und kleineren Betriebe vergrößerte.
Nach einem internen Machtkampf zwischen Industrie, nationalsozialistischen Ständestaats- und Mittelstandsideologen, Arbeitsfront und Wirtschaftsministerium wurden 1934 einige Gesetze und Verordnungen erlassen, die die Grundlage für eine neue Organisation der Wirtschaft abgaben.
Das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« vom 20. Januar 1934 sagte:
1. Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.
2. Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten. . . .
5. Dem Führer des Betriebes mit in der Regel mindestens zwanzig Beschäftigten treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes. . . .
9. Der Führer des Betriebes stellt im Einvernehmen mit dem Obmann der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation im März jeden Jahres eine Liste der Vertrauensmänner und deren Stellvertreter auf. Die Gefolgschaft hat zu der Liste alsbald durch geheime Abstimmung Stellung zu nehmen. . . .
16. Gegen Entscheidungen des Führers des Betriebes über die Gestaltung der allge-

meinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, kann die Mehrheit des Vertrauensrates des Betriebes den Treuhänder der Arbeit unverzüglich schriftlich anrufen, wenn die Entscheidungen mit den wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnissen des Betriebes nicht vereinbar erscheinen. Die Wirksamkeit der von dem Führer des Betriebes getroffenen Entscheidung wird durch die Anrufung nicht gehemmt.[71]

Damit wurden das Führerprinzip im Betrieb eingeführt, die Betriebsräte beseitigt und das Arbeitsrecht auf die patriarchalischen Formen vergangener Zeiten zurückgebildet. Der Unternehmer war »Herr im Hause«, dessen Macht nur durch den Staat, vertreten durch den Treuhänder der Arbeit, eingegrenzt wurde.

Das »Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft« vom 27. Februar 1934 bestimmte:

Der Reichswirtschaftsminister wird zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft ermächtigt,

1. Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anzuerkennen;

2. Wirtschaftsverbände zu errichten, aufzulösen oder miteinander zu vereinigen;

3. Satzungen und Gesellschaftsverträge von Wirtschaftsverbänden zu ändern und zu ergänzen, insbesondere den Führergrundsatz einzuführen;

4. die Führer von Wirtschaftsverbänden zu bestellen und abzuberufen;

5. Unternehmer und Unternehmungen an Wirtschaftsverbände anzuschließen.[72]

Auf Grund dieses »Ermächtigungsgesetzes für das Gebiet der Wirtschaft« (Hofer) entstanden sieben »Reichsgruppen der gewerblichen Wirtschaft« (Industrie, Handel, Handwerk, Banken, Versicherungen, Energiewirtschaft, später Fremdenverkehr), in denen der Reichsverband der Deutschen Industrie und ähnliche Verbände aufgingen.

Die Aufgaben der Arbeitsfront wurden in einer Verordnung vom 24. Oktober 1934 festgelegt:

Die Deutsche Arbeitsfront ist die Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust. In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestelltenverbände und der ehemaligen Unternehmer-Vereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen . . .

Die Führung der Deutschen Arbeitsfront hat die NSDAP. Der Stabsleiter der PO (Politische Organisation) *führt die Deutsche Arbeitsfront. Er wird vom Führer und Reichskanzler ernannt. Er ernennt und enthebt die übrigen Führer der Deutschen Arbeitsfront.*[73]

Die Arbeitsfront besaß, entgegen den ursprünglichen Absichten ihres Führers Ley, keinen direkten Einfluß auf die Wirtschaftspolitik oder auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dagegen war sie die größte Massenorganisation des nationalsozialistischen Staates, die auch noch diejenigen, die sich der Partei und ihren Gliederungen entziehen konnten, »erfaßte«. Die Mitgliedschaft war zwar theoretisch freiwillig, doch konnten sich dem Druck zum Beitritt nur wenige entziehen. Die Mitgliederzahl wurde für den 1. März 1934 mit 14 Millionen angegeben und stieg bis 1939 auf 30 Millionen.

Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik beruhten nicht auf einem einheitlichen Konzept, sondern waren eine mehr zufällige Kombination von Improvisationen, ideologischen Ansprüchen, Sonderinteressen, Subventionen und

Kontrollen. Der Versuch, mitten im 20. Jahrhundert die Industriegesellschaft zu verleugnen und vorindustrielle Verhältnisse wiederherzustellen – Landwirtschaftspolitik, ständischer Aufbau, patriarchalische Betriebsverfassung, Vertuschung der Klassengegensätze –, scheiterte daran, daß er mit industriellen Methoden durchgesetzt werden mußte. Die Erringung und Behauptung der Macht, militärische Aufrüstung und innenpolitischer Terrorapparat verlangten ein Höchstmaß an technisch-industrieller Leistung. Es gibt aber keine Industrie ohne Industriegesellschaft.[74]

Die Außenpolitik der ersten beiden Jahre

Anfang 1933 war die äußere Lage des Deutschen Reiches nicht ungünstig. In zähen Verhandlungen hatte die Weimarer Republik die ersten Revisionen des Versailler Vertrages erreicht. Die letzten Besatzungstruppen hatten dank Stresemanns Locarnopolitik 1930 vorzeitig das Rheinland geräumt. Mitte 1932 waren die Reparationen bis auf eine geringe Restzahlung für erledigt erklärt und im Dezember 1932 die militärische Gleichberechtigung grundsätzlich anerkannt worden. Deutschland besaß einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat, war damit als Großmacht anerkannt, und es hatte gute Beziehungen zu den meisten europäischen Staaten, einschließlich der Sowjetunion, und zu den USA.
Das änderte sich nach der Machtübernahme. Da Hitler seine Ziele oft und laut genug verkündet hatte, fühlten sich die Staaten bedroht, die durch den Versailler Vertrag Gebiete gewonnen hatten oder in deren Grenzen deutsche Volksgruppen lebten. Um solche Befürchtungen zu zerstreuen, betonten alle Reden nationalsozialistischer Führer, alle offiziellen Erklärungen und die gesamte Presse Deutschlands Wunsch nach Frieden. Das war der Tenor des außenpolitischen Teils im Regierungsprogramm vom 1. Februar (s. S. 19), von Hitlers Rede zum Ermächtigungsgesetz, seiner außenpolitischen Regierungserklärung vom 17. Mai 1933.
Daß diese Beteuerungen nur taktischen Sinn hatten und daß Hitler in Wahrheit ganz andere Ziele verfolgte, unterliegt heute keinem Zweifel. Schon seine Rede vor den Generälen am 3. Februar (s. S. 19 f.) weist darauf hin. Als er später glaubte, keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen, bezeichnete er selbst seine anfänglichen Friedensbeteuerungen als Mittel zur Kriegsvorbereitung (s. S. 167).
1933 stand das Ausland vor der Frage, wem es glauben sollte: dem Hitler aus »Mein Kampf« und dem nationalsozialistischen Parteiprogramm oder dem Reichskanzler, der seine Friedensliebe betonte und nur eine Revision derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages verlangte, die auch bei den Siegermächten vielfach als revisionsbedürftig erkannt wurden. Man verhielt sich abwartend.

Die Abrüstungskonferenz in Genf (seit 2. Februar 1933), die die militärische Gleichberechtigung Deutschlands verwirklichen sollte, geriet ins Stocken, da Frankreich jetzt mehr als zuvor auf seine Sicherheit bedacht war. Waren die Riesenheere der SA, SS und des Stahlhelm nicht eigentlich militärische Verbände, so daß Deutschland schon weit über das in Versailles vorgesehene Maß hinaus aufgerüstet war? Dolmetscher Paul Schmidt berichtet:

»Wehrsport« war von der SA als Betätigung angegeben worden. »Military sport« durfte ich nicht sagen, denn dann wäre ja bereits in der Übersetzung der militärische Charakter der SA zum Ausdruck gekommen, und dieser wurde damals von deutscher Seite bestritten. Nach Rücksprache mit meinen englischen Kollegen einigten wir uns dann schließlich auf »defence sport«. »Was ist das für ein Unsinn«, fuhr mir der englische General Temperley dazwischen, als ich den Ausdruck gebrauchte. »Ich vertrete das Land, von dem der Ausdruck Sport herstammt«, sagte er ärgerlich, »aber unter ‚defence sport' kann ich mir gar nichts vorstellen.«[75]

Deutschland geriet in zunehmende Isolierung, nicht zuletzt wegen der Nachrichten, die über die Verfolgung von Juden und politischen Gegnern ins Ausland gelangten. Da bedeutete der Abschluß eines Konkordats mit dem Vatikan am 20. Juli 1933 (s. S. 50) einen großen moralischen Gewinn, eine *Visitenkarte, die das Dritte Reich bei seinem Eintritt in die internationale Gesellschaft abgab.*[76]

Im Herbst 1933 schlug der britische Außenminister auf der Abrüstungskonferenz einen Kompromiß zwischen der deutschen und der französischen Auffassung vor, demzufolge Deutschland erst nach einer vierjährigen Übergangszeit voll gleichberechtigt sein sollte. Dazu erklärte Hitler am 14. Oktober: *Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweitklassige Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten. Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie wird deshalb auch den Austritt aus dem Völkerbund anmelden.*[77]

Damit war der Weg abgebrochen, den die Regierungen der Weimarer Republik mit vieler Mühe, aber schließlich mit Erfolg gegangen waren, um Deutschland in den Kreis der europäischen Mächte zurückzuführen. Hitler betonte weiterhin nach außen seinen Friedenswillen, begann jedoch gleichzeitig die geheime Wiederaufrüstung. An Stelle der kollektiven Sicherheit, wie sie der Völkerbund zu verwirklichen suchte, schlug er zweiseitige Verträge vor und schloß am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffspakt für zehn Jahre überraschenderweise mit Polen. Überraschend deswegen, weil das deutsch-polnische Verhältnis bisher schlecht war. Da eine Revision von Versailles in erster Linie Polen treffen mußte, plante der polnische Staatschef Pilsudski wahrscheinlich 1933 Präventivmaßnahmen gemeinsam mit Frankreich, etwa in der Form der Ruhrbesetzung von 1923, stieß aber auf Ablehnung. Daher versuchte er den anderen Weg und verständigte sich mit Deutschland, das keinen überzeugenderen Beweis für die Richtigkeit der Politik zweiseitiger Verträge geben konnte als gerade eine Verständigung mit Polen. Gleichzeitig gelang damit ein Einbruch in das französische Sicherheitssystem, das auf dem Bündnis Frankreichs mit den Staaten der »Kleinen Entente« (Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) beruhte.

Durch den Vertrag mit Polen wurde auch das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion berührt, dessen Grundlage der gemeinsame Gegensatz zu Polen gewesen war. Trotz der Machtübernahme Hitlers waren bisher die aus der Weimarer Republik überkommenen guten Beziehungen nicht getrübt, weil beide Regierungen sorgfältig zwischen der innenpolitischen Kommunistenverfolgung in Deutschland und den auswärtigen Beziehungen unterschieden. Im Mai 1933 wurde der deutsch-

sowjetische sogenannte »Berliner« Vertrag von 1926 reibungslos erneuert. Nach dem deutsch-polnischen Vertrag aber begann die Sowjetunion, sich den Westmächten anzunähern, um nicht isoliert und von einem gemeinsamen Angriff der kapitalistischen Mächte gegen den »ersten sozialistischen Staat der Weltgeschichte« überrascht zu werden. Im September 1934 trat sie in den Völkerbund ein, fast ein Jahr, nachdem Deutschland ihn verlassen hatte, im Mai 1935 schloß sie Beistandspakte mit Frankreich und der Tschechoslowakei.
Vorher versuchte der französische Außenminister Barthou noch einmal, das Sicherheitssystem Frankreichs wiederaufzubauen und den Expansionsabsichten Hitlers einen Riegel vorzuschieben. Er schlug im Juni 1934 ein dem Locarno-Pakt ähnliches Vertragswerk zwischen Deutschland, Frankreich, der Sowjetunion und den kleineren osteuropäischen Staaten vor (Ost-Locarno). Die Reichsregierung lehnte ab, und Polen wollte sich ohne Deutschland nicht beteiligen. Als Barthou bald darauf bei einem Attentat auf den jugoslawischen König Alexander ums Leben kam, war der für viele Jahre letzte Versuch eines Widerstandes gegen die aus Deutschland drohende Gefahr gescheitert. Von nun an beherrschte Hitlers Politik der vollzogenen Tatsachen die europäische Bühne.

Die Nationalsozialisten versuchten zum ersten Male schon 1934, noch ohne Erfolg, ihren Machtbereich über die deutschen Grenzen hinaus auszudehnen. Es ging um Österreich. Während hier der Anschluß an Deutschland seit 1918 der erklärte Wunsch der Bevölkerung war, schlug die Stimmung nach 1933 teilweise um, als der Anschluß die Unterwerfung unter den Nationalsozialismus bedeutet hätte. Als die österreichische NSDAP mit Terror und Sabotageakten antwortete, wobei sie aus Deutschland unterstützt wurde, verbot Bundeskanzler Dollfuß die Partei. Die Reichsregierung führte eine Gebühr von 1000,– Reichsmark für jede Ausreise eines Deutschen nach Österreich, also praktisch eine Reisesperre, ein. Während die Westmächte sich auf Proteste gegen die deutsche Einmischung beschränkten, ließ Mussolini, Ministerpräsident von Italien, klar erkennen, daß er Österreich als sein Einflußgebiet betrachte. Dadurch wurde eine Annäherung zwischen Deutschland und Italien verhindert, die wegen der Verwandtschaft der Ideologien und wegen Hitlers Bewunderung für Mussolini nahegelegen hätte.
Am 25. Juli 1934 erhoben sich die österreichischen Nationalsozialisten, besetzten in Wien den Rundfunksender und das Bundeskanzleramt, schossen Dollfuß nieder und ließen ihn an seinen Verletzungen verbluten. Da die österreichische SA, erbittert über die Röhm-Morde (s. S. 56), die von der SS getragene Aktion sabotierte, brach der Putsch nach wenigen Stunden zusammen. Viele der Beteiligten entkamen über die deutsche Grenze. Die Dollfuß-Mörder wurden an Österreich ausgeliefert, dort zum Tode verurteilt und hingerichtet. Hitler vollzog am Abend des 25. Juli, als das Scheitern des Aufstandes bekannt wurde und als Italien Truppen an die Grenze warf, eine schnelle Wendung. Der deutsche Gesandte in Wien, obwohl nicht eingeweiht und nur am Rande beteiligt, wurde abberufen. Nachdem die ersten Meldungen des Deutschen Nachrichtenbüros die Erhebung noch begeistert begrüßt hatten, leugnete die Reichsregierung am nächsten Tag jede deutsche Beteiligung und distanzierte sich von den Vorgängen.
Hitlers Politik gegenüber Österreich war gescheitert. Er änderte seine Methoden und ernannte Papen, der im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934 sein Amt als Vizekanzler verlor, zum außerordentlichen Gesandten in Wien. Papen

war katholisch, konservativ und als nicht unbedingt nationalsozialistisch eingestellt bekannt. Seine Ernennung konnte als freundliche Geste gelten, und es gelang ihm, die Beziehungen zu Österreich zu normalisieren. Der Anschluß, der 1934 scheiterte, wurde einige Jahre später in anderer Form und unter anderen politischen Verhältnissen erfolgreich vollzogen (s. S. 150–152).

Bevölkerung zwischen Anpassung und Widerstand

Die nationalsozialistische Machtergreifung veränderte das äußere Bild Deutschlands in kurzer Zeit. Die Straßen wurden beherrscht von Fahnen, Spruchbändern, Uniformen und Abzeichen. Regelmäßig fanden Aufmärsche und Massenkundgebungen statt. Der Parteigruß der NSDAP, der »deutsche Gruß«, war als offizielle Form der Begrüßung vorgeschrieben. Zahlreiche Organisationen mit mannigfaltig abgestuften Führern und Unterführern brachten neue gesellschaftliche Wertungen oder jedenfalls den Anspruch darauf. Zusammenarbeit wurde durch Über- und Unterordnung, Diskussion durch Befehl und Gehorsam ersetzt.
Wie nahm das deutsche Volk die Veränderungen auf? Nachdem die ersten Monate durch Willkür und offenen Terror gekennzeichnet waren, trat im Sommer 1933 Beruhigung ein. Für viele schien der Beweis erbracht, daß es sich um vorübergehende Begleiterscheinungen des Umbruchs gehandelt habe, für die die Regierung nicht verantwortlich zu machen sei. Die tiefe Agonie, die politische und wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit der letzten Jahre der Weimarer Republik schienen überwunden. Es geschah wieder etwas in Deutschland, und es ging wirtschaftlich aufwärts. Die nationalsozialistische Propaganda verstand es, die Gefühlskräfte, für die die Republik keine rechte Verwendung gehabt hatte, für sich zu mobilisieren. Deutschland befand sich in einem nationalen Rausch, der die unerfreulichen und bedenklichen Tendenzen überdeckte.
Das gilt insbesondere für das Bürgertum in allen seinen Schichten. Hervorragende Vertreter des deutschen Geisteslebens wie der Philosoph Martin Heidegger, der Jurist Carl Schmitt, der Dichter Gottfried Benn bekannten sich ausdrücklich zu Adolf Hitler und seinem Dritten Reich. Ein »Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat« aus Anlaß der Wahl vom November 1933 schloß: *Unser Wille zur völkischen Selbstverantwortung will, daß jedes Volk die Größe und Wahrheit seiner Bestimmung finde und bewahre. Dieser Wille ist höchste Bürgschaft des Friedens der Völker, denn er bindet sich selbst an das Grundgesetz der mannhaften Achtung und der unbedingten Ehre. Diesen Willen hat der Führer im ganzen Volke zum vollen Erwachen gebracht und zu einem einzigen Entschluß zusammengeschweißt. Keiner kann fernbleiben am Tage der Bekundung dieses Willens. Heil Hitler!* [78]
Auch die ablehnende Haltung der Arbeiterschaft ließ nach. Das Ende der Wirtschaftskrise, der Rückgang der Arbeitslosigkeit, sozialpolitische Verbesserungen, alles durch die Propaganda maßlos aufgebauscht, andererseits die Aussichtslosigkeit jedes Widerstandes, veranlaßten viele, sich mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden. Nachdem die Abstimmungen über die Vertrauensmänner in den Betrieben

im März 1934 nur durchweg 50 Prozent für die nationalsozialistische Liste ergeben hatten, bei einer Wahlbeteiligung unter 40 Prozent, ergaben die Abstimmungen von 1935 nach offiziellen Angaben 82 Prozent Ja-Stimmen. Allerdings blieb in manchen Betrieben die Hälfte der Arbeiter der Abstimmung fern.
Hitler konnte es aber schon Ende 1933 wagen, sich einer Volksabstimmung zu stellen. Er löste den Reichstag auf und verband mit der Neuwahl eine Abstimmung über die Frage, ob das Volk die Außenpolitik der Reichsregierung, insbesondere den Austritt aus dem Völkerbund, billige. Die Reichstagswahl war keine Wahl mehr, da nur eine Einheitsliste der NSDAP vorgelegt wurde, die am 12. November 1933 92 Prozent der Stimmen erhielt. In der Volksabstimmung sprachen sich 95 Prozent mit Ja aus. Ob und in welchem Umfang neben der massiven, die Form der Nötigung annehmenden Wahlpropaganda die Ergebnisse direkt gefälscht wurden, ist nicht mehr sicher festzustellen.

Das Wahlergebnis gab jedenfalls keine zuverlässige Auskunft über die Haltung des deutschen Volkes zum Nationalsozialismus, schon weil diese Haltung viel zu differenziert war, um in einem einfachen Ja-Nein-Schema ausgedrückt zu werden. Hinter der Kulisse der nationalen Begeisterung verbarg sich eine breite Skala von Denk- und Verhaltensweisen, zwischen denen die Übergänge fließend waren. Neben denen, die überzeugt und begeistert mitmachten, gab es die Masse der Unpolitischen, die sich nur so weit engagierten, wie es unumgänglich zu sein schien, daneben diejenigen, die nach wie vor in Opposition standen. Ihre Opposition konnte sich auf einzelne Maßnahmen des Regimes beziehen, etwa die Verfolgung politischer und rassischer Gegner, auf ein Fachgebiet, wo man glaubte, sachverständiger zu sein, oder sie konnte grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus aus verschiedenen politischen, religiösen oder ethischen Motiven sein. Es gab zahlreiche *Stufen der Nicht-Gleichschaltung*[79]. Gegner des Nationalsozialismus konnten als Mitläufer in NS-Organisationen oder als Unpolitische getarnt sein, sie konnten mitmachen, um wichtige Funktionen in der Hand zu behalten oder um Schlimmeres zu verhüten, oder sie konnten aktiven Widerstand leisten.

Die Machtergreifung mit ihrer Kombination von Legalitätstaktik und Terror machte eine offene Opposition schnell unmöglich. Trotzdem setzten die politischen Parteien und Gruppen, die den Nationalsozialismus vor 1933 bekämpft hatten, den Kampf fort, wenn auch nur mit einem kleineren Teil ihrer Anhänger. SPD, KPD, kleinere sozialistische Gruppen und zum Teil die Gewerkschaften entfalteten nach dem Verbot eine umfangreiche Untergrundtätigkeit, die oft nicht von den Vorständen organisiert war, sondern aus der Initiative einzelner aktiver Mitglieder entsprang. Sie bildeten Gruppen, manchmal als Skatklub, Gesangverein oder ähnliches getarnt, die den Zusammenhalt aufrechterhielten, politische Probleme diskutierten, Nachrichten sammelten und weitergaben. Sie stellten Flugblätter und Broschüren her oder schmuggelten sie aus dem Ausland ein und verteilten sie. Sie schrieben antinationalsozialistische Parolen auf Mauern und Zäune und suchten in jeder Weise der Propaganda des Regimes entgegenzuwirken.
Nachdem die organisatorischen Verbindungen im Frühjahr 1933 fast vollständig zerschlagen worden waren, gelang es später, neue Organisationen aufzubauen. Der Prager Exilvorstand der SPD richtete Sekretariate an den deutschen Grenzen ein, vornehmlich in der Tschechoslowakei, auch in West- und Nordeuropa, über die 1934

zu den meisten der alten Parteibezirke eine regelmäßige Verbindung bestand. Die sozialdemokratischen Gruppen sahen ihre Aufgabe in erster Linie darin, die Mitglieder zu schulen und gegen die nationalsozialistische Propaganda immun zu machen.

Die Kommunisten waren durch Verfolgungen und Verhaftungen, auch durch ideologische Differenzen um die Einheitsfronttaktik und um die Beurteilung des Nationalsozialismus, noch stärker belastet. Ihre Gruppen arbeiteten meist aktiver und mehr nach außen und hatten deswegen besonders große Verluste. Die Führung der KPD ging von der illegalen Parteileitung in Deutschland auf die nach Moskau emigrierten Funktionäre über, die die einzelnen Gruppen durch Kuriere lenkten.

Während die Kommunisten auf die Moskauer Linie ausgerichtet wurden, weckte in der SPD die Niederlage von 1933 den Willen zu kritischer Überprüfung der bisherigen Ideologie und der bisherigen Politik. Die erste Reaktion war eine Absage an den Reformismus und eine Rückkehr zu radikal-sozialistischen Ideen, oft verbunden mit der Hoffnung, den Nationalsozialismus in Kürze durch eine revolutionäre Gegenbewegung stürzen zu können. Diese Haltung kam in den ersten Flugschriften des Prager Parteivorstandes und noch deutlicher – schon im Namen – bei einigen sozialdemokratischen Gruppen zum Ausdruck, die sich in bewußtem Gegensatz zur alten Partei bildeten: »Sozialistische Front« in Hannover, »Roter Stoßtrupp« in Berlin. Dieser umfaßte Ende 1933 etwa 5000 Mitglieder, die in Fünfergruppen organisiert waren. Am 7. Juni 1933 schrieb seine hektografierte Untergrund-Zeitung: *Es kann sich nicht mehr um reformistische, sondern nur noch um revolutionäre Politik handeln. Diese illegale revolutionäre Arbeit übernehmen die Roten Stoßtrupps. Sie sammeln, was an aktiven Kämpfern übrig geblieben ist, und setzen sie ein für die proletarische Revolution.*[80]

Die wichtigste dieser Gruppen war »Neu-Beginnen«. Entstanden aus einem Diskussionskreis junger Sozialdemokraten und oppositioneller Kommunisten, hatte sich die Gruppe schon seit 1931 in Voraussicht der nationalsozialistischen Machtergreifung auf die Illegalität vorbereitet und konnte nach 1933 verhältnismäßig lange weiterarbeiten: *Das erste Sekretariat wurde im März 1934 in Neuen im Böhmerwald, auf der tschechischen Seite, eine Stunde von der Grenze, aufgemacht. Das bedeutet nicht, daß die Arbeit erst dann begann. Im Januar 1934 wurde sogar schon der erste Bericht durchgegeben. Aber sie begann erst im März systematisch zu werden. Alle 8–14 Tage kamen die Kuriere der verschiedenen Gruppen aus dem Reich, lieferten die Berichte über die organisatorische Arbeit, über die Situation in den Konzentrationslagern und empfingen die von der Zentrale zusammengestellten Berichte, die auf Mikrofotos aufgenommen waren, ein Verfahren, das zuerst in Augsburg entwickelt worden war . . . Für »Neubeginnen« kam es darauf an, den Kurierverkehr zu unterhalten, Austausch von Informationen zu pflegen und eine gegenseitige politische Orientierung aufrechtzuerhalten. Dies war für »Neubeginnen« die Arbeit einer politisch-revolutionären Konzeption.*[81]

Im September 1933 erschien in Karlsbad die Schrift »Neu-Beginnen! Faschismus oder Sozialismus«, die der Gruppe den Namen gab und schonungslos das Versagen der SPD und der KPD gegenüber dem Nationalsozialismus kritisierte. Er werde nicht von selbst zusammenbrechen, sondern könne nur von einer starken und einheitlichen sozialistischen Bewegung in einem langdauernden Kampf gestürzt werden. Weiter hieß es: *Wir revolutionären Sozialisten wissen sehr genau, daß ohne die Wiederherstellung der Demokratie die Wiederaufnahme des sozialistischen Eman-*

zipationskampfes als Massenbewegung unmöglich ist, und darum ist unser unmittelbares politisches Kampfziel die Niederringung des faschistischen Staatssystems und seine Ersetzung durch die breitesten Freiheitsrechte der Volksmassen in einem demokratischen Regime.[82]

Auf dieser Basis war eine Einigung mit den Kommunisten nicht möglich, während Neu-Beginnen mit dem Vorstand der SPD zusammenarbeitete, wenn auch nicht ohne Spannungen. Obwohl die Gestapo nach dem Erscheinen der Broschüre ein Sonderdezernat einrichtete, konnte sie erst im Winter 1935/36 einige Mitglieder der Gruppe und im Herbst 1938 die führenden Funktionäre verhaften. Mehr als dreißig wurden hingerichtet, viele zu Zuchthausstrafen verurteilt. Wenige überlebten in der Emigration.

Die meisten aus den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften hervorgegangenen Widerstandsgruppen wurden schon früher entdeckt. Unerfahren im illegalen Kampf, oft mehr durch impulsive Empörung als durch nüchterne Überlegung gelenkt, erlagen sie den ständig verfeinerten Methoden der Gestapo. Besonders seit 1934 fanden in Deutschland in fast allen größeren Orten Prozesse gegen Widerstandsgruppen statt. Die Angeklagten wurden zum Tode, zu hohen Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt oder, wenn das Beweismaterial für eine Verurteilung nicht ausreichte, ins KZ eingeliefert. Nur wenige entgingen diesem Schicksal. Sie paßten sich den Bedingungen des Polizeistaates an, sammelten Erfahrungen in der illegalen Arbeit und wirkten weniger in der Öffentlichkeit, sondern konzentrierten sich darauf, zuverlässige Zellen zu schaffen, Funktionäre zu schulen und einen wirksamen Nachrichtenapparat aufzubauen.

Der innerdeutsche Widerstand wurde unterstützt und ergänzt von der Emigration. Neben Mitgliedern und Funktionären der illegalen Parteien und Gruppen emigrierten 1933 und in den folgenden Jahren mehrere zehntausend Menschen, weil sie aus politischen oder rassischen Gründen verfolgt wurden oder weil sie im geistigen Klima der Diktatur nicht leben und arbeiten konnten. Unter ihnen waren die meisten der Künstler und Schriftsteller, deren Werke und Bücher verbrannt oder verboten wurden. Heinrich und Thomas Mann, Bert Brecht, Carl Zuckmayer und Erich Maria Remarque schrieben einige ihrer bedeutendsten Werke im Ausland. Emigrieren mußten Max Reinhardt und Fritz Kortner (Theater), Paul Hindemith und Otto Klemperer (Musik), Max Beckmann und Oskar Kokoschka (Malerei).

Literarisch-politische Zeitschriften der Emigration versuchten, die Tradition des deutschen Geisteslebens zu bewahren. Leopold Schwarzschild schrieb 1933 in der ersten Nummer des »Neuen Tage-Buchs« (Amsterdam und Paris): *Die Emigration, die Entfernung vom Mutterlande, kann zwei Wirkungen haben. Sie kann den Blick trüben und kann ihn schärfen. Sie kann in einem Menschen Haß und Verbitterung bis zu einem Grade entzünden, der ihn blind macht. Sie kann ihm aber auch, wie jeder zeitliche und örtliche Abstand von Dingen und Ereignissen, freiere Sicht, überlegenere Objektivität, Überschau über größere Zusammenhänge gewähren. In der Geschichte der Emigrationen gibt es Beispiele für beides. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, einstmals zur zweiten Gattung gerechnet zu werden.*[83]

Viele Emigranten verzehrten ihre Kräfte dabei, sich in der Fremde eine neue Existenz zu schaffen. Manche wandten sich ganz von Deutschland ab. Einige verzweifelten und begingen Selbstmord. Viele sahen aber ihre Aufgabe darin, die deutsche Kultur, die in Deutschland selbst keinen Platz mehr hatte, zu bewahren

und weiterzuentwickeln. Heinrich Mann und Paul Roubiczek schrieben in den »Streitschriften des Europäischen Merkur«, Paris 1934: *Die Emigration ist eingesetzt vom Schicksal, damit Deutschland das Recht behält, sich zu messen an der Vernunft und an der Menschlichkeit! Ohne die Emigration könnte es das heute nicht, sie allein ist übrig als ein Deutschland, das lernt, denkt und Zukunft erarbeitet. Eine Emigration, die sich behauptet, wird ihre leidvoll und kämpfend erworbene innere Zucht einst übertragen auf ihr ganzes Volk, dem so sehr, so sehr zu gönnen wäre, daß es die Gegend der Katastrophen verläßt und seinen Frieden mit der Welt macht.*[84]

Nationalsozialismus und Kirchen

Außer den im Untergrund arbeitenden Widerstandsgruppen gab es in Deutschland nach einem Jahr nationalsozialistischer Herrschaft nur noch zwei Einrichtungen, die sich der Gleichschaltung hatten entziehen können: die Reichswehr und die Kirchen. Bei der Reichswehr begnügte sich Hitler vorläufig mit der Loyalität, die sie ihm entgegenbrachte, und wartete ab, bis sich eine Gelegenheit ergab, seinen Machtanspruch durchzusetzen. Mit den Kirchen dagegen waren Auseinandersetzungen unvermeidlich, weil eine Partei, die eine »Weltanschauung« vertrat und den Anspruch auf totale Herrschaft erhob, keine selbständige Kirche neben sich dulden konnte.
Anfangs gab es darüber bei den Kirchen wie bei den Nationalsozialisten einige Illusionen. Im Programm der NSDAP stand: *Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden.* Da nie erläutert wurde, was unter »positivem Christentum« zu verstehen sei, blieb Raum für die verschiedensten Deutungen. In »Mein Kampf« betonte Hitler die konfessionelle Neutralität seiner Partei und äußerte sich anerkennend gegenüber beiden christlichen Bekenntnissen. Nach seiner Ernennung zum Reichskanzler gab er sich, schon mit Rücksicht auf seine Koalitionspartner, betont christlich und kirchenfreundlich. Das Regierungsprogramm vom 1. Februar 1933 bezeichnete *das Christentum als Basis unserer gesamten Moral* (s. S. 19). In der Rede zur Begründung des Ermächtigungsgesetzes sagte Hitler: *Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren; ihre Rechte sollen nicht angetastet werden . . . Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat.*[85]
Die Propaganda versuchte nachzuweisen, daß Nationalsozialismus und Christentum keine Gegensätze seien, sondern sich gegenseitig ergänzten, daß erst die nationale Regierung den Kirchen den ihnen gebührenden Platz garantiere und sie vor dem tödlichen Angriff des kirchenfeindlichen Bolschewismus gerettet habe. Es fanden Feldgottesdienste der SA und kirchliche Massentrauungen von SA-Männern statt;

der Verfasser erinnert sich, daß sein erster Dienst im Deutschen Jungvolk Anfang 1934 in einem Kirchgang bestand.

Im Juli 1933 schloß das Deutsche Reich das Konkordat mit dem Vatikan, das frühere Auseinandersetzungen zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus zu beenden schien. Die deutschen Bischöfe hatten seit 1930 die nationalsozialistische Weltanschauung als unvereinbar mit der katholischen Lehre bezeichnet und den Gläubigen verboten, Mitglied der NSDAP zu sein. Sie lehnten die Bestrebungen der Partei für ein »deutsches Christentum« oder einen »deutschen Glauben« ab und erklärten den kulturpolitischen Totalitätsanspruch der NSDAP für unvereinbar mit den Rechten der Kirche. Gegen die politischen Ziele der Partei, gegen die Beseitigung der Demokratie, die Eroberung neuen »Lebensraumes« und gegen den Antisemitismus erhoben sie keinen Einspruch.
Nach Hitlers Machtübernahme und nach seiner Erklärung zum Ermächtigungsgesetz revidierte die Fuldaer Bischofskonferenz am 28. März 1933 ihre Haltung: *... Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer* (des Nationalsozialismus) *aufzuheben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen. Für die katholischen Christen, denen die Stimme ihrer Kirche heilig ist, bedarf es auch im gegenwärtigen Zeitpunkte keiner besonderen Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung allen rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens.*[86]
Die wichtigsten Bestimmungen des Konkordats vom 20. Juli 1933 lauteten:
Artikel 1. Das Deutsche Reich gewährleistet die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion. Es anerkennt das Recht der katholischen Kirche, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten und im Rahmen ihrer Zuständigkeit für ihre Mitglieder bindende Gesetze und Anordnungen zu erlassen.
Artikel 21. Der katholische Religionsunterricht in den Volksschulen, Berufsschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten ist ordentliches Lehrfach und wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche erteilt ...
Artikel 23. Die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet ...
Artikel 31. Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt ...
Artikel 32. Auf Grund der in Deutschland bestehenden besonderen Verhältnisse, wie im Hinblick auf die durch die Bestimmungen des vorstehenden Konkordats geschaffenen Sicherungen einer die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche im Reich und seinen Ländern wahrenden Gesetzgebung, erläßt der Heilige Stuhl Bestimmungen, die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen.[87]
Hitler legte – neben dem internationalen Ansehen, das ihm der Vertrag brachte – auf diese letzte Bestimmung besonderen Wert, weil sie das Zentrum, in dem viele Geistliche tätig waren, politisch erledigte. Der Vatikan andererseits hoffte, sich

durch den Vertrag gegen die zu befürchtende Kirchenfeindlichkeit der neuen Regierung eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die Übergriffe mindestens erschwerte.

Das Konkordat weckte Hoffnungen und lähmte Widerstandskräfte. Obwohl bald gegen einzelne Vertragsverletzungen protestiert werden mußte, obwohl Geistliche verhaftet und Veröffentlichungen der Bischöfe unterdrückt wurden, blieb die Kirche dem nationalsozialistischen Staat gegenüber loyal und lehnte aktiven Widerstand ab.

Die Regierung überließ in den ersten beiden Jahren Angriffe auf die Kirche untergeordneten Stellen der Gestapo, der SA oder der Hitlerjugend, die in ihrer Haltung teilweise schon 1933, spätestens 1934, umschwenkten, und betrieb offiziell eine kirchenfreundliche Politik (z. B. Einführung des Schulgebets 1933). Auf der unteren Ebene, in den Gemeinden, begann dagegen ein Kleinkrieg um katholische Vereine, besonders die Jugendvereine, um katholische Veröffentlichungen, etwa solche, die sich mit dem antichristlichen Buch des Reichsleiters der NSDAP, Alfred Rosenberg, »Der Mythus des 20. Jahrhunderts« auseinandersetzten, und um jede Betätigung, die über den engsten Raum der Kirche hinausgriff. Ein Brief Kardinal Bertrams an Kardinalstaatssekretär Pacelli vom 2. September 1933 gibt eine Übersicht:

I. Betreff der katholischen Vereine, insbesondere der Jugend- und Jungmännervereine und der Arbeitervereine.

1. In allen Teilen Deutschlands sind bis in die jüngsten Tage zahlreiche Vergewaltigungen des Eigentums, der Räume, Gebrauchsgegenstände und Beschlagnahme von Geldbeträgen katholischer Vereine vorgekommen . . .

3. . . . Zahllose Austritte aus den katholischen Vereinen überall unter dem Drucke der untergeordneten Organe der nationalsozialistischen Partei, die von den oberen Instanzen nicht wirksam zurückgehalten werden.

5. Vereinsleben und Kundgebungen der katholischen Jugendvereine und Jungmännervereine werden in zahllosen Fällen aufs schärfste überwacht, ungünstig beurteilt, vielfach verhindert. Den katholischen Vereinen wird oft verboten, sich zu betätigen in Sport, Wanderungen, öffentlichem vereinsmäßigem Auftreten, Kundgebungen und Werbeversammlungen . . .

II. Der Kampf um die katholische Presse.

2. Die bestehenden Zeitungen haben nicht das Recht der freien Meinungsäußerung. Wenn Artikel erscheinen, in denen die Pressepolizei eine ungünstige Beurteilung staatlicher Maßnahmen vermutet, so wird die Zeitung auf Wochen und Monate verboten . . .

4. In Arbeiterkreisen und ähnlichen Kreisen wird Kontrolle geübt, ob die nationalsozialistische Zeitung gehalten wird. Die wenigsten Menschen aber können zwei Zeitungen zugleich halten . . .[88]

Der Brief sollte den Vatikan zur Ratifikation des Konkordats drängen, weil die deutschen Bischöfe sich davon ein Nachlassen des Drucks versprachen. Das Konkordat wurde ratifiziert, der Kleinkrieg hörte jedoch nicht auf. Trotzdem blieb das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche bis etwa 1935 im großen und ganzen gut.

Komplizierter war die Situation bei den Protestanten. Es gab keine einheitliche Kirche, sondern 28 selbständige Landeskirchen, dazu die verschiedenen evangelischen Bekenntnisse und verschiedene theologische Richtungen, die sich seit Jahren befehdeten. Eine von ihnen waren die »Deutschen Christen«, die sich als »Evange-

Adolf Hitler!

Dir sind wir allein verbunden! Wir wollen in dieser Stunde das Gelöbnis erneuern:

Wir glauben
auf dieser Erde allein an Adolf Hitler.

Wir glauben,
daß der Nationalsozialismus der allein seligmachende Glaube für unser Volk ist.

Wir glauben,
daß es einen Herrgott im Himmel gibt, der uns geschaffen hat, der uns führt, der uns lenkt
und der uns sichtbarlich segnet.

Und wir glauben,
daß dieser Herrgott uns Adolf Hitler gesandt hat, damit Deutschland für alle Ewigkeit ein Fundament werde.

Reichsleiter Dr. Robert Ley am 10. Februar 1937

Aus dem »Schulungsbrief« der NSDAP, IV. Jahrgang, 4. Folge 1937

lische Nationalsozialisten« oder auch als »SA Christi« bezeichneten. Hitler, an theologischen Streitfragen nicht interessiert, unterstützte sie in einem gewissen Umfang, ihm war es jedoch wichtiger, eine protestantische Reichskirche zu schaffen, die er glaubte leichter beherrschen zu können als die Landeskirchen.

Nach dem 30. Januar 1933 folgten die Ereignisse schnell aufeinander. Die Lage wurde bald sehr verworren. Am 25. April ernannte Hitler den Wehrkreispfarrer und Gauführer der Deutschen Christen in Ostpreußen, Ludwig Müller, zu seinem »Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der evangelischen Kirche« mit dem Auftrag, die Reichskirche zu schaffen. Einen Monat später wählten die Vertreter der Landeskirchen nicht Müller, sondern Pfarrer Fritz von Bodelschwingh zum Reichsbischof. Ende Juni wurde er zum Rücktritt gezwungen und in Preußen ein Staatskommissar für die Landeskirche eingesetzt. Die »Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche« vom 11. Juli 1933 war ein Kompromiß zwischen den kirchlichen Richtungen:

1. Die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. Hierdurch werden die Vollmachten, deren die Kirche für ihre Sendung bedarf, bestimmt und begrenzt.

2. Die Deutsche Evangelische Kirche gliedert sich in Kirchen (Landeskirchen) . . . Die Landeskirchen bleiben in Bekenntnis und Kultus selbständig.

5. An der Spitze der Kirche steht der lutherische Reichsbischof. Dem Reichsbischof tritt ein geistliches Ministerium zur Seite. Eine Deutsche Evangelische Nationalsynode wirkt bei der Bestellung der Kirchenleitung und bei der Gesetzgebung mit.[89] Aufgrund dieser Verfassung fanden am 23. Juli Kirchenwahlen statt, die den Deutschen Christen eine große Mehrheit in den Vertretungskörperschaften brachten. Die Nationalsynode wählte am 27. September Müller zum Reichsbischof. Er förderte die Gleichschaltung der Kirche, überführte im Dezember die evangelischen Jugendvereine in die Hitlerjugend und entließ »nichtarische« oder politisch mißliebige Pfarrer und Kirchenbeamte.

Gleichzeitig formierte sich der Widerstand. Im September 1933 gründete Pfarrer Martin Niemöller in Berlin-Dahlem den »Pfarrer-Notbund«, der das Führerprinzip und den Arierparagraphen in der Kirche ablehnte, nichtarische Pastoren unterstützte und die Machtansprüche der Deutschen Christen zurückwies. Der Notbund wuchs rasch. Mitte Januar 1934 gehörten ihm 7036 Geistliche an, den Deutschen Christen dagegen nur etwa 2000, während sich die übrigen rund 9000 Pastoren keiner der beiden Richtungen anschlossen. Auch wenn sie viele Maßnahmen des Staates mißbilligten, konnten sie sich nicht von der lutherischen Tradition des Gehorsams gegenüber der Obrigkeit lösen.

Aus dem Notbund entstand in den ersten Monaten des Jahres 1934 die »Bekennende Kirche«. Im Mai fand in Barmen die erste Reichsbekenntnissynode statt, die von 19 Landeskirchen – Lutheranern und Reformierten – beschickt wurde. In »sechs biblischen Sätzen über das wahre Evangelium« bekannten sich die Versammelten gegenüber den *Irrlehren der Deutschen Christen* zu den Grundsätzen der Bibel:

1. . . . Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes

auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.
2. ... Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.
3. ... Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugung überlassen.
5. ... Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden ...[90]
Was ein innerkirchlicher Streit theologischer Richtungen gewesen war, wurde unter den Bedingungen des nationalsozialistischen Staates zum Kampf gegen die staatlichen Kirchenbehörden und zum Widerstand gegen den Staat.
Das wird beispielhaft deutlich am Schicksal des Pfarrers Paul Schneider. Er wurde wegen seiner Kritik an der deutschchristlichen Kirchenleitung in eine kleine Gemeinde im Hunsrück versetzt. Hier geschah am 11. Juni 1934 dies: *Als bei der Beerdigung eines HJ-Mitgliedes der Kreisleiter bei der Kranzniederlegung den Toten in den himmlischen Sturm Horst Wessels* (einer der nationalsozialistischen »Märtyrer«) *versetzte, meinte der Pfarrer, den kirchlichen Segen nicht direkt hier anschließen zu können, aber er sagte nur: »Ich weiß nicht, ob es in der Ewigkeit einen Sturm Horst Wessels gibt; aber Gott der Herr segne deinen Ausgang aus der Zeit und deinen Eingang in die Ewigkeit.« Drei Tage später wurde er verhaftet und ins Gefängnis gebracht.* Später wurde Paul Schneider aus dem Rheinland ausgewiesen. *Aber er zerriß den Befehl vor den Augen der Gestapo als unrechtmäßig, kehrte in seine Gemeinde – er war abtransportiert worden – zurück und begründete sein Verhalten in einem langen Brief an Hitler. Trotzdem wurde er alsbald wieder verhaftet, über Koblenz nach Buchenwald gebracht, wo er im Juli 1939 starb, nachdem er auch im KZ noch seinen Glauben öffentlich verkündet hatte.*[91]
Die zweite Bekenntnissynode in Berlin-Dahlem im Oktober 1934 wählte eine »Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche« und verkündete das »kirchliche Notrecht«: Die Gemeinden und Pfarrer wurden aufgefordert, dem Reichsbischof den Gehorsam zu verweigern und der von der Bekenntnissynode eingesetzten Kirchenleitung zu folgen.[92]
Damit war die protestantische Kirche gespalten. Der Reichsbischof und die Deutschen Christen verloren schnell an Einfluß und wurden schließlich von Hitler fallengelassen. Die Gleichschaltung war mißlungen. Der Nationalsozialismus erlitt seine erste offene Niederlage.

Der Konflikt unter den Siegern

Der Widerstand, den Parteien und Gewerkschaften, Kirchen und zahllose einzelne gegen den Nationalsozialismus leisteten, konnte, so bewundernswert und opferreich er war, nichts daran ändern, daß Hitler und die NSDAP ein Jahr nach der Machtergreifung vollständig gesiegt hatten. Die nationalsozialistische Revolution war gelungen und im wesentlichen abgeschlossen. Gleichzeitig setzte aber eine gewisse Ernüchterung ein. Der nationale Rausch begann zu verfliegen, zumal keine außenpolitischen Erfolge zu verzeichnen waren. Unzufriedenheit und Enttäuschung hatten sich angesammelt, vorsichtig begann sich Kritik zu regen. Vizekanzler von Papen hielt am 17. Juni 1934 vor Marburger Studenten eine von dem konservativen Schriftsteller Edgar Jung ausgearbeitete Rede: *Kein Volk kann sich den ewigen Aufstand von unten leisten, wenn es vor der Geschichte bestehen will. Einmal muß die Bewegung zu Ende kommen, einmal ein festes soziales Gefüge, zusammengehalten durch eine unbeeinflußbare Rechtspflege und durch eine unbestrittene Staatsgewalt, entstehen . . . Die Regierung ist wohl unterrichtet über all das, was an Eigennutz, Charakterlosigkeit, Unwahrhaftigkeit, Unritterlichkeit und Anmaßung sich unter dem Deckmantel der deutschen Revolution ausbreiten möchte. Sie täuscht sich auch nicht darüber hinweg, daß der reiche Schatz an Vertrauen, den ihr das deutsche Volks schenkte, bedroht ist . . . Das Volk weiß, daß ihm schwere Opfer zugemutet werden. Es wird sie ertragen und dem Führer in unerschütterlicher Treue folgen, wenn man es mitraten und -taten läßt, wenn nicht gleich jedes Wort der Kritik als Böswilligkeit ausgelegt wird, und wenn verzweifelnde Patrioten nicht zu Staatsfeinden gestempelt werden . . .*[93]
Das waren in der damaligen Situation starke Worte. Goebbels verbot die Verbreitung der Rede durch die Zeitungen, trotzdem sickerte manches durch. Die Rede war vielleicht, wenn auch sicher nicht von Papen, so doch von Edgar Jung, als Signal für eine Aktion der Widerstandskräfte gedacht.

Für eine solche Aktion war der Zeitpunkt günstig, da unter den Herrschenden selber Spannungen entstanden waren zwischen denen, die die Revolution weitertreiben, und denen, die sie konsolidieren wollten. Das Weitertreiben wurde besonders von der SA gefordert, die vor 1933 die Hauptlast des Kampfes getragen hatte, nun aber keine Funktion mehr besaß, und die glaubte, bei der Verteilung der Macht und der Stellungen im Staat nicht gebührend berücksichtigt zu sein. Seit dem Frühjahr 1934 ging in der SA das Wort von der »Zweiten Revolution« um, die das nachholen sollte, was die erste Revolution versäumt hatte, eine soziale Umwälzung, und die der SA die Führung des Staates bringen würde.
Hitler dagegen hatte schon im Juli 1933 nach der Zerschlagung der Parteien vor den Reichsstatthaltern erklärt: *Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten.*[94] Hitlers Ziel war die politische Macht für sich und seine Partei, die politische Revolution, aber nicht die gesellschaftliche Revolution, nicht der Umsturz der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Gerade darin aber sahen manche Kreise der SA ihr Ziel und ihre eigentliche Aufgabe. Als im August 1933 die Hilfspolizei aufgelöst wurde, gab es in der SA Unruhe, an einigen Stellen Tumulte und zahlreiche Ausschlüsse. Eine

neue Aufgabe für die beschäftigungslos gewordene Bürgerkriegsarmee zu finden, blieb für Hitler ein ungelöstes Problem.
Der Stabschef der SA hatte dafür seine eigenen Pläne. Ernst Röhm, geboren 1887, war Offizier gewesen, bis er 1923 als Hauptmann aus der Reichswehr entlassen wurde. Er trat in den Dienst der NSDAP, die er vorher schon unterstützt hatte, und organisierte die SA. 1925 schied er wegen politischer Differenzen mit Hitler aus und ging ins Ausland. 1931 holte Hitler ihn zurück und machte ihn zum Stabschef der SA, deren oberste Führung er selbst übernommen hatte. Röhm war ein typischer Landsknecht, für den die militärische Lebensform die einzig gültige war. Nach der Machtübernahme betrachtete er es als seine Aufgabe, den Punkt 22 des Parteiprogramms zu verwirklichen: *Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.* Röhm wollte Reichswehr und SA zu einem großen Milizheer unter seiner Führung verschmelzen, wobei die in seinen Augen reaktionäre Generalität ausgeschaltet werden mußte.
Die Hintergründe der nun folgenden Ereignisse sind so vielschichtig, daß sie hier nur angedeutet werden können. Die Reichswehrführung, vor allem der Chef des Wehrmachtamtes, Oberst von Reichenau, wußte von Röhms Plänen und wehrte sich. Auf ihrer Seite stand ein Teil der Parteiführung, die schon immer in der SA einen lästigen Konkurrenten um die Macht gesehen hatte, und die SS, die der SA unterstand, aber nach Selbständigkeit strebte. Im Frühjahr 1934 trafen beide Seiten ihre Vorbereitungen und appellierten an Hitler, in ihrem Sinne zu entscheiden. Hitler zögerte. Röhm hat schließlich wohl mit dem Gedanken gespielt, seine Pläne ohne oder gegen Hitler zu verwirklichen, doch hat er sicher noch keine Aktion, geschweige denn einen Putschversuch für die nächste Zeit vorgehabt, wie Hitler nach dem 30. Juni behauptete. Für Juli ordnete Röhm einen allgemeinen Urlaub der SA an. Hitler jedoch scheint sich spätestens nach Papens Marburger Rede darüber klargeworden zu sein, daß er handeln müsse, wenn die Entwicklung ihm nicht über den Kopf wachsen sollte. Er entschied sich für die Reichswehr, die er für seine außenpolitischen Absichten brauchte, und entschloß sich, gleichzeitig mit der SA die konservative Opposition zu zerschlagen.
In den letzten Junitagen verschärfte sich die Spannung, von Himmler durch gefälschte Meldungen über militärische Vorbereitungen der SA geschürt. Für den 30. Juni befahl Hitler die höheren SA-Führer zu einer Besprechung nach Bad Wiessee. Dort erschien er am frühen Morgen überraschend mit der SS-Leibstandarte »Adolf Hitler«, verhaftete Röhm und andere SA-Führer aus den Betten heraus, ließ sie nach München ins Gefängnis bringen und dort zum größten Teil erschießen. Röhm wurde, nachdem er sich geweigert hatte, Selbstmord zu begehen, am 1. Juli erschossen.
Planmäßig rollte die Aktion auch in anderen Teilen des Reiches ab, in Berlin unter dem Kommando von Göring. Nicht nur SA-Führer wurden ermordet, sondern auch konservative oder christliche Gegner des Regimes, darunter Edgar Jung und der Leiter der Katholischen Aktion in Berlin, Ministerialdirektor Klausener, und andere, die Hitler aus irgendeinem Grunde unbequem waren, darunter General von Schleicher mit seiner Frau, sein Mitarbeiter General von Bredow, der frühere Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Strasser, und der frühere bayrische Generalstaatskommissar von Kahr. Sogar eine Personenverwechslung auf Grund zufälliger Namensgleichheit kam vor. Die Zahl der Opfer wurde von Hitler mit 77 angegeben, heutige Schätzungen sprechen von 150 bis 200.

Wieder hatte der Nationalsozialismus für kurze Zeit die Maske fallen lassen. Hitler entledigte sich der Opposition von rechts und links gleichzeitig, indem er einige seiner ältesten Mitkämpfer und alle, die im Verdacht oppositioneller Betätigung standen, ermorden ließ, ohne auch nur den Versuch zu machen, ihnen eine Schuld nachzuweisen. Die juristische Problematik wurde sehr einfach gelöst, indem die Reichsregierung das »Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr« erließ:

Einziger Artikel. Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni, 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.

Berlin, den 3. Juli 1934.

Der Reichskanzler: Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern: Frick
Der Reichsminister der Justiz: Dr. Gürtner[95]

Am 13. Juli sagte Hitler in seiner Rechtfertigungsrede vor dem Reichstag: *Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich ihm nur sagen: In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr.*[96]

Damit waren der Rechtsstaat und jede Rechtssicherheit in Deutschland endgültig beseitigt. Einer der bedeutendsten deutschen Juristen, Carl Schmitt, scheute sich nicht, in einem Aufsatz unter der Überschrift *Der Führer schützt das Recht* die Zerstörung des Rechts »wissenschaftlich« zu rechtfertigen: *In Wahrheit war die Tat des Führers echte Gerichtsbarkeit. Sie untersteht nicht der Justiz, sondern war selbst höchste Justiz . . . Das Richtertum des Führers entspringt derselben Rechtsquelle, der alles Recht jedes Volkes entspringt. In der höchsten Not bewährt sich das höchste Recht und erscheint der höchste Grad richterlich rächender Verwirklichung des Rechts. Alles Recht stammt aus dem Lebensrecht des Volkes.*[97]

Ein unbekannter bayrischer Richter dagegen schlug – vergeblich – seinem Landgerichtspräsidenten vor, die Junimorde in einem öffentlichen Gerichtsbeschluß zu verurteilen:

Dieses Gesetz ist rechtswidrig und ungültig. . . . Es gibt freilich eine Rechtfertigung von Handlungen durch Staatsnotwehr. Aber wenn Handlungen in Staatsnotwehr begangen sind, so bedarf es keines Gesetzes, um diese Rechtfertigung erst herbeizuführen. . . . Überdies kann der Verüber oder Veranlasser einer Tat zwar in Notwehr handeln, jedoch nicht selber bindend darüber entscheiden, ob er es getan hat. . . .

Wir Richter des Bayerischen . . . gerichts, . . . wir wollen das Recht in der Stunde der höchsten Gefahr nicht im Stich lassen. Den Tod und die irdischen Drangsale, die man über uns verhängen mag, fürchten wir nicht; wohl aber fürchten wir die Schande und das Grauen, darein wir das deutsche Volk versinken sehen. Darum haben wir uns zusammengefunden und erklären, unseres Richtereides eingedenk, feierlich vor Gott und der Welt:

Wenn wirklich die von der Reichsregierung verkündeten Grundsätze von nun an deutsches Recht sein sollen, so haben wir mit diesem Rechte nichts mehr gemein. Wir sind Richter, nicht Götzendiener.[98]

Fälschlich glaubte die Reichswehr, Sieger zu sein und ihren gefährlichsten Rivalen – die SA bestand zwar weiter, spielte aber politisch und militärisch keine Rolle

Berliner Ausgabe / Ausgabe A

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Ausgabe A / Berliner Ausgabe

Berlin, Sonntag/Montag, 1./2. Juli 1934

Die Säuberungs-Aktion des Führers im ganzen Reich durchgeführt!

Der Führer nach Niederwerfung der hochverräterischen Umtriebe nach Berlin zurückgekehrt und überall stürmisch begrüßt — Schonungslose Aufdeckung und Ahndung von Verfehlungen verräterischer Elemente — Scharfe Befehle und Anordnungen für die S.A.-Führer und Politischen Leiter

Sieben S.A.-Führer erschossen

Das Ende der überführten Hochverräter

Die Tageszeitung der NSDAP zum angeblichen Röhm-Putsch

mehr – besiegt zu haben. Aber indem die Reichswehr die Ermordung zweier ihrer Generäle hinnahm und zum Komplicen des Mörders wurde, büßte sie so viel an moralischer Substanz ein, daß sie nicht mehr in der Lage war, sich Hitlers Machtansprüchen zu widersetzen, sondern zum gehorsamen Werkzeug werden mußte.
Der wahre Sieger war die SS. Hitler hob *im Hinblick auf die großen Verdienste der SS, besonders im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934,* das Unterstellungsverhältnis unter die SA auf und machte sie zur *selbständigen Organisation im Rahmen der NSDAP.*[99] Damit erwuchs der Reichswehr ein viel gefährlicherer Konkurrent, als es die SA je gewesen war. Der 30. Juni 1934 war der wichtigste Schritt auf dem Wege Deutschlands zum »SS-Staat« (Eugen Kogon). An die Stelle der SA mit ihren primitiv-brutalen Methoden traten mit der SS und der von ihr beherrschten Gestapo die Techniker der Macht, die zwar feinere, aber um so wirksamere Methoden hatten und für die überhaupt keine sittlichen Maßstäbe mehr existierten.
Als Hitler seine Entscheidung für die Reichswehr und gegen die SA traf, lag Reichspräsident von Hindenburg, der den Oberbefehl über die Reichswehr innehatte, im Sterben. Um die letzte noch nicht eroberte Machtposition in seine Hand zu bekommen, brauchte Hitler die Loyalität der Reichswehr. Nicht zuletzt deswegen entschied er sich für sie und gegen die SA.
Kurz vor Hindenburgs Tod beschloß die Reichsregierung das »Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches« vom 1. August 1934:
1. Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter.
2. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung von dem Zeitpunkt des Ablebens des Reichspräsidenten von Hindenburg in Kraft.[100]
Als Hindenburg am 2. August starb, wurde die Reichswehr sofort auf den neuen Oberbefehlshaber vereidigt: *Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.* Die Eidesformel wich in auffallender Weise von der in der Weimarer Republik gebräuchlichen ab: *Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will.*[101] Jetzt aber wurde der Eid nicht auf die Verfassung oder das Vaterland, sondern auf Hitler persönlich geleistet und forderte »unbedingten Gehorsam«.
Das »Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches« wurde wiederum nachträglich durch ein Plebiszit bestätigt. Die Abstimmung am 19. August 1934 ergab nach offiziellen Angaben 89,9 Prozent Ja-Stimmen, also über 5 Prozent weniger als im November 1933. Im Bezirk Aachen, wo das Ergebnis besonders schlecht war (Nein-Stimmen: Aachen-Stadt 27,4 Prozent, Aachen-Land 19,67 Prozent), begründete der Regierungspräsident das Ergebnis so: Im November 1933 befürchteten viele Wähler eine Kontrolle der Stimmabgabe. Da diese nicht erfolgt sei, hätten sie diesmal ihrer wahren Meinung Ausdruck gegeben.[102] In welchem Umfang und bei welchen Wahlen wirklich Stimmkontrollen und Wahlfälschungen vorgekommen sind, dürfte örtlich verschieden gewesen sein und ist heute noch nicht genügend erforscht.

Zwei Tage nach der Wahl schrieb Hitler an Reichswehrminister von Blomberg:
Herr Generaloberst! Heute nach der erfolgten Bestätigung des Gesetzes vom 2. August durch das deutsche Volk will ich Ihnen und durch Sie der Wehrmacht Dank sagen für den mir als ihrem Führer und Oberbefehlshaber geleisteten Treueid. So, wie die Offiziere und Soldaten der Wehrmacht sich dem neuen Staat in meiner Person verpflichteten, werde ich es jederzeit als meine höchste Pflicht ansehen, für den Bestand und die Unantastbarkeit der Wehrmacht einzutreten, in Erfüllung des Testaments des verewigten Generalfeldmarschalls und getreu meinem eigenen Willen die Armee als einzigen Waffenträger in der Nation zu verankern.[103]
Diesen »Gegeneid« hat Hitler sofort gebrochen, weil die SS eigene bewaffnete Verbände aufstellte, zunächst in der Stärke einer Division, so daß die Wehrmacht keineswegs der einzige Waffenträger war.

Mit der Erhebung Hitlers zum Staatsoberhaupt und mit der Vereidigung der Reichswehr auf seine Person war der innere Aufbau des Dritten Reiches abgeschlossen. Die denkbar größte Machtfülle war in Hitlers Hand vereinigt, und er konnte jetzt darangehen, seine außenpolitischen Eroberungspläne durch verstärkte Aufrüstung vorzubereiten und Schritt für Schritt zu verwirklichen. Auf dem Reichsparteitag der NSDAP im Herbst 1934 erklärte er zum zweiten Male das Ende der nationalsozialistischen Revolution:
Die nationalsozialistische Revolution ist als revolutionärer, machtmäßiger Vorgang abgeschlossen! Sie hat als Revolution restlos erfüllt, was von ihr erhofft werden konnte . . .
Der Wille der nationalsozialistischen Staatsführung ist ein unbeirrbarer und ein unerschütterlicher. Sie weiß, was sie will, und will, was sie weiß. Sie hat zu dieser Selbsteinschätzung ein Recht, denn sie hat hinter sich das Zeugnis einer Bewährung, das geschichtlich nur sehr selten ausgestellt wird. Denn die Staatsführung des heutigen Reiches ist die Führung der Nationalsozialistischen Partei. Was dieser aber im kurzen Zeitraum von 15 Jahren gelang, wird dereinst den Kindern späterer Generationen unseres Volkes gelehrt werden als das »Deutsche Wunder« . . .
Die deutsche Lebensform aber ist damit für das nächste Jahrtausend endgültig bestimmt . . .
In den nächsten tausend Jahren findet in Deutschland keine Revolution mehr statt.[104]

EBERHARD ALEFF – MOBILMACHUNG

Der Führerstaat – das organisierte Chaos

Der NS-Lehre nach war das Dritte Reich ein »Führerstaat«, in dem nur der eine weder an Mehrheit noch Recht gebundene Wille des unfehlbaren Führers galt. *Die Führergewalt ist umfassend und total . . ., nicht durch Sicherungen und Kontrollen, durch autonome Schutzbereiche und wohlerworbene Einzelrechte gehemmt, sondern sie ist frei und unabhängig, ausschließlich und unbeschränkt.*[1] Zwar beteuerte Hitler, er allein trage *die letzte und schwerste Verantwortung.*[2] In Wahrheit aber trug er gar keine, da niemand ihn zur Rechenschaft ziehen durfte.

Auch der Führerstaat jedoch mußte um Zustimmung der Beherrschten werben und sich deshalb als Ausdruck von Willen und Wohl des Volkes zu rechtfertigen suchen. Hitler: *Das Volk allein ist unser Herr, und diesem Volke dienen wir nach unserem besten Wissen und Gewissen.*[3] Wenn der Führer sich als *Vollstrecker des Willens der Nation*[4] ausgab, so meinte er nicht die – in Wahlen oder Umfragen feststellbaren – wirklich vorhandenen Meinungen und Interessen, sondern den »wahren Volkswillen«. Den aber kannte nur er. Nur der Führer *bildet in sich den wahrhaften Willen des Volkes, der von den subjektiven Überzeugungen der jeweils lebenden Volksglieder zu unterscheiden ist . . . Er verficht dann die objektive Idee der Nation gegen die subjektive Willkür einer irregeleiteten Volksstimmung und verkörpert gegenüber allen Einzelwünschen die politische Einheit und Ganzheit des Volkes.*[5]

Da der Führer das »wahre« Volk darstellte, brauchte das wirkliche Volk nur zu gehorchen *(Führer befiehl, wir folgen)* – ohne zu fragen, warum und wohin. Die drei Volksabstimmungen und drei Reichstagswahlen mit NS-Einheitslisten und bald arrangiertem 99-Prozent-Ja sollten nichts entscheiden, sondern nur das Ausland beeindrucken und im Wahlkampfrummel die Nation propagandistisch aufmöbeln. Was Hitler von Mitsprache der Volksgenossen hielt, bekundete er intern: *Wäre ich der Überzeugung gewesen, daß das deutsche Volk hier nicht ganz mitgehen könnte, hätte ich trotzdem gehandelt, aber ich hätte dann keine Abstimmung gemacht . . . Es gibt überhaupt in unserer Bewegung keinen Appell an die Masse, außer dem Appell der zuständigen Stellen. Und dann hat unser Appell nie zu erfolgen, um die Masse zu bewegen, etwas zu fordern, sondern um der Masse etwas Vollzogenes verständlich zu machen.*[6]


Reichstag für Freiheit und Frieden
Wahlkreis . . .
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Adolf Hitler
Heß Frick Göring Goebbels

◀ *Stimmzettel zur Reichstagswahl am 29. März 1936*

DER FÜHRER HAT IMMER RECHT

Zweifellos, im Anspruch war das NS-Regime totalitär. Doch in der Praxis glich es nur wenig dem Klischee vom perfekten totalen Staat. Auch ein Diktator von Hitlers Machtfülle konnte nicht gleichsam durch Knopfdruck alles öffentliche und private Leben einheitlich steuern. Wollte er Erfolg, mußte auch er Sachzwänge der Industriegesellschaft beachten und Loyalität durch wenigstens zeitweise Zugeständnisse gewinnen, also bestimmte Bereiche von totaler Durchdringung aussparen (z. B. Wehrmacht, Wirtschaft, Kirchen). Taktisch geschmeidig, ja oft grundsatzlos zu handeln, fiel leicht, da die Weltanschauung nebelhaft war, wirkliche Konflikte der Gesellschaft zugunsten von Scheinproblemen (Rasse, Lebensraum) ausklammerte und Lösungen weniger für die Gegenwart, mehr erst in Ewigkeit verhieß. Das NS-Programm ließ sich je nach Bedarf so vielfältig auslegen, daß sich unter dem Hakenkreuz Gruppen selbst mit entgegengesetzten Interessen sammeln konnten.

Auf dieser Unklarheit und Vielfalt beruhte die Macht des Führers. Nach der Teile-und-herrsche-Technik setzte er möglichst für jede Aufgabe mehrere Verantwortliche ein, deren Befugnisse einander überschnitten. Die streitenden Gruppen gegeneinander ausspielend, hielt er alle in Schach, verhinderte das Hochkommen eines Nebenbuhlers und wurde selbst zur unangreifbaren und unumschränkten letzten Instanz. Er erzeugte, so Reichspressechef Dietrich, einen *wahren Hexensabbat von Positionskämpfen und Kompetenzstreitigkeiten . . . Mit dieser Methode hat er die sachliche Autorität der oberen Führungsinstanzen des Reiches systematisch desorganisiert.*[7] Bei der Konkurrenz um die nie sichere Gunst des Führers mußte im Messerwetzen aller gegen alle die Herrschaft verwildern zu einem »System dauernder Selbstbehinderung« (Arendt), zur »autoritären Anarchie« (Bracher), ja zur »Karikatur einer totalitären Herrschaft« (Mommsen).
Jede Ordnung – auch eine NS-geprägte – hätte die Macht in feste Formen gebunden und damit in ihrer Schrankenlosigkeit begrenzt. So vermochte der NS wohl, alte Ordnungen einzureißen, nicht aber neue zu stiften. Das NS-Herrschaftssystem war denn auch mehr das Ergebnis von augenblicksbedingten Improvisationen und Kompromissen mit den Verhältnissen als folgerichtige Verwirklichung vorgefaßter Pläne.

Um Regierungsgeschäfte kümmerte sich Hitler kaum, abgesehen von großer Außenpolitik (später: Kriegführung) und persönlichen Steckenpferden (Architektur, Technik). Entgegen der Propaganda-Mär vom nimmermüden Pflichtmenschen fiel er schon nach Wochen in seinen Bohemestil zurück. Konflikthaltige oder sonst lästige Entscheidungen liebte er zu verschleppen: Goebbels' Pressegesetz blieb auf Gestapo-Bedenken hin liegen, das neue NS-Strafrecht wurde nie verabschiedet. Oder er überraschte mit Blitzentschlüssen: Die Nürnberger Rassegesetze z. B. ließ er in einem 15-Stunden-Galopp formulieren. Seinen Führerwillen äußerte er unsystematisch, oft nach Augenblickslaune oder Ohrenbläserei, *im Stehen und Gehen, zwischen Tür und Angel.*[8] Wie seine meist allgemein gehaltenen, nicht selten widersprüchlichen Weisungen praktisch auszuführen seien, stritten und zerstritten sich die Apparate. Gegen ein Führerwort konnten sie schwerlich handeln. Wo er unklar oder gar nicht befahl, hatten sie Spielraum für eigenes Vorgehen.
Die Staatsbürokratie hatte sich – obrigkeitsstaatlich, opportunistisch – selbst gleichgeschaltet. Wenn sie auch willig dienen wollte, so hielt sie doch noch auf korrekt gesetzmäßige Verwaltung. Für den Vollzug eigentlicher NS-Politik erschien sie wenig geeignet. Dafür schuf sich der Führer neue Apparate, ließ aber die alten,

nun ausgehöhlten als Attrappen weiter bestehen. Außerhalb der alten Behörden, teils außerhalb des Staates überhaupt entwickelten sich die Propagandamaschinerie und die übergesetzliche Führer-Exekutive für Terror, Rassen- und später Besatzungspolitik. Wo mit unüblichen Mitteln Schwerpunktaufgaben anzupacken waren, setzte Hitler ihm unmittelbar unterstellte Sonderbevollmächtigte ein, so z. B. Göring für Vierjahresplan und »Endlösung der Judenfrage«, von Schirach als »Reichsjugendführer«, für Autobahn- und Westwallbau Todt, aus dessen Mammut-Baukombinat die starke Bautruppe der »Organisation Todt« hervorging.
All diese neuen Dienststellen – meist halb Staat, halb Partei – regierten kreuz und quer in die Behörden hinein und brachen sich aus ihnen umfangreiche Kompetenzen heraus. Die Regierung zersplitterte in ein Neben- und Gegeneinander der Ressorts. Das Kabinett, längst vom Beschlußkollegium zum Ausführungsorgan verkümmert, tagte bald immer seltener, letztmals am 5. Februar 1938. Je mehr der Wildwuchs der Institutionen wucherte und die Staaten im Staate die Einheit der Verwaltung zersetzten, um so wichtiger wurden die Führer-Schaltpulte:
– die Reichskanzlei unter Lammers, der die Geschäfte der Regierung führte,
– die Führer-Adjutantur, die über den Terminkalender steuerte, wen Hitler wann empfing,
– der Parteistab des Führer-Stellvertreters Rudolf Heß, beherrscht von dem Machttechniker Martin Bormann, der – bald ständig in Hitlers Umgebung, tüchtig, willfährig, unentbehrlich – 1941 zum Chef der Parteikanzlei aufstieg und »Diktator im Vorzimmer« (Fest) wurde.

Unklar blieb das Verhältnis der »Bewegung« zum Staat: Sollte sie ihm über- oder untergeordnet sein? Beide im Gleichgewicht zu halten, war Ziel von Hitlers Balance-Taktik. Als anfangs Gruppen und Lokalgrößen der Partei allzu ungehemmt sich staatliche Rechte aneigneten, bremste er: Die Partei habe *die Regierung in jeder Art und Weise zu unterstützen.* Als dann nach Stopp der Parteirevolution die Behörden Parteieingriffe abwehrten, ermutigte er: *Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat.*[9]
Aber längst nicht überall befahl die NSDAP dem Staat. Die »Einheit von Partei und Staat« (S. 33 f.) sah – anders als in kommunistischen Systemen – sehr buntscheckig aus. Parallele Bürokratien von Staat und »Bewegung« waren
– getrennt (Außenministerium und Rosenbergs »Außenpolitisches Amt«, großenteils Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialbehörden und Leys DAF),
– in Personalunion verklammert (viele Reichsstatthalter und Gauleiter, Landwirtschaftsministerium und Darrés »Agrarpolitischer Apparat«),
– institutionell verzahnt (Polizei und SS [S. 73]),
– verschmolzen (Reichsjugendführung als oberste Reichsbehörde und zugleich Spitze der Parteigliederung HJ).
Als Bindeglied zur NSDAP kam Führer-Stellvertreter Heß ins Kabinett. Er hatte Mitspracherecht bei Gesetzgebung, Personalpolitik und Kommunalaufsicht. Damit war die Parteilobby zwar direkt im Staat verankert, aber auch an die Kette staatlicher Verwaltungsregeln gelegt.
Zwei Beispiele für das Tauziehen um ein Machtgleichgewicht:
1. Die Gemeindeordnung schuf *zur Sicherung des Einklangs der Gemeindeverwaltung mit der Partei*[10] den neuen Posten eines von der Partei eingesetzten und nur ihren Weisungen unterworfenen »Beauftragten der NSDAP«. Er ernannte die Ge-

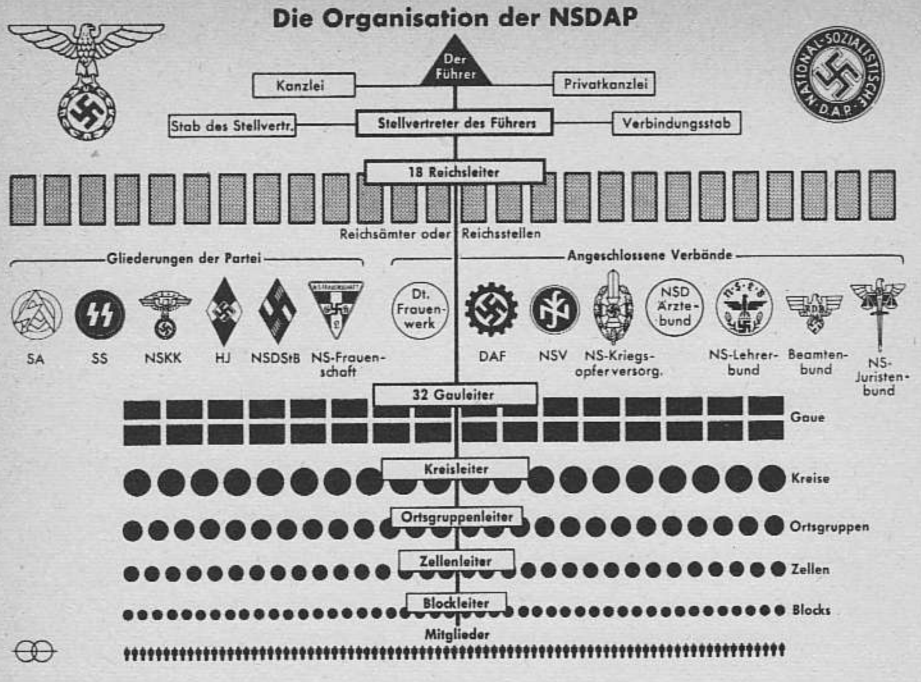
meinderäte und hatte Vetorecht gegen gewisse Gemeindebeschlüsse. Für Berufung und Abberufung von Bürgermeistern und Beigeordneten machte er Vorschläge, zu entscheiden aber hatten die staatlichen Aufsichtsbehörden. Ein Landrat klagte, *daß der Kreisbeauftragte weder vor der Ernennung der Gemeinderäte, wie vorgeschrieben, die Bürgermeister hörte, noch bei seinen Vorschlägen für die Ernennung der Bürgermeister eine Anhörung der Gemeinderäte vorgenommen hat* und daß er *an die Beigeordneten, bevor sie noch von mir berufen wurden, von sich aus Berufungsschreiben richtete.* Folge sei, *daß sich die Bürgermeister und Gemeinderäte meistens mehr der Partei als ihrer übergeordneten Dienststelle gegenüber unterstellt fühlen.* Der Kreisleiter meine, *»es darf im Kreise . . . keinen anderen Willen geben als den seinen«. Selbstverständlich wird dieser Grundsatz von den nachgeordneten örtlichen Parteileitern noch schärfer gehandhabt.*[11]
2. Beamte zu ernennen, zu befördern, zu strafen und zu entlassen, oblag den Behörden. Die Partei konnte Vorschläge einreichen und hatte ohne absolutes Veto die politische Zuverlässigkeit zu begutachten. Im Büro des dafür zuständigen Parteiministers Heß aber saßen mangels parteieigener Fachleute meist aus anderen Behörden abgeordnete Beamte, die noch nicht einmal immer Pg. waren. Sie arbeiteten oft mehr nach den ihnen gewohnten Grundsätzen des Berufsbeamtentums als nach dem rechtlich zudem nicht immer einwandfreien Parteiwillen. Das schloß Ungesetzlichkeiten nicht aus, doch insgesamt widersprach die Heß-Kanzlei nur selten der Behörden-Personalpolitik. Gerade NS-Minister wie Göring und Goebbels, aber auch Parteilose wie Schacht und Neurath und erst recht die Wehrmacht riegelten ihre Bereiche gegen Parteieingriffe ab. Noch 1938 z. B. hatten von den 38 Ministerialräten im Arbeitsministerium ganze 5 das Parteibuch. In Kreisen und Gemeinden war die Verwaltung mehr mit Pg. durchsetzt (S. 31). Nach dem – gegen Hitlers jahrelanges Widerstreben durchgepaukten – Beamtengesetz von 1937 konnte ein Beamter, der *nicht mehr die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für den nationalsozialistischen Staat eintreten wird,*[12] vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden. Aber: nur die Behörde, nicht die Partei, konnte eine Zwangspensionierung beantragen und nach förmlichem Verfahren verhängen. Ein Beamter durfte Weisungen nur seiner Vorgesetzten, nicht Außenstehender, ausführen und Dienstvorgänge nur seinem Behördenchef melden. Konflikte zwischen Amtspflicht und Parteiloyalität waren damit nicht völlig auszuschalten. Doch der NSDAP war nur ein Türspalt und nicht das Tor geöffnet.

Staat und Partei, alles andere als Einheit, hielten sich die Waage in einem »wechselvollen Dualismus mit nicht abreißenden Konflikten« (Bracher).
Weit mehr als von ihren Gegnern, Untergrundgruppen, Emigranten und späterer Oberschicht-Opposition, wurde die NS-Herrschaft durch sich selbst behindert, durch das Dschungelgesetz des Führerstaates. Indes, soviel Sand auch im Getriebe knirschte, das Dritte Reich brach nicht zusammen. Wenn auch mehr schlecht als recht, es funktionierte und brachte auf einigen Gebieten auch beachtliche Wirksamkeit zuwege. Das lag an einer Einsatzbereitschaft anfeuernden Propaganda, an Druckmitteln gegen Widerstrebende, an einer immer noch eingespielten Bürokratie, auch an tüchtigen Funktionären, nicht zuletzt an Hitlers Gespür für Situationen und oft verblüffend einfache Lösungen. Seine Erfolge allerdings bestärkten ihn sehr bald in der von Schmeichlern noch gefestigten Ansicht: *Ich gehe mit traumwandlerischer Sicherheit den Weg, den mich die Vorsehung gehen heißt.*[13]

Anders als herrschende kommunistische Parteien war die NSDAP nicht »führende Kraft«. Trotz vieler Vorrechte hatte sie nur ideologischen, nicht institutionellen Vorrang: Sie sollte *Trägerin des deutschen Staatsgedankens* sein, aber nicht des Staates, sollte *den politischen Willen* repräsentieren, aber nicht bestimmen. Der Führer begrenzte sie auf die Rollen als Hüterin und Trommlerin der Weltanschauung und als Eliteschmiede: *Parteiaufgabe ist 1. Aufbau ihrer inneren Organisation zur Herstellung einer stabilen, sich selbst forterhaltenden ewigen Zelle der nationalsozialistischen Lehre, 2. die Erziehung des gesamten Volkes im Sinne der Gedanken dieser Idee, 3. die Abstellung der Erzogenen an den Staat zu seiner Führung und als seine Gefolgschaft.*[14]

Um den Kern der »Bewegung«, die NSDAP, gruppierten sich
- ihre Gliederungen: SA, SS, HJ, NS-Frauenschaft, NS-Kraftfahrkorps, NS-Fliegerkorps, NS-Studentenbund, NS-Dozentenbund,
- ihre angeschlossenen Verbände: DAF, NSV, NS-Ärztebund, NS-Rechtswahrerbund, Reichsbund der Deutschen Beamten, NS-Lehrerbund, NS-Bund Deutscher Technik, NS-Kriegsopferversorgung und NS-Reichsbund für Leibesübungen,
- dazu noch einige Dutzend Organisationen für verschiedene Lebensbereiche.

Trotz dieser Vielfalt kannte die »Bewegung« kein koordinierendes Führungsorgan von der Art eines KP-Politbüros. Die Parteiarbeit – im Münchner Braunen Haus weitab vom politischen Zentrum – überließ der Führer 1933 ganz seinem Stellvertreter Rudolf Heß. Dieser, ein überspannter Schwarmgeist, seinem Abgott in inbrünstigem Führerkult willenlos ergeben, war zu bieder, zu ungelenk im Umgang mit Macht, um die auseinanderstrebenden Teile an straffem Zügel zu leiten.
Im vielverschachtelten, bald auf 25 000 Angestellte aufgeblähten Parteiapparat waren Rivalitäten noch und noch einmontiert. Ins Gehege kamen sich z. B. das Schulungsamt in Leys »Politischer Organisation«, Rosenberg als Führerbeauftragter für Weltanschauung und die Schulungsreferate all der NS-Ämter und Verbände. Oder: Ribbentrop als »Beauftragter für außenpolitische Fragen«, Rosenbergs »Außenpolitisches Amt«, die »Auslandsorganisation der NSDAP«, der »Volksbund für das Deutschtum im Ausland«, der SD-Auslands-Nachrichtendienst und, seit 1936, Himmlers »Volksdeutsche Mittelstelle«.
Kaum ein Ressort in der NSDAP, um das nicht mehrere rangelten. Rosenberg jammerte über *unkameradschaftliches Beinstellen mit pfauenhafter Eitelkeit, und dann kleinbürgerliche Schwächlichkeit und Entschlußlosigkeit . . .* Und über Goebbels: *Gauleiter erklärten mir, wenn der Führer Dr. G. nur einmal freigäbe, werde man ihn »einatmen«, ohne daß von ihm etwas übrig bleibe.*[15] Goebbels über die Partei-Elite: *Diese Meute bösartiger Kinder, die jeder gegen jeden intrigieren, die nur auf ihr persönliches Wohl und auf ihre Stellung beim Führer bedacht sind . . . Das ist doch im besten Fall menschlicher Durchschnitt.*[16]
Mächtig im Hintergrund, verwaltete »Reichsschatzmeister« Schwarz die Parteikasse: die bald zweitrangigen Mitgliedsbeiträge und Zeugmeisterei-Einnahmen, dann die wachsenden Gaben der Wirtschaft (allein an »Adolf-Hitler-Spende« insgesamt 700 Mill. RM) und vor allem die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt (insgesamt 2,6 Mrd. RM). Unabhängig davon kassierte die DAF bis 1939 über 2 Mrd. RM Beiträge.[17]



In ihrer Organisation suchte die NSDAP über die Parteigenossen (Pg.) hinaus die Gesamtbevölkerung zu erfassen. 1939 gliederte sie sich in

- 40 Gaue (für 36 Länder und Provinzen des Staates),
- 808 Kreise (für 1052 Stadt- und Landkreise),
- 28 376 Ortsgruppen und Stützpunkte (für 79 375 Gemeinden) mit je höchstens 1500 Haushalten,
- 89 378 Zellen mit je 160 bis 480 Haushalten,
- 463 048 Blocks zu je 40 bis 60 Haushalten (160 bis 240 Personen).[18]

Das Führerprinzip, 1926 in der Satzung verankert, schloß jede Mitbestimmung der Mitglieder aus. Statt Diskussion herrschte der Befehl. Selbst die untersten »Hoheitsträger« wurden nicht gewählt, sondern von oben ein- und abgesetzt. Sie waren nicht Sprecher ihrer Gruppe, vielmehr Instrumente des Apparates, die für politischen Gleichschritt zu sorgen hatten: *Ein richtiger Vorgesetzter ist ein Mensch, der verlangt, daß jeder, wenn er überhaupt denken darf, genau so denkt wie er.*[19] Blockleiter sollten agitieren, kassieren, denunzieren, nach oben Volksstimmung melden, nach unten Blitzableiter für Klagen sein. Alles in allem freilich waren Kontrolle, Schulung und Einsatz der Pg. längst nicht so häufig und gründlich wie bei kommunistischen Parteien.

Nach der Machtergreifung schichtete sich das Führerkorps um. Bis Ende 1934 schieden von den 203 304 »Kampfzeit«-Funktionären 40 153 aus und drängten so viele neue an die Futterkrippen, daß unter den nun 502 662 »Politischen Leitern« nur noch 40 Prozent Altmarschierer waren, darunter alle Gauleiter und 85 Prozent der Ortsgruppenleiter, aber bloß 29 Prozent der Blockleiter.[20] Wenig später hörte man von *Schwierigkeiten der Partei, die für ihre Organisation erforderlichen ehrenamtlichen Arbeitskräfte zu finden,* und von einer *häufig festzustellenden Amtsmüdigkeit*

der politischen Leiter. Wenig angesehen waren Unterführer: *Anmaßungen, Überheblichkeit, insbesondere bei der Hitler-Jugend, moralisch nicht einwandfreie Führung und alkoholische Exzesse sind neben Veruntreuungen die Gründe . . . Bei einigen Hoheitsträgern besteht die irrige Meinung, . . . daß Polizei- und Gendarmeriebeamte, selbst bei Vergehen und Verbrechen, nicht gegen sie als Hoheitsträger der Bewegung einschreiten dürften.*[21]

Bevor sich die NSDAP noch klar wurde, ob sie, nun im Besitz der Macht, eine verschworene Gemeinschaft Auserwählter oder ein Sammelbecken für die Massen sein wollte, waren in den ersten zwölf Wochen nach dem 30. Januar über 1,6 Millionen Deutsche in die Partei der Sieger geströmt. Einem Drittel »Alter Kämpfer« standen jetzt doppelt so viele Neumitglieder gegenüber. Um die NSDAP durch Konjunkturritter nicht vollends zu verwässern, erließ die Führung im Mai 1933 eine Aufnahmesperre, lockerte sie aber 1935 (nun zweijährige Anwartschaft für Bewerber) und hob sie 1939 ganz auf. 1943 zählte sie 6,5 Millionen Mitglieder.

Ihre Sozialstruktur bot etwa das Bild einer Volkspartei mit, besonders im Führerkorps, deutlichem Mittelstands-Übergewicht. Zwei Drittel der Pg. waren 40 Jahre und jünger, nur 5,5 Prozent waren Frauen.

NSDAP und Gesellschaft am 1. Januar 1935[22]

Gruppe	NSDAP-Mitglieder in 1000	NSDAP-Mitglieder in %	NSDAP-Mitglieder davon % Leiter	Leiter in %	Gesellschaft in 1000	Gesellschaft in %	Gesellschaft davon % in NSDAP
Arbeiter	756	30,3	14,9	23,0	14 950	46,3	5,1
Angestellte	484	19,4	22,9	22,6	4 032	12,5	12,0
Lehrer	84	3,4	39,3	7,1	286	0,9	29,4
andere Beamte	223	9,0	28,0	10,5	1 195	3,7	18,7
Selbständige	475	19,0	20,0	14,7	3 180	9,8	14,9
Bauern	255	10,2	28,1	19,5	2 123	6,6	12,0
Sonstige	80	3,2	.	2,6	6 530	20,2	1,2
Erwerbstätige	2 358	94,5	.	—	32 296	100,0	7,3
Insgesamt	2 495	100,0	100,0	100,0	65 218	—	3,8

Gab es Beitrittszwang? Von den über 18jährigen marschierten 1935 in der NSDAP 5,1 Prozent (Männer: 10,2 Prozent), 1937 in der Frauenschaft jede zehnte Frau, 1939 in der SA jeder 16. Mann. Selbst in ziemlich unpolitischen Verbänden wie NSV und Luftschutzbund, denen anzugehören als geringster Beweis guten Willens galt, war 1939 nur jeder Vierte eingeschrieben.

Konnte von totaler Organisiertheit des Volkes auch keine Rede sein, so waren für einige Gruppen Druck und Interesse um so stärker, je mehr sie in Existenz und Fortkommen vom Regime abhingen. Fast jeder dritte Lehrer und fünfte Beamte waren Pg., über 90 Prozent im Lehrer- bzw. Beamtenbund. Lehrer murrten, daß *man sie in die Vereine preßt . . . Dabei kommt es nur darauf an, daß sie ihre Beiträge bezahlen, sonst will man nichts von ihnen.*[23] Behördenbeschäftigte reihten sich vielfach *im Interesse ihrer dienstlichen Stellung* ein, auch um *Mängel der fachlichen und sachlichen eigenen Leistungen und Fähigkeiten zu verdecken, um im Gemeindedienst anzukommen oder sich pekuniär zu verbessern.*[24] Etwa 95 Prozent der Studenten, Mittel- und Oberschüler waren in NS-Verbänden erfaßt. Nur jeder 20. Arbeiter und 8. Angestellte schlossen sich der NSDAP an, doch nahezu alle wurden in der DAF geführt. Oft fragte man sie gar nicht erst: *Die Beiträge für die Deutsche Arbeitsfront werden jetzt wohl überall vom Lohn abgezogen wie die Steuer- und Sozialversicherungs-*

beiträge. Manchmal *werden die Beiträge durch die Firma kassiert, nur zieht diese 20 Pf. mehr vom Lohn ab.*[25]
Außer der Forderung nach »Ariernachweis« kannte die NSDAP kein Auslese-Sieb. Sie nahm Mitglieder aller möglichen Richtungen auf: von völkischen Rassisten über Erzreaktionäre und Konservativ-Nationale bis hin zu einstigen Kommunisten, dazu unpolitische Mitläufer, Erfolgsanbeter, Karriere-Ehrgeizige. Automatisch in die Partei überführt wurden Abschlußjahrgänge von HJ und BDM. Einige gingen auch in die »Bewegung«, um sie von innen heraus umzulenken oder gar zu bekämpfen.
Nicht jeder Pg. war ein Nazi, ebensowenig wie jeder Nicht-Pg. ein Nicht- oder Antinazi. Mancher in der Wolle NS-Gefärbte blieb nur darum außerhalb, weil man ihn, etwa wegen früherer Gegnerschaft oder einiger Tropfen rassefremden Blutes, nicht einließ, weil Organisationsschlamperei sein Gesuch untergehen ließ, weil er Kosten und Bindungen scheute oder mit Lokalbonzen irgendwelchen Ärger hatte. So wenig man die nach Herkunft und Motiven vielschichtige NS-Mitgliedschaft über einen Kamm scheren kann, so überwogen in ihr doch Menschen, die mehr
- autoritär und gewalttätig erzogen wurden,
- ängstlich, sentimental, gehemmt waren,
- Unterwerfung unter Starke und Macht über Schwache ersehnten,
- sich ihrer Lage wenig bewußt, unpolitisch und anpassungswillig waren.

Einer, der sich als *bewußt politisch inaktiv* bekannte, fühlte sich damals angezogen durch *die moralische Kraft der Einigkeit* und die Aussicht auf einen Staat, *in dem der Gehorsam und die Unterordnung gilt.* Ein anderer sah sich als *Einzelgänger . . . Ich wurde von meinem Vater nach strengen militärischen Grundsätzen erzogen . . ., daß ich allen Erwachsenen und besonders älteren mit Achtung und Ehrerbietung zu begegnen hätte.* Typisch auch dieses Selbstzeugnis: *Ich habe mein ganzes Leben lang Angst gehabt, ich wußte aber nicht, wovor.*[26]

Die SS – der bürokratische Orden

Als Massenpartei blieb die NSDAP der Gesellschaft zu sehr verhaftet, um sie völlig beherrschen und umformen zu können. In diese Aufgabe drängte die SS (»Schutzstaffel«). Gegründet 1925 als Führer-Leibgarde und Parteipolizei in der unzuverlässigen SA, begann ihr Aufstieg, als 1929 Heinrich Himmler »Reichsführer SS« (RFSS) der 280 Mann wurde.
Himmler, der Europa als mörderischer Dämon erschien, hatte wenig Dämonisches an sich. Wohlbehütet wuchs er in einer soliden katholischen Lehrerfamilie Münchens auf, kam als Freiwilliger zu seinem Leid nicht mehr an die Front und beendete ein fleißiges Studium mit Landwirtschaftsdiplom und Mensurschmiß. In der NSDAP Bayerns rackerte er sich als Propagandist auf den Dörfern und tüchtiger Organisator in der Geschäftsstelle hoch: ein pedantischer, schulmeisterlicher Bürokrat, spießig, gehemmt, ohne Sinn für Wirklichkeit in sektiererische Verschrobenheiten verbohrt, Hitler in autoritätsdurstiger Unterwerfung verfallen, besessen von einem mit Juden- und Slawenhaß durchtränkten Blut-und-Boden-Wahn. Durch Siedeln wollte er die Deutschen aus Zivilisationsverderbnis zum Herrenvolk reinblütigen Bauerntums hochzüchten: Sich selbst legte er eine (schlechtgehende) Hühnerfarm zu.

Gegen die »Volksgemeinschafts«-Gleichmacherei der Partei und das Plebejertum der SA empfand sich die SS als neue Führungselite, abgehoben von den Braunhemden schon durch ihre schwarze Uniform mit Totenkopf an der Mütze. Doch was zunächst vom Rande der Gesellschaft her an Entwurzelten zu ihr stieß – aus der Bahn geworfene Weltkriegs- und Freikorps-Landsknechte, verkrachte Akademiker, mißmutige kleine Angestellte –, war eher das Gegenteil einer Elite. Maß man, wie herkömmlich, nach Geburt, Rang, Besitz oder Bildung, dann ließ sich der SS-Anspruch nicht halten. Hier half die Rassenlehre. Sie bot ein neues, nicht nachprüfbares Elitemerkmal: das »gute Blut«. Himmler: *Ich habe keine Leute unter 1,70 Meter genommen . . ., weil ich weiß, daß Menschen, deren Größe über einer bestimmten Zentimeterzahl liegt, das erwünschte Blut irgendwie haben müssen . . . Von allen habe ich persönlich das Lichtbild gesehen und überlegte mir: Sind hier im Gesicht des Mannes ganz deutliche Einschläge von fremdem Blut, also überstarke Backenknochen.*[27]
Um das »gute Blut« allmählich herauszukreuzen, verschrieb Himmler 1931 der SS seinen Heiratsbefehl: *Das erstrebte Ziel ist die erbgesundheitlich wertvolle Sippe deutscher nordisch-bestimmter Art. Die Heiratsgenehmigung wird einzig und allein nach rassischen und erbgesundheitlichen Gesichtspunkten erteilt oder verweigert. Jeder SS-Mann, der zu heiraten beabsichtigt, hat hierzu die Heiratsgenehmigung des Reichsführers SS einzuholen.*[28]
Aber Geflügelzüchter Himmlers Traum von einer Auslese nach makelloser Rassennorm zerstob je länger, desto mehr vor handfesten Herrschaftsbedürfnissen. Um seine Rivalen an Position und Prestige auszustechen, suchte sich das schwarze Korps seit 1933 auch zur Gesellschaftselite zu veredeln. Während nach und nach 90 Prozent der Kampfzeit-Veteranen außer Dienst traten, öffnete sich die SS – ohne viel nach Weltanschauung zu fragen oder mit der 1,70-Meter-Elle zu messen – den sozialen Oberschichten. Adlige stellten 1938 jeden 11. höheren Führer, Akademiker jedes 14. Mitglied. Die exklusiven, meist deutsch-nationalen Reitervereine und der reaktionäre »Kyffhäuser«-Kriegerbund wurden übernommen. Viele Prominente von Staat und Gesellschaft erhielten Ehrenränge. Industrie- und Finanzmagnaten gewährten und gewannen Einfluß im »Freundeskreis des RFSS« und zahlten jährlich eine runde Million Mark. Wer nur spenden und nicht marschieren wollte, wurde »Förderndes Mitglied« (1932 erst 13 217 und 1934 schon 342 492). Je höher der Personalbedarf stieg und je karger die Werbung ausfiel, um so weniger achtete man auf blonde Haare und blaue Augen.
1933 bis 1939 wuchs die SS von 52 000 auf 240 000 Mann und von 800 auf 14 000 Führer. Von ihren Offizieren war jeder zwölfte kein Pg. – Gestapochef Müller z. B. wurde von der NSDAP abgelehnt und erst 1939 aufgenommen. Nur jeder vierte Hauptamtliche galt für seinen Posten als geeignet.[29] Obwohl 60 000 Mitglieder bald herausgesäubert wurden, verwässerte der Zustrom die innere Geschlossenheit. Gegen diese Gefahr wollte Himmler seine Mannen mit Kastenstolz impfen und, nach dem Muster von Jesuiten und Deutschrittern, zu einem »Orden« schmieden: *So sind wir angetreten und marschieren nach unabänderlichen Gesetzen als nationalsozialistischer, soldatischer Orden nordisch-bestimmter Männer und als eine geschworene Gemeinschaft ihrer Sippen den Weg in eine ferne Zukunft und wünschen und glauben, wir möchten nicht nur sein die Enkel, die es besser ausfochten, sondern darüber hinaus die Ahnen späterer, für das ewige Leben des deutschen germanischen Volkes notwendiger Geschlechter.*[30]

Klammer des »Ordens« war nicht eine eigene Doktrin. Die weltanschauliche Ausrichtung ging kaum über die Dürftigkeit des NS-Üblichen hinaus: Rassenmystik, Parteilegende, Führerkult. In den Schulungsstunden, auch hier schlecht besucht und lustlos abgesessen, paukte man Merksätze wie diesen: *Warum glauben wir an Deutschland und den Führer? Weil wir an einen Herrgott glauben, glauben wir an Deutschland, das er in seiner Welt geschaffen hat, und an den Führer Adolf Hitler, den er uns geschickt hat.*[31] Stärker eingetrichtert wurde ein heroisch-kitschiges Geschichtsbild mit Ahnen- und Germanenschwärmerei (von Hitler bewitzelt), Ostlandreiterei, Antibolschewismus, Antisemitismus und Verklärung des gegen die Slawen siegreichen Sachsenkönigs Heinrich I., für dessen Wiedergeburt sich Himmler allen Ernstes hielt. Neuheidnisches Brauchtum (»Julfest« statt Weihnachten usw.) konnte christliche Bindungen nur teilweise auflösen: Ende 1938 bekannten sich 51,4 Prozent der Gesamt-SS als evangelisch und 22,6 Prozent als katholisch; aus den Kirchen ausgetreten (»gottgläubig«) waren nur 25,8 Prozent, bei den SS-Truppen allerdings 53,6 Prozent und bei den KZ-Wachen 69 Prozent.[32]
Was den »Orden« prägte, war mehr eine bestimmte SS-Mentalität:
- Blinde Ergebenheit: *Meine Ehre heißt Treue,* wobei Treue *eine Angelegenheit des Herzens, niemals des Verstandes* war.[33]
- Unbedingtheit des Gehorsams, *jedes Opfer an Stolz, an äußeren Ehren und an all dem, was uns persönlich lieb und wert ist, zu bringen; des Gehorsams, der nicht ein einziges Mal zaudert, sondern bedingungslos jeden Befehl befolgt, der vom Führer kommt.*[34]
- Leistungsehrgeiz, jede Aufgabe perfekt zu erfüllen, gleich mit welchen Mitteln, welchem Recht und Sinn: *Das Wort »unmöglich« darf es nicht geben und wird es niemals bei uns geben.*[35]
- Kampf als Selbstzweck, auch *auf verlorenem Posten für eine verlorene Sache,* denn: *Nicht wofür wir kämpfen, ist das Wesentliche, sondern wie wir kämpfen.*[36]
- Härte ohne »Humanitätsduselei«: *Um unser Volk zu erhalten, müssen wir dem Gegner gegenüber hart sein* und nicht *zu objektiv und menschlich*[37] (S. 76).

Die Knochenmühle schärfsten Drills, in der SS-Rekruten auf Höchstleistung getrimmt wurden, sollte, ähnlich wie Häftlingsdemütigungen im KZ, die Menschenwürde brechen. Als z. B. ein SS-Soldat eine zu Boden gefallene Patrone mit der Hand aufhob anstatt, wie von seinem Unterführer befohlen, mit dem Munde, *kommt er auf mich zu, führt sein Gesicht ganz nahe an das meine heran . . . und brüllt in dieser Stellung, was er kann . . ., macht mit mir dann zehn Minuten lang »Theatervorstellung«. Das ist eine sehr lange Zeit, während man aus dem Laufschritt nicht herauskommt. Dazu noch gewürzt mit allen bekannten und bewährten »Einlagen«. Nach einer solchen Vorstellung kann man sein Hemd auswringen . . . Das erste ist, daß er befiehlt: »Schmeißen Sie die Patrone weg!« . . . und er deutet wieder mit dem Daumen nach unten . . . Dann aber . . . habe ich die Patrone wieder mit der Hand aufgehoben . . . Er beginnt mit 50 Kniebeugen mit vorgehaltenem Gewehr . . . Ich sage nicht, daß man das physisch nicht durchhalten kann. Es ist nur die Frage, ob man nicht moralisch vorher fertig wird. Und so kommt es auch. Bei 20 Kniebeugen höre ich auf zu zählen . . . Ich muß weinen, obwohl das nicht mannhaft und nicht soldatisch ist . . . Und dann befiehlt er noch schnell: »Werfen Sie die Patrone weg!« Ich tue dies und ohne überhaupt darauf zu warten oder auch nur hinzusehen, ob er mit dem Daumen hinunterzeigt, hebe ich sie mit dem Munde auf.*[38]

Dienstrangabzeichen der Schutzstaffeln



Als Elite in der Elite verstand sich der 1931 in der SS aufgebaute und 1934 zum einzigen Nachrichtendienst der »Bewegung« erhobene SD (»Sicherheitsdienst des RFSS«). Anfangs beschattete er einzelne NS-Feinde, mußte ihre Verfolgung aber der Gestapo überlassen. Um die ständigen Reibereien zwischen beiden abzustellen, durfte der SD nur noch die allgemeinen Ziele und Methoden gegnerischer Gruppen im Inland ausspähen. Dafür tummelte er sich immer mehr in der Auslandsspionage, wo er indes mit der Wehrmacht-Abwehr des Admirals Canaris zusammenstieß.
Um schon den ersten Keimen vielleicht einmal gefährlicher Gedanken auf die Spur zu kommen, durchleuchteten 3000 Hauptamtliche und 50 000 bis 100 000 Spitzel unaufhörlich die verschiedenen Lebensgebiete von Staat und Gesellschaft und zeichneten – eine Frühform von Meinungsforschung – selbst feinste Schwankungen der Volksstimmung auf. Die Gedankenpolizei – *Tast- und Sinnesorgan am Körper des Volkes*[39] – wollte allgegenwärtig sein: *Jeder Außenstellenleiter muß auf alle Fälle versuchen, in jedem Ort seines Kreises einen oder mehrere V-Männer einzubauen, jeder V-Mann hat wiederum sein Zuträgernetz . . . Die Zuträger dürfen niemals erfahren, daß sie für den Sicherheitsdienst arbeiten.*[40]
Im SD sammelte sich eine Schar Jungintellektueller, deren Ideal ein nur von nüchterner Zweckmäßigkeit und eisiger Logik gesteuerter, reibungslos funktionierender allgewaltiger Staat war – die Macht an sich. Am ausgeprägtesten verkörperte sich

dieser Typ des Herrschaftstechnikers in SD-Chef Reinhard Heydrich. *Er war ein Mensch wie ein Peitschenknall, in seiner luziferischen Gefühlskälte, seiner Amoralität und der unstillbaren Machtgier nur den großen verbrecherischen Renaissancenaturen vergleichbar, mit denen er das Bewußtsein von der Allmacht des Menschen teilte.* Er lebte eine *von Ideologien wie Emotionen gleichermaßen unbeschwerte Haltung, die Gefühle, Überzeugungen, Menschen und ganze Völker stets nur als Mittel und Instrument zu bewerten und einzusetzen gewohnt war.*[41]
Viele dieser SD-Eierköpfe eiferten, den NS von Unfähigkeit, Größenwahn, Beutegier und sonstigen »Entartungen« zu reinigen, und fühlten sich zu einer Art Ersatz für die mundtot gemachte öffentliche Meinung und Opposition berufen. In ihren geheimen Lageberichten und, freilich verblümter, auch im schnoddrig-aggressiven SS-Blatt »Das Schwarze Korps« spießten sie zweit- und drittrangige Mißstände auf. Da sie entgegen striktem Verbot auch in der Partei schnüffelten, lagen sie in unaufhörlicher Fehde mit NS-Würdenträgern. Deren Kesseltreiben, vor dem Himmler immer wieder zurückwich, fielen die lästigen Berichte endlich 1944 zum Opfer.

In einen Lebensbereich nach dem anderen fraß sich die SS hinein:
- Sie beherrschte die Unterdrückungsmaschine (politischer Geheimdienst, Gestapo, Polizei, KZ) und stellte eine Gegenwehrmacht auf.
- Als Vollstreckerin der Rassenpolitik vertrieb und mordete sie Juden und »Untermenschen«. Zur Züchtung der »Herrenrasse« brachte sie im Gesundheitswesen die »Erb- und Rassenpflege« und die Schalthebel der Medizinalbürokratie (vom »Reichsärzteführer« Conti bis zu zahlreichen Amtsärzten) an sich.
- Dank Landwirtschaftsminister Darré, zugleich Leiter des SS-»Rasse- und Siedlungsamtes«, bekam sie die Siedlungspolitik und Schlüsselstellungen im »Reichsnährstand« in ihre Hand.
- Anfangs planlos, meist Himmler-Marotten dienend, legte sie sich ein buntes Gemisch von Firmen zu: Porzellanmanufaktur für »Jul-Leuchter« und andere SS-Geschenkartikel, Pflege von Heidensteinen, KZ-Versuchsanstalt für Heil- und Gewürzkräuter, Produktion von Pedalrückstrahlern, die Polizeichef Himmler für alle Fahrräder verordnete, usw. Als Arbeitskräfte mangelten, begann die SS 1938, die bislang nur für Lagerunterhalt und Offiziersluxus genutzte Zwangsarbeit der KZ-Werkstätten in großem Stile und ohne Rücksicht auf Menschenleben geschäftlich auszubeuten. Sie vermietete Häftlinge an Privatbetriebe und gründete eigene Werke (Steinbrüche, Baumaterial, Holz- und Metallbearbeitung, Großbäckereien usw.). In die Fruchtgetränkebranche kaufte und arisierte sie sich ein, bis sie zum Wohlgefallen von Antialkoholiker Himmler endlich 75 Prozent des deutschen Mineralwassers abfüllte. Das Kapital stammte aus Pflichtsparen der SS-Männer und aus hochverzinsten Millionenkrediten vor allem der Dresdner Bank, warf aber bis 1939 nur 23,5 Mill. RM Schulden ab.[42]
- Über Rassenbiologie, Wehrmedizin, Vorgeschichte, Völkerkunde und Ostforschung drang sie auch in die Wissenschaft ein.
- SS-Männer saßen an den wichtigsten Schreibtischen der Schulungsapparate von NSDAP und DAF und drillten die Zöglinge der Napola (S. 114 f.).
- Erst mit, dann gegen Ribbentrop mischte die SS in der Außenpolitik mit. Ihre »Volksdeutsche Mittelstelle« suchte deutsche Volksgruppen im Ausland zu lenken. Der SD, oft im Gegensatz zur SS und zum Auswärtigen Amt, inszenierte internationale Verwicklungen.

Mit immer neuen Dienststellen für immer neue Aufgaben wuchs sich die SS-Bürokratie zu einem weitverzweigten, kaum mehr überschaubaren Gestrüpp aus. Ihre Hauptämter, Ämter, Inspektionen schlugen unaufhörliche Kompetenzschlachten gegen Partei und Staat sowie gegeneinander und trieben zunehmend Politik auf eigene Faust, auch hinter dem Rücken des RFSS. Himmler konnte die auseinanderstrebenden Teile nur mühsam zusammenhalten: *Wehe, wenn die Hauptämter in gutgemeinter, aber falsch verstandener Vertretung ihrer Aufgaben sich mit je einem Befehlsweg nach unten selbständig machen würden. Das würde . . . das Ende der SS sein.*[43]

Während die Masse der SS-Leute in der bald bedeutungsarmen »Allgemeinen SS« zum Feierabenddienst antrat, bildeten sich im Orden neue Orden. Als *stehende bewaffnete Truppe,* die *weder ein Teil der Wehrmacht noch der Polizei* war, sondern Hitlers Privatarmee, entstanden:
- die SS-»Totenkopfverbände« (Ende 1938: 9172 Mann) *zur Lösung von Sonderaufgaben polizeilicher Natur,* d. h. zur KZ-Bewachung,
- die SS-»Verfügungstruppe« (Ende 1938: 14 234 Mann) zu Hitlers *ausschließlicher Verfügung,* einzusetzen *im Rahmen des Kriegsheeres* und *im Bedarfsfalle im Innern.*[44]

Erst nach Entmachtung der Wehrmachtspitze 1938 (S. 146) konnte die »Verfügungstruppe« über die bislang widerwillig zugestandenen drei Regimenter hinaus erweitert werden. In der Hand ideologieferner Heeresreformer entwickelte sie sich mehr zur modernen Militärelite mit Hang zum Nur-Soldatischen als zur fanatisierten Parteigarde.
1936 wurde Himmler, schon Herr der Politischen Polizei (S. 32), Chef der gesamten Polizei. Sofort zentralisierte er den Polizeiapparat reichseinheitlich in zwei – nur an der Spitze, nicht auf Lokalebene getrennten und prompt einander befehdenden – Strängen:
- Ordnungspolizei mit Gendarmerie, Schutz- und Gemeindepolizei,
- Sicherheitspolizei unter Heydrich mit Gestapo und Kriminalpolizei.

Kurz nach Kriegsbeginn wurden Heydrichs staatliches Hauptamt Sicherheitspolizei und sein SS-Sicherheitshauptamt (SD) zu einem »Reichssicherheitshauptamt« ineinander verschachtelt. Indes nur intern: Weder durfte das RSHA seinen Briefkopf nach außen verwenden, noch wurde der SD, zu seiner Enttäuschung, eine aus dem Reichshaushalt finanzierte und mit Beamtenplanstellen versorgte Staatseinrichtung. Als Polizeichef blieb Himmler formal dem Innenminister untergeben. Da er als RFSS aber dem Führer direkt unterstand, konnte er seinen Vorgesetzten jederzeit überspielen. Systematisch fädelte er SS-Leute in die Polizei ein und lotste – gegen die Ordensidee – mit Karrierelockung und Druck Polizisten in die SS. So koppelte er die Staatsbehörde Polizei institutionell und personell mit dem Parteiverband SS. Die aus dem Staat herausgelöste Polizei und die SS verschmolzen zu einer »Staatstruppenpolizei«. Sie sollte den *Kriegsschauplatz Innerdeutschland* sichern – gegen einen Wehrmachtputsch wie gegen eine Neuauflage des 9. November 1918. Um die Armee in Schach halten zu können, wurden Ende 1937 für den Mobilmachungsfall die SS- und Polizeikräfte jedes Wehrkreises einem »Höheren SS- und Polizeiführer« unterstellt. Gegen eine Revolution von unten setzte Hitler auf die *Männer besten deutschen Blutes* dieses Staatsschutzkorps: *Ein solcher Verband wird im Stolz auf seine Sauberkeit niemals mit dem Proletariat und der die tragende Idee unterhöhlenden Unterwelt fraternisieren.*[45]

Soviel Macht die SS an sich brachte, im chaotischen Pluralismus des Dritten Reiches wurde auch sie nie zur totalen Allgewalt. Fast unumschränkt herrschte sie nur, wo Hitler sie für die eigentlichen NS-Ziele einsetzte. Dort war sie als Führer-Exekutive, außerhalb von Staat und Partei, nur dem Führerwillen und nicht mehr Recht und Gesetz verpflichtet. Gestapo-Jurist Best: Die SS-Polizei habe *unabhängig von jeder Bindung jedes zur Erreichung des notwendigen Zweckes geeignete Mittel anzuwenden.* Und: *Solange die Polizei diesen Willen der Führung vollzieht, handelt sie rechtmäßig.*[46]
Nach eigenem Gutdünken, bald ohne richterliche Kontrolle, verhängte die Gestapo »Schutzhaft«. Geschützt werden indes sollte nicht der Betroffene, sondern das, was die Herrschenden als *öffentliche Sicherheit und Ordnung* ausgaben: ihre eigene Herrschaft. Der Zweck rechtfertigte auch Aussageerpressung durch Folter: *Grundsätzlich sind bei »verschärften Vernehmungen« nur Stockhiebe auf das Gesäß, und zwar bis zu 25 Stück, zulässig. Die Zahl wird von Gestapo vorher bestimmt. Vom 10. Stockhieb an muß ein Arzt zugegen sein. Es soll ein »Einheitsstock« bestimmt werden, um jede Willkür auszuschalten.* Ordnung muß sein! Dazu nach anfänglichem Widerstreben das Justizministerium: *In derartigen Fällen wäre es widersinnig, die ausführenden Beamten wegen Amtsverbrechens zu verfolgen.*[47] Doch viele der auf Verhörprotokolle der Gestapo gestützten Anklagen führten nicht zu einer Verurteilung: *Die Hochverratssenate erklären, nachdem sie aus zahlreichen Verfahren die Überzeugung gewonnen haben, daß die polizeilichen Aussagen und Geständnisse der Angeklagten durch Mißhandlungen erpreßt sind, in immer stärkerem Umfange die polizeilichen Aussagen der Angeklagten für wertlos und messen ihnen in ihren Urteilen keinerlei Beweiswert mehr bei.*[48]
An die Prügelvorschriften hielt sich die Gestapo ebensowenig wie an die Erlasse, mit denen das ihr vorgesetzte Innenministerium die »Schutzhaft«-Praxis durch feste Regeln einzugrenzen suchte. Hatte sie dem Gefangenen binnen 24 Stunden den Haftgrund zu nennen, so trug sie in den »Schutzhaftbefehl« Nichtssagendes ein wie *staatsabträgliches* oder *zersetzendes Verhalten* oder *politische Umtriebe.*[49] Rückendeckung gab Himmler: *Ob ein Paragraph unserem Handeln entgegensteht, ist mir völlig gleichgültig.*[50]

Was alles galt als staatsfeindlich? Laut Sicherheitspolizei: *Kommunismus, Marxismus, Judentum, politisierende Kirchen, Freimaurerei, politisch Unzufriedene (Meckerer), Nationale Opposition, Reaktion, Schwarze Front (Strasser, Prag), Wirtschaftssaboteure, Gewohnheitsverbrecher, auch Abtreiber und Homosexuelle ..., Hoch- und Landesverräter.*[51] Solch uferloser Polizeiperfektionismus ging selbst dem »Schwarzen Korps« zu weit: *Aber nicht jeder, der meckert, ist ein Staatsfeind ... Es wird durch zu scharfe Verfolgung mehr geschadet als genützt.*[52]
Zunächst jagte die Gestapo vor allem wirkliche oder vermeintliche politische Gegner, meist Kommunisten und Sozialdemokraten, denen Hitler angedroht hatte, er werde nicht ruhen, bis *der letzte Marxist bekehrt oder ausgerottet ist.*[53] Auf bloße Mutmaßung hin ordnete Heydrich Vorbeuge- und Nachhaft gegen alle an, *die sich bis zum Umbruch im kommunistischen Sinne betätigt haben und nunmehr neuerdings im Verdacht illegaler Betätigung stehen ... Kommunistische Funktionäre, die nun-*

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
-IV C2- H.-Nr. Sch.9788-

Berlin SW 11, den 22.Mai 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8

Schutzhaftbefehl

Vor- und Zuname: Hans Schiftan Geburtstag und -Ort: 8.12.99 Schöneberg
Beruf: Angestellter Familienstand: verh. Staatsangehörigkeit: DR
Religion: glaubenslos Rasse (bei Nichtariern anzugeben): -.-
Wohnort und Wohnung: Berlin-Neukölln, Zietenstr.27
wird in Schutzhaft genommen.

Gründe:

Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er auf Grund seines politischen Vorlebens zu der Befürchtung Anlaß gibt, er werde sich nach Verbüßung einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat erneut im marxistischen Sinne betätigen.

gez. H e y d r i c h. Beglaubigt: R o t t a n

mehr nach Strafverbüßung zur Entlassung kommen sollen, sind grundsätzlich in Schutzhaft zu nehmen . . . Ein gleiches Vorgehen ist auch bei allen übrigen marxistischen Staatsgegnern geboten.[54] 1936 verhaftete die Gestapo 11 687 Mitglieder der KPD und 1374 der SPD, 1937 noch 8068 und 733. Aus politischen Gründen sollen im April 1939, laut Gestapo, 162 734 »Schutzhäftlinge« eingesessen haben.[55]

Bald, besonders als die KZ mehr Arbeitskräfte brauchten, weitete die Gestapo die »Schutzhaft« von »Staatsfeinden« auf immer neue Gruppen von »Volksschädlingen« aus. Unter dem Vorwand vorbeugender Verbrechensbekämpfung jätete sie in Großrazzien aus der Gesellschaft aus:

- mehrfach vorbestrafte, nicht straffällige »Berufs- und Gewohnheitsverbrecher«,
- »Asoziale«, die *durch ihr Verhalten der Gemeinschaft zur Last fallen*[56] (Bettler, Landstreicher, Zigeuner, Landfahrer, Dirnen, Trinker, Raufbolde, Querulanten, säumige Alimentenzahler usw.),
- jüdische Männer, die einmal über einen Monat im Gefängnis waren,
- »Arbeitsscheue«, *die nachweislich in zwei Fällen die ihnen angebotenen Arbeitsplätze ohne berechtigten Grund abgelehnt oder . . . nach kurzer Zeit ohne stichhaltigen Grund wieder aufgegeben haben.*[57]

Häftling im Rechtsstaat	»Schutzhäftling«
von einem Gericht	von der politischen Polizei
nach ordentlichem Verfahren	nach deren Ermessen
förmlich verurteilt	festgesetzt
wegen einer gesetzlich bestimmten	wegen eines nur vermuteten
nachgewiesenen Straftat	künftigen Verhaltens
zu einer Strafe	zur vorbeugenden Ausschaltung
von ihm bekannter Dauer	für unbefristete Zeit
mit - eingeschränkten - Rechten	ohne irgendwelche Rechte

Eine wachsende Zahl der »Schutzhäftlinge« – bis Kriegsbeginn schätzungsweise 350 000 bis 500 000[58] – wies die Gestapo für kürzere oder längere Zeit in die seit 1934 von der SS betriebenen Konzentrationslager (KZ) ein. 1939 drängten sich hinter dem elektrischen Stacheldraht der nun sechs KZ 21 500 Gefangene:

- 4000 in Dachau bei München (seit 1933),
- 6500 in Sachsenhausen bei Berlin (seit 1936),
- 5400 in Buchenwald bei Weimar (seit 1937),
- 1500 in Mauthausen bei Linz in Österreich (seit 1938),
- 1600 in Flossenbürg bei Weiden in der Oberpfalz (seit 1938),
- 2500 im Frauen-KZ Ravensbrück in Mecklenburg (seit 1939).

Den SS-Wachen hämmerte KZ-Inspekteur und »Totenkopf«-Chef Eicke ein: *Jegliches Mitleid mit »Staatsfeinden« sei aber eines SS-Mannes unwürdig . . . Sie stünden als einzige Soldaten auch in Friedenszeiten Tag und Nacht am Feind, am Feind hinter dem Draht.*[59] Mit Herrenmenschengefühl aufgeladen, ließen viele der KZ-SS Minderwertigkeitskomplexe und Sadismus an ihren Opfern aus. Wenige zeigten sich ab und zu gutmütig. Die meisten erledigten ohne Nachdenken das, was sie für ihre Pflicht hielten. Aus einer Nachkriegsrechtfertigung: *Ich habe meinen Dienst gewissenhaft und aufmerksam zu aller Zufriedenheit stets erfüllt, ich habe den Häftlingen nichts nachgesehen, war streng und oft hart . . . Wohl gewöhnte ich mich an all das Unabänderliche im KL, doch nie stumpfte ich ab gegenüber menschlicher Not . . . Doch mußte ich über sie hinweggehen . . . Ich wollte als hart verschrien sein, um nicht als weich zu gelten.*[60] Kein Fall wurde bisher nachgewiesen, wo eine Weigerung mehr als Karriererisiko nach sich zog.[61]
Die *Feinde hinter dem Draht* sollten *mit griffester Güte zum wirklichen Leben erzogen* werden.[62] Polit-Schulung zwecks Gehirnwäsche gab es, bezeichnend, in den KZ nicht. Nur Hitlers Radioreden mußten die Häftlinge anhören – willkommene Schlafpausen. Was die SS (und nicht nur sie) unter Erziehung verstand, waren

- Formaldrill: *Zur Förderung der Manneszucht sind die Gefangenen gezwungen, vor allen SS-Angehörigen militärische Ehrenbezeugung zu erweisen . . ., militärische Haltung anzunehmen.*[63]
- Harte Arbeit: *15 bis 20 Mann als Gespann eines schwerbeladenen Wagens an Stelle von Pferden in Gurte gespannt, im Laufschritt vorwärtsgetrieben,* wobei die Kolonne *außerdem singen muß.* Oder: Häftlinge hatten *Erde auszuheben, sie im Laufschritt einige hundert Meter weit wegzuschaffen, um sie dann wieder zurückzubringen und die Grube damit aufzufüllen.*[64]
- Brutale Kommißschleiferei: *»Trieseln!« befiehlt der Posten . . . Und der Häftling streckt die Arme seitwärts und beginnt, sich auf der Stelle um sich selbst zu drehen . . ., knickt um, trudelt den Abhang einige zehn Meter hinunter und bleibt dort endgültig wie leblos liegen.*[65]
- Strafen, *strenger Arrest, Strafarbeit, Strafexerzieren, Prügelstrafe, Postsperre, Kostentzug, hartes Lager, Pfahlbinden,* aus nichtigstem Anlaß, etwa wenn einer von seiner Pritsche nicht beim ersten Weckpfiff hochspritzte, sein Strohsackbett nicht vorschriftsmäßig baute, Hände in den Hosentaschen, schmutzige oder zu blanke Schuhe hatte, nicht zackig grüßte. Himmler: *Wenn einer frech und widersetzlich ist.*[66]

Im Unterschied zu den zügellosen Ausschreitungen in den SA-Lagern (S. 28 f.) sollte der Terror in den SS-KZ bis ins Detail bürokratisch korrekt geregelt sein. Bevor ein Häftling z. B. auf den Bock geschnallt wurde, war ein »Prügelblatt« auszufüllen: Personalien, Delikt, Strafvorschlag (5 bis 25 Stockhiebe), ärztliche Untersuchung, Genehmigung durch RFSS, Kontrolle des Strafvollzuges. Himmler: *Also mehr kann man an Genauigkeit nicht tun.*[67] Die Wirklichkeit: *Keine einzige der vielen tausend Auspeitschungen . . . ist unter Einhaltung der Vorschriften erfolgt . . . Die SS-Leute waren viel zu faul, jeden Prügelfall wenigstens formell aktenmäßig zu bearbeiten.*[68] Frage in einem Nachkriegsprozeß: *Kam es nicht vor, daß Häftlinge mitzählen mußten, und wenn sie sich verzählten, daß sie mit dem Zählen von vorne beginnen mußten?* Der SS-Angeklagte: *Das war allerdings üblich.*[69] Obwohl Gehorsam erste Pflicht war: solche »Dienstvergehen« blieben ebenso straffrei wie die Torturen in den

Arrestbunkern: *Sommer hängte seine Opfer auch kopfüber an den Füßen auf und schob die Gittertür auf und zu, so daß den Häftlingen die Beine auseinandergerissen wurden.*[70]
Neben offiziell befohlenen Hinrichtungen wurden zahllose eigenmächtige, aber geduldete und geförderte Tötungen verübt. SS-Wachen verdienten sich Geldprämien und Sonderurlaub, indem sie eine Mütze hinter die Postenkette warfen, den Häftling zwangen, sie zu holen, und ihn dabei »auf der Flucht« abknallten. Oder: *Im eisigen Winter mußten die Tausende die ganze Nacht bis am nächsten Tag 11 Uhr auf dem Appellplatz stillstehen, ohne Mütze; sie durften sich auch zur Erwärmung nicht irgendwie bewegen. Sieben konnten nur noch als Tote vom Platz gebracht werden.*[71] Starben im Jahresschnitt damals von 1000 der Gesamtbevölkerung etwa 12 Menschen, so in den KZ, je nach Lager und Zeit, an Hunger, Krankheit, Erschöpfung, Marter und Mord wohl zwischen 40 und 150.[72] Die Überlebenden blieben meist für immer von schweren Schäden an Körper und Seele gezeichnet.

Die *Feinde hinter dem Draht* ließen sich bald nur noch mit ihrer eigenen Hilfe beherrschen. Fast die gesamten inneren Angelegenheiten des Lagers regelte eine Art Häftlings-Selbstverwaltung mit von der SS eingesetzten Häftlingsfunktionären. Auch die Arbeitskommandos wurden von Häftlingen geführt, den »Kapos«. Unter der SS-Hierarchie gab es eine Gefangenen-Hierarchie mit krassesten sozialen Gegensätzen. Die Handvoll der Lager-Aristokratie – Lager- und Blockälteste, Kapos der Büros, Magazine, Küche und Krankenstube sowie Hausdiener von SS-Offizieren – konnte zwar jeden Tag gestürzt werden, hatte aber Macht über Leben und Tod und verteidigte ihre Vorrechte mit allen Mitteln gegen SS und Mithäftlinge. Weit unter ihnen genoß eine schmale Mittelschicht geringe Vorteile: Stubendienste, Vorarbeiter, kleine Schreiber, Revierhelfer, in Innenkommandos Beschäftigte. Die große Masse gehörte zur alleruntersten Klasse der Schwerstarbeitenden, Geschundenen, hoffnungslos Dahinvegetierenden.
Um die Lagerfunktionen lieferten sich Politische und Kriminelle mörderische Intrigenkämpfe. Die SS übte im Lager so viel Macht aus, wie sie die Gruppen gegeneinander ausspielen konnte. Da ihr an gefügigen Befehlsempfängern gelegen war, stützte sie sich anfangs fast überall auf Berufsverbrecher. Doch diese waren oft so unfähig und korrupt, daß die SS in Schwierigkeiten geriet. So gelang es allmählich den Politischen, die wichtigen Posten zu erobern und die Häftlings-Selbstverwaltung zum Stützpunkt des Widerstandes im KZ umzuwandeln.[73] Eine führende, aber zwiespältige Rolle spielten meist die lagererfahrenen, straff organisierten und disziplingewohnten Kommunisten. Zum einen *waren sie darauf bedacht, nur die bedingungslosen Gefolgsleute der herrschenden KP-Linie zu fördern,*[74] und schalteten Andersgesinnte und Abweichler oft rücksichtslos aus. Zum anderen halfen ihre Untergrundzellen durch selbstlose Solidarität: *»Mitgliedsbeiträge« in Form von Brotschnitten wurden einkassiert und an durch Hunger und Krankheit besonders gefährdete Häftlinge weitergegeben. Später . . . war die illegale Leitung imstande, aus dem SS-Magazin täglich 20 bis 30 Laib Brot zu »organisieren« und an Bedürftige auszuteilen.*[75]
Offener Aufruhr gegen die SS war, außer bei Kriegsende, selbstmörderisch zwecklos. Zu erreichen aber war, das Lager vor dem Einblick der SS weithin abzuschirmen, deren Absichten zu erkunden, Verbindungen zur Außenwelt zu knüpfen, Häftlinge durch Kultur und illegale Seelsorge in ihrem Selbstbehauptungswillen zu stärken

und sie politisch zu bilden. Die als Gegenbürokratie wirkende Lager-Selbstverwaltung konnte immer wieder Erleichterungen durchsetzen und – mit hohem Risiko – Schwache auf leichtere Arbeit umbuchen, Nummern und Namen Gefährdeter vertauschen, Verpflegung und Medikamente von der SS abzweigen. Wenn auch der größte Nutzen der Häftlingsprominenz zufloß, so rettete sie damit doch ungezählte Leben. Wirksamste Waffe der Unterlegenen war *die Zersetzung der SS, vor allem durch Korruption . . ., daß sie schwiegen oder sogar bestimmte Aktionen, vor allem Lebensrettungen, dulden mußten . . . Manche SS-Führer waren, da ihre zahlreichen persönlichen Wünsche, von denen sie nicht mehr lassen konnten, ohne die Mithilfe der Häftlinge unerfüllbar hätten bleiben müssen, nahezu völlig in der Hand der Gefangenen, die es außerdem verstanden, die Gegensätze in den Reihen der SS systematisch zu fördern.*[76]

Das KZ – nach NS-Ansicht *keine Schande, sondern eine Zierde der Kultur*[77] – diente vor allem zur
– Ausschaltung politisch, ideologisch und völkisch Unerwünschter,
– Ausbeutung billigster Arbeitssklaven,
– Härte-Ausbildung der »Totenkopf«-Stürme,
– Einschüchterung der Bevölkerung.
Als extremste, aber konsequenteste Form des SS-Staates war es ein Ort absoluter Unfreiheit und Rechtlosigkeit, ein Versuchsfeld für das Experiment, wie weit ein Mensch total beherrschbar sei.

Kriegsschauplatz Innerdeutschland: Judenverfolgung

Was den Juden zugedacht war, hatte die NSDAP lange vor 1933 oft und öffentlich angekündigt. Hitler: *Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder-Oder. Ich aber beschloß, Politiker zu werden.* Und: *Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter . . . es im Felde erdulden mußten.* Chefideologe Rosenberg wollte Juden als *Fremdes unbeirrbar ausgesondert, wenn nötig niedergekämpft* sehen, da *man Trichinen nicht erziehen kann, sondern so schnell als möglich unschädlich zu machen hat* – mit *Strick und Galgen.* Das Parteiblatt forderte, *das jüdische Ungeziefer überhaupt mit eisernem Besen auszufegen.* Auf den Straßen schrie SA-Mob: *Juda verrecke!* und *Laßt die Messer flutschen in den Judenleib! Blut muß fließen knüppelhageldick.*[78]
Hätte man aus solchen und ähnlichen Worten das Kommende vorhersehen können, müssen? Aber: Wie ernst war derlei denn schon zu nehmen? Hatten Antisemiten nicht immer so gedroht und schließlich nichts getan? War ein Auschwitz denkbar? Handelte es sich nicht nur um schrille Propaganda? Würde Hitler als Staatsmann nicht besonnener sein? Klang das offizielle NSDAP-Programm nicht maßvoller (Juden unter Fremdenrecht, Zurückdrängung ihres Einflusses)? Indes: Verriet nicht schon die Sprache genug Brutalität? Hatten nicht schon zahllose NS-Gewalttaten einen Vorgeschmack gegeben? War nur Mord unmenschlich oder nicht bereits Dis-

kriminierung? Bedeutete Entrechtung einer Gruppe nicht Ende des Rechtes überhaupt? Aber: Wieviele dachten darüber nach? Wieviele waren schon so weit von Antisemitismus angesteckt, daß »der« Jude ihnen etwas unheimlich und eigentlich gar nicht mehr als vollwertiger Mensch erschien?
Im Antisemitismus, wie in jedem Fremdenhaß, entladen sich gesellschaftliche Aggressionsbedürfnisse, zu denen die Juden – oder austauschbar andere risikolos angreifbare Minderheiten – nicht die Ursache, nur das Opfer und die äußerliche Scheinrechtfertigung abgeben. Sozial Abgestiegenen und Abstiegsbedrohten erlaubt der Rassismus sich einzureden, sie seien doch noch »oben«, da eine Gruppe auf jeden Fall »unter« ihnen bleibt. In der Unterdrückung der Schwachen können sie eigene Ohnmacht vergessen und Stärke beweisen. Auf den Sündenbock dürfen sie eigenes Versagen, unverstandenes Unheil abladen: *Der Jude ist an allem schuld.* Mit Hilfe des Antisemitismus können Herrschende innergesellschaftliche Konflikte in ein für sie ungefährliches Ventil ableiten: Der »Volksfeind« bedrohe alle gleichermaßen und müsse gemeinsam, unter Verzicht auf Interessenkämpfe, abgewehrt werden. Die wenigsten Antisemiten fanden sich in Arbeiterschaft und sozialer Oberschicht, die meisten im Mittel- und Kleinbürgertum.
Für die Judenpolitik hatten die NS-Führer zunächst keinen genauen Plan. Einig waren sie, Deutschland *judenrein* zu machen, uneinig in Konzepten und Aktionen. Den Radikalsten, voran Hitler, mag schon früh als »Endlösung« Ausrottung vorgeschwebt haben. Zeit, Ort, Verfahren freilich waren noch offen. Hitler über seine Taktik gegen die Juden: *Das Endziel unserer ganzen Politik ist uns allen ganz klar. Es handelt sich bei mir nur immer darum, keinen Schritt zu machen, den ich vielleicht wieder zurück machen muß, und keinen Schritt zu machen, der uns schadet . . . Und jetzt, Klugheit, hilf mir, Dich so in die Ecke hineinzumanövrieren, daß Du zu keinem Stoß mehr kommst, und dann kriegst Du den Stoß ins Herz hinein.*[79]

Solange die Macht nach innen und außen nicht voll gefestigt war, schien eine sofortige Radikalkur nicht ratsam. Deshalb begann die Führung bald, Ausschreitungen abzustellen. Der Straßenterror ebbte ab, ohne ganz aufzuhören. Es blieb und wuchs die Diffamierung.
Allerorten hing in Schaukästen Streichers Blatt »Der Stürmer« (Auflage 1934: 50 000, 1938/39: 473 000[80]), das mit pornografisch-sadistischen Karikaturen und Greuelmärchen, vor allem über »Rassenschande« und »Ritualmord«, hetzte, *der Schlange Alljuda den Kopf zu zertreten.*[81] Ihm schrieben Kinder eines NS-Heimes: *Wir besitzen eine Puppe, die einen richtigen Juden darstellt. Sie hat eine Nase wie der Satan. Wenn dann der Kasper kommt, dann rufen wir ihm zu, er möge den bösen Juden vertreiben. Wenn aber der Jude im Spiel zu uns sagt, wir sollten ihm helfen, dann rufen wir einfach den Kasper heraus.*[82]
Viele Gemeinden stellten Schilder auf: *Hunden und Juden ist das Baden verboten* oder *Fluch dem Judenschwindel-Schandwerk, unterstützt das deutsche Handwerk* oder *Das ganze Judenheer gehört ins Rote Meer.*[83] Mit Rücksicht auf Ausländer verbot Heß im Olympiajahr 1936 *Aufschriften,* die *auf die Möglichkeit einer strafbaren Handlung gegen die Juden hinweisen, z. B. »Juden betreten den Ort auf eigene Gefahr«.*[84] Ein Bürgermeister ordnete an: *Kühe und Rinder, welche vom Juden direkt oder indirekt gekauft wurden, sind vom Zutrieb zum gemeindlichen Bullen ausgeschlossen.*[85] Einer löste seine Verlobung: *Denn ich glaube nicht, daß ich mit einer Frau, die bei Juden kauft . . ., glücklich werden kann.*[86]

»Schandspalten« der Presse prangerten Bürger, die Umgang mit Juden pflegten, als *Judenknechte* an. Das wäre, so häufig, überflüssig gewesen, hätte es nicht doch trotz wachsenden Risikos zahlreiche heimliche und offene Zeichen von Mitgefühl, Solidarität und Hilfe gegeben. So meldete die Gestapo, daß *die katholische Bevölkerung zunächst den Juden als Menschen wertet*, ja sie *lehnt, soweit es sich um den einzelnen Juden handelt, jegliche Maßnahme entschieden ab.* Der SD notierte, *daß die Bekämpfung jüdischer Warenhäuser an dem Verhalten der Volksgenossen selbst scheitert. Parteigenossen und Nichtparteigenossen scheuen sich nicht, weiterhin, teilweise sogar in Uniform, ihren Einkauf beim Juden zu tätigen.* Ein Jude erinnerte sich an einen Richter und dessen Frau: *Es wäre ihnen ein leichtes gewesen, die Beziehungen auf den rein dienstlichen Verkehr zu beschränken. Was darüber hinausging, bedeutete für sie eine direkte Gefahr, da Beamten der Umgang mit Juden verboten war. Trotzdem – oder vielleicht gerade darum – kamen sie mir von Anfang an mit warmer Freundschaft entgegen, luden mich in ihr Heim ein und gingen auch in der Öffentlichkeit . . . mit mir als einem Freunde um.*[87]
Zweifellos nur eine Minderheit war von fanatischem Judenhaß vergiftet oder gar an Ausschreitungen beteiligt. Die Mehrheit verharrte im ganzen gleichgültig. Viele kannten keine Juden. Hetze und Terror hatten viele abgestumpft und eingeschüchtert. Vielen galten die Tugenden der Menschlichkeit nur für das private, nicht für das öffentliche Leben. Viele waren erzogen, Akte der Obrigkeit unbefragt als rechtmäßig und richtig hinzunehmen – und es ging ja alles korrekt, aufgrund formallegaler Verordnungen der Behörden, zu.

Geräuschloser und wirksamer als Schlägerterror und Schmähung begann 1933 die systematische administrative Ausschaltung der Juden: Schritt für Schritt, Gruppe um Gruppe, aus einem Lebensbereich nach dem anderen, bis sie verarmt, verfemt, schutz- und hilflos an den äußersten Rand der Gesellschaft ausgestoßen waren:
- Jüdische Richter und Beamte wurden 1933 in den Ruhestand versetzt und 1936 ihrer Pensionen beraubt, Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes gekündigt. Die Hindenburg zuliebe zunächst ausgesparten Frontkämpfer, Väter und Söhne von Gefallenen und vor dem Krieg Eingestellten mußten 1935, einstweilen noch mit Ruhegeld, ausscheiden.
- Der »Arierparagraph« wurde auf immer weitere Berufe ausgedehnt, auf die 5557 Ärzte, 1041 Zahnärzte, 657 Apotheker, 4174 Anwälte und Notare usw., auf alle Künstler, auf Journalisten selbst dann, wenn sie als »Arier« einen jüdischen Ehepartner hatten.
- Nur in Handel und Industrie blieben vorerst noch gewisse, durch Schikanen und auch Gewalttaten eingeengte Schonräume. Anfangs konnten Arbeitsgerichte Juden davor schützen, allein wegen ihrer Rasse fristlos entlassen zu werden.
- Juden durften Universitäten und öffentliche Schulen nur noch in immer kleineren Kontingenten besuchen.
- Sie wurden ausgeschlossen von Ehrenämtern, Steuerermäßigungen und vielen Sozialleistungen, vom Wehrdienst, aus Vereinen aller Art.
- Jüdische Werke wurden aus Galerien, Bibliotheken, Konzerten, Theatern und Kinos entfernt, nach Juden benannte Straßen umgetauft, Namen jüdischer Gefallener von Ehrenmalen getilgt.

Erster Höhepunkt der scheinlegalen Unterdrückung wurden die auf dem Nürnberger Parteitag am 15. September 1935 überhastet entworfenen und verkündeten

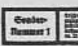
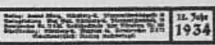
Preis 30 Pfennig

Der Stürmer

Ritualmord-Nummer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Sonder-Nummer 1  Nürnberg, im Mai 1934  12. Jahr 1934

Jüdischer Mordplan

gegen die nichtjüdische Menschheit aufgedeckt

Das Mördervolk

Die Juden stehen in der ganzen Welt in einem furchtbaren Verdacht. Wer ihn nicht kennt, der kennt die Judenfrage nicht. Wer die Juden nur ansieht, wie Heinrich Heine (Chaim Bückeburg) sie beschreibt: „Ein Volk, das zu seinem Unterhalt mit Wechseln und alten Hosen handelt und dessen Uniform die langen Nasen sind," der ist auf falschem Wege. Wer aber weiß, welch eine ungeheuerliche Anklage schon seit Jahrtausenden gegen die Juden erhoben wird, der erschaut dieses Volk in einem anderen Lichte. Er sieht in ihnen nicht nur ein eigenartiges, seltsam anmutendes Volk, er sieht in ihnen Verbrecher und Mörder und Teufel in Menschengestalt. Und es überkommt ihn gegen dieses Volk ein heiliger Zorn und Haß.

Der Verdacht, in dem die Juden stehen, ist der des Menschenmordes. Sie werden beschuldigt, nichtjüdische Kinder und nichtjüdische Erwachsene an sich zu locken, sie zu schlachten und ihnen das Blut abzuzapfen. Sie werden beschuldigt, dieses Blut in die Mazzen (ungesäuertes Brot) zu verbacken und auch sonstige abergläubische Zauberei damit zu treiben. Sie werden beschuldigt, ihre Opfer, besonders die Kinder, dabei furchtbar zu martern und zu foltern. Und während dieses Folterns Drohungen, Flüche und Verwünschungen gegen die Nichtjuden auszustoßen. Dieser planmäßig betriebene Menschenmord hat eine besondere Bezeichnung, er heißt

Ritualmord.

Das Wissen vom jüdischen Ritualmord ist schon Jahrtausende alt. Es ist so alt wie die Juden selbst. Die Nichtjuden haben es von Generation zu Generation übertragen. Es ist uns durch Schriften überliefert. Es ist aber auch in der breiten Volksmasse vorhanden. In den verstecktesten Bauerndörfern stößt man auf dieses Wissen. Der Ahne sprach von ihm zu seinem Enkel. Und dieser wieder trug es weiter auf Kinder und Kindeskinder. So vererbte es sich bis zum heutigen Tag.

Es ist auch in den anderen Völkern vorhanden. Wo irgendwo in der Welt eine Leiche gefunden wird, die die Anzeichen des Ritualmordes trägt, erhebt sich sofort laut und groß die Anklage. Sie richtet sich überall nur gegen die Juden. Hunderte und aberhunderte von Völkern, Stämmen und Rassen bewohnen den Erdball. Niemand denkt daran, sie des planmäßigen Kindermordes zu beschuldigen und sie als Mördervolk zu bezeichnen. Den Juden allein wird diese Anklage aus allen Völkern entgegengeschleudert. Und viele große Männer haben

Judenopfer



Durch die Jahrtausende vergoß der Jud, geheimem Ritus folgend, Menschenblut
Der Teufel sitzt uns heute noch im Nacken, es liegt an Euch die Teufelsbrut zu packen

Die Juden sind unser Unglück!

Rassengesetze.[88] Das »Reichsbürgergesetz« stempelte Juden politisch zu Fremden: *Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen . . . Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.* Das »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« isolierte die Juden gesellschaftlich und brandmarkte sie moralisch: *Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten . . . Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten . . . Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.* Zuwiderhandelnden drohten Zuchthaus, Gefängnis und Geldstrafe. Da es – was Hitler wußte – eine jüdische Rasse nicht gibt, definierten die NS-Doktrinäre den angeblich biologischen Rassebegriff so: *Als volljüdisch gilt ein Großelternteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.* Göring scherte sich noch weniger um Wissenschaftlichkeit der Rassenlehre: *Wer Jude ist, bestimme ich!*[89]

In begreiflichem Wunschdenken glaubten viele Juden und Nichtjuden, die Nürnberger Gesetze, so beschämend sie seien, hätten endlich Klarheit geschaffen, die erträgliche Beziehungen ermögliche. Ähnlich verkannten Juristen in einem der – teils einschränkenden, teils ausweitenden – Kommentare die Gesetze als *Wiederherstellung der im tiefsten Sinne gottgewollten organischen Lebensordnung* und als *gesetzliche Grundlage für einen modus vivendi, der allen Belangen gerecht wird*[90] – ohne das Menschenunwürdige auch schon bloßer Rassentrennung zu begreifen.
In Wahrheit aber waren die Gesetze kein Schlußpunkt, sondern Auftakt zu weiterer Entrechtung, zum (laut »Stürmer«) *Krieg bis zur Vernichtung.*[91] Das erwies sich sogleich beim Tauziehen um die Ausführungsverordnungen. Die NSDAP drängte auf Verschärfung, Beamte des Innenministeriums suchten zu bremsen – aus Kompetenzegoismus, bürokratischem Ordnungssinn, einige auch aus Humanität. Für Mischehen errangen sie manche, letztlich lebensrettende Milderung, mußten aber bei »Viertel«- und erst recht »Halbjuden« nachgeben.[92] Gewissenskonflikt: Mußte, wer durch Mitmachen Schlimmeres verhüten wollte, sich nicht in Mitschuld an Schlimmem verstricken? Gab man nicht der Verfolgung den Anstrich des Legalen, der eine doch unabwendbare volle Radikalität vertuschte? Bestärkte das nicht viele auszuharren, bis es zu spät war? Oder mußte man nicht jede Chance nutzen, wenigstens einige zu retten, und sei es um die Preisgabe vieler, ohnehin Verlorener? War Widerstand innerhalb des Apparates überhaupt möglich und sinnvoll?
Obrigkeitsloyal bescheinigten Pfarrer aus den Kirchenbüchern die Rassenzugehörigkeit der Vorfahren für den »Arier-Nachweis«. Durften sie mithelfen, die Opfer der Verfolgung auszusortieren? Schöpften sie genügend Möglichkeiten der Täuschung aus? Befangen in jahrhundertealtem religiösem Anti-Judaismus, befürworteten die Kirchen weithin NS-Ziele wie Rassenreinheit und -trennung. Nicht oft und nicht laut protestierten sie gegen allzu krasse Auswüchse. Die Fürsorge der Amtskirchen galt fast nur getauften Juden. Aber es gab auch Geistliche und Laien, die Nächstenliebe nicht nur predigten, sondern gegen jedermann praktisch übten – so vor allem das Büro des evangelischen Propstes Grüber und der katholische St.-Raphaels-Verein.
Die Rassengesetze trafen etwa 1,5 Millionen Deutsche, davon die Hälfte »Mischlinge«, später noch rund 350 000 Österreicher und Zehntausende in eingegliederten Gebieten.[93] Solange sie konnten, verwahrten sich die Juden gegen die Verleumdungen, widerlegten die Legenden des Antisemitismus, erinnerten an die Beiträge jüdischer Deutscher zu Geschichte und Kultur ihrer Heimat, an ihre 96 000 Weltkriegssoldaten und 12 000 Gefallenen.[94] Unter widrigsten Umständen, gestützt nur auf die Opferbereitschaft in- und ausländischer Glaubensgenossen, leisteten die jüdischen Verbände einen beispiellosen »Aufbau im Untergang«[95] mit eigenem Bildungswesen, Kulturleben, Gesundheits- und Wohlfahrtsdienst, mit Wirtschafts- und Auswanderungshilfe (Hebräischkurse, Berufsumschichtung, Geldzuschüsse). Politik der 1933 als Dachverband gegründeten, von Rabbiner Leo Baeck geleiteten »Reichsvertretung der deutschen Juden« (bald: »der Juden in Deutschland«) war: *Auszuharren, in der Hoffnung, daß die Nazis . . . einen gemäßigteren Kurs einschlagen würden und auf diese Art »ein Lebensraum« für die Juden übrigbleiben könnte . . .; wenn die Auswanderung sich als notwendig erwies, so mußte für ihre ordnungsmäßige Abwicklung gesorgt werden.*[96]
Politisch Gefährdete und Weitsichtige wanderten aus in eine nur selten gastliche Fremde. Trotz Demütigung und Not zögerten die meisten der angeblich so »Wurzel-

losen«, ihre Heimat zu verlassen. Tausende kehrten wieder zurück. Die Mehrheit fühlte sich durch und durch als Deutsche und strebte die volle Verschmelzung der Juden mit dem deutschen Volke an (Assimilation). Auch jetzt noch klammerte sie sich an ihr Ziel, *die deutsch-jüdische Gemeinschaft innerhalb Deutschlands materiell, körperlich und seelisch in ihrer Kraft ungebrochen zu erhalten.*[97] Einige, vor allem Sozialisten und Kommunisten, kämpften gemeinsam mit Nichtjuden im Widerstand für ein Deutschland, in dem sie wieder gleichberechtigt als Menschen leben könnten. Eine Minderheit suchte sich mit dem NS-Staat zu arrangieren: Schwarz-weiß-rote wollten in der Wehrmacht dienen, Völkische empfahlen sich als Mitstreiter *stets in schärfstem Kampf gegen alle deutschfremden Volksschädlinge*, gegen Ostjuden und Internationalisten.[98] Andere handelten noch 1936 mit Hakenkreuzfahnen und Hitlerbildern.[99]

Eine andere Richtung schöpfte Kraft gerade aus ihrem Judentum. Nach den Nürnberger Gesetzen richtete Leo Baeck Verzweifelte auf mit seinem Gebet: *Allen Schmähungen stellen wir die Hoheit unserer Religion entgegen, allen Kränkungen unser stetes Bemühen, in den Wegen unseres Judentums zu gehen, seinen Geboten nachzukommen.*[100] Entschiedene Zionisten sahen gerade in der Unversöhnlichkeit des NS-Antisemitismus ihre Chance. Jetzt, so hofften sie, müßten die Juden begreifen, daß sie nie im anderen Volke aufgehen könnten und daß ihnen nur eines bliebe: sich ihres Judentums bewußt zu werden und einen eigenen Nationalstaat in ihrer geschichtlichen Heimat Palästina aufzubauen: *Kein Schlupfwinkel birgt uns mehr. Wir wünschen an die Stelle der Assimilation das Neue gesetzt: das Bekenntnis zur jüdischen Nation und zur jüdischen Rasse.*[101]

Im zionistischen Konzept der Auswanderung nun entdeckte die SS den Hebel, auch die NS-Judenpolitik an sich zu ziehen. Die SS, deren Technokraten den Vulgär- und Radau-Antisemitismus als wirkungslos verachteten, verfocht schon seit geraumem eine eigene »Lösung der Judenfrage«: die Juden ins Ausland abzuschieben. Obwohl sie einen Judenstaat eigentlich nicht wollte, förderte sie nach Kräften Zionisten bei Werbung und Auswanderungsvorbereitung für Palästina. Nicht in gleicher Gesinnung, aber hier in gleichem Interesse entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen SS-Kreisen und deutschen wie palästinensischen Zionisten-Organisationen, die sogar in den KZ siedlungsgeeignete Juden auswählen durften – freilich ohne zu ahnen, was diese Auslese für einen Teil der Abgelehnten bedeuten würde.[102]

Die nach 1933 zurückgegangene und noch meist individuelle Ausreise zur systematischen Austreibung zu beschleunigen, gelang der SS erst 1938, als sie im politischen Leerraum des eben besetzten Österreich ungehemmter vorgehen konnte. In Wien errichtete sie eine »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« unter dem SD-Judenexperten Adolf Eichmann, zunächst kein Antisemit, aber gehorsamsbeflissener Subaltern-Bürokrat, der nun plötzlich unbegrenzte Macht über Menschen hatte. Mit erzwungener Hilfe der jüdischen Kultusgemeinde organisierte er ein durchrationalisiertes Verfahren *wie ein Fließband: auf der einen Seite kommt der Jude herein ... Er geht durch das ganze Gebäude hindurch, von Schalter zu Schalter, von Büro zu Büro, dann kommt er auf der anderen Seite heraus, ist aller seiner Rechte, seines Geldes und seines Kapitals beraubt. Nur einen Paß hat er.*[103] Mit abgepreßten Abgaben und Auslandsspenden mußten die Juden ihre Verjagung selbst finanzieren. Allein aus der Fluchtsteuer (seit 1931, 25 Prozent des Vermögens) strich das Reich bis 1941, überwiegend von Juden, 859 Mill. RM ein.

Manches Auswandererschiff irrte wochenlang von Hafen zu Hafen. Immer schwieriger wurde es, die für das Vorzeigegeld im Ausland benötigten Devisen aufzubringen und Aufnahmeländer zu finden. Auf einer von den USA einberufenen Konferenz in Evian im Juni 1938 erklärte sich fast jeder Staat wegen eigener Schwierigkeiten außerstande, den Ausgeplünderten Asyl und Arbeit zu gewähren. Für Palästina drosselte die Mandatsmacht Großbritannien unter arabischem Druck seit 1937 die Einwanderungsquoten und fing illegal Einreisende schon auf See ab. Bis Spätherbst 1938 emigrierten aus dem Altreich etwa 160 000 Juden, davon rund 44 000 nach Palästina und 27 000 in die USA, aus Österreich weitere 45 000.[104]

Jüdischer Exodus aus Deutschland

1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940–45
38 000	22 000	21 000	24 500	23 500	40 000	78 000	23 500

Auch um den Auswanderungsdruck zu verschärfen, begann im Herbst 1937 die bisher aus ökonomischen und außenpolitischen Rücksichten gebremste »Entjudung« der Wirtschaft. Um sich in der zunehmenden Konzentration Luft zu schaffen, forderten Kreise des mittelständischen Gewerbes, jüdische Konkurrenzbetriebe zu schließen. Anders die in der Rüstungskonjunktur an rascher und billiger Ausdehnung interessierten Konzerne. Sie wollten jüdische Unternehmen nicht schließen, sondern schlucken (»arisieren«). Dabei arbeiteten sie eng mit dem Staatsapparat zusammen. So regte der Flick-Konzern bei Görings Vierjahresplanamt eine Verordnung an, für jüdische Vermögen »arische« Treuhänder zu bestellen: Damit *wäre die Überführung jüdischer Betriebe und Anteile auch gegen den Willen ihrer Besitzer möglich.*[105] Jüdischen Firmen, die das 16-Millionen-Kapital des Hochofenwerkes Lübeck hielten, ließen Flicks Mitteldeutsche Stahlwerke über die Behörden Devisenverfahren und Rohstoffentzug androhen sowie Einfuhrlizenzen sperren, bis sie verkaufswillig wurden. Dank der so gedrückten Börsenkurse brachte Flick für nur 6,3 Mill. RM Aktien im Wert von 10,8 Mill. RM und damit die Lübecker Mehrheit an sich.[106]

Daß »Arisierung« nichts als Raub war, zeigte sich am unverhülltesten in der Bereicherungssucht der Partei und ihrer Bonzen. In Österreich setzten sich gleich nach dem Anschluß 25 000 fachlich meist unbedarfte Alte Kämpfer selbstherrlich als »Kommissare« in jüdische Geschäfte und powerten sie rücksichtslos aus. In Franken schanzte sich die NSDAP über 2 Mill. RM zu und nahm Gauleiter Streicher einem im KZ mürbe gemachten Juden Aktien im Nennwert von 112 500 RM für ganze 5600 RM ab. Eine Untersuchungskommission Görings stellte fest: *Wolf hatte . . . den Auftrag, die jüdischen Grundstückseigentümer in Nürnberg zu veranlassen, ihre Grundstücke der Gauleitung Franken zu etwa 10 Prozent des Einheitswertes zum Kaufe anzubieten. Alle Juden, die sich weigerten, . . . übergab Wolf den bei der parteiamtlichen Arisierungsstelle tätigen SA-Männern »zur weiteren Behandlung«.* Begreiflich, *daß die Juden nach dieser Behandlung stets zur Aufgabe des Kaufangebotes bereit waren.*[107]

Um selbst von der Beute zu profitieren, lenkte der Staat die anfangs spontane »Arisierung« stufenweise in eine bürokratisch geregelte um. Im April 1938 mußten die Juden ihre Betriebe und alles Vermögen über 5000 RM anmelden: im Altreich 5,2, in Österreich 2,3 Mrd. RM – wovon bis November schon 2 Mrd. »arisiert« waren.[108]

Jüdische Firmen[109]	Bestand im April 1938	davon im Frühjahr 1939 aufgelöst	»arisiert«	»in Arisierung«
in Deutschland	39 532	14 803	5 976	11 263
in Österreich	25 519	17 877	4 172	3 470

Den NS-Extremisten ging diese Art von »Lösung der Judenfrage« zu langsam und zu zahm voran. Um ihre SS-Konkurrenz in der Judenpolitik wieder auszustechen, suchten sie deren Abschiebe-Konzept zu durchkreuzen. Streichers »Stürmer« rief das Ausland auf, keine Juden mehr aufzunehmen. Vergeblich mühte sich der SD, schrille Töne zu dämpfen. Als neue Ausreise-Erschwernis wirkte, daß Juden nun die Zwangsvornamen *Sara* oder *Israel* führen und sich – auf Betreiben der Schweizer Polizei übrigens – ein *J* in ihre Pässe stempeln lassen mußten. Der Nürnberger Weihnachtsboykott 1937, für den der fränkische Einzelhandelsverband Streicher mit einer Spende dankte, war mit seinen Tätlichkeiten Ausdruck neuer Radikalität.
Als Warschau den im Reich lebenden polnischen Juden die Staatsangehörigkeit abzuerkennen drohte, ließ Heydrich in der Nacht vom 28./29. Oktober 1938 rund 17 000 von ihnen über die Grenze ins Niemandsland jagen – die erste Massendeportation. Um seine vertriebenen Eltern zu rächen, erschoß der 17jährige Herschel Grynszpan einen – daran unschuldigen – Beamten der deutschen Botschaft in Paris. Dieses Attentat spielte Scharfmacher Goebbels zum gesuchten Vorwand hoch, sich gegen die SS zum Vorreiter der Judenpolitik aufzuschwingen: Mit Billigung des im Hintergrund bleibenden Hitler entfesselte er den Pogrom des 9./10. November 1938, die »Reichskristallnacht«, wie bitterer Sarkasmus ob der scherbenübersäten Straßen diese Stunden der Schande nannte. Das Signal gab er am Abend des 9. der in München zum Putschgedenken versammelten Alten Garde mit einer geschickt mehrdeutigen Rede: *Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß . . . Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.* Alle verstanden ihn richtig, *daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte.*[110]
Sofort per Telefon und Fernschreiber alarmiert, wüteten nun allerorten, zum Teil bis zum 13., die nach Jahren wieder von der Leine gelassenen Schläger von Partei und SA, verhöhnten und mißhandelten Juden, ermordeten 91 und trieben Hunderte in den Tod, brannten 191 Synagogen nieder, verwüsteten 76 weitere sowie zahlreiche Gemeindehäuser und Friedhöfe, zerstörten 7500 Läden und 171 Wohnhäuser – dies alles wie die ermittelten 800 Plünderungen nur eine erste Bilanz.[111] Eine Augenzeugin: *Das nächste Fenster sinkt in Trümmer. Vor ihm stehen fünf Burschen . . . Sie rammen, sie stoßen, sie arbeiten wie Präzisionsmaschinen. Keiner gönnt den Umstehenden einen Blick. Weder Haß ist in ihren Gesichtern noch Empörung, weder Aufruhr noch Zorn. Sie führen nicht an, sie führen nur aus . . . Die Menge steht und schweigt.*[112]
Heydrich ließ 35 000 *insbesondere wohlhabende* Juden ins KZ bringen. Was ihnen trotz seines Mißhandlungsverbotes dort widerfuhr, schilderte einer der nach Sachsenhausen Eingelieferten: Bei der Ankunft *wurden wir von SS-Leuten mit Ohrfeigen, Fußtritten und Kolbenstößen empfangen . . . Ein riesiger SS-Mann schlug mit einem Ochsenziemer nach Kommando 25mal auf den Gefesselten. Dieser schrie und brüllte vor Schmerz, und das Blut spritzte nur so umher . . ., es wurden Salz und Pfeffer in die Wunden gestreut, und der Bewußtlose wurde fortgeschleppt. Wir haben ihn nie wiedergesehen.*[113] Wer durchstand, mußte sich teuer freikaufen und wurde zu sofortiger Auswanderung gezwungen.
Zwar hatte sich schon am Vortag der von Propaganda aufgeheizte Haß in vorprellenden Einzelaktionen selbstentzündet, zwar ließen sich mancherorts Teile der Bevölkerung mitreißen, insgesamt aber mißlang es den als Auslöser geplanten SA-Aus-

schreitungen, »kochende Volksseele« zu erzeugen. Ein Mitbetroffener beobachtete, *wie ablehnend die Bevölkerung solchen organisierten Aktionen gegenübersteht.*[114] Während die Amtskirchen schwiegen, suchten einzelne Geistliche ihre Gemeinden aufzurütteln: *Was hat uns und unserem Volk und unserer Kirche all das Predigen und Predigthören genützt, die ganzen Jahre und Jahrhunderte lang, als daß jetzt jedes der Zehn Gebote wie ein Hammer auf uns traf und uns niederschlug?* Und: *Lasset uns beten für die verfolgten nichtarischen Christen und für die Juden!*[115] Wenige nur wagten, Erschütterung und Empörung laut zu äußern, noch weniger, den Bedrängten zu helfen: *Eine kleine Näherin hat zwei jüdische Flüchtlinge bei sich aufgenommen. Sie wußte nicht einmal, woher sie kamen und wie sie hießen. In der Frankfurter Allee haben Arbeiter den jüdischen Geschäftsinhabern die über die Straße verstreuten Waren zurückgebracht. Sie sprachen kein Wort, sie rückten nur verlegen an ihren Mützen.*[116]

Auf die Ablehnung im Innern und die scharfe Kritik des Auslandes hin blies Goebbels den Pogrom vorzeitig ab. Auch machtpolitisch kam er gegen seine zunächst überrumpelten Rivalen nicht zum Ziel. Himmler, dem solch wilde Aktionen als Störung seines bürokratischen Terrors zuwider waren, verbot der SS jede Beteiligung – nicht überall mehr rechtzeitig und durchgreifend genug. Göring, als Vierjahresplan-Chef aufgebracht über den Sachschaden – laut Heydrich mehrere hundert Millionen Mark –, kanzelte Goebbels ab: *Diese Demonstrationen habe ich satt. Sie schädigen nicht den Juden, sondern schließlich mich . . . Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.*[117] Hitler deckte seinen Propagandaminister gegen Palastintrigen. Doch den Auftrag, *die Judenfrage jetzt . . . so oder so zur Erledigung zu bringen,*[118] gab er nicht ihm, sondern Göring.

Nun hagelten Verordnungen auf die Juden nieder: Sie mußten als kollektive *Sühne* eine Milliarde Mark zahlen, die Schäden auf ihre Kosten beheben und obendrein die Versicherungsleistungen an das Reich abtreten. Göring: *Das wird hinhauen . . . ich möchte kein Jude in Deutschland sein.*[119] Immer neue Schikanen schnürten ihr Leben ein:

- Sie wurden aus »arischen« Bildungs-, Kultur- und Unterhaltungsstätten vollends ausgeschlossen, durften mit »Judenbann« belegte Sperrbezirke nicht betreten, zu bestimmten Zeiten nicht ausgehen, keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen.
- Es war ihnen verboten, Bücher und Zeitungen zu kaufen, Haustiere zu halten, Autos oder Motorräder zu besitzen.
- Man entzog ihnen Tabak, Eier, Milch, Fleisch, Kleiderkarten.
- Sie verloren den Mieterschutz und wurden in »Judenhäusern« kaserniert.
- Ende 1938 wurde ihnen untersagt, Handelsgeschäfte und selbständige Handwerke zu betreiben, an Märkten und Messen teilzunehmen, Betriebe zu leiten.
- Ihre Wertpapiere hatten sie in Zwangsdepots einzulegen, ihre Unternehmen, Beteiligungen und Grundstücke, ihre Kunstschätze, Juwelen und Edelmetalle zu Spottpreisen zu verschleudern.
- Nach und nach waren Radios, Schallplatten, Schreibmaschinen, Fahrräder, Kameras, elektrische und optische Geräte, Pelz- und Wollsachen usw. abzuliefern.

Nach dem Pogrom konnte die SS ihre Abschiebe-Politik nicht nur fortsetzen, sondern über Österreich hinaus auf das ganze Reich und das Protektorat ausweiten. Wie in Wien baute Heydrich nun in Berlin eine »Reichszentrale für die jüdische Auswanderung« auf, geleitet bald von Eichmann. Mit Hilfe der Reichsvereinigung der Juden



Reichsminister Dr. Goebbels gibt bekannt:
„Die berechtigte und verständliche Empörung des Deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.
Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bezw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“

Volksgenossen! Volksgenossinnen!
Auch bei uns in München hat das Weltjudentum die ihm gebührende Antwort erhalten!

Die Synagoge ist abgebrannt!

Die jüdischen Geschäfte sind geschlossen!

Die frechgewordenen Juden sind verhaftet!

und zionistischer Organe wurden bis zum Auswanderungsverbot vom 23. Oktober 1941 noch rund 140 000 Juden aus dem Altreich, 100 000 aus Österreich und etwa 35 000 aus Böhmen und Mähren ausgeschleust.[120]
Ausschaltung und Auswanderung veränderten die Sozialstruktur der deutschen Juden völlig. Zählte 1933 jeder zehnte über 65 Jahre, so 1939 jeder zweite. 1933 waren 48,1 Prozent berufstätig, 1939 noch 14,5 Prozent.

Verdrängung der deutschen Juden von Arbeitsplätzen

	Selbständige	Angestellte	Arbeiter	Ohne Erwerb	Industrie Handwerk	Handel Verkehr	Dienstleistungen
1933	111 439	80 935	23 958	61 229	55 947	148 375	33 455
1939	5 367	8 152	19 446	107 855	11 500	6 500	13 100

Was den Juden nun zugedacht war, drohte die NS-Führung öffentlich an. Das »Schwarze Korps« schrieb am 24. November 1938 von *der harten Notwendigkeit, die jüdische Unterwelt genau so auszurotten, wie wir in unserem Ordnungsstaat Verbrecher eben auszurotten pflegen: mit Feuer und Schwert. Das Ergebnis wäre das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung*. Hitler am 30. Januar 1939 vor dem Reichstag, über Funk und Presse vor dem Volk: *Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!*[121]

Justiz und Juristen wünschte Hitler *auf dem Schindanger begraben.*[122] Doch die NS-Diktatur konnte auf Recht nicht verzichten: Herrschaft in einer Industriegesellschaft braucht Regeln; Staatsverbrechen werden williger verübt und geduldet, wenn sie »rechtmäßig« erscheinen. Das Dritte Reich war weder Rechtsstaat noch totales Willkürregime, vielmehr ein »Doppelstaat« (Fraenkel)[123]:
- »Maßnahmestaat« rechtsfreien Handelns nur nach Führerwillen,
- »Normenstaat« herkömmlicher Rechtsanwendung.

Der »Maßnahmestaat« durchbrach den »Normenstaat« in einzelnen Fällen (Röhm-Morde S. 57) und Bereichen (»Schutzhaft« S. 74 f.), und er zersetzte ihn von innen. Auch um die »Maßnahmen« einzudämmen und ihren eigenen Vorrang vor der Polizei wiederherzustellen, beschnitt die Justiz von sich aus das Recht für die Zwecke der Macht. Sie feilte an einem neuen NS-Recht mit zwar unendlich aufgeweichten, letztlich aber doch begrenzenden Normen. Dazu ein Beispiel[124]:

»Heimtücke«-Gesetz: *Wer öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft.*

Gestapo-Maxime: *Jeder Versuch, eine andere politische Auffassung durchzusetzen oder auch nur aufrechtzuerhalten, wird als Krankheitserscheinung . . . ohne Rücksicht auf das subjektive Wollen seiner Träger ausgemerzt.*

Doch ein komplettes NS-Gesetzbuch kam nie zustande. Weithin blieb das vorgefundene Recht in Kraft – durchlöchert indes von NS-Einzelgesetzen, geminderten Prozeßrechten und Rechtsmitteln, schärferen Strafmaßen und NS-Auslegung: *Recht ist, was dem Volke nützt.* Grundrechte waren beseitigt (S. 21). Sondernormen, vor allem für die »Bewegung« und gegen die Juden, zerstörten die Gleichheit vor dem Gesetz. Den Rechtsstaats-Eckpfeiler »Keine Strafe ohne Gesetz« sprengte der neue § 2 StGB weg: Zu ahnden war nicht mehr nur, was *das Gesetz für strafbar erklärt,* sondern nun auch, was – obwohl nicht strafbar – *nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient.* Paßte kein Paragraph, *so wird die Tat nach dem Gesetz bestraft, dessen Grundgedanke auf sie am besten zutrifft.*[125]
Was empfand das »Volk« als »gesund«? Justizstaatssekretär Freisler: *Der Richter hat in erster Linie die autoritativen Willenskundgebungen des Führers . . . als Ausdruck des gesunden Volksempfindens anzuschauen.* »Reichsrechtsführer« Frank: *Grundlage der Auslegung aller Rechtsquellen ist die nationalsozialistische Weltanschauung, . . . insbesondere in dem Parteiprogramm und den Äußerungen unseres Führers . . . Gegenüber Führerentscheidungen, die in die Form eines Gesetzes oder einer Verordnung gekleidet sind, steht dem Richter kein Prüfungsrecht zu. Auch an sonstige Entscheidungen des Führers ist der Richter gebunden, sofern in ihnen der Wille, Recht zu setzen, unzweideutig zum Ausdruck kommt.*[126]
Der Rechtsstaats-Verfall wurde zum *erntesten Punkt* für die Abkehr mancher Konservativer vom einst begrüßten Dritten Reich. Carl Goerdeler, einer der frühesten und führenden der Oberschicht-Opposition, kritisierte 1937: *Aber wenn . . . jeder der vielen tausend Richter nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht hat, das Recht NS auszulegen, und wenn . . . niemand weiß, was NS ist, dann kann man sich vorstellen, welche Rechtsunsicherheit Platz greifen muß . . . Hier sind der Entwick-*

lung des Rechtsbewußtseins in Volk und Richter alle Richtungsweiser genommen. Dies ist ein Kennzeichen des NS, daß er je nach dem Zweck und der Situation ... alles oder nichts erlaubt und alles oder nichts verbietet.[127]

Zum Widerstand aber waren die wenigsten Juristen gerüstet. Befangen in sozialen Vorurteilen und autoritärer Denkart, erzogen zu unkritischem Vertrauen in die Obrigkeit, stellten viele Staatsinteresse vor Recht, da *die Justiz nicht verneinen könne, was der Staat als politische Handlung vornehme.*[128] Denen, die jedes Gesetz ungeachtet seines Inhaltes schon für Recht hielten, allein weil es vom Staate kam (Positivisten), lag die Einsicht fern, daß auch Gesetze Unrecht sein können. Sie dienten der Diktatur – zunächst mehr passiv und im allgemeinen um Wahrung der juristischen Form bemüht, viele jedoch eifrig, besonders bei der Judenverfolgung, ohne oder gegen das Gesetz im Sinne der NSDAP.
Da *es nicht angeht, daß Erscheinungen, welche die Partei als das Gewissen der Nation aufs Schärfste verurteilt, rechtlicher Schutz und Bestand verliehen wird,* wies ein Amtsgericht einen Juden ab, der von einem »Arier« den Kaufpreis für eine Kuh einklagte: Da Handel mit Juden *dem herrschenden Volksbewußtsein widersprach,* verstoße das Geschäft *gegen die guten Sitten* und sei daher *nichtig.* Ein Landgericht entzog einer »arischen« Frau das Sorgerecht für ihre Kinder, weil sie einen Juden liebte: *Schon das reiche aus, die Kinder mit Mißtrauen gegen die elterliche Autorität ihrer Mutter zu erfüllen.* Ihre *schamlose Gesinnung* mache sie *nicht würdig und nicht fähig, deutsche Kinder zu deutschen Menschen zu erziehen.* Ein NSDAP-Hoheitsträger beschimpfte einen Bekenntnispfarrer: Ein Amtsgericht bescheinigte ihm, daß *der Beleidigung die Rechtswidrigkeit fehlt* und er *in Wahrnehmung berechtigter Interessen* gehandelt habe.[129]
Manches auf den ersten Blick NS-stramme Urteil erweist sich bei näherem Hinsehen als mehrschichtig. Das Reichsgericht, insgesamt willfährig und überscharf, befand 1934: *Nach dem Willen des Staates tritt die Hitlerjugend als zumindest gleichwertige Erziehungseinrichtung neben die Eltern ... Durch die Führer der Hitlerjugend soll die gesamte Lebensführung der deutschen Jugendlichen im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung beeinflußt und die Jugend im Geiste des neuen Staates erzogen werden.* Worum ging es? Ein HJ-Führer konnte wegen Unzucht mit Pimpfen laut StGB nur bestraft werden, wenn die Minderjährigen seiner Erziehung anvertraut waren. Indem das Gericht ihn als Erzieher und die HJ als *Erziehungseinrichtung* betrachtete, konnte es ihn verurteilen, war also insoweit nicht NS-parteilich. Aber mußten die Richter den Totalitätsanspruch der damals noch nicht verbindlichen HJ so weit mehr als geboten betonen?[130]
An Recht und Gesetz hielt sich ein Oberverwaltungsgericht: *Eine unterschiedliche Behandlung von Gewerbetreibenden nach ihrer Rasse ist der Reichsgewerbeordnung fremd.* Und: *Allein aus den Tatsachen, daß jemand Jude ist und früher Mitglied der SPD war, ist noch nicht auf politische Unzuverlässigkeit zu schließen.* Gegen das Verbot, Juden zu vertreten, protestierte ein Anwalt: *Es muß Recht und Pflicht eines deutschen Rechtsanwaltes bleiben, den in Rechtsnot geratenen Staatsangehörigen ... unentgeltlich mit Rat und Betreuung zu helfen.*[131]
Am härtesten urteilten nicht immer überzeugte NS-Anhänger, sondern – vor allem in den mehr mit karriere-ehrgeizigen Jungjuristen besetzten unteren Instanzen – »unpolitische« Richter, *gefügige, gehorsame Juristen guter bis bester beruflicher Qualifikation, ... durchweg im Privatleben manierliche Leute.*[132]

Daß die Richter formal unabhängig blieben, nur Gesetz und Gewissen unterworfen, besagte nichts, wo Gesetze Unrecht und Gewissen von innen und außen gleichgeschaltet waren. Ungenehme Urteile wurden korrigiert durch politische Eingriffe – z. B. in Prozessen gegen KZ-Täter – und die Gestapo, die als »zweite Justiz« zu mild Abgeurteilte ins KZ einlieferte, weshalb einige Richter möglichst hohe Strafen verhängten, um Angeklagte in Justiz-Haftanstalten zu bringen und sie so vor dem KZ zu bewahren. Rechtstreuen Richtern drohte kaum je Härteres als Versetzung, Beförderungsverzug oder -stopp, äußerstenfalls Pensionierung – Nachteile, die in keinem Verhältnis zu dem ihnen Zugemuteten standen.
Wenn die Führung sich auch, alles in allem, der vorhandenen, oberflächlich gesäuberten Justiz bedienen konnte, so schuf sie für die wichtigsten politischen Delikte doch – rechtswidrige – politische Ausnahmetribunale: die »Sondergerichte« bei den Oberlandesgerichten. Sie entschieden die ihnen vom weisungsgebundenen Staatsanwalt zugeteilten Fälle in so verkürztem Verfahren, daß die Beschuldigten ihre Verteidigung so gut wie nicht vorbereiten konnten. Ihr Spruch war unanfechtbar. *Zur Aburteilung von Hochverrats- und Landesverratssachen* wurde 1934 der »Volksgerichtshof« gebildet. Seine von Hitler ernannten Berufs- und Laienrichter, alle NS-ergeben, verhandelten *in erster und letzter Instanz . . . Gegen die Entscheidungen des Volksgerichtshofes ist kein Rechtsmittel zulässig.* Wie die »Sondergerichte« war er ein Instrument des »Maßnahmestaates«: *Seine Aufgabe ist nicht die, Recht zu sprechen, sondern die, die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten.*[133]

Widerstand: Parteien in Exil und Untergrund

Bis Kriegsbeginn flohen 270 000 bis 300 000 Deutsche. Die Mehrzahl, vor allem der heimatvertriebenen Juden (S. 84), löste sich von Deutschland und verwurzelte nach oft aufreibendem Neuanfang in einer neuen Heimat, der sie kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung brachte.[134] Politische Emigranten dagegen lebten mit dem Gesicht nach Deutschland. Ihr Ziel war die Rückkehr, ihre Aufgabe
- den Widerstand im Reich zu unterstützen und voranzutreiben,
- in »Wahrheitsoffensiven« die Welt aufzuklären und zu gewinnen,
- Programme für die Neuordnung nach Hitlers Sturz vorzubereiten.

Nie gab es ein deutsches Exilparlament noch eine Exilregierung. Verschwörer im Reich, z. B. Goerdeler, verwarfen Pläne dafür als wirkungslos. Die Emigration blieb zu sehr gespalten in ihre Weimarer Fronten.[135] Neben wenigen Liberalen, Konservativen und NSDAP-Abweichlern (»Schwarze Front« Otto Strassers) überwogen unter den politisch Aktiven Intellektuelle und Politiker der Linken: Ende 1935 an die 2000 Pazifisten, 5000 bis 6000 Sozialdemokraten (3000 im Exil organisiert) und 6000 bis 8000 Kommunisten.[136]

Als Versuch einer Sammlung gründeten bürgerliche Exilpolitiker um den früheren Reichsbeauftragten zur NS-Bekämpfung Spiecker (Zentrum) und den Bankier Weber (DDP-Fraktionsvorsteher im Reichstag) Anfang 1937 in London die »Deutsche Freiheitspartei«. Sie forderte *Freiheit nach außen, aber auch im Innern . . ., eine Demokratie der eisernen Selbstbehauptung, der Manneszucht, der nationalen Diszi-*

plin, der sozialen Gerechtigkeit und des gerechten Friedens.[137] Ihre »Freiheitsbriefe« fanden Beachtung auch im Reich, doch nicht weit über liberal-konservative Kreise hinaus. 33 ihrer Anhänger wurden 1939 verurteilt.

Die KPD-Führung leugnete lange die Niederlage. Immer noch prangerte sie die SPD als *Sozialfaschisten* an, nach den Röhm-Morden gar als *Handlanger der Reichswehrgeneräle, der SS, der Bischöfe,* als *Bankrotteure, die . . . vor Papen und Hitler auf den Knien rutschten.*[138] Unbeirrt beschwor sie *eine unbesiegte Arbeiterklasse, die zwar vorübergehend zurückwich, aber sich wieder zum Angriff sammelt,* ja: *an diesem Granitfelsen zerschellten alle faschistischen Wogen.*[139] Unterdes rollte die Gestapo Gruppe um Gruppe auf, ermordete bis Mitte 1935 von 422 Spitzenfunktionären 24, kerkerte 219 ein, hob im Herbst 1934 Hamburgs KP mit noch 3000 von einst 58 000 Organisierten zum vierten Male aus. Es waren, so die Gestapo, Menschen, die *bereit sind, alles, aber auch alles für ihre Idee zu tun,* auch *lieber Selbstmord zu begehen, als Aussagen zu machen.*[140] Tausende Gläubig-Disziplinierter verheizte der KP-Apparat in nutzlosen »KPD-lebt«-Demonstrationen. Gegen die wirklichkeitsblinde Parteilinie begehrten Illegale auf: *Für das Geseiche legt keiner von uns den Kopf auf den Block.*[141]
Doch erst als die Sowjetunion nach Verbündeten für ihre Sicherheit zu suchen begann (S. 44), konnte eine Minderheit im KPD-ZK um Pieck und Ulbricht einen Kurswechsel durchsetzen. Anfang 1935 gab die Führung die *Schwäche unserer Parteiarbeit* zu und kritisierte *eine sektiererische Einstellung auf allen Gebieten der Massenarbeit, vor allem in der Einheitsfrontpolitik,* und die *Spekulation auf ein Abwirtschaften des Faschismus, auf eine spontane Entwicklung der Massenbewegung.* Die verhießene *kühne Wendung* kam mit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Sommer und der »Brüsseler« KPD-Parteikonferenz (bei Moskau) im Oktober 1935. Als *ernste Verfehlungen* geißelte der neue ZK-Vorsitzende Pieck *unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen,* und *daß die Partei keine klare Vorstellung über die konkrete Lage hatte.* Die Konferenz beschloß als *neue taktische Orientierung:*

- *Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen* für die *täglichen Interessen der werktätigen Massen* (Taktik *des trojanischen Pferdes),*
- *Aktionseinheit* mit der SPD, *proletarische Einheitsfront* nun auch von oben zum *Kampf um die Verbesserung* der *Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen die faschistische Unterdrückung,*
- später *Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei,* die die *Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjets anerkennt* und nach dem *demokratischen Zentralismus aufgebaut ist* (also eine KP wäre),
- *Vereinigung aller Gegner des faschistischen Regimes,* auch bürgerlicher Demokraten, zur *antifaschistischen Volksfront* für *Freiheit, Frieden und Brot* im Geiste der *Freiheitstraditionen der Revolution von 1848* und, für Nationale, gegen das *Versailler Diktat* für die Grenzen von 1914.[142]

Auf diesem – von der »Berner« Konferenz (Anfang 1939 bei Paris) noch mehr auf Demokratie zugeschnittenen – Einheits- und Volksfront-Konzept bauten nach 1945 SED-Gründung und »antifaschistisch-demokratische Ordnung« in der damaligen deutschen Sowjetzone auf. Aber zur Plattform für das angezielte große Bündnis aller NS-Gegner konnte es nie werden.

Hörbares Echo fand es nur in der Pariser Emigration. Dort wirkte Münzenberg – Komintern-Westpropagandist, in der Weimarer Republik Herr eines KP-Meinungskonzerns, aber nie ein Mann des Apparates – als wohl fähigster Propaganda-Gegenspieler von Goebbels (Braunbücher und Gegenprozeß zum Reichstagsbrand, Freiheitsbibliothek gegen NS-Bücherscheiterhaufen, Liga gegen Krieg und Faschismus). Dank seiner engen Beziehungen zu Nichtkommunisten sammelte er Anfang 1936 namhafte Politiker, Schriftsteller und Journalisten des Exils, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Ungebundene, in einem Volksfrontkomitee. Es rief auf zur Einigkeit *für ein Deutschland der Freiheit und des Friedens, der Gesittung, der Reinlichkeit und des Rechts und einer starken, selbstbewußten, gegen den Mißbrauch durch übermächtige wirtschaftliche Kräfte gesicherten und energischen Demokratie der Arbeitenden in Stadt und Land.* Im Konkreten indes erwiesen sich die politischen Ideen als unvereinbar. Bei *jedem wichtigeren Punkt zeigte sich* die *Tendenz, ihn entweder ganz zu übergehen, oder in vage, vieldeutige, darum nichtssagende und zwecklose Schablonen-Formulierung auszuweichen.*[143] Liberale, Mitglieder der SPD und kleinerer Linkskreise, müde des Streites mit Kommunisten, schieden wieder aus. 1938 brach das Komitee vollends auseinander, nachdem Münzenberg sich von der KPD, nicht vom Kommunismus, getrennt hatte. 1940 fand man ihn, von Unbekannten ermordet.
Die einzige bedeutende Aktionseinheit kam zur Saarabstimmung zustande (S. 136), aber – wie auch die meisten lokalen Vereinbarungen im Untergrund – vor der offiziellen Wende und mehr aus praktischer Not als ideologischem Einklang erwachsen. Viele Anläufe scheiterten an der zwiespältigen Taktik, dem unverhohlenen Alleinherrschaftsanspruch des allmählich von der Ulbricht-Gruppe regierten KP-Apparates.
Bei allem Mißtrauen stark war der Einheitswunsch auch in der SPD. 1935 bildeten innerdeutsche Sozialdemokraten um Brill, Brass, Urban eine »Deutsche Volksfront«. Als Basis für Arbeitereinheit und Bündnis mit bürgerlichen Demokraten setzte sie Ende 1936 ein 10-Punkte-Programm in Umlauf, dessen Forderungen von *Recht und Gerechtigkeit für alle* bis zur *Einziehung des Großgrundbesitzes* und *Verstaatlichung der Banken, der Schwerindustrie* reichten.[144] Sie verzichtete auf Zusammenarbeit mit der KPD und, nach kühler Abfuhr durch den SPD-Exilvorstand, mit Emigranten überhaupt. Ihr Partner wurde »Neu Beginnen« (S. 47 f.). Das Ende 1938/39: Verhaftungen, Zuchthaus.
Trotz teils weitgehender ideologischer Annäherung und trotz Forderung nach Einheitspartei lehnten die Splittergruppen links von der SPD die Angebote der als bürokratisch-autoritär kritisierten KPD ab. Die Stalinschen Säuberungsprozesse, der kommunistische Terror gegen die Republikaner im Spanischen Bürgerkrieg, dann der Hitler-Stalin-Pakt (S. 174) vertieften die Kluft weiter.

Aus dem Untergrund drängten Mitglieder die Exil-SPD (Sopade): *Tut aber auch alles, um die Gruppen auf eine einheitliche Aktionslinie zu bringen, auch mit SAP und KP, soweit letztere nicht parteiegoistisch eingestellt ist.*[145] Doch ein Gipfeltreffen von Ulbricht und Dahlem (KPD) mit Stampfer und Vogel (Sopade) in Prag im November 1935 endete ohne Einigung. Die SPD sagte dem KP-Ziel der Diktatur des Proletariats ab, bezweifelte nach allen Erfahrungen die Aufrichtigkeit der Einheitsfront-Parole und war zu einem Zusammengehen nur von Fall zu Fall bereit, sofern die KPD fortan auf Polemik verzichte – was diese verweigerte.

KP-näher war Sopade in ihrem Prager Manifest vom Januar 1934 gewesen, als sie *eine starke revolutionäre Regierung, getragen von der revolutionären Massenpartei der Arbeiterschaft*, sowie *Zerschlagung des alten politischen Apparates* und *entschädigungslose Enteignung* von Großgrundbesitz und Großwirtschaft forderte. *Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des freien Staatswesens.* Sie bekannte sich zu einer *Front aller antifaschistischen Schichten* und zu *ihrer Mission . . ., die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinen.* Denn: *Die Gründe der Spaltung werden nichtig.*[146]

Solche damaligem Klima angepaßten radikalen Worte halfen dem Sopade-Vorstand, seinen im In- und Ausland anfangs vielfach bestrittenen Führungsanspruch wieder zu festigen. Obwohl nur als Auslandsvertretung bestallt, empfand er sich als Treuhand-Leitung der Gesamtpartei, weshalb er sich weder Wahl noch Willensbildung noch Kontrolle durch Exilmitglieder unterwarf. Ab Herbst 1934 konnte seine Rechts-Mitte-Mehrheit ihren linken Kritikern, die ebenfalls kein förmliches Mandat hatten, Zuschüsse sperren und deren Führer, wie Aufhäuser, aus dem Vorstand ausbooten. Die Mehrheit kehrte zum Reformismus zurück.[147]

In leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über Ziele und Aufgaben der SPD schälten sich allmählich mehrere Richtungen heraus:

1. *Demokratischer Sozialismus* der Mehrheit: Der *Befreiungskampf* gehe um Grundrechte, Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, nicht um Sozialismus, um *Freiheit des ganzen Volkes*, nicht um Arbeitermacht. Nur das Ideal der *Freiheit* könne *alle Klassen und Schichten, abgesehen von einer Oberschicht*, zusammenführen; *alle anderen Fragen sind dahinter Fragen minderen Ranges.*[148]



muß, wenn man auch nur dem Äußeren nach als ein Gentleman angesehen werden will. Sie werden in der englischen Romanliteratur häufig Hinweise auf die Kunst des Selbstrasierens finden.

Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ein Jahr lang lastet die nationalsozialistische Diktatur über Deutschland, über der Welt. Grundstürzend hat der Sieg der deutschen Gegenrevolution das Wesen und die Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung geändert. Der Knechtschaft und Gesetzlosigkeit preisgegeben ist das Volk im totalen faschistischen Staat. Im revolutionären Kampf die Knechtschaft durch das Recht der Freiheit, die Gesetzlosigkeit durch die Ordnung des Sozialismus zu überwinden, ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung.

I. Die Bedingungen des revolutionären Kampfes. Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es kein Kompromiß, ist für Reformismus und Legalität

Tarnausgabe des Prager Manifestes der SPD

2. *Volkssozialismus* Konservativer: Die SPD habe vom Denken *des Nurklassenkampfes loszukommen,* sich der *nationalen Gefühlswelt* zu öffnen. Gegen ihre *liberalen Verirrungen* solle sie *im Geiste des gotischen Menschen* um *Überwindung der gesellschaftlichen Zerrissenheit* ringen. Der *Kampf um die Seele der Nation* hin zur *nationalen Werkgemeinschaft* fordere den Bund mit rechten NS-Gegnern.[149]
3. *Arbeitersozialismus* linker Radikaldemokraten: Der *Kampf um das Schicksal der Nation* müsse *als Klassenkampf geführt werden.* Eine *demokratische Revolution* könne siegen *nur unter Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung.* Formaldemokratie genüge nicht. *Bedingungen der Demokratie* seien *Brechung der politischen und ökonomischen Bastionen der Reaktion* und *Selbsttätigkeit der Massen* mit *Selbstverwaltung,* damit *kein Gebiet von der Demokratisierung ausgenommen bleibt.*[150]

Die erhoffte Volksrevolution in Deutschland blieb aus. Mochte Unzufriedenheit zeitweise noch so gären, gegen die Gewalt von Polizei und Propaganda kam es auch nicht in Ansätzen zu Massenbewegungen (wie 1917/18). Ebensowenig gab es Guerilla-Terrorismus: Weder detonierten Bomben (wie bei den Landvolkunruhen 1928/29) noch wurden vor dem Kriege Attentate auf NS-Führer verübt. Außer in Notwehrfällen (wie Schüssen illegaler Kuriere auf Grenzer) war der Widerstand von unten gewaltfrei. Gewerkschafter Leuschner: *Wir sind Gefangene in einem großen Zuchthaus. Zu rebellieren wäre . . . Selbstmord.*[151]
Bei allem Mut und aller Opferbereitschaft: Junge Draufgänger bestimmten nicht den Untergrund. Nach ausgewerteten Prozeßakten gehörten sozialistischen Gruppen meist 30- bis 40jährige Familienväter in geordneten Verhältnissen an, überwiegend Arbeiter mit einem gewissen Aufstieg nach Volksschulabschluß, langjährige disziplingeübte Mitglieder und untere Funktionäre von Gewerkschaften, Parteien und deren Wehrverbänden,[152] politisch bewußte Menschen.
Als *wirksamste illegale Arbeit,* weitverbreitet, kaum zu packen, sah die Gestapo die *Flüsterpropaganda im großen* an: *Dadurch, daß viele ehemalige Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre heute als Vertreter und Reisende tätig sind, werden solche Parolen usw. verhältnismäßig rasch auch in die entferntesten Teile des Reiches getragen.*[153] Gegenagitation von Mund zu Mund, mit Flugblättern und Untergrundzeitungen, konnte gewiß ab und zu NS-Anhänger verwirren, Zweifel nähren und vor allem Widerstandswillen bei Gegnern stärken. Die von den Überwachungsapparaten ständig beklagten Mißstimmungen indes waren weniger durch »Hetze« erzeugt als durch die Mißlichkeit der Zustände: *Die Menschen machen in den Betrieben . . . so schlechte Erfahrungen, sei es in bezug auf die Behandlung durch den Betriebsführer, sei es auch durch die Entlohnung, daß sie dafür die neuen Verhältnisse verantwortlich machen und sich nunmehr aus Opposition der KPD erneut zuwenden.*[155]

Von der Gestapo erfaßte linke *Hetzschriften*[154]	1934	1935	1936	1937
	1 238 202	1 670 300	1 643 200	927 430

Wirksam wurden auch spontane, meist durch offenbare Nöte ausgelöste Aktionen, die über die Bewußten hinaus Teile der – vielfach als mehrheitlich *passiv ablehnend zum Regime* beschriebenen[156] – anderen Arbeiter aktivierten und sie die Kraft der Solidarität erleben ließen: *Wenn z. B. in den Arbeitskolonnen . . . ehemals gewerkschaftlich oder politisch Organisierte in der Überzahl sind, dann wird dem einen oder den zwei Nazis . . . das Leben so schwer wie möglich gemacht . . . Dieses Ver-*



Aus einer illegalen KPD-Zeitung 1935

fahren, den politisch Mißliebigen zu einem schlechten Arbeiter zu stempeln, ist sehr wirksam und ungefährlich. In einer Kieler Werft meldete ein NS-Eiferer jeden, der nicht »Heil Hitler« grüßte: *Ob sie den Denunzianten am Arbeitsplatz, im Werkzeugmagazin, beim Frühstück oder auf dem Abort trafen, immer brüllten ihm die Werftarbeiter verabredungsgemäß »Heil Hitler!« zu,* bis es ihm *bald zuviel wurde und er begann, ihn vielfach überhaupt nicht zu erwidern . . . Spitzfindig fragten ihn seine Kollegen, ob er denn nun nicht mehr an Hitler glaube oder ob er in der Opposition stehe. Durch diese Methode gelang es, den verfluchten Hitlergruß in dieser Werksabteilung abzuschaffen.* Als auf Anzeige eines Pg. ein KP-Arbeiter verhaftet wurde, *mobilisierten andere Genossen der KPD die Arbeiter* seiner Abteilung. Sie *entwendeten ihm das Werkzeug, ließen »aus Versehen« Eisen fallen, schoben ihm die Verantwortung für Ausschuß zu u. a. m. Der Nazi ging nach einigen Tagen zur Polizei und erklärte,* er habe seine Angaben *nur aus persönlicher Rache gemacht. Der Genosse wurde kurz darauf aus der Haft entlassen.*[157]
Die Freigabe von 50 verhafteten Kollegen erzwangen Wanne-Eickeler Bergleute 1936 mit einem 24stündigen Proteststreik. Das Wirtschaftsministerium verzeichnete, daß *1936 ein größeres Anwachsen von Streiks oder streikähnlichen Arbeitsaussetzungen stattgefunden habe als 1935 und 1934,* und 1937 war es laut Gestapo ein

erheblicher Umfang von kleinen Streiks[158], meist spontan und auf einen Betrieb oder eine Abteilung begrenzt. Den Ausstand vom Juni 1936 gegen Lohnabbau bei Opel/Rüsselsheim (37 Verhaftete, 262 fristlos Gekündigte) nahm die Gestapo zum Anlaß, in Betrieben *ein Netz von Vertrauensleuten* und *eine Kartei aller politisch unzuverlässigen Arbeitsgefolgschaftsmitglieder aufzubauen,* um künftig gezielt nur *Rädelsführer* herauszugreifen. Denn: *Die Festnahme aller am Streik Beteiligten . . . gibt ihm oft erst eine erhebliche politische Bedeutung . . . und fördert den Solidaritätsgeist der übrigen Belegschaftsmitglieder.*[159] An die Stelle nun riskanterer Streiks trat zunehmend die freilich schwierigere »Arbeite-langsam«-Taktik.

Anfangs suchten NS-Gegner durch Nicht-Mitmachen aufmunternde Beispiele der Ablehnung zu geben. Ein Gewerkschafts-Flugblatt empfahl: *Mache selber im Betrieb keine unnötigen Konzessionen. Im Fall von »freiwilligen« Spenden berufe dich auf die Freiwilligkeit . . . In mehr Fällen, als viele zunächst denken, kannst du es abschlagen, an Versammlungen und Demonstrationen teilzunehmen . . . Du bekommst rasch Nachahmer und sorgst so dafür, daß die wirkliche Stimmung der Arbeiterschaft zu Tage tritt . . . Wer nicht flaggt, nicht spendet, eine vorübergehende Fahne nicht grüßt, der hilft die Bahn frei machen für eine freimütige Meinungsäußerung. (Beachte aber: Wer Fahnen nicht grüßt, wer nicht spendet, kann immer noch ein Spitzel sein!) – Wer sich nicht duckt, zu dem finden sich andere, die sich auch nicht ducken wollen.*[160]

Aber Verweigerung war nicht nur gewagt, sie versperrte auch die Chance, in NS-Einrichtungen selbst einzudringen und von dieser legalen Basis aus tätig zu werden. Bald gaben Illegale den Boykott auf: *Wer sollte uns wohl hindern können, wenn wir uns – gestützt auf geeignete Paragraphen der heutigen Arbeitsgesetzgebung und unter Berufung auf die Versprechen der Naziführer – mit unseren Forderungen an den Vertrauensrat, an die Betriebsobleute, an die Amts- und Jugendwalter wenden und damit auf die Erfüllung dieser Versprechungen dringen? . . . Wir müssen . . . jede legale Möglichkeit zur Mobilisierung aller Kollegen, einschließlich der nationalsozialistischen, ausnutzen.* Unter NS-Maske ließ sich fast nur um nach außen hin gewerkschaftliche Ziele kämpfen, gegen Lohnkürzung, Beitrags- und Spendenunwesen, für bessere Arbeitsbedingungen, in der Rüstungskonjunktur auch für höhere Löhne. Ein Großbetrieb in Sachsen z. B. maß Arbeitszeiten mit Stoppuhren, um das Produktionstempo zu steigern: *Der Betriebsobmann . . . wandte sich an die DAF, weil . . . die Empörung im Betrieb allgemein war. Es erschien sogleich ein höherer DAF-Beamter, der eine Ansprache hielt. Die Arbeiter hätten das Recht, sich zu wehren, wenn sie in ihrer Arbeiterehre gekränkt würden . . . Zum Schluß versprach er den Arbeitern, daß das Stoppsystem abgeschafft werde.* Mit dem Argument *»In diesem Schuppen hänge ich meinen Führer nicht auf«, womit er das Aufhängen eines Hitlerbildes meinte,* erreichte ein NS-gegnerischer Vertrauensmann auf einer Baustelle, *daß die Baubude in einen ordnungsgemäßen Zustand versetzt* wurde. *Manche Antifaschisten haben das Verhalten ihres antifaschistischen Kollegen nicht begriffen. Sie sagen: »Der wechselt schon noch zu den Nazis.«*[161] Wieweit durfte ein NS-Gegner in einer Funktion sich anpassen? Wieweit festigte Mitarbeit das Regime? Mußten seine Gesinnungsfreunde nicht mißtrauisch werden?

Art und Umfang des Widerstandes von unten liegen noch weithin im dunkeln. Illegale führen keine Archive. Nach allem, was neuerdings systematischere Forschung aus damaligen Zeugnissen des Widerstandes und der Verfolger sowie aus Erinne-

rungen Überlebender kritisch gewogen zutage fördert, war Widerstand von unten zwar immer nur Wagnis einer kleinen Minderheit, indes doch weiter verbreitet, als gemeinhin angenommen.
Eine über das ganze Reich gespannte, durchgegliederte, zentral gesteuerte, einheitlich handelnde Widerstandsbewegung gab es nie. Alle Versuche von SPD und besonders KPD, ihre Genossen zusammenzufassen, zerschlug die Gestapo bis 1935. Laut Gestapo-Bericht für 1937 hatte die KPD eine *Organisation in der alten Form überhaupt nicht mehr*, außer *dem dünnen Netz der über Deutschland gezogenen Betriebsverbindungen*, und galt in der SPD die Ansicht: *Abwarten, der Anstoß zum Umschwung kommt von außen. Aber man muß sich für diesen kommenden Fall vorbereiten ... Man sitzt abends nach Betriebsschluß zusammen ..., man hält den Zusammenschluß durch Familienbesuche aufrecht, man vermeidet irgendwelche Organisationsformen und sucht ... nur, die Freunde bei ihrer Gesinnung zu halten ... Ansätze zu kleineren Gruppenbildungen sind vielfach festzustellen.*[162]
Anstöße von außen jedoch, Kontakte zur Emigration, wurden spärlicher. Die deutschen Kommunisten im Moskauer Exil waren gelähmt durch Stalins Säuberungen (ermordet allein 13 KP-Spitzenführer, unter Hitler: 11). Der Sopade-Vorstand siedelte Anfang 1938, als die Prager Regierung auf Berliner Druck Emigranten-Aktivitäten einengte, nach Paris über, seine Reste von dort 1940 nach London. Bei Kriegsbeginn waren die politischen Flüchtlinge über alle Welt versprengt. Ohne Hoffnung auf Heimkehr ließen sich nun viele fest im Ausland nieder. Andere arbeiteten weiter. Während die KPD von der Sowjetunion gestützt, aber als Werkzeug gebraucht wurde, waren Sozialdemokraten und Bürgerliche weithin isoliert: von westlichen Regierungen als Störenfriede abgetan, von Parteien der Sozialistischen Internationale – nicht vom Internationalen Gewerkschaftsbund – mit immer kärglicherer Hilfe und unverbindlicheren, mitunter schon gereizten Worten abgespeist, von den bald NS-beeinflußten auslandsdeutschen Kolonien – ausgenommen die 300 000 sudetendeutschen Sozialdemokraten – überwiegend abgelehnt.
Hinter ihnen stand nichts als eine schwindende Minderheit ihres Volkes, die in ihnen allmählich nur mehr Verkörperungen der Vergangenheit und der Niederlage sah. Für wen sprachen sie, die »Generale ohne Armee« (Edinger)? Sie beriefen sich auf ein *anderes Deutschland*[163] – doch auf welches? Das Deutschland des Geistes? Von ihm führten viele Spuren ins Dritte Reich. Auf die Weimarer Demokratie? Kaum einer wollte zu ihr, dem Ergebnis einer erstickten Revolution und Nährboden des NS-Aufstieges, zurückkehren. Das *andere Deutschland* war nicht schon vorhanden und nur wieder zu befreien, es war neu zu bauen, lag noch in der Zukunft und blieb deshalb im Streit, der um so zugespitzter, grundsätzlicher und wirklichkeitsfremder werden mußte, je mehr den Exilpolitikern Entfernung von praktischer Gestaltung aufgezwungen war.
Unberührt von den Richtungskämpfen des Exils wuchsen im Reich seit 1938/39 Kerne neuer Widerstandskreise um soeben aus jahrelanger Haft entlassene, meist jüngere Politiker. Kommunisten wie Neubauer in Thüringen, Saefkow und Uhrig in Berlin organisierten auf eigene Initiative Betriebsgruppen, die bald überparteiliche Züge trugen. Sozialdemokraten, vor allem des einst militanten rechten Flügels, wie Haubach, Leber, Leuschner, Mierendorff, die das Verhalten des Parteivorstandes 1933 scharf verurteilten, knüpften vorsichtig alte und neue Beziehungen, hielten aber einen Sturz der Diktatur nur noch von oben her für möglich, im angebahnten Bunde mit der Opposition in Bürokratie und Wehrmacht.

Öffentlich sprechen konnten noch die Kirchen. Aber das Regime engte sie immer mehr auf Seelsorge ein *(Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens)*,
- schloß ihre Zeitungen, stutzte Zeitschriften, sendete aber Kirchenfunk,
- untersagte außer altgewohnten Prozessionen und Wallfahrten alle Aufzüge,
- wandelte Konfessionsschulen bis 1941 in Gemeinschaftsschulen um,
- entzog den Geistlichen den Religionsunterricht und kürzte ihn stark,
- trocknete konfessionelle Vereine aus und beseitigte viele,
- verbot den Jugendgruppen jede nicht religiöse Arbeit, sogar Sport.

Ein Beispiel für Alltagsschikanen: Die Gestapo hob eine Freizeit aus, als sie im *Tagebuch eines 13jährigen Mädchens las, sie seien . . . »marschiert« . . . Marschieren war aber nur der HJ gestattet. Dazu war im Waschraum eine Zahnbürste aus dem Glas herausgefallen, und so wurde die Auflösung damit begründet, daß ». . . die evangelische Jugend keine Ordnung halten könne«.*[164]

In 1000	1933	1939	Aus-	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Protestanten	41 080	41 396	trit-	214	56	29	51	94	319	326	377
Katholiken	21 762	22 584	te[165]	.	32	26	34	47	108	89	88

Schutzlos waren kleine Glaubensgemeinschaften, NS-Gegner wie Quäker und Mennoniten, aber auch völkische Sekten. Von 19 268 Zeugen Jehovas kamen 10 000 in Haft und 4000 bis 5000 ums Leben. In unbedingter Bibeltreue, die auch KZ-Qual nicht brach, verweigerten sie von Hitlergruß bis Wehrdienst jede Anpassung: unpolitische Flucht Unterprivilegierter.[166] Die Großkirchen verloren viele ihrer Positionen in der Gesellschaft, indes trotz Austritten nicht ihren Mitgliederstand und nie restlos ihre Rechte, ihren Besitz und ihren Rückhalt.

Noch zur Rückkehr des katholischen Saarlandes (S. 135 f.) brauchte der NS-Staat Hilfe katholischer Bischöfe. Sie dämmten anschlußgegnerische Saarkatholiken ein und verordneten Gebete, *einen für unser deutsches Volk segensreichen Ausgang der Saarabstimmung zu erflehen*. Goebbels lobte ihre *positive deutsche Haltung*.[167] Doch schon wenig später, im Juli 1935, befahl Göring, *jetzt die ganze Härte der bestehenden gesetzlichen Strafvorschriften* gegen den *politischen Katholizismus* anzuwenden. Propagandistisch ausgeschlachtete Devisen- und Sittlichkeitsprozesse sollten Vertrauen zur Kirche untergraben. Ende 1937 waren von 88 600 Ordensleuten und 19 200 Weltgeistlichen 242 verurteilt, 188 freigesprochen; 955 schwebende Verfahren wurden meist eingestellt.[168]

Nach 34 Vatikan-Protestnoten gegen Konkordatsbrüche beklagte Papst Pius XI. auf Rat deutscher Oberhirten am 14. März 1937 in der Enzyklika *Mit brennender Sorge* weltöffentlich *den Leidensweg der Kirche* und *Machenschaften, die von Anfang an kein anderes Ziel kannten als den Vernichtungskampf*[169]: Der NS
- säe *Unkrautkeime des Mißtrauens, des Unfriedens, des Hasses, der Verunglimpfung, der . . . grundsätzlichen Feindschaft gegen Christus und seine Kirche*,
- vergötze Rasse, Volk, Staat und Führer, greife mit der *Irrlehre* vom *nationalen Gott* und dem *Lockbild einer deutschen Nationalkirche* Roms Primat an,
- bekämpfe die Bekenntnisschule, was *beispiellose Gewissensnot* bewirke, entfremde die Jugend dem Glauben und der Kirche, schüre Gegensätze zwischen religiöser Erziehung und *Verwirklichung wahrer Volksgemeinschaft*,

– leugne das Naturrecht als *sittliche Befehlsmacht*, verkenne, *daß der Mensch als Persönlichkeit gottgegebene Rechte besitzt, die jedem . . . Eingriff . . . der Gemeinschaft entzogen bleiben müssen* (Glaubensfreiheit, Elternrecht),
– dränge auf Kirchenaustritte: *hier ist der Punkt erreicht, wo es um Letztes und Höchstes, um Rettung oder Untergang geht.*

Um *mit dem Unkraut nicht etwa wertvolles Wachstum auszureißen*, hoffe die Kirche *auf Rückkehr zur Vertragstreue und zu verantwortbarer Verständigung*, auf *Wiederherstellung eines wahren Friedens zwischen Kirche und Staat*. Andernfalls *wird die Kirche Gottes ihre Rechte und Freiheiten verteidigen*. Nur den Druck der Enzyklika konnte die Gestapo unterbinden, nicht die Kanzelverlesung.
Die Gestapo erkannte: *Zwischen dem nationalsozialistischen Staate und der katholischen Kirche kann es keinen Frieden geben. Dem Totalitätsanspruch der katholischen Kirche steht der des Staates entgegen.*[170] In Kernfragen blieben NS und Katholizismus unvereinbar. Doch was Enzyklika und viele Hirtenbriefe verurteilten, waren Angriffe auf die Religion und auf Rechte und Vorrechte der Macht Kirche, nie aber der NS als ganzes (wie Liberalismus und Kommunismus). Traditionelle Abwehr gegen Rationalismus, Pluralismus und Modernität machte eine Mehrheit von Klerus und Kirchenvolk anfällig für antidemokratisches Denken und damit, trotz Vorbehalten und Konflikten, für Sympathie mit großen Teilen von NS-Idee und -Politik: Volksgemeinschaft, Antisemitismus, Antimarxismus, Machtstaat, Reichstraum, Kriegseinsatz. Ein Hirtenbrief: *Hitler hat den Anmarsch des Bolschewismus von weitem gesichtet . . . Die deutschen Bischöfe halten es für ihre Pflicht*, ihn *in diesem Abwehrkampf mit allen Mitteln zu unterstützen, die ihnen aus dem Heiligtum zur Verfügung stehen . . . Auch dort, wo wir die Eingriffe in die Rechte der Kirche zurückweisen, wollen wir die Rechte des Staates auf staatlichem Gebiet achten und am Werk des Führers auch das Gute und Große sehen . . . Laßt Euch nicht . . . in eine Mißstimmung und Verdrossenheit hineinreden, die noch immer ein üppiger Nährboden für bolschewistische Gesinnung war!*[171]
Einer der wenigen Exil-Katholiken kritisierte, die Kirche habe *immer wieder versäumt, ihren Abscheu vor offensichtlicher Ungerechtigkeit zu zeigen*. Zwar sei ihr Schweigen *nicht Zustimmung, aber es ruft den Eindruck hervor, daß der Kampf vorüber wäre*, wenn nur die *Kirche ihre äußere Existenz und einen gewissen moralischen Einfluß auf den einzelnen sichern* könnte. Die Zeitschrift »Hochland« mahnte, *daß die Kirche nicht durch Konkordate gerettet wird, sondern durch den Geist des Martyriums, der in ihren Bekennern lebendig ist*. Aber waren dazu die Gläubigen bereit? Bischof Galen sorgte, *daß viele im Glauben schwach und in der Treue wankend werden und daß der Bestand der Kirche geschwächt werden wird*. Indes: lähmten nicht gerade die ständigen Gehorsamsappelle der Hierarchie den Widerstandsgeist? Galt nicht moralische Glaubwürdigkeit mehr als Bestandswahrung? Oder hing Glauben so an Institutionen, daß mit ihnen auch er gefährdet wäre? Ein Jesuit: *Es gibt nämlich Augenblicke, in denen etwas ohne greifbaren Nutzen aus keinem anderen Grunde gesagt werden muß, als weil es wahr ist.*[172]

War der Katholizismus mit noch fester Lehre und Hierarchie in sich geschlossen, so blieb der eben erst vereinte Protestantismus (S. 53) gespalten. Kirchenkampf war hier Ringen mit dem NS-Staat und zugleich innere Auseinandersetzung. Reichsbischof Müller, gestützt auf gemäßigte »Deutsche Christen« (DC) und Teile der Kirchenbürokratie, konnte die Gruppen der »Bekennenden Kirche« (BK) nicht un-

terwerfen – weder mit Kirchenzucht (Versetzung, Gehaltssperre, Amtsenthebung: oft als rechtswidrig von Gerichten aufgehoben) noch mit Gestapodruck (Predigtkontrolle, Redeverbot, Ausweisung, Verhör, Festnahme).

Im Konflikt erlebten Christen, *daß Kirche Kirche wird, wenn sie bedrängt wird, . . . daß eine Kirche keine Institution ist von einer Leitung her, sondern Gemeinde, die lebendig wächst unter Gottes Wort.*[173] Zwei Beispiele[174]:

1. Der von seinem Bischof in eine Gemeinde mit DC-Kirchenrat abgeschobene BK-Prediger M. gewann die Gläubigen. Als der Bischof seine Ablösung verfügte, stimmten fast alle für sein Bleiben. Durch Gerichtsvollzieher erzwang der Bischof die Amtsabgabe. Kaum konnte M. seine Anhänger bremsen, als ein NSDAP-Trupp ihn prügelte und die Gestapo ihn verbannte. Der neue DC-Pastor predigte in fast leerer Kirche. In Bauernhöfen feierte die Gemeinde selbst Gottesdienst. Als sie auf ein Verfahren gegen die NS-Schläger verzichtete, durfte M. zurückkehren: Das Vertrauen zur Staatsautorität war erschüttert; im neugewählten Kirchenrat saßen nur BK-Mitglieder.

2. Eine Gemeinde *füllte den ganzen Marktplatz; . . . als ihr Pastor mit dem Ausweisungsbefehl in der Hand aus dem Rathaus trat, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die Menge bewegte sich auf das Rathaus zu. Auf der Treppe standen zwei Polizisten mit gezogenem Revolver. Man schrie ihnen zu: Ein Schuß, und sie würden von der Menge erledigt. Nur mit Mühe konnte Pastor Rahmel die Menschen zur Besonnenheit und Ruhe bringen. Es wurden Kirchenlieder angestimmt, und . . . in Sprechchören die Zurücknahme der Ausweisung verlangt.* Der Protest hatte Erfolg.

Nach Mißlingen der Gleichschaltung von innen sollte der im Juli 1935 ernannte Reichskirchenminister Kerrl nun über Müller hinweg die Kirche von außen her ausrichten. Sein Ziel: Die vom *Nationalsozialismus durchdrungenen Kräfte . . . dem kirchlichen Leben zu erhalten. Nur so könne die Kirche vom Nationalsozialismus durchdrungen werden.* Zur *Wiederherstellung geordneter Zustände* berief er für die uneinigen (»zerstörten«) Landeskirchen Ausschüsse, darüber einen Reichskirchenausschuß (RKA). Dessen erster Aufruf: *Wir bejahen die nationalsozialistische Volkwerdung auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden* und die *Lebenshingabe für die Volksgemeinschaft.*[175] Sollte die BK mitarbeiten? Die »intakten« lutherischen Kirchen, von alther obrigkeitstreuer, waren dafür, die »zerstörten« (meist reformierten und unierten) Kirchen dagegen. In der Debatte um Kompromiß oder Kampf zerbrach die lockere Einheit der BK: Auf der Oeynhausener Synode Anfang 1936 wählte der militante BK-Flügel eine neue »Vorläufige Leitung«.

Richtungen in der Altpreußischen Union 1937[176]		Bekennende Kirche	Deutsche Christen	Neutrale
	Pfarrer	43,2 %	16,4 %	40,4 %
	Vikare	56,0 %	7,0 %	37,0 %

Zerrieben zwischen BK-Unnachgiebigen, DC-Eiferern, NS-Kirchenfeinden und Kerrl, trat der RKA Anfang 1937 zurück. Nun befahl Hitler die Wahl einer Generalsynode. Erhoffte er wie 1933 den Sieg der – dieweil gewelkten – DC? BK-Opposition vereitelte den Plan: *Auch der Staat Adolf Hitlers kann sich auf die Einsatzbereitschaft der evangelischen Christen Deutschlands verlassen . . . Aber solange der Staat Kirche sein und die Macht über die Seelen der Menschen und über die Predigt der Kirche an sich nehmen will, sind wir . . . gehalten, Widerstand zu leisten in Gottes Namen.*[177] Nach Scheitern aller Einigungsanläufe überließ Hitler jetzt die Kirchenpolitik rivalisierenden Kräften in Staat und Partei:

- Kerrl, gegen Rosenberg für *positives Christentum*, steuerte, immer mehr in DC-Fahrwasser, erfolglos eine Reichskirche an.
- Heß verbot der Bewegung, *in die religiösen bzw. kirchlichen Kämpfe . . . einzugreifen*, da durch *Totschweigetaktik* und NS-Erziehung das Volk *sich innerlich von den Kirchen und ihren Dogmen allmählich entfernen* werde.[178]
- Rosenberg wollte völlige Trennung von Staat und Kirche und verfocht seine *Religion der Volksehre*, um *der nordischen Rassenseele im Zeichen des Volksmythos ihre Form als Deutsche Kirche zu geben.*[179]

Von 1937 an unterlag die BK verschärftem Druck: Kollektenverbot, Finanzverwaltung durch Staatskommissare, Schließung der (illegalen) Hochschulen, an denen sie abseits der DC-gelenkten Theologischen Fakultäten Nachwuchs ausbildete, meist kurzdauernde Festnahme von Pfarrern (1937: 805 von 5256[180]). Pastor Niemöller, BK-Streiter in Berlin-Dahlem, wurde Mitte 1937 verhaftet und 1938 von einem Sondergericht unter anderem wegen *Anreiz zur Aufforderung zu Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen der Reichsregierung* zu sieben Monaten Festung und Geldstrafe verurteilt. Den vom Gericht Freigelassenen hielt die Gestapo bis 1945 im KZ. Die Vorläufige Leitung: *Was man gegen ihn unternimmt, geschieht, damit endlich die Stimme der Kirche in Deutschland zum Schweigen kommt.*[181]

Je mehr die Diktatur die Kirche bedrängte, desto mehr lernte die BK, die christliche Botschaft als Ruf zur Verantwortung für Unterdrückte zu begreifen: Kirche dürfe *sich nicht aus der Öffentlichkeit der Welt in einen Winkel privater Frömmigkeit abdrängen lassen, wo sie in Selbstgenügsamkeit ihrem Auftrag ungehorsam würde.* 1936 sandte die Vorläufige Leitung Hitler eine Denkschrift gegen *Entchristlichung* und *Zerstörung der kirchlichen Ordnung*, aber auch – schärfer als zuvor – gegen *Judenhaß, . . . Mißachtung des Wahrhaftigkeitsgebotes, . . . Willkür in Rechtsdingen, . . . Konzentrationslager, . . . Zwang auf die Gewissen, . . . Sichbespitzeln.* Sie warnte: *Auch eine große Sache muß, wo sie sich gegen den offenbarten Willen Gottes stellt, am Ende das Volk ins Verderben führen.*[182] Als der Text im Ausland erschien, wurde Mitautor Weissler verhaftet und im KZ ermordet.

In der BK sammelten sich auch politische NS-Gegner: *Ich bin selbst kein orthodoxer Kirchengänger, und manches . . ., was . . . mit nicht viel Duldsamkeit gegenüber anderen Auffassungen eine strenge Bibelgläubigkeit verlangte, hat mir auch damals nicht zugesagt . . . Hier war vielmehr die klare und unerbittliche Ablehnung zu finden, die wir gegenüber der Unmoral der reinen Parteiräson . . . empfanden.*[183]

Wenn die BK auch die Kraft einer auf Idee, Wort und Gemeinschaft gegründeten gewaltlosen Abwehr bewies, so fand sie insgesamt kaum zu direktem politischen Widerstand. Noch hemmten Thron-und-Altar-Traditionen, überlieferter Obrigkeitsgehorsam und Pastoren-Nationalismus. So in der Sudetenkrise 1938 (S. 158): Die Vorläufige Leitung erließ eine Friedensliturgie: *Herr, unser Gott, wir klagen vor Dir unsere Sünden und unseres Volkes Sünden. Vergib uns und verschone uns mit Deinen Strafen . . . Wir bitten für alle, die um Christi willen verfolgt werden.* Alle Bischöfe erklärten, daß sie *aus religiösen und vaterländischen Gründen* diese *Haltung auf das schärfste verurteilen.* Selbst die Vorläufige Leitung verwarf die Einsicht des Basler BK-Theologen Barth: *Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns . . . tun.* Der Lutherische Rat nach dem Sudeten-Anschluß: *Mit den befreiten Brüdern erflehen wir göttlichen Segen für das verheißungsvolle Friedenswerk. Heil dem Führer.*[184]

Für Kriegsdauer verordnete Hitler einen – indes oft durchbrochenen – Burgfrieden: *Sonst könnte die doch entbrennende innerpol. Auseinandersetzung uns die Existenz kosten.* Seine Leitlinie: *Über den deutschen Menschen im Jenseits mögen die Kirchen verfügen, über den deutschen Menschen im Diesseits verfügt die deutsche Nation durch ihre Führer.* Den Nutzen des Glaubens sah er darin, *daß unser Volk demütig bleibt.* Doch *die christlich-jüdische Pest* müsse *abfaulen wie ein brandiges Glied,* bis *auf der Kanzel nur lauter Deppen stehen und vor ihnen nur alte Weiblein sitzen. Die gesunde Jugend ist bei uns.* Pfarrer seien *der größte Volksschaden ... Es wird der Augenblick kommen, da ich mit ihnen abrechne ohne langes Federlesen.*[185] Das Ziel umriß Bormann in einem (nach Enthüllung im Ausland formal aufgehobenen) Erlaß: *Nationalsozialistische und christliche Auffassungen sind unvereinbar ... Immer mehr muß das Volk den Kirchen und ihren Organen, den Pfarrern, entwunden werden ... Erst, wenn dieses geschehen ist, hat die Staatsführung den vollen Einfluß auf die einzelnen Volksgenossen.*[186]

Propaganda – Waffe gegen die Wirklichkeit

Was für ein Glück für die Regierungen, fand Hitler, *daß die Menschen nicht denken. Denken gibt es nur in der Erteilung oder im Vollzug eines Befehls.*[187] Eigenes Denken abzutöten, herrschaftsgenehme Gefühls- und Verhaltensweisen einzusenken, war Aufgabe der Propaganda. Nach Hitlers Rezept hatte sie

- ihr *Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten,*
- *sich auf wenig zu beschränken und dieses ewig zu wiederholen,*
- *weniger nüchterne Überlegung, vielmehr gefühlsmäßige Empfindung* anzubieten, *nicht viel Differenzierungen, sondern ein Positiv oder ein Negativ,*
- *rücksichtslose und fanatisch einseitige Einstellung* zu zeigen, *nicht Objektivität, also Schwäche, sondern Wille und Kraft.*[188]

Propaganda-Meister war Hitler, sein begabtester Jünger Joseph Goebbels, gestrandeter Akademiker aus rheinisch-katholischem Angestelltenhause. Klumpfuß, kleinen Wuchs (Volksspott: *Schrumpfgermane, Wotans Mickymaus)* kompensierte er mit Geltungssucht, Leistung und ihn unter Pg. isolierender Intellektualität. *In dem weltanschaulichen Brunftgeschrei der Parteiideologen hörte sich Goebbels' Stimme an wie das nüchtern-kalte Kreischen einer Bandsäge.* Gesinnung erzeugte er nach Bedarf. *Er konnte Millionen aus dem Herzen sprechen, ohne daß es je aus dem seinen kam, er manipulierte die Seelen und die Ideen und sich selbst.*[189]

Obwohl Hitler den Erfolg der Propaganda in ihrer *gleichmäßigen Einheitlichkeit* sah, ließ er auch hier keinen einheitlichen Lenkungsapparat aufkommen (S. 62). Propagandaminister Goebbels (zugleich Kulturkammer-Präsident und NSDAP-Reichspropagandaleiter) oblagen zwar *alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation, der Werbung für Staat, Kultur und Wirtschaft, der Unterrichtung der in- und ausländischen Öffentlichkeit.*[190] Doch allein befehligte er fast nur Film und Funk. Anderswo mischten kompetenzhungrige Rivalen mit, so

- Dogmen-Hohepriester Rosenberg mit seinen Weltanschauungs-Werkstätten,
- Ribbentrops Auswärtiges Amt in der Auslandspropaganda,
- das Militär mit eigener Wehrwerbung und seinem Wehrmachtsbericht,

- NSDAP-Reichsorganisationsleiter Ley mit Schulung und Parteitagsregie,
- DAF-Boß Ley mit »Kraft durch Freude«-Kurzweil (S. 122),
- das Wissenschafts- und Volksbildungsministerium des schwachen Rust,
- Göring in seinen preußischen, später Schirach in den Wiener Theatern.

Vor allem, so Goebbels, *versucht jeder, seine eigene Pressepolitik zu machen und die des anderen zu verhindern oder doch zu beeinträchtigen. Auf dem Karren der deutschen Presse sitzen also viele Kutscher, von denen der eine Hüh, der andere Hoh schreit, und sie alle schlagen auf den bedauernswerten Gaul ein.*[191]

Über die Verlage herrschten Hitler-Feldwebel Amann und sein Stabsleiter Rienhardt, bis 1943 »mächtigste Figur im deutschen Pressewesen« (Hale). Rigoros holzten sie den Blätterwald aus. 1935 erließ Amann, als Pressekammer-Präsident, Anordnungen, mit denen er viele Verleger (z. B. Juden, Konfessionsgruppen) aus der Kammer und damit aus dem Gewerbe feuerte, je Verlag nur eine Zeitung erlaubte und schloß, was unrentabel war oder schien. Aus dem Kahlschlag kaufte er, als Direktor des NSDAP-Zentralverlages Eher, billig einen NS-Pressetrust zusammen – diskret über den (bei allen Weimarer Kabinetten bewährten) Treuhänder Winkler, getarnt vor Lesern und Redakteuren, die oft NS-Organe ablehnten. Bis 1939 sog er 1473 Verlage und 2120 Zeitungen auf, in Raten auch das Haus Hugenberg. Zuletzt kontrollierte der Eher-Konzern 82,5 Prozent der Auflagen. Bis 1943 warf er 562 Mill. RM Gewinn ab, für Amann 10,3 Mill. Vermögen.[192]

	Zeitungen	davon NSDAP	Auflage	davon NSDAP	Zeitschriften
1932	4 703	59	25,0 Mill.	0,8 Mill.	10 300
1939	2 288	200	16,0 Mill.	6,1 Mill.	4 800
1944	977	352	26,1 Mill.	21,5 Mill.	458

Konnte Goebbels die Eher-Konzentration nicht stoppen, wies er doch in jahrelangem Tauziehen alle Vorstöße der Verlagszaren Amann/Rienhardt ab, die im Schriftleitergesetz (S. 34 f.) dem ProMi ausgelieferten Redaktionen wieder den Verlegern unterzuordnen. Gemeinsam indes duckten die Rivalen die selbstherrlichen Gauklüngel. Amann, Reichsleiter für die NS-Presse, verleibte die durch Konkurrenz-Verdrängung sanierten Gauverlage der Eher-Gruppe ein. Goebbels griff in die Gaugazetten ein über seine (Staats-)Reichspropagandaämter, deren Chefs auch (NSDAP-) Gaupropagandaleiter waren. Ein Gauleiter stöhnte, *daß die Propagandaabteilung der Parteileitung in allem, was man tut, dazwischenpfuscht.*[193]

Rückhalt bot den Gauvögten Goebbels-Gegner Dietrich. Als NSDAP-Reichspressechef schuf er gegen Goebbels' Regionalinstanzen, mit ihnen verfilzt, eigene Gaupresseämter. Als Pressekammer-Vize richtete er Journalisten aus. Zudem wurde er 1937 Regierungs-Pressechef, bald auch ProMi-Staatssekretär. Dank besseren Drahtes zu Hitler hatte in der Informationspolitik meist Dietrich das letzte Wort. Goebbels: *In der Presse geht alles schief, weil mir ein Hansnarr ... von Reichspressechef mit ... instinktlosen Einfällen alles versauen darf.*[194]

Als *Idealzustand* pries Goebbels, *daß die Presse so fein organisiert ist, daß sie in der Hand der Regierung sozusagen ein Klavier ist, auf dem die Regierung spielen kann.* In die Tasten schlug das ProMi jeden Mittag in der Regierungs-Pressekonferenz, wo es Goebbels' oder Dietrichs »Sprachregelungen«, ab 1940 Dietrichs verbindliche »Tagesparolen« ausgab, insgesamt 75 000 Weisungen[195]:

Etwa 1935: Es solle *vermieden werden, Bilder wiederzugeben, die Mitglieder der Reichsregierung an gedeckten Tischen ... zeigen.* 1936: Bei Juden *dürfen die Namen führender sowjetischer Beamter und Politiker nur mit dem Zusatz »Jude« und mit dem jüdischen Beinamen zitiert werden.* Gerügt wird, daß *noch Nachrichten und Schilderungen erscheinen, die geradezu von einer selbstmörderischen Objektivität triefen.* 1937: *Thomas Mann soll ausgelöscht werden aus dem Gedächtnis der Deutschen.* Und: *Mit sofortiger Wirkung hat eine großzügige Propagandakampagne gegen die katholische Kirche einzusetzen.* 1939: Der Begriff *»Großdeutsches Weltreich« ist unerwünscht,* da *für spätere Gelegenheiten vorbehalten.* Nicht zu kommentieren ist *eine Pressenotiz des Flick-Konzerns, soweit sie sich mit der Arisierung zweier Gesellschaften befaßt.* 5. Mai 1939: *Ab sofort soll die Polemik gegen die Sowjetunion und den Bolschewismus eingestellt werden.* 1943: *Es muß bei jeder Sache festgestellt werden, die Juden sind schuld!* 1944 war *das Wort »Katastrophe« aus dem gesamten Sprachgebrauch auszumerzen.*[196]
Über die dem ProMi unterstellte Einheits-Presseagentur hatte die Führung ein Nachrichtenmonopol, mit Amanns Macht im Anzeigengeschäft ein Druckmittel. Dietrich warnte, *in besonders schweren Fällen* würden Redakteure, die *öffentliche Einrichtungen und Persönlichkeiten zu kritisieren* wagten, *von der Schriftleiterliste gestrichen und ihre Zeitungen verboten.* Goebbels drohte: *Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins KZ zu kommen.*[197]

Um nicht in Fallgruben zu stolpern, übernahmen viele Schriftleiter das vorgekaute Material unverändert. Hitler: *Es macht keine Freude, fünfzehn Zeitungen zu lesen, die alle miteinander fast denselben Wortlaut haben.*[198] Abonnementskündigungen beschleunigten das Zeitungssterben und Amanns Konzernbau, doch verlor die Propaganda Publikum. Goebbels: *Wir wollen gar nicht, daß jeder dasselbe Instrument bläst, wir wollen nur, daß ... dem Konzert der Presse eine Sinfonie zugrundeliegt, daß nicht jeder das Recht hat, zu blasen, wie er will.* Als er *die berüchtigte Eintönigkeit* tadelte,[199] erwiderte ein Journalist: *Sie sind, Herr Reichsminister, ein Freund des Witzes ... Früher, da konnten wir zum Beispiel diese geistige Übung gelegentlich auch an behördlichen Maßnahmen und Personen erproben ... bei aller Aufforderung von Ihnen: ich weiß nicht recht.* Quittung: acht Tage KZ, zeitweise Schreibverbot, längere Schließung des Blattes, was zum Zwangsverkauf des Ullstein-Verlages an Winkler führte (Wert 60 Mill., Preis 6,5 Mill. RM).[200]
Die durch Gängelung verödete Presse suchte Rienhardt wieder zu beleben mit der Wochenzeitung »Das Reich« (1940), einem auch im Ausland beachteten Blatt der bürgerlichen Intelligenz (1944: 1,4 Mill. Auflage). Neben Goebbels' 2000-RM-Leitartikel handelten in ihm Spitzenpublizisten, auch »unerwünschte«, an langer Leine von hoher Warte und in gepflegtem Stil über Politik und Kultur. Anfangs weithin von Weisungen befreit, erlag auch »Das Reich« zunehmend der Lenkung.[201]

Was NS-Gegner offen nicht schreiben durften, verschlüsselten sie zwischen den Zeilen: *Das Verschwiegene war so vernehmlich wie das Ausgesprochene, die Form ... wurde zum wortlosen Kommentar des Inhaltes.* Sie suchten *immer wieder die großen Ideen und Ziele der Menschheit ... durch Zeugnisse aus allen Zeiten und aus allen Völkern sichtbar zu machen ... Man übte Kritik an Gewaltherrschern und begangenem Unrecht aus allen Zeiten.* Doppelbödig war, wenn etwa im Jahr des Judenpogroms die Indio-Verfolgung in Spaniens Kolonien angeklagt oder wenn Kleist



Wer leben will/der kämpft also/und wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens/verdient das Leben nicht.

Adolf Hitler

so gedeutet wurde: *Das Gewissen gebietet nicht die Unterwerfung unter jede Ordnung . . . Hier verspürte er die eigentliche Macht, aus der sich sein Volk von der unheimlichen Demoralisation der Despotie werde befreien können.*[202]
Andere kapselten sich im Reich des reinen Geistes ein. Fern von Zeitkult wie Zeitkritik kultivierten sie stilvoll zeitlose Werte des Schönen, also Guten, als *die Bewahrer des Unvergänglichen und die stillen Mahner in einer lauten Welt . . . Das Unrecht der Erde wird vergänglich, der Tod verliert seinen Stachel.* Doch ihre »innere Emigration« war nur zu oft Flucht unpolitischer Bildungsbürger aus der Wirklichkeit auf die Insel der Innerlichkeit. Private Erbauung half, sich mit dem NS abzufinden: *Alles hatte seinen Platz und seine Ordnung, alles war richtig, wie es war und werden würde. Es war nicht gut und nicht böse.* Ästhetik verklärte zur Erträglichkeit: Einer sah einem Luftangriff zu, *ein Glas Burgunder, in dem Erdbeeren schwammen, in der Hand. Die Stadt mit ihren roten Türmen und Kuppeln lag in gewaltiger Schönheit, gleich einem Blütenkelch, der zu tödlicher Befruchtung überflogen wird.* Auch wenn viele am NS *das Ungeistige, Proletarische . . ., der Volksgeruch* abstieß, sahen einige doch *Berührungspunkte*, so *die Abkehr vom »Asphalt«. Die Ablehnung des Intellektualismus. Der unkriegerische Militarismus als soldatische Lebensform (unsere Rettung vor dem Kommunismus . . .). Sonst . . . mir sehr fern wie aller Aktivismus.*[203]

Während (zeitweise 21) Prüfämter bis 1938 rund 5600 Bücher als *schädliches und unerwünschtes Schrifttum* aussonderten,[204] überfluteten NS-Autoren den Markt mit Gesinnung, mit einer »Literatur des Marschtritts und der Parolen« (Schonauer):

Vorwärts! Vorwärts! schmettern die hellen Fanfaren . . . Jugend kennt keine Gefahren. Ist das Ziel auch noch so hoch, Jugend zwingt es doch . . . Unsre Fahne flattert uns voran, unsre Fahne ist die neue Zeit. Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit! Ja, die Fahne ist mehr als der Tod!

Im Osten . . . ziehn die Sturmkolonnen durchs Land zum Kampfe kühn . . . Feurig wird der Brand! Hört, wir ihr Marschtritt hämmert: Unser ist das Land! . . . Wir wolln ein Reich uns schaffen, das für ewig hält!

Die Welt gehört den Führenden, sie gehn der Sonne Lauf, und wir sind die Marschierenden, und keiner hält uns auf. Das Alte wankt, das Morsche fällt.

Kann von uns beiden einer nur leben seinem Gesetze – dann wir, dann wir! Mord hält am Leben! Schaue Natur an, Fraß oder Fresser, Volk, mußt du sein!

Zivilisation ist Alter – verjüngen wir uns also, wenn's anders nicht geht, durch einen Schuß Barbarei! Und wenn manches dabei in die Binsen fliegt.[205]

»Dichter des total platten Landes« (Döblin) priesen Natur/Kultur gegen Zivilisation, Scholle gegen Schlote, Gewachsenes gegen Gemachtes, wühlten im Sauberen, Gesunden, Einfachen. Kleinbürger lebten unerfüllte Träume aus in Sippen-Sagas und Blut-und-Boden-Brunst. Ein NS-Kritiker über die Braunkitsch-Schwemme: *Da dampfen die fetten Furchen, prallen die gelben Roßäpfel . . ., das heiße Blut ist wohlfeil. Alle, die in die Stadt ziehen, sind schlecht, kommen entweder sehnsüchtig wieder, um ihr Glück im Siedeln zu finden . . ., oder sie gehen auf dem Asphalt zugrunde.* Goebbels wußte zwar: *Nationalsozialistische Gesinnung ersetzt noch lange nicht den Mangel an wahrer Kunst.* Doch als Verrisse sich häuften, verbot er *Kunstkritik* und verordnete: *Der Kunstbericht soll weniger Wertung als vielmehr Darstellung und damit Würdigung sein,* abzufassen *mit der Lauterkeit des Herzens und der Gesinnung des Nationalsozialisten.*[206]

Mehr als durch das geschriebene Wort, das noch geistigen Anspruch stellt, kritisches Nachdenken zuläßt, wirkte der NS durch das gesprochene. Hitlers »Mein Kampf« (bis 1943: 10 Mill. Auflage) fand wenig Leser, seine Reden elektrisierten Massen. In auf Hypnose berechneter Kulisse, mit vor dem Spiegel einstudiertem Pathos, Stimmung witternd, verstand er, seine bis zur Ekstase hochgepeitschte Erregung auf sein Publikum zu übertragen. *Das Auffallende an der Rede ist nicht der Inhalt, der trotz allem ziemlich unklar bleibt, es ist die Wirkung, die von dem Redner selbst ausgeht, seine warme Stimme, die manchmal rauh, dann wieder schneidend und wild klingt, die Leidenschaft, die ihn fortreißt . . ., eine Wirkung, die weit mehr körperlich als geistig ist, gesteigert durch die Umgebung, die theatralische Ausstattung, den Gegensatz von Licht und Schatten, die ganze romantische Aufmachung, die Fahnen und Uniformen . . . und den Rausch, der von dem zwingenden Rhythmus der Musik ausgeht.* Ein Vergewaltigter: *Immer wenn ich diese Stimme höre, möchte ich hingehen und sagen: hier bin ich, nimm mich . . . So wird das Herz mir heiß: leiste mehr, schaffe mehr, folge dieser Stimme, dem Rufe, der gewiß auch und gerade dich meint.*[207]



Elk Eber: So war SA

Indes, nicht alle verfielen seinem Bann. »Gemeinschaftsempfang« in einem Betrieb: *Während der Rede unterhielten sich die Arbeiter untereinander, so daß die Werks-SA einschreiten mußte ... Im letzten Drittel der Übertragung kam einmal ein größerer Applaus aus dem Lautsprecher ... Sofort stürzten Arbeiter zu den Toren ..., da die Rede aus sei.* Kühl blieb ein Intellektueller: *Er packt mich nicht ... Er sagt auch nichts als die dümmsten Banalitäten.*[208]
Statt Informationen und Argumenten vermittelte die Sprache Beschwörungen und Befehle, Gefühlssignale, die Instinktreaktionen abrufen sollten: *Unser Ziel war nicht, zu informieren, sondern anzuspornen, anzufeuern, anzutreiben.* Der NS wollte nicht überzeugen noch überreden, vielmehr überwältigen. Es galt, *daß man eine Weltanschauung nicht lernen und nicht lehren kann, daß man sie bestenfalls, wenn der Glaube vorhanden ist, ... exerzieren oder üben kann.*[209]
Massenkundgebungen heizten kollektive Hysterie auf, erzeugten, so Hitler, *die gewaltige Wirkung des suggestiven Rausches.* Nachtszenen mit Scheinwerferdom oder Lagerfeuer erleichterten die gewollten *Beeinträchtigungen der Willensfreiheit* der Menschen. Marschkolonnen stampften einschüchternd und unaufhaltsam, so daß sie *dem kleinen armseligen Menschen die stolze Überzeugung einbrannten, als kleiner Wurm dennoch Glied eines großen Drachens zu sein.* Braune Barden besangen die *Magie der Viererreihe, wenn vorn die Trommel dröhnt.*[210]
Wo man Weltanschauung marschierte und trommelte, ersetzte Rhythmus die Rationalität: *Was fragt ihr dumm, was fragt ihr klein, warum wir wohl marschier'n! ... Ja, hört doch unsere Hörner schreien, hört doch unsere Trommeln groll'n! Ja, dann wißt ihr, wer wir seien, ja, dann wißt ihr, was wir woll'n.* Für kritisch fragende Intellektuelle hatte Hitler nichts übrig: *Man braucht sie ja; sonst könnte man sie eines Tages ja, ich weiß nicht, ausrotten oder so was.*[211]

Der »braune Kult« gipfelte in der Anbetung des Führers als unfehlbaren Heilbringers, der die Sehnsucht nach Geborgenheit und Unterwerfung befriedigte:

In der kritiklosen Treue, in der Hingabe an den Führer, die nach dem Warum im Einzelfalle nicht fragt, in der stillschweigenden Ausführung seiner Befehle liegt unser aller Nationalsozialismus verankert.

Wir werdend Volk, wir sind der rohe Stein – Du, unser Führer, sollst der Steinmetz sein ... Schlag immer zu! Wir halten duldend still, da deine strenge Hand uns formen will.

Wenn ihr dem Volke die Überzeugung gebt: Der Führer hat immer recht, dann kann der Führer mit dem Volke machen, was er will. Dann kann er große politische Dinge entscheiden. Dann wird ihm das Volk blind gehorchen.[212]

Untergrundberichte zitieren Volksstimmen: Ein Pg. vertraute, *der Mann ist ja so groß, der steht ja soweit über uns, daß wir kleinen Leute das einfach nicht verstehen.* Oder: *Sehr viele der unteren Funktionäre der NSDAP sind überzeugt, daß Hitler der begnadete Führer ist ... Seine politischen Erfolge sprechen für ihn.* Kritisieren die Leute, *so schieben sie die Schuld auf die »kleinen Adolfe« und sagen: »Ja, wenn das Hitler wüßte!«* Doch vielerorts schwand der Führernimbus: *Früher wurde Hitler von der Kritik ausgenommen. Das hat aufgehört.*[213]

Gerade rechtzeitig waren junge, breitenwirksame Kommunikationsmittel so weit ausgereift, daß die NS-Propaganda sie in großem Stile nutzen konnte: Der erste deutsche Tonfilm wurde 1931 gedreht, der erste Farbfilm 1941. Der Rundfunk wurde Massenmedium durch billige »Volksempfänger« und »Gemeinschaftsempfang«. 1941 stand in 65 Prozent der Haushalte ein Radio (1933 in 25 Prozent). Noch in den Kinderschuhen blieb das Fernsehen, das seit 1935 ein Programm ausstrahlte, indes nur wenige Stunden je Woche und nur vor wenigen Tausend Zuschauern.[214]

	1928	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Produzierte Spielfilme	232	178	182	184	133	201	168	163	154
Mill. Rundfunkteilnehmer	2,8	4,2	4,5	5,4	6,7	7,6	8,5	9,6	11,3

Ratenweise verstaatlichte Goebbels fast die ganze Filmwirtschaft. Sein ProMi verwarf und genehmigte Drehbücher, besetzte Rollen und lenkte Produktion wie Verleih oft bis ins einzelne. Alles Ungenehme schnitt oder verbot die Zensur. In die Kinos kam nur das Freigegebene. Offene Propaganda boten die Wochenschau, mit dem Schein des Dokumentarischen, und knapp 200 der rund 1150 Spielfilme.[215] Was sonst auf der Leinwand flimmerte, gab sich propagandafrei: Historiengemälde, Lebensromane, Klassiker, Kriminalreißer, Lustspiele, Liebesschnulzen, Operettenzauber. Doch auch in vordergründig unverfängliche Unterhaltung – immer ohne Hitlergruß – war unterschwellig politische Seelenmassage eingeblendet: »große Männer« als Führerfiguren, Frauen als Püppchen oder Hausmütterchen, Sitte, Zucht und Ordnung, »deutsches Wesen«, fremde Entartung, Schicksalsglauben, verzuckerte Traumwelten als Ablenkung von der Wirklichkeit: nationalistisch-autoritäre Tendenz und Süßstoff für den Alltag wie schon vor 1933.
Hitler rügte, *der Film nehme keine Notiz davon ..., daß wir eine nationalsozialistische Revolution gehabt hätten.* Goebbels aber legte *keinen gesteigerten Wert dar-*



auf, daß unsere SA über die Bühne oder über die Leinwand marschiert. Er suchte Politik zu verpacken, *zu erziehen, ohne mit dem Anspruch des Erziehers aufzutreten . . ., ohne daß das Objekt der Erziehung überhaupt merkt, daß es erzogen wird.*[216] Um Ideologie einzuimpfen, mußte er Leute an Kinokasse und Lautsprecher locken.

Was anfangs aus dem Äther brandete, eine *phantastische Welle politischer Beeinflussung, Agitation und Propaganda in jeder Form,* dann Wogen schweren »Kulturgutes«, kam nicht an. Goebbels begriff, daß Holzhämmer nicht unter die Haut gehen, und vergatterte den Funk, *primär der Auflockerung des Alltags zu dienen.*[217] Hörergeschmack ging vor Weltanschauung. Fortan beschallten die Sender ihr Publikum weniger mit Polit-Ergüssen, Männerchören und Symphonien, schon gar nicht mit nordischen Luren. Um so mehr berieselten sie die Massen nun mit Entspannungs-Narkotika von zackigen Märschen bis zu einst verpönten schrägen Tanzschlagern. Verboten indes waren jüdische Musiker, atonale Neutöner und Jazz.

In der bildenden Kunst traten anfangs der NS-Studentenbund und Goebbels für die gemäßigte Moderne ein. Gegen solchen *Kunstbolschewismus* rannten völkische Reaktionäre von Rosenbergs »Kampfbund für Deutsche Kultur« an, der *arteigenes* Gestalten predigte. Die gültigen Maßstäbe setzte der frühere Postkarten-Pinsler Hitler. Er verdammte das *ganze Kunst- und Kulturgestotter von Kubisten, Futuristen, Dadaisten,* aber auch die *Rückwärtse* aus einer *germanischen Traumwelt.* Er schwärmte *von Stahl und Eisen, Glas und Beton, von Frauenschönheit und Männerkraft, von hochgehobenem Haupt und trotzigem Sinn.* Sein Ideal war die Antike: *Wir sehen wieder bewundernd auf die großen Völker des Altertums.*[218]
Goebbels paßte sich dem Führer-Geschmack an. Die Modernen, 12 000 Grafiken, 5000 Gemälde und Plastiken, räumte er aus den Museen aus und prangerte sie 1937 in der Wanderschau »Entartete Kunst« effektvoll abträglich als Gruselkabinett zur Publikumsgaudi an. Einiges verramschte er für Devisen im Ausland, den unverwertbaren Rest vertilgte die Feuerwehr.[219] Nur eine Oase blieb moderner Kunst: Fabrik-Ausstellungen der KdF. Ansonsten: *Pinsel erwache!*
Ins neue Münchner »Haus der deutschen Kunst« *(Palazzo Kitschi)* zogen neue Werke ein: Mannes- und Frauentum nordisch, Muskelprotze heroisch, SA marschierend, Mütter sinnend-stillend, Frauenakte fotogenau, Bauernsippen erdverwachsen, Führer jede Größe, Art und Menge, Landschaften idyllisch oder bedeutungsdüster, Tiere, Stilleben und derlei für gute Stuben. Wirklichkeit jedoch fehlte in dieser heilen Welt der großen Gebärden. Goebbels: *Das Volk . . . will das Schöne und Erhabene sehen und genießen. Das, was ihm das Leben so oft und hartnäckig vorenthält . . ., eine Welt des Wunders und des holden Scheins . . . »Also Brot und Spiele!« unken die Besserwisser. Nein, »Kraft durch Freude!«*[220]
Weder willens noch fähig, die wirklichen Probleme der Industriegesellschaft zu meistern, suchte der NS Verhältnisse nicht zu ändern, sondern nur, sie dem Volk anders erscheinen zu lassen. Durch Propaganda glaubte er, jede gewollte Wirklichkeit herbeizwingen zu können. Goebbels: *Wir glauben an das Wunder, an das Unmögliche. Für uns ist die Politik das Wunder des Unmöglichen. Uns kümmert die Kunst der gegebenen Möglichkeiten einen Dreck!*[221]

Das neue Volk – Weltanschauung und Wirklichkeit

Bluternst gemeintes Ziel der sonst oft mißachteten Doktrin blieb, das deutsche Volk zu vermehren und »aufzuarten«, eine »Herrenrasse« zu züchten. Denn, so das Fazit von »Mein Kampf«: *Ein Staat, der . . . sich der Pflege seiner besten rassischen Elemente widmet, muß eines Tages zum Herrn der Erde werden.*[222]
Um für Siedlungsexpansion die Volkszahl zu erhöhen, suchte die Führung durch Ledigensteuer, Ehestandsdarlehn mit Geburtenrabatt (an jedes 5. bis 3. Brautpaar), Hilfen für Kinderreiche, Familien- und Mutterkult den Willen zu Ehe und Kind zu stärken. Doch nur nach der Krise und vor dem Krieg buchten die Standesämter Heirats- und Baby-Booms. Gegen das Vier-Kinder-Leitbild hielt der Trend zur Kleinfamilie an: 1933 zählte die Statistik-Familie 3,9 Köpfe, 1939 noch 3,3 und die der auf Kindersegen eingeschworenen SS-Führer 3,4. Vier und mehr Kinder hatten 1939 bloß 21,4 Prozent der Ehen (1933: 24,9), keines 22,6 Prozent (19,5).

Seiner Bevölkerungspolitik wirkte das Regime selbst entgegen: Im Wohnungsbau investierte der Staat 1938 nur 250 Mill. RM (1928: 1330), förderte 37 Prozent der Neubauten (1929: 73) und zog immer mehr Arbeiter und Material ab für Repräsentationsbauten, Vierjahresplan-Werke und Westwallbunker. 1939 verfügten 20,4 Mill. Haushalte über 18,3 Mill. Wohnungen, fast die Hälfte klein, viele überaltert. Laut DAF *ballt sich . . . die Masse des Volkes in engsten und unzulänglichen Wohnräumen zusammen . . . Rund 300 000 Kinder werden zur Zeit jährlich nur deswegen nicht geboren, weil die elenden Wohnverhältnisse den Eltern den Mut nehmen . . . 6 Millionen Wohnungen müssen gebaut werden, und zwar ausreichend große.* Dafür *sind etwa 60–80 Milliarden RM erforderlich, also nicht viel weniger als 1934–1939 für Rüstung und Westwall aufgebracht wurden.*[223]

In 1000	1920	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Heiraten	895	597	517	639	739	651	610	620	645	774
Ehescheidungen	37	39	42	43	55	50	50	47	50	62
Lebendgeborene	1599	1164	993	971	1198	1264	1279	1277	1349	1407
Wohnungszuwachs	103	318	141	178	284	241	310	320	285	206
Mill. Einwohner	61,8	64,7	65,7	66,0	66,4	66,9	67,3	67,8	68,8	69,3





Ein trautes Heim, ein lieber Mann und eine Schar glücklicher Kinder: das war der Frau zugedacht. Auch sie kämpfte. Die »Reichsfrauenführerin«: *Wenn auch unsere Waffe . . . nur der Kochlöffel ist, soll seine Durchschlagskraft nicht geringer sein.* Hitler: *Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht . . . für das Sein oder Nichtsein ihres Volkes.* Völkische träumten vom *altarisch, jungfräulich jungen, anspruchslosem, auch für grobe Arbeit geeignetem, wirtschaftlichem Weibe mit breiten Absätzen, ohne Ohrringe.*[224] Indes, »die deutsche Frau« trug eher Dauerwelle als Dutt, Konfektionsmode als Tracht, sie schminkte sich, und einige gar rauchten. Von Politik war sie ausgesperrt, ihre beginnende soziale Emanzipation ganz aufzuheben, mißlang. Mädchen drängte man aus Gymnasien in Hauswirtschafts-Oberschulen *(Puddingabitur).* Die Studentinnenzahl sank 1932–1939 von 19 997 auf 6249. Arbeitskräftemangel wertete Frauenarbeit auf: 1939 waren 36,1 Prozent berufstätig, mehr als je zuvor (1925: 35,4, 1933: 34,1).

Vermehrung und Erhaltung der Art und Rasse war Sinn brauner Sexmoral. Sie duldete allenfalls »zackige Erotik« (Heiber) von Sportmaiden, sagte aber Nein zur *Sexualpädagogik und zur sexuellen Aufklärung, die sich in den Dienst des Genuß-egoismus der Einzelperson stellen und damit volks- und rassezerstörend im höchsten Grade wirken.* Spießer kämpften für »Sauberkeit« und lasen den »Stürmer«. Lebemann Goebbels: *Der Muckerbazillus soll ausgerottet werden.*[225]
Zur Rassenzucht gründete Himmler 1936 die »Lebensborn«-Heime, an die *sich jede unverheiratete Frau, die ... sich nach einem Kinde sehne, vertrauensvoll ... wenden könne.* Als *Zeugungshelfer* wollte er *rassisch einwandfreie Männer* stellen. Bis 1939 kamen 832 *erbbiologisch wertvolle* Frauen, um *der Nation ein Kind zu schenken.* Doch insgesamt fiel der Anteil unehelicher Geburten 1933–1939 von 10,7 auf 7,8 Prozent. Nach dem Polenkrieg befahl Himmler der SS als *heilige Verpflichtung, auch über die Grenzen vielleicht sonst notwendiger bürgerlicher Gesetze* hinaus *außerhalb der Ehe* mehr Kinder zu zeugen.[226] Noch 1944 brütete er mit Hitler und Bormann über Plänen, nach dem Endsieg Zweitfrauen zu erlauben und Nicht-Mütter zu verpflichten, von zugewiesenen Männern Kinder zu empfangen.
Rosenberg forderte *Hinzüchtung zu einem rassisch-nordischen Schönheitsideal.* Der Musterarier sollte sein: *blond, hochgewachsen, langschädelig, schmalgesichtig mit ausgesprochenem Kinn, schmaler Nase mit hoher Nasenwurzel, weichem, hellem Haar, zurückliegenden hellen Augen, rosig-weißer Hautfarbe.* Volksspott: *Blond wie Hitler, groß wie Goebbels, schlank wie Göring.* »Reichsbauernführer« Darré: *Wie wir unser altes hannöver'sches Pferd aus wenigen reingebliebenen Vater- und Muttertieren wieder herausgezüchtet haben, so werden wir aus dem besten deutschen Blut durch Verdrängungskreuzungen im Laufe der Generationen wieder den reinen Typ des nordischen Deutschen züchten.*[227]
Solcher Veterinär-Politik diente die »Erb- und Rassenpflege«. »Blut« vor »Verpantschung« reinhalten sollten das »Blutschutzgesetz« (1935, S. 81), das »Rassenschande« mit Juden verbot, und das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (1933). Allein 1934–1936 sterilisierte man 167 723 Erbkranke, schwere Alkoholiker und »Asoziale«, ausgenommen indes schwachsinnige verdiente Pg. Um an »Ausmerze lebensunwerten Lebens« (S. 213) zu gewöhnen, ließ man z. B. Schüler rechnen: *Ein Geisteskranker kostet täglich RM 4,–, ein Krüppel RM 5,50, ein Verbrecher RM 3,50.* Bei 300 000 Irren: *Wieviel Ehestandsdarlehen zu RM 1000,– könnten – unter Verzicht auf spätere Rückzahlung – von diesem Geld jährlich ausgegeben werden?*[228] Das Erbgesundheitsgesetz (1935) erlaubte Heirat nur mit »Ehetauglichkeitszeugnis« – doch erst für eine spätere Zeit. Ein geplantes totales Herdbuchsystem mit Erbkartei und Ahnenpaß für alle kam nie zustande.

Zur *Pflege und Entwicklung der besten rassischen Elemente* gedachte Hitler die *gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt ... die Entwicklung des Charakters, besonders die Förderung der Willens- und Entschlußkraft, verbunden mit der Erziehung zur Verantwortungsfreudigkeit, und erst als letztes die wissenschaftliche Schulung.*[229]
Nicht Köpfe, Kerle hatte die Schule abzurichten. Vorrang genoß Leibesertüchtigung noch vor den ideologiedurchtränkten Fächern der »Deutschkunde« und Biologie. So viel das 1934 errichtete und zunächst auch von Nichtnationalsozialisten als Überwindung des zersplitterten Kulturföderalismus begrüßte Reichserziehungsministe-

rium unter Rust an der Schule herumdokterte (Schulzeitkürzungen, mehrmaliger Umbau der Mittelschule, Abbau akademischer Lehrerbildung), statt einer durchgreifenden NS-Schulreform richtete es ein ziemliches Durcheinander an mit wachsendem Lehrermangel und sinkendem Ober- und Hochschulbesuch.[230]

	Volksschul-lehrer	Volksschüler je Lehrer	Mittelschulen		Höhere Schulen		Hochschul-studenten
			Lehrer	Schüler	Lehrer	Schüler	
1931	190 281	39,9	11 517	229 671	44 902	778 440	134 767
1939	176 552	50,6	10 256	277 313	43 307	663 516	56 477



Außerhalb der Schule, oft gegen sie, wirkte die »Hitler-Jugend« (HJ). Hinter ihren Wimpeln marschierte 1933 knapp ein Prozent der organisierten Jugend. Nach Zerschlagung oder Übernahme ihrer Konkurrenten wurde sie Ende 1936 durch Gesetz Pflichtverband: *Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen.*[231] (Fast) alle

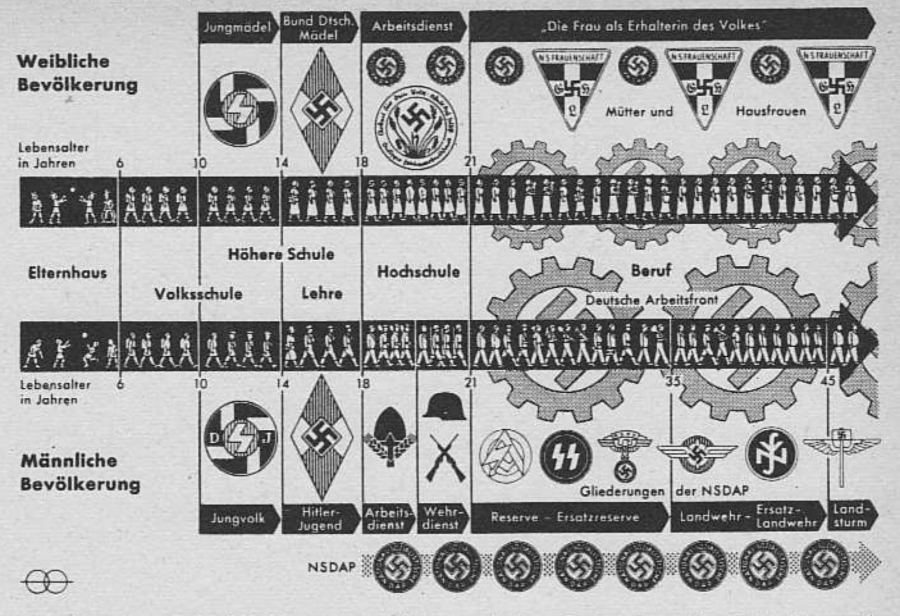
– 10- bis 14jährigen im »Deutschen Jungvolk« und bei den »Jungmädels«,
– 14- bis 18jährigen in der HJ und im »Bund Deutscher Mädel« (BDM)

traten nun in Uniform zum Dienst an. Strammstehen, Aufmärsche, Heimabende, Wehrsport mit Schießen und Geländespiel, Fahrten mit Zelt und Lagerfeuer sollten einpflanzen, was Pimpfe in »Schwertworten« aufsagten: *Jungvolkjungen sind hart, schweigsam, tapfer, treu. Jungvolkjungen sind Kameraden. Des Jungvolkjungen Höchstes ist die Ehre.* Die HJ nutzte Idealismus und Ehrgeiz. Eine BDM-Führerin: *Ich wollte aus meinem kindlichen, engen Leben heraus und wollte mich an etwas binden, das groß und wesentlich war.*[232]
Von oben gelenkt, ließ die HJ trotz Jugendkult kein jugendeigenes Leben zu: *Sie kennt keine Rechte der Jugend, weil sie ganz von ihren Pflichten erfüllt ist.*[233] Gegen den Drill hielten in ihr frühere Bündische an freierem Stil fest und kamen lose Cliquen und Banden auf. Prozesse endeten mit hohen Strafen.
Der gegen Rebellen und Rowdys aufgebaute »HJ-Streifendienst« wurde Nachwuchs-Reservoir der SS. Ebenso der neben dem »Landjahr« für Volksschulabgänger und über die »Ernteeinsätze« hinaus betriebene »HJ-Landdienst«. Als Auslese sollten ihm *vor allem die Jungen zugeführt werden, die den festen Willen haben, Bauer auf eigener Scholle (Wehrbauer) zu werden.* In der Praxis stopften die Freiwilligen (1939: 11 752 Jungen, 14 264 Mädchen) Arbeitskräfte-Lücken auf Großgütern. Nur 20 Prozent von ihnen gingen schließlich in die Landwirtschaft.[234]
Umschichtung unseres Volkes aus den Großstädten aufs Land war Ziel auch des »Reichsarbeitsdienstes« (RAD), der, bislang freiwillig, 1935 verbindlich wurde: *Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volke im Reichsarbeitsdienst zu dienen. Er soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen.* Doch 1939 waren es erst 47 Prozent der Jungmannen und 4 Prozent der Maiden von 18, die im RAD Sumpf- und Ödland entwässerten, Kooge eindeichten, Wege schotterten, Katastrophenschutz und Erntehilfe leisteten, als *das sozialistische Arbeitsheer* ihr halbes Jahr *mit Hacke und Schaufel und Spaten stolz in die Zukunft hinein* zogen.[235]

Wie die Erziehung ineinandergreifen sollte, umriß Hitler: *Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln.* Sie komme *vom Jungvolk in die Hitler-Jugend, und dort behalten wir sie wieder vier Jahre, und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei oder in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK und so weiter. Und wenn sie dort . . . noch nicht ganz Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen, alle mit einem Symbol, dem deutschen Spaten. Und was dann nach sechs oder sieben Monaten noch an Klassenbewußtsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt die Wehrmacht.* Dann *nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in SA, SS und so weiter. Und sie werden nicht mehr frei, ihr ganzes Leben.*[236]

Zur Elitezucht machten konkurrierende NS-Gruppen eigene Internate auf:
- Drei Junkerschulen trimmten SS-Jungführer ohne Abitur, mit KZ-Praktikum.
- 24 »Nationalpolitische Erziehungsanstalten« (Napola, 1933) trichterten 1939 ihren 5486 nach Rassentest und Mutprobe streng ausgelesenen 10- bis 18jährigen »Jungmannen« (später auch Mädchen) den Oberschulstoff ein, dazu Musisches,

Der Weg des „gleichgeschalteten" Staatsbürgers



Wehrsport und Schliff. Unter Erziehungsminister Rusts formaler Hoheit wurden sie ab 1936 geleitet von SS-Hauptamts-Chef Heißmeyer.[237]

- Die »NS Deutsche Oberschule« Feldafing, erst bei der SA, dann beim NS-Lehrerbund und bei Heißmeyer, lernte Pg. für höheren Parteidienst an.
- Die für jeden Gau geplanten »Adolf-Hitler-Schulen« (AHS), 1937 von Ley und Schirach gegen Rust durchgeboxt, formten 12- bis 18jährige nach Rosenberg-Programm (Kernfächer: Biologie, Kampfsport, Volkskunde). 1942 entließen sie die ersten 230 (von 300 am Start) zensurenlos mit *politischem Ritterschlag.*[238]

Als Weihestätten und Schulungsklöster eröffnete Ley 1936 seine drei nie fertigen »Ordensburgen«, gedacht für je 1000 nach Erbmasse und Einsatz zu musternde AHS-Abgänger ab 23, besucht von insgesamt 2600 Mann in konzeptlosen Mehrmonats- statt Mehrjahreskursen. Sie sollten *diesem Orden auf Gedeih und Verderb verfallen* und *den Willen zum Führen in sich tragen, zum Herrsein.* Ein Beobachter: *Einen von Geist und Wissen getragenen Vortrag können viele Junker nicht verarbeiten.* Sie *fürchten, jede Äußerung kritischer Art könne ihnen zum Verhängnis werden. Andererseits wird in den Junkern ein Hochmut herangezüchtet.* NSDAP-Schulungswächter Rosenberg ließ querschießen: *Solche Konfektion* habe *nichts mit Nationalsozialismus zu tun, geschweige denn mit Auslese und Führerformung.*[239] Aber seine »Hohe Schule« für höchste Auslese blieb auf dem Papier.

Nur wenige der Karriere-Anwärter ergatterten die erhofften Parteijobs. Aus den Zuchtanstalten kam kaum neuer Adel. Die NS-Elite war nicht einheitlich:

- in Wirtschaft, Militär, höherer Beamtenkaste überwog die alte Oberklasse,
- in Partei- und Staatsverwaltung stiegen »Alte Kämpfer« auf, wenig gebildete, meist im Beruf gescheiterte Provinz-Kleinbürger, nach Militärdienst (auch in Freikorps) als NS-Funktionäre hochgekommen,

– in Terror- und Propagandabereich strömten Söhne der gehobenen Mittelklasse, oft Akademiker, ungedient, häufiger arbeitslos, jung bei Parteibeitritt.

Die neue Aristokratie, von der die Rassenideologen träumten, war das alte Establishment, angereichert mit vom NS hochgeschwemmtem Mittelschicht-Strandgut. Hitler tönte, *daß wir . . . jedem einzelnen fähigen Kopf – er kann kommen, woher er will – den Weg zu den allerhöchsten Stellen ebnen, wenn er nur fähig, tatkräftig, fleißig und entschlossen ist.*[240] Die aber auf den Bildungswegen, den normalen wie den neuen politischen, hochstrebten, kamen eben nicht von überallher, sondern vorwiegend aus dem mittleren Bürgertum.

Elternberufe %[241]:		Arbeiter	Bauern	Beamte	Angestellte	Geschäftsleute
Studenten	1933	3,9	7,0	42,1	12,9	20,9
Studenten	1939	3,2	5,0	40,4	15,1	18,8
Napolaschüler	1940	13,1	7,2	31,6	22,0	16,3
AHS	1940	11,0	5,0	15,0	21,0	33,0

Zukunft jedoch hatte mehr der neue Mittelstand der Schreibtisch- und Dienstleistungsberufe, weniger der zuvor so umworbene gewerbliche (S. 118 f.), schon gar nicht die in ihrem Prestige verhätschelte Bauernschaft (S. 119): 1933–1939
– schlossen 225 000 Handwerker und 135 000 Einzelhändler ihre Geschäfte,
– gaben 230 000 Bauern auf, verließen 1,5 Mill. Menschen die Landwirtschaft.

Erwerbspersonen	1925		1933		1939	
	Mill.	v. H.	Mill.	v. H.	Mill.	v. H.
Land- und Forstwirtschaft	9,8	30,3	9,4	28,8	8,9	25,9
Industrie und Handwerk	13,7	42,3	13,2	40,6	14,6	42,3
Handel und Verkehr	5,2	16,2	6,0	18,4	6,1	17,5
Dienstleistungen	3,6	11,2	4,0	12,2	5,0	14,3
Arbeiter und Hausangestellte	16,2	50,2	16,3	50,1	17,5	50,8
Beamte und Angestellte	5,5	17,0	5,6	17,1	6,5	18,9
Selbständige	5,1	15,9	5,3	16,4	4,8	13,9
Mithelfende Familienangehörige	5,5	16,9	5,4	16,4	5,7	16,4

Mochten Blut-und-Boden-Barden Scholle heiligen, *den schmutzigen Menschenfluten der Weltstädte* und *dem glühenden unfruchtbaren Asphalt* fluchen[242]: 1933–1939
– fraßen Autobahn, Wehrmacht und Industrie 6,2 Prozent der Landwirtschaftsfläche,
– schuf der NS-Staat ganze 21 252 Neubauernhöfe mit 347 684 ha (Weimar: 57 457 mit 602 210 ha) und 95 867 Kleinsiedler-Parzellen mit 11 696 ha,
– wuchsen die Großstädte um 2 Mill., verloren die Dörfer 750 000 Menschen.

Gemeindegröße:		unter 2000	2000–5000	5000–20 000	20 000–100 000	über 100 000
Prozent	1925	35,4	11,0	13,3	13,7	26,6
der	1933	32,8	10,7	13,4	13,0	30,1
Bevölkerung	1939	30,1	10,8	13,8	13,7	31,6

Die NS-Lehre, Trost für vom Wandel Bedrohte, verhieß, die Industriegesellschaft zu überwinden, die NS-Praxis, mehr abreißend als aufbauend, beschleunigte ihre Dynamik: Ordensritter taugten schwerlich für Panzer, U-Boote und Stukas, ein *Bauernadel und Schwertadel*[243] kaum für den Industriekrieg.

Anders als die russische Revolution zerschlug die NS-Diktatur die vorgefundene Gesellschaft nicht und gestaltete auch keine neue. Nach der Krise blühte der Privatkapitalismus wieder auf. Die Furcht vor abträglicher Veränderung war gebannt, da es, so ein Wirtschaftskapitän, *heute Gott sei Dank einen Staat* gibt, *in dem man nicht Sorge haben muß, daß in sechs Wochen andere Politik betrieben wird.*[244] Autoritäre Herr-im-Hause-Betriebsordnung (S. 40 f.), gezielter Terror, KdF-Sozialtechnik und »Volksgemeinschafts«-Propaganda (S. 122) hielten die ihrer Organisationen und Rechte beraubten Werktätigen nieder.
Das Reich gab Großfirmen billig Aktien zurück, die es ihnen als Krisenstütze abgekauft hatte. An ihrer Reprivatisierung verdienten z. B. die Vereinigten Stahlwerke 33 Mill. RM.[245] Die Konzentration nahm zu: 1939 besaßen 2,8 Prozent der Gesellschaften 70,9 Prozent des Kapitals. Risikoarme Staatskonjunktur mit Subventionen, Steuernachlässen, Absatz- und Preisgarantien, Beute aus »Arisierung« (S. 84) und besetzten Ländern sowie Lohnstopp sicherten anschwellende Profite.

	1927	1932	1935	1938	1941
Steuerpflichtige AG und GmbH	29 621	15 990	27 936	18 999	17 220
Rohgewinn-Summe in Mill. RM	2 513	903	2 528	5 349	8 732

Die Einkommen waren immer ungleicher verteilt. Von den 38 Mrd. RM Zuwachs der Privateinkünfte 1932–1939 flossen 16,5 Mrd. RM (43,3 Prozent) wenigen Besitzenden zu. 1938 verdiente ein Prozent der Steuerzahler über 50 000 RM im Jahr und bezog damit 21 Prozent der Gesamteinkommen. Das Innenministerium war besorgt, daß die *außerordentlich hohen Spitzengehälter der Großindustriellen . . . dem Arbeiter die wirtschaftliche Trostlosigkeit seines Daseins erst recht zum Bewußtsein kommen ließen . . . Auch die Einkommen vieler Unterführer von Parteiorganisationen bilden einen erheblichen Stein des Anstoßes.*[246]

Milliarden RM	1929	1932	1936	1939	1932—39	1929—39
Volkseinkommen	72,3	42,6	63,6	87,2	+ 105 %	+ 36 %
Unverteilte Gewinne (AG u. GmbH)	0,9	— 0,5	2,3	4,8	—	+ 533 %
Unternehmer- u. Vermögenseinkünfte	21,4	12,8	20,2	29,2	+ 126 %	+ 36 %
davon Industrie, Handwerk, Handel	*11,8*	*6,0*	*10,6*	*17,9*	*+ 199 %*	*+ 52 %*
Land- und Forstwirtschaft	*5,5*	*3,7*	*5,8*	*6,9*	*+ 87 %*	*+ 26 %*
Löhne, Gehälter (auch Manager)	43,0	25,7	35,3	46,5	+ 81 %	+ 8 %
Renten und Unterstützungen	9,2	9,4	7,8	10,2	+ 9 %	+ 11 %

Die Lohnsumme kletterte zwar knapp über den Vorkrisenstand, ihr Anteil am Volkseinkommen aber sackte 1932–1939 von 60,3 auf 53,3 Prozent (1929: 59,5). Nimmt man den Verdienst einzelner Arbeitnehmer unter die Lupe, erkennt man:
- Tariflöhne blieben trotz des Booms unter dem Krisentief,
- Bruttostundenlöhne stiegen seit der Vollbeschäftigung, holten aber den Krisenverlust nicht auf,
- Wochenlöhne wuchsen vor allem wegen längerer Arbeitszeit und Überstunden,
- Bezüge im öffentlichen Dienst waren 1932–1940 um 20 Prozent gekürzt,
- Gehälter von Angestellten (darin Manager, Funktionäre) zogen stark an,
- ausgezahlte Nettoverdienste lagen nach Steuer- und Sozialabzügen sowie »freiwilligen« Beiträgen und Spenden rund 20 Prozent unter den Bruttosätzen.

Aus der amtlichen Lohnstatistik			1929	1932	1936	1939
Tarif-Stundenlohn	Facharbeiter	Pf.	101,1	81,6	78,3	79,1
(Schnitt der höchsten	Hilfsarbeiter	Pf.	79,4	64,4	62,3	62,8
Tarif-Altersstufe	Facharbeiterin	Pf.	63,4	53,1	51,6	51,5
in 17 Gewerben)	Hilfsarbeiterin	Pf.	52,7	43,9	43,4	44,0
Brutto-Stundenlohn Industriearbeiter		RM	0,96	0,73	0,74	0,81
Brutto-Wochenlohn Industriearbeiter		RM	28,40	20,83	24,94	28,08
Brutto-Monatsgehalt Angestellter		RM	207,—	182,—	199,—	231,—

Das Innenministerium meldete Klagen über die Löhne, die *in einzelnen Industrien kaum die Unterstützungssätze übersteigen, teilweise sogar dahinter zurückbleiben* und *oft bei größter Sparsamkeit gerade ausreichen, um die Ausgaben für das tägliche Brot zu decken,* so daß *verhetzende Kräfte Einfluß auf die Bevölkerung gewinnen konnten.* Doch *Lohnstreitigkeiten,* 1935 noch selten, *waren meist durch das sofortige Eingreifen der Geheimen Staatspolizei in Zusammenarbeit mit dem Treuhänder der Arbeit und der Arbeitsfront rasch zu schlichten.* Einer der Treuhänder (S. 41) schrieb, gegen *in erschreckendem Maße noch rein klassenkämpferischen Geist* habe er *des öfteren* NSBO-Obleuten *mit der Geheimen Staatspolizei drohen* und sich *größtenteils für die Unternehmer einsetzen müssen.*[247]

Was Zahlen allein nicht sagen, steht als Alltagswirklichkeit in Berichten der (unterbesetzten) Gewerbeaufsichtsämter. Einige Beispiele von vielen[248]:

- Von ihrer *Schutzzeit vor der Niederkunft machen die Arbeiterinnen im allgemeinen wegen der damit verbundenen Verdiensteinbuße keinen Gebrauch.*
- Eine Großdruckerei hatte *Arbeiterinnen zur Erledigung eines eiligen Auftrages hintereinander 36 Stunden wiederholt beschäftigt,* darin nur *kurze Pausen.*
- Und *vielfach klagten Arbeiter, daß sie ihrem Empfinden nach durch die starke Kräfteanspannung nervöser und anfälliger für Erkrankungen geworden seien.*
- Wenn sie *erkranken, dann können sie von dem geringen Krankengeld die laufenden Ausgaben für Wohnung, Heizung und Ernährung nicht immer bestreiten.*
- Durch *Zusammenballung zahlreicher Arbeitskräfte in kleinen Räumen, . . . gesteigertes Arbeitstempo, Übereifer bei der Arbeit – namentlich bei Neueingestellten* – stiegen die Unfälle 1932–1938 von 3,4 auf 6,1 Prozent aller Beschäftigten, davon entschädigt 10,6 und 5,1 Prozent.
- Fabrikanten warf sie vor, *nicht selten nutzten sie die Arbeitskraft der Jugendlichen und Frauen in einer zuweilen an Ausbeutung grenzenden Weise aus.*

Um eine *übermäßige Behinderung der Betriebe zu vermeiden,* meldete die Reichsgruppe Industrie bei einem Jugendschutz-Entwurf *Bedenken* an *gegen die Heraufsetzung des Schutzalters auf 18 Jahre, die Einrechnung der Berufsschulzeit in die tägliche bzw. Wochenarbeitszeit, die Höchstgrenze für Arbeitszeitverlängerung, die Ruhepausen* usw. Das Gesetz war denn auch von vielen Ausnahmeregeln durchlöchert (z. B. 10-Stunden-Tag, 54-Stunden-Woche für 16jährige).[249]

Enttäuschtes Stiefkind des Dritten Reiches wurde auch das Kleingewerbe. Die Gestapo beobachtete: *In Handwerkerkreisen wird über mangelnde Beschäftigung, die Konkurrenz der Warenhäuser, Konsumvereine und jüdischer Firmen geklagt. Man hört immer wieder, daß das Parteiprogramm in diesen Punkten nicht innegehalten wird.* Boykotte gegen die ehedem verketzerten Warenhäuser wurden verboten, die (jüdischen) Hertie-Kaufhöfe gar vom Reich mit einer 14,5-Mill.-RM-Spritze saniert, die Verbrauchergenossenschaften nicht dem Privathandel übergeben, sondern aufgelöst oder meist von der DAF weiterbetrieben. Außer bei den dank Ehestandsdar-

lehen (S. 37) aufblühenden Möbel- und Hausratläden übersprangen Handwerks- und Einzelhandelsumsätze, bei schrumpfenden Gewinnspannen, erst 1939 knapp die Vorkrisenmarke. Ein Zigarettenhändler: *Bei einem monatlichen Reinverdienst von rund hundert Mark habe ich . . . jährlich hundert Mark mehr Abgaben.* Das *ist gerade die Butter auf dem Brot.*[250]

Auch die Masse der Bauern lebte nicht so, wie es die Blut-und-Boden-Propaganda ausmalte. An der überkommenen Besitzstruktur änderte sich wenig: 1939 gehörten den 56 Prozent Höfen unter 5 ha nur 13 Prozent der Fläche, den 0,6 Prozent Gütern über 100 ha dagegen 17 Prozent. Ein Viertel der Anwesen (mit einem Drittel der Fläche) waren Erbhöfe (S. 38). Nach wie vor waren die ostelbischen Provinzen von Junker-Großgrundbesitz beherrscht und weite Gebiete Deutschlands mit Kümmerbetrieben übersetzt
Erst 1938/39 erlösten die Bauern auf dem Markt soviel wie zehn Jahre zuvor. Obwohl ihre Betriebsausgaben niedriger blieben, hinkte ihr Verdienst hinter der allgemeinen Entwicklung stets um 7–10 Prozent her. Sie leisteten 24 Prozent der volkswirtschaftlichen Arbeit und bezogen 17 Prozent des Gesamteinkommens, hatten trotz Mehrarbeit Mindereinkünfte von 4,3 Mrd. RM.[251] Oft überaltert, ungenügend ausgebildet, mußten sich die meisten Kleinbauern, ihre Frauen und Kinder auf untertechnisierten Höfen in überlangen Arbeitstagen abrackern. Ein Ortsbauernführer kannte *viele Bauern und Landwirte, die sich in den letzten 10 Jahren keinen Sonntagsanzug gekauft haben . . . Ich weiß in meiner Ortsbauernschaft kaum zwei, die Radio haben, und das sind nur solche, deren Söhne und Töchter nebenbei in der Fabrik arbeiten.* Die Gestapo: Der Bauer *hält sich bei Sammlungen am meisten zurück, er besucht am wenigsten Parteiveranstaltungen, die Pressewerbungen haben bei ihm den geringsten Erfolg;* es gebe Dörfer, wo *der Ortsbauernführer manchmal der einzige Nationalsozialist ist,* und *auch das noch lange nicht immer.*[252]

Am schlechtesten schnitten Alte und Arbeitsunfähige ab. Ley: *So ist Sozialismus letzten Endes kein Mitleid und keine Wohlfahrt für den einzelnen Menschen, sondern Sozialismus ist die Frage: Was nützt Deutschland?* 1929 waren 5,8 Prozent des Volkes über 65 Jahre alt, 1939 schon 7,8. Doch der öffentliche Sozialhaushalt magerte 1931–1937 von 8,1 auf 5,2 Mrd. RM ab und stieg bis 1939 nur auf 7,7 Mrd., während der von 4,4 auf 10,1 Mrd. aufgefüllte Juliusturm des Sozialversicherungsvermögens für die Rüstungskasse geleert wurde. Bis 1941 die Kürzungen der Krisenzeit ganz aufgehoben waren, blieben die meisten Renten unter dem Fürsorge-Richtsatz (1939 im Schnitt 33,63 RM für einen alleinstehenden Sozialrentner, für ein Ehepaar 47,73 RM) und unter dem Erwachsenen-Existenzminimum, das die DAF bei *niedrigst denkbarer Lebenshaltung* mit 45,45 RM im Monat errechnete. *Wie soll ein Invalidenrentner mit Frau in einer Stadt leben, wenn die monatliche Rente 30,– RM beträgt und hiervon für zwei kleine Zimmer 16,80 RM Miete zu zahlen sind? . . . Die Hilfe der NSV wird zwar angenommen, aber die Leute wollen keine Almosen, sondern ihr Recht.*[253]

Durchschnittliche Monatsrenten		1931	1933	1936	1938	1939
Sozialrentner-Fürsorge	RM	18,47	16,22	16,37	17,05	16,96
Invaliden-Witwenrente	RM	23,40	21,10	19,30	19,00	19,20
Invalidenrente	RM	37,20	33,40	30,90	31,25	32,10
Angestelltenrente	RM	65,51	56,98	54,69	54,01	68,46

Für die meisten indes besserte sich der Lebensstandard, gemessen am Krisenelend – und daran maß man. Das so stark empfundene Aufschwungerlebnis, verstärkt durch unermüdlich Erfolg schmetternde Propaganda, ließ viele den Verlust an Freiheiten und Rechten verschmerzen und vergessen, daß der kleine Mann im Dritten Reich nie so gut lebte wie in den besten Weimarer Jahren, schon gar nicht so gut, wie er bei Wirtschaftsblüte ohne Rüstung hätte leben können.

Amtlicher Index		1929	1932	1933	1935	1936	1939
Lebens-	Gesamt	154,0	120,6	118,0	123,0	124,5	126,2
haltungskosten	Ernährung	155,7	115,5	113,3	120,4	122,4	122,8
1913/14 = 100	Kleidung	172,0	112,2	106,7	117,8	120,3	133,3

Wie die Löhne blieben die Preise weit unter Vorkrisenhöhe. Aber der amtliche Index, der einen Auftrieb um 8,2 Punkte zugab (Textilien: 26,6), malte ein schöngefärbtes Bild: Er ging aus von einem 5köpfigen Arbeiterhaushalt mit Verbrauchsausgaben von 185 RM im Monat, obwohl der Arbeiter in seiner Lohntüte im Schnitt nur 60 Prozent dieser Summe fand; er beachtete nicht, daß manches aus dem Statistik-Warenkorb nicht mehr zu kaufen war, daß Stoffe weniger haltbar, Butter fettärmer, kurz, daß Qualitäten vielfach schlechter geworden waren.

Einzel-	Rpf	1929	1932	1939		1929	1932	1939
handels-	kg Roggenbrot	42,8	36,9	32,7	kg Butter	440,6	289,4	314,7
preise	kg Kartoffeln	13,6	9,0	9,0	l Vollmilch	30,6	23,2	23,3
(Schnitt)	kg Schweinebauch	262,4	148,3	164,1	ein Ei	15,7	9,5	12,0

Das Murren landauf, landab über *das dauernde und überall feststellbare Anziehen der Preise* wurde im Innenministerium registriert: *Gerade die lebenswichtigen Produkte, die für den täglichen Bedarf unentbehrlich sind, haben an dieser Preiserhöhung teilgenommen. Sie macht sich in erster Linie bei den schlechteren Qualitäten bemerkbar, auf die die Arbeiterbevölkerung angewiesen ist, während die besseren Qualitäten weitgehend davon verschont geblieben sind.* Da die *Obst- und Gemüsepreise die Kaufkraft weiter Volkskreise übersteigen,* gebe es Arbeiterfamilien, *bei denen nachweislich seit Monaten kein Gemüse auf den Tisch gekommen ist und die Kinder im ganzen Jahr noch kein Stück Obst gegessen haben . . . Gerade die Preise für Wurst, Margarine usw. sind aber für den Durchschnittsarbeiter . . . oft nicht erschwinglich. Der Bergmann jedoch, der . . . mit einem mit Sauerkraut belegten Brot einfahren muß, schiebt die Schuld für seine schlechten Lebensbedingungen selbstverständlich auf die Regierung und erklärt offen, daß die NSDAP nicht gehalten habe, was sie versprach.*[254]

Dem weder durch erhöhte Steuern noch Sammelbüchsen voll abgeschöpften Kaufkraftzuwachs stand ein ungenügendes Konsumgüterangebot gegenüber. Dennoch wurde bis Kriegsbeginn der Verbrauch kaum gelenkt, abgesehen von Propagandafeldzügen *(Kampf dem Verderb).* Während die Produktion gerade mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hielt – 1928–1938 nahm die Bevölkerung um 7 Prozent zu, die Textilerzeugung um 7,5 Prozent –, vervielfachte sich der Ausstoß solcher Waren, an denen das Regime politisch interessiert war, z. B. Jedermann-Radios (S. 108) und Autos (auch für späteren Zugriff durch die Wehrmacht).

Natürlich aß man wieder mehr als im Krisenjahr 1932. Aber je mehr der Vierjahresplan Vorrang erhielt, desto karger war der Durchschnittstisch gedeckt. Es hieß zwar (eine Zeitlang) *Kanonen statt Butter,* doch trotz Kundenkarte und hohen Preises strich man mehr Butter aufs Brot denn je zuvor. Da aber Margarine und andere Speisefette immer knapper wurden, herrschte insgesamt Fettmangel. Goebbels: *Es*

gibt also nicht weniger Fett, es haben nur mehr Volksgenossen das Glück, daran teilhaben zu dürfen. Ist das sozial oder ist das nicht vielmehr der höchste Ausdruck von Sozialismus?[255] Hitler waren Konsum-Engpässe *gänzlich gleichgültig.* Wenn Leute *sich meinetwegen manchmal über mangelnde Eier beklagen, das sollen sie den Hühnern sagen, aber nicht mir! Und wissen Sie, wir haben in Deutschland Millionen an Arbeitern, die gehen in ihre Fabrik, und die sind glücklich, wenn sie sich bloß Margarine auf ihr Brot aufstreichen können.*[256]

Pro-Kopf-Verbrauch	Fleisch kg	Eier Stück	Milch l	Butter kg	Fette kg	Kartoffeln kg	Gemüse kg	Obst kg	Bohnenkaffee kg
1929	44,9	144	117	8,0	18,8	172,0	.	.	2,2
1932	42,1	138	105	7,5	20,4	191,0	47,3	38,8	2,0
1936	45,0	117	114	8,5	17,9	170,8	52,0	29,2	2,4
1939	48,5	124	103	9,2	18,0	188,7	47,0	20,3	1,5
Durchschnittlicher Vier-Personen-Arbeiterhaushalt									
1928	146,5	472	481	17,9	55,4	507,8	127,3	96,2	.
1937	118,5	258	358	19,1	37,3	530,3	117,8	64,9	.

Die DAF zog Bilanz: *Der Wunsch, für sich und seine Familie möglichst gute Lebensbedingungen zu erreichen, steht in Millionen von Fällen im schärfsten Gegensatz zu den Erfordernissen der Staatspolitik.*[257]

Der Führer spricht nicht von Lohn- und Preispolitik, sondern von Seele, Rasse, Blut, Boden und Vaterland. Denn: *Die soziale Frage ist kein Problem der Tarifverträge, sondern ein Problem der Erziehung und Schulung.* Also: *Sozialismus ist eine Sache der Ehre, der Anständigkeit und ordentlichen Gesinnung.*[258] Klassengegensätze waren nicht in Wirklichkeit aufzuheben, nur im Bewußtsein.

Harmonie-Propaganda vernebelte Konflikte: *Jeder an seinem Platz dient nur einer großen Aufgabe . . . Hier gibt es nicht mehr einen gegen den anderen,* sondern der





Unternehmer ist ein Soldat, der Arbeiter ist ein Soldat. Folglich: *Wir alle sind Soldaten der Arbeit, von denen die einen befehlen und die anderen gehorchen.*[259] Arbeitspathos hob Sozialprestige: *Du bist nichts, Dein Volk ist alles. Wenn Du arbeitest, arbeitest Du für Dein Volk . . . Es gibt keinen Unterschied in der Arbeit. Die Arbeit eines Generaldirektors hat nicht mehr inneren Wert und ist nicht besser als die Arbeit eines Straßenfegers. Es kommt nicht darauf an, was für eine Arbeit geleistet wird, sondern wie diese Arbeit geleistet wird . . . Arbeit schändet nicht, sondern adelt.*[260]
Gemeinschaftserlebnisse erzeugten ein neues Gefühl der Gleichheit in der klassenüberwölbenden »Volksgemeinschaft«. Als Bewußtseins-Schmelzöfen wollten vor allem die NS-Verbände wirken: *Eine einzige Fahne flattert der HJ voran. Der Millionärssohn und der Arbeitersohn tragen ein und dieselbe Uniform . . . Jugend ist Sozialismus.* Der RAD verhieß: *Die gemeinsame Arbeit an der Arbeitsstätte, das gemeinsame Leben im Lager reißen die alten Klassenschranken nieder, lassen Klassenhochmut und Klassenhaß nicht aufkommen.*[261] Arm und reich sollten jeden vierten Wintersonntag Eintopf löffeln – wie eine einzige große Familie.

Handfesteres bot die der DAF angeschlossene NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« (KdF, seit 1933): *Für die Sicherung des Arbeitsfriedens*[262]
- verbesserte und verschönte sie in den 280 000 Betrieben bis 1938 mit Licht, Luft und Grün 20 271 Werkstätten und Büros, 20 455 Waschräume und Aborte, 15 595 Kantinen, 13 122 Fabrikhöfe *(Schöne Arbeit ist wirtschaftlich!)*,
- zogen 150 000 Funktionäre das (Konkurrenten abgejagte) Monopol der Freizeit-Betreuung auf: verbilligte Theater- und Konzertbesuche, Werkausstellungen, Hobby-Klubs, einen Riesenrummel bunter Abende und Volksfeste (bis 1938 für 127 Mill. Teilnehmer), Erwachsenenbildung (16,5 Mill., dabei 18,4 Prozent Arbeiter), Betriebssport bald auch zur Wehrertüchtigung (22,7 Mill.),
- organisierte sie subventionierten Tourismus; bis 1939 wanderte sie mit 6 Mill., schickte 33 Mill. auf Landfahrten und in preiswerte Ferien, ließ 750 000 meist Mittelstands-Passagiere in Mittel- und Nordmeer kreuzen auf teils KdF-eigenen Dampfern (später: Truppentransporter, Lazarettschiffe).

Wir schickten unsere Arbeiter nicht auf eigenen Schiffen auf Urlaub, schrieb der DAF-Pressereferent, *weil uns das Spaß machte . . . Wir taten das nur, um die Arbeitskraft des einzelnen zu erhalten und um ihn gestärkt und neu ausgerichtet an seinen Arbeitsplatz zurückkehren zu lassen. KdF überholt gewissermaßen jede Arbeitskraft von Zeit zu Zeit, genau so wie man den Motor eines Kraftwagens nach einer gewissen gelaufenen Kilometerzahl überholen muß.*[263]
In der Arbeiterschaft werde KdF *von einem Teil,* so die Gestapo, *freudig anerkannt und begrüßt; ein großer Teil dagegen steht auf dem Standpunkt, daß ihr die Vorteile dieser Organisation wenig nützen können, wenn der Arbeiter andererseits nicht in der Lage sei, die eigene Familie ordentlich zu ernähren.*[264]

Die Praxis des »nationalen Sozialismus« enttäuschte Hoffnungen: *Viele Volksgenossen,* so ermittelte die Gestapo, *haben inzwischen den Glauben an die Verwirklichung gerade der sozialistischen Punkte des Parteiprogramms verloren . . . Von einer Immunität gegen das Gift des Marxismus kann in weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung keine Rede mehr sein.* Bis zu Emigranten drang die Verbitterung von SA-Leuten über den *Verrat des Nationalsozialismus durch Hitler.*[265]

Der romantische NS-Antikapitalismus, einst Stimmenfang-Köder, wurde in das Antisemitismus-Ventil umgelenkt, seine politische Stoßkraft mit den Junimorden 1934 gebrochen. »Sozialismus«-Propaganda ersetzte Sozialismus: *Weil das deutsche Volk in dem vom Nationalsozialismus geschenkten Glauben die Wirtschaft als seine Wirtschaft ansah,* so der Wirtschaftsredakteur des »Völkischen Beobachters«, *war der Nationalsozialismus der Notwendigkeit enthoben, seinen sozialistischen Willen dadurch zu beweisen, daß er Experimente in der Wirtschaft veranstaltet . . . Der Besitz der Wirtschaft durch das Volk ist keine materielle, sondern eine seelische und geistige Tatsache.*[266] Das NS-Regime brauchte weder »sozialrevolutionäre« Gärung in SA und NSBO noch ständische Experimente noch die Kleingewerbe-Idylle anfangs lautstarker Mittelstands-Ideologen.
Zur Kriegsvorbereitung brauchte es die Großwirtschaft. Bei ihr genügte äußerliche Anpassung statt straffer Gleichschaltung. Ihren Interessen gab es auch dort nach, wo es Anhänger vor den Kopf stoßen und Lehrsätze einmotten mußte. Hitler: *In der Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggebend sein . . ., und wir müssen selbstverständlich die wirtschaftliche Apparatur in Ordnung halten . . . Die Ideen des Programms verpflichten uns nicht, wie Narren zu handeln und alles umzustürzen, sondern klug und vorsichtig unsere Gedankengänge zu verwirklichen.*[267]
Nur in der Landwirtschaft konnten NS-Doktrinäre wie Salonbauer Darré und die SS weltanschauliche Furchen ziehen. Industrie und Banken indes, im Bunde mit der konservativen Staatsbürokratie, säuberten bald ihre Verbände von fachlich unbedarften NS-Eindringlingen und riegelten NSDAP- und DAF-Einmischungen ab.
Zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg forderte 1935 der Chemiegigant IG Farben, *eine wehrwirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen, die den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff . . . in einen straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert . . . unter Mitarbeit der bestehenden Fachorganisationen der Wirtschaft bzw. der Unternehmer.*[268] Eine totale Befehlswirtschaft entstand erst in der zweiten Kriegshälfte (S. 210), doch schon im Frieden wurden Investitionen, Rohstoffe, Fabrikationen, Marktanteile und Preise einem ausufernden Dirigismus unterworfen. Die Lenkung oblag weniger den Behörden als den Unternehmerverbänden, wo Konzerne erst der Montan-, dann der Chemie- und Elektrobranche vorherrschten. Als Vertrauter von Schwerindustrie und Hochfinanz wurde Reichsbankpräsident Schacht, eher konservativ als NS-eifrig, 1934 Wirtschaftsminister und 1935 »Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft«.
Das Privatkapital verwuchs mit dem Staatsapparat und bestimmte Wirtschafts- und Sozialpolitik maßgebend mit. Doch das Regime war mehr als »Büttel der Monopole«. Die Weichen der Gesamtpolitik stellte die in Hitler verkörperte politische Führung eigenständig. Der Vorrang der Politik entsprach nicht immer Kapitalinteressen. Aber wo Unternehmer Nachteile und Bedenken hatten, etwa gegen zu riskanten Kriegskurs, nutzten nur vereinzelte ihre Macht zum Widerstand. Auch die Wirtschaft war letztlich Mittel zum Zweck, zu einem Zweck freilich, den sie insgesamt als vorteilhaft bejahte[269]: *Deutschland hat mit seinem Antisemitismus dem in Rußland absolut herrschenden Judentum und dem Judentum der Welt, dem einflußreichsten Vorkämpfer des Bolschewismus, den schärfsten Kampf angesagt. Das Fazit,* so

ein Saar-Stahlherr 1936 an Hitler, *ist also, daß der Krieg fast unvermeidlich ist . . . Jedenfalls müssen wir mit dieser Auseinandersetzung rechnen und uns mit allen Mitteln darauf einrichten.*[270]

Kaum hatten die staatlichen Konjunkturspritzen (S. 37) die Wirtschaft wieder etwas belebt, begann Hitler Anfang 1934, die bereits im Vorjahr angelaufene Aufrüstung verstärkt anzukurbeln.

Finanzwirtschaft[271] Mrd. RM	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Bruttosozialprodukt	58,4	65,5	73,1	81,2	90,9	100,2	109,3
Steuer- und Zolleinnahmen	6,8	7,9	9,3	11,1	13,4	16,8	23,1
Reichsausgaben	8,1	10,1	13,1	16,5	18,9	26,0	42,2
davon für Rüstung	*0,7*	*3,3*	*5,2*	*9,1*	*10,8*	*15,7*	*25,9*
Reichsschuld am 31. März	11,7	11,8	14,6	19,3	25,4	31,1	42,6

Die Rüstungskosten schnellten 1933–1939 von 1,2 auf 23,7 Prozent des Sozialprodukts, von 8,6 auf 61,4 Prozent der Reichsausgaben. Trotz steigender Steuereingänge konnten sie nur durch riesige Haushaltsdefizite, also anschwellende Reichsschuld, finanziert werden. Gefährlicher noch als die Höhe der Verschuldung waren das Tempo ihrer Zunahme, ihre Verwendung für unproduktive Rüstung und ihre Aufbringung:

1. Banken, Sparkassen und Versicherungen hatten ihnen anvertraute Guthaben, meist nichtsahnender Kleinsparer und Ausländer, in Reichsanleihen festzulegen: bis März 1939 fast 17 Mrd. RM. 1933–1939 gab das Reich 85 Prozent aller neuen Wertpapiere aus (1928: 18)[272] und verdrängte damit Länder und Gemeinden vom Kapitalmarkt ebenso wie die Privatwirtschaft, die Investitionsmittel nur durch Staatszuschüsse und Selbstfinanzierung über hohe Preise aufbringen konnte.

2. Neue Geldquellen erschloß Schacht durch einen Trick geräuschloser Kreditschöpfung: Wehrmachtlieferanten wurden nicht aus der Staatskasse bezahlt, sondern zogen Wechsel auf die »Mefo« (eine von Rüstungskonzernen gegründete Scheinfirma), die auf fünf Jahre verlängert und jederzeit bei der Reichsbank eingelöst werden konnten: 1934 bis März 1938 rund 12 Mrd. RM. Doch als die ersten fällig wurden, trug das Reich nur 1,5 Mrd. ab und gab, wieder im Vorgriff auf künftige Einnahmen, für 10 Mrd. Steuergutscheine und Schatzanweisungen aus.[273]

3. 1939 mußte die nicht mehr unabhängige Reichsbank unbeschränkt den Kredithahn aufdrehen und die Notenpresse laufen lassen: Der Geldumlauf stieg 1933–1939 von 5,7 auf 14,5 Mrd. RM, bis Februar 1945 auf 56,7 Mrd.

Da als Gegenwert für das neue Geld zu wenig Konsumgüter erzeugt wurden, entstanden ein Kaufkraftüberhang und eine zurückgestaute Inflation. Die Reichsbank sah Anfang 1939 *die Währung von der hemmungslosen Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand bedroht. Das unbegrenzte Anschwellen der Staatsausgaben sprengt jeden Versuch eines geordneten Etats, bringt trotz ungeheurer Anspannung der Steuerschraube die Staatsfinanzen an den Rand des Zusammenbruchs und zerrüttet von hier aus die Notenbank und die Währung.* Angesichts *der drohenden Inflationsgefahr* sei *nunmehr Einhalt geboten.*[274] Die Zeche am Ende zahlten alle, die bei der Währungsreform 1948 die Masse ihrer Ersparnisse verloren.

Ein anderer Engpaß der Kriegsvorbereitung: Deutschland führte die meisten Rohstoffe und ein Fünftel seiner Nahrung ein, aber sein Außenhandel war, wie der ganze Welthandel, in der Krise auf ein Drittel, sein Devisenvorrat auf ein Fünftel

von 1929 geschrumpft. Maßgebende Kreise drängten, das Reich durch Selbstversorgung weithin vom Ausland unabhängig (autark) zu machen:
– NS-Ideologen, die Autarkie zum Selbstzweck verklärten, wobei Landwirtschaftsminister Darré zudem die weit über Weltmarktniveau liegenden deutschen Agrarpreise vor billigerer Import-Konkurrenz schützen wollte,
– Luftwaffenchef Göring und der Wehrwirtschaftsstab (Oberst Thomas), um ohne Rücksicht auf Kosten eine blockadefeste Kriegswirtschafts-Basis aufzubauen,
– die Grundstoff- und Schwerindustrie aus Interesse am Geschäft sowie die an sich welthandelsorientierte Großchemie (IG Farben), um neuentwickelte synthetische Mineralöle und Kunststoffe mit Staatshilfe gewinnreich zu nutzen.

Dagegen waren Export- und Konsumgüter-Branchen und Schacht. Er verstand Autarkie mehr als Notbehelf zur Devisenersparnis und blockierte Ersatzstoffproduktionen, wo sie zu teuer und international nicht wettbewerbsfähig waren (z. B.: IG-Farben-Pläne staatssubventionierter Werke für ihren Kunstgummi Buna). Mit seinem »Neuen Plan« vom Herbst 1934 wollte er alle Devisen rigoros bewirtschaften und, bis zum Dumping, die Ausfuhr fördern, um die für die Bewaffnung nötigen Einfuhren zu sichern. 1935 indes war offenkundig, wie wenig es gelang, zugleich den Rüstungsbedarf zu befriedigen und den ohnehin niedrigen Lebensstandard zu halten: Der Import blieb unter Vorkrisenhöhe. Aus der Talsohle von 1932 steigern ließ er sich nur dank internationalen Preisrutsches und weil Nahrungs- und Fertigwaren-Einfuhren auf ein Drittel der Mengen von 1928 gedrosselt wurden.

Außenwirtschaft	1928	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Ausfuhren in Mrd. RM	12,3	5,7	4,9	4,2	4,3	4,8	5,9	5,6	5,7
Einfuhren in Mrd. RM	14,0	4,7	4,2	4,5	4,2	4,2	5,5	6,1	5,2
Reichsbank-Devisen Mill. RM	2506	975	530	165	91	75	75	76	77

Um im Interesse innenpolitischer Stabilität eine Versorgungskrise abzuwenden und Unzufriedenheit aufzufangen, rang Darré seit Herbst 1935 dem sich sträubenden Schacht immer mehr der raren Devisen für Nahrungsimporte ab. Anfang 1936 hatten die Reichsbank noch Devisen für eine Woche und die Industrie Rohstoffe für ein bis zwei Monate. Schon kürzten Betriebe ihre Fertigung, drohten Stillegungen, stieg die Arbeitslosenzahl mehr als winterüblich wieder auf 2,5 Mill. Die 500-Mill.-Devisenlücke stopfte Göring – gegen Schacht als Rohstoff- und Devisenkommissar eingesetzt – mit letzten Reserven: Er trieb Außenstände ein, verkaufte deutschen Auslandsbesitz, erfaßte ausländische Wertpapiere im Reich. Angesichts von Außenhandelskrise und nicht mehr einzudämmender Geldentwertung forderten Schacht, Goerdeler (bis vor kurzem Preiskommissar) und Oberst Thomas, die Rüstung jetzt zu bremsen statt gegen jede Vernunft voranzutreiben.

Hitler aber entschied im August 1936 in einer Geheimdenkschrift, einem Schlüsseldokument der NS-Kriegsvorbereitung: *Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden!* Es seien *jene Maßnahmen zu treffen, die für die Zukunft eine endgültige Lösung, für den Übergang eine vorübergehende Entlastung bringen können. Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen.* Angelehnt an IG-Farben-Vorschläge, befahl er, *daß nunmehr mit eiserner Entschlossenheit auf all den Gebieten eine 100%ige Selbstversorgung eintritt, auf denen diese möglich ist:* bei Benzin *(binnen 18 Monaten),*

Kunstgummi, Industriefetten, Eisen, anderen Erzen, Leichtmetall. Hinweise auf Grenzen des Möglichen fegte er als *Ausflüchte* und *gänzlich belanglos* hinweg: *Wenn aber die Privatwirtschaft glaubt, dazu nicht fähig zu sein, dann wird der nationalsozialistische Staat aus sich heraus diese Aufgabe zu lösen wissen.* Dem Volk verhieß er Opfer, dann schloß er: *Ich stelle hiermit folgende Aufgabe: I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.*[275]

Auf dem Parteitag 1936 verkündete er den Vierjahresplan. Zum Beauftragten ernannte er nicht mehr einen Mann der Wirtschaft, sondern Göring *(Mein Fach ist nicht die Wirtschaft).*[276] Mit dieser rein politischen Entscheidung verstärkte die Führung den Vorrang der Politik gegenüber der bisher ziemlich unabhängigen Wirtschaft. Bei Konflikten setzte sie sich über deren Teilinteressen hinweg:

1. Da die Autoindustrie aus Konkurrenzfurcht den von Hitler verlangten 1000-RM-Kleinwagen verzögerte, baute die DAF 1937 bei Fallersleben das Volkswagenwerk. Von dessen Bändern indes rollten fast nur Militärfahrzeuge und nie die von 336 668 VW-Sparern mit 236 Mill. RM angezahlten »KdF-Wagen«.[277]

2. Als die meisten Stahl-Herren es als unrentabel ablehnten, minderwertige einheimische Eisenerze zu verhütten, gründete Göring 1937 bei Salzgitter die »Reichswerke Hermann Göring«. Von ihren 400 Mill. RM Kapital zahlten der Staat 270 Mill., die Privatwirtschaft den Rest ein. Vor allem durch Raub von Betrieben in den seit 1938 besetzten Ländern weitete sich das Werk, auf viele Branchen übergreifend, zu einem der weltgrößten Unternehmen aus. Der 1942 aufgelöste Staatskonzern brachte zwar nicht die Autarkie (1940 nur 2 Prozent des deutschen Eisens), aber direkte ökonomische Macht für Göring.[278]

Schacht, der die Raubbau-Konsequenz der von ihm bisher bedenkenlos geförderten Aufrüstung nicht mehr verantworten wollte, trat Ende 1937 von seinen – durch Göring unterdes ausgehöhlten – Posten als Wirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter zurück und wurde Anfang 1939 auch als Reichsbankpräsident entlassen. Gegen die staatliche Wirtschaftsbürokratie, nun unter dem schwachen NS-Minister Funk, hatte sich Göring als Wirtschaftsdiktator durchgesetzt.

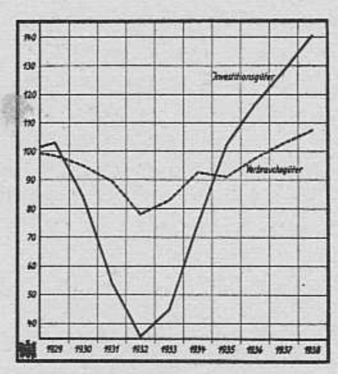
Durchgesetzt hatte sich auch die Chemie. Die Einheit der Großwirtschaft zerfiel in hemmungslosen Wettbewerb einzelner Firmen, die ihre Sonderinteressen über ihre Dachverbände hinweg nun direkt bei Planämtern und Wehrmacht zu verfolgen suchten. Konzerne – vor allem IG Farben gegen die abgedrängte Schwerindustrie – sandten ihre Manager, die teils durch fortgezahlte Werksgehälter den Firmen verpflichtet blieben, auf Kommandobrücken des Planapparates und schanzten sich maßgebenden Einfluß auf Planung, Rohstoff-, Subventions- und Auftragsvergabe zu. Durch »unmittelbare Verschmelzung des wichtigsten industriellen Bereichs des Vierjahresplans mit dem größten Konzern . . . entwickelte sich der Vierjahresplan faktisch zu einem IG-Plan«, zur »privatisierten Wirtschaftspolitik«.[279]

Auf Betreiben der IG Farben trat Mitte 1938, im Übergang zu offener Expansion, der »Neue Erzeugungsplan« in Kraft (Schwerpunkte: Chemie, Leichtmetall, mehr Staatszuschuß). Ziel war nicht mehr langfristige Autarkie, sondern direkte Mobilmachungsvorbereitung. Göring forderte, *das Rüstungsniveau von einem Stand von 100 auf einen Stand von 300 zu bringen. Dem stehen fast unüberwindliche Hindernisse entgegen:* es herrsche *Mangel an Arbeitern,* seien *die Kapazität der Fabriken voll ausgenutzt* und *die Devisenreserven erschöpft . . . Sehr kritische Lage der Reichsfinanzen. Abhilfe zunächst durch die der Judenschaft auferlegte Milliarde und durch*

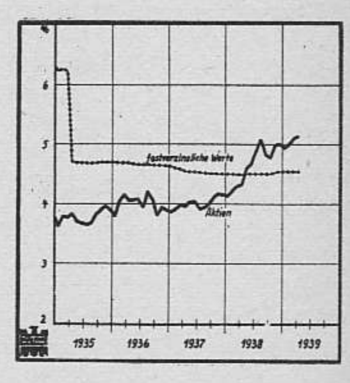
die Reichsgewinne bei Arisierung jüdischer Unternehmungen (S. 84). Für sein *gigantisches Programm* mache er von seiner *Generalvollmacht barbarischen Gebrauch . . . Achtstündige Arbeitszeit gibt es nicht mehr.* Bei *Weigerungen der Arbeiterschaft* werde er *mit Zwangsarbeit vorgehen . . . Die Arbeitsfront solle nicht falsche Sozialbegriffe unter die Arbeiter bringen.*[280]

Einer der *falschen Sozialbegriffe* war die Freizügigkeit. Bislang nur allmählich (Arbeitsbuch 1935) und in Teilbereichen (Landarbeiter) eingeschnürt, wurde sie vollends beseitigt, als das Regime 1938/39, statt mit Lohnanreizen Arbeitskräfte an Brennpunkte zu ziehen, eine bald unbefristete und endlich auf alle Arbeiter und Angestellten (nicht andere Berufe) ausgedehnte Dienstpflicht einführte: *Für Aufgaben, die der Beauftragte für den Vierjahresplan als besonders bedeutsam und unaufschiebbar bezeichnet.*[281]
Trotz Militarisierung des Arbeitsmarktes gelang es nicht, das Arbeitskräfte-Potential restlos zu mobilisieren und wirksam zu verteilen: Erwerbstätig waren 1939 knapp 73 Prozent der 14- bis 65jährigen (1925: 76), Frauenarbeit, obwohl seit 1936 zunehmend, war ideologisch verfemt (S. 111), häusliche Dienste und Landwirtschaft blieben überbesetzt (S. 116). Der 1939 auf eine Million veranschlagte Arbeitskräfte-Fehlbestand ließ sich mit Auskämmen »unwichtiger« Berufe (nicht der NS-Apparate), Einsatz von Invaliden und Häftlingen, Razzien auf »Arbeitsscheue« (S. 75) nicht ausgleichen. Anfang 1939 beschäftigte das »Volk ohne Raum« 435 903 Ausländer (1929: 125 388).

Der Vierjahresplan, kein Totalplan etwa sowjetischen Modells, erfaßte von der Gesamtwirtschaft im wesentlichen nur die Rohstoffversorgung. Von den 56,8 Mrd. RM Investitionen 1936–1939 flossen nur 13,1 (23 Prozent) in die Industrie und davon nur 6,3 (11 Prozent) in Planprojekte.[282] Als Göring 1938 auf Drängen der IG Farben für die einzelnen Bereiche Generalbevollmächtigte einsetzte (mächtigster: IG-Direktor Krauch als GBV Chemie), zersplitterte der Plan vollends in unkoordinierte, oft improvisierte Teilprogramme wechselnder Dringlichkeit. Bürokratische Schwerfälligkeit und Kompetenzkämpfe in den Planämtern, mit Ministerien, Wirtschaftsstäben der Wehrmacht (zuständig für direkte Rüstungsfertigung) und dem Regional-Egoismus der Gauleiter minderten die Wirksamkeit.



Produktion



Rendite von Aktien und Pfandbriefen

	1929	1932	1936	1939		1929	1932	1936	1939
Kohle Mill. t	338	228	319	400	Textilfasern 1000 t	28	28	88	261
Strom Mrd. kWh	31	24	43	61	Kartoffeln Mill. t	40	47	46	52
Benzin 1000 t	293	415	878	1933	Roggen Mill. t	8,2	8,4	6,9	8,3
Rohstahl Mill. t	16	6	19	23	Weizen Mill. t	3,3	5,0	4,4	4,9
Aluminium 1000 t	33	19	98	200	Butter 1000 t	.	421	496	548

Im April 1939 fabrizierte die Industrie 36 Prozent mehr als 1928: nur 13 Prozent mehr Konsum-, aber 50 Prozent mehr Investitionsgüter. Die Planziele wurden teils überboten (Kohle, Strom, Sprengstoff, Textilfasern), teils entpuppten sie sich als pures Wunschdenken (Buna, Mineralöl, Eisen, Stahl, Kupfer). Trotz »Erzeugungsschlacht« und Anreiz durch Hochpreise wuchs die Agrarproduktion 1933–1939 bloß um 13 Prozent und stieg der Selbstversorgungsgrad von 80 auf 83 Prozent, bei einer »Fettlücke« von 43 Prozent (1933: 47).[283] Das Reich blieb auf Außenhandel angewiesen, der nur dank günstiger Weltkonjunktur und in Wien und Prag erbeuteter Währungshorte mühsam durch die ständige Devisenkrise zu schleusen war.

Autarkie 1938/39[284]	Kohle	Eisenerz	Nikkel	synth. Öle	Mineralöl	Kautschuk	Textilfasern	Brotgetreide	Kartoffeln	Fleisch
in %	116	23	5	15	40	5	43	115	100	97

Die Rüstung war angelegt auf hohen Waffenausstoß, aber nicht auf Kapazitätsausbau der Basisindustrien, ging in die Breite statt in die Tiefe. Für langen Kampf fehlte das Wehrpotential: Es war erst zu erobern. Militärische Konsequenz dieser Schwäche war das Blitzkriegs-Konzept: *durch einen schnellen entscheidenden Schlag die Kriegsentscheidung zu erzwingen. Glückt dies nicht und kommt es zu einem Abringen wie im Weltkriege, so entscheidet . . . die Durchhaltemöglichkeit . . . Die vereinigte große Wirtschaftskraft Englands, Amerikas, Frankreichs ist auf die Dauer eben größer als die der Achsenmächte.* IG-Farben-Krauch schien *die deutsche politische und wirtschaftliche Lage . . . eine rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten zu verlangen.* Er sah einen Ausweg: *die zwingende Notwendigkeit, im Kriegsfalle die Ukraine wehrwirtschaftlich auszunutzen,* und *zunächst friedliche Ausweitung des Großwirtschaftsraumes.*[285]

Alles war auf die eine Karte gesetzt, durch kurze Kraftüberspannung eine Anfangs-Übermacht für Blitzsiege zu erringen, um dann die Wirtschaft mit Ausplünderung unterworfener Länder zu sanieren. Göring vor Unternehmern: *Sieg oder Untergang. Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden! . . . Es darf nicht kalkuliert werden, was kostet es . . . Wir spielen jetzt um den höchsten Einsatz. Was würde sich wohl mehr lohnen als Aufträge für die Aufrüstung?* Ein andermal rechnete er ihnen vor, *wenn wir den Kampf gewinnen würden. Dann ist Deutschland die erste Macht der Welt, dann gehört Deutschland der Markt der Welt . . . Aber man muß was riskieren.* Alles oder nichts, meinte Hitler 1942, da *bei einem Verlust sowieso alles im Buddel sei . . . Wenn wir siegten,* würden *die für Wehrmachtszwecke ausgegebenen Milliarden . . . schon durch die Erzvorräte abgegolten, die im russischen Raum im letzten Jahr in unsere Hände gefallen seien.*[286]
Zwar baute das Reich im Frieden noch keine totale Kriegswirtschaft auf. Aber die Propaganda täuschte ein weit übertriebenes Bild unaufhaltsamer Kraftentfaltung vor, das manche NS-Gegner einschüchterte, innen- wie außenpolitische Erfolge erleichterte und viele Deutsche in der Illusion bestärkte, Deutschland könne noch Groß-, ja Weltmacht sein.

Wir waren nicht mehr so recht überzeugt von unserer Kraft und von unserer Weltmission. Wir waren ein recht bescheidenes Volk geworden. Es fehlte nicht viel, dann hätten wir unsere Neutralität erklärt und hätten uns so richtig an unseren Lebensstandard gewöhnt und hätten den anderen die Welt überlassen. Goebbels fuhr fort: *Heute steckt in jung und alt, in hoch und niedrig, in arm und reich der besessene Wille, die deutsche Nation wieder zu einem Weltvolk allmählich emporzuführen. Jedermann bei uns ist davon überzeugt: Wir müssen an der Beherrschung der Welt teilnehmen* und *unser Volk zum Herrenvolk erziehen.*[287]
Zwar längst nicht jedermann fieberte in Herrenvolk-Wahn. Doch zweifellos träumten viele von einem »Reich«, das mehr war als der Nationalstaat. Das dunkle Weihewort »Reich« kündete von einem alle Deutsche umfassenden »Großdeutschland« als Herr Europas und Weltmacht, von einer welt-erlösenden Sendung des deutschen Wesens. Solcher von Propaganda angerührte Mythen-Verschnitt berauschte vor allem bisher unpolitische Kleinbürger, die ihren sozialen Rang bedroht fühlten von industriegesellschaftlichem Wandel, von Kapital-Konzentration wie von sozialistischer Gleichheits-Losung. Je mehr sie zu Hause in den Schatten gerieten, um so mehr suchten sie den »Platz an der Sonne« draußen.
Im Banne der Fata Morgana weigerten sich die meisten, die Tatsache der Niederlage 1918 anzuerkennen. Sie flohen in die Legende, nur ein »Dolchstoß« Undeutscher habe die »im Felde Unbesiegten« hinterrücks gemeuchelt. Sie bäumten sich rasend auf gegen die »Fesseln« des Versailler Friedensvertrages: nicht nur wegen seiner (harten) Einzelbestimmungen, mehr noch, weil er das »Reich« auf den Nationalstaat einengte und ihm den Aufstieg zur Weltmacht versperrte.
Diese Stimmung fand Hitler vor, und er nutzte sie: *Was konnte man aus diesem Friedensvertrag von Versailles machen! Wie konnte dieses Instrument einer maßlosen Erpressung und schmachvollsten Erniedrigung ... zum Mittel werden, die nationalen Leidenschaften bis zur Siedehitze aufzupeitschen,* bis *Haß zu jenem einzigen feurigen Flammenmeer geworden wäre, aus dessen Gluten dann stahlhart ein Wille emporsteigt und ein Schrei sich herauspreßt: Wir wollen wieder Waffen!*[288]
Waffen indes nicht für Wiedergewinn der Grenzen nur von 1914. Das sei *politischer Unsinn,* ja *Verbrechen,* weil *das Ergebnis doch wieder so erbärmlich wäre, daß es sich, wahrhaftiger Gott, nicht lohnen würde, dafür erneut das Blut unseres Volkes einzusetzen.* Da aber *die deutsche Zukunft, so oder so, den höchsten Einsatz erfordert, muß man ... ein dessen würdiges Ziel aufstellen,* dem Krieg also *die Weihe einer großen Mission für unser Volk vor der Geschichte* geben. Hitler wußte: *Man stirbt nicht für Geschäfte, sondern nur für Ideale.*[289]
Als *Wahrer höchsten Menschentums auf dieser Erde,* so verhieß er, *wird das deutsche Volk seine Zukunft nur als Weltmacht vertreten können.* Er sah, *daß unser Kampf gegen Versailles und unser Kampf um eine Neuordnung der Welt ein und dasselbe sind.* Die »Fesseln von Versailles« sprengen, besagte, das Ziel im zweiten Anlauf doch noch zu erzwingen: *Unsere Aufgabe ist es, den 1918 abgebrochenen Krieg unter günstigeren Bedingungen zum siegreichen Ende zu führen.* [290]
Genauer: Den 1918 angetretenen, mit der Westniederlage zurückgeworfenen Ostmarsch nun über den Brester Frieden hinaus in einem Raub- und Ausrottungskrieg gegen die Sowjetunion wieder aufzunehmen. Damit verfolgte er mehrere Zwecke:

1. Er suchte *dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern. Und diese Aktion ist die einzige, die vor Gott und unserer deutschen Nachwelt einen Bluteinsatz gerechtfertigt erscheinen läßt.* Praktisch *konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen*[291] (S. 14). »Lebensraum«, wirtschafts-, wehr- und rassenpolitisch wichtig, sollte

— *als Nährquelle* die *volle Sicherung unserer Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen* verbürgen und der *Industrie ein inneres Absatzgebiet erschließen,*
— *als machtpolitischer Stützpunkt* und *natürlicher Schutz* dem Reich *jene Größe* geben, die es *zur Weltmacht aber braucht,*
— zur Herrenrasse-Zucht als Siedlungsland dienen, *auf dem dereinst deutsche Bauerngeschlechter kraftvolle Söhne zeugen können,* als *Randkolonien ..., deren Bewohner ausschließlich Träger höchster Rassenreinheit* sind.[292]

Daran hielt er *unverrückbar* fest. Sah er 1925 *das künftige Ziel unserer Außenpolitik* in *Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk,* so forderte er noch Stunden vor seinem Selbstmord 1945, als Sowjetsoldaten wenige hundert Meter vor dem Reichskanzlei-Bunker standen: *Es muß weiter das Ziel sein, dem deutschen Volk Raum im Osten zu gewinnen.*[293]

2. Um *die dauernde freche Bedrohung, die das damalige panslawistische Rußland Deutschland zu bieten wagte,* auszuschalten, waren die Slawen als Angehörige *einer minderwertigen Rasse* zu unterwerfen. Der NS-Staat, schrieb er 1928, habe im eroberten Ostland *diese rassisch fremden Elemente abzukapseln ..., oder er mußte sie überhaupt kurzerhand entfernen.* Intern bekannte er sich 1934 zur *Pflicht zu entvölkern ... Ob ich ganze Volksstämme beseitigen wolle? Jawohl, so ungefähr, darauf wird es hinauslaufen ... Es wird eine der wichtigsten Aufgaben einer deutschen Politik für alle Zeiten sein, das weitere Wachstum der slawischen Völker mit allen Mitteln zu verhindern.*[294]

3. Mit der Sowjetunion hoffte er auch den *Bolschewismus als fluchwürdiges Menschheitsverbrechen ..., Ausgeburt der Hölle,* zu zerschlagen. *Wir Nationalsozialisten sehen im privaten Eigentum eine höhere Entwicklungsstufe ... Der Bolschewismus vernichtet nicht nur das Privateigentum, sondern die private Initiative.* Der *Marxismus lehnt das aristokratische Prinzip der Natur ab ..., bestreitet die Bedeutung von Volkstum und Rasse und entzieht der Menschheit damit die Voraussetzung ihres Bestehens und ihrer Kultur.* Überzeugt, *daß die Frage der Zukunft der deutschen Nation die Frage der Vernichtung des Marxismus ist,* plante Hitler *eine prinzipielle Abrechnung mit den marxistischen Todfeinden unseres Volkes* und *Kampf gegen den Bolschewismus als Weltgefahr.*[295]

4. *Im russischen Bolschewismus haben wir den im zwanzigsten Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblicken, sich die Weltherrschaft anzueignen ..., bis ihm eine andere Kraft entgegentritt und in gewaltigem Ringen den Himmelsstürmer wieder zum Luzifer zurückwirft. Deutschland ist heute das nächste große Kampfziel des Bolschewismus. Es bedarf aller Kraft einer jungen missionshaften Idee, um unser Volk noch einmal emporzureißen, aus der Umstrickung dieser internationalen Schlange zu lösen ... Der Kampf gegen die jüdische Weltbolschewisierung erfordert eine klare Einstellung zu Sowjet-Rußland.*[296]

Dieselbe Sowjetunion, die Hitler unablässig als tödliche Weltbedrohung beschwor, hielt er zugleich für morsch und verfallsgeweiht: *So unmöglich es dem Russen an sich ist, aus eigener Kraft das Joch der Juden abzuschütteln, so unmöglich ist es dem Juden, das mächtige Reich auf die Dauer zu erhalten ... Das Riesenreich im Osten*

ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein.[297] Blind von Antibolschewismus unterschätzte Hitler — wie übrigens fast alle Welt damals — die Sowjetunion und wähnte bis 1941, sie mit Blitzkrieg überwältigen zu können.

Vor dem Aufbruch gen Osten aber waren innen- und außenpolitisch Zug um Zug erst jene *günstigeren Bedingungen* zu schaffen, die für den Sieg die Fehler des ersten Anlaufes vermieden (innere Schwäche, Wirtschaftsblockade, gebrechliche Waffenbrüder, Mehrfrontenkrieg).

Zur *Rückendeckung . . . für eine Vergrößerung des Lebensraumes* meinte Hitler, zunächst Frankreich isolieren und schlagen zu müssen. Es war für ihn *der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes,* denn das *immer mehr der Vernegerung anheimfallende* und *rassisch . . . langsam absterbende Franzosentum kann sich seine Bedeutung in der Welt auf die Dauer nur erhalten bei Zertrümmerung Deutschlands* und *bedeutet in seiner Bindung an die Ziele der jüdischen Weltbeherrschung eine lauernde Gefahr für den Bestand der weißen Rasse Europas.* Erst wenn es *in einem letzten Entscheidungskampf mit deutscherseits größten Schlußzielen* niedergezwungen sei, komme *das ewige und an sich so unfruchtbare Ringen zwischen uns und Frankreich zum Abschluß.*. Doch die Schlacht im Westen hatte Sinn nur als Vorbereitungskrieg *unter der Voraussetzung, daß Deutschland in der Vernichtung Frankreichs wirklich nur ein Mittel sieht, um danach unserem Volke endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können.*[298]

Gegen Frankreich *wird es für Deutschland in absehbarer Zukunft nur zwei Verbündete geben können: England und Italien.* Beider »Lebensräume« – Italiens in Mittelmeer und Nordafrika, Großbritanniens in Übersee – überschnitten sich nicht mit deutschen Ostzielen. Beide seien von französischem Vormachtstreben in Europa bedroht und um ihren Kriegsgewinn betrogen. Beide hoffte er, so wie er *unter Zurückstellung aller Gefühlsmomente* Bündnisse nur als Raub-Komplicentum sah, *durch die Aussicht eines gemeinsamen Erfolges im Sinne gemeinsamer Erwerbungen, Eroberungen, kurz einer beiderseitigen Machterweiterung,* zu ködern. Beide einzuspannen, *haben wir jedes Opfer auf uns zu nehmen:*

— Dem faschistischen Italien bot er eine (in Deutschland überaus unpopuläre) Garantie für den Verbleib des Österreich weggenommenen Südtirol.
— England gegenüber *war auf Kolonien und Seegeltung zu verzichten, der britischen Industrie aber die Konkurrenz zu ersparen.*[299]

Nur mit England allein vermochte man, den Rücken gedeckt, den neuen Germanenzug zu beginnen. War der Osten erobert und Europa unter deutscher Herrschaft, folgte die nächste Etappe zur Weltmacht. *Der richtige Weg* war für Hitler *Stärkung der Kontinentalmacht durch Gewinnung neuen Bodens in Europa, wobei gerade dadurch eine Ergänzung durch spätere koloniale Gebiete in den Bereich des natürlich Möglichen gerückt erschien.*[300] Also: Konflikt mit England.

Ihm war klar: *England wünscht kein Deutschland als Weltmacht,* ja, das Londoner *Finanzjudentum wünscht, entgegen den Interessen des britischen Staatswohls, nicht nur die restlose wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, sondern auch die vollkommene politische Versklavung.* Doch England als *jüdisch verdorbene Demokratie ist genau so lebensunfähig wie Frankreich oder die USA.* Er werde *versuchen, dieses auseinanderfallende Empire auf friedliche Weise zu beerben . . . Aber ich werde auch nicht vor dem Kampf gegen England zurückschrecken.*[301]

Gestützt auf ein durch Kolonien (»Deutsch-Mittelafrika«) abgerundetes blockadefestes Großraum-Kontinentalreich in Europa, ausgerüstet mit einer starken Flotte in Atlantik-Stützpunkten, erwartete Hitler für die nächste Generation den fälligen Entscheidungskampf zwischen den Machtgiganten Deutsch-Europa und USA: Der *drohenden Überwältigung der Welt durch die amerikanische Union* werde *nur der Staat die Stirne zu bieten vermögen, der es verstanden hat, ... den Wert seines Volkstums rassisch zu heben ... Es ist wieder die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung, das eigene Vaterland selbst für diese Aufgabe auf das äußerste zu stärken und vorzubereiten.*[302]

Die *Mission des deutschen Volkes auf der Erde* sah er *in der Erhaltung und Förderung der unverletzt gebliebenen edelsten Bestandteile unseres Volkstums, ja der ganzen Menschheit.* Falsche Rassenpolitik habe einst *uns um die Weltherrschaft gebracht*, bei richtiger *würde das Deutsche Reich heute wohl Herrin des Erdballs sein*, einer Pax Germanica, *begründet durch das siegreiche Schwert eines die Welt in den Dienst einer höheren Kultur nehmenden Herrenvolkes.*[303]
Die Illusion künftiger deutscher Weltherrschaft erwuchs aus der Fiktion gegenwärtiger jüdischer. Goebbels weissagte, daß *Völker, welche den Juden zuerst durchschaut und bekämpft haben, seinen Platz in der Welt einnehmen werden.* Zu Welterlösern erkor Hitler die Deutschen: Werden sie *Opfer dieser blut- und geldgierigen jüdischen Völkertyrannen, so sinkt die ganze Erde in die Umstrickung dieses Polypen; befreit sich Deutschland aus dieser Umklammerung, so darf diese größte Völkergefahr als für die gesamte Welt gebrochen gelten.* Und: *Kein Volk entfernt diese Faust anders von seiner Gurgel als durch das Schwert.*[304]
Waren die Juden ausgerottet und die »Arier« *zum Herrn der Erde* aufgestiegen, so nahte der Tag, *bis endlich dem besten Menschentum, durch den erworbenen Besitz dieser Erde, freie Bahn gegeben wird zur Betätigung auf Gebieten, die teils über, teils außer ihr liegen werden. Wir alle ahnen, daß in ferner Zukunft Probleme an den Menschen herantreten können, zu deren Bewältigung nur eine höchste Rasse als Herrenvolk, gestützt auf die Mittel und Möglichkeiten eines ganzen Erdballs, berufen sein wird.*[305] Der »Arier« griff nach dem Weltall.

Was die meisten Deutschen am NS-Regime in Bann zog, lange geradezu begeisterte und über viel Schlimmes als »Auswüchse« hinwegsehen ließ, war die Außenpolitik — freilich kaum der Science-Fiction-Reißer des Ringens im Kosmos, wohl aber Entwurf und Erfolge des Weges zum »Großdeutschen Reich« als europäische Vormacht, als Weltmacht neben anderen. Wovon so viele träumten, Hitler bot *das moralische Recht zur Erwerbung fremden Grund und Bodens* und, vor allem, ein Rezept. Trotz der Mischung klassisch machtstaatlicher und rassenideologischer Züge schien es skrupellos eiskalt kalkuliert und mit *einer fast mathematischen Gewißheit*[306] auch »realpolitisch« durchführbar.
Aber so verlockend die Chance, so hoch das Risiko: Den Status quo völlig umzustülpen, die Landkarte neu zu zeichnen, erforderte großen Krieg. Krieg indes bedeutete für Hitler nicht, wie noch für die meisten damals, eine an sich zu vermeidende Fortsetzung der Politik nur mit anderen Mitteln. Im Krieg sah er die eigentliche Form internationaler Beziehungen: So *verlieren auch Kriege den Charakter einzelner mehr oder minder gewaltiger Überraschungen, sondern gliedern sich ein in ein natürliches, ja selbstverständliches System einer gründlichen, gut*

fundierten, dauerhaften Entwicklung eines Volkes. Mehr noch: *Krieg ist das Natürlichste, Alltäglichste, Krieg ist immer, Krieg ist überall. Es gibt keinen Beginn, es gibt keinen Friedensschluß. Krieg ist Leben.*[307] (S. 11)
Der von Hitler geplante Krieg war nicht mehr ein Kampf wie bisher. Er ging, so Hitler immer wieder, *auf Leben und Tod*, um *Sein oder Nichtsein von 80 Millionen Menschen*. Zwar war der *Einsatz so zu wählen, daß ein möglichst hoher Gewinn herauskommt. Aus Angst aber, vielleicht das falsche Pferd zu erwischen, überhaupt nicht zu setzen, heißt auf die Zukunft eines Volkes Verzicht leisten ... Ich kann damit eine politische entscheidungsvolle Tat nur deshalb allein, weil ihr Ausgang nicht 100prozentig sicher ist, so wenig als Vabanquespiel bezeichnen*, weil es darauf ankomme, *selbst zweifelhafte, im Erfolg unbestimmte Taten mit äußerster Energie durchzuführen.*[308]
Hatte Versailles dem Reich die Großmachtstellung genommen, aber die nationale Einheit gelassen, so wagte Deutschland mit diesem neuen Anlauf mehr als nur einige Grenzen. Indem es aufgrund *des ewigen Vorrechtes der Kraft und Stärke* anderen Nationen das schiere Existenzrecht bestritt, griff es die bis dahin noch gültige Idee des Nationalstaates insgesamt an und forderte es heraus, verlor es den Kampf, nun auch selbst nicht mehr als Nationalstaat unangetastet zu bleiben. Auch das sah und sagte Hitler: *Ich habe zu wählen zwischen Sieg oder Vernichtung. Ich wähle den Sieg. Größter historischer Entschluß ... Es handelt sich nicht um eine Einzelfrage, sondern um Sein oder Nichtsein der Nation.*[309]

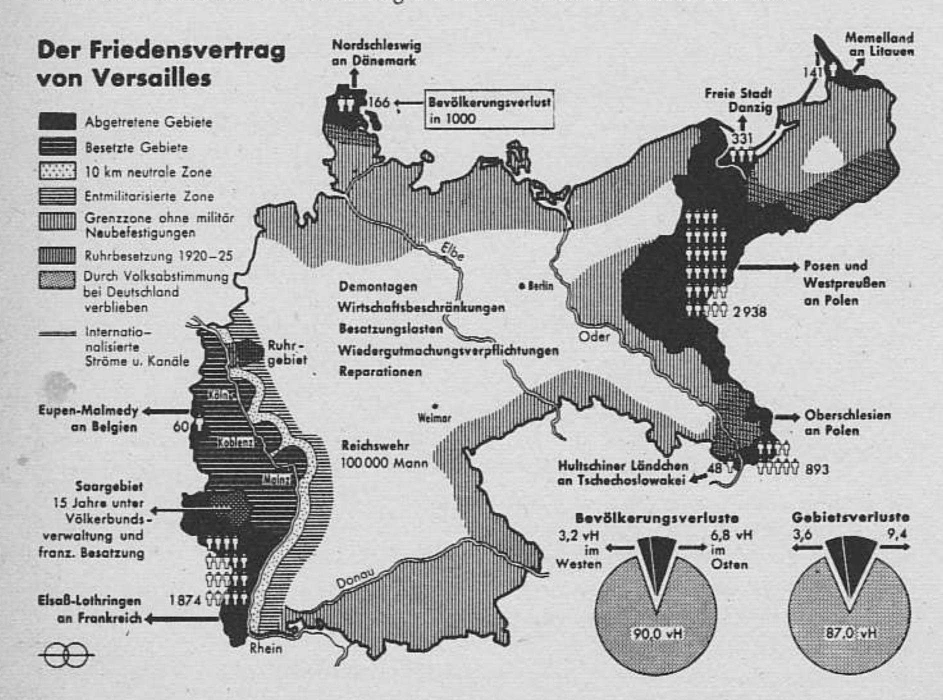
Außenpolitik – Ausbruch aus dem Status quo

Auf den weltanschaulich gewollten Krieg steuerte die NS-Außenpolitik zielbewußt zu – und zwar, entgegen einer Legende, nicht erst ab 1938 nach einer maßvollen Phase, sondern bei allen taktischen Wendungen unbeirrt von Anfang an. Doch solange das Reich noch schwach war, suchte es den Expansionskurs zu tarnen:
1. Eine unablässige Friedenspropaganda beschwor die nach dem Weltkriegsgrauen allgemeine Friedenssehnsucht. Eindrucksvolle Erfolge errang sie in Aussöhnungstreffen mit Frontveteranen westlicher Länder und vor allem in der Berliner Olympiade 1936. Hitler: *Man beleidigt mich, wenn man weiterhin erklärt, daß ich den Krieg will. Soll ich wahnwitzig sein? Den Krieg? Er würde keine Regelung bringen* und bewirken, daß *Asien sich auf unserem Kontinent festsetzt und der Bolschewismus triumphiert.* Oder: *Das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen ... Deutschland braucht den Frieden, und es will den Frieden!* Intern enthüllte er 1938: *Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war.*[310] (S. 42 und 167)
2. Der NS gab sich als Damm und Vorkämpfer Europas gegen den Kommunismus aus (S. 130). Hitler: *Ich zittere für Europa ...*, *wenn durch das Hereinbrechen dieser destruktiven und alle bisherigen Werte umstürzenden asiatischen Weltauffassung*

das Chaos der bolschewistischen Revolution erfolgreich sein würde. Er versicherte, *daß der Nationalsozialismus sich überall und unter allen Umständen dem ihn angreifenden Bolschewismus gegenüber zur Wehr setzen und ihn schlagen und vernichten wird.* Goebbels warb: *Der rote Osten droht, aber der Führer steht auf der Wacht . . . als Vorposten der europäischen Kultur.* Das wirkte im Ausland mehr als die Friedensschwüre. Führende Politiker vor allem Englands meinten, daß Hitler *durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe, und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne.*[311]

3. Das Dritte Reich tat, als vertrete es nur einen damals normalen Nationalismus und begehre *nicht die Gewinnung oder gar Eroberung fremder Völker, sondern die Erhaltung und Sicherung unseres eigenen Volkes,* als wolle es bloß Unerträglichkeiten des Versailler Vertrages beheben, »Gleichberechtigung«, »Freiheit« und »Ehre« wiedererlangen: sich *nicht länger als zweitklassige Nation behandeln lassen.* Doch werde es *die im Wandel der Zeiten unvermeidlichen Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen.* Wenn Hitler zur Vereinigung aller Deutschen in einem Staate wünschte, daß *auch dem deutschen Volke überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird*[312], so schien er mit Gespür für wunde Punkte nur zu fordern, das in Versailles zur Basis der Ordnung Europas erklärte Nationalstaatsprinzip nun endlich auch auf Deutschland anzuwenden.

4. Das Auswärtige Amt (AA, Berlin, Wilhelmstraße) mit seinem bis 1938 kaum umbesetzten konservativen Beamtenstab unter von Neurath, dem deutschnational gesinnten letzten Außenminister Weimars, hielt fest am Stil traditioneller Diplomatie und verschleierte so mit Legalitätstaktik den Kontinuitätsbruch.



Derart durch herkömmliche Begriffe, Institutionen und Methoden abgeschirmt, teils gegen die Warnungen des AA und oft hinter dessen Rücken, verfolgten Hitler selbst und (rivalisierende) NS-Apparate die eigentlichen Ziele:

— Rosenbergs bald überspieltes Außenpolitisches Amt (1933) mühte sich um »Nordische Schicksalsgemeinschaft« und Kontakte zu England, bekämpfte »Weltjudentum« und »Weltbolschewismus« und teilte Rußland auf dem Reißbrett auf.
— Die NSDAP-Auslandsorganisation und der 1937 der SS-»Volksdeutschen Mittelstelle« zugeschlagene »Volksbund für das Deutschtum im Ausland« schalteten deutsche Volksgruppen draußen zu Werkzeugen von Propaganda und Aggression gleich.
— Das Büro Ribbentrops wirkte 1934–37 gegen das AA als Hitlers Privat-Außenministerium; sein Chef (adoptionsadlig, borniert-dünkelhaft, ohne Parteirückhalt führerhörig) reiste bislang in Sekt und nun in neuen Bündnissen.

Die NS-Führung betrieb nicht Revision von Versailles, sondern Kriegsvorbereitung mit Hilfe auch von Revisionspolitik. Vom Vertrag räumte Hitler nur das weg, was ihn hinderte, materiell und geistig aufzurüsten, internationale Bindungen zu kappen, Handlungsfreiheit und Aufmarschräume zu gewinnen: Er

— erklärte 1933 Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund (S. 43),
— führte 1935 die Wehrhoheit wieder ein (S. 137),
— ließ 1936 Truppen ins entmilitarisierte Rheinland einmarschieren (S. 138),
— zog 1937 die deutsche Unterschrift unter dem Kriegsschuldartikel zurück und nahm Reichsbahn wie Reichsbank (S. 124) wieder unter volle Reichsgewalt,
— holte 1938 Österreich (S. 152) und Sudetenland (S. 159) »heim ins Reich«,
— zwang 1939 Litauen zur Rückgabe des zu Unrecht verwalteten Memellandes.

Andere Artikel dagegen, deren Revision aufzuwerfen seinen Interessen nicht nutzte oder gar schadete, ließ er auf sich beruhen oder bestätigte sie sogar:

— Die schon im Locarno-Pakt 1925 garantierte Westgrenze stellte er nicht in Frage bis zum Krieg, verhandelte mit Belgien nicht über Eupen-Malmedy, erkannte Ende 1938 die Abtretung Elsaß-Lothringens vertraglich als endgültig an.
— Dänemark durfte Nordschleswig auch nach der Besetzung 1940 behalten.
— Mit dem Bundesgenossen Italien vereinbarte er 1939 die Umsiedlung der deutschen Südtiroler. Bis Mitte 1942 wurden von 222 018 Gemeldeten 76 824 vor allem ins benachbarte Österreich verpflanzt[313] (geplante Heimat: die Krim).
— Von dem als Partner vorgesehenen Polen forderte er die Ostprovinzen vor dem Krieg nicht zurück, selbst als Kriegsvorwand nur Danzig und einen Korridor.
— Deutschlands »Rechtsanspruch auf seine Kolonien« verfocht er recht lau und ließ deutsch-britische Gespräche 1938 versanden (S. 149).

Der einzige gewaltlose Gebietszuwachs fiel dem Dritten Reich ohne viel Zutun fast in den Schoß: das Saarland. Laut Friedensvertrag sollte nach 15 Jahren Völkerbundsverwaltung und Wirtschaftsnutzung durch Frankreich seine Bevölkerung über ihre Zugehörigkeit abstimmen. Dabei polarisierten sich die politischen Kräfte zum auf deutschem Boden letzten offenen Duell zwischen Ja und Nein zum NS.
Die Mittel- und Rechtsparteien lösten sich ab Juli 1933 auf und vereinten sich mit der Saar-NSDAP zur »Deutschen Front«. Sie warb für Anschluß an Deutschland, unterstützt von der Reichs-NSDAP und den katholischen Bischöfen, die an *die sittliche Pflicht der Liebe zum angestammten Volkstum* mahnten[314] (S. 98).

Sozialdemokraten und Kommunisten (zuvor für eine gar nicht aktuelle »Räte-Saar«) verbanden sich zu einer Einheitsfront (S. 92) und bildeten mit kleinen Gruppen bürgerlicher und katholischer Antifaschisten die »Freiheitsfront«. Sie trat für Weiterdauer der unbeliebten Völkerbundsherrschaft (Status quo) ein. Ihr halfen Emigranten: *Saarländer! Wollt Ihr ein Teil sein der faschistischen Barbarei? . . . Ihr wollt Euer Selbstbestimmungsrecht wahren und frei entscheiden über Eure Vereinigung mit dem von Hitler befreiten Deutschland! . . . Darum gegen die Auslieferung der Saar an Hitler-Deutschland!* Als der Völkerbund beschloß, daß auch bei einer Status-quo-Mehrheit die Saar später zum Reich zurückkehren könne, wurde die — antinationalsozialistische, aber angesichts der Volksstimmung nicht antinationale — Freiheitsfront-Parole *Für Deutschland, gegen Hitler!* zur wirklichen, wenngleich nach wie vor wirkungslosen Alternative, *an der Saar den letzten Hort deutscher Freiheit und deutscher Kultur zu erhalten*[315].

Landesratswahl 1932: Stimmen	*KP-Saar*	*SP-Saar*	*Mittelparteien*	*Zentrum*	*DNVP*	*NSAP*
	84 046	36 022	41 407	156 425	5 812	24 429

Abstimmung am 13. 1. 1935: Stimmen	für Deutschland	für Status quo	für Frankreich
	477 119	46 513	2 124

Die Abstimmung am 13. Januar 1935, im Ausgang nie fraglich, ergab ein 90,5-Prozent-Votum für Deutschland, und das hieß, wie die Dinge lagen, auch für das Dritte Reich. Wieder einmal erwies sich die nationale Losung stärker als die demokratische – auch für rund zwei Drittel der Linkswähler von 1932. Rund 4000 Saar-Demokraten flohen in die Emigration.[316]

Ähnlich eroberte der NS zwei andere abgetrennte Gebiete von innen, und zwar ohne daß eine Anschluß-Entscheidung ihm noch zusätzlichen Auftrieb gab: Er gewann absolute Mehrheiten und die Regierungsgewalt in der Völkerbund-Freistadt Danzig (1933, 1935) und im litauisch besetzten Memelland (1933, 1938).

Der Saar-Sieg besserte die Rüstungsbasis des Reiches um 10 Prozent der Steinkohleförderung und rund 20 Prozent der Roheisen-, Rohstahl- und Walzwerkproduktion auf. Innenpolitisch hob er die vor allem wegen Versorgungsmängeln gedrückte Stimmung. Außenpolitisch buchte Hitler den West-Revisionismus ab und bekräftigte, daß er nun *keine territorialen Forderungen an Frankreich mehr stellen wird*.[317]





Der Erfolg war um so willkommener, als die Bilanz 1934 trübe aussah. Mit seiner trotz Polen-Pakt (S. 43) weithin als aggressiv gefürchteten Außenpolitik hatte der NS-Staat das mühsam angehäufte Vertrauenserbe Weimars verspielt und sich in Isolierung manövriert. In Europa wuchs die Neigung, Frankreichs Bemühen um kollektive Sicherheit zu folgen. Den Aufwind von der Saar im Rücken, ergriff Hitler nun die Initiative, die ohnehin nicht festgekittete Front seiner Gegenspieler aufzuweichen, indem er sie vor vollendete Tatsachen stellte:

— Am 9. März 1935 enttarnte Göring die bisher geheimgehaltene Luftwaffe,
— am 16. März verkündete Hitler die allgemeine Wehrpflicht.

Die Reichsregierung beteuerte, *über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere in der nationalen deutschen Rüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs, als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.* Später bekannte Hitler: *Grundsätzlich habe ich die Wehrmacht nicht aufgestellt, um nicht zu schlagen. Der Entschluß zum Schlagen war immer in mir.* Sein Alibi nach außen (und, nur offensiv statt defensiv gemeint, sein Motiv): *Die Gefahr liegt vor allem im Osten . . . Nur wenn wir eine Rüstung besitzen, die den Bolschewisten Respekt einflößt, sind wir vor ihnen sicher.*[318]

Gegen diesen Bruch von Versailles protestierten England, Frankreich und Italien und bekundeten vier Wochen danach auf ihrer Konferenz in Stresa ihren *Willen, sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen*[319]. Irgendwelche Maßnahmen indes ergriffen sie nicht. Sie duldeten weiterhin, was abzuwenden sie sich außerstande fühlten. Stärker als die Stresa-Solidarität blieben die Eigeninteressen der Mächte:

1. Großbritannien schloß am 18. Juni 1935 mit dem eben vom Völkerbund verurteilten Reich ein Flottenabkommen, das die deutsche Marinestärke auf 35 Prozent der Commonwealth-Tonnage und den U-Boot-Bau auf 45 Prozent der zugestandenen vollen Parität begrenzte. Die Bedeutung des – außerhalb der AA-Diplomatie von Hitler angeregten und von Ribbentrop ausgehandelten — Paktes lag für

— England in günstigen Einzelregelungen, die der Wiederkehr einst unseliger Flottenrivalität vorzubeugen versprachen, und im Beweis, daß der deutsche Revisionismus durch Zugeständnisse und Vertragsbindung zu zähmen war,
— Deutschland mehr in der Tatsache des Abschlusses an sich, der den Vorzug zweiseitiger Abmachungen vor kollektiver Sicherheit dartat, die Isolation durchbrach und den Weg zum angestrebten England-Bündnis zu öffnen schien.

Damit war London vom Verzicht auf Sanktionen erkennbar zur Sanktionierung der deutschen Aufrüstung, ja zur Absage an Versailles übergegangen.

2. Italien sah die Stunde gekommen, sich ein neues römisches Imperium zu erobern, und fiel im Herbst 1935 in Abessinien ein. Daß die Westmächte, voran Frankreich, diesen Raubzug gegen den Status quo mit nur widerwillig-halbherzigem und unwirksamem Widerstand hinnahmen, wurde in Berlin aufmerksam beobachtet. Paris und London lavierten zwischen zwei einander ausschließenden Zielen: Abessinien und das Völkerbundssystem am Leben sowie Italien in ihrem Lager zu halten als Gegengewicht zum Reich, Mitgarant von Locarno und Schutzpatron Österreichs. Beides mißlang. Die vom Völkerbund verhängte Wirtschaftsblockade (ohne Sperre von Ölzufuhr und Suezkanal) reichte nicht, Italiens Sieg zu vereiteln, wohl aber, Mussolini gründlich zu verärgern. Der »Duce« wandte sich allmählich vom Westen ab und dem Reich zu: *Stresa betrachte er als ein für alle Male tot.*[320]

Mit Rückendeckung Italiens konnte Hitler in einem neuen Überraschungsakt abermals ein Kernstück europäischer Nachkriegsordnung sprengen: Am 7. März 1936

— kündigte er den Locarno-Vertrag von 1925 unter dem Vorwand, das eben ratifizierte französisch-sowjetische Bündnis (S. 44) habe diesen Pakt hinfällig gemacht und überantworte Europa dem bolschewistischen Chaos,
— ließ er in die laut Versailles/Locarno entmilitarisierten Rheinlande 30 000 Mann Wehrmacht einrücken, auf westrheinisches Ufer aber nur drei Bataillone,
— erklärte er *den Kampf um die deutsche Gleichberechtigung als abgeschlossen,* beteuerte, er habe *in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen,* und bot eine beidseitig militärfreie Zone, Nichtangriffspakte, ja Rückkehr in den Völkerbund und die Bereitschaft zu *friedlicher Zusammenarbeit* an,[321]
— rief das Volk auf, ihm in Neuwahlen *nachträgliche Zustimmung zu erteilen,* vielleicht weil, wie man in seiner Umgebung vermutete, *für Hitler in erster Linie das innerpolitische Motiv maßgebend ist: H. fühle das Herabgehen der Stimmung für das Regime und suche eine nationale Parole, um die Massen neu zu entflammen.*[322]

Entflammt waren vor allem die Rheinländer. Die Gestapo berichtete von *großer Begeisterung und Freude,* registrierte *Aufmärsche und Fackelzüge* mit Beteiligung, die das *übliche Maß bei weitem übertraf,* aber auch die nun *lebhafte Hoffnung auf eine fühlbare Besserung der immer noch unerfreulichen wirtschaftlichen Lage.* Für das übrige Reich indes fürchtete sie, daß wegen des Kirchenkampfes bei den Wahlen *das Gesamtergebnis nicht so günstig ausfallen wird wie bisher.* Vorsorglich ordnete das Innenministerium an: *Wer heute den einen einzigen Wahlvorschlag enthaltenden Stimmzettel abgibt, ohne z. B. durch Eintragung eines »Nein« oder durch ein Durchstreichen usw. einen gegenteiligen Willen zu bekunden, bekennt sich zum Wahlvorschlag, d. h. er gibt eine gültige Stimme ab.*[323] Das Plebiszit brachte denn auch die gewünschte Zustimmung mit 98,8 Prozent.

Riskant erschien das Vorhaben nur außenpolitisch. Müßte ein solcher Handstreich, bei dem immerhin erstmals Truppen marschierten, nicht militärische Gegenmaßnahmen auslösen, denen das noch schwache Reich nicht werde standhalten können? Rom-Botschafter von Hassell, dem *der Gedanke der Aktivität sympathisch* war, hatte *starke Zweifel, ob das Ergebnis, nämlich die bloße Beschleunigung eines in 1–2 Jahren ohnehin wahrscheinlichen Ereignisses, das Risiko lohnt.* General Jodl erinnerte sich, *daß uns etwa so unheimlich zumute war, wie einem Spieler, der sein ganzes Vermögen im Roulette auf Rot oder Schwarz setzt.* Auch Hitler sah das Risiko: *Die 48 Stunden nach dem Einmarsch ins Rheinland sind die aufregendste Zeitspanne in meinem Leben gewesen. Wären die Franzosen damals ins Rheinland eingerückt, hätten wir uns mit Schimpf und Schande wieder zurückziehen müssen, denn die militärischen Kräfte, über die wir verfügten, hätten keineswegs auch nur zu einem mäßigen Widerstand ausgereicht.*[324]

Doch gegen alle Bedenken und Warnungen setzte Hitler alles auf eine Karte – und gewann. Niemand marschierte gegen ihn. Mussolini hatte Berlin vorher wissen lassen, daß *die Italiener am Fenster stehen und interessiert zusehen.*[325] Kurz aufflackernden Kampfwillen in Paris wiegelte England rasch wieder ab. Was nun noch an Papierprotesten einlief, konnte Hitler ungerührt abheften lassen.

Sein Instinkt, anfangs noch suchend, dann immer sicherer, hatte Stimmungsströmungen seiner Gegner richtig gewittert, sein zynisches Kalkül ihre Schwächen erkannt. Die Warner waren widerlegt, freilich nicht überzeugt. Aber auch wenn kon-

servativ-nationale Diplomaten und Militärs ihre Rollen spielten und den Aufstieg des Reiches begrüßten, so wuchs in einigen doch Unbehagen, das sich zur Opposition allerdings erst zwei Jahre darauf verdichtete (S. 159). Von Hassell, mit dem Ergebnis einverstanden, fand: *Aber was mir vor allem mißfällt und was besorgt macht, sind die Begleitumstände: 1) das Überwiegen des innerpolitischen Motivs, 2) das, aus der Angst vor der eigenen Courage viel zu hohe Angebot an Sicherungen für unseren Friedenswillen, vor allem des Wiedereintritts in den Völkerbund, . . . sogar verbunden mit grundsätzlichem Verzicht auf territoriale Forderungen.* Doch er kritisierte nicht nur fachliche Stümperei des außenpolitischen Amateurs: *Die schlimmste Wirkung ist der Schlag gegen Hitlers Glaubwürdigkeit: niemand will an die Aufrichtigkeit der Zusicherungen glauben.*[326]

Die Stresa-Politik hatte auch die Unabhängigkeit Österreichs gegen Deutschland sichern sollen. Daran war besonders Italien gelegen. Je mehr Mussolini sich seinen westlichen Partnern entfremdete und sich dem Reich annäherte, desto mehr schwenkte er auch in seiner Haltung zu der Alpenrepublik um. Denn wenn die NS-Diktatur zum Freund wurde (und glaubhaft auf Südtirol verzichtete), gab es für Rom kein Interesse mehr, für die Souveränität des kleinen Pufferstaats Truppen am Brennerpaß aufmarschieren zu lassen. Hatte 1934 ein Treffen mit Hitler Mussolinis Mißtrauen gegen dessen Südostdrang nicht auftauen können und hatte gar der mißratene NS-Putsch in Wien kurz darauf (S. 44) die Beziehungen zwischen ihnen vereist, so konnte sich der Duce Anfang 1936 schon mehr für deutsche Ansprüche erwärmen. Zwar gestand er noch keinen Anschluß zu, aber doch einen Vertrag, *der Österreich praktisch in das Kielwasser Deutschlands bringen würde . . . Wenn Österreich so als formell unbedingt selbständiger Staat praktisch ein Satellit Deutschlands würde, so hätte er dagegen nichts einzuwenden.*[327]
Angesichts dieser veränderten Lage konnte Wien nicht umhin, mit Berlin im Juli 1936 ein *vertrauliches Gentlemen-Agreement* zu unterschreiben, in dem Hitler sich zur Souveränität Österreichs bekannte, ansonsten aber das Land weithin gleichschaltete: Es verpflichtete sich,
— *die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung unter Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen der Außenpolitik der deutschen Reichsregierung zu führen*, wobei offen blieb, was *Bedachtnahme* und was *friedlich* hieß,
— einheimische Nationalsozialisten, indes nach eigener Wahl, *zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen*[328],
— die Pressepolemik wie den Propagandakrieg gegen den NS-Staat einzustellen.
Sah Österreichs Bundeskanzler Schuschnigg in dem Abkommen immerhin das Ende deutscher Anschlußbestrebungen und damit eine Dauerregelung für friedliches Nebeneinander, so setzten Hitler und die NS-Radikalen darauf, daß die nun von Beschränkungen befreiten österreichischen Nationalsozialisten die Republik von innen her anschlußreif machen würden (S. 150).

Zum Zusammenwirken Deutschlands und Italiens kam es im Spanischen Bürgerkrieg. Er begann am 17. Juli 1936 mit der Revolte von Teilen der Armee unter General Franco im Bunde mit konservativ-reaktionären Nationalisten gegen die von einer frei gewählten absoluten Parlamentsmehrheit gemäßigter Linksparteien getragene Volksfront-Regierung. Er tobte als technisierter Land- und Luftkrieg regulärer Armeen und innerer wie internationaler Ideologienkampf bis März 1939

und forderte 600 000 Opfer. Die legitime Republik fand Sympathien bei den – Nichteinmischungspolitik treibenden – Westmächten, Hilfe nur von Sowjetunion und Komintern, die für rund 1 Milliarde RM Material lieferten, sowie von internationalen Brigaden mit 40 000 Freiwilligen aller Richtungen aus 66 Ländern, dabei 5000 Deutsche und Österreicher, von denen fast die Hälfte fiel. Francos Nationalspanien erhielt anfangs entscheidende materielle und personelle Unterstützung von

— Deutschland (500 Millionen RM, »Legion Condor« mit nie mehr als 6000–7000 Soldaten, insgesamt 16 000 Mann, 300 Tote),
— Italien (1 Milliarde RM, nie mehr als 50 000 Mann, 6000 Verluste).[329]

Als Vorwand für ihr Eingreifen verketzerten die Rechten und die faschistischen Diktaturen die Republik als Brandherd einer bolschewistischen Revolutionierung Europas. Tatsächlich nahmen die Kommunisten nur 17 von 278 Volksfront-Mandaten ein und traten erst im September auf Weisung Moskaus der Regierung bei, und zwar nicht, um eine Revolution vorwärtszutreiben, sondern um jene das Land durchjagende spontane, teils anarchische Massenrevolution zu ersticken, die sich als zunächst einzige Kraft Franco entgegengeworfen hatte. In einem blutigen Bürgerkrieg im Bürgerkrieg schlug die konservative Linke die revolutionäre nieder, um für die Kriegsführung straffe Ordnung zu schaffen. Die Sowjetunion, im Schatten der stalinistischen Säuberungswellen, nutzte ihre Position in Spanien nicht zuletzt dazu, die hier versammelten Linken aus aller Welt zu disziplinieren und Trotzkisten wie andere Abweichler zu liquidieren.

Entgegen der teils bis heute lebendigen NS-Legende ging es dem Reich nicht darum, »Europa vor dem Bolschewismus zu retten«, vielmehr darum, eigene Expansionsinteressen zu verfolgen:

1. Der spanische Kriegsschauplatz bot sich der jungen deutschen Wehrmacht als Ernstfall-Prüfstand an für neue Waffen und Kampfverfahren. ProMi-Sprachregelung an die Presse: Bei Meldungen über das *Bombardement von Almeria . . . wird gebeten, nicht zu betonen, daß auch Frauen und Kinder unter den Toten sind.*[330]

2. Spanische Rohstoffe sollten der deutschen Rüstung zufließen. Deutsche Wirtschaftskreise wünschten *das tiefe Hineingehen in die Hauptquellen des spanischen Reichtums . . ., nämlich in Landwirtschaft und Bergbau.* Sie forderten, *daß wir also zur Erreichung dieses einzigen Zweckes unserer wirtschaftlichen Festsetzung diplomatisch, militärisch und kulturell Einfluß nehmen müssen . . . Die Durchführung . . . wird, wenn auf verständigem Wege dies nicht erreicht werden kann, erzwungen werden müssen.* Anfang 1938 waren 73 Minenrechte, Ende 1938, entgegen spanischem Gesetz, die Aktienmehrheiten der beherrschenden Montana-Gesellschaften in deutschen Händen.[331]

3. Für Hitler überwog wohl der von ihm erwartete strategische Nutzen, den er wenigstens vorerst weniger im Gewinn eines Ausfalltores in den Atlantik sah, sondern mehr darin, die Mittelmeer-Rivalität zwischen Italien und dem Westen zu schüren, die Roms Ehrgeiz heraufbeschwören mußte, Spanien zu seinem Trabanten zu machen und so von beiden Flanken her Frankreichs und Englands Verbindung nach Nordafrika zu beherrschen. Waren die Westmächte erst einmal in einem solchen, von Hitlers Zielräumen weit entlegenen Konflikt gefesselt, konnten sie ihn kaum stören. Deshalb *sei vom deutschen Standpunkt ein hundertprozentiger Sieg Francos auch nicht erwünscht; wir seien vielmehr an einer Fortdauer des Krieges und Erhaltung der Spannungen im Mittelmeer interessiert.* Denn: *Ein Festsetzen der Italiener auf den Balearen sei aber weder für Frankreich noch für England*

tragbar und könne zu einem Krieg Frankreichs und Englands gegen Italien führen ... Wenn Deutschland diesen Krieg zur Erledigung der tschechischen und österreichischen Frage ausnütze, so sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß England ... sich nicht zu einem Vorgehen gegen Deutschland entschließen würde.[332]

Obwohl Hitler in seiner Theorie einem Bündnispartner *die Aussicht eines gemeinsamen Erfolges* im Sinne eines »fairen« Raub-Komplicentums zubilligte (S. 131), behandelte er die Interessen seines ersten Partners in der Praxis keineswegs als gleichrangig den seinen. Wie immer er den Duce bewunderte, Italien sollte ihm nur Instrument sein, Köder zur Ablenkung von Gegnern, diesen allein ausgeliefert, während er unbehelligt Beute machte. Bald dämmerte italienischen Politikern, *daß das Bündnis mit uns den Deutschen nur soviel wert ist, als wir Kräfte von ihren Grenzen abziehen können. Nichts mehr. Um unser Schicksal kümmern sie sich nicht.*[333] Aber es war zu spät. Ruhmsüchtige Abenteuerpolitik hatte Italien den Westmächten so weit entfremdet, daß ihm, wollte es nicht isoliert sein, keine Wahl blieb als Anlehnung an das erstarkte, erfolgreiche Deutschland.
Im Oktober 1936 einigten sich beide über die Abgrenzung ihrer Expansionsrichtungen: Italien nach dem Mittelmeer, Deutschland nach Osteuropa. Italien versprach Beistand auch für einen Krieg. Die, so Mussolini, »Achse« Berlin–Rom war zwar noch kein förmliches Bündnis, aber eng koordinierte Außenpolitik mit wachsendem Übergewicht Deutschlands. Sie war eine »gemeinsame Kriegserklärung an den Status quo« (Graml).
Nur einen Monat später suchte er die Interessenabstimmung mit der dritten expansiven Macht anzubahnen, mit Japan, das 1931 die Mandschurei erobert, 1933 den Völkerbund verlassen hatte und auf dem Sprung zum Krieg gegen China stand. Mit Tokio schloß Ribbentrop (nicht das AA) den Antikominternpakt, nach dem beide Staaten *sich gegenseitig über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zu unterrichten, über die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu beraten und diese in enger Zusammenarbeit durchzuführen* hatten. Ein geheimes Zusatzabkommen war defensiv: Sollte einer der beiden *Gegenstand eines nicht provozierten Angriffs ... durch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden, so verpflichtet sich der andere ..., keinerlei Maßnahmen zu treffen, die in ihrer Wirkung die Lage der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu entlasten geeignet sein würden.* Für fünf Jahre sollten beide mit der UdSSR *keinerlei politische Verträge schließen, die mit dem Geiste dieses Abkommens nicht übereinstimmen.*[334] Nachdem Ende 1937 Italien diesem Vertrag beigetreten war, rückte das von Ribbentrop angepeilte »weltpolitische Dreieck Berlin–Rom–Tokio« in greifbare Nähe, gelang aber erst 1940. Zu der verabredeten Zusammenarbeit kam es jedoch nie. Unfähig, sich in das Konzept eines anderen hineinzudenken, übersahen Hitler und seine Außenpolitik-Ideologen, daß Japans Politik ihren Zielen eher entgegenlief, denn es
— konnte nun, da die Sowjetunion als mögliche Gegenspielerin unter Druck stand, seine eigenen Pläne gegen China und Südostasien vorantreiben,
— wurde dadurch so beansprucht, daß es kein Interesse mehr haben konnte, eine antisowjetische Politik Deutschlands zu unterstützen,
— mußte aber in seinen Expansionsräumen mit dem von Hitler umworbenen England in Konflikt geraten, ohne es doch völlig von Europa ablenken zu können,
— drohte, beim Ausgreifen in den Pazifik die USA aus ihrem Isolationismus zu entfesseln und sie zu zwingen, gegen die expansiven Diktaturen aufzutreten.

Mit der innenpolitisch bewährten Mischung von Legalitätstaktik, ideologischen Verlockungen und überraschender Gewalt hatte die NS-Außenpolitik in wenigen Jahren die europäischen Ordnungen von Versailles, Locarno und Stresa sowie das französische Sicherheitssystem zerstört, das Reich aus allen kollektiven internationalen Bindungen gelöst und außenpolitische Handlungsfreiheit gewonnen.

Außenpolitik – Aufbruch zum Krieg

Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Kriege, es wird nur noch nicht geschossen.[335] Was Göring als Vierjahresplan-Beauftragter hier Ende 1936 vor Industriellen ausrief, war mehr als eine seiner Großsprechereien. Seine Worte, gewiß zugespitzt, um das Rüstungstempo voranzupeitschen, konnten die Zuhörer doch erkennen lassen, daß Krieg aus einem Fern- zu einem Nahziel geworden war. Schon im August hatte Hitler in seiner Geheimdenkschrift (S. 125 f.) Kriegsbereitschaft binnen vier Jahren verlangt und damit erstmals einen Termin – Mitte 1940 – angedeutet, von dem an frühestens er loszuschlagen gedachte.

Nun schon genauere Angriffspläne mit ersten Terminen und Opfern enthüllte Hitler am 5. November 1937 Kriegsminister von Blomberg, den Oberbefehlshabern von Fritsch (Heer), Göring (Luftwaffe), Raeder (Marine), seinem Wehrmachtsadjutanten Oberst Hoßbach und Außenminister von Neurath. Ihnen trug er *seine grundlegenden Gedanken* als *seine testamentarische Hinterlassenschaft* vor[336]:

Das Ziel der deutschen Politik bleibe die *Gewinnung eines größeren Lebensraumes ... in Europa und nicht in Übersee ... Was darüber hinaus in späteren Zeiten notwendig werden sollte, müsse nachfolgenden Geschlechtern überlassen bleiben. Die Entwicklung großer Weltgebilde gehe nun einmal langsam vor sich ... Weder früher noch später habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stoße stets auf den Besitzer ... Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein.* Ausgehend vom *Entschluß zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, ... seien drei Fälle zu entscheiden:*

Fall 1: Zeitpunkt 1943–45. Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten. Deshalb *sei es sein unabänderlicher Entschluß, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen. Die Notwendigkeit zum Handeln vor 1943/45 käme im Fall 2 und 3 in Betracht.*

Fall 2: Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise auswachsen sollten, daß durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen.

Fall 3: Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, daß es gegen Deutschland nicht »vorgehen« kann.

Zur Verbesserung unserer militärpolitischen Lage müsse in jedem Fall bei einer kriegerischen Verwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten. Obwohl er von *Haßgegnern* sprach, *glaube der Führer, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechei bereits im Stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten, daß*

diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde. Er erwog *eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen ...*
In gewissere Nähe sähe der Führer den Fall drei gerückt, der sich aus den derzeitigen Spannungen im Mittelmeer entwickeln könne und den er eintretendenfalls zu jedem Zeitpunkt, auch bereits im Jahre 1938 auszunutzen entschlossen sei ..., wobei der Überfall auf die Tschechei »blitzartig schnell« erfolgen müsse.
Echtheit und Bedeutung dieses Schlüsseldokumentes, das die Kontinuität von Hitlers Kriegswillen beweist, wurden seit den 50er Jahren mehrfach, vor allem von rechtsradikalen Weißwäschern, bezweifelt. Denn: Hitlers Ansprache ist nicht in seinem eigenen Rede-Manuskript, nicht wie andere Geheimkonferenzen in stenografischem Protokoll oder Tonaufnahme überliefert, sondern durch eine 1943 getippte Abschrift einer nachträglichen handschriftlichen Aufzeichnung von Oberst Hoßbach.
Stimmt diese Kopie mit dem bis heute verschollenen Original überein? Hoßbach, 1946 dazu befragt, wollte das acht Jahre danach im einzelnen *nicht mehr mit Sicherheit sagen,* doch er erklärte unter Eid, daß er *in Summa eine Wiedergabe seiner eigenen Niederschrift als vorliegend annehmen müsse.* Bestätigt wird Hoßbachs Erinnerung durch einen Vermerk von General Beck (S. 144), der das Papier las und in seiner Stellungnahme dazu viele von Hitlers Gedanken wiederholte.
Schildert Hoßbach die Sitzung richtig? Seine Aufzeichnung schrieb er *einige Tage nach dem 5. November* anhand seiner *während der Besprechung gemachten stichwortartigen Notizen* und nach *Gedächtnis,* so daß er *zu einer wortgetreuen und vollinhaltlichen Wiedergabe der Sitzung nicht in der Lage* war. Die zeitweise erregte Diskussion konnte er nur verkürzt skizzieren, doch er versichert glaubwürdig: *Das Wesentliche der Hitlerschen Ausführungen festgehalten zu haben, davon war ich überzeugt.* Blomberg soll damals den Inhalt bestätigt haben, Göring, Neurath und Raeder bestritten ihn vor dem Nürnberger Gericht nicht.[337]

Daß Hitler nicht unverbindliche »Wachträume« (Taylor) gesponnen hatte, zeigte sich bald in einer Wehrmacht-Weisung, in die Blomberg Hitlers Konzept umsetzte und die der Führer als *militärische Ausführung der von ihm am 5. November entwickelten Absichten* billigte. Sie wich von einer früheren Weisung merkbar ab:

Weisung vom 24. Juni 1937

Die allgemeine politische Lage berechtigt zu der Vermutung, daß Deutschland mit keinem Angriff von irgend einer Seite zu rechnen hat ... Ebensowenig besteht von Seiten Deutschlands die Absicht, einen europäischen Krieg zu entfesseln. Trotzdem erfordert die ... Weltlage eine stete Kriegsbereitschaft der deutschen Wehrmacht a) um Angriffen jederzeit entgegentreten b) und um etwa sich ergebende politisch günstige Gelegenheiten militärisch ausnutzen zu können ...

Um den bevorstehenden Angriff einer überlegenen feindlichen Koalition abzuwehren, kann der Krieg im Osten mit einer überraschenden deutschen Operation gegen die Tschechoslowakei beginnen.

Weisung vom 21. Dezember 1937

Hat Deutschland seine volle Kriegsbereitschaft auf allen Gebieten erreicht, so wird die militärische Voraussetzung geschaffen sein, einen Angriffskrieg gegen die Tschechoslowakei und damit die Lösung des deutschen Raumproblems auch dann zu einem siegreichen Ende zu führen, wenn die eine oder andere Großmacht gegen uns eingreift ...
Tritt aber eine Lage ein, die durch Englands Abneigung gegen einen allgemeinen europäischen Krieg ... die Wahrscheinlichkeit schafft, daß Deutschland außer Rußland keinen weiteren Gegner an der Seite der Tschechoslowakei findet, so wird der Fall »Grün« auch v o r der erreichten vollen Kriegsbereitschaft Deutschlands eintreten ...
Das Ziel besteht in einem planmäßig im Frieden vorbereiteten strategischen Überfall auf die Tschechoslowakei.[338]

Nur Göring stimmte am 5. November zu. Doch was Militärs und Außenminister an Widerspruch vorbrachten, waren nicht Proteste gegen den Kriegskurs, sondern Fachkritik (Unterschätzung der Gegner, verfrühter Termin bei unausgereifter Rüstung) und Zweifel, ob die Westmächte stillhalten und die Aktionen lokalisiert bleiben würden. Heeres-Generalstabschef Beck fand Hitlers Plan, als er davon erfuhr, *in seiner mangelnden Fundierung niederschmetternd.* Aber auch ihn, der sich bald zum Widerstand durchrang (S. 160 f.), schreckte das Risiko, nicht die Absicht: *Die Zweckmäßigkeit, den Fall Tschechei (evtl. auch Österreich) bei sich bietender Gelegenheit zu bereinigen . . ., wird nicht bestritten. Die über die Voraussetzungen einer solchen Gelegenheit angestellten Betrachtungen bedürfen aber einer weit gründlicheren und umfassenderen Untersuchung.*[339]
Kleideten sie grundsätzlichere Einwände nur in Argumente, die Hitler noch am ehesten beeindrucken könnten? Oder hatten sie tatsächlich keine anderen Bedenken als Furcht vor übereiltem Losschlagen unter noch ungünstigen Bedingungen?

Die meisten gerade der höheren Militärs hielten sich für Nur-Soldaten, fern jeder Politik ganz der Sachlichkeit des Dienstes hingegeben. Fritsch: *Ich habe es mir zur Richtschnur gemacht, mich nur auf mein militärisches Gebiet zu beschränken und mich von jeder politischen Tätigkeit fernzuhalten.* Doch das Leitbild vom »unpolitischen« Soldaten, der nur einem hoch über der Gesellschaft thronenden Staatsideal verpflichtet ist, war bestenfalls Selbsttäuschung. In Wahrheit, so ein Offizier, stellte es einen *höchst politischen Faktor* dar – *im Sinne der bestehenden Staatsgewalt*[340] Unterordnung statt Widerstand.
Zwar blieb im Interesse fachgemäßer Aufrüstung die Armee von äußerer Gleichschaltung (vorerst) ausgespart, mußten NS-Mitgliedschaften von Soldaten ruhen, endete die Macht von Partei und sogar Gestapo am Kasernentor, unterschrieb Hitler die ihm vorgelegten Ernennungsurkunden für Offiziere ungelesen. Aber – Kern des im Februar 1933 angebahnten (S. 19 f.), 1934 durch Junimorde und Eid auf Hitler besiegelten (S. 59) Reichswehr-Hitler-Bündnisses – für Nichteinmischung in ihr inneres Gefüge ließ sie dem NS im Innern freie Hand.
Darauf schwor das Wehrministerium die Kommandeure ein. Ministeramtsleiter von Reichenau im Februar 1933: *Morsches im Staat muß fallen, das kann nur mit Terror geschehen. Die Partei wird gegen Marxismus rücksichtslos vorgehen. Aufgabe der Wehrmacht, Gewehr bei Fuß. Keine Unterstützung, falls Verfolgte Zuflucht bei der Truppe suchen.* Minister von Blomberg im Juni 1933: *Es wird ein Glück sein, wenn diese Bewegung bald zu der von ihr erstrebten Totalität kommt . . . Daher zu wünschen, daß Deutschnationale und Zentrum bald verschwinden. Daß beim Umschwung an die Wehrmacht nicht gerührt wurde, liegt nur daran, daß wir unpolitisch waren. Dieses Unpolitischsein hatte ja nie die Bedeutung, daß wir mit dem System der früheren Regierungen einverstanden waren. Es war vielmehr ein Mittel, uns vor zu enger Verstrickung in dieses System zu bewahren. Jetzt ist das Unpolitischsein vorbei, und es bleibt nur eins: der nationalen Bewegung mit aller Hingabe zu dienen.*[341]
Organisatorisch schirmte die Wehrmacht ihre Eigenständigkeit ab, ideologisch ging sie auf engste Tuchfühlung. Aus taktischem Kalkül und Gesinnungsgleichklang paßte sie sich – wie andere Gruppen der Gesellschaft auch – dem Regime freiwillig an. Sie müsse, befahl ihr Ministerium, *als im Sinne der Regierung Hitler absolut zuverlässig, als im nationalsozialistischen Denken planmäßig erzogen* auftreten.

Heeres-OB von Fritsch erwartete *von jedem Angehörigen des Heeres, ganz besonders aber von dem Offizier, daß er den Anschauungen des 3. Reiches gemäß handelt, auch wenn solche Anschauungen nicht in gesetzlichen Bestimmungen, Verordnungen oder dienstlichen Befehlen festgelegt sind.*[342] Die Wehrmacht

- übernahm unaufgefordert den Arier-Paragraphen (S. 33), verstieß aber bis Mitte 1934 wegen der Frontkämpfer-Schutzklausel nur 70 jüdische Kameraden,
- zeigte politisch unzuverlässige Soldaten der Gestapo an, jedoch nicht während der Wehrdienstzeit, sondern erst bei ihrer Entlassung,
- impfte im »Nationalpolitischen Unterricht« Mannschaften und Offiziere mit NS-Weltanschauung einschließlich antisemitischer Rassenlehre,
- pflegte eine offensive Kriegs- und (gen Osten) sogar Eroberungsdoktrin.

Je mehr die Wehrpflichtarmee durch Zustrom neuer Rekruten und reaktivierter Offiziere anschwoll, um so mehr NS-Gläubige und -Mitläufer, HJ-geformte Fähnriche und (außer in der Marine) beförderte Unteroffiziere weichten die Geschlossenheit der Reichswehr und die Exklusivität der Offizierskaste auf.

	Aktive Soldaten	Reservisten	Aktive Offiziere	Reserveoffiziere
1933	108 000	—	5 500	—
1939	706 000	1 100 000	24 000	75 000

Auch wo Militärs NS-»Auswüchse« ablehnten, begrüßten die meisten, daß

- sie Sozialprestige und Karrierechancen wie nie zuvor gewannen,
- die halbwegs demokratische Wehrverfassung Weimars verschwand und wieder eine eigene Militärstrafjustiz (nach dem Modell der von 1898) richtete,
- schwarz-weiß-rote Traditionen und Farben wieder anerkannt waren,
- im Innern Ordnung herrschte, die sie vor Bürgerkriegseinsatz bewahrte,
- die Massen diszipliniert und zur Wehrfreude erzogen wurden,
- die einschränkenden und kränkenden »Fesseln von Versailles« fielen und das Reich sich durch Aufrüstung wieder zur Militärmacht erhob.

Wohl zutreffend meinte Blomberg nach dem Krieg: *Vor 1938–1939 waren die deutschen Generale nicht gegen Hitler eingestellt. Es war kein Grund vorhanden, Hitler zu opponieren, da er die Erfolge brachte, welche sie wünschten.*[343]

Indes: So regimetreu und NS-konform die Wehrmacht war, eine bis zur letzten Ader NS-durchblutete Truppe wurde sie nie. Sie wollte Armee des Führers sein, nicht der NSDAP, zweite Säule des Staates neben der »Bewegung«. Im Heer lebte noch preußische, in der Marine kaiserliche Tradition. Auch die Luftwaffe, obwohl NS-Schöpfung und unter Parteimann Göring vom Kriegsministerium weithin unabhängig, war keine Partei-Fliegerei. Anders als im SS-Orden (S. 70) blieb in der Wehrmacht der ideologisch fanatisierte Kämpfertyp selten. Eher schon verkümmerte überkommenes Soldaten-Ethos zum Idol blinder Pflichterfüllung, perfekten Funktionierens, männlicher Bewährung in sportlichem Abenteuer. Gegen Krieg war die Generalität nicht, nur gegen zuviel Risiko, ihn zu verlieren. Selbst grobschlächtige Haudegen brannten nicht auf Krieg um des Krieges willen. Hitler: *Was sind das für Generale, die ich in den Krieg treiben muß, statt daß es umgekehrt wäre.* Dem warnenden Heeres-Generalstab warf man in Führernähe *Miesmacherei* vor, *weil er letzten Endes an das Genie des Führers nicht glaubt.*[344]

Grundsätzlichen, entschiedenen Widerstand hatte Hitler am 5. November 1937 nicht gefunden, doch, in seinen Augen, so viel Kleinmut, daß er nun, günstige Gelegen-

heiten nutzend, die konservativen Bremser abhalfterte und die für Expansionspolitik wichtigen Posten mit ihm ergebenen Gefolgsleuten besetzte:

1. Ende November trat Schacht als Wirtschaftsminister zurück und räumte das Feld Görings konzernbeherrschtem Vierjahresplan-Apparat (S. 126).

2. Am 4. Februar 1938 wurden Änderungen der Wehrmachtspitze bekanntgegeben:

- Als der willfährige Kriegsminister von Blomberg wegen Heirat mit einer Prostituierten gehen mußte, machte Hitler zum neuen Oberbefehlshaber der Wehrmacht nicht den postenhungrigen, mit dem Feldmarschallsrang abgefundenen Göring, auch nicht von Fritsch, sondern sich selbst.
- Das Kriegsministerium wurde abgelöst durch das Hitler untergeordnete »Oberkommando der Wehrmacht« (OKW) mit Jasager Keitel als Chef.
- Den trotz Führertreue hemmenden von Fritsch schossen Göring und Himmler mit einer Homosexualitäts-Verleumdung ab, die zwar vor einem Ehrengericht zusammenbrach, aber zunächst einmal Hitler als willkommener Vorwand diente, den Freiherrn auszubooten. Das Heer nahm diese Intrige widerstandslos hin.
- Als neuen Heeres-OB holte Hitler den gefügigen, ihm durch 80 000 RM Dotation verpflichteten General von Brauchitsch, der sofort das Heerespersonalamt gleichschaltete, 16 Generale verabschiedete und 44 versetzte.

Gewinner im Hintergrund war wie bei der SA-Entmachtung (S. 59) Himmler: endlich konnte er die vom Heer bislang gedrosselten SS-Truppen (S. 73) ausbauen.

3. Am selben Tag schob Hitler Außenminister von Neurath, der nach dem 5. November zurücktreten wollte, auf den Präsidentensessel des (nie tagenden) Geheimen Kabinettsrats fort und berief einige als Warner unbequeme Botschafter ab (auch von Hassell/Rom). Das Auswärtige Amt gab er, den Ehrgeiz Rosenbergs übergehend, an Ribbentrop, der die meist beibehaltenen Beamten alter Schule zu nazifizieren begann, dem AA entrissene Kompetenzen zurückeroberte, es aber zum bloßen Ausführungsinstrument des Führerwillens degradierte.

Außenpolitik: Appeasement und Aggression

Bevor Ribbentrop die Wilhelmstraße bezog, war er seit Mitte 1936 Botschafter in London gewesen, um die Briten über den Flottenvertrag hinaus (S. 137) für das erstrebte Bündnis zu werben, den Eckpfeiler in Hitlers außenpolitischer Konstruktion. Er scheiterte, weniger an seiner Unfähigkeit – den Hof z. B. schockte er mit Heil-Hitler-Geschmetter – als an der von ihm und Hitler nie ganz begriffenen Unvereinbarkeit der außenpolitischen Ziele beider Staaten.

Dabei war die öffentliche Meinung auf der Insel in Distanz zu den Hegemoniebestrebungen der französischen Nachkriegspolitik inzwischen eher mehr als weniger deutschfreundlich geworden. Wenn auch faschistische Gruppen nach Anfangserfolgen bald längst nicht so viel Anklang fanden wie in Frankreich, so begegneten dem Dritten Reich vor allem bei der konservativen Ober- und Mittelschicht gewisse, auch durch Kirchenkampf und Judenverfolgung nicht ganz abkühlende Sympathien, auch ein »Profaschismus verängstigter Kapitalisten«.[345] Ein deutscher Besucher von 1937 *stand enttäuscht und entsetzt vor der fast allgemeinen Anerkennung und Bewunderung für Hitler*. Ein Diplomat meinte von *dem großen Sozialexperiment*, die Eng-

länder sollten es *weniger kritisieren, sondern könnten einige nützliche Lehren daraus ziehen.* Es gab Briten, *die sich ganz offen einen Hitler wünschten, um ihre Arbeiter in England in Ordnung zu halten.*[346]
Ein Bündnis aber mit dem unruhigen Reich befürwortete kaum jemand. Das Weltkriegsgrauen noch unvernarbt in Erinnerung, wünschten die meisten nichts als Frieden. Auch die von der Conservative Party gestellten Regierungen der 30er Jahre sahen das britische Interesse nicht in riskanter Bindung an Berlin, sondern
– in Abriegelung der UdSSR und ihres weltrevolutionären Kommunismus,
– vor allem im Schutz des Empire vor der aufsteigenden Großmacht Japan.
Die Expansionsmächte Deutschland, Italien und Japan zugleich einzudämmen, hielten sie England nicht für stark genug. Da die USA in ihrem auch von Roosevelt nicht zu überwindenden Isolationismus verharrten, entschied London 1934,
– Japan als die Hauptgefahr für das britische Weltreich zu betrachten,
– in Europa als Rückendeckung eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen.
Da die Diktaturen den Frieden am meisten gefährdeten, sie aber ohne (gerade zu vermeidende) Gewalt nicht zu beseitigen waren, schien es um so nötiger, vor allem sie – unter Ausklammerung ihrer Innenpolitik, unter Verzicht auf Kreuzzüge – in eine Friedensordnung einzufügen. Basis dafür konnte jedoch offenkundig nicht mehr das von Deutschland abgelehnte, von Italien aufgegebene, von England als unweise bezweifelte Versailler System sein. Was im Ernst hatten die westlichen Demokratien entgegenzuhalten, wenn Hitler Versailler Prinzipien gegen Versailles ausspielte und das von ihnen verkündete Selbstbestimmungsrecht endlich auch für die Deutschen verlangte? (S. 134) Wer war von der Berechtigung eines Krieges zu überzeugen, um die Vereinigung von Volksteilen zu verhindern, die im Namen der Selbstbestimmung erkennbar zueinander wollten?
Alle Versuche, die Versailler Ordnung zu betonieren, waren fehlgeschlagen: kollektive Sicherheit im Völkerbund, Locarnopakt, Stresafront, Frankreichs Osteuropa-Bündnisse. Wenn der Status quo von 1919 nicht länger zu halten war, mußte ein neuer gefunden werden: durch Revision von Versailles. Dies allerdings
– nur gemeinsam von einem Konzert der Großmächte (mit Deutschland, aber ohne die UdSSR) und nicht in einseitigen Überraschungsakten,
– nur in friedlicher Vereinbarung und nicht mit Drohung und Gewalt,
– nur in berechtigt erscheinenden Ansprüchen und nicht darüber hinaus.
Dem zugrunde lag die Erwartung, mit Zugeständnissen müsse es gelingen,
– die Ursachen von Spannungen auszuräumen oder doch zu entschärfen,
– auch einen Hitler von einer Politik der Gewalttätigkeit abzuhalten,
– ihn an Verfahren der Verhandlung und des Vertrages zu binden,
– damit in Europa Frieden zu garantieren.
Solange die britische Regierung glaubte annehmen zu können, dem Reich gehe es nur um Revision von Versailles, war sie bereit, auch weitgehende Forderungen zu unterstützen, sofern es sich nur an Regeln der Konfliktlösung durch friedliche Übereinkunft hielte und nicht durch (überflüssige) Gewaltanwendung England zwänge, den (als revisionsbedürftig anerkannten) Status quo wider Willen zu verteidigen. Premierminister Chamberlain Ende 1937: *Gebt uns Sicherheit, daß ihr in der Österreich- und Tschechenfrage keine Gewalt gebraucht, und wir sichern euch zu, daß wir die von euch gewünschten Änderungen nicht mit Gewalt verhindern werden, wenn ihr sie mit friedlichen Mitteln erreichen könnt.*[347]
Indes: Zu einem Frieden um schlechterdings jeden Preis, zu uferlosem Nachgeben,

zur Dauerkapitulation vor schlechthin jedem Druck waren auch die entspannungswilligsten Londoner Politiker nicht bereit. Erfüllen wollten sie »berechtigte« Forderungen, auch wenn Selbstbestimmungsrecht für Deutschland hieß, die Unabhängigkeit Österreichs, die Lebensfähigkeit der Tschechoslowakei und sogar die Westgrenze Polens preiszugeben. Aber das, was Hitler eigentlich von England erhoffte – Anerkennung deutscher Vormacht auf dem Kontinent und Rückendeckung für Lebensraum-Eroberung im Osten –, mußte es ihm unter allen Umständen verweigern. So antikommunistisch die britische Führungsschicht war, so sehr sie auch mit Hilfe des als Antibolschewismus-Bollwerk begrüßten NS-Regimes (S. 134) die Sowjetunion von Europa auszusperren suchte, so wenig war ihr daran gelegen, das Reich auf die UdSSR zu hetzen. Angesichts von Frankreichs Schwäche würde der Sieger dieses Zweikampfes Hegemonialmacht in Europa und damit eine Gefahr für Englands Sicherheit, die auf kontinentalem Kräftegleichgewicht beruhte.

Diese von London spätestens seit 1933 und besonders von Chamberlain, Premier seit Mai 1937, betriebene Politik des »Appeasement« (»Befriedung«) stieß in England auf breite Zustimmung, aber auch auf Kritik. Man warf ihr vor, sie gehe von der Illusion aus, Hitler sei nichts als ein, wenngleich extremer, Revisionist, den man durch Erfüllung berechtigter Forderungen zur Ruhe bringen könne. Sie verkenne, daß die Revision von Versailles ihm nur ein Mittel sei, viel weitergehende Ziele anzusteuern, die ihm an keinem runden Tisch zugestanden werden könnten und die er sich deshalb durch Krieg holen werde. Abgesehen von der moralischen Fragwürdigkeit, ein derart mit Verbrechen beladenes Regime wie das des Dritten Reiches mit Konzessionen zu belohnen, sei es höchst unklug, den Gegner in einem doch unvermeidbaren Kriege erst zu stärken. Zugeständnisse könnten die Angriffslust des NS nicht beruhigen, sondern nur anstacheln, womit Appeasement gerade nicht den Frieden sichere, sondern die Kriegsgefahr erhöhe.

Zweifellos behielten die Kritiker schließlich recht. Doch das stellte sich in aller Klarheit erst nachträglich heraus. Damals jedenfalls, 1937/38, stand Ansicht gegen Ansicht und konnten auch die Kritiker keine überzeugende, weniger risikobeladene Alternative praktischer Politik vorschlagen:

– Die oppositionelle Labour Party rief nach Sanktionen gegen deutsche Aggressionen, bis 1936 aber ebenso leidenschaftlich nach Abrüstung.
– Eine Minderheit rechter Konservativer, voran Churchill, forderte eine Große Allianz zur Abschreckung der Expansionsdiktaturen.

Für Chamberlain, der weder Deutschen- oder gar NS-Freund noch naiver Traumtänzer war, bedeutete Appeasement nicht nur, wie meist einseitig übersetzt, »Beschwichtigung«, sondern ebenso »Zähmung«. Deshalb förderte er zugleich mit Entspannungspolitik auch die bisher ziemlich vernachlässigte und auf Inselverteidigung, nicht Kontinentaleinsatz zugeschnittene Aufrüstung. Die Stärke, die zur Abschreckung oder Abwehr der (dank NS-Bluff-Propaganda überschätzten) deutschen Militärmacht nötig erschien, sei erst 1940 erreicht. Bis dahin sei an Sanktionen oder Politik der Stärke nicht zu denken. Vielmehr gelte es, Zeit zu gewinnen und einen Krieg, werde er unausweichlich, möglichst lange aufzuhalten.

Militärausgaben	1928/29	1933/34	1934/35	1935/36	1936/37	1937/38	1938/39
Englands[348] Mill. £	113	108	114	124	186	266	391

Obwohl Appeasement Kriegsverhütungspolitik sein sollte – Chamberlain hatte ein realistisches Bild von den Schrecken eines modernen Krieges –, zählte zum Zäh-

mungs-Ziel auch die Bereitschaft zum Risiko, notfalls zum Kampf. Nur: Wo genau war der Punkt, bis zu dem noch nachzugeben, von dem an zu schießen war?
Vor allem mußte die von starker Friedenssehnsucht geprägte öffentliche Meinung überzeugt sein, daß Krieg unumgänglich und seine Ziele gerechtfertigt waren. Appeasement sollte die Glaubwürdigkeit Hitlers testen: Wollte er wirklich mehr als Revision? War er auch mit weitestem Entgegenkommen von Gewaltanwendung nicht abzubringen? Zu billigen war Krieg nur, wenn zuvor vergeblich die Friedenschancen bis zur alleräußersten Grenze ausgelotet waren. Unter der Flagge des Versailler Selbstbestimmungs-Prinzips gegen einen Anspruch auf Selbstbestimmung ins Feld zu ziehen, dafür fand sich keine Mehrheit. Appeasement aber entlarvte den Gegner als Friedenszerstörer, deckte seinen Kriegswillen auf.
Um die deutschen Absichten zu erkunden und die britische Appeasement-Politik zu erläutern, suchte Lord Halifax, als Chamberlains Vertrauter Vorsitzender des Geheimen Rates und bald darauf Außenminister, am 19. November 1937 Hitler auf. Der Brite entwickelte das Konzept einer friedlichen Status-quo-Revision durch Viermächteverständigung: *Nachdem durch eine deutsch-englische Einigung der Boden vorbereitet sei, müßten die vier großen westeuropäischen Mächte gemeinsam die Grundlagen schaffen, auf der ein dauernder europäischer Friede errichtet werden könne . . . Englischerseits glaube man nicht, daß der Status quo unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Man erkenne an, daß eine Anpassung an neue Verhältnisse, Korrektur früherer Fehler und notwendig gewordene Änderung bestehender Zustände ins Auge gefaßt werden müßte . . . Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden und daß Methoden vermieden würden, die weitergehende Störungen . . . verursachen könnten.*[349]
Beim Angebot, über deutsche Kolonialansprüche zu reden, winkte Hitler ab: *Man könne ruhig vier, sechs, acht oder zehn Jahre warten.* Die Kolonialfrage war ihm derzeit allenfalls ein Hebel, auf England Druck auszuüben und für Verzichte hier Kompensationen anderswo einzuhandeln. Dasselbe schwebte London vor. Halifax: *Der Vorschlag . . ., daß wir ihm freie Hand in Europa lassen, wenn er seinerseits dafür die Forderung von Kolonien fallenläßt, ist weder sehr moralisch noch besonders verlockend. Dann sollte man es doch lieber mit dem zwar schwierigeren, aber dafür anständigeren Angebot versuchen: Lösung der Kolonialfrage als Preis für sein Wohlverhalten in Europa. Nur, wer garantiert uns dafür?*[350]
Ein solches Tauschgeschäft jedoch entsprach nicht Hitlers Absichten. Er verlangte freie Hand im Osten. *Bezüglich Mitteleuropas* wollte er sich *von dritten Mächten nicht hineinreden lassen.* Aber *wenn sich England weiterhin den deutschen Versuchen widersetze, hier eine gerechte und vernünftige Regelung zu schaffen, dann würde der Augenblick kommen, wo gekämpft werden müßte.*[351]
Immer deutlicher erkannte er, daß Großbritannien nicht bereit war, dem Reich Vorherrschaft über den Kontinent und Ostexpansion zuzugestehen. Wenn er aber Londons Mitsprache (und damit Kontrolle) anerkannte, würde der erträumte Lebensraum-Gewinn in unabsehbare Ferne rücken. Also mußte er England aus Europa abdrängen, sei es mit Einschüchterung oder notfalls, gegen sein Bündnisprogramm von einst, auch mit Gewalt. Die beiden Staaten begannen, auf Kollisionskurs zu steuern. Hitler, aus dem Konzept gebracht, wurde unsicher: Würde England wirklich eingreifen? Oder würde es nicht weiterhin deutsche Handstreiche zwar unter Protest, aber ohne Widerstand hinnehmen?

Hitler und andere NS-Politiker hielten das britische Weltreich für dekadent durch »jüdische Demokratie« und dem Verfall entgegentreibend, so daß es eigentlich an einer deutschen Garantie seiner Existenz interessiert sein müßte. In seinem Fehlurteil über England wurde Hitler bestärkt durch Ribbentrop, der nach Mißlingen seiner Londoner Mission Anfang 1938 dem Führer seine Bilanz vorlegte: *Eine Änderung des Status quo im Osten im deutschen Sinne ist nur gewaltsam durchzuführen . . . Bei einem blitzartigen Erfolg glaube ich sicher, daß der Westen nicht eingreifen würde . . . Je stärker unsere Freundeskonstellation ist, um so leichter würde in einem etwaigen Konflikt Deutschlands in Mitteleuropa England und damit auch Frankreich abseitsstehen, und der Konflikt könnte zu unseren Gunsten lokalisiert bleiben . . . Daher von uns zu ziehende Konsequenz:*
1) Nach außen weiter Verständigung mit England . . .
2) Herstellung in aller Stille, aber mit ganzer Zähigkeit, einer Bündniskonstellation gegen England – d. h. praktisch Festigung unserer Freundschaften mit Italien und Japan . . .
Heute glaube ich nicht mehr an die Verständigung. England will kein übermächtiges Deutschland in seiner Nähe, das eine ständige Bedrohung seiner Inseln wäre. Dafür wird es kämpfen . . . Jeder Tag, an dem in Zukunft . . . unsere politischen Erwägungen nicht grundsätzlich von dem Gedanken an England als unserem gefährlichsten Gegner bestimmt würden, wäre ein Gewinn für unsere Feinde.[352]

Seinen Anspruch, in Europa auf eigene Faust und ohne Dreinreden oder gar Genehmigung Londons zu handeln, demonstrierte Hitler ein rundes Vierteljahr nach dem Halifax-Besuch, indes noch unter dem Deckmantel der Selbstbestimmungs-Parole und des großdeutsch-nationalen Revisionismus: Erstmals, wie am 5. November geplant, über die Reichsgrenzen ausgreifend, beseitigte er die Unabhängigkeit Österreichs – im Frühjahr 1938 – mit Gewalt.
Zunächst allerdings scheute er noch das Risiko einer Militäraktion und tat den nächsten Schritt noch auf dem Umweg über innere Gleichschaltung der Alpenrepublik, den er mit dem *Gentlemen-Agreement* vom Juli 1936 eingeschlagen hatte (S. 139). Am 12. Februar ließ er Österreichs Kanzler Schuschnigg auf den Obersalzberg kommen und diktierte ihm ein Ultimatum, seine Außen-, Militär-, Wirtschafts- und Pressepolitik der deutschen anzupassen, den einheimischen Nationalsozialisten Betätigungsfreiheit und Amnestie zu gewähren und einen ihrer Gemäßigten, Seyß-Inquart, zum Innenminister zu ernennen.
Über Hitlers Verhandlungsstil berichtete Schuschnigg: *Ich habe einen geschichtlichen Auftrag, und den werde ich erfüllen, weil mich die Vorsehung dazu bestimmt hat . . . Sie werden doch nicht glauben, daß Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können? Wer weiß – vielleicht bin ich über Nacht auf einmal in Wien; wie der Frühlingssturm! Dann sollen Sie etwas erleben! Ich möchte es den Österreichern gerne ersparen; das wird viel Opfer kosten . . . Wollen Sie aus Österreich ein zweites Spanien machen? . . . Alle Welt muß wissen, daß es für eine Großmacht einfach unerträglich ist, wenn an ihren Grenzen jeder kleine Staat glaubt, sie provozieren zu können . . . Ich habe mich entschlossen, einen allerletzten Versuch zu unternehmen . . . Verhandelt wird nicht; ich ändere keinen Beistrich. Sie haben entweder zu unterschreiben, oder . . . ich werde dann im Laufe der Nacht meine Entschlüsse zu fassen haben.* Zum Abschied tröstete von Papen den Gast aus Wien: *Der Führer kann ausgesprochen charmant sein.*[353]

Ohne Aussicht auf Hilfe von außen, nahm Schuschnigg die Bedingungen in der gesetzten Drei-Tages-Frist an. In der verzweifelten Hoffnung, die Welt aufzurütteln, rief er am 9. März für den 13. zu einer Volksabstimmung auf. Das war offene Kampfansage. Am Freitag, dem 11. März – die Wochenend-Freizeit westlicher Staatskanzleien einkalkulierend –, schlug Hitler zurück:
Gegen zwei Uhr früh tickten Fernschreiber seine Befehle für »Unternehmen Otto« an die Wehrmachtstäbe: *Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken . . . ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten friedlichen Einmarsches . . . Sollte es aber zum Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit durch Waffengewalt zu brechen.*[354]
In den ersten Morgenstunden wurden die ersten österreichischen Maßnahmen an den Grenzen festgestellt . . . Einziehung der Miliz, Besetzung der Sperren, Anbringung scharfer Ladungen an den Sperren usw.[355]
9.30 Uhr: Seyß-Inquart übermittelt Schuschnigg Görings telefonischen Befehl: *Die Volksbefragung sei innerhalb einer Stunde abzuberaumen.*[356]
10.00 Uhr: Radio Wien gibt die Einberufung von Reservisten bekannt.
10.30 Uhr: Schuschnigg antwortet Seyß-Inquart, *daß die gestellte Forderung im Hinblick auf die Lage akzeptiert ist.*[357]
10.45 Uhr: Seyß-Inquart eröffnet Schuschnigg, was Göring ihm von Berlin aus eben am Telefon aufgetragen hatte: *Die Lage ist nur zu retten, wenn der Bundeskanzler sofort zurücktritt und binnen zwei Stunden Dr. Seyß-Inquart zum Bundeskanzler ernannt ist. Bei fruchtlosem Fristablauf erfolgt der deutsche Einmarsch in Österreich!*[358] Schuschnigg läutet Rom an, doch niemand ist zu sprechen.
17.30 Uhr: Nach mehreren Telefonaten zwischen Wien und Berlin kann Seyß-Inquart erst jetzt Göring mitteilen, daß der Kanzler zurückgetreten sei, Präsident Miklas sich aber nach wie vor weigere, Seyß-Inquart zu ernennen. Göring: *Wenn nicht unverzüglich die Forderungen . . . angenommen werden, dann erfolgt heute nacht der Einmarsch . . . und die Existenz Österreichs ist vorbei! . . . und lassen Sie dann im ganzen Land jetzt die Nationalsozialisten hochgehen. Sie dürfen überall jetzt auf die Straße gehen. Also bis 7.30 Uhr Meldung . . . Wenn der Miklas das nicht in 4 Stunden kapiert, muß er jetzt eben in 4 Minuten kapieren.*[359]
19.50 Uhr: Schuschnigg spricht im Rundfunk: *Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volke mitzuteilen, daß wir der Gewalt weichen. Wir haben . . . unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, daß der Einmarsch durchgeführt wird, ohne Widerstand sich zurückzuziehen.*[360]
20.00 Uhr: Göring ruft Seyß-Inquart an: *Ich gebe den Befehl zum Einmarsch und dann sehen Sie zu, daß Sie sich in Besitz der Macht setzen . . . Jeder, der Widerstand leistet oder Widerstand organisiert, verfällt augenblicklich damit unseren Standgerichten.*[361]
20.30 Uhr: Die NSDAP-Gauleiter Österreichs erhalten Einsatzbefehle. 6700 SA- und SS-Männer umzingeln das Wiener Bundeskanzleramt.
20.45 Uhr: Hitler befiehlt der Wehrmacht den Einmarsch für den Morgen.
20.48 Uhr: Göring telefoniert mit Hitlers Sonderbeauftragtem in Wien: *Folgendes Telegramm soll der Seyß-Inquart hersenden: Schreiben Sie es auf: »Die provisorische österreichische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, die Ruhe und Ordnung in Österreich wieder herzustellen, richtet an die Deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unter-*

stützen und ihr zu helfen, Blutvergießen zu verhindern. Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.« . . . Er soll die Leute berufen, die wir ihm vorgeschlagen haben. Er soll jetzt eine provisorische Regierung bilden. Es ist ganz egal, was der Bundespräsident sagt . . . Seyß-Inquart *braucht das Telegramm ja gar nicht zu schicken, er braucht nur zu sagen: einverstanden.*[362]

21.54 Uhr: Obwohl Seyß-Inquart sich weigerte und sogar um Rücknahme des Einmarschbefehls bat, erklärt der Sonderbeauftragte auf neues Drängen Berlins, *daß Seyß-Inquart einverstanden wäre.*[363]

22.25 Uhr: Sonderkurier Prinz Philipp von Hessen ruft Hitler aus Rom an: *Der Duce hat die ganze Sache sehr sehr freundlich aufgenommen . . ., damit wäre Österreich eine abgetane Angelegenheit für ihn.* Hitler: *Dann sagen Sie Mussolini bitte, ich werde ihm das nie vergessen . . . Nie, nie, nie, es kann sein, was sein will,* er sei *bereit, mit ihm durch dick und dünn zu gehen.*[364]

23.12 Uhr: Der Sonderbeauftragte gibt nach Berlin durch, *daß Bundespräsident Miklas nachträglich Minister Seyß-Inquart mit der Führung der Regierungsgeschäfte betraut hat, daß also die Legalität hergestellt ist.* Auf Rückfrage: *Zum Bundeskanzler hat er ihn nicht ernannt, nur zur Führung der Geschäfte?* antwortet er: *Ja, na, das machen wir dann schon.*[365]

Am nächsten Morgen rollte die Wehrmacht in Österreich ein, unter Begeisterungsstürmen und Glockengeläut. Von dem Empfang mitgerissen, begnügte Hitler sich nicht mehr nur mit einer Satelliten-Regierung in einem formal noch unabhängigen Staat, sondern verkündete am 13. März den vollen Anschluß Österreichs an das nun Großdeutsche Reich. Für die meisten Österreicher und Deutschen erfüllte sich ein langgehegter Traum. Hitler hatte vollbracht, was 1848 und 1919 nicht gelungen war. So ist das Ergebnis der Volksabstimmung am 10. April – 99,01 Prozent Ja im Altreich und 99,73 Prozent in Österreich – wohl nur wenig mit dem sonst üblichen Druck zu erklären. Auch die katholische Hierarchie, eng mit dem autoritären Ständestaat von Dollfuß verbunden, trotz antisemitischer Tendenzen den NS bisher (und bald wieder) ablehnend, begrüßte, *daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen.*[366]

Hinter der Jubel-Kulisse aber wirkten NS-Mordkommandos, nahm die Gestapo bis Dezember 20 973 Menschen in »Schutzhaft«[367], organisierte SD-Eichmann die Vertreibung der gedemütigten und ausgeplünderten Juden (S. 83). Das in sieben Reichsgaue aufgesplitterte Österreich, dessen Name und Tradition ausgelöscht werden sollten, sank von der Höhe seiner reichen Kultur in Provinzialismus ab. Die NS-Besatzungspraxis ernüchterte bald viele Anschlußtrunkene und stärkte das bisher schwache eigene österreichische Nationalbewußtsein.

Von Wien aus geriet der Balkan mit seinen kriegswichtigen Rohstoffen (Erdöl Rumäniens, Bauxit und Chrom Jugoslawiens) immer mehr in den Sog des Reiches, das den politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Westmächte dort zunehmend zurückdrängte. In Österreich gewann Deutschland große Eisenerz- und Magnesitlager, Holzwirtschaft und Stahlindustrie. 1944 war über die Hälfte der Unternehmen in reichsdeutschen Händen.

Deutsches Kapital in Österreich[368]	Banken	Bergbau	Metall	Versicherung	Textil	Bauwesen	Erdöl
	83 %	72 %	64 %	61 %	57 %	56 %	50 %

Die Westmächte, wieder überrumpelt, protestierten. Chamberlain mißbilligte nicht das Ergebnis, aber den Alleingang ohne Londoner Mitsprache: Die britische Regierung sei – *und sie muß es auch immer sein – an der Entwicklung Mitteleuropas interessiert;* daher *erfordern die während dieser Ereignisse zur Anwendung gelangten Methoden die schärfste Verurteilung.*[369]

Hitler jedoch wollte weder ein englisches Interesse dulden noch gar seinen nächsten Schritt vorher genehmigen lassen. Auch um den Westmächten klar zu machen, daß er Osteuropa als seine und nicht ihre Interessensphäre ansehe, in der er nach Gutdünken verfahre, plante er, die am 5. November 1937 intern angekündigte *Einverleibung der Tschechei* (S. 142 f.) unbedingt mit einem, so die Dezember-Weisung 1937 (S. 143), *Angriffskrieg* zu vollziehen. Noch ohne Terminbindung spielte er im April mehrere Fälle von Kriegsauslösung durch:
1. Strategischer Überfall aus heiterem Himmel ohne jeden Anlaß oder Rechtfertigungsmöglichkeit wird abgelehnt. Da Folge feindliche Weltmeinung . . .
2. Handeln nach einer Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen, die sich allmählich zuspitzen und zum Krieg führen.
3. Blitzartiges Handeln auf Grund eines Zwischenfalls . . .
Vollendete Tatsachen müssen von Aussichtslosigkeit fremden milit. Eingreifens überzeugen, Verbündete auf den Plan rufen (Teilung der Beute!), Grün (Tarnwort für Tschechoslowakei) *demoralisieren.*[370]
Zur Rechtfertigung bediente Hitler sich wiederum der eingängigen Selbstbestimmungs-Parole, diesmal für die 3,2 Mill. Sudetendeutschen.

Im Vielvölkerstaat Tschechoslowakei (CSR) beanspruchte die bisher von Deutsch-Österreich niedergehaltene knappe Tschechen-Mehrheit Vorrang. Den Deutschen, der zweitstärksten Volksgruppe, verwehrte sie 1918 beim Zerfall der Habsburger Monarchie mit Militärgewalt den Anschluß an Deutschland. Gegen zeitweise betonte Tschechisierung konnten gemäßigte deutsche Parteien, vor allem die starke Sozialdemokratie, auch durch Regierungsteilnahme die versprochene volle Gleichberechtigung nicht durchsetzen.
Die Wirtschaftskrise trieb die besonders betroffenen Deutschen in die Arme radikaler Nationalisten: Von den deutschen Wählern stimmten 1929 für die zur Mitarbeit im Staat bereiten Parteien 76 Prozent, 1935 aber für die Rechtsaußen-Opposition Sudetendeutsche Partei (SdP) 67 Prozent, bei den Gemeindewahlen im Mai/Juni 1938 sogar fast 92 Prozent, nachdem sich ihr außer den 300 000 Sozialdemokraten alle übrigen deutschen Parteien angeschlossen hatten. SdP-Führer Henlein – anfangs eher autoritär-nationalistischer Austrofaschist als Nationalsozialist – trat lange nur für innerstaatliche Autonomie ein. Unter dem Druck der SdP-Extremen um seinen Stellvertreter Frank bot er Ende 1937 Hitler die inzwischen vom Reich finanziell abhängige und immer mehr NS-angepaßte SdP als *Faktor der nationalsozialistischen Reichspolitik* an: Die SdP suche, *ihre künftige politische Haltung in Einklang zu bringen mit der Politik des Reiches,* müsse aber *ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung und als politisches Prinzip tarnen,* obwohl *sie innerlich nichts mehr ersehnt als die Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes in das Reich.*[371]

Am Los der Sudetendeutschen war Hitler nicht interessiert. Ihre gutenteils berechtigten Sorgen und Wünsche mißbrauchte er als Instrument, eine kriegsvorbereitende Krise anzuheizen, das Klima in der CSR so zu verschlechtern, daß alle Welt einsehen müßte, wie unerträglich unhaltbar die Zustände dort und wie geboten deutsche Maßnahmen seien. In diesem Sinne programmierte er in Berlin am 28. März 1938 Henlein auf Konfliktkurs. Er wies ihn an, *daß von Seiten der SdP Forderungen ge-*

stellt werden sollen, die für die tschechische Regierung unannehmbar sind. Henlein verstand: *Wir müssen also immer so viel fordern, daß wir nicht zufriedengestellt werden können.*[372]

Nach Reichs-Regie forderte Henlein auf dem Karlsbader SdP-Parteitag am 24. April von der Prager Regierung als Minimalansprüche vor allem

- *Revision der außenpolitischen Stellung,* also Aufgabe der Bündnisse mit Frankreich und der Sowjetunion.
- *Herstellung der vollen Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volke im Staate.*
- *Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit . . .*
- *Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes.*
- *Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet . . .*
- *Beseitigung des dem Sudetendeutschtum seit 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden.*
- *Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: Im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte.*
- *Volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung.*[373]

Die CSR-Regierung beurteilte Henleins Punkte als *absichtlich unklar formuliert, damit er sie je nach der Lage der Dinge entweder radikalisieren oder mäßigen könne. Die Regierung wird mit ihm und auch mit den deutschen Sozialdemokraten verhandeln. Die Anerkennung der Volksgruppen als Rechtspersonen und eines deutschen geschlossenen Gebietes ist politisch und rechtlich unmöglich. Bekenntnis zur nazistischen Weltanschauung in der Praxis schwerlich mit den Gesetzen vereinbar.* Die SdP-Forderungen liefen auf einen Miniatur-NS-Staat inmitten der, trotz allem, CSR-Demokratie hinaus und damit auf Zerstörung der Republik. Als Alternative bereitete Prag weitgehende Zugeständnisse an die nationalen Minderheiten vor. Doch, so die SdP intern: *Das Nationalitätenstatut muß von dem Sudetendeutschtum abgelehnt werden, weil es uns nicht um die friedliche Lösung der sud. Frage im Rahmen des tschech. Staates gehen kann.*[374]

Die Sudeten-Sozialdemokratie hingegen setzte sich bis zuletzt für Verständigung mit den Tschechen ein. Wenn sie *volle staatspolitische Gleichberechtigung, soziale und kulturelle Existenzsicherung* verlangte, blieb sie sich immer *bewußt, daß als Gegenleistung vom deutschen Standpunkte aus die Lebensinteressen des tschechischen Volkes anerkannt werden müssen.* Ihrer *tiefen Überzeugung nach ist eine Einigung in den strittigen Sachfragen auf der ganzen Linie möglich* und gab es *nur eine definitive Lösung des sudetendeutschen Problems, die Rückeroberung einer demokratischen Majorität innerhalb der Sudetenbevölkerung selbst.*[375]

Auf unbestätigte Meldungen über deutsche Truppenbewegungen hin ordnete die CSR-Regierung am 21. Mai eine Teilmobilmachung der Armee an. Die Nachrichten waren falsch. Doch die Auslandspresse mißdeutete das Berliner Dementi als Rückzieher, als Triumph tschechischer Standfestigkeit. Die Propaganda-Schlappe verhärtete Hitlers Unnachgiebigkeit: Ein zweites Mal würde er nicht mehr den Anschein wecken, als beuge er sich Druck von außen. Er befahl,

- die Grenze zu Frankreich und Belgien mit einem »Westwall« zu befestigen,
- bis Herbst die Tschechoslowakei mit Krieg zu überfallen.

Seine Reaktion spiegelt sich im Wandel des Operationsplanes:

Weisung »Grün« vom 20. Mai 1938

Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, es sei denn, daß eine unabwendbare Entwicklung der politischen Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei dazu zwingt oder die politischen Ereignisse in Europa eine besonders günstige und vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit dazu schaffen.

Weisung »Grün« vom 30. Mai 1938

Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen ist Sache der politischen Führung . . . Ausführung muß spätestens ab 1. 10. 38 sichergestellt sein.[376]

War auch in diesem Konflikt Appeasement noch möglich und verantwortbar? Ende April berieten Englands und Frankreichs Staatsmänner:

Nach Chamberlain *soll die deutsche Regierung nicht ermutigt werden, anzunehmen, daß sie jede Regelung, die ihr beliebt, der Tschechoslowakei durch Gewalt oder Gewaltdrohung aufzwingen kann.* Doch müsse Prag *eine äußerste Anstrengung zur Regelung* der Sudetenfrage machen. Der französische Ministerpräsident Daladier wandte ein, *die Tschechoslowakei habe mehr für die Minoritäten getan, als irgendein anderer europäischer Staat . . . Henleins wahres Ziel sei die Zerstörung* der CSR. Er regte an, daß *Großbritannien und Frankreich jetzt erklärten, daß sie Druck auf die tschechische Regierung anwenden würden, um vernünftige Zugeständnisse für die deutsche Minderheit zu erlangen, daß sie aber zur gleichen Zeit verkündeten, daß sie die Zerstörung des tschechoslowakischen Staates nicht zulassen würden.*

Angesichts der britischen Rüstungsschwäche hielt Chamberlain Härte zwecks Abschreckung für *Bluff . . . Es mag wahr sein, daß die Chancen 100:1 stehen. Aber solange diese eine Chance bestehe, müssen wir sorgfältig erwägen, welche Haltung wir einnehmen müssen.* Komme es zum Krieg, *könne er keine Möglichkeit mehr sehen, wie die Tschechoslowakei gerettet werden könnte . . . Man brauche nur auf die Karte zu schauen . . . Sein Blut koche, wenn er sehe, wie Deutschland immer wieder davonkommt . . . Aber solche sentimentalen Erwägungen seien gefährlich.* Er fragte, ob sie *stark genug seien, den Sieg zu erringen. Er gestehe offen, daß er nicht glaube, daß wir es sind.* Indes *schloß Mr. Chamberlain nicht die Möglichkeit aus, daß wir doch gezwungen sein könnten, zum Kriege zu schreiten . . . Aber er könne einem Kriege nur zustimmen, wenn es der allerletzte Ausweg sei . . . Er habe den Krieg erlebt . . . Nur die bitterste Notwendigkeit könne ihn veranlassen, einen Präventivkrieg zu führen.*

Daladier hoffte, wenn *unsere allgemeine Politik – vorsichtig und friedlich, wie sie sein soll – von der Stärke inspiriert wäre, und das allgemein bekannt sei . . ., könne ein europäischer Krieg vermieden werden. Sonst treiben wir nur noch stärker auf die Wirren zu, die wir fürchten.* Hitler *habe die Methode des Bluffs angewandt und dabei Erfolg gehabt. Wie sollte er von diesen Methoden lassen, wenn wir ihm freie Bahn dafür lassen und so seinen Erfolg sicherstellen?*[377]

Doch für eine Politik der Stärke mit Kriegsrisiko fühlte Daladier sich innenpolitisch zu schwach. Trotz des Beistandspaktes mit der CSR scherte er bald ins Kielwasser von Chamberlains Appeasement-Kurs ein. Beide drängten Prag zu Entgegenkommen. Aber die SdP-Führung verwarf alle Kompromisse und heizte die Spannung an mit Krawallen und immer lauteren *Heim-ins-Reich*-Rufen. Unter solchem wach-

sendem Doppeldruck ergriff die CSR-Regierung die Flucht nach vorn: Gegen die öffentliche Meinung nahm sie am 7. September Henleins Karlsbader Bedingungen alles in allem an. Jetzt mußten er und Hitler Farbe bekennen.

SdP-Taktiker fürchteten eine Ablehnung als *Beweis, daß die SdP im Auftrage des Deutschen Reiches nur so tut, eine friedliche Lösung anzustreben, in Wirklichkeit aber es auf eine Eroberung der Tschechoslowakei, zumindest der böhmisch-mährischen Länder durch das Deutsche Reich ohne Rücksicht auf die weitgehendsten Konzessionen der Tschechen abgesehen hat.* Sie waren für Annahme, wobei die CSR *auf kaltem Wege unter den alleinigen Machteinfluß des Deutschen Reiches gelangt,* oder bei tschechischem Widerstand *auch die Lösung auf anderem Wege offenbleibt.* Henlein indes sprengte alle Verhandlungen. Die deutsche Gesandtschaft meldete, *daß von SdP-Seite Vorbereitungen zu weiteren Provokationshandlungen, »bei denen es Tote geben müsse«, getroffen würden. Die sudetendeutsche Bevölkerung stehe diesen Aktionen . . . mit sehr geteilten Gefühlen gegenüber. Es wird ihr von den SdP-Vertrauensleuten versichert, der Führer wünsche Zwischenfälle, um einen Anlaß zum Einmarsch zu haben.*[378] Ein SdP-Aufstandsversuch (11.–13. September) scheiterte, Henlein und seine Mannen flohen über die Grenze.

Ebenso wie Henlein ging nun auch Hitler über die Karlsbader Autonomie-Forderung hinaus. Am 12. September verlangte er in einer Parteitagsrede *Selbstbestimmungsrecht,* was Abtretung der Sudetengebiete hieß, und drohte: *Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos, noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen.*[379] Anders als erwartet, ließen die Westmächte die CSR nun nicht aus Kriegsfurcht einfach fallen. Vielmehr suchten sie das Reich durch eine diplomatische Lösung zu befriedigen und zu bändigen.

Schon am 15. flog Chamberlain auf seine Initiative nach Deutschland. Bei dem zeitweise erregten Gipfelgespräch auf dem Obersalzberg begehrte Hitler sofortige Anerkennung sudetendeutscher Selbstbestimmung bis hin zum Anschluß, widrigenfalls *er, ehe denn zu warten, bereit sei, einen Weltkrieg zu riskieren.* Obwohl der Britenpremier eine Antwort auf ein nächstes Treffen nach Beratung mit seinem Kabinett aufschob, erlangte er Hitlers Zusage, *daß er den Marschbefehl in der Zwischenzeit nicht geben würde, wenn nicht irgendein ganz bösartiger Zwischenfall sich ereigne.* Von Hitler gewann er *den Eindruck, daß hier ein Mann wäre, dem man vertrauen könne, wenn er sein Wort gegeben habe.*[380]

Aber kurz zuvor hatte Hitler eine OKW-Vorlage gebilligt: *Die Aktion »Grün« wird ausgelöst durch einen Zwischenfall in der Tschechei . . . Er muß in einer für den Kampf unserer überlegenen Luftwaffe günstigen Großwetterlage liegen und der Stunde nach zweckmäßig so gelegt werden, daß er . . . spontan mit der Ausgabe des X-Befehls am X-1 Tag 14 Uhr beantwortet werden* kann.[381] Während es im Sudetenland nach Flucht der SdP-Aktivisten ruhiger wurde, stellte Henlein am 17. im Reich 10 000–15 000 Mann »Sudetendeutsches Freikorps« auf. Sein Zweck laut Führerbefehl: *Dauerndes Beunruhigen längs der gesamten Front* mit *kleinen Unternehmungen gegen tschechische Postierungen, Wachhäuser usw. Auftreten in Form von Terrorgruppen.* In 164 gelungenen Handstreichen, Nacht für Nacht bis 1. Oktober, töteten sie bei 52 eigenen Verlusten 110 Tschechen und schleppten 2029 Gefangene nebst reicher Beute weg.[382]

Ihre Überfälle lieferten dem ProMi Munition für gesteigertes Propaganda-Trommelfeuer. Ein ProMi-Abteilungsleiter, wie Goebbels' Pressereferent später berichtete,

saß damals ganze Nächte mit Generalstabskarten, Adreßbüchern und Namensverzeichnissen und fabrizierte Greuelmeldungen aus dem Sudetenland. Die Journalisten bekamen Weisung: *Sie sind die schwere Artillerie des Reiches. Sie müssen die Stellung sturmreif schießen.* Und am 19.: *Die Zeitungen, die bisher nur mit 7,5-Zentimeter-Geschützen geschossen haben, sollen sich erinnern, daß es auch 21-Zentimeter-Geschütze gibt. Die zahlreichen DNB-Meldungen über neue Greuel, Mordtaten, Mißhandlungen sollen in knapper und dramatischer Form ohne Beiwerk herausgebracht werden. Es geht darum zu zeigen, was für eine barbarische Nation die Tschechen sind, und daß dieser Staat unmöglich ist.* Sie taten des Schlechten zuviel. Aufgebracht kabelte die deutsche Gesandtschaft aus Prag, *daß (reichsdeutscher) Rundfunk stark übertreibt. Dadurch Glaube in seine Zuverlässigkeit erschüttert.*[383]

Dieser Verbrecherstaat muß zerschlagen werden

Furchtbare Greueltaten der tschechischen Mordbanditen

Benesch bewaffnet die „Rote Wehr" und erläßt Waffenverbot für alle Sudetendeutschen

Warnung an Prag

Unmenschlich wüten die hussitischen Mordbuben

Hochschwangere Frau niedergeschlagen und verschleppt

Deutsches Blut klagt an!

Wir sind entschlossen!

Herr Benesch mag jetzt wählen

Adolf Hitler: „Ich gebe meinem Volk jetzt voran als sein erster Soldat und hinter mir – das mag die Welt wissen – marschiert jetzt ein Volk, und zwar ein anderes als das Volk vom Jahre 1918!"

Völkischer Beobachter am 17., 20. und 27. September 1938

Bei seiner Krisen-Inszenierung fühlte sich Hitler von Chamberlains Friedensschritt *in gewissem Sinne überrumpelt.* Er nahm sich vor, *daß er die deutschen Forderungen gegenüber Chamberlain brutal vertreten werde. Seiner Auffassung nach sei die einzig befriedigende Lösung ein militärisches Vorgehen. Es bestände aber die Gefahr, daß die Tschechen alles annehmen.*[384]

Die Gefahr bestand. London und Paris zwangen Prag die Bereitschaft auf, alle Landesteile mit mehrheitlich deutscher Bevölkerung ohne Abstimmung auszuliefern, wofür England sich an einer internationalen Garantie für den zu neutralisierenden Reststaat beteiligen wollte. Sich allein gegen die an den Grenzen aufmarschierte deutsche Übermacht zu verteidigen, erschien der CSR aussichtslos. Daß die von London bisher abgewimmelte UdSSR Bündnistreue bekundete, nutzte nichts, da sie nur bei Eingreifen Frankreichs verpflichtet war und Polen wie Rumänien ihr den Durchmarsch verweigerten. Als die Westmächte Entzug ihrer Hilfe androhten, fügte sich Prag am 21. der Abtretung.

Überzeugt, den Frieden gerettet zu haben, präsentierte Chamberlain bei der nächsten Gesprächsrunde in Godesberg (22.–24. September) die Nachgiebigkeit der CSR. Hitler erwiderte: *Es tut mir sehr leid, Herr Chamberlain, daß ich auf diese Dinge jetzt nicht mehr eingehen kann. Nach der Entwicklung der letzten Tage geht diese Lösung nicht mehr.*[385] Zwei Zusatz-Bedingungen türmte er auf:

1. Auch Polen und Ungarn seien zu befriedigen. In den Tagen zuvor hatte er – nach dem Motto: *Wer mittafeln wolle, müsse allerdings auch mitkochen*[386] – beide Staaten gedrängt, ihre Gebietsansprüche endlich anzumelden.

2. Das Sudetenland sei bis zum 26. der einrückenden Wehrmacht zu übergeben. Mit Mühe erwirkte Chamberlain Fristverlängerung bis 1. Oktober.

Obwohl deswegen die CSR sofort (mit Zustimmung der Westmächte) ihre Armee mobilmachte, rang Chamberlain Hitler wieder eine Gewaltverzichts-Erklärung für die Dauer von Verhandlungen ab. Nur als Vermittler, ohne Empfehlung, leitete er das Diktat an Prag weiter. Dort erschienen *Hitlers Forderungen in ihrer gegenwärtigen Form absolut und bedingungslos unannehmbar.* Hitler antwortete mit einem 45-Stunden-Ultimatum für Annahme, ließ Henleins Freikorps tschechische Grenzzipfel besetzen und lockte in seiner Sportpalast-Rede am 26., *daß es – wenn dieses Problem gelöst ist – für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt* und *daß ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert! Wir wollen gar keine Tschechen!* Zugleich drohte er, daß *meine Geduld jetzt zu Ende ist! . . . Frieden oder Krieg!*[387]

Bestand Hitler, nachdem ihm in der Sache alles bewilligt war, wegen bloßer Verfahrensfragen auf Gewaltanwendung, dann war klar, daß es ihm nicht um berechtigte Wünsche ging, sondern nur um Krieg. Dann hatte Appeasement ihn entlarvt und mußte nun in Widerstand übergehen. Am Abend des 26. erklärten die Westmächte ihre Entschlossenheit, ihre Beistandspflichten zu erfüllen, und am nächsten Vormittag sandte Chamberlain Hitler eine Sonderbotschaft: *Wenn Frankreich bei der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen aktiv in Feindseligkeiten gegen Deutschland verwickelt werden sollte, so würde sich das Vereinigte Königreich für verpflichtet halten, Frankreich zu unterstützen.*[388] Sofort befahl der Führer den Sturmregimentern Bereitschaft für 30. September. Nachts mobilisierte England. Seit Tagen schon berief Frankreich Reservisten ein.

Die westliche Festigkeit schien Hitler doch zu beeindrucken, ebenso die Kriegsunlust der Deutschen. Als Stimmungstest ließ er am Spätnachmittag dieses 27. eine motorisierte Division durch Berlin ziehen. Eine Augenzeugin über die 200 Zuschauer vor der Reichskanzlei: *Verkniffene Lippen, gerunzelte Stirnen . . . Nirgends hebt sich eine Hand . . . Die Panzer rollen, die Menschen schweigen, und unbejubelt verschwindet der »Führer« vom Balkon.* Hitler: *Mit diesem Volk kann ich noch keinen Krieg führen.*[389] Vorerst mußte er sich mit Frieden abfinden.

Als Mussolini am 28., wenige Stunden vor Ablauf des Ultimatums, auf britische Anregung eine Großmächte-Konferenz vorschlug, stimmte Hitler sofort zu. Am 29./30. September trafen sich die beiden Diktatoren mit Chamberlain und Daladier in München und besiegelten, was im wesentlichen schon feststand:

- Deutsche Truppen sollten die von der CSR mit allem Hab und Gut abzutretenden sudetendeutschen Gebiete etappenweise vom 1. bis 10. Oktober besetzen.
- Die CSR sollte ihre Bündnisse aufgeben und dafür eine Grenzgarantie von Frankreich und England erhalten, von Deutschland und Italien indes erst nach Erfüllung auch der Ansprüche Polens und Ungarns.[390]

Damit schluckten die Westmächte nun doch Hitlers – durch (britischen) Stufen-Zeitplan kaum gemildertes – Godesberger Diktat und nahmen der Annexion den Charakter offener Aggression. Sie unterzeichneten das Münchener Abkommen ohne Prager Vollmacht, ja ohne Rückfrage. CSR-Beobachter, von den West-Delegationen erst nach Verhandlungsende vorgelassen, fanden vollzogene Tatsachen: *Es wurde uns ziemlich brutal . . . erklärt, daß gegen dieses Urteil keine Berufung eingelegt werden könne und keinerlei Möglichkeit einer Abänderung bestehe.*[391]
Die CSR-Regierung, nur noch vor der *Wahl zwischen Ermordung und Selbstmord*[392], beugte sich, ließ die Abtretung aber nie, wie die Verfassung vorschrieb, ratifizieren (einer der Gründe, weshalb das unter Kriegsdrohung aufgezwungene Abkommen nach tschechischer Ansicht von Anfang an rechtsungültig war). Unter dem Jubel der deutschen Mehrheit – Emigranten und andere Demokraten flohen ins Landesinnere – marschierte die Wehrmacht ab 1. Oktober in das Sudetenland ein (»Blumenkrieg«). Die CSR verlor ihre ganzen Grenzbefestigungen. Weder fanden die in einigen Mischgebieten vorgesehenen Abstimmungen statt noch bekam sie die versprochenen Garantien. Polen entriß ihr – in einem allseits verurteilten Akt des »Hyänismus« mit 12-Stunden-Ultimatum – das Teschener Land. Nicht von der in München vorgesehenen Vierer-Konferenz, sondern mit deutsch-italienischem Schiedsspruch empfing Ungarn große Teile der Südslowakei.

Opposition von oben – dafür und dagegen

Die Münchener Konferenz rettete, so schien es, den Frieden – und wurde damit zur Niederlage deutscher Oppositioneller, die den Frieden retten wollten. Als die NS-Führung 1937/38 zur unmittelbaren Kriegsvorbereitung überging und in der von ihr angeheizten Sudetenkrise auf Krieg aus war, löste sie Unbehagen und schließlich Widerstand nun auch bei Männern aus, die – anders als die inzwischen zerschlagenen Anfangsgegner aus der Weimarer Linken – fast durchweg

- der sozialen Oberschicht, Großbürgertum und Adel, angehörten,
- nicht in festen Gruppen organisiert, sondern durch gesellschaftlich-private Bande miteinander verknüpft waren, dank Exklusivität und Kasten-Zusammenhalt der Gestapo wenig Einblick boten sowie Schutz durch hochgestellte Freunde genossen,
- als Konservativ-Nationale zunächst das Dritte Reich begrüßten und auch jetzt noch viele seiner innen- wie außenpolitischen Ziele bejahten,
- lange und teils noch immer hohe Ämter in Bürokratie, Diplomatie und Militär bekleideten, also nicht von vornherein als Feinde abgestempelt waren.

Heeres-Generalstabschef Beck ließ in gewohnter Präzision die ihm aufgetragenen Aufmarschpläne ausfeilen und kämpfte zugleich mit wachsendem Nachdruck gegen die Risikopolitik an. Als Soldat wollte er einen Krieg nicht verlieren, als vom frühen NS-Anhänger zum Kritiker Gewandelter ihn aber verhindern. Er hielt Wehrmacht und Wirtschaft noch nicht für kriegsreif, rechnete mit Einschreiten der Westmächte, so daß derzeit eine Gewaltaktion gegen die CSR sich zu einem für Deutschland unvermeidlich katastrophalen Weltkrieg ausweiten müsse. In immer neuen Denkschriften drang er in seinen Vorgesetzten von Brauchitsch, *den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht* (Hitler) *zu veranlassen, die von ihm befohlenen Kriegsvorbereitungen einzustellen und die Absicht der gewaltsamen Lösung der tschechischen Frage solange zurückzustellen, bis sich die militärischen Voraussetzungen dafür grundlegend geändert haben. Zur Zeit halte ich sie für aussichtslos.*[393]
Verschloß der Führer sich jeder Einsicht, so sollte die Generalität ihn durch Kollektiv-Rücktritt unter Druck setzen. Am 16. Juli 1938 notierte Beck für Heeres-OB von Brauchitsch: *Alle aufrechten und ernsten deutschen Männer in staatsverantwortlichen Stellen müssen sich berufen und verpflichtet fühlen, alle erdenklichen Mittel und Wege bis zur letzten Konsequenz anzuwenden, um einen Krieg gegen die Tschechei abzuwenden . . ., der das finis Germaniae bedeuten würde. Die höchsten Führer in der Wehrmacht sind hierzu in erster Linie berufen und befähigt . . . Es stehen hier letzte Entscheidungen über den Bestand der Nation auf dem Spiele. Die Geschichte wird diese Führer mit einer Blutschuld belasten, wenn sie nicht nach ihrem fachlichen und staatspolitischen Wissen und Gewissen handeln. Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbietet. Finden ihre Ratschläge und Warnungen in solcher Lage kein Gehör, dann haben sie das Recht und die Pflicht vor dem Volk und vor der Geschichte, von ihren Ämtern abzutreten. Wenn sie alle in einem geschlossenen Willen handeln, ist die Durchführung einer kriegerischen Handlung unmöglich. Sie haben damit ihr Vaterland vor dem Schlimmsten, vor dem Untergang bewahrt. Es ist ein Mangel an Größe und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewußt zu werden. Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Handlungen!*[394]
Indem der Generalstabschef dem Militär-Prinzip Gehorsam nicht nur ein Recht, sogar eine Pflicht zur Verweigerung (in Grenzsituationen und nicht für jedermann) entgegenstellte, sprengte er den Mythos vom »unpolitischen Soldaten« (S. 144). Dennoch dachte er »regulär, nicht revolutionär« (Ehlers). Was er vorschlug, blieb im Rahmen formaler Legalität, unterhalb der Schwelle von Meuterei. Noch wollte er die politische Führung nur zur Vernunft bringen, nicht stürzen.
Indes beschränkte er sich nicht mehr auf rein militärisch-strategische Einwände des Fachmanns gegen Dilettantismus (S. 144), sondern erwog auch schon eine politische Gegenaktion, die – allerdings noch unklar – auch die Massen ansprechen sollte: Am 19. Juli überlegte er, *daß man es zu einer für die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände unausbleiblichen Auseinandersetzung mit der SS und der Bonzokratie kommen lassen muß. Wohl zum letzten Mal bietet das Schicksal die Gelegenheit an, das deutsche Volk und den Führer selbst zu befreien von dem Alpdruck einer Tscheka und von den Erscheinungen eines Bonzentums, die den Bestand und das Wohl des Reiches durch die Stimmung im Volk zerstören und den Kommunismus*

wiederaufleben lassen ... Es kann und darf kein Zweifel darüber aufkommen, daß dieser Kampf für den Führer geführt wird ... Kurze, klare Parolen: Für den Führer! Gegen den Krieg! Gegen die Bonzokratie! Friede mit der Kirche! Freie Meinungsäußerung! Schluß mit den Tschekamethoden! Wieder Recht im Reich! Senkung aller Beiträge um die Hälfte! Kein Bau von Palästen! Wohnungsbau für Volksgenossen! Preußische Sauberkeit und Einfachheit![395]
Brauchitsch billigte Becks Kritik, entschloß sich aber nicht zu Konsequenzen und stellte, als Beck am 4. August der höheren Generalität seine Denkschrift vorlas, den Rücktrittsplan nicht zur Diskussion. Bis auf zwei, die Vertrauen zur rechten Eingebung des Führers bekundeten, waren sich alle einig über die Gefahr der Kriegspolitik. Aber der Generalstreik der Generale fand nicht statt. Im Stich gelassen, erbat Beck am 18. August seinen Abschied, den Hitler (in Kenntnis der Denkschrift) sofort bewilligte, indes unter der von Beck befolgten Auflage, »aus außenpolitischen Gründen« vorerst nichts bekanntzugeben. Erst nach Abschluß der Sudetenkrise, am 31. Oktober, wurde Beck, unter Beförderung zum Generalobersten, aus dem Heer entlassen.

Becks Ausscheiden blieb ohne Echo und Wirkung. War sein Entschluß richtig? Gehen oder bleiben – dies war das Problem dieser Oberschicht-Opposition. Von Hassell fragte sich, *ob man einem so unmoralischen System überhaupt noch dienen darf, andererseits vermindert sich die geringe Chance, etwas dagegen zu machen, womöglich noch mehr, wenn man »draußen« ist.*[396] Für und gegen beides sprachen gewichtige Gründe, ohne daß man sich auf Erfahrungen hätte stützen können:
- Ein zeitlich gezielter Abgang konnte als Demonstration andere im In- und Ausland aufrütteln. Aber: Die Führung, im Besitz des Nachrichtenmonopols (S. 103 f.), konnte die bloße Tatsache verschweigen oder die Gründe umdeuten.
- Ein Rücktritt entzog dem Regime Sachverstand. Aber: Gerade darauf konnte es, wie das Beispiel Schachts zeigt (S. 126), durchaus verzichten, zumal sich immer genügend loyale Fachleute fanden.
- Wer seinen Posten aufgab, bewahrte sich vor weiteren und schwereren Verstrickungen. Aber: Oft räumte er seinen Stuhl nur für einen Regime-Anhänger oder gar Fanatiker. Machte Beiseitestehen, das alles geschehen ließ, nicht auch mitschuldig? War private »Schuldlosigkeit« nicht unverantwortbarer Luxus?
- Ging man, gewann man oft erst innere Freiheit zum Widerstand. Aber: Zugleich verlor man die Mittel dazu, schaltete sich von Informationen und (noch so bescheidenem) Einfluß aus und wurde leichtere Beute der Verfolger.
- Ausharren im Amt bot Chancen des Gegenwirkens, Schlimmeres zu verhüten (S. 82). Aber: Sabotage von innen mußte sich besonders durch Loyalität tarnen, was zu Überanpassung, Glaubwürdigkeitsverlust und endlich wirklicher Komplicenschaft führen konnte.

Die meisten Oberschicht-Oppositionellen suchten so lange wie irgend zumutbar im Amt zu bleiben und möglichst einflußreiche Positionen zu erreichen. Was nach 1945 viele NS-Mitläufer als Alibi mißbrauchten, bereitete tatsächlichen NS-Gegnern im Bewußtsein moralisch-politischer Fragwürdigkeit ihres Doppelspiels ernste Gewissenskonflikte.
In der Nachkriegsdiskussion über den Widerstand im Dritten Reich nahm das Thema Gewissenskonflikt einen herausragenden Platz ein. Dabei übersah man nicht selten, daß dies eine Frage von solch zentraler Bedeutung im wesentlichen für die

eine Gruppe der Konservativ-Nationalen (vereinfacht gesagt) war, aber nicht für alle. Engagierte Weimarer Demokraten, Sozialisten, Pazifisten, Liberale, lehnten den NS schon vor 1933 kompromißlos ab. Von ihren geistigen und politischen Standorten aus gab es keine Versuchung, im NS auch nur Ansätze zu Positivem, Neuem zu sehen. Sie konnten vom Dritten Reich nicht enttäuscht werden; ihr Nein war selbstverständlich und nicht das Ergebnis eines quälenden inneren Kampfes. Dafür aber standen sie – im übertragenen wie im buchstäblichen Sinne – draußen, unschuldig und ohnmächtig. Ihre Gefährdung lag kaum je im Überlaufen, wohl aber in der Wirkungslosigkeit ihres Opfers, in der Wirklichkeitsferne, mit der sie lange ihre Kämpfe von gestern fortführten, und bei vielen in tatenlähmender Verzweiflung (S. 90–97).
Konservativ-nationale Honoratioren hingegen verachteten zwar vielfach das Pöbelhafte der »Bewegung«, die Anmaßung zu Bonzen aufgeblasener Nullen, empörten sich über Sittenverfall, Geistfeindlichkeit, Kirchenbedrängnis, Rechtswillkür (S. 88 f.) und Verwaltungschaos. Doch zur Gegnerschaft konnten sie, die den Untergang der Demokratie und das Dritte Reich mit Hoffnungen begleitet hatten, nur finden, indem sie bisherige Anschauungen in Frage stellten, sich von Traditionen und Loyalitätsbindungen lösten (z. B. in Fragen des Eides, des Hoch- und vor allem Landesverrates). Noch in ihren Alternativ-Konzepten blieben sie meist einer gestrigen Welt verhaftet, die wesentlich zum NS beigetragen hatte: autoritärem Obrigkeitsstaat, vor- und anti-industriegesellschaftlicher Romantik, Privatkapitalismus staatsfreier Konkurrenz, Großmacht-Nationalismus und Reichs-Traum (S. 129). Um so schmerzhafter wurde ihnen das Durchringen zum Umdenken. Ergab sich für Linke die Rolle des Gegners fast wie von selbst aus ihren politisch-ideologischen Positionen, so war die Opposition Rechter eine oft unfreiwillige, vom NS-Regime geradezu aufgezwungene Entscheidung gegen eigene Werte.

Zugleich für und gegen den NS-Staat wirkte als aktivster ziviler Vertreter dieser Oberschicht-Opposition Carl Goerdeler, ein geradlinig und streng rechtlich denkender Mann voller ehrgeizigem, aber uneigennützig-pflichtbewußtem Gestaltungswillen, antisozialistischer Deutschnationaler, der aus Protest gegen Hugenbergs NS-nahen Kurs aus der DNVP austrat und 1932 als Reichskanzler oder Minister vorgeschlagen war. Obwohl kein Pg., arbeitete er 1934/35 als Preiskommissar im Kabinett Hitler mit, ebenso als auch von Hitler geschätzter Kommunalreformer bei der neuen Gemeindeordnung (S. 63 f.), wo er dazu beitrug, einigen überstarken NSDAP-Einfluß zu stutzen. Das Führer-Wohlwollen verscherzte er sich, als er 1936 Schachts Warnungen vor einem Wirtschaft und Finanzen überfordernden Aufrüstungstempo mit einem Gutachten unterstützte (S. 125). Als hochangesehener und erfolgreicher Leipziger Oberbürgermeister trat er, eben wiederberufen, Ende 1936 zurück, weil die Partei gegen seinen erklärten Willen das Denkmal des jüdischen Komponisten Mendelssohn-Bartholdy vor dem Gewandhaus entfernte. Rastlos um Wirken bemüht, bewarb er sich danach mehrfach bei Göring und Hitler um ein neues Amt und zog nach wie vor, mit seltener Unerschrockenheit, in öffentlichen und offenen Artikeln gegen Korruption und Staatseingriffe in die Wirtschaft sowie für preußische Ideale rechtsstaatlich-korrekter Verwaltung zu Felde.
Derselbe Optimismus, daß er den NS-Staat durch Appell an die Vernunft reformieren oder ihn umstürzen könne, beseelte auch seine außenpolitischen Unternehmen. Finanziert von den Konzernen Krupp und Bosch, politisch gedeckt von Göring,

bereiste er 1937–39 die Länder des Westens, des Balkans und des Vorderen Orients, sprach dort mit führenden Politikern und Wirtschaftlern und sandte Bericht auf Bericht sowohl an NS-Spitzen wie an seine Oppositionsfreunde. Er wollte

- die Reichsregierung vor Isolierung und Weltkrieg warnen und eine neue, risikofreie prowestliche Außenpolitik bewirken,
- für die Opposition im Ausland um Vertrauen werben, um einen Machtwechsel im Reich außenpolitisch abzusichern,
- das Ausland bewegen, einer neuen, NS-freien deutschen Regierung den Start durch Konzessionen bei Versailles-Revision zu erleichtern.

Seine eigenen außenpolitischen Vorstellungen bewegten sich – ebenso wie die Becks, von Hassells und des Abwehr-Obersten Oster – noch ganz in den Denkbahnen klassischer europäischer Großmachtpolitik. Eine großzügige Revision von Versailles sollte die Vorherrschaft eines durch Österreich, Sudetenland, den polnischen Korridor und Kolonien aufgerundeten Großdeutschen Reiches in Mitteleuropa aufrichten mit freier Hand im Osten *im Rahmen des vernünftigen Gleichgewichts.*[397] Ein derart befriedetes Deutschland sollte in den Völkerbund zurückkehren, sich mit Großbritannien und Frankreich verbünden und ihnen, auch mit Militärhilfe, gegen Italien und Japan beistehen. Goerdeler: *Und dann sollen die anderen Völker diesmal weiser sein als 1919. Sie sollen dem deutschen Volke die Lebensrechte gewähren, die es besitzen muß, um seelisch und materiell leben zu können. Sie sollen das aus eigener Klugheit tun, denn sie werden keinen besseren Friedensbürgen finden als ein zu seiner natürlichen Ruhe zurückgekehrtes Deutschland.* Von den Westmächten forderte er, *daß man das Ziel einer allgemeinen gerechten Befriedigung festhält und mit Würde und Geduld den Tag erwartet und vorbereitet, an dem es überall durch Kräfte verwirklicht werden kann, die die gleiche Hochachtung vor Anstand und Recht betätigen und bereit sind, in Wirtschaft und Politik ewig gültige Gesetze anzuerkennen.*[398]
In den Zielen ging dieses Konzept über das hinaus, was Hitler bis dahin, 1938, öffentlich verlangt hatte, blieb aber weit zurück hinter dem, was er wirklich wollte (S. 129–133). Völlig unterschied es sich in den Methoden. Obwohl keineswegs Pazifisten, scheuten die National-Oppositionellen das Risiko eines großen Krieges, da sie bei einer (gegen den Westen erwarteten) Niederlage unerwünschte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Umwälzungen im Innern befürchteten, möglicherweise gar die 1918 gerade noch unterdrückte sozialistische Revolution. Ohne Krieg hofften sie ihre Ziele in geduldigem Verhandeln zu erreichen. Gegen Hitlers Vabanque-Politik mit ihren überspannten Wunschbildern verteidigten sie einen vermeintlich »realen« großdeutschen Revisionismus.

Je mehr sich im September 1938 die Sudetenkrise zuspitzte, desto mehr verstärkten Oppositionelle ihre Versuche, den drohenden Weltkrieg abzuwenden. Nach Becks Rücktritt, aber in engem Einvernehmen mit ihm wurden drei Männer vor allem zu Motoren des Widerstandes:

- der neue Generalstabschef General Halder, seit 1934 Regimekritiker, aber noch voller Skrupel im Konflikt zwischen Patriotismus und Dienstpflicht,
- Oberst Oster, Abteilungsleiter der OKW-Abwehr, NS-Gegner schon vor 1933 und seitdem immer mehr, jetzt gedeckt von Abwehrchef Canaris,
- General von Witzleben, Befehlshaber des Wehrkreises Berlin.

Sie entwickelten einen Staatsstreich-Plan, wonach Mitte September die Potsdamer Division Berlin besetzen und Hoepners Panzer in Thüringen der Münchener SS-Leibstandarte den Weg in die Hauptstadt verlegen sollten. Hitler wollte man im Handstreich aus der Reichskanzlei entführen und ihn – das blieb offen – für geisteskrank erklären lassen oder vor Gericht stellen, wofür Reichsgerichtsrat von Dohnanyi seit geraumem Anklagematerial sammelte. Oster indes, um die Eidbindung zu lösen, plante einen »Zwischenfall« in der Reichskanzlei, bei dem Hitler zu erschießen sei.

Der Putsch sollte ablaufen in den kritischen 48 Stunden zwischen einem Angriffsbefehl Hitlers und dem Beginn dieses Angriffs. Nur so glaubte man, ihn vor aller Augen als Kriegsbrandstifter überführen und zugleich die Katastrophe verhüten zu können, nur so, um Bürgerkrieg wie Dolchstoßlegende zu vermeiden, selbst als Retter und nicht Verräter der Nation zu erscheinen.

Brauchitsch, obwohl auch er den Kriegskurs ablehnte, versagte sich nach gelegentlichem Schwanken der Opposition. Von Hassell: *Brauchitsch schlägt den Kragen hoch und sagt: »Ich bin Soldat und habe zu gehorchen.«* [399] Notfalls wollte Witzleben auch ohne oder gegen seinen Vorgesetzten handeln.

Um Hitlers Aggression zu stoppen oder, falls dies mißlang, um die Rettungs-Revolte vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, war es nötig, das Bevorstehen eines großen Krieges zweifelsfrei nachzuweisen. Oppositions-Abgesandte drängten die britische Regierung, Hitlers Forderungen nicht nachzugeben und eine deutliche Abschreckungs-Erklärung an Berlin zu richten. Mit führenden Konservativen, darunter Churchill, sprach von Kleist-Schmenzin, der bereits vor 1933 als Anti-Hugenberg-Deutschnationaler und Stockkonservativer gegen den NS gekämpft hatte. Er kehrte mit leeren Händen zurück.

Dem britischen Außenminister Halifax ließ AA-Staatssekretär von Weizsäcker, Mann zwischen Kollaboration und Opposition, eine in der Geschichte der Diplomatie wohl einmalige Botschaft zugehen: *Nach unserer genauen Kenntnis plant Hitler einen Angriff auf die Tschechoslowakei und nimmt an, daß der daraus entstehende Krieg lokalisiert werden könne . . . Hitler und Ribbentrop werden wahrscheinlich gar nicht wagen, einen Krieg zu beginnen, wenn eine offene britische Erklärung es dem deutschen Volk klar vor Augen führt, daß ein Krieg mit Großbritannien im Falle eines Angriffs auf die Tschechoslowakei unvermeidlich ist . . . Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten. Eine diplomatische Niederlage würde einen sehr ernst zu nehmenden politischen Rückschlag für Hitler in Deutschland nach sich ziehen und würde praktisch das Ende des nationalsozialistischen Regimes bedeuten . . . Aber die deutschen Patrioten sehen keinen anderen Ausweg aus dem Dilemma, als enges Zusammenwirken mit der Britischen Regierung, um das größte Verbrechen eines Krieges zu verhüten.* [400]

Aber die britische Regierung hatte sich bereits anders entschieden. Chamberlains Reisen nach Deutschland und endlich die Münchener Konferenz behoben die Kriegsgefahr. Der nach Hitlers Angriffsentschluß (S. 158) auch ohne englische Rückendeckung für den 29. September vorgesehene Putsch mußte abgeblasen werden. Von Hitlers Erfolg geblendet oder verzweifelt, glaubten nun viele Deutsche, daß gegen des Führers Genie und Glück nichts auszurichten sei. Viele dachten wie der in seiner Zwangspensionierung passiv verbitterte von Fritsch: *Dieser Mann – Hitler – ist*

Deutschlands Schicksal im Guten und im Bösen. Geht es jetzt in den Abgrund . . . so reißt er uns alle mit. Zu machen ist nichts.[401]
Noch heute wird Chamberlain vorgeworfen, er habe die einzige wirkliche Chance, Hitler rechtzeitig zu stürzen, vereitelt. Was aber aus der Sicht der deutschen Opposition so erschien, nimmt sich, von London aus betrachtet, anders aus. Der britische Premier erkannte im Zusammengehen mit innerdeutschen NS-Gegnern keine Alternative zu seiner Appeasement-Politik: Er

- gewann den Eindruck, daß die Opponenten nicht viel andere Ziele verfolgten als Hitler und nur dessen Erfolge selbst ernten wollten,
- war unsicher, ob sie wirklich und erfolgreich losschlagen würden und was auf ihre Aktion folgen könnte, fürchtete sogar Annäherung an Kommunismus,
- sah nach klassischer Diplomatie-Regel als Außenpolitik-Partner nur eine (legale) Regierung an und nicht (illegale) private Gruppen,
- hielt es für unzumutbar, um innerdeutscher Machtkämpfe willen England an den Rand des Krieges zu führen, den – auch um den Preis der CSR – zu vermeiden gerade das Ziel seiner Politik war.

Offen bleibt auch, ob zu dieser Zeit eine Politik der Härte Hitler dauerhaft hätte bremsen können. Immerhin reagierte er auf die Mobilmachung der CSR im Mai (S. 154) und die Kriegsdrohung Englands am 26./27. September (S. 158) mit Aggressivität. Es ist nicht auszuschließen, wenn auch nicht zu beweisen, daß ein Aufmarsch der Westmächte Hitler erregt hätte, den von ihm gewollten Krieg schon 1938 auszulösen – als vor allem England noch nicht genügend gerüstet war.

Außenpolitik: Kriegsentfesselung

Wie deutsche werteten auch britische Oppositionelle München als Triumph der Aggression. Appeasement-Gegner Churchill fürchtete, *daß das ganze europäische Gleichgewicht gestört wurde, und daß jetzt das unheilvolle Urteil über die Demokratien des Westens gefällt worden ist: »Man hat dich in einer Waage gewogen und zu leicht befunden« . . . Es ist nur der erste Schluck, der erste Vorgeschmack des bitteren Kelches, der uns Jahr für Jahr vorgesetzt werden wird, es sei denn, daß wir unsere moralische Gesundheit und kriegerische Kraft in höchstem Maße wiedergewinnen.* Die Mehrheit der englischen Presse aber und bei Meinungsumfragen 90 Prozent der Briten begrüßten das Abkommen.[402] Das Londoner Unterhaus billigte es mit 369 Stimmen gegen 150 der Labour Party bei Enthaltung einiger Rechtskonservativer, die französische Kammer mit 537 gegen 75 (vor allem kommunistische) Stimmen.
Ich glaube, das ist der Frieden für unsere Zeit, atmete Chamberlain auf, als er in London landete. Hatte er doch am Morgen nach der Konferenz noch Hitlers Unterschrift unter eine gemeinsame Erklärung erlangt, die *den Wunsch unserer beiden Völker* bekundete, *niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen. Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen.*[403]

Erschien ihm damit München als Triumph des Appeasement, so empfand Hitler, obwohl er alles offiziell Verlangte kassiert hatte, Tatsache und Ergebnis der Konferenz als Niederlage:

Chamberlains Bilanz	Hitlers Bilanz
Das Großmächte-Schiedsgericht über Europa (mit dem Reich und ohne UdSSR) war zustande gekommen, die Expansionsdynamik des NS-Staates an die Zügel friedlicher Verfahren der Konsultation und Verhandlung gelegt.	Die Westmächte mischten sich in »seine« Interessensphäre ein. Er mußte sich seine Beute bewilligen lassen, statt sie selbst zu greifen: *Gouvernantenhafte Bevormundung vertragen wir nicht mehr!*[404]
Durch Korrektur eines Versailler Fehlers war eine »berechtigte« deutsche Forderung befriedigt.	Er konnte nur das Sudetenland erobern statt der ganzen CSR: *Der Kerl hat mir den Einzug in Prag verdorben.*[405]
Ein kriegsträchtiger Konflikt war, wenn auch zu Lasten eines Kleinstaates, ohne Krieg gelöst. Sollte Hitler später doch den Frieden brechen, hatte der Westen Zeit gewonnen, seine noch ungenügende Rüstung zu verbessern.	Er mußte den Krieg aufschieben: *In jedem Punkt gaben diese Feiglinge nach! Sie nahmen all unsere Forderungen an! Unter solchen Umständen war es natürlich fast unmöglich, die Initiative zu ergreifen und den Krieg zu beginnen.*[406]

Das Münchener Abkommen einzuhalten, gedachte Hitler nie: *Vom ersten Augenblick an war mir klar, daß ich mich nicht mit dem sudetendeutschen Gebiet begnügen könnte. Es war nur eine Teil-Lösung. Der Entschluß zum Einmarsch in Böhmen war gefaßt.*[407] Bald nach der Konferenz trieb er die diplomatischen, militärischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen rascher voran.

Um Paris zur Preisgabe seiner Ostbindungen zu bewegen und seinen Abwehrwillen aufzuweichen, schloß Berlin am 6. Dezember 1938 mit ihm einen Vertrag über Konsultation, friedliche Nachbarschaft und endgültigen deutschen Verzicht auf Elsaß-Lothringen. Gleichzeitig aber drängte das Reich Italien, wo gerade jetzt Gebietsforderungen gegen Frankreich laut wurden, und Japan zu einer Militärallianz gegen den Westen – vorerst freilich noch vergebens. Mussolinis Außenminister Ciano erschrak über seinen Gesprächspartner Ribbentrop: *Er hat sich die Idee des Krieges in den Kopf gesetzt, er will den Krieg, seinen Krieg. Er weiß nicht, oder sagt nicht, welches seine genaue Marschrichtung ist . . . Aber er will den Krieg in den nächsten drei oder vier Jahren.*[408]

Eilends wurde die Rüstung auf den bisher nicht vorgesehenen, nun aber möglichen, wenn auch erst in einigen Jahren erwarteten Gegner England umgestellt. Obwohl das Heer noch nicht voll aufgestellt war, erhielten jetzt Vorrang

- die Luftwaffe, die aber ihre Fernbomber inzwischen verschrottet hatte und auf taktische Heeresunterstützung im Blitzkrieg zugeschnitten blieb,
- die schwache Kriegsmarine, die nach dem Ende Januar 1939 hastig verfügten Z-Plan bis 1945 zahlreiche Schlachtschiffe, leichte Einheiten, sogar Flugzeugträger und (nach Experten-Ansicht zu wenige) U-Boote bauen sollte.

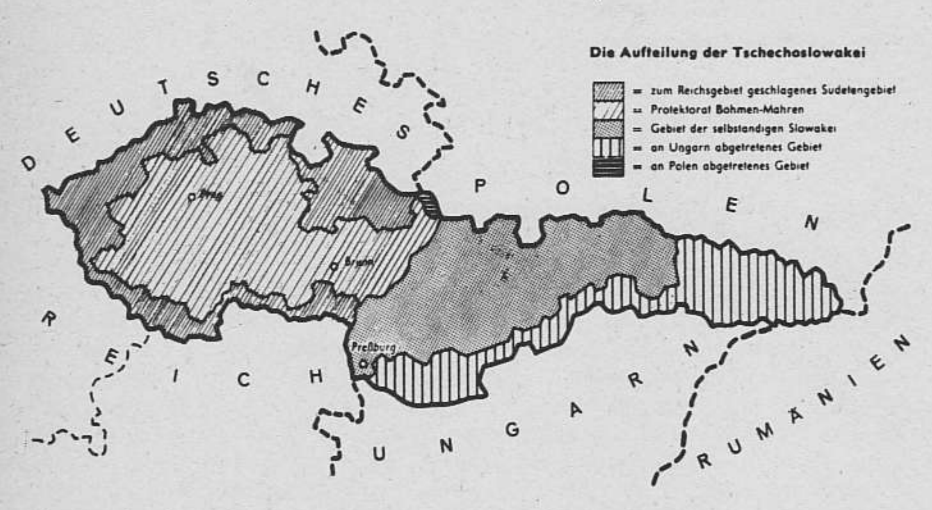
Damit fiel das Reich entgegen Hitlers Konzept und dem Flottenabkommen (S. 131, 137) in die dem Kaiserreich verhängnisvolle Marinerivalität mit England zurück, ohne doch die Stärke der Seemacht zu erreichen.

Gegen offenkundige Kriegsunlust der Bevölkerung (S. 158) sollte die Propaganda systematisch auf Stimmungsmache für Kampf umgepolt werden. Am 10. November 1938, dem Abend nach dem Judenpogrom, schwor Hitler rund 400 maßgebliche

Journalisten und Verleger auf diese nach dem Muster des Nervenkrieges in der Sudetenkrise (S. 157) zu lösende Aufgabe ein: *Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die . . . mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern . . . bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann . . . Irgendwie glaube ich, hat sich diese Platte, die pazifistische Platte, bei uns nun abgespielt. Man hätte wahrscheinlich diese Melodie nicht mehr gehört oder ihren Inhalt nicht mehr geglaubt.* Das Volk *muß lernen, so fanatisch an den Endsieg zu glauben, daß, selbst wenn wir einmal Niederlagen erleiden würden, die Nation sie nur . . . wertet: Das ist vorübergehend . . . Dazu ist es auch notwendig, daß gerade die Presse sich ganz blind zu dem Grundsatz bekennt: Die Führung handelt richtig!*[409]

Die Entscheidung über das nächste Ziel war bereits gefallen. Schon drei Wochen nach München, am 21. Oktober, befahl Hitler der Wehrmacht: *Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutsch-feindliche Politik betreiben würde.* Als die isolierte und ohnmächtige Prager Regierung durch immer neue Gefügigkeit unter die Reichs-Vorherrschaft ihm solchen Vorwand nahm, änderte er zwar nicht seine Absicht, aber das Verfahren. Eine Dezember-Weisung besagte, *daß kein nennenswerter Widerstand zu erwarten ist. Auch nach außen muß klar in Erscheinung treten, daß es sich nur um eine Befriedungsaktion und nicht um eine kriegerische Unternehmung handelt.*[410]
Als Alibi für die »Befriedung« nutzte und schürte die NS-Führung erneut Nationalitäten-Spannungen. Wieder mit Selbstbestimmungs-Parolen wie bei den Sudetendeutschen setzte sie den Nationalismus nun der Slowaken als Hebel an, um durch Absprengen ihres Landes den Mehrvölkerstaat vollends zu zerbrechen. In Verschwörung mit slowakischen Separatisten seit Oktober drängte sie die klerikalfaschistische Preßburger Landesregierung, deren Mehrheit statt Loslösung nur Autonomie in der CSR erstrebte, am 14. März 1939 die Unabhängigkeit der Slowakei auszurufen. Der neue Staat, dem Ungarn die Karpatho-Ukraine entriß, stellte sich eine Woche später unter deutschen »Schutz«, womit er als Satellit und Aufmarschraum des Reiches seine Souveränität sogleich wieder aufgab.
Noch in der Nacht zum 15. März preßte Hitler dem zu Verhandlungen nach Berlin geeilten CSR-Staatspräsidenten Hacha die Auslieferung seines Reststaates ab. Unter brutalem Druck – Göring drohte mit Luftangriff auf Prag, Hacha erlitt einen Schwächeanfall – mußte er unterschreiben, daß er *das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt,* wofür dieser dem Tschechenvolk eine – nie gewährte – *seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens* verhieß.[411]
Währenddessen rollten seit den ersten Stunden des 15. März deutsche Truppen in das Nachbarland ein, ohne Widerstand, aber erstmals nicht mehr durch Jubelspaliere zum Heilgruß hochgereckter, fähnchenschwenkender Arme, diesmal vorbei an entsetzten Gesichtern und schweigend geballten Fäusten. Der Einfall überraschte noch 900 politische und 5000 rassische Emigranten, dazu 12 500 politische und 14 500 jüdische sudetendeutsche Flüchtlinge.[412] Wer nicht in letzter Minute noch entkam, fiel in die Hand der Gestapo, die sofort das Land mit ihrem Regiment überzog. In

die Hand deutscher Konzerne fiel, seit geraumem eingefädelt, der einträglichste Teil der tschechischen Wirtschaft, die dem Reich und seiner Rüstung 7 Prozent mehr Stahlproduktion, mit den Skoda-Werken eine der größten Waffenschmieden Europas und meist von IG-Farben geschluckte, bedeutende Chemiebetriebe einbrachte. Mit dem Kolonialstatus eines »Reichsprotektorates Böhmen und Mähren« verleibte Hitler am 16. März die Tschechei Großdeutschland ein. Unter dem Hakenkreuz auf dem Prager Hradschin befahlen nun »Reichsprotektor« von Neurath und, als sein Staatssekretär und wahrer Herr der einheimischen Marionetten-Regierung, SdP-Scharfmacher Frank (Henlein blieb Sudeten-Gauleiter).



Eine Woche darauf, am 22. März, erzwang Berlin, wieder mit Einsatz einer NS-gelenkten deutschen Volksgruppe, von Litauen die Rückgabe des Memelgebietes.

Schockiert über den Gewaltstreich gegen die CSR, protestierte die Welt – von den noch isolationistischen USA, deren Verhältnis zum Reich sich besonders seit dem Judenpogrom zusehends verschlechterte, bis zu der vom Westen in München übergangenen Sowjetunion. Selbst Achsen-Anhänger Italien war verstimmt. Ciano fand, *daß all dies das italienische Volk besorgt macht und demütigt. Es ist notwendig, ihm eine Genugtuung und eine Gegenleistung zu verschaffen: Albanien.* Mussolini, München-Vermittler und jetzt nicht vorher informiert, klagte: *Jedesmal, wenn Hitler ein Land besetzt, sendet er mir eine Botschaft,* doch *wir müßten gute Miene zum bösen deutschen Spiel machen.*[413]
Chamberlain nach zwei Tagen unsicheren Zögerns: *Was ist aus der Erklärung »keine territorialen Ansprüche mehr« geworden? Was ist aus der Versicherung »wir wollen keine Tschechen im Reich« geworden?* (S. 158) *Wieviel Rücksicht hat man genommen auf den Grundsatz der Selbstbestimmung . . ., wieviel Vertrauen kann man dann noch in die übrigen Zusicherungen setzen, die aus derselben Quelle stammen? . . . Ist dies das Ende eines alten Abenteuers, oder ist es der Anfang eines neuen? Ist dies der letzte Angriff auf einen kleinen Staat, oder sollen ihm noch weitere folgen? Ist dies sogar ein Schritt in der Richtung auf den Versuch, die Welt durch Gewalt zu beherrschen?*[414]

Appeasement als Beschwichtigung war zweifellos gescheitert. Der rasche Bruch des Münchener Abkommens hatte gelehrt, daß das Dritte Reich
- auch mit größten Zugeständnissen weder zu befriedigen noch an Konsultationen im Großmächte-Konzert zu binden war, sondern auf freier Hand beharrte,
- in Wahrheit nicht nationalstaatliche Versailles-Revision erstrebte, sondern gewaltsame imperialistische Ost-Expansion.

Noch aber fehlte der letzte, die Friedenssehnsucht der Öffentlichkeit überzeugende Beweis, daß die Aggression anders als mit Krieg nicht abzuwenden, Hitler nicht doch mit Risiko-Drohung abzuschrecken sei. Appeasement als Kriegsverhütungspolitik mußte jetzt zum Versuch der Zähmung werden (S. 148 f.).

England führte die allgemeine Wehrpflicht ein. Gemeinsam mit Frankreich gab es am 31. März Warschau als voraussehbar Nächstbetroffenem die Garantie, *daß im Falle einer Aktion, welche die polnische Unabhängigkeit klar bedrohen und gegen welche die Polnische Regierung entsprechend den Widerstand mit ihrer nationalen Wehrmacht als unerläßlich ansehen würde, Seiner Majestät Regierung sich während dieser Zeit verpflichtet fühlen würde, sofort der Polnischen Regierung alle in ihrer Macht liegende Unterstützung zu gewähren.*[415] Als Berlin, um den Balkan als seinen »Großwirtschaftsraum« zu durchdringen, am 23. März mit Bukarest einen umfassenden Wirtschaftsvertrag schloß und Italien am 7. April Albanien besetzte, erhielten auch Griechenland und Rumänien (13. April) und die Türkei (12./23. Mai) ähnliche Beistandszusagen der Westmächte.

Damit legte sich der Inselstaat, seit dem Weltkrieg ohne Bündnis-Bindung, auf dem Kontinent in einem beispiellos weitreichenden Engagement fest. Dennoch beabsichtigte London nicht, Warschau einen Blankoscheck über Krieg oder Frieden auszustellen. Weder fühlten sich die Westmächte imstande, einem angegriffenen Polen militärisch rasch und wirksam genug zu helfen, um es vor Überwältigung zu bewahren, noch gedachten sie, dessen Versailler Gewinne um jeden Preis zu verteidigen. Im Gegenteil, auch jetzt noch blieben sie zu Kompromissen gegenüber »berechtigten« deutschen Ansprüchen bereit, freilich nur durch Übereinkunft ohne Druck. Sie wollten, so ein damaliger Slogan, »nicht für Danzig sterben«, vielmehr dem NS-Staat ein allgemeines Stoppsignal setzen, daß jede weitere Gewaltanwendung unweigerlich Krieg mit dem Westen auslösen würde.

Auf (langen) Kampf gegen England, sein Übersee-Empire und über kurz oder lang wohl auch die USA war das Reich mit seiner Blitzkriegs-Rüstung weder wirtschaftlich noch militärisch gewappnet. Aber – Chamberlains Fehlschluß – Hitler ließ sich nicht abschrecken. Drohung erwiderte er mit Drohung: *Nun gut, wenn England den Krieg will, soll es ihn haben . . . Und es wird ein Zerstörungskrieg werden, wie keine Phantasie ihn sich ausmalen kann.* Die Polen-Garantie tat er als Bluff ab. ProMi-Presseweisung: *Man soll sie auf die leichte Schulter nehmen.*[416]

Polen war in Hitlers Kriegskonzept nicht als Feind eingeplant, sondern zunächst als Raubkompagnon beim Lebensraum-Kreuzzug gegen die Sowjetunion. Seit dem Pakt von 1934 (S. 43) suchte die NS-Führung die antikommunistische und antimoskowitische Obristen-Junta für *ein antirussisches Bündnis und einen gemeinsamen Marsch auf Moskau* zu gewinnen mit großzügiger Beute-Beteiligung: *die Ukraine werde polnisches Einflußgebiet sein.*[417] Warschau wich aus. Bald nach München verstärkte Berlin sein Werben. Am 24. Oktober 1938 schlug Ribbentrop einen Generalausgleich vor, der bis Frühjahr 1939 erörtert wurde: Das Reich verlangte

– Anschluß Danzigs bei Wahrung polnischer Wirtschaftsinteressen,
– exterritoriale Bahn und Straße nach Ostpreußen durch den »Korridor«.

Als Gegenleistung für diese maßvollen Revisionswünsche war es bereit,
– in aller Form endgültig auf die Grenzen von 1914 zu verzichten,
– den Nichtangriffsvertrag um 10 bis 25 Jahre zu verlängern.

Politischer Kern und Sprengstoff war das Angebot gemeinsamer Ostpolitik: Polen sollte dem Antikominternpakt (S. 141) beitreten. Ribbentrop lockte, *daß bei einer allgemeinen großzügigen Regelung aller Probleme zwischen Polen und uns, wir durchaus dafür zu haben seien, die ukrainische Frage als ein Privilegium Polens zu betrachten . . . Dies wiederum setze allerdings auch eine immer klarere antirussische Einstellung Polens voraus, da sonst das gemeinsame Interesse kaum gegeben sei.*[418] Er bestand auf Annahme des ganzen Paketes.

An Teilergebnissen lag Hitler wenig. Deutschland brauche *Terrain für seine wirtschaftliche Expansion oder Raum für seine Bevölkerung . . ., den Polen nicht besitzt und nicht geben kann,* erklärte er Warschaus Botschafter, wogegen *der »Korridor« im Vergleich zu Problemen solcher Tragweite überhaupt bedeutungslos sei.* Ähnlich intern: *Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten.*[419]

Wurde Polen dabei Hindernis statt Hilfe, war es eben aus dem Wege zu räumen, wollte es nicht (vorerst) Juniorpartner sein, sollte es Opfer werden. Als Warschau nur über Einzelverbesserungen im »Korridor«-Verkehr und Danzig-Status verhandeln, sich aber nicht in einen Block deutscher Vasallen gegen die UdSSR einspannen lassen wollte und, schon von drei Seiten umfaßt, nach der Memelaktion (S. 168) Verteidigungsvorsorge traf, stellte Hitler die erste Weiche auf Vernichtungskrieg, noch abwartend. Am 25. März 1939 notierte Heeres-OB von Brauchitsch: *Vorläufig beabsichtigt Führer nicht, die poln. Frage zu lösen. Sie soll nun aber bearbeitet werden. Eine in naher Zukunft erfolgende Lösung müßte besonders günstige pol. Voraussetzungen haben. Polen soll dann so niedergeschlagen werden, daß es in den nächsten Jahrzehnten als pol. Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt werden brauchte. Der Führer denkt bei dieser Lösung an eine vom Ostrand Ostpr. bis zur Ostspitze Schlesiens vorgeschobene Grenze. Aus- und Umsiedlung sind noch offenstehende Frage.*[420]

Das endgültige polnische Nein tags darauf und die westlichen Garantien bestärkten seinen Kriegswillen. Am 3. April wies er die Wehrmacht an, einen möglichst lokalisierten Blitzfeldzug gegen Polen (»Fall Weiß«) so vorzubereiten, *daß die Durchführung ab 1. 9. 1939 jederzeit möglich ist.*[421] Am 28. April kündigte er den Nichtangriffspakt mit Polen und das Flottenabkommen mit England (S. 137). Doch noch sollte die Propaganda nur kleines Störfeuer schießen. ProMi-Sprachregelung vom 6. April: *Die Tür gegenüber Polen darf nicht zugeschlagen werden,* damit *noch ein Spalt für eventuelle weitere Verhandlungen offen bleibt.* 6. Mai: *Die Zwischenfälle mit Volksdeutschen können jetzt in kleinerer Form gebracht werden.* 8. Mai: *Es darf nicht der Eindruck entstehen, als stünden wir schon kurz vor entscheidenden Ereignissen.*[422]

So klar die Absicht, so unklar noch der Plan. Hitler am 23. Mai zu Spitzenmilitärs: *Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden. Es bleibt der Entschluß bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen.* Aber:

Angriff gegen Polen ist nur dann von Erfolg, wenn der Westen aus dem Spiel bleibt. Ist das nicht möglich, dann ist es besser den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen. Es ist Sache geschickter Politik, Polen zu isolieren. Wenn ihm auch ein *Bündnis Frankreich–England–Rußland* denkbar schien: *Es ist nicht ausgeschlossen, daß Rußland sich an der Zertrümmerung Polens desinteressiert zeigt.* Den Westen – jetzt mit England statt Frankreich als Hauptfeind – wollte er *mit einigen vernichtenden Schlägen* besiegen, erwartete aber *Krieg auf Leben und Tod.* Man habe *den kurzen Krieg anzustreben,* sich indes *auch auf den Krieg von 10 bis 15jähriger Dauer einzurichten.* Auch Neutrale wie Belgien und Holland seien zu besetzen; im Blitzkrieg *spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle.* Fest stand nur: *Wir werden nicht in einen Krieg hineingezwungen werden, aber um ihn herum kommen wir nicht.*[423]

Eine friedliche Alternative suchte noch immer London. Außenminister Halifax erklärte, daß *jeglicher deutsche Anspruch für eine Erörterung am Runden Tisch offen* sei. Einem Krieg zumal gegen England zu entgehen, waren in Deutschland außer der Opposition auch Wirtschaftskreise interessiert. Mit Wissen Görings und des deutschen Botschafters, anfangs nicht des AA, tastete im Sommer Vierjahresplan-Beamter Wohlthat in Geheimgesprächen mit maßgeblichen britischen Regierungsvertretern *weitgehende Pläne über eine deutsch-englische Zusammenarbeit zur Erschließung neuer und zur Pflege bestehender Weltmärkte* ab *(Empire, China und Rußland).* Ein von Chamberlain gebilligtes Verhandlungskonzept sah vor:
- *Nichtangriffspakt* als *Verzicht auf das Prinzip der Aggression,*
- *Nichteinmischungsvertrag* mit *Abgrenzung der Großräume der Hauptmächte,*
- *Beschränkung der Rüstungen* und Wirtschaftsbegünstigungen,
- *Bildung einer großen kolonial-afrikanischen Zone* mit deutscher Teilhabe,
- *Sanierung von Ost- und Südosteuropa durch Deutschland.*

Einige man sich, würden *Fragen wie Danzig und Polen darüber zurücktreten und unwesentlich* und wäre es England möglich, *von seinen Verpflichtungen gegenüber Polen loszukommen.*[424]
Nach englischen Presse-Enthüllungen rückte Chamberlain von den Fühlern ab. Ohnedies hätten sie kaum Chancen gehabt. Hitler sah in Verhandlungsbereitschaft nur Schwäche. Er wollte sich freie Hand für Krieg und Expansion nicht abkaufen lassen. Auch ohne ein Wirtschafts-»München« glaubte er, London von den Osteuropa-Garantien abbringen zu können: indem er sie wertlos machte.

Polen zu isolieren, mußte vor allem heißen, die einzige Macht, die ihm unmittelbar militärisch helfen könnte, zu neutralisieren: die bisher von allen Seiten gemiedene und abgedrängte Sowjetunion. Daß unversöhnliche ideologische Feindschaft jedes Zusammengehen zwischen NS-Staat und UdSSR unbedingt ausschließe, war der feste Eckpfeiler britischer Gleichgewichtspolitik in Europa (S. 148). Hatte Hitler sich doch auf eine aggressive antibolschewistische Kreuzzugs-Ideologie festgelegt (S. 130) und jeden Pakt mit Moskau verketzert: *Wie dem deutschen Arbeiter den Bolschewismus als fluchwürdiges Menschheitsverbrechen klarmachen, wenn man sich selbst mit den Organisationen dieser Ausgeburt der Hölle verbündet . . .?* Und: *Eine vertragliche Verbindung mit dem derzeitigen bolschewistischen Rußland* sei *für uns gänzlich wertlos,* er *fürchte, daß jedes Volk, das nach einer solchen Hilfe greift, an ihr seinen Untergang findet.*[425] So zögerte er denn auch lange, statt mit Polen gegen

die Sowjetunion zu marschieren, sich mit ihr gegen Polen zu verbinden. Doch die Vorteile waren nicht zu übersehen:
- einen schon einmal tödlichen Zweifrontenkrieg zu vermeiden,
- eine britische Wirtschaftsblockade zunichte zu machen,
- die Westmächte von einer Unterstützung Polens abzuschrecken.

KPdSU-Führer Stalin zweifelte nicht, daß das NS-Reich die UdSSR in einem Lebensraum-Krieg zu versklaven plante. Um Zeit für Industrialisierung und Rüstung zu gewinnen, suchte er nach dem Ende der Rapallo-Partnerschaft mit Deutschland Sicherheit im Bündnis mit dem Westen (S. 44 f.) und schaltete die Komintern auf Volksfront-Antifaschismus um (S. 91 f.). Die Appeasement-Politik aber nährte seinen Verdacht, daß die Westmächte sich der NS-Expansion nicht nur nicht widersetzten, sondern Hitler nach Osten gegen die Sowjetunion ablenken wollten.
Die immer befürchtete kapitalistische Einkreisungsfront zu vereiteln, ergriff Moskau nach beiden Seiten die Initiative. Im März, nach Hitlers Einzug in Prag, schlug es den Westmächten – anfangs vergeblich – ein osteuropäisches Sicherheitssystem vor; Mitte April, nach mehreren kaum verhüllten Gesten, begann es in Berlin zu sondieren. Voller Mißtrauen hielt es sich mit geschicktem Doppelspiel bis Ende Juli nach beiden Seiten offen.

Nach ihren Garantie-Erklärungen konnten Paris und London nicht mehr darauf verzichten, auch die Sowjetunion in die Abwehrfront gegen eine NS-Expansion einzubeziehen. Dazu war der Kreml nur bereit, wenn auch er auf Hilfe des Westens rechnen konnte. Er forderte gemeinsame Garantien über Polen und Rumänien hinaus für alle seine osteuropäischen Anrainer und auch bei »indirekten Aggressionen«. Das, kaum exakt definierbar, konnte der NS-Taktik innerer Unterminierung etwa durch deutsche Volksgruppen entgegenwirken, ebensogut aber den Sowjets ein unbegrenztes Recht zur Einmischung bis hin zu »präventiver« Intervention nebst Einverleibung geben. Die Westmächte sahen darin den Versuch der UdSSR, den nach dem Weltkrieg zu ihrer Eindämmung geschaffenen Cordon Sanitaire aufzusprengen und diese Länder, die teils zum Zarenreich gehört hatten, ihrer Unabhängigkeit zu berauben, also den Status quo Osteuropas zu ihren Gunsten zu ändern, während der Westen ihn gerade festzuschreiben strebte. Sie wollten diese Staaten vor Deutschland schützen, sie aber nicht Rußland ausliefern.
Trotz solch gegensätzlicher Interessen einigten sich Westmächte und Sowjetunion am 24. Juli auf ein politisches Abkommen, das im wesentlichen auf den vor allem gegen Englands Widerstreben Zug um Zug durchgesetzten Moskauer Bedingungen fußte. In Kraft treten sollte es jedoch erst nach Abschluß eines Militärpaktes. Hier ließ sich der Konflikt nicht mehr verschleiern: Sollte die Rote Armee einem deutschen Angriff entgegentreten, so mußte sie – logischerweise – das Schlachtfeld erreichen können. Ihre Nachbarn, vor allem Polen, indes weigerten sich auch unter (spätem und schwachem) westlichem Druck beharrlich, ihr den Durchmarsch zu gestatten, den sie ebenso fürchteten wie deutsche Aggression. In Kriegsfalle hätten demnach die Sowjettruppen zunächst Gewehr bei Fuß zuschauen müssen, wie ihr Vorfeld überrannt wurde, und den Kampf auf russischem Boden ausfechten. Was der Westen der Sowjetunion bot, war das, was Stalin unter allen Umständen vermeiden wollte: Krieg im eigenen Land gegen die hochgerüstete Militärmaschine des Reiches, zudem noch ohne sichere Gewähr wirksamer Hilfe.

Während sich die Verhandlungen mit dem Westen zäh dahinschleppten, räumte die Sowjetunion hinter den Kulissen gemeinsam mit Berlin politischen Schutt weg und ließ ihr neuer Außenminister Molotow wissen, sie zöge einen Nichtangriffsvertrag mit dem Reich vor. Denn von Hitler konnte sie erhoffen
- Verschonung vom Krieg, wenigstens vorerst, und damit
- lebenswichtigen Zeitgewinn für Industrialisierung und Abwehr-Vorbereitung,
- Vermittlung bei Japan, gegen das sie Grenzschlachten schlug,
- obendrein reiche Landbeute, wie der Westen sie nie bewilligen konnte.

Zudem: Überfiel Hitler nach einem Bund mit Moskau Polen, würde das Reich vielleicht in einen nach Stalins Ansicht langwierigen Krieg gegen den Westen verstrickt, an dessen Ende es zu erschöpft wäre für Lebensraum-Abenteuer.

Hitler schwankte lange und ließ die Gespräche mehrmals fast einschlafen. Doch gegen Ende Juli begann er gegen Molotows preistreibende Hinhaltetaktik zu drängen, wollte er die Sowjets noch auf seine Seite bringen, bevor polnischer Herbstregen jeden Panzer-Blitzkrieg im Schlamm erstickte: *Er binde mit Polen nicht an, ohne der Russen sicher zu sein.*[426] Am selben 12. August, als in Berlin Japans Absage an den Dreibund und in Moskau, nach gemächlicher Seereise und ohne Vollmacht, britische und französische Offiziere zu den seit Wochen vereinbarten Militärverhandlungen eintrafen, erklärte sich die UdSSR zu verbindlichen Besprechungen mit dem Reich bereit. Nachdem am 19. ein deutsch-sowjetischer Handels- und Kreditvertrag unter Dach und Fach gebracht war und Hitler am 20. an Stalin gekabelt hatte, *daß jeden Tag eine Krise ausbrechen kann* und *keine Zeit zu verlieren* sei[427], flog Ribbentrop am 23. nach Moskau. Ohne langes Feilschen um Inhalte und Formulierungen unterschrieb er dort kurz nach Mitternacht, bei Trinksprüchen Stalins auf Hitler, den sowjetischen Entwurf eines Nichtangriffspaktes und ein geheimes Zusatzprotokoll.

Der mit Unterzeichnung in Kraft tretende, auf zehn Jahre bemessene Nichtangriffsvertrag sah neben Gewaltverzicht und Konsultationsklausel vor: *Falls einer der Vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere Vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.*[428] Neutralität also auch zugunsten eines Angreifers, was die Sowjetunion sonst vermied, ja verurteilte.

Das erst beim Nürnberger Prozeß 1946 der Welt bekanntgewordene und bis heute von Sowjethistorikern verschwiegene Geheimprotokoll regelte die *Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa* und öffnete Sowjetrußland den Weg weit nach Westen: *Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphäre Deutschlands und der UdSSR . . . Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen, und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden . . . Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesen Gebieten erklärt.*[429]

Eine Annäherung an Rußland fand unter den Deutschen viel Zustimmung. Diplomaten, Militärs, Wirtschaftler begrüßten die Wiederbelebung einer Tradition erfolgreicher Zusammenarbeit. Die stalinhörige Exil-KPD feierte die *Friedenstat von seiten der Sowjetunion,* während deren Polizei KP-Emigranten der Gestapo überstellte. Demokratische Linke distanzierten sich von der Sowjetunion: *Sie hat sich außerhalb der Reihen nicht nur der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern auch des Anti-Nazismus gestellt.* Westorientierte unter konservativen Oppositionellen sahen *innerpolitische Folgen gefährlichster Art* voraus und hofften, jetzt endlich würde sich *die Tendenz der Westmächte verstärken, ein gesundes, kraftvolles Deutschland zu erhalten, freilich nicht mit halb oder dreiviertel bolschewistischer Führung.* AA-Staatssekretär von Weizsäcker hielt den Pakt anfangs für ein Mittel, Westmächte und Polen zu Kompromissen zu bewegen und so den Krieg doch noch zu verhindern. Als er erkannte, daß Hitler die letzte Schranke vor dem Krieg fallen sah, warnte er London, um den Abschluß zu hintertreiben. Auf politisch indes unwirksamen Widerspruch stieß die Allianz bei Antibolschewismus-Doktrinären der NSDAP wie dem Deutsch-Balten Rosenberg: *Ich habe das Gefühl, als ob sich dieser Moskau-Pakt irgendwann am Nationalsozialismus rächen wird . . . Wie können wir noch von der Rettung und Gestaltung Europas sprechen, wenn wir den Zerstörer Europas um Hilfe bitten müssen?*[430]
Auch wenn Hitler – Stalin gegenüber – das Bündnis *eine Festlegung der deutschen Politik auf lange Sicht* nannte, gab er sein Ziel nicht auf. Am 11. August: *Alles, was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen, und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden.*[431]

Nun ist Polen in der Lage, in der ich es haben wollte, triumphierte er schon am 22. August vor der höheren Generalität: *Jetzt ist die Wahrscheinlichkeit noch groß, daß der Westen nicht eingreift. Wir müssen mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Wagnis auf uns nehmen . . . Mit langer Dauer des Krieges rechnet niemand . . . Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.* Auch wenn er *nicht mit Bestimmtheit prophezeien* könne: *Ich rechne mit Handelssperre, nicht mit Blockade, ferner mit Abbrechen der Beziehungen . . . Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte . . . Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft . . . Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg. Brutales Vorgehen . . . Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.*[432]

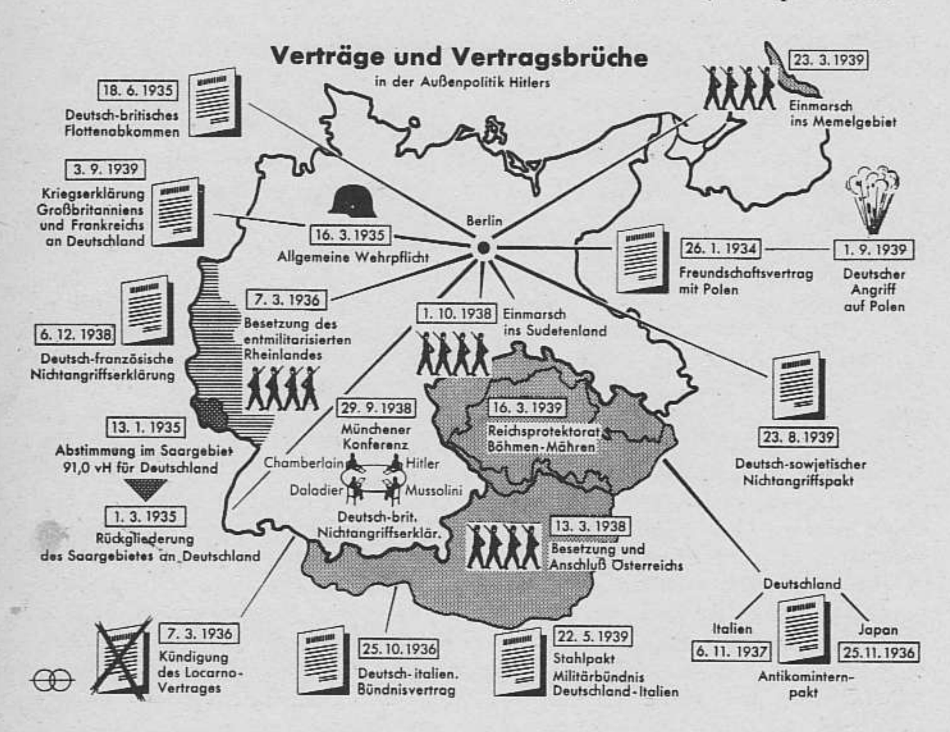
So überrascht und bestürzt Öffentlichkeit und Kabinette in fast aller Welt sich zeigten, die Mächtekonstellation verschob sich nirgends mehr:
1. Nach wie vor lehnte Japan, dessen Regierung übrigens als einzige über den Pakt stürzte, die von Deutschland geforderte umfassende Kriegskoalition eines Dreibundes Berlin–Rom–Tokio ab.
2. Auch Italien entfernte sich zusehends weiter von Deutschland. Zwar hatte es nach langem Zögern und dann überstürzt am 22. Mai den »Stahlpakt« unterschrieben, eine Offensiv-Allianz mit unbedingter Beistands-Automatik. Doch Mussolini machte *eine Friedensperiode von mindestens drei Jahren* zur Bedingung. Ribbentrop

täuschte Übereinstimmung vor, ließ die Achsen-Freunde indes trotz Konsultationspflicht über die deutschen Pläne im Dunkeln. Als Ciano Mitte August von Hitler erfuhr, daß *mit einem Vorgehen gegen Polen in jedem Augenblick gerechnet werden müsse*, war er *angeekelt . . . Sie haben uns betrogen und belogen. Und heute sind sie im Begriff, uns in ein Abenteuer hineinzureißen, das wir nicht gewollt haben.* Ciano setzte Italiens Nichtkriegsführung durch. Mussolini, bis zuletzt wankend zwischen Ruhm- und Beutesucht oder Staatsräson, schrieb Hitler am 25. August, *daß ich nicht die Initiative von kriegerischen Handlungen ergreife*, war doch *der Krieg für nach 1942 vorgesehen, und zu jener Periode wäre ich zu Lande, zur See und in der Luft fertig gewesen.*[433]
3. Ebensowenig änderte England (und mit ihm Frankreich) seinen Kurs. Mit dem Pakt, der es vom Krieg fernhalten sollte, wurde es in den Krieg gezwungen. Denn im Bunde mit der Sowjetunion drohte das Reich zu jener Hegemonialmacht auf dem Kontinent aufzusteigen, die vor seiner Küste nicht zuzulassen, immer Ziel britischer Gleichgewichtspolitik war. Schon am 22. August warnte Chamberlain Hitler: *Welcher Art auch immer das deutsch-sowjetische Abkommen sein wird, so kann es nicht Großbritanniens Verpflichtung gegenüber Polen ändern.*[434] Am 25. baute er die Garantie an Polen zu einem Militärbündnis aus.

Auf die Hiobsbotschaften hin – Roms völlig unerwarteten Abfall und Londons Festigkeit – blies Hitler am 25. abends den vor Stunden schon für den nächsten Morgen befohlenen Angriff wieder ab. Gerade noch gelang es, die schon aufmarschierende Wehrmacht dicht vor der Grenze anzuhalten.
Nun kam es noch zu einer Woche fieberhafter diplomatischer Aktivität auf offiziellen und inoffiziellen Kanälen. Vorsichtig unterstützt von Mussolini, mühten sich Paris und vor allem London, Berlin zu überzeugen, daß
- sie unbeirrbar zu ihren Garantiepflichten stehen würden,
- berechtigte deutsche Ansprüche durchaus noch auf friedliche Weise in direkten Gesprächen mit Warschau zu befriedigen seien.

Gleichzeitig drängten sie Warschau, das im Schutze der Garantien und in nur zu begründetem Mißtrauen gegen Hitlers Absichten, aber auch in Überschätzung eigener Stärke seine Haltung sehr versteift hatte, durch Gesten des Entgegenkommens die Atmosphäre zu entspannen und in Berlin initiativ zu werden. Sollten sie scheitern, so hatten sie doch die Friedenschancen bis zum alleräußersten ausgelotet und damit klargemacht, daß Hitler für den Krieg verantwortlich und durch nichts mehr zu stoppen war als durch Krieg.
Hitler gab sich eine Zeitlang den Anschein der Verhandlungsbereitschaft, bot England an, nach Lösung der Polenfrage das Britische Empire zu garantieren und mit der Wehrmacht zu schützen, beteuerte seinen Friedenswillen gegenüber dem Westen und drohte, den Konflikt »so oder so« auszuräumen. Doch dieser ganze Nervenkrieg von Einschüchterung und Lockung sollte nur die Gegnerkoalition spalten, England doch noch zur Neutralität veranlassen und Polen isolieren. Zu Propagandazwecken ließ er sehr maßvoll klingende 16 Punkte eines Verhandlungsvorschlages aufschreiben, verbot aber, ihn der Gegenseite auszuhändigen: *Ich brauchte ein Alibi, vor allem dem deutschen Volke gegenüber, um ihm zu zeigen, daß ich alles getan hatte, den Frieden zu erhalten.*[435]
Währenddes hatten Presse, Funk und Film ihre antipolnische Greuelkanonade zum Trommelfeuer zu steigern mit immer neuen Meldungen über wirkliche, aufgebauschte

oder frei erfundene »Leiden der Deutschen unter polnischem Terror«, freilich ohne auseinanderzuhalten, was von den polnischen Übergriffen gegen Volksdeutsche Kurzschlußhandlung in der vom Reich angeheizten Krisen-Nervosität war und was Reaktion auf von deutschen Stellen gesteuerte Provokationen. Den von Hitler angekündigten *propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges* lieferten Heydrichs SD und Müllers Gestapo: Ihre Männer inszenierten Grenzscharmützel und einen Scheinüberfall auf den Sender Gleiwitz, wobei sie in polnische Uniformen verkleidete, ermordete KZ-Häftlinge als »Beweisstücke« an ihren Tatorten deponierten.
Am Mittag des 31. August, zur selben Stunde, als Warschau sich zu einem direkten Kontakt mit Berlin entschloß, befahl Hitler erneut und endgültig »Fall Weiß« für den nächsten Morgen. Obwohl die von ihm verlangten Voraussetzungen – Bund mit Britannien und Italien, Isolierung Frankreichs und Polens, Kriegsbereitschaft von Volk, Wehrmacht und Wirtschaft – fehlten, entschied er sich, im Bewußtsein des Risikos, für Krieg. Am Vormittag des 1. September, als deutsche Divisionen über die Grenze drangen, sprach er vor dem Reichstag und über alle Reichssender: *Ich habe damit wieder jenen Rock angezogen, der mir einst selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur ausziehen nach dem Sieg, oder ich werde dieses Ende nicht erleben! . . . Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heißt: Kapitulation.*[436]



FRIEDRICH ZIPFEL – KRIEG UND ZUSAMMENBRUCH

Der falsche Krieg

Am 1. September 1939, morgens um 5.35 Uhr, überschritten deutsche Truppen die polnische Grenze. Gehorsam zogen die Soldaten ins Feld, nicht begeistert wie die Väter im Jahre 1914, aber in dem durch jahrelange Propaganda genährten Glauben an die Notwendigkeit ihres Tuns und in der Überzeugung, daß auch dieses Unternehmen ähnlich glücklich enden werde wie die in den letzten Jahren vollzogenen »Heimführungen« deutscher Volksgenossen ins Reich.

Zweifellos hatte sich auch ihr Oberster Befehlshaber Hitler derartigen Hoffnungen hingegeben. Aber dann kam die Ernüchterung. Als am 3. September der Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes das britische Ultimatum übersetzte, da war Hitler – und mit ihm sein Außenminister Ribbentrop – entsetzt: *Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. Er war nicht fassungslos, wie es später behauptet wurde, er tobte auch nicht, wie es wieder andere wissen wollten. Er saß völlig still und regungslos an seinem Platz. Nach einer Weile, die mir wie eine Ewigkeit vorkam, wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war. »Was nun?« fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick in den Augen, als wolle er zum Ausdruck bringen, daß ihn Ribbentrop über die Reaktion der Engländer falsch informiert habe. Ribbentrop erwiderte mit leiser Stimme: »Ich nehme an, daß die Franzosen uns in der nächsten Stunde ein gleichlautendes Ultimatum überreichen werden.«*[1] So geschah es auch am Nachmittag des gleichen Tages. Großbritannien und Frankreich standen zu ihrer Beistandsverpflichtung für Polen. Nun hatte Hitler seinen Krieg. So aber hatte er ihn nicht gewollt! Die Kette der vorausgegangenen Gewaltakte, der fortwährende Bruch selbst gegebener Versprechen und die Maßlosigkeit der Forderungen hatten eine Koalition entstehen lassen, die schon der junge Hitler mit Recht gefürchtet hatte. Und dieser Koalition war Deutschland nicht gewachsen. Zwar benutzten die Gegner – vor allem Polen, dann Frankreich, schließlich auch Rußland – zunächst vielfach noch veraltetes Kriegsgerät, aber auf die Dauer standen ihnen nicht nur das Rüstungspotential nahezu der ganzen Welt zur Verfügung, sondern auch ein schier unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir. In Deutschland hingegen waren Arbeitskräfte knapp, kriegswichtige Rohstoffe nur für einige Monate gehortet. Was aber, wenn der Krieg länger dauerte? Der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, General Thomas, stellte fest, *daß Deutschland völlig unvorbereitet in den Krieg gegangen ist . . . Die großen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen, die für einen neuen Weltkrieg erforderlich gewesen wären, . . . sind praktisch nicht erfolgt.*[2]

Zunächst schien alles gut zu gehen. Ausgerüstet mit modernen Waffen, in einer neuen Taktik des Bewegungskrieges geschickt geführt, seelisch in guter Verfassung, errangen die deutschen Soldaten in den beiden ersten Kriegsjahren Erfolge, die den meisten die Einsicht in die Aussichtslosigkeit ihres Ringens und Leidens für lange Zeit verwehrten.

Der vom Oberkommando des Heeres ausgearbeitete Plan zum Feldzug gegen Polen sah den Angriff zweier Heeresgruppen vor, die die polnischen Hauptkräfte zangenartig umfassen und vernichten sollten. Bei etwa gleicher Zahl der Heeresverbände ermöglichte die führungsmäßige und technische Überlegenheit der Deutschen trotz zäher Verteidigung der Polen und einiger örtlicher Krisen einen überraschend schnellen Erfolg. Wie ihm durch das Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt zugebilligt, ließ Stalin am 17. September die Rote Armee nach Polen einfallen. Zwei Tage später hatten deutsche Truppen im wesentlichen die Demarkationslinie erreicht. Der Bewegungskrieg war damit zu Ende. In Südpolen zogen sich Säuberungsaktionen bis zum 6. Oktober hin. In einem dreitägigen Großeinsatz von Luftwaffe und Artillerie wurde Warschau zur Kapitulation gezwungen. Die polnische Hauptstadt mußte als erste die Schrecken des modernen Krieges über sich ergehen lassen. Die Verwüstungen und Verluste, auch unter der Zivilbevölkerung, waren groß.
Mit Mann und Roß und Wagen hat sie der Herr geschlagen,[3] jubelte der vom Sieg berauschte Hitler. Auch in seine Sorge um die Weiterführung des Krieges mischte sich der Triumph. Gewürzt mit Beleidigungen machte er den Westmächten in der Reichstagsrede vom 6. Oktober ein Friedensangebot: Er verlangte die nachträgliche Billigung seines Beutezuges. Im Falle einer Weigerung sagte er schreckliche Verwüstungen, auch für England, voraus. Es werde, so meinte er, einst wieder eine deutsch-französische Grenze entstehen, *nur werden sich an ihr dann statt der blühenden Städte Ruinenfelder und endlose Friedhöfe ausdehnen.*[4] Dies sei seine letzte Erklärung. Dann werde er kämpfen, und Deutschland werde siegen.
Tatsächlich schien die Lage für das Reich nicht mehr so ungünstig wie in den ersten Septembertagen. Die Gefahr, daß Deutschland in einem Zweifrontenkrieg zerrieben werden könne, war vorerst gebannt. England hatte dem bedrängten polnischen Bundesgenossen keine militärische Hilfe zuführen können, die Franzosen hatten, befangen in ihrer Defensivmentalität und gelähmt durch den Bluff der deutschen Stärkepropaganda, den nur schwach besetzten, weitgehend unfertigen Westwall nicht angegriffen. Im Vertrauen auf die starke Sicherung der Maginotlinie und auf die Beherrschung der Seewege erwarteten sie einen deutschen Angriff.

Inzwischen wurde im besetzten Polen das praktiziert, was das eigentliche Ziel Hitlerscher Kriegspolitik war: Gewinnung von »Lebensraum« für die »germanische Rasse«. Während noch die Kämpfe um Warschau tobten, teilte Heydrich seinen Unterführern mit, wie die Nutzung Polens geplant war, nämlich *daß die ehemaligen deutschen Provinzen deutsche Gaue werden und daneben ein Gau mit fremdsprachiger Bevölkerung mit der Hauptstadt Krakau geschaffen wird. ... Die Lösung des Polen-Problems* dachte sich Heydrich *unterschiedlich nach der Führerschicht (Intelligenz der Polen) und der unteren Arbeitsschicht des Polentums.* Nach seinen Anweisungen sollten die Angehörigen der politischen Führerschicht *unschädlich gemacht werden. ... Die Einsatzgruppen haben Listen aufzustellen, in welchen die markanten Führer erfaßt werden, daneben Listen der Mittelschicht: Lehrer, Geistlichkeit, Adel, Legionäre, zurückkehrende Offiziere usw. Auch diese sind zu verhaften und in den Restraum abzuschieben. ... Die primitiven Polen sind als Wanderarbeiter in*

den Arbeitsprozeß einzugliedern und werden aus den deutschen Gauen allmählich in den fremdsprachigen Gau ausgesiedelt. Das Judentum ist in den Städten im Getto zusammenzufassen, um eine bessere Kontrollmöglichkeit und später Abschubmöglichkeit zu haben. . . . Diese Aktion muß innerhalb der nächsten 3 bis 4 Wochen durchgeführt sein.[5] Eine Fülle von Aufgaben erwartete also die »Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD«, Aufgaben, die sich in dem Umfang vergrößern mußten, in dem die »deutschen Gaue« über die Grenzen der früheren Provinzen hinaus erweitert, der polnische Restgau entsprechend verkleinert wurden.

Und das alles sollte sich vor den Augen der Wehrmacht vollziehen. Schon die während des Feldzuges von SS-Organen begangenen Terrorakte hatten zu so heftigen Protesten geführt, daß Heydrich bereits am 21. September anordnete: *Erschießungen sind nur noch vorzunehmen, wenn es sich um Notwehr handelt bzw. bei Fluchtversuchen,*[6] ohne allerdings damit dem Wüten ernstlich Einhalt gebieten zu wollen. Das Morden ging weiter.
Mehr und mehr wurden die Befugnisse der Militärverwaltung eingeschränkt. Als der »polnische Gau« am 12. Oktober als »Generalgouvernement« unter eine Zivilverwaltung besonderer Art gestellt wurde, erbat der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst v. Rundstedt, unter Protest seine Ablösung. Nachfolger wurde Generaloberst Blaskowitz, ein Mann, der bereits Gerichtsverfahren wegen Mordes und Plünderung gegen zwei SS-Standartenführer beantragt hatte – ohne Erfolg allerdings. Bei diesem neuen »Oberost« liefen nun alle Beschwerden der Truppe über Gewalttaten von SS und Polizei zusammen, und Blaskowitz zögerte nicht, sie nach oben weiterzuleiten. In seiner Hitler am 18. November vorgelegten Denkschrift äußerte er *größte Besorgnis wegen illegaler Erschießungen, Festnahmen und Beschlagnahmungen, Sorgen um Disziplin der Truppe, die diese Dinge sehenden Auges erlebt.* Nach dem Zeugnis seines Heeresadjutanten, Hauptmann Engel, entlud sich Hitler *mit schweren Vorwürfen gegen »kindliche Einstellungen« in der Führung des Heeres; mit Heilsarmee-Methoden führe man keinen Krieg.* Er erwog die Abberufung dieses unbequemen Mannes.[7] Doch dieser ließ sich nicht beirren. Als ihn am 15. Februar 1940 der Oberbefehlshaber des Heeres besuchte, legte er ihm eine umfangreiche Denkschrift vor, in der er unter Anführung einer Reihe einzelner Schandtaten auf die allgemeinen Konsequenzen einer derartigen Politik hinwies: *Der schlimmste Schaden jedoch, der dem deutschen Volkskörper aus den augenblicklichen Zuständen erwachsen wird, ist die maßlose Verrohung und sittliche Verkommenheit, die sich in kürzester Zeit . . . wie eine Seuche ausbreiten wird. . . . Die einzige Möglichkeit, sich dieser Seuche zu erwehren, besteht darin, die Schuldigen und ihren Anhang schleunigst der militärischen Führung und Gerichtsbarkeit zu unterstellen.*[8] Herr v. Brauchitsch hatte nicht so viel Mut wie sein Untergebener. Er leitete die Denkschrift nicht weiter. Anfang Mai wurde Blaskowitz als Oberost abgelöst.

Inzwischen waren die »deutschen Gaue« Westpreußen (bald Danzig-Westpreußen) und Posen (bald Wartheland) gebildet worden. Im Erlaß vom 8. Oktober hieß es: *(1) Die Bewohner deutschen oder artverwandten Blutes der eingegliederten Gebiete werden deutsche Staatsangehörige nach Maßgabe näherer Vorschriften. (2) Die Volksdeutschen dieser Gebiete werden Reichsbürger nach Maßgabe des Reichsbürgergesetzes.*[9] Was mit den übrigen Einwohnern geschehen sollte, ist in dem Erlaß nicht gesagt: Sie sollten vertrieben werden. Zur Neubesiedlung waren die Volksdeutschen

aus den »abgeschriebenen« Gebieten vorgesehen. Noch im Oktober wurden Umsiedlungsverträge mit Estland und Lettland abgeschlossen, mit Italien über die Umsiedlung der Südtiroler. Es folgte ein Abkommen mit der Sowjetunion über einen Bevölkerungsaustausch in der Ukraine und Weißrußland, 1940 wurden Deutsche aus Rumänien, 1941 aus Litauen »rückgesiedelt«. Von 1939 bis Mitte 1944 siedelte Himmler als »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« 908 000 Volksdeutsche um. Sie verloren ihre Heimat nicht erst 1945. Nur ein Teil von ihnen erschien den mit der Ansiedlung beauftragten SS-Behörden »rassisch« geeignet für eine Landzuteilung. Viele lebten bis zum Kriegsende in Lagern.
Die Bevölkerung des Generalgouvernements unterlag besonders harten Bedingungen. Am 26. Oktober 1939 erschienen dort zwei Verordnungen. In der einen hieß es: *Alle polnischen Bewohner des Generalgouvernements zwischen dem 18. und 60. Lebensjahr unterliegen mit sofortiger Wirkung der öffentlichen Arbeitspflicht*, in der anderen: *Für die im Generalgouvernement ansässigen Juden wird mit sofortiger Wirkung der Arbeitszwang eingeführt. Die Juden werden zu diesem Zweck in Zwangsarbeitstrupps zusammengefaßt.*[10] Während für die Polen noch gewisse arbeitsrechtliche Sicherungen vorgesehen waren, blieben die Juden völlig schutzlos. Bald folgten weitere Zwangsmaßnahmen. Am 18. November ordnete der Distriktschef von Krakau an, *daß alle Juden im Alter von über 12 Jahren . . . mit Wirkung vom 1. 12. 1939 außerhalb ihrer eigenen Wohnung ein sichtbares Kennzeichen zu tragen haben. . . . Juden, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, haben strengste Bestrafung zu gewärtigen.*[11] Diese Anordnung wurde zum Vorbild nicht nur für das Generalgouvernement, sondern schließlich für alle Gebiete unter deutscher Herrschaft. Ende November folgte die »Zwangsarisierung« aller jüdischen Geschäfte und Unternehmungen, im April 1940 wurde in Lodz das erste Großgetto gebildet. Systematisch wurde so die Ausrottung vorbereitet.

Unterdes wurde im Führerhauptquartier, im OKH, in den Stäben des Westheeres und in einzelnen Ministerien ein erbitterter Streit um die Fortführung des Krieges ausgefochten. Nach wie vor sah Hitler in der Sowjetunion den eigentlichen Feind, der allerdings im Augenblick durch ein Bündnis gebändigt war. Doch das war für Hitler kein Hindernis, wie er seinen Oberbefehlshabern am 23. November erklärte: *Verträge werden aber nur so lange gehalten, wie sie zweckmäßig sind.* Die russische Schwäche, die noch ein oder zwei Jahre anhalten würde, sollte ausgenutzt werden. Aber: *Wir können Rußland nur entgegentreten, wenn wir im Westen frei sind.*[12]
Dort wollte er nun, siegesgewiß nach dem glänzenden Erfolg in Polen, so schnell wie möglich losschlagen, und zwar unter Verletzung der belgischen und niederländischen Neutralität. Als Angriffstermin setzte er den 12. November fest. Die Generalität war entsetzt. (Die Verallgemeinerung ist in diesem Falle gerechtfertigt; sogar Keitel wagte eine eigene Meinung zu haben.) Trotz des Erfolges hatten sich in Polen viele technische, ausbildungsmäßige, taktische und psychologische Mängel gezeigt. Weiter war die Jahreszeit für Operationen von Panzerverbänden wie für wirkungsvollen Luftwaffeneinsatz denkbar ungeeignet.
Aber es gab auch Argumente, die weit über bloß militärische Erwägungen hinausgingen: Der Überfall auf neutrale Staaten mußte unabsehbare politische Folgen haben, außerdem war er moralisch nicht zu verantworten. Oberst Oster, Abteilungschef in der Abwehr, warnte regelmäßig, ohne Glauben zu finden, die bedrohten Staaten. Sein Ziel war, die Gefährdeten zur Abwehrbereitschaft zu bewegen oder –

falls Hitler sich hierdurch nicht abschrecken ließ – den deutschen Angriff festlaufen zu lassen, also Hitler eine politische oder militärische Niederlage zuzufügen, seinen Nimbus der Unbesiegbarkeit zu zerstören und damit die Voraussetzungen für einen innenpolitischen Umsturz zu schaffen. Sogar derjenige General, der als der Hitlertreueste galt, v. Reichenau, intervenierte bei seinem Führer – vergeblich. Und dann ließ auch er den bedrohten Staaten eine Warnung zukommen. Der Vorwurf, diese »Landesverräter« hätten den Tod Tausender deutscher Soldaten in Kauf genommen, bedenkt nicht, daß ein langer Weltkrieg Millionen aller Nationen das Leben gekostet hätte und hat.
Mit Billigung des Chefs des Generalstabs des Heeres, General Halder, wurden – vor allem im Amt »Abwehr« – Staatsstreichpläne ausgearbeitet. Hierfür wurde zur Kernfrage: Wie würde sich das Ausland verhalten? Angehörige des Auswärtigen Amtes und Agenten der Abwehr suchten Kontakte mit den Gegnern, im Vatikan (Josef Müller), in Washington (Adam von Trott zu Solz); der norwegische Bischof Berggrav schaltete sich als Vermittler ein. Doch all diese Bemühungen blieben vergeblich, trotz anfänglicher Bereitschaft Londons, mit einem Deutschland ohne Hitler Friedensgespräche zu beginnen. Großbritannien war zum Gefangenen seiner Garantieerklärung für Polen geworden, die deutschen Oppositionellen aber konnten sich zum Handeln ohne britische Garantien nicht durchringen. Da eine Aktion gegen Hitler ohne die Mitwirkung des Heeres nicht durchführbar erschien, dessen Oberbefehlshaber v. Brauchitsch derartigen Unternehmen aber sehr reserviert gegenüberstand, dessen Stabschef, Halder, gefangen von strategischen Planungsaufgaben, von seiner anfänglichen Sympathie immer mehr abrückte, da weiterhin schlechtes Wetter Verschiebungen des Angriffstermins, insgesamt 27, zur Folge hatte, verlor die Opposition ihren Handlungswillen. So kam es während des Winters 1939/40 zu dem eigenartigen »Sitzkrieg« im Westen, über den der Wehrmachtbericht meist nur »Artillerie- und Spähtrupptätigkeit« und Luftgefechte meldete.

Während die Westfront ruhig blieb, entwickelte sich der Kampf gegen England rasch zu voller Schärfe. Für eine Überwindung Großbritanniens mit Überseestreitkräften war die kleine deutsche Marine mit nur 13 kampffähigen Großeinheiten viel zu schwach. Da aber die alliierte Handelsschiffahrt auf eine Abwehr noch nicht vorbereitet war, konnten die wenigen einsatzbereiten deutschen U-Boote in den ersten Kriegswochen beträchtliche Erfolge erringen. Dennoch kam das Oberkommando der Marine zu dem Schluß: *Der Strom der noch nicht erfaßten, der Aufbringung und Versenkung noch entzogenen Einfuhr Englands muß gegenwärtig noch als voll ausreichend für die kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse angesehen werden.*[13] Im November 1939 setzte eine Verschärfung des Seekrieges ein. Nach der irrtümlichen warnungslosen Versenkung des Passagierdampfers »Athenia« (3. September) verhängte die britische Admiralität die Blockade über Deutschland. Hitler befahl daraufhin am 29. November die Bombardierung und Verminung der wichtigsten englischen Häfen. Die Erfolge waren groß, blieben aber weiterhin unzureichend, und die deutschen Angriffsverbände erlitten schwere Verluste: 18 U-Boote kehrten nicht zurück, der Schwere Kreuzer »Graf Spee« mußte sich vor der La-Plata-Mündung selbst versenken. Andererseits hatten auch die britischen Versuche, die deutsche Flotte durch Luftangriffe in ihren Häfen zu treffen, kaum Erfolge. Die Bomberverluste der ersten Raids waren unerträglich hoch, so daß dieses Verfahren zunächst wieder eingestellt werden mußte.

Inzwischen suchte Stalin in der ihm von Hitler zugebilligten Interessensphäre seine Macht durchzusetzen. Die kleinen baltischen Staaten mußten der Roten Armee Stützpunkte einräumen. Finnland dagegen wies ein entsprechendes Ansinnen zurück. Der darauf folgende sowjetische Überfall am 30. November 1939 hat in der westlichen Öffentlichkeit Empörung und Bestürzung ausgelöst. Rußland wurde aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Eine unmittelbare Unterstützung des tapfer kämpfenden finnischen Heeres aber war den Westmächten nicht möglich. Wenn auch Finnland im Friedensschluß vom 12. März 1940 den Russen Stützpunkte einräumen und Gebiete abtreten mußte, so wurde doch der verbissene Widerstand des kleinen Heeres gegen die anstürmenden Massen der Roten Armee als eindeutiger Verteidigungserfolg angesehen, ein Umstand, der zu folgenschwerer Unterschätzung der militärischen Leistungsfähigkeit der Sowjetunion führte.

Zentralproblem des Krieges aber war nach wie vor die deutsch-britische Auseinandersetzung. Bereits im Herbst 1939 hatten sowohl der englische Marineminister Churchill als auch die deutsche Seekriegsleitung die Bedeutung von Norwegen für die Fortführung des Krieges erkannt. Am 27. Januar 1940 begann das OKW, den Aufmarsch zu bearbeiten, am 1. März befahl Hitler, *alle Vorbereitungen dafür zu treffen, um mit Teilkräften der Wehrmacht Dänemark und Norwegen zu besetzen (»Fall Weserübung«). Hierdurch soll englischen Übergriffen nach Skandinavien und der Ostsee vorgebeugt, unsere Erzbasis in Schweden gesichert und für Kriegsmarine und Luftwaffe die Ausgangsstellung gegen England erweitert werden.*[14] Fast gleichzeitig, am 5. Februar, beschloß der Oberste Kriegsrat in Paris, als Finnlandhilfe getarnte Truppen in Narvik landen zu lassen und damit die Erzzufuhr nach Deutschland abzuschneiden. Der Zusammenbruch der finnischen Verteidigung machte diesen Plan zunichte. Beide kriegführenden Parteien arbeiteten fieberhaft an den Vorbereitungen, die Anfang April abgeschlossen waren.

Am 7. liefen die ersten deutschen Versorgungsschiffe aus, am 8. verminten britische Flugzeuge norwegische Häfen. Dennoch glückte am 9. April die Überraschung. Dänemark gab noch am gleichen Tage den nur symbolischen Widerstand auf. In Norwegen konnten die ersten deutschen Truppen nahezu ungestört an Land gesetzt werden. Allein im Oslo-Fjord kam es zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf der Kreuzer »Blücher« versenkt wurde. Vor Narvik wurde die deutsche Zerstörerflotte vernichtet. Die norwegische Regierung war anfangs bereit, sich mit der Besetzung des Landes abzufinden. Als aber die Forderung erhoben wurde, den mit Deutschland sympathisierenden Quisling zum Ministerpräsidenten zu ernennen, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Um wenigstens Westnorwegen beherrschen zu können, gingen Mitte April britische Truppen in Andalsnes und Namsos an Land. Die deutsche Luftüberlegenheit erzwang jedoch den Rückzug. Dagegen suchten alliierte See- und Landstreitkräfte die kleine Besatzung von Narvik aufzureiben. Hier konnte die britische Seeüberlegenheit voll zur Geltung gebracht werden, doch die Niederlage im Westen veranlaßte die Alliierten, ihr erfolgversprechendes Unternehmen abzubrechen. Mit den letzten Soldaten der Westmächte verließ am 7. Juni auch der norwegische König sein Land. Drei Tage später kapitulierten die letzten noch kämpfenden Truppen. Deutschland war damit im Besitz der Zufahrtswege zum schwedischen Erzgebiet, beherrschte den Zugang zur Ostsee und hatte seine Operationsbasis gegen Großbritannien entscheidend erweitern können, aber einen guten Teil seiner Flotte verloren.



Für einen entscheidenden Schlag gegen England war aber der Besitz der Kanalküste unerläßlich, die nur durch die Niederringung Frankreichs gewonnen werden konnte. Während in Deutschland um Angriffstermin und Planung gerungen wurde und die Truppe einen ausbildungsmäßigen Höchststand erreichte, führte in Frankreich das Unbehagen über den Krieg zu einer tiefen Depression, die im Sturz Daladiers (20. März) ihren sichtbaren Ausdruck fand. Doch auch die neue Regierung Reynaud vermochte nicht das Vertrauen des Parlaments und der Bevölkerung zu gewinnen. Die alliierten Generalstäbe waren der Ansicht, daß die stark befestigte Oberrheinfront und die Maginotlinie den Südteil der Front völlig sicher machten. Entlang der belgischen Grenze wurden die Masse der beweglichen französischen Truppen und die britische Expeditionsarmee bereitgestellt, um dem erwarteten deutschen Angriff in Belgien entgegentreten zu können.

Die ursprüngliche deutsche Planung entsprach dieser Vorstellung. Dann aber griff Hitler den Plan des Generals v. Manstein auf, der die Schnellen Truppen in der Mitte konzentrieren wollte, um von da aus über die mittlere Maas vorstoßend die Küste zu erreichen, die dadurch von Frankreich abgeschnittenen Feindkräfte im Rücken zu fassen und auf die frontal vorgehende nördliche Heeresgruppe zu drängen. In einer zweiten Phase sollte anschließend von Nordfrankreich aus das Land erobert, die Maginotlinie umgangen werden. Dieser vom OKH bei ständigen unmittelbaren Eingriffen Hitlers ausgearbeitete Plan wurde zur Grundlage für eine der klassischen Vernichtungsschlachten der Weltgeschichte.

Am 10. Mai 1940 traten die Heeresgruppen A und B zum Westfeldzug an. Nachdem die Verteidigungsstellungen zwischen Sedan und Dinant durchbrochen waren, konnten die schnellen Verbände am 15. zum Stoß nach Westen antreten. Erst im Laufe dieses Tages erkannte die alliierte Führung die operative Absicht der Deutschen, und am folgenden Tage wurde ihr endlich die tödliche Gefahr bewußt. Nun aber waren wirksame Gegenmaßnahmen nicht mehr möglich. Im Zusammenwirken mit Fallschirmtruppen hatte die deutsche 18. Armee die Niederlande bereits nahezu völlig besetzt. Die 6. Armee hatte mit der handstreichartigen Eroberung des starken Forts Eben Emael das belgische Verteidigungssystem aufgebrochen. Während alliierte Truppen in Belgien erbittert Widerstand leisteten, erreichten Kleists Panzer am 20. Mai in Abbeville die Kanalküste. Ein großer Teil der alliierten Streitkräfte saß in der Falle, die nun nur noch zugedrückt werden mußte.
Sorgen um die kaum gesicherten Flanken des Panzerkeils und Meldungen der Truppe über Erschöpfung und Ausfälle lösten Meinungsverschiedenheiten um die Weiterführung der Einkreisungsschlacht aus, in die Hitler eingriff, nachdem Göring zugesagt hatte, die Luftwaffe werde die eingeschlossenen Truppen niederringen. Am 24. Mai ließ Hitler im Einvernehmen mit der Heeresgruppe den Stoß der Panzertruppen in den Rücken des Gegners 18 Kilometer vor Dünkirchen anhalten. Resigniert notierte Halder in seinem Tagebuch: *Der schnelle linke Flügel, der keinen Feind vor sich hat, wird dabei auf ausdrücklichen Wunsch des Führers angehalten! In dem genannten Raum soll die Luftwaffe das Schicksal der eingekesselten Armee vollenden!!* Am nächsten Tag fiel die Entscheidung: Die Heeresgruppe B, die sich gegen steifen Widerstand vorarbeitete, sollte die eingeschlossenen Feindkräfte gegen die dünne Front der Panzertruppen drängen. Halder formulierte: *Es tritt also eine völlige Verkehrung ein. Ich wollte (HGr.) A zum Hammer, (HGr.) B zum Amboß machen. Nun macht man B zum Hammer, A zum Amboß. Da B eine festgefügte Front sich gegenüber hat, wird das nur sehr viel Blut kosten und sehr lange dauern. Denn die Luftwaffe, auf die man hofft, ist vom Wetter abhängig.*[15] Fast drei Tage lang war schlechtes Wetter.
Die relativ schnelle Bereinigung des Kessels von Dünkirchen war nicht das Ergebnis deutscher Waffenerfolge. Churchill, seit dem 10. Mai britischer Premierminister, war, nachdem seine Versuche, den französischen Widerstand zu verstärken, fehlgeschlagen waren, zu der Überzeugung gelangt, daß im Interesse der britischen Verteidigungsfähigkeit die Rettung der Dünkirchenarmee wichtiger war als ein langanhaltender Widerstand. In dieser Armee befand sich doch die Masse der englischen Berufssoldaten, die für den Aufbau eines Wehrpflichtheeres unentbehrlich waren. Als am 26. Mai die deutschen Panzertruppen wieder zum Angriff antraten, stießen sie auf eine festgefügte Abwehrfront, in deren Schutz die Einschiffung briti-



Für einen entscheidenden Schlag gegen England war aber der Besitz der Kanalküste unerläßlich, die nur durch die Niederringung Frankreichs gewonnen werden konnte. Während in Deutschland um Angriffstermin und Planung gerungen wurde und die Truppe einen ausbildungsmäßigen Höchststand erreichte, führte in Frankreich das Unbehagen über den Krieg zu einer tiefen Depression, die im Sturz Daladiers (20. März) ihren sichtbaren Ausdruck fand. Doch auch die neue Regierung Reynaud vermochte nicht das Vertrauen des Parlaments und der Bevölkerung zu gewinnen. Die alliierten Generalstäbe waren der Ansicht, daß die stark befestigte Oberrheinfront und die Maginotlinie den Südteil der Front völlig sicher machten. Entlang der belgischen Grenze wurden die Masse der beweglichen französischen Truppen und die britische Expeditionsarmee bereitgestellt, um dem erwarteten deutschen Angriff in Belgien entgegentreten zu können.

Die ursprüngliche deutsche Planung entsprach dieser Vorstellung. Dann aber griff Hitler den Plan des Generals v. Manstein auf, der die Schnellen Truppen in der Mitte konzentrieren wollte, um von da aus über die mittlere Maas vorstoßend die Küste zu erreichen, die dadurch von Frankreich abgeschnittenen Feindkräfte im Rücken zu fassen und auf die frontal vorgehende nördliche Heeresgruppe zu drängen. In einer zweiten Phase sollte anschließend von Nordfrankreich aus das Land erobert, die Maginotlinie umgangen werden. Dieser vom OKH bei ständigen unmittelbaren Eingriffen Hitlers ausgearbeitete Plan wurde zur Grundlage für eine der klassischen Vernichtungsschlachten der Weltgeschichte.

Am 10. Mai 1940 traten die Heeresgruppen A und B zum Westfeldzug an. Nachdem die Verteidigungsstellungen zwischen Sedan und Dinant durchbrochen waren, konnten die schnellen Verbände am 15. zum Stoß nach Westen antreten. Erst im Laufe dieses Tages erkannte die alliierte Führung die operative Absicht der Deutschen, und am folgenden Tage wurde ihr endlich die tödliche Gefahr bewußt. Nun aber waren wirksame Gegenmaßnahmen nicht mehr möglich. Im Zusammenwirken mit Fallschirmtruppen hatte die deutsche 18. Armee die Niederlande bereits nahezu völlig besetzt. Die 6. Armee hatte mit der handstreichartigen Eroberung des starken Forts Eben Emael das belgische Verteidigungssystem aufgebrochen. Während alliierte Truppen in Belgien erbittert Widerstand leisteten, erreichten Kleists Panzer am 20. Mai in Abbeville die Kanalküste. Ein großer Teil der alliierten Streitkräfte saß in der Falle, die nun nur noch zugedrückt werden mußte.
Sorgen um die kaum gesicherten Flanken des Panzerkeils und Meldungen der Truppe über Erschöpfung und Ausfälle lösten Meinungsverschiedenheiten um die Weiterführung der Einkreisungsschlacht aus, in die Hitler eingriff, nachdem Göring zugesagt hatte, die Luftwaffe werde die eingeschlossenen Truppen niederringen. Am 24. Mai ließ Hitler im Einvernehmen mit der Heeresgruppe den Stoß der Panzertruppen in den Rücken des Gegners 18 Kilometer vor Dünkirchen anhalten. Resigniert notierte Halder in seinem Tagebuch: *Der schnelle linke Flügel, der keinen Feind vor sich hat, wird dabei auf ausdrücklichen Wunsch des Führers angehalten! In dem genannten Raum soll die Luftwaffe das Schicksal der eingekesselten Armee vollenden!!* Am nächsten Tag fiel die Entscheidung: Die Heeresgruppe B, die sich gegen steifen Widerstand vorarbeitete, sollte die eingeschlossenen Feindkräfte gegen die dünne Front der Panzertruppen drängen. Halder formulierte: *Es tritt also eine völlige Verkehrung ein. Ich wollte (HGr.) A zum Hammer, (HGr.) B zum Amboß machen. Nun macht man B zum Hammer, A zum Amboß. Da B eine festgefügte Front sich gegenüber hat, wird das nur sehr viel Blut kosten und sehr lange dauern. Denn die Luftwaffe, auf die man hofft, ist vom Wetter abhängig.*[15] Fast drei Tage lang war schlechtes Wetter.
Die relativ schnelle Bereinigung des Kessels von Dünkirchen war nicht das Ergebnis deutscher Waffenerfolge. Churchill, seit dem 10. Mai britischer Premierminister, war, nachdem seine Versuche, den französischen Widerstand zu verstärken, fehlgeschlagen waren, zu der Überzeugung gelangt, daß im Interesse der britischen Verteidigungsfähigkeit die Rettung der Dünkirchenarmee wichtiger war als ein langanhaltender Widerstand. In dieser Armee befand sich doch die Masse der englischen Berufssoldaten, die für den Aufbau eines Wehrpflichtheeres unentbehrlich waren. Als am 26. Mai die deutschen Panzertruppen wieder zum Angriff antraten, stießen sie auf eine festgefügte Abwehrfront, in deren Schutz die Einschiffung briti-

scher und französischer Verbände unter Zurücklassung des Materials und der Waffen gelang. Kriegsschiffe, Handelsschiffe, Hafenfahrzeuge und selbst private Motorboote konnten innerhalb von neun Tagen 338 000 Mann, darunter 123 000 Franzosen, aus dem Hafen von Dünkirchen oder vom Strand evakuieren. Trotz des deutschen Sieges war der letzte Erfolg ausgeblieben. In Frankreich aber wirkte Churchills Rettungsaktion selbstsüchtig und deprimierend.

Am 5. Juni begann mit dem Angriff der Heeresgruppe B über die Somme die zweite Phase des Feldzuges. Am 9. trat weiter östlich die Heeresgruppe A zum Stoß nach Süden an. Innerhalb einer Woche waren von 66 französischen Divisionen 20 bis 25 zerschlagen, die Zahl der Jagdflugzeuge war auf 170 bis 180 gesunken. Der neue französische Oberbefehlshaber, General Weygand, verfügte über keine Reserven mehr. Auch von der Alpenfront konnte er keine Truppen abziehen, da Italien am 10. Juni den Krieg an Frankreich erklärt hatte. (Der italienische Angriff begann erst neun Tage später und kam kaum voran.) Am 12. Juni leitete Weygand die Räumung der Maginotlinie ein, die am 14. von der Heeresgruppe C angegriffen und durch Guderians Panzervorstoß zur Schweizer Grenze (17. Juni) abgeschnitten wurde. Das gewaltige Befestigungssystem konnte sich nur zehn Tage lang verteidigen.

Wiederholt hatte Churchill versucht, den französischen Widerstand bis zum äußersten anzustacheln. Weygand jedoch war seit dem 11. Juni von der Aussichtslosigkeit des Kampfes überzeugt und bestrebt, weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Frankreich blieb auf seine eigenen Mittel angewiesen. Militärische Hilfe von England konnte es nicht erwarten. Am 17. Juni bot Churchill eine Union beider Staaten an, die ihm die Verfügungsgewalt auch über die französische Flotte gegeben hätte. Doch die Militärs drängten zum Waffenstillstand. Reynaud trat, da er sich dazu nicht durchringen konnte, zurück. Sein Nachfolger, Marschall Pétain, ersuchte am 18. um Waffenstillstand. Ein General aber fand sich mit dieser Lösung nicht ab: de Gaulle. Von London aus rief er mit dem »Nationalkomitee Freies Frankreich« eine Gegenregierung aus.

In bewußter Demütigung der Franzosen ließ Hitler den Waffenstillstand am gleichen Ort, an dem 1918 die Deutschen ihn unterzeichneten, in Compiègne, abschließen. Die relativ mäßigen Forderungen waren bestimmt von der Sorge, daß die französische Flotte doch noch in britische Hände übergehen könne. Auch auf Mussolini wirkte Hitler mäßigend ein, so daß am 25. Juni die Waffen an allen Fronten schweigen konnten. Der größte Teil Frankreichs blieb besetztes Gebiet. In Vichy durfte Pétain eine neue Regierung bilden.
In wenigen Wochen hatte die vorzüglich ausgebildete und geschickt geführte deutsche Wehrmacht die – wie man meinte – stärkste Militärmacht des Kontinents zerschlagen. Die Panzertaktik hatte ihre große Bewährungsprobe bestanden, das Kraftgefühl der Truppe erreichte seinen Höhepunkt. Auch die Stimmung in der Heimat nahm euphorische Züge an: *Unter dem Eindruck der großen politischen Ereignisse und im Banne der militärischen Erfolge hat sich im gesamten deutschen Volke eine bisher noch nicht erreichte innere Geschlossenheit und enge Verbundenheit von Front zu Heimat herausgebildet. Der Tätigkeit der Gegnergruppen ist überall der aufnahmefähige Boden entzogen. Alles schaut dankbar und mit Vertrauen auf den Führer und seine von Sieg zu Sieg eilende Wehrmacht.* Und: *Die stürmische Begei-*

sterung der letzten Wochen hat sich angesichts der Waffenstillstandsverhandlungen und der jetzt eingetretenen Waffenruhe in eine mit stiller, stolzer Freude und Dankbarkeit für Führer und Wehrmacht gezeichnete Feierstimmung gewandelt.[16] Ohne Widerspruch zu erregen, konnte Göring seinen Führer den »Größten Feldherrn aller Zeiten« nennen (im Volksmund später: »Gröfaz«). Nicht nur die Masse des Volkes, auch skeptische Generale waren von Hitlers tatsächlichen und vermeintlichen Fähigkeiten überzeugt. Gegen die Warnungen der Vorsichtigen hatte er den kühnen Feldzugsplan durchgesetzt. Der Sieg erschien als sein Erfolg. Die Front der NS-Gegner zerbröckelte, nur wenige blieben unbeirrt.

Wie aber stellte sich im Sommer 1940 die Lage dar? Mit der Atlantik- und Kanalküste in deutscher Hand waren den Operationen gegen England neue, günstige Ausgangsbasen geschaffen worden. Aber reichten die See- und Luftstreitkräfte für einen vernichtenden Schlag aus? Die kleine U-Boot-Waffe konnte bis Jahresende nur durchschnittlich zwölf Boote gleichzeitig auf Feindfahrt schicken. Die zahlenmäßig starke Luftwaffe war vorzüglich ausgebildet, aber beim damaligen Stand der Technik brachte der lange Anflug über den Kanal noch immer starke Belastungen.
Im Siegesrausch zugleich unsicher, machte Hitler Churchill noch einmal ein Friedensangebot. Als keine Antwort kam, drohte der Kanzler in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli: *Und Herr Churchill sollte mir dieses Mal vielleicht ausnahmsweise glauben, wenn ich als Prophet jetzt folgendes ausspreche: Es wird dadurch* (die Weigerung, Frieden zu schließen) *ein großes Weltreich zerstört werden. Ein Weltreich, das zu vernichten oder auch nur zu schädigen, niemals meine Absicht war. Allein ich bin mir darüber im klaren, daß die Fortführung dieses Kampfes nur mit der vollständigen Zertrümmerung des einen der beiden Kämpfenden enden wird. Mister Churchill mag glauben, daß dies Deutschland ist. Ich weiß, es wird England sein. In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell an die Vernunft auch in England zu richten. Ich glaube, dies tun zu können, weil ich ja nicht als Besiegter um etwas bitte, sondern als Sieger nur für die Vernunft spreche. Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes zwingen könnte.*[17]
Zu Hitlers Enttäuschung beherzigte Churchill diese Ratschläge nicht, obwohl England ja tatsächlich in hohem Maße bedroht war. Es besaß keine Verbündeten mehr, die Küsten der Nordsee und des Atlantik waren in deutscher Hand, durch Italiens Kriegseintritt war der Weg durch das Mittelmeer stark bedroht. Große Worte aber vermochten einen Mann wie Churchill nicht zu beeindrucken. Am 13. Mai hatte er vor dem Unterhaus sein Regierungsprogramm in schonungsloser Offenheit verkündet: *Ich habe nichts zu bieten als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß.* Sein Ziel: *Sieg um jeden Preis.* Als die Niederlage in Frankreich offenbar wurde, riß Churchill seine Mitarbeiter zu äußerster Anstrengung empor. Am 4. Juni, noch während der Schlacht von Dünkirchen, schrieb er an den Chef des Generalstabs: *Jene Gewohnheit, in Defensivbegriffen zu denken, die die Franzosen zugrunde gerichtet hat, darf bei uns nicht Platz greifen und unseren Initiativgeist nicht lähmen.* Und an Initiativgeist fehlte es Churchill nicht! Bereits am 7. Juli forderte er den Bau von Landungsfahrzeugen, um die Invasion auf dem Kontinent vorzubereiten. Eine eigene Antwort auf Hitlers »Friedensangebot« hätte diesem zu große Bedeutung beigemessen. Der Partner überließ das seinem Außenminister: *Wir werden nicht aufhören zu kämpfen, bis die Freiheit gesichert ist.*[18] Für die Engländer wurde Churchill zum Symbol des Widerstandswillens, auch in den schweren Monaten, die nun folgen sollten.

Das britische Selbstbewußtsein gründete sich auf die Seeherrschaft und die immer enger werdenden Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Angesichts dieser Situation war Hitlers Friedensangebot, noch dazu in dieser Form, völlig verfehlt. Für einen Krieg gegen England waren keinerlei Vorkehrungen getroffen. Am 16. Juli befahl Hitler, die Vorbereitungen für eine Landung in England (Unternehmen »Seelöwe«) zu treffen. Vorbedingung war, daß die deutschen Flieger die Luftherrschaft über England erkämpften. Damit begann eine neue Phase des Luftkrieges.

Bisher waren, außer im Verlauf der eigentlichen Kampfhandlungen, Bombenangriffe nicht geflogen worden. Ziele waren militärische Anlagen. Mit dem Bombenabwurf auf Freiburg im Breisgau am 10. Mai 1940 wurde die Brutalität des Luftkrieges eingeleitet, da dieser Vorfall beiden Gegnern die Möglichkeit bot, den anderen der Eröffnung des Kampfes gegen die Zivilbevölkerung zu bezichtigen. In Verdrehung der Tatsachen wurde in den ersten deutschen Meldungen dieser Bombenwurf französischen, später britischen Flugzeugen zur Last gelegt. Dabei hatte das zuständige Luftgaukommando sofort seiner vorgesetzten Stelle gemeldet: *15.59 Uhr Flugplatz Freiburg bombardiert. Sofort nach Rauchentwicklung am Boden 2 Flugzeuge gesichtet im Reihenflug mit deutschen Hoheitszeichen. Balkenkreuz gut sichtbar mit Fernglas. Während Sichtung der Flugzeuge sind Bomben explodiert . . . Auf einem Bombensplitter soll ein deutsches Abzeichen erkennbar gewesen sein.*[19] Wir wissen heute, daß dieser Bombenwurf auf den Irrtum eines deutschen Fliegers zurückging. Die Welt aber glaubte lange Zeit an einen britischen Angriff oder an einen skrupellosen Befehl Hitlers oder Görings zur Selbstbombardierung. Dieser Meinung war auch Churchill, der nun glaubte, Brutalität mit Brutalität beantworten zu dürfen, und am 11. Mai die allgemeine Bombardierung freigab, zu der die schwache Royal Air Force aber noch längst nicht fähig war.

Am 13. August 1940 begann mit einem Großangriff zweier deutscher Luftflotten die Luftschlacht über England. Entscheidend wurde, daß die kleine, aber hochwertige britische Jagdwaffe dem Kampf mit deutschen Jägern auswich und – von den neuen Radargeräten geleitet – die schwerfälligeren Bombengeschwader angriff. Auf beiden Seiten waren die Verluste hoch. Während die Engländer vielfach nur die Maschinen verloren, die Piloten aber nach Fallschirmabsprung für neue Einsätze zur Verfügung standen, verloren die Deutschen über England oder dem Kanal sowohl die Flugzeuge als auch die Besatzungen. Wegen der hohen Verluste ging die Luftwaffe bereits seit Ende August zu Nachtangriffen über, bei denen aber gezielter Bombenwurf nicht mehr möglich war. Der nun einsetzende Terror über England erschütterte den Widerstandswillen der Bevölkerung nicht, sondern steigerte ihn. Seit Anfang September richteten sich die deutschen Luftangriffe vornehmlich gegen die englischen Produktionsstätten, insbesondere gegen Groß-London. Die Royal Air Force antwortete mit gleicher Münze, wenn auch zunächst in wesentlich geringerer Stärke. Begünstigt durch das rückständige deutsche Warnsystem, flogen kleine Verbände in das nördliche Reichsgebiet ein, in der Nacht vom 6. zum 7. September erstmals gegen Berlin. Der deutsche Terrorangriff auf Coventry (14. November) leitete die nächste Phase der Luftschlacht ein. Es wurden jetzt Ziele in ganz England angeflogen. Der Luftkrieg wurde nun zur selbständigen Operation, da Hitler die Landung in England »für unbestimmte Zeit« vertagt hatte. Bis zum Frühjahr 1941 wurden die Angriffe fortgesetzt. Dann mußte sich die Luftwaffe anderen Aufgaben zuwenden. Nun

konnte die RAF ihre Angriffe auf das Reichsgebiet steigern. Dort wurden die ersten Evakuierungsmaßnahmen getroffen. Mit hohen Verlusten (2265 Flugzeugen, 3363 Toten, 2641 Vermißten und Gefangenen, 2117 Verwundeten) endete die Luftschlacht über England, die erste deutsche Niederlage des Krieges. Das Ziel war nicht erreicht worden. Die deutsche Bevölkerung ahnte von alldem nichts. Mit Sorge hatte sie nur die vielen Todesanzeigen in den Zeitungen gelesen.

Im Seekrieg gegen England erklärten die Deutschen die Gewässer um die britischen Inseln zum »Operationsgebiet« und drohten allen, auch neutralen, Schiffen warnungslose Versenkung an. In Gruppen gingen die Unterseeboote gegen die Geleitzüge vor und fügten bei geringen eigenen Verlusten der britischen Handelsschiffahrt, gemeinsam mit Hilfskreuzern, Einheiten der Hochseeflotte und Schnellbooten, schwere Verluste zu. Die Versorgung Großbritanniens mit kriegswichtigen Gütern wurde aber nicht unterbrochen. Die Verbesserung des Geleitzugsystems machte die U-Boot-Angriffe immer schwieriger. Mit dem Tausch von Stützpunkten gegen 50 amerikanische Zerstörer (2. September 1940) und der Sicherung der Nordatlantikroute durch Kriegsschiffe der USA steigerte sich die englische Abwehrkraft. Die deutsche Seekriegsleitung antwortete mit verstärktem U-Boot-Einsatz. Bei 21 eigenen Verlusten konnten zwischen April und November 1941 1,5 Mill. Tonnen versenkt werden. Aber gleichzeitig erlitt die Hochseeflotte schwere Verluste. Die Hälfte der deutschen Hilfskreuzer ging verloren, ebenso das Schlachtschiff »Bismarck« (1. Juni). Außerdem gelang es der britischen Marine, die deutsche Versorgungsschiffahrt im Atlantik aufzurollen und damit Operationen von Überwasserstreitkräften zum Erliegen zu bringen. Die Hochseeflotte konnte seither nur noch zur Küstenverteidigung, allenfalls zur Störung des Geleitzugverkehrs nach Murmansk, eingesetzt werden, ständig bedroht von der immer überlegener werdenden alliierten Luftwaffe, die schließlich fast alle Schiffe in den Häfen schwer beschädigte oder zerstörte.

Im Mittelmeer wurde drei Jahre lang um die Beherrschung der Verbindungswege gerungen. Das englische Interesse richtete sich zunächst auf die französische Mittelmeerflotte. Auf keinen Fall durfte sie der Achsen-Kriegsführung zur Verfügung stehen. Um das zu verhindern, ließ Churchill das Geschwader von Oran am 3. Juli 1940 versenken, da es nicht zum Übertritt auf die Seite de Gaulles bereit war. Die Wirkung in Frankreich war zunächst verheerend. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu England durch die Vichyregierung wurde von der Mehrheit der Franzosen gebilligt. Pétain nutzte diese Gelegenheit, um am 11. Juli ein autoritäres Regime, den Etat Français, zu errichten. Das britische Ansehen erreichte seinen Tiefpunkt, als Churchill in gleicher Weise gegen die Flotte von Dakar vorging (23. bis 25. September). Hier verweigerten sogar gaullistische Marineeinheiten den Gehorsam. Im Juni 1941 allerdings waren sie bereit, gemeinsam mit den Engländern die zu Vichy haltende Garnison von Syrien zu überwältigen. Mit der Besetzung von Madagaskar 1942 sicherte sich England einen wichtigen Stützpunkt außerhalb der italienischen Gefahrenzone.
In Frankreich erstrebte Ministerpräsident Laval eine enge Zusammenarbeit mit den Deutschen. Seine Bereitschaft, auch aktiv am Krieg gegen England teilzunehmen, wurde von seinen Kabinettskollegen nicht geteilt. Laval wurde verhaftet, später aber auf deutschen Druck hin wieder in sein Amt eingesetzt. Die Vergiftung der

deutsch-französischen Atmosphäre war wesentlich der nationalsozialistischen Politik zuzuschreiben. Die Kriegsgefangenen wurden nicht entlassen, auch dann nicht, als die Regierung Arbeiter nach Deutschland schickte. Mit der Vertreibung der französischen Lothringer durch den Gauleiter begannen die Gewaltakte, die sich nun ständig steigerten. Widerstandsgruppen entstanden, die häufig unter kommunistischen Einfluß gerieten. Sabotageakte wurden mit Geiselerschießungen oder mit Deportationen nach dem »Nacht-und-Nebel-Erlaß« (7. Dezember 1941) beantwortet. Die Deportation der Juden suchte sogar der sonst willige Laval zu hintertreiben. Terror und Gegenterror bestimmten die Szene, in der der einst verehrte Marschall schließlich nur noch eine Statistenrolle spielte. Nach der alliierten Invasion kam es zum offenen Aufruhr, der mit äußerster Härte beantwortet wurde (Zerstörung des Dorfes Oradour sur Glane am 10. Juni 1944).
Im Jahre 1940 wurde die Entscheidung im Mittelmeer auch an anderen Stellen gesucht. Hitler wollte Spanien zum Kriegseintritt bewegen und in einem gemeinsamen Unternehmen Gibraltar in die Hand bekommen. Bei der Begegnung von Hendaye am 23. Oktober versagte sich Franco den Wünschen Hitlers. Er stellte unerfüllbare materielle Bedingungen für eine Teilnahme am Krieg.
Als Hitler darauf mit Mussolini zusammentraf, überraschte ihn dieser mit der Mitteilung, daß Italien gegen Griechenland den Krieg eröffnet habe. Die militärische Aktivität verlagerte sich nun in diesen Raum. Britische Truppen landeten auf Kreta, dann auch in Griechenland, ohne allerdings in die Kämpfe eingreifen zu müssen, da die Griechen aus eigener Kraft die Italiener nach Albanien zurückwarfen. Englische Soldaten auf der Balkanhalbinsel, das war für Hitler ein Alptraum. Wenn auch in einer Denkschrift des OKW die Lage optimistisch gezeichnet wurde – *Der Krieg ist gewonnen, er kann nicht mehr verloren, er muß nur noch beendet werden*[20] –, so schilderte Hitler doch Mussolini die Lage recht sorgenvoll. Er fürchtete unabsehbare Rückwirkungen auf die Balkanstaaten. Vor allem sah er die Treibstoffversorgung aus Rumänien gefährdet. Noch einmal versuchte Hitler, Spanien zum Kriegseintritt zu bewegen, und das OKW arbeitete bereits den Plan zur Besetzung Gibraltars (Unternehmen »Felix«) aus. Aber Franco blieb weiter unzugänglich.
Von entscheidender Bedeutung für den Kampf um das Mittelmeer war es, daß es den Italienern nicht gelang, Malta auszuschalten, damit die Verbindung zwischen Gibraltar und Suez zu unterbrechen und den eigenen Nachschub nach Libyen zu sichern. Im Ringen um Malta verbrauchte sich trotz zeitweiliger deutscher Luftunterstützung die italienische Flotte. Den Briten war es aber bereits seit 1940 möglich, italienische Hafenstädte zu beschießen. Wirksame Unterstützung fand Mussolini weder in Albanien noch im Mittelmeer bei Hitler, da dieser inzwischen längst die Verwirklichung seines eigentlichen Kriegsziels, die Gewinnung von »Lebensraum« im Osten, plante. So unterstützte er auch den Kampf in Libyen anfangs gar nicht, dann mit unzureichenden Mitteln. Auf dringendes Ersuchen Mussolinis stellte Hitler dem Bundesgenossen zwei Divisionen zur Verfügung, die Ende März 1941 unter Rommels Führung binnen 14 Tagen die Cyrenaika wiedereroberten. Nur Tobruk konnte nicht genommen werden. Die von See her versorgte Festung band starke Kräfte. Deshalb war Rommel ein Stoß über die ägyptische Grenze hinaus nicht möglich. Der lange Nachschubweg für Rommels Truppen fand einen Ausgleich in der Belastung, denen die Briten nun durch die Ereignisse auf dem Balkan ausgesetzt waren. Hitlers Pläne in Osteuropa verboten eine Verstärkung des Afrikakorps, die es zu entscheidenden Schlägen befähigt haben könnte.

Die eroberten Westgebiete wurden – zunächst wenigstens – verhältnismäßig glimpflich behandelt. In den Niederlanden wurde ein Reichskommissar eingesetzt. Belgien und Nordfrankreich unterstanden der Militärverwaltung. Flandern wurde als – um im Rassejargon zu reden – »rücksiedlungsfähiger Boden« angesehen. Zu entsprechenden Maßnahmen größeren Stils ist es allerdings nie gekommen. Im Osten dagegen hatte der Terror inzwischen unerträgliche Ausmaße angenommen. Zwar konnte das Programm der Massendeportationen aus den »Reichsgauen« nicht im vorgesehenen Tempo durchgeführt werden, da sich der Generalgouverneur gegen die Übervölkerung seines Gebiets wehrte, aber immerhin mußten mindestens $^3/_4$ Millionen Polen ihre angestammte Heimat verlassen, dazu sämtliche Juden. Himmler stoppte schließlich die Deportationen, weil im Zuge persönlicher Racheakte auch Volksdeutsche ausgewiesen worden waren. Im März 1941 wurden die Landeseinwohner »deutschen und artverwandten Blutes« in vier Gruppen eingeteilt: 1. Durch aktive Tätigkeit im Volkstumskampf *bewährte* Personen deutscher Abstammung, 2. Personen, die sich *nachweislich ihr Deutschtum bewahrt* hatten, ohne aktiv für das Deutschtum tätig gewesen zu sein, 3. Personen überwiegend deutscher Herkunft und prodeutscher Gesinnung, die *Bindungen zum Polentum* eingegangen waren, und 4. die Gruppe *aktiv verpolter Deutschstämmiger.*[21] Damit wurden verschiedene Stufen nicht nur der Staatsangehörigkeit, sondern auch der Lebensmittelzuteilung geschaffen.
Beim Abschluß der Umsiedlungsverträge hatte sich erstmals gezeigt, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion von gegenseitigem Mißtrauen belastet war. Rücksichtslos gedachte Stalin, seine Macht in der ihm von Hitler zugebilligten Interessensphäre durchzusetzen. Dieser aber fürchtete das sowjetische Vordringen nach Westen, das sein Endziel der Lebensraumgewinnung beeinträchtigen mußte. Vorerst aber waren beide Diktatoren auf Zusammenarbeit angewiesen. Nach dem Wirtschaftsabkommen (11. Februar 1940) bezog Deutschland Lebensmittel und im Transitverkehr durch Sibirien kriegswichtige Rohstoffe, vor allem Kautschuk. Die Sowjetunion erhielt dafür vornehmlich Waffen und Patente. Während der russische Angriff auf Finnland von Hitler widerspruchslos hingenommen wurde, erwachte sein Mißtrauen, als die Rote Armee – gegen Ende des Westfeldzuges – die baltischen Staaten besetzte, die vorher bereits kommunistisch unterminiert worden waren. Als Stalin von Rumänien die Abtretung von Bessarabien und der Nordbukowina forderte, drang er in einen Raum ein, an dem auch das Reich stark interessiert war. Berlin mußte zwar Bukarest raten, den sowjetischen Forderungen nachzugeben, aber es sann auf Sicherungen gegen neue Vorstöße. Im zweiten Wiener Schiedsspruch (30. August 1940) »ordnete« Deutschland die Verhältnisse auf dem Balkan neu. Das mußte Stalin herausfordern, vor allem aber die deutsche Garantie für die Unversehrbarkeit des verkleinerten Rumänien, die in Moskau nicht ohne Grund als Verletzung des Freundschaftsvertrages angesehen wurde. Wenn Rußland auch dem Reich Ausbeutungsrechte für das rumänische Öl zugebilligt hatte, so hielt es doch seinen traditionellen Anspruch auf Einfluß in den Balkanstaaten aufrecht. Sowohl Moskau als auch Berlin suchten nun diese Staaten durch Verträge an sich zu binden. Deutschland schloß mit Italien und Japan am 27. September 1940 den Dreimächtepakt ab. Unmittelbar darauf kam der sowjetische Außenminister Molotow nach Berlin. Vergeblich suchten Hitler und Ribbentrop

die sowjetischen Expansionsgelüste in andere Richtung zu lenken. Nun richtete sich die verstärkte deutsche Aktivität auf die Balkanstaaten, die sich zum Beitritt zum Dreimächtepakt (November 1940, März 1941) und zur Duldung einer als »Ausbildungstruppen« getarnten Besetzung bereit finden mußten.
Auch auf Jugoslawien wurde entsprechender Druck ausgeübt. Der Beitritt zum Dreimächtepakt (25. März 1941) löste aber dort eine Militärrevolte aus. Die Sowjetunion bot der neuen Regierung einen Freundschaftsvertrag an, doch das konnte den deutschen Gegenschlag nicht verhindern. Der Feldzug gegen Jugoslawien bot außerdem die Gelegenheit, Mussolinis verfahrenes Unternehmen gegen Griechenland zu bereinigen. Wieder brachten die Panzer und zahlenmäßig wie technisch überlegene Luftstreitkräfte eine schnelle Entscheidung. Innerhalb von zwölf Tagen brach die jugoslawische Verteidigung gegen die deutschen Armeen und die ungarischen und italienischen Truppen zusammen. In Kroatien bildete Ante Pavelič einen Satellitenstaat, der Rest des Landes wurde von den Siegermächten aufgeteilt. Eine völlige militärische Befriedung ist allerdings nie geglückt, da sich sofort Partisanengruppen bildeten, die in dem unwegsamen Gelände nicht geschlagen werden konnten. Tito sammelte die kommunistischen Partisanen um sich, Mihailowitsch die königstreuen Truppen. Beide Partisanenarmeen bekämpften sich zeitweilig auch gegenseitig.
In Mazedonien wurden die griechischen Grenzbefestigungen schnell durchstoßen, und die deutschen Truppen drangen auf die Halbinsel vor. Nun konnten auch von Albanien aus die Italiener zum Angriff antreten. Die Masse des griechischen Heeres wurde im Norden des Landes vernichtend geschlagen. Jetzt richtete sich der Kampf gegen die englischen Truppen, die sich zum großen Teil der Einkreisung entziehen und – geschützt durch die Sperrstellung an den Thermopylen – einschiffen konnten. Das deutsche Luftlandeunternehmen gegen Kreta stieß auf einen abwehrbereiten Feind. Unter sehr schweren Verlusten erkämpften die Fallschirmjäger den Flugplatz Maleme. Erst durch das Eingreifen der Luftwaffe konnte der Seeweg nach Kreta freigekämpft werden. Nun ging die Eroberung der Insel schnell vonstatten (20. Mai bis 1. Juni 1941). Mit der Eroberung Griechenlands und Kretas war die britische Mittelmeermacht stark gefährdet. Hier hätte sich die Möglichkeit zu einem vielleicht entscheidenden Kampf geboten. Doch Hitler beharrte bei seinem Plan, Rußland anzugreifen. In dem Balkanunternehmen sah er nur ein lästiges Zwischenspiel.

Am 13. Juli 1940 hatte Halder in seinem Tagebuch notiert, Hitler schöbe Großbritanniens Willen zur Fortsetzung des Krieges darauf, *daß England noch eine Hoffnung auf Rußland hat.*[22] Nach mehreren Besprechungen verdichtete sich bis zum 31. Juli dieser Gedanke: *Ist aber Rußland zerschlagen, dann ist Englands letzte Hoffnung getilgt. Der Herr Europas und des Balkans ist dann Deutschland. Entschluß: Im Zuge dieser Auseinandersetzung muß Rußland erledigt werden. Frühjahr 41. . . . Ziel: Vernichtung der Lebenskraft Rußlands.*[23] Andere Aufgaben drängten sich zunächst vor, doch die Planungsarbeiten wurden in Angriff genommen. Am 18. Dezember 1940 befahl die »Weisung Nr. 21«: *Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa). . . . Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkräftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden. In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe reichs-*

deutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland auf der allgemeinen Linie Wolga–Archangelsk.[24] Vorerst wurden den drei Heeresgruppen bescheidenere Ziele gesetzt: im Süden das Donezbecken, im Norden Leningrad, wenn dies geglückt war, in der Mitte Moskau.

In der Wehrmachtführung wurde gegen Hitlers Entschluß zum Angriff auf Rußland kaum Widerspruch laut. Der Kampf gegen den Bolschewismus schien eine selbstverständliche Forderung. Die den hohen Offizieren mitgeteilten Nachrichten über angebliche sowjetische Angriffsabsichten waren nicht geeignet, ernste Bedenken wach werden zu lassen. Die Unterschätzung des russischen Gegners gründete sich auf die große Säuberung des Jahres 1937, der viele Führungskräfte zum Opfer gefallen waren. Tatsächlich waren die alten Bürgerkriegsgenerale durch junge Militärspezialisten ersetzt worden, denen es nur noch an Erfahrung fehlte. Dies hatte sich – das war der zweite Grund der Fehleinschätzung – im finnischen Winterfeldzug gezeigt. (Dem gleichen Trugschluß unterlagen übrigens auch die britischen und amerikanischen Militärs.) Weiter gab der Glaube an die Brüchigkeit des bolschewistischen Regimes die Hoffnung auf einen schnellen Sieg, der einen Zweifrontenkrieg von vorübergehender Dauer nicht bedrohlich erscheinen ließ. An dieser Ansicht konnte auch der Fehlschlag des Versuches, Japan zum gleichzeitigen Angriff auf die Sowjetunion zu gewinnen, nichts ändern, selbst nicht die Tatsache, daß der japanische Außenminister Matsuoka bei seiner Rückreise aus Berlin in Moskau einen Nichtangriffspakt abschloß (13. April 1941) und damit die russische Fernostarmee für andere Verwendung freigab. War Stalin tatsächlich, wie Hitler behauptete, zum Krieg entschlossen? Sowohl nach dem Stand ihrer Ausrüstung als auch ihrer Ausbildung waren die an der Westgrenze konzentrierten sowjetischen Truppen als Angriffsarmee kaum geeignet.

Am 22. Juni 1941 meldete der Wehrmachtbericht: *An der sowjetrussischen Grenze ist es seit den frühen Morgenstunden des heutigen Tages zu Kampfhandlungen gekommen.*[25] Im Glauben an die Richtigkeit der von Hitler getroffenen Entschlüsse zog das deutsche Heer nach Rußland hinein und damit seiner großen Katastrophe entgegen. In den ersten Kriegswochen zeigte sich bereits, daß die Unterlegenheit der Roten Armee überschätzt, der Durchhaltewille der Soldaten aber unterschätzt worden war. Es ist müßig zu fragen, ob bei geschickterer Behandlung der Sowjetbürger eine Auflehnung gegen das Regime Stalins hätte gefördert werden können. Für Hitler war der Rußlandfeldzug von Anfang an ein Eroberungs- und Unterdrückungskrieg gegen ein als minderwertig angesehenes Volk. Die harten Maßnahmen in den eroberten Gebieten schufen in kurzer Zeit eine feindselige Stimmung, selbst dort, wo die Deutschen als Befreier empfangen worden waren. Separationsbestrebungen, wie etwa in der Ukraine, mußten unter diesem Vorzeichen blutig unterdrückt werden, und die anfangs hoffnungsvolle Bevölkerung wandte ihren Blick wieder nach Moskau. Stalin proklamierte den »Vaterländischen Krieg« und rief zum erbitterten Widerstand gegen die Eindringlinge auf. Daß dieser Appell befolgt wurde, war zum Teil Hitler und seiner brutalen Ostpolitik zuzuschreiben.

Durch einen bereits am 13. Mai ergangenen Führererlaß wurde im Gebiet »Barbarossa« jegliche ordentliche Gerichtsbarkeit kurzerhand verboten. Jeder Offizier war berechtigt, *tatverdächtige Elemente* erschießen zu lassen, jeder Kommandeur durfte *kollektive Gewaltmaßnahmen* verhängen. Mehr noch: *Für Handlungen, die Ange-*



hörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.[26] Ein weiterer Erlaß mußte geradezu den Widerstandswillen gegen die deutschen Eroberer steigern: der »Kommissarbefehl« vom 6. Juni. Danach sollten Politische Kommissare (Parteibeauftragte in Truppe und Verwaltung) im Operationsgebiet sofort erschossen werden, oder sie waren aus den Kriegsgefangenen auszusuchen und *nach durchgeführter Absonderung zu erledigen,* während die im rückwärtigen Heeresgebiet gefaßten Kommissare *an die Einsatzgruppe bzw. Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei (SD) abzugeben* waren,[27] die dann das Weitere »besorgten«. Der Mord war legalisiert. Viele Befehls-

haber sabotierten diese Befehle, gaben sie der Truppe nicht bekannt. Andere aber führten sie gehorsam aus.

Nur die Heeresgruppe Mitte konnte das erste Ziel, die Vernichtung großer Verbände in Grenznähe, annähernd erreichen. Die an den Flügeln eingesetzten Panzergruppen bildeten bei Bialystok und Minsk, dann bei Smolensk riesige Kessel, in denen die Rote Armee rund 640 000 Gefangene verlor. Doch dadurch war die sowjetische Abwehrkraft noch nicht gebrochen. Die Heeresgruppe Nord konnte nennenswerte Kräfte nicht einschließen und mußte sich mühsam auf Leningrad vorkämpfen. Auch den von Finnland aus seit dem 27. Juni vorgehenden Verbänden gelang weder die Eroberung des wichtigen Hafens Murmansk noch die Unterbrechung der Bahn. In Karelien blieb ihr Angriff an der Leningrader Schutzstellung liegen. Die Heeresgruppe Süd stieß schon an der Grenze auf einen sich zäh wehrenden Feind und konnte erst Anfang August bei Uman größere Verbände einkesseln (103 000 Gefangene).

In der deutschen Führung kam es nun zur ersten schweren Krise. Hitler setzte als nächstes operatives Ziel nicht, wie zuerst vorgesehen, Moskau, sondern das Industriegebiet am Donez. Dieser Entschluß entbehrte nicht einer gewissen Folgerichtigkeit, denn die noch starken Sowjetarmeen bei Kiew hätten die lange Südflanke eines gegen Moskau gerichteten Angriffskeiles bedrohen können. Ein somit riskanter Stoß in der Mitte hätte das Verwaltungs- und Verkehrszentrum der europäischen Sowjetunion und eines ihrer wichtigsten Industriegebiete in deutsche Hand gebracht. Ob dies freilich den Feldzug hätte entscheiden können, ist fraglich. Hitler befahl den Angriff auf das Donezrevier, dessen Industrieanlagen aber von den Sowjets nach Osten verlegt wurden und somit nach der Eroberung praktisch wertlos waren. Unter demütigenden Bedingungen für den Oberbefehlshaber v. Brauchitsch setzte Hitler seinen Willen durch. Damit trat in der Wehrmachtführung eine entscheidende Wende ein: *Durch sein Eingreifen in die Führung hat Hitler praktisch die Leitung der Operationen an sich gerissen und das Oberkommando des Heeres in die Rolle des ausführenden Befehlsorgans gedrängt.*[28]

Die Heeresgruppe Mitte mußte eine ihrer Panzergruppen abgeben, die von Norden her in den Rücken von Kiew stieß. Von Süden kam ihr die Panzergruppe der Heeresgruppe Süd entgegen, und nach Schließung des Kessels konnten die Infanteriedivisionen frontal vorgehen. Der Wehrmachtbericht meldete 665 000 Gefangene und riesige Kriegsbeute. Da die Heeresgruppe Nord inzwischen Leningrad von Land her eingeschlossen hatte, gab Hitler nun der Heeresgruppe Mitte nach zweimonatiger Angriffspause den Stoß auf Moskau frei. Gleichzeitig sollte die Heeresgruppe Süd den unteren Don überschreiten und die Heeresgruppe Nord die Verbindung zur Karelischen Armee der Finnen herstellen. Alle drei Unternehmungen scheiterten. Über den Ladogasee konnte Leningrad weiter versorgt werden. Der Stoß gegen den unteren Don erreichte zwar Rostow, doch dann zwangen starke russische Angriffe in die lange Flanke des Panzerkeils zum Rückzug. In der Mitte schien sich dagegen ein neuer Erfolg anzubahnen.

Am 2. Oktober traten drei Panzerarmeen und drei Armeen zum Angriff auf Moskau an. Nochmals gelang es, bei Brjansk und bei Wjasma zwei große Kessel zu schließen und 670 000 Gefangene einzubringen. Nur 200 Kilometer trennten die Angriffsspitzen noch von der Metropole. Dort wurde der Belagerungszustand ausgerufen, die Regierung nach Kuibyschew verlegt. Vorher bereits, am Tage nach Angriffsbeginn, hatte Hitler erklärt, *daß dieser Gegner bereits gebrochen* ist *und sich nie*





Mellendorf, den 11. Juli 1941.
Seelze. Döhren.

Bei den Kämpfen im Osten fiel am 4. Juli mein geliebter, guter Mann, meines Kindes treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Gefreite

Friedel Voßhage

im Alter von 31 Jahren.

In tiefem Schmerz im Namen der Hinterbliebenen
Wilma Voßhage, geb. Hundertmark
Dieter als Sohn.



Mellendorf b. Hannover, 14. Juli 1941.

Soeben erreicht uns die bittere Nachricht, daß unser Betriebsobmann, der

Gefreite

Friedel Voßhage

am 4. Juli 1941 bei den Kämpfen im Osten sein Leben fürs Vaterland gelassen hat. Er war ein treuer Gefolgsmann Adolf Hitlers, ein aufrechter Kämpfer für seine Idee, uns allen ein guter Kamerad in des Wortes schönster Bedeutung und für das Wohl und Wehe des Betriebes immer in uneigennütziger Weise bedacht. Er bleibt bei uns in treuem Andenken.

**Betriebsführer und Gefolgschaft vom
Emaillierwerk Hannover**
in Mellendorf.

mehr erheben wird. Wenige Tage darauf echote getreulich der Reichspressechef, daß *die militärische Entscheidung im Osten gefallen und Rußland erledigt sei.*[29] Doch zu spät war die Operation auf Moskau angesetzt worden. Nun beschränkten Nachtfröste und Regenfälle die Operationen der Schnellen Truppen und den Nachschub auf die großen Straßen, die sich bald in abgrundlosen Sumpf verwandelten. Die russische Verteidigung konnte sich auf die wenigen Vormarschstraßen konzentrieren und wurde von Tag zu Tag wirkungsvoller. Mühsam quälte sich die Truppe voran, und in wütender Reaktion auf den Propagandaoptimismus ging bei den Soldaten das bittere Wort um: *Der Feldzug ist zu Ende, der Krieg hat begonnen.*[30] Ende Oktober erzwangen russische Gegenwehr und Nachschubmängel eine Kampfpause. Mit Einsetzen von Dauerfrost konnte der Angriff fortgesetzt werden. Während an der Autobahn wütende russische Angriffe das Vorgehen unmöglich machten, stieß Mitte November Guderians Panzerarmee im Süden an Moskau vorbei. Im Norden erreichten Hoepners Panzer das Wolgastaubecken, und im Westen näherten sich Hoths Divisionen den Vororten von Moskau. Eisiger Frost ließ die Bewegungen erstarren. Die Kälteverluste der Truppe überstiegen diejenigen durch Feindeinwirkung, die Motoren versagten, und Futtermangel führte zum Massensterben der Pferde. In Frontnähe kämpften durchgesickerte sowjetische Truppen, weiter rückwärts Partisanen gegen die deutschen Nachschubwege. Noch einmal, in den ersten Dezembertagen, wurde die Truppe zum Angriff hochgerissen. Doch gegen Moskauer Arbeiterbataillone und frische, für den Winterkrieg vorzüglich ausgerüstete Truppen der Fernostarmee kam der Angriff nur noch wenige Kilometer voran.

Die am 6. Dezember einsetzende sowjetische Gegenoffensive erzwang den Rückzug. Obwohl bereits im Rücken der Deutschen sowjetische Kavallerie stand, die sich mit Partisanen – Resten der nicht völlig ausgeräumten Kessel von Brjansk und Wjasma – vereinigte, verbot Hitler weiterhin die Zurücknahme der Front: *Unter persönlichem Einsatz der Befehlshaber, Kommandeure und Offiziere ist die Truppe zum fana-*

tischen Widerstand in ihren Stellungen zu zwingen, ohne Rücksicht auf durchgebrochenen Feind in Flanke und Rücken.[31] In dieser Situation war Hitlers Haltebefehl wahrscheinlich sogar richtig. Zu großräumigen Absetzbewegungen wäre die Truppe gar nicht mehr fähig gewesen. Sie krallte sich an den Ortschaften fest, die allein ihr bei der eisigen Kälte die Chance des Überlebens boten, moralisch gestärkt durch den »Führerbefehl« und durch offenbar systematisch ausgestreute Gerüchte von angeblichen Frontbesuchen Hitlers. Die Erbitterung richtete sich gegen Versäumnisse in der Planung. Am 20. Dezember erst rief die Propaganda zur Wintersachensammlung auf, deren Erträgnisse die Front Ende Februar und im März erreichten!
Ohne Erregung, ja vielfach mit Befriedigung, wurde die Absetzung bewährter Generale hingenommen. Neben den drei Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und den im Mittelabschnitt eingesetzten Panzerführern Guderian, Hoth und Hoepner (dieser wurde von Hitler sogar aus der Wehrmacht ausgestoßen, weil er durch einen befehlswidrigen Rückzug seine Armee vor der sicheren Vernichtung bewahrt hatte) mußte auch der Oberbefehlshaber des Heeres, v. Brauchitsch, zurücktreten. Hitler selbst übernahm sein Kommando: *Das bißchen Operationsführung kann jeder machen.*[32] Damit war auch organisatorisch die Stellung fixiert, die Hitler praktisch schon seit Kiew innehatte. Sein vor Moskau mit Erfolg angewandtes Verfahren des Haltens um jeden Preis wurde im Verlauf des Krieges zum Patentrezept, auch unter Bedingungen, unter denen es keinesfalls angebracht war.
Mit Generalsablösungen war die Krise nicht zu überwinden. Auf breiter Front durchbrachen die Sowjets im Januar die dünnen deutschen Linien. Zwischen Rshew und dem Ilmensee bestand keine zusammenhängende Front mehr, westlich Wjasma lag die Autobahn unter Artilleriefeuer und bedrohten Partisanen diesen einzigen Nachschubweg dreier Armeen. Von all dem ahnte die deutsche Heimat nichts. Der Wehrmachtbericht meldete am 6. Dezember: *An verschiedenen Stellen der Ostfront wurde der Feind durch örtliche Angriffe geworfen.* Am 10. Dezember: *An der Ostfront wurden örtliche Angriffe des Feindes erfolgreich abgewehrt. Hierbei erlitt der Gegner erneut schwere Verluste.* Einzig am 17. Dezember deutete er das Geschehen an: *Im Zuge des Übergangs aus den Angriffsoperationen zum Stellungskrieg der Wintermonate werden zur Zeit an verschiedenen Abschnitten der Ostfront die erforderlichen Frontverbesserungen und Frontverkürzungen planmäßig vorgenommen.* Dann war wieder nur von *örtlichen Kampfhandlungen* die Rede, von *schweren Kämpfen* und *Abwehrerfolgen.*[33] Systematisch täuschte die Führung das Volk. Die meisten Deutschen erkannten nicht, daß der Feldzug des Jahres 1941 ein Mißerfolg gewesen war. Zwar waren riesige Umfassungsschlachten geschlagen, stand die Front 600 bis 800 Kilometer von ihren Ausgangsstellungen entfernt – aber die Kampfkraft des Gegners war nicht gebrochen.
Den Sowjets standen die Hilfsmittel der westlichen Alliierten zur Verfügung und ein noch längst nicht ausgeschöpftes Menschenreservoir. Ihre Industrie begann nach der Verlagerung wieder zu arbeiten. Die ausgebluteten deutschen Truppen – bis zum 1. Dezember verlor das Ostheer 24 Prozent seiner Anfangsstärke – hatten unter schwierigsten Bedingungen eine Front von mehr als 2000 Kilometer Länge zu halten. Mängel in der russischen Führung erlaubten es diesmal noch, mit unterlegenen Kräften die Stellungen zu verbessern, Verbindungen zu eingeschlossenen Verbänden herzustellen und sowjetische Angriffe abzuwehren, bis die Schlammperiode des Frühjahrs jede Bewegung unmöglich machte. Die Partisanenbedrohung im Rücken der Front aber blieb bestehen.

Während der Feldzug des Jahres 1941 Deutschland keine Entlastung gebracht hatte, wuchs das Rüstungspotential der Gegner ständig. Früher als die öffentliche Meinung seines Landes, früher auch als die meisten westlichen Staatsmänner hatte USA-Präsident Roosevelt erkannt, daß Hitlers Politik eines Tages zum Kriege führen werde. In der Eindämmung der Diktatoren sah er ein legitimes Ziel der Politik demokratischer Staaten, das notfalls auch mit kriegerischen Mitteln durchgesetzt werden müßte. Bei Kriegsbeginn stand der Präsident sofort auf seiten der Westmächte, doch gegen die isolationistischen Strömungen im Land konnte und wollte er noch keinen aktiven Kriegsbeitrag leisten. Dafür stellte er die Wirtschaftskraft der USA den Westmächten zur Verfügung. Im Oktober 1939 wurde zugunsten Englands das Waffenausfuhrverbot gelockert, wenn auch die Briten Kriegsgüter auf eigenen Schiffen abholen mußten (»Cash and Carry«). Im November legte Roosevelt ein großzügiges Marine-Aufrüstungsprogramm vor, im September 1940 wurde eine beschränkte Wehrpflicht eingeführt.

In seiner Jahresbotschaft an den Kongreß gab der Präsident am 6. Januar 1941 ein moralisch begründetes Programm: *den Militarismus zu zerschmettern, . . . die unterworfenen Nationen zu befreien . . ., in der ganzen Welt Redefreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht zu etablieren und zu sichern.*[34] Diese »Vier Freiheiten« wurden Grundlage der Atlantik-Charta, die Roosevelt und Churchill am 14. August unterzeichneten und der sich bald weitere Staaten, darunter die Sowjetunion, anschlossen: *1. Ihre Länder suchen keine territoriale oder sonstige Vergrößerung. 2. Sie wünschen, daß keine territorialen Veränderungen zustandekommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen. 3. Sie achten das Recht aller Völker, sich diejenige Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen; und sie wünschen, daß Souveränitätsrechte und Selbstregierung denen zurückgegeben werden, denen sie gewaltsam entrissen worden sind.* Weiter traten sie ein für freien Welthandel, wirtschaftliche Zusammenarbeit *mit dem Ziel, verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Aufstieg und soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten,* für Frieden, Gewaltverzicht und Entwaffnung von Aggressoren, bis *ein umfassenderes und dauerndes System der allgemeinen Sicherheit aufgebaut sein wird.*[35]

Das »Leih- und Pacht-Gesetz« vom März 1941 ermächtigte den Präsidenten, den Staaten Rüstungsmaterial zu leihen, deren Verteidigung ihm für die Sicherheit der USA notwendig erschien (seit November auch der Sowjetunion) – eine verschleierte Form des Kriegseintritts. Im Juni 1941 wurden die deutschen Konsulate in den USA geschlossen, im Juli besetzten US-Truppen Island, um die Nordatlantikroute zu sichern. Nachdem eine Reihe von US-Schiffen versenkt worden war, befahl Roosevelt am 11. September der Flotte, auf deutsche See- und Luftstreitkräfte das Feuer zu eröffnen. Wenig später wurden auch die Handelsschiffe bewaffnet. Unter dem Eindruck des japanischen Überfalls auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941, bei dem die Masse der US-Pazifik-Flotte ausgeschaltet wurde, billigte die amerikanische öffentliche Meinung nachträglich die Politik der parteiischen Neutralität und die Kriegserklärung der USA an Japan am 8. Dezember.

Ohne vertragliche Verpflichtung und ohne dringenden Anlaß erklärten am 11. Dezember 1941 das Reich und Italien den Krieg an die USA. Damit hatte Hitler selbst die Voraussetzung geschaffen für die nun offene Koordinierung der alliierten Kriegspolitik auf allen Kriegsschauplätzen. Alle Alliierten einigten sich im Washington-Pakt (1. Januar 1942), keinen Sonderfrieden mit den Achsenmächten und Japan zu schließen. Das deutsch-italienisch-japanische Militärbündnis dagegen stand weithin nur auf dem Papier und führte nicht zu wirksamer Koordination der weit voneinander entfernten Kriegsschauplätze.
Die Westalliierten, in gemeinsamen Organen trotz mancher Reiberei eng zusammenarbeitend, entschieden, den Schwerpunkt ihrer Operationen zunächst gegen Europa zu richten. Dieser Beschluß begünstigte die japanischen Anfangserfolge (Eroberungen in Südostasien und großer Teile der Inselwelt Ozeaniens) bis zum Beginn der US-Gegenoffensive Mitte 1942. In Europa konnte sich der Kriegseintritt der USA nicht sofort auswirken. Indessen leitete er eine neue Phase der Schlacht im Atlantik ein. Unter der amerikanischen Küste und auf den Atlantikrouten versenkten deutsche U-Boote bis Juli 1942 rund drei Millionen Tonnen Handelsschiffsraum. Doch die USA konnten die Verluste ersetzen und die Abwehr gegen die in Rudeln angreifenden U-Boote so weit vervollkommnen, daß Dönitz, nun Oberbefehlshaber der deutschen Marine, am 24. Mai 1943 die immer verlustreichere Geleitzugbekämpfung und damit praktisch den U-Boot-Krieg abbrach.

Im November 1941 hatten Hitler noch weitreichende Ziele im Osten vorgeschwebt: *Aufgaben des nächsten Jahres: Zunächst Kaukasus; Ziel russische Südgrenze. Zeit: März bis April. Im Norden je nach Abschlußlage dieses Jahres; Wolodga oder Gorki erst Ende Mai.*[36] 1942 aber reichte die Kraft der in der Winterkrise angeschlagenen Wehrmacht nur noch zur Offensive an einem Flügel.
Am 28. Juni 1942 griff die Heeresgruppe Süd an. Sie überwand die sowjetischen Linien, konnte aber größere Feindkräfte nicht einschließen. Die Rote Armee hatte aus den Erfahrungen des Feldzuges von 1941 gelernt: Sie wich aus, um den Zusammenhang der Front zu wahren, und stellte sich nur an einigen geeigneten Abschnitten zu erbitterter Abwehr. Im Führerhauptquartier sah man – anders als bei den Truppenführern – im Ausweichen des Gegners ein Zeichen der Schwäche und faßte einen folgenschweren Entschluß: Hitler teilte die Heeresgruppe Süd und befahl, noch vor Abschluß der Kämpfe im Donbogen, den gleichzeitigen Angriff auf den Kaukasus und auf Stalingrad. Damit ging die Einheitlichkeit der Führung auf dem Schlachtfeld verloren, da nach Hitlers Grundsatz niemand mehr wissen durfte, als für seine eigene Aufgabe nötig war. Koordinierende Stelle war allein Hitler, während die beiden Angriffsgruppen nebeneinander her operierten – jede für ihr Ziel zu schwach.
Am 23. August erreichten Spitzen der 6. Armee die Wolga nördlich Stalingrad, seit dem 15. September drangen deutsche Truppen in die Stadt ein, die von der 62. Armee des Generals Tschuikow erbittert verteidigt wurde. Im Kampf von Häuserblock zu Häuserblock entwickelte sich eine Abnutzungsschlacht, die in ihrer Härte nicht hinter dem blutigen Ringen um Verdun 1916 zurückstand. Wenn es auch gelang, den größten Teil der Stadt zu erobern, so blieben doch einzelne Verteidigungsinseln bestehen, und der Verkehr auf der Wolga konnte niemals völlig unterbunden werden. Inzwischen war auch die Offensive gegen den Kaukasus festgelaufen. Die besetzten Ölfelder von Maikop und Pjatigorsk waren zerstört und damit für die

deutsche Kriegsführung nicht nutzbar. Die propagandistisch groß herausgestellte Flaggenhissung auf dem Elbrus (21. August) war strategisch bedeutungslos. Die wichtigen Pässe konnten nicht genommen werden.
An keiner entscheidenden Stelle hatten die Ziele erreicht werden können, die Flanken der zum Zerreißen überdehnten Front mußten durch mangelhaft ausgestattete rumänische und italienische Armeen gesichert werden. Hitler aber gaukelte sich und seinen Getreuen einen Erfolg vor: *Ich wollte zur Wolga kommen, und zwar an einer bestimmten Stelle, an einer bestimmten Stadt. Zufälligerweise trägt sie den Namen von Stalin selber. Also denken Sie nur nicht, daß ich aus diesen Gründen dorthin marschiert bin – sie könnte auch ganz anders heißen –, sondern weil dort ein ganz wichtiger Punkt ist . . . dort war ein gigantischer Umschlagplatz. Den wollte ich nehmen, und – wissen Sie – wir sind bescheiden, wir haben ihn nämlich! Es sind nur noch ein paar ganz kleine Plätzchen da. Nun sagen die andern: »Warum kämpfen Sie dann nicht schneller?« – Weil ich dort kein zweites Verdun haben will, sondern es lieber mit ganz kleinen Stoßtrupps mache. Die Zeit spielt dabei gar keine Rolle. Es kommt kein Schiff mehr die Wolga hoch. Und das ist das Entscheidende!*[37]
Am 19. November traten im Norden die Sowjets zur Gegenoffensive an, durchbrachen rasch die schwachen rumänischen Armeen und schlossen am 23. die 6. Armee und Teile der 4. Panzerarmee ein. In der Heeresgruppe klaffte eine breite Lücke. Die 6. Armee beantragte, unterstützt von der Heeresgruppe, die Aufgabe Stalingrads und den Durchbruch nach Westen. Doch in einem Funkspruch an die 6. Armee, von dem die vorgesetzte Heeresgruppe nur durch Zufall erfuhr, verbot Hitler den Ausbruch. Im Vertrauen auf die Zusage, daß ein Gegenstoß in wenigen Tagen die Krise beheben werde, gehorchte der Oberbefehlshaber Paulus. Ausschlaggebend für Hitlers Entschluß war das leichtfertig abgegebene Versprechen Görings, daß die Luftwaffe in der Lage sei, die eingeschlossenen Verbände für Wochen ausreichend zu versorgen. Nur ein Fünftel der erforderlichen Menge konnte eingeflogen werden. Das bedeutete für die Verteidiger einschneidende Verpflegungskürzungen, Munitions- und Treibstoffmangel. 35 000 Verwundete und Spezialisten konnten ausgeflogen werden. Die Luftwaffe verlor 488 Flugzeuge mit unersetzbarem fliegendem Personal.

Bis Monatsende konnte an Don und Tschir aus den Trümmern der rumänischen Armeen unter der »Heeresgruppe Don« eine Abwehrfront aufgebaut werden. Die der Einschließung entkommenen Teile der 4. Panzerarmee konnten den sowjetischen Vorstoß auf die Donmündung und damit die Abschnürung der Kaukasusarmeen verhindern. Am 12. Dezember traten einige Panzerdivisionen zum Entsatz von Stalingrad an, blieben aber nach Anfangserfolgen 48 Kilometer vor dem Kessel stecken. Der Treibstoff der 6. Armee hätte noch für 20 bis 30 Kilometer gereicht, ein Ausbruch unter Zurücklassung allen Materials – und der Verwundeten! – hätte noch immer gelingen können. Doch eigensinnig beharrte Hitler darauf, daß Stalingrad gehalten werden müsse: *Das können wir gar nicht ersetzen, was wir drin haben. Wenn wir das preisgeben, geben wir eigentlich den ganzen Sinn dieses Feldzuges preis. Sich einzubilden, daß ich das nächste Mal noch hierherkomme, ist ein Wahnsinn . . . Daher dürfen wir hier auch nicht weggehen. Dazu ist auch zu viel Blut vergossen worden.*[38] Ein neuer sowjetischer Durchbruch am Don zwang v. Manstein, um seine gesamte Heeresgruppe zu retten, am 24. Dezember den Befreiungsangriff abzubrechen. Das Ende der Stalingradarmee war nur noch eine Frage der Zeit.

Im Kessel wurden die Kampf- und Lebensbedingungen immer unerträglicher. Ein Soldat schrieb: *Ich befürchte das Schlimmste. Augenblicklich befinde ich mich im Feldlazarett, 5 km hinter der Front. Es ist ein dunkler Bunker, und wir frieren . . . Wir sind vollkommen verlaust, und das Ungeziefer läßt uns kaum schlafen. Seit Wochen kaum gewaschen, denn es ist auch kein Wasser hier . . . Für ein Lazarett unmöglich, aber es geht nicht anders. Das Schrecklichste jedoch ist der Hunger, der peinigt. Morgens und abends eine Scheibe Brot, mittags eine dünne Wassersuppe, ein wenig Beikost, das ist alles. Zu Weihnachten haben wir uns bloß ein Brot gewünscht. Wir haben es nicht bekommen, nur eine Tafel Schokolade. Es wird wohl das elendeste Weihnachten in meinem Leben sein.*[39] Die letzte Postsendung aus Stalingrad wurde beschlagnahmt. Aus den Briefen ermittelte die Heeresinformationsabteilung ein Stimmungsbild: *A. Positiv zur Kriegführung 2,1 Prozent. B. Zweifelnd 4,4 Prozent. C. Ungläubig, ablehnend 57,1 Prozent. D. Oppositionell 3,4 Prozent. E. Ohne Stellungnahme, indifferent 33,0 Prozent.*[40]
Das Kapitulationsangebot vom 8. Januar lehnte Paulus ab. Denn noch band seine 6. Armee starke sowjetische Kräfte und ermöglichte damit der Heeresgruppe den Aufbau einer Verteidigung hinter dem Don. Seit dem 10. jedoch wurde der Kessel von einer sowjetischen Offensive zusammengedrückt. Ein erneutes russisches Angebot wies Paulus auch am 22. ab, obwohl sich die Südfront inzwischen leidlich gefestigt hatte. Drei Tage darauf wurden die deutschen Stellungen in der Stadt geteilt. Am 31. Januar 1943 kapitulierte der Südkessel mit Paulus, am 2. Februar der Nordkessel. Etwa 124 000 deutsche und rumänische Verteidiger Stalingrads waren gefallen, den Strapazen erlegen oder hatten ihrem Leben selbst ein Ende gesetzt. 90 000 erschöpfte, ausgehungerte Menschen traten nun bei eisigem Frost den Marsch in die Gefangenschaft an, der für viele nur eine andere Form des Sterbens bedeutete. Etwa 6000 Stalingradkämpfer haben die Gefangenschaft überlebt.

Erst Anfang Januar durfte sich die Heeresgruppe A aus dem Kaukasus zurückziehen. Die 1. Panzerarmee konnte noch den Don bei Rostow überschreiten und Gegenangriffe unterstützen. Die Masse der nicht motorisierten Verbände errichtete um die Kubanmündung einen Brückenkopf, der schließlich geräumt werden konnte. Bis Ende März war im Süden wieder eine zusammenhängende Front hergestellt, teils allerdings weit hinter den Ausgangsstellungen des Sommers 1942. Auch die Heeresgruppe Mitte war im Winter ständigen Angriffen ausgesetzt gewesen. Mit der Räumung des kräftezehrenden Frontbogens zwischen Juchnow und Rshew verkürzte sie ihre Front. Die deutsch-finnische Offensive gegen Leningrad war nicht vorangekommen. Im Januar 1943 stellten die Sowjets die Landverbindung nach Leningrad wieder her.
Bei Eintritt der Schlammperiode stand die Ostfront in einer fast gerade verlaufenden Linie vom Wolchow bis zum Mius. Die ungeheuren Anstrengungen und Opfer des letzten Jahres waren vergeblich gewesen. Die abgekämpften, erschöpften Truppen standen einem Gegner gegenüber, der erhöhte Leistungsfähigkeit und führungsmäßige Wendigkeit bewiesen hatte.

In Rußland hatte der Winterfeldzug Kraftbewußtsein und Selbstsicherheit geschaffen, in Deutschland dagegen einen tiefen Schock ausgelöst, dies um so mehr, als die Öffentlichkeit nur ahnen konnte, was sich eigentlich abgespielt hatte. Mit dem Namen Stalingrad verband sich die Vorstellung einer verlorenen Riesenschlacht. Daß

in Wirklichkeit das Ostheer seine entscheidende Niederlage erlitten hatte, wußte die Propaganda zu verschleiern.
Am 19. November 1942 hatte der sowjetische Umfassungsangriff auf Stalingrad begonnen. Der Wehrmachtbericht meldete am 20.: *An der Donfront stehen rumänische und deutsche Truppen in harten Kämpfen gegen starke feindliche Panzer- und Infanterieangriffe*, am 24., dem Tage nach der Abschnürung Stalingrads: *Südwestlich Stalingrad und im großen Donbogen sind die Sowjets unter rücksichtslosem Einsatz von Menschen und Material in die Verteidigungsfront am Don eingebrochen. Die Gegenmaßnahmen sind im Gange.*[41] So geht es weiter, Abwehrerfolg nach Abwehrerfolg. Der aufmerksame Leser konnte aus einzelnen Wendungen schließen, daß es im Süden der Ostfront zu einem katastrophalen Rückschlag gekommen sein mußte. Am 16. Januar sprach der Wehrmachtbericht von einem *heldenmütigen Abwehrkampf gegen den von allen Seiten angreifenden Feind;* am 22., zwei Monate nach der Einschließung, wurde die Härte der Kämpfe erkennbar: *Die vom Gegner eng umschlossene und dem starken feindlichen Druck hartnäckig Widerstand bietende deutsche Kräftegruppe in Stalingrad hatte auch gestern schwere Kämpfe gegen die mit weit überlegenen Kräften anrennenden Sowjets zu bestehen. Trotz heldenmütiger Abwehr konnten die Verteidiger von Stalingrad einen Einbruch von Westen her nicht verhindern, was zu einer Zurücknahme der eigenen Stellungen um einige Kilometer zwang.* Aber eine Erfolgsmeldung darf nicht fehlen: *Im Nahkampf wurde eine größere Anzahl von Panzerkampfwagen der Sowjets vernichtet.*[42]
Von nun an wurde, wenigstens über Stalingrad, verhältnismäßig offen berichtet. Aber auch dies geschah mit propagandistischer Tendenz. Am 23. gab der Reichspressechef die Tagesparole aus: *Das große und ergreifende Heldenopfer, das die bei Stalingrad eingeschlossenen deutschen Truppen der deutschen Nation darbringen, wird im Zusammenhang mit der unmittelbar bevorstehenden Arbeitspflicht für Frauen und anderen durchgreifenden Organisationsmaßnahmen für die totale Kriegsführung die moralische Antriebskraft zu einer wahrhaft heroischen Haltung des ganzen deutschen Volkes und zum Ausgangspunkt eines neuen Abschnittes deutschen Siegeswillens und der Erhebung aller Kräfte werden.* Über die Wirkung dieser Berichterstattung meldete der SD am 28. Januar: *Das jetzige »Aufdrehen« der Presse wird teilweise schon wieder als »Propaganda« bezeichnet. Die »plötzliche Schwarzmalerei« ... habe wohl in erster Linie den Zweck, Maßnahmen wie die Arbeitspflicht der Frauen zu begründen ... Wenn die Propaganda in dieser Weise spreche und schreibe, dürfe man gar nicht daran denken, wie es wirklich aussehe.* Am 4. Februar verzeichnete der SD: *Die Meldung vom Ende des Kampfes in Stalingrad hat im ganzen Volke noch einmal eine tiefe Erschütterung ausgelöst ... In erster Linie ist es die Höhe der Blutopfer, nach denen die Bevölkerung fragt ... Ferner wird in allen Bevölkerungsschichten die Zwangsläufigkeit der Entwicklung in Stalingrad und die Notwendigkeit der ungeheuren Opfer diskutiert ... Der dritte Punkt, um den die Gespräche der Volksgenossen z. Z. kreisen, ist die Bedeutung des Kampfes von Stalingrad im gesamten Kriegsverlauf. Allgemein ist die Überzeugung vorhanden, daß Stalingrad einen Wendepunkt des Krieges bedeute.*[43]

Der Schock von Stalingrad wirkte um so verheerender, da sich jetzt auch an anderen Fronten Niederlagen abzuzeichnen begannen und das aktive Eingreifen amerikanischer Streitkräfte jedermann deutlich werden mußte. Außerdem begann die Heimat in zunehmendem Maße unter dem Luftkrieg zu leiden. Große Teile Deutschlands

wurden sozusagen Frontgebiet. Bereits im Mai 1940 hatte Churchill den Entschluß gefaßt, durch Luftangriffe auf Deutschland und Italien die Industrie zu treffen und gleichzeitig Schläge gegen die Bevölkerung und ihre Versorgung zu führen. Der deutsche Luftkrieg gegen England im Sommer 1940 gab diesem Beschluß eine gewisse moralische Rechtfertigung. Allerdings hätten gerade die deutschen Terrorangriffe zeigen müssen, daß dadurch weder die Arbeitsintensität der Industrie entscheidend beeinträchtigt noch die Moral der Bevölkerung gebrochen wird. Im Gegenteil! Gerade die Rücksichtslosigkeit der deutschen Angriffe hatte in England einen verbissenen Kampfwillen provoziert.

Zunächst konnte die britische Luftwaffe nur vereinzelte und überaus verlustreiche Angriffe gegen deutsches Gebiet führen. Der Balkanfeldzug, vor allem aber der Rußlandkrieg, zwangen die Deutschen, ihre Luftwaffe im Westen zu schwächen. Die Hoffnung auf einen schnellen Sieg im Osten ließ die Entblößung der Heimat vertretbar erscheinen. Die noch immer nicht allzu starke britische Luftwaffe war außerdem nicht sofort in der Lage, ihre Angriffe auf deutsches Gebiet wesentlich zu steigern, da ihre Hauptaufgabe die Bekämpfung der deutschen U-Boot-Waffe sein mußte. Französische Küstenorte wurden stärker in Mitleidenschaft gezogen als deutsche Städte. Die geringe Reichweite der Flugzeuge, insbesondere der Jäger, führte zunächst zur Konzentration der Angriffe auf die Industrie im Raum von Paris.

Seit Anfang 1942 konnten die Angriffe gegen deutsches Gebiet gesteigert werden. Nach kleineren, aber verheerenden Flächenbombardements auf Lübeck und Rostock fiel bei dem ersten 1000-Bomber-Angriff am 30./31. Mai 1942 die Innenstadt von Köln in Schutt und Asche. Der SD-Lagebericht meldete *im gesamten deutschen Volk Bestürzung. ... In der Erinnerung an frühere Meldungen über feindliche Luftangriffe ..., in denen meist »unbeträchtliche Sachschäden« oder »geringe Verluste« unter der Zivilbevölkerung gemeldet waren, während die betreffenden Städte angeblich teilweise ganz erhebliche Zerstörungen aufzuweisen und Opfer zu beklagen gehabt hätten, glaubt man aus der Mitteilung des OKW, daß der britische Terrorangriff auf Köln bedeutende Schäden und Zerstörungen in der Innenstadt verursacht habe, entsprechende Schlüsse auf die Größe und Wirksamkeit des letzten feindlichen Luftangriffs ziehen zu können.* Weiter erging sich *ein Teil der Bevölkerung in ernsten Befürchtungen, daß die britische Luftwaffe ihre Terrorangriffe mit gleicher Heftigkeit fortsetzen und nunmehr auch andere deutsche Städte angreifen werde.*[44]

Diese Befürchtungen waren nur zu berechtigt. Seit August 1942 beteiligten sich auch amerikanische Verbände mit Terrorangriffen an den Operationen, die sich seit Januar 1943 auch gegen das Reichsgebiet richteten. Wenige, von der deutschen Propaganda groß herausgestellte »Vergeltungsangriffe« auf England konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Westen die Luftüberlegenheit eindeutig auf alliierter Seite lag. Da die deutsche Jagd- und Flakabwehr vorwiegend in Rußland, in zweiter Linie im Mittelmeer gebunden war, mußte im Reichsgebiet zu Aushilfen gegriffen werden. Hitlerjugend – auch Mädchen – wurde zur Feuerwehr herangezogen, seit 1943 bedienten Oberschüler als »Luftwaffenhelfer« Flakgeschütze.

Bei ihrem Treffen in Casablanca (14.–24. Januar 1943) faßten Churchill und Roosevelt einen folgenschweren Beschluß: Angriffe auf deutsche Städte sollten durch Vernichtung der Wohnbezirke die Rüstungsproduktion zum Erliegen bringen.

Der unter dieser Devise geführte Großangriff auf Hamburg bildet einen Markstein in der Geschichte des Luftkrieges. Der am 24./25. Juli einfliegende Verband schaltete durch ein neues Täuschungsverfahren die deutsche Abwehr aus, so daß 728 Bomber

Gesegnet der Schmerz!

Von Will-Erich Peuckert

Alle Geburt geschieht in Schmerzen. Auch die Geburt, das Heraufkommen einer jungen Welt. Wir können uns dem Termin nicht entziehen und ebensowenig den Wehen, die sie bringen. Wir müssen sie wollen, wenn anders das, was heraufgeboren wird, gesund und lebensfähig und »richtig« sein soll.

Gesegnet sei der Schmerz, durch den das Junge, das Heraufgewünschte und das Leben aufgeht!

Infolge des Terrorangriffs kamen am 24. August unser lieber Bruder und unsere liebe Schwester, der Bankkaufmann

Arthur Bollmann

im Alter von 74 Jahren,

Martha Bollmann

geb. Roeske

im Alter von 67 Jahren ums Leben.

In schmerzlicher Trauer **Geschwister Bollmann, Geschwister Roeske** mit zahlreichen Angehörigen.

Berlin-Steglitz, den 10. September 1943, wohnhaft Stindestraße 5.

Die Beisetzung findet am 13. September 1943 auf dem Parkfriedhof Lichterfelde-Süd um 12 Uhr statt

nahezu ungestört ihre Last auf relativ engem Raum abwerfen konnten. Der Polizeipräsident berichtete: *Bereits dieser erste Angriff brachte Riesenbrände, deren Löschung noch nach Ablauf von 24 Stunden nicht möglich war. Kohlen- und Koksvorräte . . . konnten zum Teil erst nach Wochen endgültig abgelöscht werden. Die Zahl der festgestellten Gefallenen war bereits mit etwa 1500 außerordentlich hoch im Vergleich zu früheren Angriffen. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsleitungen wurden nachhaltig beschädigt. Die Fernsprechverbindungen fielen bereits frühzeitig weitgehend aus.* Nach zwei Tagesangriffen kleinerer Verbände vornehmlich gegen den Hafen brachte am 27./28. ein neuer Großangriff *einen Bombenteppich von unvorstellbarer Dichte.* Weite Gebiete wurden *in kaum einer halben Stunde in ein einziges Flammenmeer verwandelt. Zehntausende von Einzelbränden vereinten sich in kürzester Frist zu Großflächenbränden, die zu Feuerstürmen von orkanartiger Gewalt führten. Bäume bis zu einem Meter Durchmesser wurden glatt abgedreht oder entwurzelt, Häuser abgedeckt und Menschen zu Boden gerissen oder in die Flammen hineingezogen. . . . Leichen bedeckten zu Hunderten die Straßen. Tausende kamen in den Schutzräumen ums Leben.* Nun setzte eine rasche Evakuierung ein, so daß beim Angriff der übernächsten Nacht, dem schwersten, weniger Menschen umkamen, dafür um so höhere Sachschäden auftraten. Ein letzter Großangriff am 2./3. August war durch schlechtes Wetter behindert. Ein Teil der Bomben pflügte bereits zerstörtes Gebiet um. Innerhalb von zehn Tagen waren in der drittgrößten Stadt des Reiches 61 Prozent des Wohnraumes zerstört oder schwer beschädigt, etwa 35 000–40 000 Menschen getötet worden.[45] SD-Lagebericht: *Das Nachlassen des Deutschen Grußes und das Verschwinden der Parteiabzeichen wird als Tatsache aus verschiedenen Reichsgebieten gemeldet. Mehrfach wurden Träger des Parteiabzeichens angesprochen (»Wie, Sie tragen das Ding noch?«) oder sogar angepöbelt.*[46]

Das Schicksal, das Hamburg erfahren hatte, Feuersturm, Erstickungs- oder Verbrennungstod, Flächenzerstörung, sollten bald auch andere Städte erleiden, weitgehend unvorbereitet; denn Schlappen und Verluste waren Geheimsache. Nicht einmal Feuerwehr, Polizei und Luftschutz wurden rechtzeitig über die in Hamburg gemachten Erfahrungen unterrichtet. Die Alliierten allerdings erlitten auch noch erhebliche Schlappen. Da die Jäger einen zu geringen Aktionsradius hatten, mußten die Langstreckenbomber ihre Ziele ohne Jagdschutz anfliegen. Bei einem Tagesangriff auf Schweinfurt (14. Oktober) verloren die Amerikaner 77 von 229 eingesetzten »Fliegenden Festungen«, 121 weitere wurden beschädigt. Dennoch wurden die Angriffe fortgesetzt. Seit November 1943 begann die systematische Bombardierung von Berlin.

Ursache für die deutsche Schwäche – Anfang April 1943 betrug das Verhältnis in der Luft im Westen 1:6 bis 1:8 – war neben dem Einsatz im Osten und Süden und neben den hohen Verlusten die Planlosigkeit der deutschen Flugzeugproduktion. Ein Langstreckenbomber war nie gebaut worden. Immer neue Typen wurden entwickelt, verändert, die veralteten Modelle mußten weiterproduziert werden. Bis Ende 1942 spätestens war die anfängliche technische Überlegenheit verlorengegangen, und auch das kostbare fliegende Personal mußte mehr und mehr durch unerfahrenen Nachwuchs ersetzt werden.
Es gehört zu den Meisterleistungen deutscher Organisationsfähigkeit, daß die Schäden an Verkehrswegen und Fabrikanlagen – mehr und mehr wurde die Produktion unter die Erde verlegt – in kürzester Frist behoben und auch die Versorgung der betroffenen Städte in zureichendem Maße sichergestellt werden konnte. Unter der Bevölkerung mischten sich Überanstrengung und Verzweiflung mit Gefühlen der Wut, die sich in von der Propaganda geförderten Aktionen der Lynchjustiz an abgeschossenen Flugzeugbesatzungen Luft machte.

Der Luftkrieg war nicht der einzige Beitrag der westlichen Alliierten zu der von Stalin immer wieder geforderten »zweiten Front«. Erstes Ziel anglo-amerikanischer Operationen wurde der Mittelmeerraum als Basis für den Angriff auf Südeuropa. Den Achsenmächten war es nicht gelungen, die britischen Stützpunkte (Gibraltar, Malta, Ägypten, Zypern) auszuschalten, die seit Mitte 1942 den Nachschub der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika immer empfindlicher erschwerten. Rommels Afrikakorps konnte zwar die Ende 1941 überrollte Cyrenaika wieder erobern und im Sommer 1942 in einer neuen Offensive Tobruk nehmen und El Alamein erreichen. Dort aber, hundert Kilometer vor Alexandria, waren seine ausgelaugten Kräfte erlahmt. Am 23. Oktober trat die britische Armee, nun unter Montgomery, zum Sturm auf die deutsch-italienischen Stellungen vor El Alamein an und durchbrach sie nach zehn Tagen harter Kämpfe. Mühsam geordnet zogen sich die Achsenverbände bis zur tunesischen Grenze zurück.
Unmittelbar nach der Schlacht von El Alamein landeten am 7. und 8. November 1942 starke britische und amerikanische Kräfte in Französisch-Nordafrika. Die Haltung der französischen Truppen war zwiespältig, da die Vichyregierung die diplomatischen Beziehungen zu den USA abbrach. Nach wenigen Tagen aber war der französische Widerstand gegen die Landungsstreitkräfte gebrochen. Unverzüglich folgten deutsch-italienische Gegenmaßnahmen. Schon am 9. November landeten Truppen auf Korsika und in Tunesien. Südfrankreich wurde nun ebenfalls besetzt. In Toulon versenkte sich die französische Flotte selbst. In Tunesien konnten schnell zusammengeraffte deutsch-italienische Verbände die Briten und Amerikaner aufhalten, nach der Vereinigung mit Rommels Afrikakorps sogar zurückwerfen. Doch die alliierte Luft- und Seeübermacht schnürte ihnen allmählich den Nachschub ab. Schließlich um Bizerta und Tunis zusammengedrängt, mußten am 13. Mai 1943 die letzten Reste der Heeresgruppe Afrika die Waffen strecken. 252 000 Deutsche und Italiener gingen in Gefangenschaft. Wenige Monate nach Stalingrad verloren die Achsenmächte damit eine weitere große Armee. Die deutsche Propaganda aber konnte sich nicht genug tun in Schilderungen von Heroismus und Siegesgewißheit. Die Serie der deutschen Niederlagen von Stalingrad bis Tunis hat im Ausland, auch unter den Verbündeten Deutschlands, tiefen Eindruck hinterlassen. Der Nimbus des starken deutschen Heeres war für immer verlorengegangen.

Im Reichsgebiet – Elsaß-Lothringen und Luxemburg waren stillschweigend einverleibt – wurde die Stimmung kritisch. Die Rüstungsaufgaben zwangen zu größter Anspannung aller Kräfte. Sofort nach Kriegsbeginn war der weibliche Arbeitsdienst wesentlich erweitert, den Studenten Dienstpflicht auferlegt worden. In der Innenpolitik hatte mehr und mehr die Partei an Bedeutung gewonnen. Nachdem am 10. Mai 1941 Rudolf Heß, bisher »Stellvertreter des Führers«, in einem Anflug von Verzweiflung oder geistiger Umnachtung nach England geflogen war, hatte der skrupellose und viel energischere Martin Bormann die Geschäfte des »Leiters der Parteikanzlei« übernommen. Die Gauleiter waren zu »Reichsverteidigungskommissaren« ernannt worden und hatten damit wichtige staatliche Verwaltungsaufgaben in die Hand bekommen. Als Gegengewicht gegen den Machtzuwachs der Partei ernannte Hitler im August 1943 SS- und Polizeichef Himmler zum Innenminister, der nun den Gauleitern in ihrer Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissaren Weisungen erteilen und damit in Bormanns Domäne hineinregieren konnte.

Die deutsche Propaganda verstand gerade die Niederlagen zu nutzen. Als die Katastrophe von Stalingrad bekannt, die von Afrika schon vorhersehbar war, als alliierte Bombergeschwader immer tiefer in den deutschen Luftraum eindrangen, riß Goebbels die Stimmung hoch. In einer Sportpalast-Rede vom 18. Februar 1943 rief er den »totalen Krieg« aus. Zwar sagte er nicht die Wahrheit über die Kriegslage, ließ aber durchblicken, daß es ernst stehe, und erreichte mit dem Eingeständnis von Führungsfehlern den Eindruck unbedingter Ehrlichkeit. Dann bot er das Rezept gegen alle Schwierigkeiten: rücksichtslose Ausmerzung aller Wankenden und Ausschöpfung aller Kräfte: *Ich frage euch: Seid ihr und ist das deutsche Volk entschlossen, wenn der Führer es befiehlt, zehn, zwölf und, wenn nötig, vierzehn und sechzehn Stunden täglich zu arbeiten und das Letzte herzugeben für den Sieg? Viertens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk wehrt sich gegen die totalen Kriegsmaßnahmen der Regierung. Es will nicht den totalen Krieg, sondern die Kapitulation. (Zurufe: Niemals! Niemals! Niemals!) Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?*[47] Zehn Fragen dieser Art stellte er, zehn Beifallsstürme mit tosendem »Ja!« entfesselte er. Viele, und nicht nur blindgläubige Parteigenossen, die ihn im Sportpalast und zu Hause oder im Gemeinschaftsempfang über Rundfunk hörten, waren mitgerissen.

Parolen allein aber hätten die Deutschen kaum so in ihren Bann ziehen können, wenn sie nicht bereits seit zehn Jahren von der Propaganda systematisch bearbeitet, von abweichenden Informationen abgeschnitten und durch strenge Anordnungen und Polizeimaßnahmen eingeschüchtert worden wären. Die »Kriegssonderstrafrechts-Verordnung« stempelte jede kritische Äußerung, mochte sie noch so zutreffen, zum todeswürdigen Verbrechen: *Wegen Zersetzung der Wehrkraft wird mit dem Tode bestraft: 1. wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht.*[48] Die »Volks-

schädlings-Verordnung« bedrohte Straftaten mit dem Tode, wenn sie unter Ausnutzung kriegsbedingter Verhältnisse (Verdunkelung) begangen wurden. Die »Rundfunk-Verordnung« verbot das Hören ausländischer Sender. Wer deren Meldungen verbreitete, konnte mit dem Tode bestraft werden. Trotz Gefahr für Freiheit und Leben stellten dennoch viele Deutsche regelmäßig Auslandssender ein.
Am 3. September 1939 gab der Chef der Sicherheitspolizei »Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges« heraus: *Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken. Insbesondere ist gegen jede Person sofort durch Festnahme einzuschreiten, die in ihren Äußerungen am Sieg des deutschen Volkes zweifelt oder das Recht des Krieges in Frage stellt.* Vor allem auf Beeinflussungsversuche oder gar Zirkelbildungen *in volks- und reichsfeindlichem Sinne* sollte die Polizei achten, *da gegebenenfalls auf höhere Weisung brutale Liquidierung solcher Elemente erfolgen wird.*[49]

Seit 1934 beruhte die Macht der politischen Polizei nicht zuletzt auf ihrer Verfügungsgewalt über die Konzentrationslager (S. 74), die Anfang 1942 dem »Wirtschafts- und Verwaltungs-Hauptamt« (WVHA), wie das RSHA (S. 73) eine Mischung von Polizei- und SS-Behörde, unterstellt wurden. Nach Kriegsbeginn schwoll die Zahl der Lager und der Häftlinge um ein Vielfaches an. Mitte Januar 1945 gab es 714 211 Häftlinge, davon 202 674 Frauen – politische und religiöse Gegner, Geiseln aus den besetzten Gebieten (»Nacht- und Nebel-Häftlinge«), Kriegsgefangene, daneben auch Kriminelle.
Hatten bisher die Konzentrationslager in erster Linie der Isolierung von »Gegnern« oder »asozialen Elementen« gedient, so seit Kriegsbeginn auch der »Sonderbehandlung« (Exekution) von der Gestapo bestimmter Menschen: *Ein Kommunist, der ... sich geweigert hatte, Luftschutzarbeiten durchzuführen, wurde auf die Anzeige des Werkschutzes hin von der dortigen Gestapo verhaftet ..., der Bericht dem RFSS vorgelegt, der die sofortige Erschießung befahl, die im nächstgelegenen KL durchzuführen* war.[50] Immer häufiger wurde »sonderbehandelt«. Aus dem »Bunker« von Auschwitz berichtet Hermann Langbein: *Die Zelle ist wieder voll. Wieder kommt die Kommission. Dieselbe Prozedur, dieselben Gesichter vor der Tür! Das gleiche Klopfen des Herzens. Diesmal bleiben wir zu dritt zurück. ... In der Zelle wird's plötzlich finster. »Sie haben eine Decke über den Luftschacht gehängt. Jetzt fängt's gleich an.« ... Schritte, ein Knall, gar nicht so laut. »Die schießen mit einem Schalldämpfer.« Schritte, ein Knall, immer wieder, immer wieder.*[51]
Bis 1939 war die Arbeitskraft der Häftlinge – abgesehen von Zulieferbetrieben für die Bauwirtschaft – in wirtschaftlich sinnvoller Weise kaum genutzt worden (S. 72). Nun wurden den Lagern regelrechte Betriebe angegliedert, für deren Soll-Erfüllung die Kommandanten verantwortlich waren. Seit 1942 wurden die Fertigungsbetriebe für Textilien usw., die bisher vorwiegend für KZ-Bedarf gearbeitet hatten, ausgebaut, vorwiegend für den Bedarf der Waffen-SS.

SS-Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung[52]

	Gesamtumsatz	davon an KZ	Waffen-SS	Zivilaufträge
1940	575 132 RM	50 %	29 %	21 %
1943	8 818 550 RM	17 %	80 %	3 %

Bedeutsamer als die Verwendung von Häftlingen in SS-eigenen Betrieben wurde seit 1942 ihr Einsatz in der Rüstungsindustrie. Wo auch immer, überall wurde ihre Arbeitskraft bis zum letzten ausgepreßt: *Die an das Reich abgeführten Lohnsummen*



Die wichtigsten Konzentrationslager im Dritten Reich

der Privatindustrie für Konzentrationslager-Häftlinge stellten Nettobeträge dar, da die Privatindustrie in der Regel ungefähr 2/5 der zu zahlenden Lohnsätze für »Sachleistungen«, das heißt Nahrung, Unterkunft usw., abzog. In Anbetracht der inadäquaten Sachleistungen muß der Abzug von 2/5 als viel zu hoch betrachtet werden, so daß die Arbeit, die von den Häftlingen der Konzentrationslager für die Privatindustrie geleistet wurde, sehr billig war.[53] Entsprechend wurden die Lagerärzte angewiesen, sich *dafür einzusetzen, daß die Sterblichkeitsziffer . . . wesentlich herabgeht.* Bester Lagerarzt sei der, *der die Arbeitsfähigkeit durch Überwachung und Austausch an den einzelnen Arbeitsstellen möglichst hoch hält.*[54] Wie das geschehen sollte, bleibt freilich unklar, denn seit Ende 1943 mußten *diejenigen Häftlinge, die in Fabrikräumen oder Arbeitshallen eingesetzt sind, von Montag bis Sonnabend einschließlich zu elfstündiger Arbeitszeit herangezogen werden. Bei außerordentlicher Dringlichkeit sind die Häftlinge außerdem auch am Sonntag, jedoch nur vormittags, einzusetzen.*[55]

Je mehr sich die Kriegslage verschärfte, desto mehr verschlechterten sich die Lebensbedingungen im KZ. Über das Lager »Dora« bei Nordhausen, wo unterirdisch Raketenwaffen hergestellt wurden, gaben Insassen später zu Protokoll: *Die Häftlinge wurden . . . zum Arbeiten wie auch zum Schlafen in diesen Kammern untergebracht, wo sie auf nackten Steinen ohne Stroh, ohne Decken kampieren mußten. Durch die andauernden Sprengungen . . . konnten die Gase nicht abziehen. Ent- oder Belüftungsanlagen waren überhaupt nicht vorhanden. Die Arbeitszeit betrug 12 Stunden. Die Verpflegung bestand aus einem Stück Brot, etwa 20 g Margarine und einem Liter warmer Suppe, die aber nur alle zwei bis drei Tage verabreicht wurde.* Nach der Zeugenaussage *gingen täglich rund 200 Häftlinge elend zugrunde.*[56]

Das Opfer war buchstäblich dem System mit Haut und Haaren verfallen. Hiervon zeugt die Rentabilitätsberechnung der SS:[57]

Täglicher Verleihlohn durchschnittlich RM 6,—
abzüglich Ernährung RM —,60
abzüglich Bekl. Amort. RM —,10
durchschnittl. Lebensdauer 9 Mt. = 270 × RM 5,30 = RM 1431,—
Erlös aus rationeller Verwertung der Leiche:
1. Zahngold 3. Wertsachen
2. Kleidung 4. Geld
abzüglich Verbrennungskosten RM 2,—
durchschnittlicher Nettogewinn RM 200,—
Gesamtgewinn nach 9 Monaten RM 1631,—
zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung.

Ergebnis brutaler Perversität waren die unter Anteilnahme Himmlers durchgeführten medizinischen Experimente. Einem Teil der Versuche ist eine wissenschaftliche Fragestellung nicht abzusprechen (Wirkung von Unterdruck oder Unterkühlung auf Menschen, Trinkbarmachung von Meerwasser, Erprobung von Heilmitteln gegen Infektionskrankheiten, Wirkung von Giften usw.). Bar jedes wissenschaftlichen Ethos aber waren die Methoden: Den ihrer Willensfreiheit beraubten Versuchspersonen wurde vorsätzlich schwerer körperlicher Schaden zugefügt, ihr Tod wurde nicht nur als mögliches Risiko einkalkuliert, sondern in vielen Fällen bewußt herbeigeführt. Darüber hinaus wurden um ideologischer Vorstellungen willen Menschen verstümmelt (Massensterilisation) oder unter Beachtung ärztlicher Kunstregeln ermordet. So forderte – mit Erfolg – der Straßburger Anatomieprofessor Hirt von Himmler die *Sicherstellung der Schädel von jüdisch-bolschewistischen Kommissaren zu wissenschaftlichen Forschungen.* Jungärzte oder Medizinstudenten sollten die von der Feldpolizei ermittelten Personen untersuchen, fotografieren, vermessen und Personalien feststellen. *Nach dem danach herbeigeführten Tode des Juden, dessen Kopf nicht verletzt werden darf, trennt er den Kopf vom Rumpf und sendet ihn in eine Konservierungsflüssigkeit gebettet in eigens zu diesem Zwecke geschaffenen und gut verschließbaren Blechbehältern zum Bestimmungsort.*[58]
Neben derart organisiertem Morden gab es das andere: Exzesse durch entmenschte KZ-Wächter, Exekutionen wegen geringfügiger Vergehen. Während des Krieges kamen in Konzentrationslagern mindestens 500 000 Menschen um.

Neben den Konzentrationslagern existierte aber auch noch die ordentliche Gerichtsbarkeit, wenn auch auf manchen Gebieten eingeschränkt. Verschiedene »Zuständigkeits- und Vereinfachungsverordnungen« führten dazu, daß der Zivilprozeß regelrecht abgewürgt wurde. Auf dem Gebiet der Strafrechtspflege wurden die Rechte der Angeklagten und der Verteidiger mehr und mehr beschnitten. Außerdem wurde eine immer größer werdende Zahl von Delikten Sondergerichten oder dem Volksgerichtshof zur Verhandlung übertragen (S. 90). Mit der Ernennung Thieraks zum Justizminister und der Betrauung Roland Freislers mit dem Präsidium des Volksgerichtshofes (24. August 1942) trat der Justizterror in sein letztes, furchtbares Stadium.
Mit »Richterbriefen« versuchte Thierak, die nach dem Gesetz unabhängigen Richter »auszurichten«. Natürlich wollte der Justizminister *eine bestimmte Rechtsauffas-*

sung nicht befehlen, um so unmißverständlicher rügte er seiner Ansicht nach falsche Urteile. So z. B. zu einem Verfahren wegen Verweigerung des »Deutschen Grußes« durch ein Schulkind: *Der Vormundschaftsrichter hat bei seiner Entscheidung die Grundsätze nationalsozialistischer Jugenderziehung verkannt. ... Der Vormundschaftsrichter hätte daher das Sorgerecht mit der einfachen Erwägung entziehen müssen, daß Eltern, die sich offen zu den Ideen der »Bibelforscher« bekennen, zur Erziehung ihrer Kinder im nationalsozialistischen Sinne nicht geeignet sind.*[59]

Die Willkür des Führerstaates wurde förmlich besiegelt vom Reichstag in seiner – letzten – Sitzung am 26. April 1942: *Der Führer muß daher – ohne an bestehende Rechtsvorschriften gebunden zu sein – in seiner Eigenschaft als Führer der Nation, als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, als Regierungschef und oberster Inhaber der vollziehenden Gewalt, als oberster Gerichtsherr und als Führer der Partei jederzeit in der Lage sein, nötigenfalls jeden Deutschen ... mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten und bei Verletzung dieser Pflichten nach gewissenhafter Prüfung ohne Rücksicht auf sogenannte wohlerworbene Rechte mit der ihm gebührenden Sühne zu belegen.*[60]
Oberster Gerichtsherr war nun ein Mann, der für die Justiz eher Haß als Sympathie empfand. Er wollte *alles tun, um das Rechtsstudium ... so verächtlich zu machen wie nur irgend möglich.*[61] Schon vorher hatte Hitler das Recht für sich in Anspruch genommen, Gerichtsurteile zu korrigieren. Ein Fall von vielen: Am 13. Oktober 1939 waren in Berlin zwei Männer wegen versuchten Sparkassenraubs *zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt* worden. Am folgenden Tage wurden sie *auf Befehl des Führers erschossen.* Das Justizministerium erhielt *keine Befehlsübermittlung.*[62] 1942 wurde das Verfahren bürokratisiert, Hitler brauchte *mit diesen Dingen überhaupt nicht mehr beschwert* zu werden, nachdem Himmler mit dem Justizministerium ein Abkommen über die *Korrektur bei nicht genügenden Justizurteilen durch polizeiliche Sonderbehandlung* getroffen hatte, über *Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit,* über *Regelung der vom Führer angeordneten Prügelstrafe* sowie *darüber, daß in Rücksicht auf die von der Staatsführung für die Bereinigung der Ostfragen beabsichtigten Ziele in Zukunft Juden, Polen, Zigeuner, Russen und Ukrainer nicht mehr von den ordentlichen Gerichten, soweit es sich um Strafsachen handelt, abgeurteilt werden sollen, sondern durch den Reichsführer SS erledigt werden.*[63]

Todesurteile [64]	Ziviljustiz			Militärjustiz
	1919–1932	1933–1939	1940–1944	1939–1944
Verhängt	1 132	757	12 212	24 559
Vollstreckt	184	598	11 336	9 413

Das Reich eröffnete den Krieg mit einem zwar unausgewogenen, den Gegnern in der ersten Runde aber überlegenen Rüstungsstand, indes ohne zureichendes Rüstungspotential. Trotz Vierjahresplan (S. 126 f.) war die Wirtschaft nur wenig auf Krieg umgestellt und arbeitete noch lange in hohem Maße für den zivilen Bedarf. Bis Ende 1941 – teilweise sogar bis 1944 – stieg die Erzeugung von Konsumgütern, während die Kriegsproduktion in den ersten Jahren nahezu gleich blieb.
Um Mißstimmung wegen drastischer Senkung des Lebensstandards vorzubeugen und in Hoffnung auf rasches Kriegsende hatte das OKW angeordnet: *Der X-Fall wird auf den zivilen Bereich in seiner Gesamtheit nicht ausgedehnt. Es wird gebeten,*

nur die zur Sicherstellung der Mobilmachung der Wehrmacht und zur Aufrechterhaltung der eigenen Arbeitsfähigkeit notwendigen Maßnahmen durchzuführen.[65] Auf dem Lebensmittelsektor war rechtzeitig Vorsorge getroffen, die längst gedruckten Lebensmittelkarten wurden in den ersten Kriegstagen ausgegeben. Auch andere wichtige Bedarfsgüter wurden bewirtschaftet: Textilien, Lederwaren, Feuerungsmittel usw. Ein rigoroses Erfassungssystem bei den Erzeugern und drakonische Strafen bei Verstoß gegen Ablieferungs- oder Verteilungsbestimmungen machten eine allerdings immer knapper werdende Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigsten Gütern bis in die letzten Kriegsmonate möglich. Ohne Pannen und Unzufriedenheit ging es indes nicht ab. So meldete der SD-Bericht vom 5. April 1940 Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung in Industriegebieten und Großstädten: *Der betroffene Teil der Bevölkerung empfinde den Mangel um so drükkender, als die Verknappung der Kartoffel bei der herrschenden jahreszeitlichen Gemüseverknappung als unentbehrliches Nahrungsmittel angesehen würde. In der Reichshauptstadt führt der Mangel zu großen Schlangenbildungen, vor allem vor den Ständen der Wochenmärkte.* Verständlicherweise reagierte die Bevölkerung auch auf Verringerung der Zuteilungen empfindlich. Wie der SD im Mai 1941 ermittelte, habe die *Kürzung der Fleischrationen . . . allgemeine Mißstimmung, z. T. aber auch Besorgnis . . . im Hinblick auf die Gesamternährungslage aufkommen lassen.* Doch Krisen konnten überwunden werden, nicht zuletzt durch rücksichtslose Ausbeutung der besetzten Gebiete. Argwöhnisch achteten die Menschen, daß die Rationierungsbestimmungen eingehalten wurden: *Aus zahlreichen Meldungen ist zu ersehen, daß jedes als zu milde empfundene Urteil etwa gegen Schwarzschlächter oder Lebensmittelschieber sofort mißtrauische Äußerungen in der Bevölkerung auslöse.*[66]

Tagesverbrauch pro Kopf[67]

	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Fleisch und Fisch, g	163	137	131	111	105	96	96
Butter, g	23	25	27	25	24	25	21
Fett, g	43	29	24	20	16	16	15
Kartoffeln, g	486	458	542	577	697	595	573

Erst Anfang 1942, in der Winterkrise der Ostfront, ging die Wirtschaftspolitik vom Konzept des Blitzkrieges zu dem eines längeren Kampfes über. Rüstungsminister Todt und, nach dessen Unfalltod, vor allem Albert Speer suchten alle Produktionsreserven zu erschließen. Sie

– steuerten die Branchen über mit führenden Industriellen besetzte Ausschüsse,
– rationalisierten die Produktion durch Typen-Standardisierung und Modell-Vereinfachung,
– setzten Massenfertigungen durch,
– begünstigten die leistungsfähigen Großkonzerne durch Festpreise.

Speers unbürokratische »Zentrale Planung« mit ihren weitreichenden, durch Hitlers Gunst erwirkten Vollmachten spielte bald die konkurrierenden Apparate von Görings Vierjahresplan, des OKW und des Wirtschaftsministeriums an die Wand. 1943 konnte Speer auch die Marinerüstung übernehmen, erst Mitte 1944 endlich die von Göring eifersüchtig gehütete Flugzeugindustrie. Doch wichtige Bereiche blieben Speer entzogen: Rohstoffbeschaffung, Finanzen, Arbeitskräfteeinsatz, Zivilverbrauch, ebenso die Wirtschaftsimperien der SS (S. 72), und die eigenwilligen Gauleiter machten dem jungen Mann Schwierigkeiten, wo sie nur konnten.

Trotz ständiger Engpässe, trotz Bombenkrieg und schließlich Verlust von Rohstoffquellen wuchs die Produktion unaufhörlich, aber auch die Reichsschuld:

Munition/Gerät [68]	1941	1942	1943	1944	1945 (Jan.)
Gewehrmunition (Mill. Stück)	917	781	2 441	4 732	393
Maschinengewehre	85 510	85 150	169 855	276 639	30 693
8,8-cm-Flak	1 872	2 876	4 416	5 933	480
Panzerkampfwagen	3 250	4 224	5 974	8 339	·
Sturmgeschütze, Jagdpanzer	550	828	3 411	9 512	2 858
Kriegsflugzeuge	12 324	15 456	25 668	38 122	3 135
Reichsschuld (Mrd. RM)	85,9	137,5	195,6	273,4	379,8

Organisationsverbesserungen und neue Fertigungsmethoden hätten diese Erfolge nicht möglich gemacht, wäre nicht das besetzte Europa systematisch nach Arbeitskräften durchkämmt worden. Diese Aufgabe übertrug Hitler dem Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel, als »Generalbevollmächtigtem für den Arbeitseinsatz«. Am 31. Mai 1944 waren 5,3 Mill. Fremdarbeiter und 1,8 Mill. Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft eingesetzt. Sauckel stellte fest, daß von den Fremdarbeitern *keine 200 000 freiwillig gekommen sind.*[69] Die ersten Werbungen hatten gewisse Erfolge. Doch bald war bekannt, wie die Freiwilligen in Güterwagen ohne sanitäre Einrichtungen, kaum verpflegt, streng bewacht, ins Reich verfrachtet wurden und unter welch unwürdigen Bedingungen sie dort meist leben und arbeiten mußten. Am schlimmsten ging es den aus der UdSSR Eingeschleppten: *Ausgangsbeschränkungen, Entlohnungssätze, Sozialbetreuung, Verpflegungssätze waren jedoch noch schlechter als bei den Polen. Es hieß, die Ostbevölkerung wäre ja an sich schon an Bedürfnislosigkeit gewöhnt, die Prügelstrafe war mehr oder weniger amtlich . . . Dazu kamen noch weitere, rein als Schikane empfundene Maßnahmen, z. B. verschiedentlich bestehende Einschränkungen in der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.*[70] SS und Polizei überwachten die Ausländer streng und suchten nähere Kontakte zwischen ihnen und deutschen Kollegen wie Arbeitgebern zu unterbinden.

Auch die Fremdarbeiter konnten die durch wachsende Einberufungen – auch unentbehrlicher Fachleute – zur Wehrmacht gerissenen Lücken nicht füllen. Obwohl überall immer mehr Arbeitskräfte mangelten, gelang es auch nicht entfernt, die Reserve an arbeitsfähigen Frauen zu mobilisieren. Als Goebbels den »totalen Krieg« ausrief (S. 205), stieg zwar bis Ende Juli 1943 die Zahl der Fabrikarbeiterinnen von 2,49 auf 2,81 Mill., sank dann aber wieder und betrug Mitte 1944 mit 2,68 Mill. nur wenig mehr als vor Kriegsbeginn.[72]

Arbeitskräftebilanz in Mill.[71]	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Deutsche Beschäftigte	39,1	34,8	33,1	31,3	30,3	28,4
davon Frauen	14,6	14,4	14,1	14,4	14,8	14,9
Fremdarbeiter, Kriegsgefangene	0,3	1,2	3,0	4,1	6,3	7,1
Summe der Einberufenen	1,4	5,7	7,4	9,4	11,2	13,0
Summe der Verluste	–	0,1	0,2	0,8	1,7	3,9
Wochenstunden in der Industrie	48,7	49,2	49,1	48,7	49,1	48,3
Pf. Bruttostundenlohn Industrie	80,8	84,8	90,3	89,3	90,1	90,1

Die zunehmend stärker vom Krieg belasteten Deutschen bei guter Stimmung zu halten, war Aufgabe des Propagandaministers. Sein Prinzip: *Daß Tendenz in unsere Nachrichtengebung gelegt wird, ist selbstverständlich; sie soll aber am besten*

unsichtbar bleiben. Dem dienten die detaillierten »Sprachregelungen« für Presse und Rundfunk zu fast allen denkbaren Themen. Für das Radioprogramm zu Weihnachten 1940 ordnete Goebbels an, daß *alles vermieden werden muß, was die Männer an der Front und die Frauen in der Heimat noch sentimentaler stimmt, als es an sich schon aus Anlaß des Tages der Fall ist.*[73]
Schönfärbereien aber konnten nur so lange wirken, wie das Leben noch halbwegs erträglich war. Seit die Zeitungen mit langen Reihen von Todesanzeigen – später in der Größe normiert und endlich rationiert – unübersehbar an den Ernst des Krieges mahnten, seit Fliegeralarme die Menschen tags und nachts immer häufiger in die Keller trieben, seit Schlangestehen nach knappen Waren die immer spärlichere Freizeit weiter beschnitt, kurz, seit der Lebensrhythmus auch in der Heimat immer mehr auf Krieg umzustellen war, fiel die Stimmung. Im November 1943 verzeichnete der SD-Bericht bei Frauen *ausgesprochene Kriegsmüdigkeit . . . Sie sind bestrebt, allem aus dem Wege zu gehen, was die Gedanken zum Kriegsgeschehen hinlenke, so vermeiden sie z. B. entsprechende Radio- oder Filmdarbietungen und lassen den politischen Teil der Zeitung unbeachtet.* Seit Jahren getrennte Eheleute lebten sich nicht selten auseinander, Fronturlauber zeigten *oft kein Verständnis mehr für die kriegsbedingten häuslichen Dinge . . . So wiesen Ehefrauen bekümmert darauf hin, daß das sehnlichst erwartete Zusammensein in der schnell vorüberfliegenden Urlaubszeit getrübt worden sei durch häufige Zusammenstöße, die durch gegenseitige Nervosität hervorgerufen wurden.*[74] Der Witz wurde bitterer: *Maikäfer flieg! Der Vater ist im Krieg. Den Opa ziehn sie auch noch ein, das wird wohl die Vergeltung sein.*[75]

Die Propaganda suchte sich dieser Entwicklung anzupassen. Mit scheinrealistischem Zweckpessimismus und dunklen Anspielungen auf unvorstellbare »Wunderwaffen«, mit Haß gegen »bolschewistische Untermenschen« wie anglo-amerikanische »Terrorflieger« und mit Beschwörungen geschichtlicher Beispiele von unerwarteten Schicksalswenden (etwa Friedrichs II. im Schlesischen Krieg) hämmerte sie Durchhaltewillen bis zum sicheren »Endsieg« ein. Eines der Stichworte dafür gab Roosevelt, als er auf der Casablanca-Konferenz (14.–26. Januar 1943) zu Churchills Überraschung die »bedingungslose Kapitulation« forderte. Als *die große und alles beherrschende Propagandathese* stellte Goebbels den *Kampf gegen den Bolschewismus und die Gefahr der Bolschewisierung Europas* heraus: *Bis zum Ende des Krieges werde nunmehr immer auf dem Bolschewismus herumgetreten werden.* Es seien *alle egoistischen Ziele im Osten abzustreiten und von dem heiligen Kreuzzug des 20. Jahrhunderts gegen den Bolschewismus zu sprechen.*[76]

Die Propaganda hatte Erfolge. In dem Maße, wie der Krieg auch militärisch sinnlos wurde, erhielt er für viele Soldaten einen Sinn. Die uferlosen Eroberungspläne der Führung hatten sie kaum gekannt und geteilt. Gehorsam und tapfer folgten sie Befehlen und nahmen Entbehrungen auf sich. Hatten die früheren Siege sie mit einem nicht so leicht zu erschütternden Selbstgefühl erfüllt, so glaubten sie nun, als Rückschlag auf Rückschlag hereinbrach, die Heimat verteidigen zu müssen. Je auswegloser die Lage wurde, desto stärker klammerten sich viele an die Hoffnung auf ein Wunder. In der Heimat rissen sich die meisten aus Stunden der Verzweiflung immer aufs neue hoch, nur um die Soldaten an den schon wankenden Fronten nicht im Stich zu lassen. Leistungs- und Leidensfähigkeit an der Front wie in der Heimat überstiegen jedes bislang als äußerste Grenze angesehene Maß.

Aus ihrer Lehre von der verschiedenen Wertigkeit der Menschen leiteten NS-Ideologen das Recht ab, »Minderwertige« auszurotten. Erste Opfer waren Insassen der Heilanstalten in Deutschland. Hitler befahl, *die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.*[77] Für das »Euthanasie«-Programm wurde ein komplizierter Tarnapparat aufgebaut, der jedoch nicht verhindern konnte, daß Nachrichten vom Mord an diesen Unglücklichen in die Öffentlichkeit sickerten.
Vor allem Geistliche beider Konfessionen protestierten öffentlich; der Bischof von Münster, Graf Galen, verlas in einer Predigt seinen Strafantrag: *Da ein derartiges Vorgehen ... als Mord nach § 211 des Reichsstrafgesetzbuches mit dem Tode zu bestrafen ist, erstatte ich ... pflichtgemäß Anzeige.*[78] Als Gerüchte auftauchten, auch Schwerkriegsbeschädigte sollten umgebracht werden, ordnete der Propagandaminister an, *das Thema »Euthanasie« dürfe jetzt auf keinen Fall berührt werden,* Gerüchten sei mit der Formel entgegenzutreten: *Die englische Propaganda behauptet infamerweise ...*[79] Trotzdem blieb der Protest so laut, daß Hitler im August 1941 nach über 80 000 Tötungen die Aktion abbrechen ließ. Fortgesetzt indes wurde die rassische »Ausmerze« anderer Gruppen, von 3000 Kindern, 10 000–20 000 KZ-Häftlingen sowie an sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen bis 1. Mai 1944 insgesamt über 3,3 Mill. umkamen. (In Sowjet-Lagern starben 1,11 von 3,15 Mill. deutschen Kriegsgefangenen.)[80] Zwei Erfahrungen hatte das »Euthanasie«-Programm erbracht:
- die Erkenntnis, daß Massentötungen nicht in dichtbesiedelten Gebieten, sozusagen unter den Augen des deutschen Volkes, durchgeführt werden können,
- die Entwicklung der rationellsten Methode der Massentötung, der Gaskammer.

Bei Kriegsbeginn erfuhr die seit Ende November 1938 bereits fast unerträgliche Lage der Juden eine weitere Verschlechterung (S. 86). Kriegsschäden wurden ihnen nicht ersetzt, und schließlich wurden sie zur Zwangsarbeit verpflichtet. Für Maßnahmen gab das »Generalgouvernement« das Beispiel (S. 180). Es sollte zunächst zum Aufnahmegebiet für alle Juden werden. Seit Herbst 1939 rollten bereits vereinzelte Deportationszüge dorthin. Jeder Jude hatte in Polen sichtbar den gelben Stern zu tragen. Seit April 1940 wurden die ersten »Gettos« eingerichtet, umzäunte und bewachte Stadtteile, in denen polnische und aus dem Westen deportierte Juden unter menschenunwürdigen Bedingungen zusammengepfercht hausten. Die Verpflegungssätze lagen weit unter dem Existenzminimum.

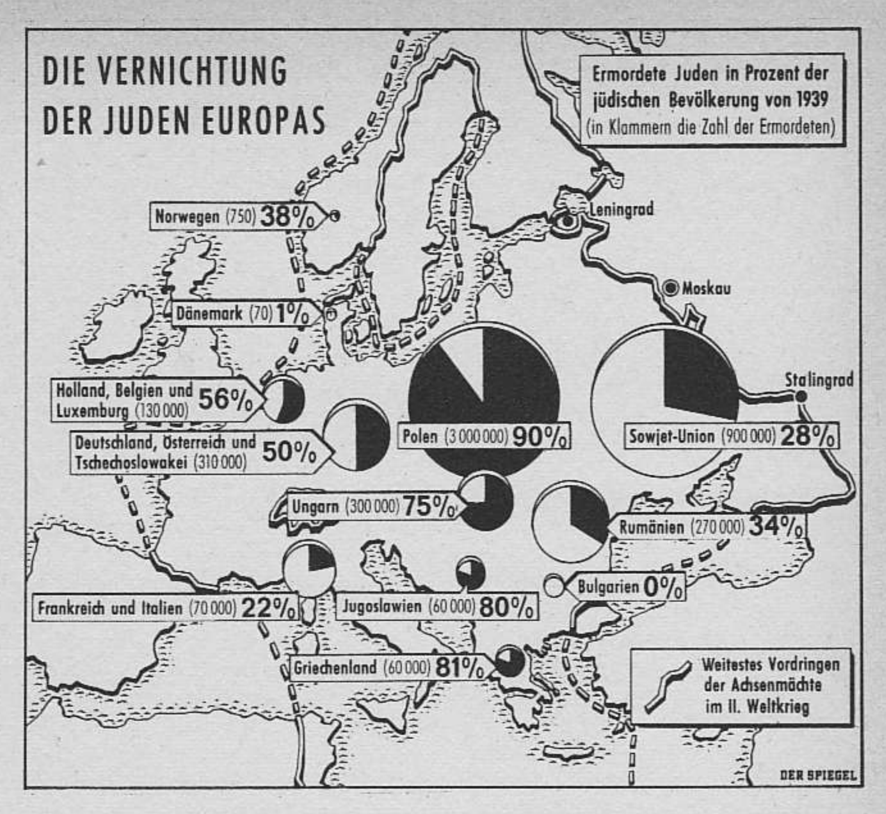
Mit Beginn des Rußlandfeldzuges trat eine grundlegende Wandlung in der Judenpolitik ein: die systematische Ausrottung. Im Januar 1941 schon hatten die Rumänen – unter Einfluß deutscher SS-Führer – mit den ersten Judenmassakern begonnen. Im Juni 1941 zogen mit der Wehrmacht SD-»Einsatzgruppen« nach Rußland. Ihre offizielle Aufgabe war die Wahrnehmung der Polizeibefugnisse im rückwärtigen Frontgebiet, ihr wahrer Auftrag aber die Ausrottung der russischen Juden. Am 31. Juli 1941 beauftragte Göring den RSHA-Chef Heydrich, *alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen*

für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.[81] Unverzüglich ging Heydrich an die Arbeit. Eine Reihe von Verordnungen leitete das Unternehmen ein: Am 19. September nach dem Beispiel des Generalgouvernements Einführung des gelben Sterns für alle Juden (nur in Dänemark widersetzten sich erfolgreich König und Bevölkerung mit der Ankündigung, sie alle würden den Stern anlegen), Kennzeichnung der jüdischen Wohnungen, Emigrationsverbot und Unterstellung der Juden unter »Polizeigerichtsbarkeit« (S. 209), um zu verhindern, daß sie in Haftanstalten der Justiz vor der Deportation bewahrt werden könnten. Alles war vorbereitet, auch die Beschlagnahme der Vermögenswerte.

Seit Herbst 1941 rollten die Elendstransporte nach Osten. Dort wurden ihre Insassen zum Arbeitseinsatz bis zum Erschöpfungstod herangezogen oder den »Einsatzgruppen« der SS übergeben, die sie zusammen mit den russischen Juden – z. T. in Gaswagen – liquidierten. Unter Eid berichtete ein Augenzeuge: *Die von den Lastwagen abgestiegenen Menschen, Männer, Frauen und Kinder jeden Alters mußten sich auf Aufforderung eines SS-Mannes, der in der Hand eine Reit- oder Hundepeitsche hielt, ausziehen und ihre Kleider nach Schuhen, Ober- und Unterkleidern getrennt an bestimmten Stellen ablegen . . . Ich ging um den Erdhügel herum und stand vor dem riesigen Grab. Dicht aneinandergepreßt lagen die Menschen so aufeinander, daß nur die Köpfe zu sehen waren. Von fast allen Köpfen rann Blut über die Schultern. Ein Teil der Erschossenen bewegte sich noch. Einige hoben ihre Arme und drehten den Kopf, um zu zeigen, daß sie noch lebten. Die Grube war bereits dreiviertel voll. Nach meiner Schätzung lagen darin bereits ungefähr 1000 Menschen. Ich schaute mich nach dem Schützen um. Dieser, ein SS-Mann, saß am Rand der Schmalseite der Grube auf dem Erdboden, ließ die Beine in die Grube herabhängen, hatte auf seinen Knien eine Maschinenpistole und rauchte eine Zigarette.*[82]

Mit dem Tempo der Deportation waren Heydrich und sein Judenreferent Eichmann offenbar nicht zufrieden. Daher wurde am 20. Januar 1942 die Wannseekonferenz einberufen, zu der Vertreter aller beteiligten Behörden geladen waren. Heydrich führte aus: *An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten . . . Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht . . . Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen . . . Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt . . . Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden.*[83]

Im Sommer 1942 waren auf polnischem Boden die Vorbereitungen so weit gediehen, daß die Ankommenden sofort »entsprechend behandelt« werden konnten. In Auschwitz befand sich die leistungsfähigste Vergasungsanlage, die von Juni 1942



bis Oktober 1944 in Tätigkeit war. Daneben »arbeiteten« noch die Vernichtungslager Treblinka, Majdanek, Belzec, Chelmno und Sobibor. Im Nürnberger Prozeß sagte Rudolf Höß, Kommandant von Auschwitz, aus: *Die Züge wurden zuerst auf einem Abstellgleis ins Gelände Birkenau gefahren . . ., die eingelieferten Personen wurden durch Wachen des Lagers übernommen. Sie wurden dort durch zwei SS-Ärzte geprüft auf Arbeitsfähigkeit. Die arbeitsfähigen Häftlinge marschierten sofort nach Auschwitz bzw. nach dem Lager Birkenau, und die nicht arbeitsfähigen wurden zuerst nach diesen provisorischen Anlagen, später dann in die neuerbauten Krematorien gebracht.* Frage: *Nach der Ankunft der Transporte mußten die Opfer alles, was sie hatten, ablegen, die Kleider niederlegen, sich völlig ausziehen, ihre Wertsachen abgeben. Ist das richtig?* Antwort: *Jawohl.* Frage: *Und gingen dann sofort in den Tod?* Antwort: *Jawohl.* Frage: *Ich frage Sie, nach Ihrer Erfahrung, ob diese Menschen wußten, was ihnen bevorstand?* Antwort: *Zum größten Teil nicht. Denn es waren Vorkehrungen getroffen, die sie darüber im Zweifel ließen und bei ihnen nicht den Verdacht erregen konnten, daß sie in den Tod gehen sollten . . .* Frage: *Und der Tod durch Vergasung trat dann ein in einem Zeitraum von 3 bis 15 Minuten . . .?* Antwort: *Jawohl . . . So, wie ich durch eigene Beobachtung bzw. durch die Ärzte erfahren hatte, war je nach Temperatur und Zahl der in den Räumen vorhandenen Personen die Dauer des Eintritts der Betäubung bzw. des Todes sehr verschieden. Die Betäubung fand in wenigen Sekunden bzw. Minuten statt.*[84]

Wenn keine Transporte aus Westeuropa kamen, wurden polnische Juden vergast, die Gettos auf diese Weise aufgelöst. Dort hatten sich seit Ende 1939 kaum vorstellbare Notzustände entwickelt. Der »Umsiedlungsamtsleiter« beim Distriktgouverneur Warschau berichtete über die Wohnungssituation: *Die Belegung errechnet sich demnach auf 15,1 Personen pro Wohnung und 6 bis 7 Personen pro Zimmer. Der jüdische Wohnbezirk ist von dem übrigen Stadtgebiet unter Ausnutzung von Brand- und Trennmauern und durch Vermauerung von Straßenzügen, Fenster-, Tür- und Baulücken abgetrennt. Die Mauern haben eine Höhe von 3 Metern und werden durch einen Stacheldrahtaufsatz um einen weiteren m. erhöht.* Enge, Schmutz, Hunger (die Zuteilung betrug zeitweilig 200 Kalorien pro Tag): das mußte zu hoher Sterblichkeit führen (1941: 44 630 Tote, Januar bis September 1942: 37 962).[85]
Der Bakteriologe Hirszfeld, einer der über 400 000 Warschauer Getto-Insassen, beobachtete: *Auf den Bürgersteigen stapeln Kot und Abfälle sich zu Haufen und Hügeln . . . Oft liegt etwas mit Zeitungen Zugedecktes auf dem Bürgersteig. Schrecklich ausgezehrte Gliedmaßen oder krankhaft angeschwollene Beine schauen meistens darunter hervor. Es sind die Kadaver der am Flecktyphus Verstorbenen, die von den Mitbewohnern einfach hinausgetragen werden, um die Bestattungskosten zu sparen. Oder es handelt sich um Obdachlose, die auf der Straße umfielen.*[86]

Nachdem bis Januar 1943 fast 317 000 Juden »ausgesiedelt«, d. h., vergast waren, erhob sich im April 1943, als das Getto endgültig ausgeräumt werden sollte, der aktive Teil der Übriggebliebenen – ohne Hoffnung auf Überleben, ohne Hilfe von außen. Den Verzweifelten gelang es, vier Wochen lang stärkere SS-Verbände zu binden und ihnen sogar erhebliche Schlappen beizubringen: *Die Deutschen waren zweimal genötigt, aus dem Ghetto zu flüchten. Das eine Mal gelang es uns, bei der Wiedereinnahme 40 Minuten die Stellung zu halten, das andere Mal 6 Stunden.* Damit aber war das Schicksal der Warschauer Juden nicht mehr zu wenden. Am 12. Mai 1943 meldete SS- und Polizeiführer Stroop: *Die Suche der angesetzten Durchkämmungsstoßtrupps nach weiteren Bunkern, in denen sich Juden verborgen halten, hatte den Erfolg, daß 30 Bunker gefunden wurden. Hieraus wurden 663 Juden hervorgeholt und 133 Juden erschossen.* Als der Widerstand allmählich erlosch, nahmen sich viele Juden das Leben. Aus einem Abschiedsbrief: *Durch meinen Tod möchte ich zum letztenmal gegen jene Passivität protestieren, mit der die ganze Welt zusieht und es zuläßt, wie das jüdische Volk ausgerottet wird.* Stroops Bilanz: *Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschau besteht nicht mehr . . . Gesamtzahl der erfaßten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56 065.*[87]

Aus dem Reich wurden fast alle Juden »evakuiert«. Stolz, wenn auch nicht ganz zutreffend, meldete im Juni 1943 Gauleiter Goebbels Berlin »judenfrei«. Kirchliche Gruppen und Privatleute verbargen hier, die Gefahr nicht scheuend, fast 3000 Juden. In einigen der besetzten Länder stießen die SS-Schergen auf heftigen Widerstand. In einer beispiellosen Hilfsaktion glückte es den Dänen, fast alle Juden vor dem Zugriff der Gestapo nach Schweden zu retten. In den Niederlanden streikten Arbeiter gegen Deportationen und half die Mehrheit der Bevölkerung selbstlos den Verfolgten (Tagebuch der Anne Frank). Selbst das faschistische Italien sabotierte nach Kräften die Judenjagd seines deutschen Verbündeten. Finnland weigerte sich, seine Juden auszuliefern. Dennoch gelang es, den größten Teil der europäischen Juden für die Vernichtung zu erfassen: Fast sechs Millionen wurden vergast, erschos-

sen, erschlagen, zu Tode gequält, in den Selbstmord getrieben oder durch Hunger und Seuchen ausgerottet.

Wußten die Deutschen von diesem Völkermord? (S. 78 f.) Wenn auch die meisten erst nach 1945 den vollen Umfang und die Einzelheiten des Verbrechens erfuhren, so war der Kreis der Mitwisser doch größer als die kleine Zahl der unmittelbaren Täter an Schreibtischen der SS-Bürokratie, in SS-Einsatzgruppen, Getto-Verwaltungen und an Gaskammern. Beamte verschiedener Ministerien (vor allem des Außenamtes) führten Schriftwechsel, Gerichte, Finanz- und Arbeitsämter, Lokalbehörden und Wirtschaftsbetriebe verbuchten »Evakuierungen«, die Reichsbahn führte Transporte durch ... Viele sahen, wie Juden aus ihren Wohnungen abgeholt, auf Sammelplätze getrieben, in Güterwagen verladen wurden, viele auch, wie sie im Osten umgebracht wurden. Die Partei-Kanzlei: *Im Zuge der Arbeiten an der Endlösung der Judenfrage werden neuerdings innerhalb der Bevölkerung in verschiedenen Teilen des Reichsgebiets Erörterungen über »sehr scharfe Maßnahmen« gegen die Juden besonders in den Ostgebieten angestellt. Die Feststellungen ergaben, daß solche Ausführungen – meist in entstellter und übertriebener Form – von Urlaubern der verschiedenen im Osten eingesetzten Verbänden weitergegeben werden, die selbst Gelegenheit hatten, solche Maßnahmen zu beobachten. Es ist denkbar, daß nicht alle Volksgenossen für die Notwendigkeit solcher Maßnahmen das genügende Verständnis aufzubringen vermögen.*[88]

Reichsführer-SS Himmler aber sagte über *die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes,* seinen Gruppenführern: *Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 da liegen oder wenn 1000 da liegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte.*[89]

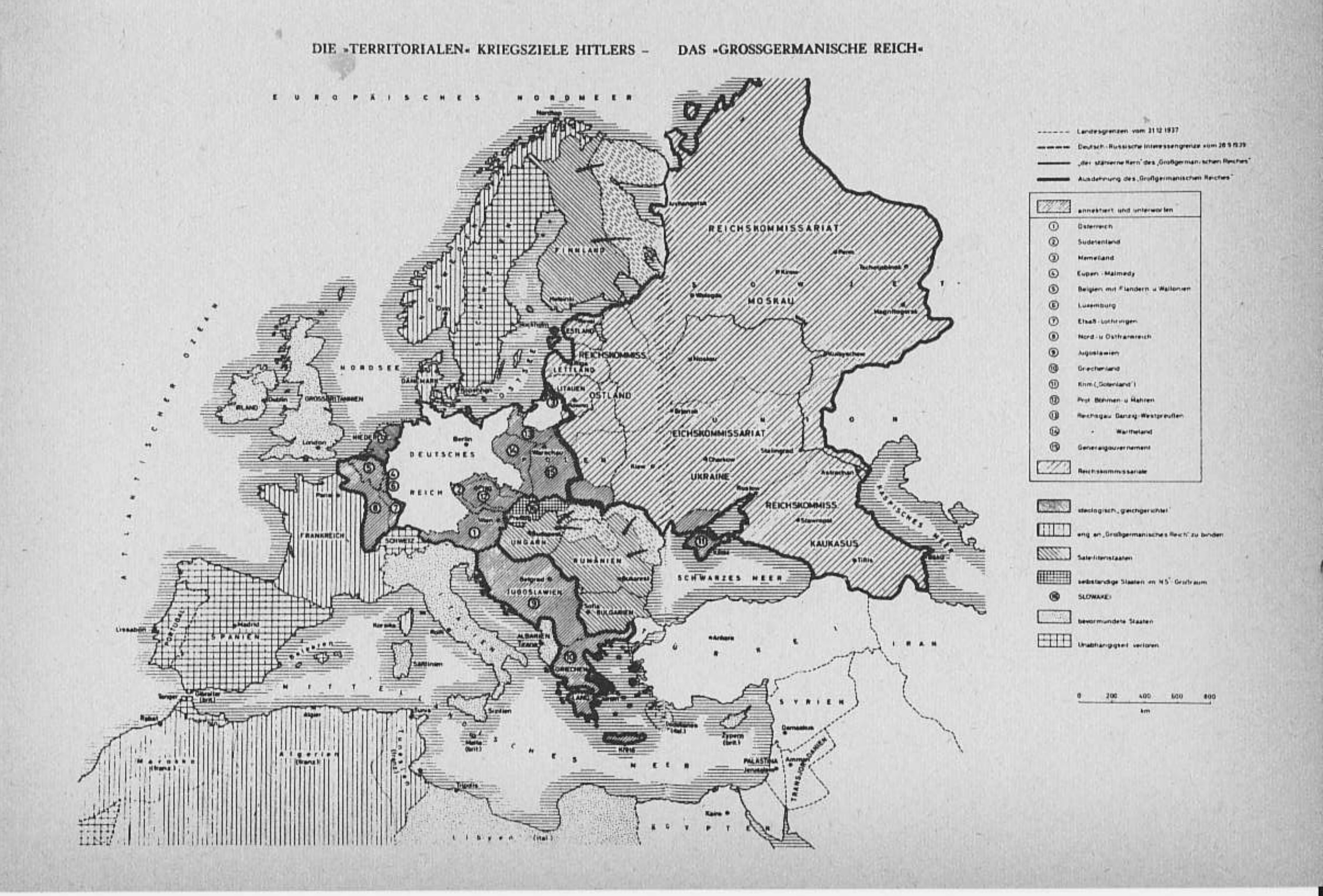
Europa unter nationalsozialistischer Herrschaft

Die Judenausrottung war nur ein Teil der Politik, die schon der junge Hitler in »Mein Kampf« entworfen hatte. Errichtung einer »neuen Ordnung« in Europa, Eroberung von »Lebensraum« im Osten für das deutsche Volk, das waren weitere Ziele, die erst nach dem Angriff auf die Sowjetunion in die Tat umgesetzt werden konnten. Ziel dieses Feldzuges war die Zerschlagung des russischen Reiches und seine Einbeziehung in den germanischen Siedlungsraum. Dem »Minister für die besetzten Ostgebiete«, Rosenberg, schwebte zwar die Schaffung einer Reihe selbständiger, selbstverständlich unter deutschem Einfluß stehender Staaten vor, die das eigentliche »Moskowien« einkreisen sollten. Doch andere, Mächtigere, hatten andere Absichten. Schon unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen würgte Himmler die von Rosenberg unterstützten Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukrainer ab. Ihm kam es darauf an, in peinlich genauer Beachtung der in »Mein Kampf« festgelegten Grundsätze das Land als Siedlungsraum zu erobern (S. 130).

Nach Himmlers Willen sollten die »ostischen Untermenschen« nur Arbeitssklaven sein. Geringste Bildung schien ihm, wie aus einer Denkschrift vom Mai 1940 hervorgeht, die Garantie für ihre Beherrschung zu sein: *Eine grundsätzliche Frage bei der Lösung aller dieser Probleme ist die Schulfrage, und damit die Frage der Sichtung und Siebung der Jugend. Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich.*[90]
Andere sprachen offen von Ausbeutung. Ein hoher Beamter des Ostministeriums: *Der Osten habe Europa mit Rohstoffen zu versorgen, wohingegen Deutschland den Osten mit Industriewaren beliefern werde.* Göring vor Reichskommissaren und Militärbefehlshabern: *Früher nannte man das plündern. Nun, die Formen sind humaner geworden. Ich gedenke trotzdem zu plündern, und zwar ausgiebig. . . . Sie sind weiß Gott nicht hingeschickt, um für das Wohl und Wehe der Ihnen anvertrauten Völker zu arbeiten, sondern um das Äußerste herauszuholen, damit das deutsche Volk leben kann. . . . Es ist mir dabei gleichgültig, ob Sie sagen, daß Ihre Leute wegen Hungers umfallen. Mögen sie das tun, solange nur ein Deutscher nicht wegen Hungers umfällt.* Dann folgten Weisungen über das, was aus den einzelnen Gebieten herauszupressen sei. Vor der Öffentlichkeit begründete Goebbels die Notwendigkeit des Krieges gegen Rußland: *Diesmal geht es um wichtigere Dinge: um Kohle, Eisen, Öl, und vor allem um Weizen, um das tägliche Brot auf dem Tisch unseres Volkes.* Und vor Bergarbeitern appellierte er an die Begehrlichkeit: *Wir wissen, daß, wenn wir diesen Krieg gewinnen, daß sich dann unser ganzes Volk einmal so richtig an den Fettnapf der Welt setzen kann. Darum führen wir ja auch den Krieg, daß wir später einmal so richtig aus dem Vollen schöpfen können. Selbstverständlich! Wir führen ja nicht den Krieg um eine blasse Theorie . . . Nein! Wir wollen ja heran an die Fettnäpfe der Welt. Wir wollen jetzt mal so richtig uns in die Weiden der Welt hineinsetzen und grasen.*[91]

Als »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« ließ Himmler Siedlungspläne ausarbeiten. Der »Generalplan Ost« (1941/42)[92] sah die Aussiedlung von 31 Millionen »Fremdvölkischen« als erste Etappe der Germanisierungspolitik in Rußland vor. Nach der Katastrophe von Stalingrad wurden derartige aberwitzige Planungen eingestellt, aber noch 1944 erklärte Himmler vor den Gauleitern der NSDAP: *Das Programm ist unverrückbar: Es ist unverrückbar, daß wir die Volkstumsgrenze um 500 km herausschieben, daß wir hier siedeln. Es ist unverrückbar, daß zu den 90 Millionen die 30 Millionen übrigen Germanen dazukommen werden, so daß wir unsere Blutbasis auf 120 Millionen Germanen vermehren . . . Es ist unverrückbar, daß wir diesen Siedlungsraum erfüllen, daß wir hier den Pflanzgarten germanischen Blutes im Osten errichten, und es ist unverrückbar, daß wir eine Wehrgrenze weit nach dem Osten hinausschieben, denn unsere Enkel und Urenkel hätten den nächsten Krieg verloren, der sicher wieder kommen wird, sei es in einer oder in zwei Generationen, wenn nicht die Luftwaffe – sprechen wir es hier ruhig aus – am Ural stehen würde . . . Wenn es den Kosaken geglückt ist, für die russischen Zaren sich bis ans Gelbe Meer durchzufressen und das allmählich zu erobern, dann werden wir's und unsere Söhne in drei Teufels Namen zusammenbringen, Jahr – Generation für Generation, Jahr für Jahr unsern Bauerntreck auszurüsten und von*

DIE »TERRITORIALEN« KRIEGSZIELE HITLERS – DAS »GROSSGERMANISCHE REICH«



dem Gebiet, was wir zunächst hinter der Militärgrenze haben, immer wieder einige Kilometer, einige hundert Kilometer zunächst mit Stützpunkten zu versehen, dann allmählich flächenmäßig zu besiedeln und die anderen herauszudrängen. Das ist unsere Aufgabe.[93] Wenn von diesem Programm auch nur wenig in die Tat umgesetzt wurde, so genügten doch die Anfänge, um in Rußland größte Verbitterung zu schaffen und den Partisanen neue Kräfte zuzuführen. Die Vertreibung der Ostdeutschen war auch eine Reaktion auf derartige Maßnahmen.

Auch in den besetzten Westgebieten rissen die scharfen Maßnahmen die Bevölkerung bald aus ihrer Lethargie. In den Niederlanden und in Dänemark kam es zu Streiks. Dort wurde der Ausnahmezustand verhängt und ein ehemaliger Gestapooffizier zum »Reichsbevollmächtigten« ernannt. In Norwegen wurde im Februar 1942 mit deutscher Hilfe Quisling Ministerpräsident, worauf sich der Widerstand versteifte. Von England aus wurde die Résistance in den westlichen Ländern tatkräftig unterstützt. Deutsche Repressalien, Geiselerschießungen und Deportationen nach dem »Nacht-und-Nebel-Erlaß« steigerten die Verbitterung gegen die Deutschen und überwanden antibritische Ressentiments. Im bisher verhältnismäßig ruhigen Böhmen und Mähren übernahm im September 1941 Heydrich die Macht. Er fiel einem tschechischen Attentat (26. Mai 1942) zum Opfer. Die als Repressalie verfügte Vernichtung des Dorfes Lidice ließ nun auch hier Terror und Gegenterror anwachsen.

Ausbeutung und Diffamierung bewirkten nicht nur eine allgemeine deutschfeindliche Stimmung, sondern darüber hinaus den Willen zu aktiver Bekämpfung der Besatzungsmacht. In der UdSSR hat der Partisanenkrieg seine einheitlichste Prägung gefunden. Bereits am 18. Juli 1941 hatte das Zentralkomitee der KPdSU den Kämpfern hinter den deutschen Linien eine klare Direktive gegeben: *Die Aufgabe besteht darin, für die deutschen Interventen unerträgliche Zustände zu schaffen, ihre Nachrichtenverbindungen, den Nachschub und die Truppenverbände selbst zu desorganisieren, die von ihnen getroffenen Maßnahmen zu sabotieren, die Eindringlinge und ihre Helfershelfer zu vernichten, mit allen Kräften die Bildung von Partisaneneinheiten . . ., von Sabotage- und Jagdtrupps zu fördern und das Netz unserer bolschewistischen Untergrundorganisationen im besetzten Gebiet auszubauen . . . Um diesem Kampfe im Rücken der deutschen Truppen möglichst breiten Schwung und kämpferische Regsamkeit zu verleihen, ist es unerläßlich, daß sich die örtlichen Führer der Partei- und Sowjetorganisationen . . . dieser Sache annehmen und an ihre Spitze stellen.*[94] Störaktionen gegen die überlangen Versorgungsstränge des deutschen Ostheeres konnten zwar nicht das Vordringen der Wehrmacht stoppen, banden aber immer stärkere Verbände zur Sicherung im rückwärtigen Gebiet. Vergeltungsaktionen nach Anschlägen auf deutsche Einrichtungen verfehlten ihre Wirkung: Statt der Abschreckung schufen sie Haß und neue Partisanen. Umgekehrt scheint die Liquidierung von Kollaborateuren starken Eindruck gemacht zu haben. Seit dem Herbst 1941 entstanden in Frontnähe regelrechte Partisanenarmeen unter militärischem Kommando, vom unbesetzten Gebiet her nicht nur versorgt, sondern auch entsprechend der jeweiligen Frontlage strategisch angesetzt.
Neben Rußland gewann der Partisanenkrieg in Jugoslawien militärisches Gewicht. Begünstigt durch die geographischen Verhältnisse und gestützt auf eine alte Tradition des Widerstandes gegen unwillkommene Obrigkeiten, schwelte hier ein Brand, der jahrelang stärkere deutsche Kräfte fesselte. Allerdings war die Partisanenbewe-



Bekanntmachung!

Trotz wiederholter ernster Warnungen versucht seit einiger Zeit eine Gruppe tschechischer Intellektueller in Zusammenarbeit mit Emigrantenkreisen im Ausland durch kleine oder größere Widerstandsakte die Ruhe und Ordnung im Protektorat Böhmen und Mähren zu stören. Es konnte dabei festgestellt werden, daß sich Rädelsführer dieser Widerstandsakte besonders auch in den tschechischen Hochschulen befinden.
Da sich am 28. Oktober und am 15. November diese Elemente hinreißen ließen, gegen einzelne Deutsche tätlich vorzugehen, wurden

die tschechischen Hochschulen

auf die Dauer von drei Jahren geschlossen,

neun Täter erschossen

und

eine größere Anzahl Beteiligter in Haft genommen.

Prag, den 17. November 1939.

Vyhláška!

Ačkoliv bylo opětovně vážně varováno, pokouší se od nějaké doby skupina českých intelektuálů ve spolupráci s emigrantskými kruhy v cizině, menšími nebo většími akcemi odporu rušiti klid a pořádek v Protektorátu Böhmen und Mähren. Při tom bylo zjištěno, že původci těchto aktů odporu jsou zvláště také na českých vysokých školách.
Ježto tyto živly daly se ve dnech 28. října a 15. listopadu strhnouti k násilným činům proti jednotlivým Němcům,

byly české vysoké školy na dobu tří roků uzavřeny,

devět pachatelů bylo zastřeleno

a větší počet účastníků vzat do vazby.

V Praze, dne 17. listopadu 1939.

Der Reichsprotektor in Böhmen und Mähren
gez. Freiherr von Neurath

Faksimile: Bekanntmachung ČSR 1939

gung hier nicht einheitlich, es kam zu Kämpfen zwischen Kommunisten unter Tito und Antikommunisten. Außerdem stellte sich ein Teil der Kroaten den Deutschen zum Kampf gegen die serbischen Nachbarn zur Verfügung.
Auch im besetzten Westen gab es diesen Gegensatz zwischen Kommunisten und Antikommunisten in den Widerstandsbewegungen. Die von den Exilregierungen gelenkten, national orientierten Gruppen standen im Kontakt mit den alliierten Geheimdiensten, deren Hauptinteresse die Gewinnung von Informationen und der Aufbau von Sabotage- und Störtrupps für die Zeit eigenen militärischen Vorgehens war. Jede überstürzte Aktion mußte nicht nur zu harten Repressalien führen, sie gefährdete auch das sorgfältig gesponnene Oppositionsnetz. Die kommunistischen Gruppen dagegen drängten zu rascher Tat, nicht zuletzt in der Hoffnung, bei der Befreiung Schlüsselpositionen gewinnen zu können. Der größte Teil der Widerständler sparte sich allerdings für die entscheidende Phase auf und kämpfte dann zum Teil recht erfolgreich. Vor der Invasion waren einzelne Streiks und Industriesabotage wirksamer als militante Aktionen.

In Deutschland waren Fremdarbeiter und Kriegsgefangene aus Ost und West zur Durchführung kämpferischer Unternehmungen nicht in der Lage, wohl aber zu Sabotage und Obstruktion, häufig im Zusammenwirken mit deutschen, vor allem kommunistischen Arbeitskollegen und mit KZ-Häftlingen. So opfervoll ihr Kampf auch war, die steigenden Produktionszahlen zeigen, daß Sabotageaktionen auf diesem Gebiet kaum ins Gewicht fielen.

Nach intensiver Luftvorbereitung setzten am 10. Juli 1943 die Alliierten nach Sizilien über. In hinhaltender Verteidigung gelang es, die Masse der deutschen Truppen auf das italienische Festland zurückzuführen. Innerhalb von sechs Wochen war Sizilien verlorengegangen (17. August). Die deutsche Propaganda aber machte auch daraus einen Abwehrsieg.
In Italien hatte sich unterdes die politische Lage grundlegend geändert. In einer Sitzung des Faschistischen Großrates am 25. Juli 1943 wurde Mussolini gestürzt und nach einem Besuch beim König verhaftet. Die neue Regierung Badoglio löste die Partei auf und nahm sofort Fühlung mit den Alliierten, erklärte aber Deutschland gegenüber, daß sie zur Fortsetzung des Krieges bereit sei. Erst nach der Landung der Alliierten auf dem italienischen Festland wurde am 8. September der bereits vor Tagen ausgehandelte Waffenstillstand verkündet. Die schwachen deutschen Kräfte konnten die kriegsmüden italienischen Truppen ohne nennenswerten Widerstand entwaffnen. Die Nachschublinien zur Front aber waren stets gefährdet, da Partisanenverbände sie in steigender Intensität angriffen. Mussolini, auf dem unzugänglichen Gran Sasso gefangengehalten, durch ein Luftlandeunternehmen befreit und nach Deutschland übergeführt, gründete in Norditalien am 18. September 1943 eine »Faschistische Republik Italien«, deren eigentlicher Herrscher aber nicht der »Duce«, sondern der »Höchste SS- und Polizeiführer« der Deutschen war. In dieser wirren Lage erklärte die Badoglio-Regierung an Deutschland den Krieg (13. Oktober 1943). Auf beiden Seiten der Front wurden allerdings italienische Soldaten nur zögernd eingesetzt.
Die Landung in Italien wurde vom alliierten Oberkommandierenden, Eisenhower, mit äußerster Vorsicht betrieben. Ziel der ersten Landung an der Meerenge von Messina (3. September) war es, die in Kalabrien stehenden Truppen zu fesseln und sie durch weitere Landungen bei Taranto und Salerno (8./9. September) in die Zange zu nehmen. Es gelang ihnen aber, sich aus der Schlinge zu ziehen, doch erst beiderseits der Abruzzen konnte eine Front errichtet werden, die dann allerdings fast sieben Monate lang hart umkämpft war. Eine amerikanische Landung bei Anzio und Nettuno (22. Januar 1944) konnte zwar eingedämmt werden, bildete aber eine ständige Gefahr.

Während die Westmächte systematisch ihr nächstes Unternehmen vorbereiteten, ihre bisherigen Landungserfahrungen auswerteten und die Landungsflotte verstärkten – sehr zum Kummer von Stalin, der verzweifelt die »zweite Front« forderte –, glaubte Hitler noch immer, die Entscheidung des Krieges im Osten herbeiführen zu können. Er meinte, die Abschnürung des sowjetischen Frontbogens bei Kursk werde *für die Welt wie ein Fanal wirken.* Zweck dieses Angriffs sollte *neben der Zerschlagung von feindlichen Verbänden . . . und einer Frontverkürzung* die Gewinnung von Gefangenen und zivilen Arbeitskräften *zum kriegswichtigen Arbeitseinsatz* sein.[95] Als die deutschen Stoßarmeen – ihre Stärke war nur durch Entblößung aller anderen Frontabschnitte möglich – am 5. Juli zum Angriff antraten, stießen sie auf erbitterte Abwehr. Fünf Tage darauf begann die sowjetische Offensive gegen Orel und Charkow. Schleunigst mußten die Angriffsverbände von Kursk zurückgezogen werden. Dieser Angriff stellte den letzten deutschen Versuch dar, im Osten die stra-

Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

Berlin, den 20. September 1943.

8 J 190/43 g

Haft!

Geheim!

Anklageschrift

Bl. 6,7 Den katholischen Geistlichen Dr. Max Josef Metzger aus Berlin N 65, Wildenowstraße 8, geboren am 3. Febzuar 1887 in Schopfheim (Baden),
angeblich nicht bestraft,

Bl. 1/R, 6, 11 am 29. Juni 1943 vorläufig festgenommen und seit=dem in polizeilicher Haft, zur Zeit im Strafge=fängnis Plötzensee in Berlin,
bisher ohne Verteidiger,

klage ich an,

während der ersten Hälfte des Jahres 1943 in Berlin durch eine schriftliche Erklärung, in der er für den Fall der von ihm erwarteten Niederlage Deutschlands die Bildung eines unter dem Einfluß der Feindmächte stehenden demokratischen deutschen Staatenbundes vor=schlug, zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unter-nehmens zu feindlichen Regierungsstellen in Beziehun=gen getreten zu sein und dadurch zugleich den Feind des Reiches begünstigt zu haben,
Verbrechen nach § 80 Abs. 2, § 82 Abs. 2, §§ 91b, 73 StGB.

tegische Offensive zu ergreifen. Alle späteren Abwehrerfolge waren das Ergebnis improvisierter Gegenstöße örtlichen Charakters.

Unter dem Eindruck der fortgesetzten Schläge an der immer mehr zurückgedrängten Ostfront, der drohenden Gefahr im Westen richteten sich deutsche Hoffnungen auf Friedensverhandlungen mit der einen oder der anderen Seite. Himmler duldete, daß sein Abwehrchef Schellenberg Fühler zu den Westmächten aufnahm. Ein Vertrauter Ribbentrops verhandelte in Schweden mit Sowjetdiplomaten. Goebbels fragte Hitler, *ob er eventuell bereit wäre, mit Churchill zu verhandeln, oder ob er das grundsätzlich ablehne. Der Führer gibt mir darauf zur Antwort: Grundsätze gibt es in der Politik in Persönlichkeitsfragen überhaupt nicht, allerdings glaubt er, daß ein Verhandeln mit Churchill zu keinem Ergebnis führen würde, da er zu tief in gegenteiligen Anschauungen verstrickt sei und im übrigen auch der Haß und nicht die Vernunft sein Ratgeber sei. Mit Stalin wäre der Führer schon eher zu verhandeln bereit; aber er glaubt nicht, daß das zu einem Ergebnis führen könnte, weil das, was er im Osten verlangt, von Stalin nicht abgetreten werden kann.*[96] Auch Stalin scheint zunächst Verhandlungen nicht völlig abgeneigt gewesen zu sein. Je erfolgreicher seine Truppen waren, desto geringer wurde diese Bereitschaft. Im Herbst hatte das Reich militärisch keine Chance mehr. Vor Reichs- und Gauleitern der NSDAP bezeichnete Jodl, Chef des Wehrmachtführungsstabes, die *Gesamtlage* als *schwierig,*

und als Grund seiner Zuversicht vermochte er letztlich nur sein Vertrauen zu seinem Führer anzugeben. *Wie dieser Krieg einmal enden wird, das kann kein Mensch vorhersagen.* Dennoch bekannte Jodl *aus tiefstem Herzen, . . . daß wir siegen werden, weil wir siegen müssen, denn sonst hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.*[97]

Der im Januar 1944 bei Leningrad beginnende, dann auf die ganze Nordfront ausgedehnte Angriff zwang die Heeresgruppe Nord zum Rückzug hinter den Peipussee. In der Mitte hatten inzwischen Rotarmisten die ehemalige polnisch-russische Grenze überschritten. Die Südfront wurde zurückgedrängt. Starrsinnig verbot Hitler die Räumung des weit nach Osten ragenden Dnjeprbogens, bis auch hier der Widerstand unter wuchtigen Schlägen zusammenbrach und starke deutsche Kräfte eingeschlossen wurden. Nun endlich wurde die Südfront eilig zurückgenommen. Um die Rückzugs-»Taktik der verbrannten Erde« zu radikalisieren, drängte Himmler, daß *kein Mensch, kein Vieh, kein Zentner Getreide, keine Eisenbahnschiene zurückbleiben; daß kein Haus stehen bleibt, kein Bergwerk vorhanden ist, das nicht für Jahre gestört ist, kein Brunnen vorhanden ist, der nicht vergiftet ist. Der Gegner muß wirklich ein total verbranntes und zerstörtes Land vorfinden.*[98]
Die deutsche Kriegführung begünstigte geradezu die sowjetischen Erfolge. Hitler befahl Festhalten an Stellungen um jeden Preis, auch dann, wenn die Einkesselung größerer Verbände drohte. Jeder Rückzug mußte von ihm genehmigt sein, sinnvollen Frontverkürzungen widersetzte er sich meist. Der Haltebefehl von Moskau (S. 195 f.) war zum strategischen Rezept geworden, ebenso die Verteidigung oft unvorbereiteter »fester Plätze« durch noch intakte Divisionen, die nach ihrer Einschließung häufig binnen weniger Tage vernichtet wurden und nun zum Aufbau neuer, ohnehin dünner Abwehrlinien fehlten.

Die Stärke der Kriegführung der Westmächte lag in systematischer Vorbereitung aller Angriffshandlungen durch Bereitstellung riesiger Materialvorräte. Ihre ständig sich steigernde Luftüberlegenheit gestattete es ihnen, bereits Wochen vor einem Unternehmen planmäßig das Verkehrsnetz weit im Rücken der Front lahmzulegen und damit die Deutschen beim Ansammeln von Munition und Material und nach Beginn des Angriffs beim schnellen Heranführen von Reserven zu behindern.
Mit Erfolg wurde dieses Verfahren erstmals in großem Stil in Italien angewandt. Die Vernichtung des von deutschen Truppen nicht besetzten Klosters Monte Cassino gehört zu den traurigsten Ergebnissen dieser Taktik. Frontalangriffe beiderseits Cassino brachten bei gleichzeitigem Ausbruch aus dem Nettunolandekopf die Westfront zum Einsturz. Rom wurde kampflos aufgegeben, um diese Stadt nicht der Zerstörung anheimzugeben. Dann gelang es der durch das unzugängliche Berggelände begünstigten Verteidigung, den alliierten Vormarsch zu verlangsamen. Nach dreimonatigen harten Kämpfen brach sich der Angriff an der neuen deutschen Linie im Apennin nördlich Florenz, die im September in die Poebene zurückgedrückt wurde.

Der Krieg in Italien wurde von den Westmächten sozusagen mit der linken Hand geführt. Die Kriegsentscheidung sollte durch Errichtung einer zweiten Front an anderer Stelle gesucht werden. Vergeblich hatte Churchill versucht, die Kriegführung auf Südeuropa zu lenken und dadurch ein allzuweites Vordringen der Sowjets nach Westen zu unterbinden. Schwerwiegende militärische Erwägungen sprachen dagegen. Der Geländevorteil lag auf seiten der Verteidiger, lange Transportwege

Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

Berlin, den 20. September 1943.

8 J 190/43 g

H a f t !

G e h e i m !

Anklageschrift

Bl. 6,7 Den katholischen Geistlichen Dr. Max Josef M e t z g e r aus Berlin N 65, Wildenowstraße 8, geboren am 3. Februar 1887 in Schopfheim (Baden),

angeblich nicht bestraft,

Bl. 1/R,6,11 am 29. Juni 1943 vorläufig festgenommen und seit= dem in polizeilicher Haft, zur Zeit im Strafge= fängnis Plötzensee in Berlin,

bisher ohne Verteidiger,

klage ich an,

während der ersten Hälfte des Jahres 1943 in Berlin durch eine schriftliche Erklärung, in der er für den Fall der von ihm erwarteten Niederlage Deutschlands die Bildung eines unter dem Einfluß der Feindmächte stehenden demokratischen deutschen Staatenbundes vor= schlug, zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unter= nehmens zu feindlichen Regierungsstellen in Beziehun= gen getreten zu sein und dadurch zugleich den Feind des Reiches begünstigt zu haben,

Verbrechen nach § 80 Abs. 2, § 82 Abs.2, §§ 91b, 73 StGB.

tegische Offensive zu ergreifen. Alle späteren Abwehrerfolge waren das Ergebnis improvisierter Gegenstöße örtlichen Charakters.

Unter dem Eindruck der fortgesetzten Schläge an der immer mehr zurückgedrängten Ostfront, der drohenden Gefahr im Westen richteten sich deutsche Hoffnungen auf Friedensverhandlungen mit der einen oder der anderen Seite. Himmler duldete, daß sein Abwehrchef Schellenberg Fühler zu den Westmächten aufnahm. Ein Vertrauter Ribbentrops verhandelte in Schweden mit Sowjetdiplomaten. Goebbels fragte Hitler, *ob er eventuell bereit wäre, mit Churchill zu verhandeln, oder ob er das grundsätzlich ablehne. Der Führer gibt mir darauf zur Antwort: Grundsätze gibt es in der Politik in Persönlichkeitsfragen überhaupt nicht, allerdings glaubt er, daß ein Verhandeln mit Churchill zu keinem Ergebnis führen würde, da er zu tief in gegenteiligen Anschauungen verstrickt sei und im übrigen auch der Haß und nicht die Vernunft sein Ratgeber sei. Mit Stalin wäre der Führer schon eher zu verhandeln bereit; aber er glaubt nicht, daß das zu einem Ergebnis führen könnte, weil das, was er im Osten verlangt, von Stalin nicht abgetreten werden kann.*[96] Auch Stalin scheint zunächst Verhandlungen nicht völlig abgeneigt gewesen zu sein. Je erfolgreicher seine Truppen waren, desto geringer wurde diese Bereitschaft. Im Herbst hatte das Reich militärisch keine Chance mehr. Vor Reichs- und Gauleitern der NSDAP bezeichnete Jodl, Chef des Wehrmachtführungsstabes, die *Gesamtlage* als *schwierig,*

und als Grund seiner Zuversicht vermochte er letztlich nur sein Vertrauen zu seinem Führer anzugeben. *Wie dieser Krieg einmal enden wird, das kann kein Mensch vorhersagen.* Dennoch bekannte Jodl *aus tiefstem Herzen, . . . daß wir siegen werden, weil wir siegen müssen, denn sonst hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.*[97]

Der im Januar 1944 bei Leningrad beginnende, dann auf die ganze Nordfront ausgedehnte Angriff zwang die Heeresgruppe Nord zum Rückzug hinter den Peipussee. In der Mitte hatten inzwischen Rotarmisten die ehemalige polnisch-russische Grenze überschritten. Die Südfront wurde zurückgedrängt. Starrsinnig verbot Hitler die Räumung des weit nach Osten ragenden Dnjeprbogens, bis auch hier der Widerstand unter wuchtigen Schlägen zusammenbrach und starke deutsche Kräfte eingeschlossen wurden. Nun endlich wurde die Südfront eilig zurückgenommen. Um die Rückzugs-»Taktik der verbrannten Erde« zu radikalisieren, drängte Himmler, daß *kein Mensch, kein Vieh, kein Zentner Getreide, keine Eisenbahnschiene zurückbleiben; daß kein Haus stehen bleibt, kein Bergwerk vorhanden ist, das nicht für Jahre gestört ist, kein Brunnen vorhanden ist, der nicht vergiftet ist. Der Gegner muß wirklich ein total verbranntes und zerstörtes Land vorfinden.*[98]
Die deutsche Kriegführung begünstigte geradezu die sowjetischen Erfolge. Hitler befahl Festhalten an Stellungen um jeden Preis, auch dann, wenn die Einkesselung größerer Verbände drohte. Jeder Rückzug mußte von ihm genehmigt sein, sinnvollen Frontverkürzungen widersetzte er sich meist. Der Haltebefehl von Moskau (S. 195 f.) war zum strategischen Rezept geworden, ebenso die Verteidigung oft unvorbereiteter »fester Plätze« durch noch intakte Divisionen, die nach ihrer Einschließung häufig binnen weniger Tage vernichtet wurden und nun zum Aufbau neuer, ohnehin dünner Abwehrlinien fehlten.

Die Stärke der Kriegführung der Westmächte lag in systematischer Vorbereitung aller Angriffshandlungen durch Bereitstellung riesiger Materialvorräte. Ihre ständig sich steigernde Luftüberlegenheit gestattete es ihnen, bereits Wochen vor einem Unternehmen planmäßig das Verkehrsnetz weit im Rücken der Front lahmzulegen und damit die Deutschen beim Ansammeln von Munition und Material und nach Beginn des Angriffs beim schnellen Heranführen von Reserven zu behindern.
Mit Erfolg wurde dieses Verfahren erstmals in großem Stil in Italien angewandt. Die Vernichtung des von deutschen Truppen nicht besetzten Klosters Monte Cassino gehört zu den traurigsten Ergebnissen dieser Taktik. Frontalangriffe beiderseits Cassino brachten bei gleichzeitigem Ausbruch aus dem Nettunolandekopf die Westfront zum Einsturz. Rom wurde kampflos aufgegeben, um diese Stadt nicht der Zerstörung anheimzugeben. Dann gelang es der durch das unzugängliche Berggelände begünstigten Verteidigung, den alliierten Vormarsch zu verlangsamen. Nach dreimonatigen harten Kämpfen brach sich der Angriff an der neuen deutschen Linie im Apennin nördlich Florenz, die im September in die Poebene zurückgedrückt wurde.

Der Krieg in Italien wurde von den Westmächten sozusagen mit der linken Hand geführt. Die Kriegsentscheidung sollte durch Errichtung einer zweiten Front an anderer Stelle gesucht werden. Vergeblich hatte Churchill versucht, die Kriegführung auf Südeuropa zu lenken und dadurch ein allzuweites Vordringen der Sowjets nach Westen zu unterbinden. Schwerwiegende militärische Erwägungen sprachen dagegen. Der Geländevorteil lag auf seiten der Verteidiger, lange Transportwege

und Mangel an Flugplätzen hätten die westliche Überlegenheit stark eingeschränkt. Gegen Churchills Plan wurden außerdem politische Einwände geltend gemacht. Frankreich, seit 1940 unter deutscher Herrschaft, sollte baldmöglichst befreit werden. Militärisch bot eine Invasion in Frankreich große Vorteile. Der Weg über den Kanal war kurz. Nach geglückter Landung und Ausbruch aus dem Landekopf waren in geeignetem Gelände großräumige Truppenbewegungen möglich.
Systematisch wurden die Vorbereitungen getroffen, bald unter Eisenhowers Oberbefehl. In dem von deutschen Luftangriffen kaum noch gestörten England konnten Truppen, Material und die Landungsflotte bereitgestellt werden. Der Seetransport aus den USA wurde durch erfolgreiche U-Boot-Bekämpfung immer sicherer. Ziele der strategischen Luftwaffe wurden vornehmlich die Verkehrswege in Nordfrankreich und Westdeutschland, außerdem seit Mai die Hydrierwerke und die rumänischen Ölfelder von Ploesti, um die Treibstofflage auf dem Kontinent weiter zu verschärfen.
Bei unsicherem Wetter – weshalb die deutsche Führung gerade an diesem Tag die Landung nicht erwartete – begann am 6. Juni 1944 die von Montgomery kommandierte Invasion in der Normandie. Während der Nacht gingen Luftlandetruppen im Rücken der Küstenverteidigung nieder. Im Morgengrauen langte die Invasionsflotte vor der Küste an. An einigen Abschnitten stießen die landenden Truppen kaum auf Widerstand, an anderen erlitten sie hohe Verluste. Am Abend hatten die Briten einen Landekopf von mehr als 30 Kilometer Breite gebildet, die Amerikaner an drei kleineren Stellen Fuß gefaßt. Geschicktes Funkspiel täuschte der deutschen Führung eine bevorstehende Hauptlandung im Pas de Calais vor, so daß die dort stehende 15. Armee zunächst keine Kräfte an die bedrohte 7. Armee abgab. Auch der Einsatz von Panzerreserven wurde von Hitler verzögert. Gegen zähe Verteidigung arbeiteten sich die Alliierten vor, mit ungeheurer Materialüberlegenheit und kräftiger Luftunterstützung.
In dieser Situation schrieb der Heeresgruppen-Oberbefehlshaber Rommel am 15. Juli an Hitler. Mit schonungsloser Offenheit schilderte er die Lage: Munitionsmangel, kaum passierbare Nachschubwege usw. *Unter diesen Umständen muß damit gerechnet werden, daß es dem Feind in absehbarer Zeit – 14 Tagen bis 3 Wochen – gelingt, die eigene dünne Front, vor allem bei der 7. Armee, zu durchbrechen und in die Weite des französischen Raumes zu stoßen. Die Folgen werden unübersehbar sein.* Und nun stellte Rommel seinem Oberbefehlshaber unmißverständlich dessen Pflicht dar: Abbrechen des verlorenen Krieges: *Die Truppe kämpft allerorts heldenmütig, jedoch der ungleiche Kampf neigt dem Ende entgegen. Ich muß Sie bitten, die Folgerungen aus dieser Lage unverzüglich zu ziehen.*[99] Zwei Tage später wurde Rommel verwundet. Seine Lagebeurteilung traf zu: Am 25. Juli traten westlich St. Lô die Amerikaner an, am 31. brachen sie bei Avranches durch und gewannen damit die Operationsfreiheit.

Rommels Forderung nach Abbruch des sinnlosen Krieges wurde nicht gehört, obwohl auch in Rußland eine Katastrophe größten Ausmaßes eingetreten war: die Zertrümmerung fast der gesamten Ostfront. Den ersten Schlag des Sommers 1944 führten die Sowjets gegen die finnische Front. Es gelang ihnen, die Finnen bis Wiborg zurückzudrücken. Die Zusage deutscher Waffenhilfe veranlaßte Marschall Mannerheim weiterzukämpfen. Als die Russen erkannten, daß die Finnen noch nicht zum Nachgeben bereit waren, brachen sie den Angriff ab.

Hier begegnet uns eine neue, letzte Form der Außenpolitik Hitlers. Bis Juni 1941 versuchte er, Bundesgenossen zu gewinnen, sein Paktsystem zu erweitern. Dann sprachen die Waffen, Außenpolitik gab es kaum noch. (Der einzig bedeutungsvolle diplomatische Akt war die Kriegserklärung an die USA.) Nun kommt eine Umkehr: Durch militärische Abwehrerfolge (feste Plätze) oder unerfüllbare Hilfeversprechen sollen die Verbündeten bei der Stange gehalten werden.
Die Heeresgruppe Mitte stand zwischen Pinsk und Witebsk in einem riesigen Bogen. Bereits im Mai 1944 hatte der Oberbefehlshaber die Zurücknahme auf eine leichter zu verteidigende Sehnenstellung gefordert. Hitler verbot jede Frontveränderung. Am Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion traten nach ungewöhnlich starker Artillerievorbereitung die Russen mit weit überlegenen Kräften gegen Witebsk zum Angriff an. Dann wurde der Schwerpunkt (Schlachtfliegermassierungen) nach Süden ausgeweitet. Obwohl die Front an vielen Stellen aufgerissen war, befahl Hitler wie üblich »Halten« um jeden Preis. Witebsk wurde zum »festen Platz« erklärt, um einem Abfall Finnlands vorzubeugen. Die Lage der Heeresgruppe wurde katastrophal, als der Stoß der Sowjets in den Rücken zweier Armeen führte. Auch hier wurde der Rückzug verboten, die wichtigsten Städte zu festen Plätzen erklärt, in denen je eine Division sich einschließen lassen mußte. Ende Juni klaffte eine Lücke von mehr als 300 Kilometer Breite, in der sich einzelne versprengte Truppenkörper zurückzukämpfen suchten. Innerhalb von zehn Tagen waren 25 Divisionen vernichtet oder eingeschlossen, die übrigen kaum noch kampffähig. Mit der Eroberung von Minsk brach am 3. Juli die Verteidigung zusammen. Nun weiteten die Sowjets ihre Offensive auch gegen die benachbarten Frontabschnitte aus, die ihre Reserven abgegeben hatten. Die Heeresgruppe Nord wurde zurückgeworfen. Am 29. Juli erreichten die Sowjets den Rigaer Meerbusen. Ende August gelang es noch einmal, eine schmale Landverbindung zur »Heeresgruppe Kurland« herzustellen. Aber auch da noch verbot Hitler den Rückzug, der das bereits bedrängte Ostpreußen hätte entlasten können. Die Offensive gegen die Heeresgruppe Nordukraine drückte die Deutschen auf den Karpatenrand und die Weichsel zurück.
In Warschau erhob sich am 1. August die polnische »Heimatarmee«. Die nichtkommunistischen Aufständischen wollten vor dem Eintreffen der Roten Armee ihre Hauptstadt befreien und damit die Grundlage für die Wiedererrichtung eines nichtkommunistischen polnischen Staates schaffen. Die russischen Truppen griffen trotz der bedrängten Lage in Warschau nicht ein, obwohl sie bereits dicht vor der Stadt standen. Hierfür waren zunächst militärische Gründe maßgebend: Nach einem Vormarsch von mehr als 500 Kilometern war die sowjetische Stoßkraft so weit verbraucht, daß es den schwachen deutschen Kräften möglich wurde, von der ostpreußischen Grenze bis zur oberen Weichsel eine neue Verteidigungslinie aufzubauen. Dann aber, als bereits die Vorstadt Praga erreicht war, wurden politische Motive sichtbar: *Die Sowjetregierung kann natürlich keinen Einspruch erheben, wenn englische oder amerikanische Flugzeuge im Raume Warschau Waffen abwerfen . . . Sie verwahrt sich jedoch ganz entschieden dagegen, daß amerikanische oder britische Flugzeuge nach dem Abwurf . . . auf Sowjetterritorium landen, da sich die Sowjetregierung weder direkt noch indirekt mit dem Warschauer Abenteuer in Beziehung zu setzen wünscht.*[100] Allein gelassen, kämpfte die Warschauer Bevölkerung nach den harten deutschen Vergeltungsmaßnahmen, bis die Kräfte erlahmten. Am 3. Oktober mußten die Reste kapitulieren. Innerhalb Polens gab es keine nichtkommunistischen Gruppen von Bedeutung mehr.

In den Tagen, als in Italien die deutschen Truppen das Vorfeld der Apenninstellung aufgeben mußten, als die Invasionsfront in Frankreich zum Zerreißen gespannt war, als eine Heeresgruppe Mitte praktisch nicht mehr existierte, als die Heeresgruppen Nord und Nordukraine von überlegenen Kräften zurückgedrängt wurden, in diesen Tagen geschah etwas in der deutschen Geschichte Einmaliges: Ein Oberst des Generalstabs, Claus Graf Schenk von Stauffenberg, suchte den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, den »Führer und Kanzler des Großdeutschen Reiches«, durch ein Bombenattentat zu töten. Die Vorgeschichte dieses Attentats zeigt, daß es sich keineswegs nur um eine Verzweiflungstat in hoffnungsloser militärischer Lage gehandelt hat. Angesichts des Aufstandsversuchs vom 20. Juli wird oft vergessen, daß auch von anderen unter Gefahren und Opfern Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft geübt, Zwangsmaßnahmen des Staates sabotiert wurden.

Gefährlich war es bereits, für Mitmenschen einzutreten. Der Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg wurde verurteilt, weil er *in Ausübung seines Berufes als Geistlicher . . . in einer Abendpredigt Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise vor mehreren Personen öffentlich zum Gegenstand einer Verkündigung gemacht, indem er für die christlichen Nichtarier, für die Juden sowie für die Häftlinge in Gefängnissen und Konzentrationslagern, insbesondere für seine Amtsbrüder, gebetet hat.*[101] Das Urteil lautete: 2 Jahre Gefängnis. Lichtenberg überlebte die Haft nicht.
Tätige Hilfe leistete ein Unternehmer in Krakau: *Wiederholt, wenn ich vom jüdischen Arbeitsamt oder der Ghetto-Polizei Nachricht erhielt, daß eine Aussiedlungsaktion im Gange sei, hielt ich die komplette Nachtschicht unter irgendeinem Vorwand in der Fabrik zurück, um diese nicht der SS-Razzia auszusetzen (2000–3000 Menschen).*[102]
Oder da war ein Oberstleutnant, der kurzerhand ein Gefängnis durch einen Zug Soldaten schützen ließ, um Mordtaten durch die Sicherheitspolizei zu verhindern. Er blieb in dieser Sache unbehelligt, aber *wenn ich dafür einmal meinen Kopf geben müßte, wäre ich für eine gute Sache gefallen.*[103] Dafür mußte er seinen Kopf nicht geben, wohl aber für seine Beteiligung beim 20. Juli.
Vielerorts schlossen sich Gleichgesinnte zusammen, um die Bevölkerung durch Gegenpropaganda aufzurütteln. Moralische Entrüstung veranlaßte eine Gruppe Münchener Studenten zum Appell an die Öffentlichkeit. Ihre Flugblätter fanden starke Beachtung, auch außerhalb Münchens: *Mit aller Brutalität muß die Kluft zwischen dem besseren Teil des Volkes und allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt, aufgerissen werden . . . Wir schweigen nicht, wir sind Euer böses Gewissen; die Weiße Rose läßt Euch keine Ruhe!*[104] 7 Mitglieder der Gruppe wurden hingerichtet, andere zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, eine Jagd nach Gesinnungsgenossen setzte an den Universitäten ein.

Die deutschen Kommunisten, durch das deutsch-sowjetische Abkommen in Verlegenheit geraten, hatten seit dem 22. Juni 1941 wieder einen klaren Kurs: den kompromißlosen Kampf gegen Hitlers Staat, der von den meist spontan gebildeten örtlichen Gruppen oft im Kontakt mit sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern ge-

führt wurde. 1942/43 gelang in Berlin, Hamburg, in Leipzig und Thüringen die Bildung großer, einheitlich geleiteter Gruppen, die auch sehr bald Verbindung zueinander fanden. Nach dem Modell des »Nationalkomitees Freies Deutschland« arbeiteten sie auch mit politisch Andersgesinnten zusammen. So sah die Leipziger Gruppe *eine wirkliche Volksfront im Entstehen. Ihre Kerntruppe ist die Arbeiterklasse.* Ihre politischen Ziele: *1. Sturz des Naziregimes, 2. Bildung einer Volksregierung, 3. Beendigung des Krieges. Anbahnung eines Friedens, der Deutschlands Freiheit und Unabhängigkeit verbürgt. 4. Bündnis mit Sowjetrußland . . . 9. Wiederherstellung der demokratischen Volksrechte.* Ihre Anweisung für die Taktik: *Arbeiter im Betrieb! Die gegebenen Kampfmittel des Augenblicks sind die passive Resistenz und die Produktionssabotage. Arbeite langsam. Schone deine Kräfte. Melde dich zur Zeit krank. Störe die Produktion, wo immer du kannst. Ein Handgriff genügt oft, um eine ganze Apparatur lahmzulegen. Ohne Stillstand der Kriegsmaschine keine Beendigung des Hitlerkrieges.*[105] Mitte 1944 wurden die Führer und zahlreiche Mitglieder dieser Gruppen verhaftet und bis Kriegsende hingerichtet oder zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Insgesamt wurden von 360 000 KPD-Mitgliedern (Ende 1932) 150 000 eingekerkert, Zehntausende ermordet.
An Versuchen, das Geschehen in Deutschland von außen her zu beeinflussen, hat es nicht gefehlt. Es ist allerdings schwer, die Wirkung der Emigrantenpropaganda abzuschätzen. Zwar wurden ihre Rundfunksendungen trotz des Verbotes viel gehört, aber ein militärisch spürbarer Zersetzungserfolg ist nicht festzustellen. Das gilt auch für die Agitation des 1943 auf sowjetische Anregung aus Kriegsgefangenen (vor allem Stalingrad-Überlebenden) und KPD-Emigranten gegründeten »Nationalkomitees Freies Deutschland«. Mehr noch: Sie stieß an der deutschen Front auf fast einhellige Ablehnung. Hieran änderte auch der schwarz-weiß-rote Rand der Flugblätter nichts. Gewicht erhielt das Komitee erst, als sich ihm die im »Bund Deutscher Offiziere« organisierten kriegsgefangenen Generale, darunter Feldmarschall Paulus, anschlossen. Für den Fall, daß es ihnen gelänge, *die deutsche militärische Führung oder das deutsche Volk zu einer Aktion gegen Hitler zu bewegen und den Krieg zu beenden, bevor er auf deutschen Boden getragen wird,* ließ ihnen die Sowjetregierung – nur mündlich – zusichern: *1. das Weiterbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1938 (d. h. mit Einschluß Österreichs), 2. das Weiterbestehen einer deutschen Wehrmacht und 3. den Verzicht auf jede Bolschewisierung Deutschlands zugunsten einer bürgerlich-demokratischen Regierung, die durch Freundschaftsverträge an den Osten gebunden sein müßte.*[106] Die Wirkung dieser Propaganda blieb gering. Dennoch glaubte die deutsche Wehrmachtführung, ihr durch die Einsetzung von »NS-Führungsoffizieren« bei der Truppe und allen Dienststellen Ende 1943 begegnen zu müssen.
Umstritten ist für viele bis heute die Gruppe Harnack-Schulze-Boysen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu dem vor allem in Westeuropa wirkenden sowjetischen Funkspionagering von der Gestapo »Rote Kapelle« genannt wurde.

Wo aber liegen die Grenzen des sittlich Gerechtfertigten? Hier war für die in konservativer Tradition erzogenen Soldaten und Beamten eine Barriere gesetzt, die nur wenige zu überschreiten vermochten. Trotz heftiger Kritik und schwerwiegender sachlicher Bedenken entschieden sich die meisten für die »Pflichterfüllung«, für die Treue zu dem geleisteten Eid. Wenn auch viele mangelnde Kenntnis, unvollständigen Überblick zur Rechtfertigung ihrer Haltung geltend machen konnten, so bleibt

Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins! Vor allem aber seid einig! Wenn Ihr geschlossen zusammensteht, seid Ihr auch heute eine Macht, vor der alle Eure Feinde zurückweichen müssen. Sammelt Euch um die tapfersten und besten, klardenkenden und revolutionären Arbeiter Eures Betriebes ohne Unterschied der früheren Parteizugehörigkeit und betrachtet sie als Eure Obleute. Schafft Euch in Euren gewerkschaftlichen Kampfgruppen die Waffe, die Eurem Widerstand volle Sicherheit und klare Führung gibt.

Die Arbeiter beendeten den ersten Weltkrieg! Sie müssen auch den Schluß des zweiten erzwingen!

Kommunistische Partei
Berlin

Illegales Flugblatt der KPD aus den letzten Kriegsjahren

doch zumindest an den Spitzenvertretern der Wehrmacht, die sich für Treue und Gehorsam entschieden, ein Makel haften. Sie haben gewußt, daß im Rücken ihrer tapfer kämpfenden Soldaten Verbrechen unerhörten Ausmaßes verübt wurden, und sie haben geschwiegen, einige sogar mitgewirkt.
Für einen Vortrag, den Himmler in Koblenz am 13. März 1940 vor der hohen Generalität über seine Aufgaben als »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« hielt, notierte sich der Reichsführer: *Exekutionen – der führenden Köpfe d. Gegenbewegung – sehr hart –, – aber notwendig – selbst dabei gewesen – keine wilden Angelegenheiten v. Unterführern – ebensowenig von mir.* Ein Teilnehmer dieser Besprechung hielt Himmlers Ausspruch fest: *Ich tue nichts, was der Führer nicht weiß.*[107] Die hohe Generalität erfuhr also amtlich, daß in Polen auf Hitlers Befehl gemordet wurde.

Unbestrittenes Haupt der militärischen Verschwörer war Generaloberst Ludwig Beck, der 1938 aus Protest gegen Hitlers Politik aus dem Amt geschieden war (S. 161). Einer der Tätigsten in der zivilen Oberschicht-Opposition war der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler. In mehreren Kreisen, die meist nur lose Verbindung miteinander hatten – der Polizeistaat erlaubte feste Organisationsbildungen nicht –, fanden sich Vertreter vieler Berufe und politischer Richtungen zusammen.
Einigendes Motiv all dieser verschiedenen Gruppen war das Ziel, in Deutschland Recht, Anstand, Moral und Sauberkeit wiederherzustellen. In einem von Goerdeler verfaßten »Aufruf an das deutsche Volk« sollte nach dem Staatsstreich Hitlers Gewaltherrschaft schonungslos angeprangert werden: *Mit tödlicher Sicherheit mußte seine wahnwitzige Verachtung aller Menschen unser Volk ins Unglück stürzen, mußte sein angemaßtes Feldherrntum unsere tapferen Söhne, Väter, Männer und Brüder ins Verderben führen, sein blutiger Terror gegen Wehrlose den deutschen Namen der Schande überantworten. Rechtlosigkeit, Vergewaltigung der Gewissen, Verbrechen und Korruption hat er in unserem Vaterlande, das von jeher stolz auf seine Rechtlichkeit und Redlichkeit war, auf den Thron gesetzt. Wahrheit und Wahrhaftigkeit, zu denen selbst das kleinste Volk seine Kinder zu erziehen für seine größte Aufgabe hält, werden bestraft und verfolgt. So droht dem öffentlichen Wirken und dem Leben des einzelnen tödliche Vergiftung.*[108]
Dieser Aufruf-Entwurf war das Ergebnis mühsamer Kompromisse. Einigkeit herrschte darüber, daß das Regime Hitlers beseitigt, so schnell wie möglich das

Kriegsende herbeigeführt werden müsse. Eine Reihe von Fragen aber konnte nie geklärt werden. Welche Zugeständnisse sollten den Kriegsgegnern gemacht werden? War eine Verbindung mit den Kommunisten wünschenswert und möglich? Ließen sich nicht Rivalitäten innerhalb des Regimes nutzen, Parteigrößen (Göring, Himmler) für die Verschwörung gewinnen? Wie sollte die künftige Staats- und Sozialordnung gestaltet werden? Dies vor allem hätte erst nach geglücktem Umsturz ausgehandelt werden müssen. Zunächst stand im Vordergrund die Frage, wie das Regime Hitlers zu beenden sei. Und auch darüber herrschte keine Einigkeit, ob durch Überredung, Absetzung, Verhaftung oder Tötung des Diktators. Kann man die Wiederherstellung des Rechts durch ein Unrecht herbeiführen? So fragten die einen. Die anderen aber sahen im Tyrannenmord die einzige noch verbleibende Möglichkeit. Leicht ist ihnen dieser Entschluß gewiß nicht geworden.
Während Goerdeler eine seine Mitverschworenen oftmals ängstigende Aktivität entwickelte, um Gesinnungsgenossen zu werben, verfügte die Wehrmacht in der »Abwehr« und im Oberkommando des Ersatzheeres über zwei Befehlszentren, die in aller Stille die militärische Umsturzplanung ausarbeiten konnten.
Die wohl richtige Auffassung, daß ein Staatsstreich nur dann im Volke Resonanz finden könne, wenn Rückschläge eingetreten waren, durch die Hitlers Nimbus erschüttert worden war, offenbart das ganze Dilemma des deutschen Widerstandes. Den Verschwörern aller Richtungen ging es um die Erhaltung ihres Vaterlandes. Dafür aber waren, wenn der Krieg ehrenvoll beendet werden sollte, Garantien der Kriegsgegner notwendig. Auf vielen Wegen wurde immer wieder versucht, an die alliierten Regierungen heranzutreten: über die Schweiz, den Vatikan (S. 181), durch das Zusammentreffen zweier Geistlicher mit dem Bischof von Chichester. Die andere Seite erkannte die Bedeutung dieser Bemühungen nicht. Als die Wende des Krieges offenbar wurde, forderte Roosevelt in Casablanca die »bedingungslose Kapitulation« (S. 212). Seither konnten die Männer des Widerstandes nicht mehr hoffen, einen Friedensschluß in ihrem Sinne aushandeln zu können. Dennoch setzte jetzt eine starke Aktivität ein. Es galt, den Staatsstreich so schnell wie möglich durchzuführen, um für Verhandlungen noch Faustpfänder zu haben. Eine Reihe von Attentatsversuchen wurde vorbereitet oder unternommen: Selbstsprengung, gemeinschaftliches Pistolenattentat, Sprengladung in Hitlers Flugzeug. Sie alle scheiterten an der starken Sicherung Hitlers oder an eigenartigen Zufällen. Als der schwerversehrte Oberst Graf Stauffenberg an entscheidende Stelle beim Befehlshaber des Ersatzheeres gelangte, konnte er die Verbindung zu den verschiedenen Widerstandsgruppen verstärken. Fast alle Fäden liefen in seiner Hand zusammen. Er wurde zum »Generalstabschef des Widerstandes«.

Inzwischen war die Lage an den Fronten katastrophal geworden. Eine Rettung Deutschlands war nicht mehr möglich. Jetzt ging es nur noch darum, den sinnlos gewordenen Krieg so schnell wie möglich zu beenden oder doch wenigstens der Welt zu zeigen, daß Hitler nicht Deutschland war. Etwa sechs Wochen vor Stauffenbergs Attentat sagte Beck zu einem Mitverschworenen: *Das Entscheidende ist nicht, was aus diesem oder jenem persönlich wird, das Entscheidende ist nicht einmal die Folge für das Volk, sondern entscheidend ist die Unerträglichkeit, daß seit Jahr und Tag im Namen des deutschen Volkes Verbrechen auf Verbrechen und Mord auf Mord gehäuft wird, und daß es sittliche Pflicht ist, mit allen verfügbaren Mitteln diesen im Namen Deutschlands geübten Verbrechen Einhalt zu tun.*[109]

Fernschreibstelle

Geheime Kommandosache

++++2097 EIN FRR GKDOS HOKW 02150 DENNERLEIN HTGK +

FRR HOKW 02150 20.7. 1545=

AN W. KDO. G G -- GKDOS --

ROEM 1.) INNERE UNRUHEN.-

EINE GEWISSENLOSE CLIQUE FRONTFREMDER PARTEIFUEHRER HAT

ES UNTER AUSNUTZUNG DIESER LAGE VERSUCHT, DER

SCHWERRINGENDEN FRONT IN DEN RUECKEN ZU FALLEN UND

DIE MACHT ZU EIGENNUETZIGEN ZWECKEN AN SICH ZU REISSEN.-

ROEM 2.) IN DIESER STUNDE HOECHSTER GEFAHR HAT DIE

REICHSREGIERUNG ZUR AUFRECHTERHALTUNG VON RECHT UND

ORDNUNG DEN MILITAERISCHEN AUSNAHMEZUSTAND VERHAENGT

Erstes Fernschreiben der Verschwörer aus der Bendlerstraße, 20. Juli

Am 1. Juli 1944 wurde Stauffenberg Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres und damit der einzige aus dem engsten Verschwörerkreis, der Zutritt zu den Lagebesprechungen Hitlers erhielt. Ihm fiel nun die Doppelaufgabe zu, sowohl das Attentat auszuführen als auch nach der Tat den Staatsstreich zu organisieren. Am 11. und 15. Juli unterließ er das Attentat, da Göring und Himmler, die gleichzeitig mit ausgeschaltet werden sollten, nicht anwesend waren. Als am 17. bekannt wurde, daß gegen Goerdeler ein Haftbefehl erlassen war, und zu befürchten war, daß die Gestapo von dem Komplott Kenntnis hätte, erhielt Stauffenberg den Auftrag, bei nächster Gelegenheit unter allen Umständen zu sprengen.

Am 20. Juli war es soweit. Zwei Zufälle – Stauffenberg wurde beim Schärfen der Sprengladung gestört, im Gedränge des Besprechungsraums konnte er die Ladung nicht am günstigsten Platz abstellen – bewahrten Hitler vor dem Tod. Unklarheit in der Nachrichtenübermittlung verzögerte die Auslösung des Staatsstreiches, bis Stauffenberg in Berlin eintraf. Nun aber war es dem Führerhauptquartier bereits wieder möglich, Gegenbefehle zu geben. Das Wachbataillon, dem die entscheidende Aufgabe der Besetzung des Regierungsviertels zugedacht war, wurde durch ein von Goebbels vermitteltes Telefongespräch des Kommandeurs mit Hitler umgedreht. In der Bendlerstraße, dem Sitz des Ersatzheerkommandos, verhafteten nationalsozialistisch gesinnte Offiziere die Verschwörer. Der Befehlshaber, Generaloberst Fromm, der zeitweilig festgesetzt war, ließ sofort Stauffenberg und drei weitere Offiziere erschießen, wahrscheinlich, um die Mitwisser seines Schwankens zu beseitigen. Das bewahrte ihn nicht vor späterer Hinrichtung. Bis zum Abend war der Aufstand in Berlin niedergeschlagen. Lediglich in Paris glückte der Umsturz: Die Gestapo- und Parteistellen wurden besetzt, ihre Führer verhaftet. Der Oberbefehlshaber West,

v. Kluge, aber hob die Maßnahmen wieder auf, als er erfuhr, daß Hitler noch lebte. Auch das rettete ihn nicht vor dem Tode. Noch am 20. Juli wurde Himmler Befehlshaber des Ersatzheeres.
Diejenigen, die aus Überzeugung am Staatsstreichversuch mitgewirkt hatten, waren auch nach seinem Scheitern von der Richtigkeit ihres Tuns durchdrungen. General v. Tresckow, einer der Mitplaner: *Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.*[110]
Hitlers Strafgericht war furchtbar: Etwa 200 unmittelbar beteiligte Offiziere und zivile Verschwörer wurden hingerichtet, ermordet oder setzten ihrem Leben selbst ein Ende. Die Zahl der Verhafteten ging in die Tausende. Sogar über Frauen und Kinder verhängte Hitler Sippenhaft.
Wir wissen nicht, was einem gelungenen Staatsstreich gefolgt wäre, ob Deutschland als Ganzes erhalten geblieben, ob es zum Bürgerkrieg gekommen wäre. Eine Tatsache aber ist nicht zu übersehen: In den neun Monaten nach dem 20. Juli kamen in Deutschland mehr Menschen um, wurden mehr Gebäude und Kulturgüter zerstört als in den 58 Kriegsmonaten zuvor! Diese Opfer zu vermeiden, hätte allein schon den Umsturzversuch gerechtfertigt. Die Erhebung des 20. Juli scheiterte. Obwohl die Verschwörer sich über die Ungewißheit des Ausgangs im klaren waren, schritten sie zur Tat, aufgewühlt von Empörung über Unrecht und Verbrechen. Ihr Opfer bewies der Welt, daß trotz Hitler und Nationalsozialismus der Sinn für Recht und Sittlichkeit auch in Deutschland nicht untergegangen war.

Vernichtungsschläge

Unter dem Druck der Niederlagen an allen Fronten lösten sich fast alle Verbündeten vom Reich, in dessen Untergang sie nicht hineingerissen werden wollten:
- Finnland stellte am 4. September den hoffnungslosen Kampf ein.
- Ungarn, längst kriegsmüde, konnte zum Weiterkämpfen gezwungen werden nur durch deutsche Besetzung des Landes im März 1944. Praktisch übte seither der »Deutsche Bevollmächtigte« die Macht aus. Als Staatschef v. Horthy im Oktober sein Waffenstillstands-Ersuchen bekanntgab, setzten die Deutschen ihn ab und eine radikal-faschistische »Pfeilkreuzler«-Regierung ein. Im Dezember bildete sich unter Sowjet-Einfluß eine Gegenregierung.
- Rumänien, von einer sowjetischen Offensive überrollt, erklärte im August Deutschland den Krieg.
- Bulgarien, im Kriegszustand nur mit den Westmächten, aber nun die Rote Armee vor den Toren, beantwortete die sowjetische Kriegserklärung im September mit seiner Kriegserklärung an Deutschland.
- In der Slowakei erhoben sich Partisanen und große Teile der Armee (August bis Oktober). Der verfrüht ausgebrochene Aufstand, dem die in den Karpaten abgewehrte Sowjetarmee nicht mehr zu Hilfe kommen konnte, wurde blutig niedergeschlagen.

Fast ungehindert rückten die Sowjets donauaufwärts vor. Am Weihnachtsabend war Budapest eingeschlossen. Bei den Versuchen, die Stadt zu entsetzen und das (letzte) ungarische Erdölfeld zu halten, wurde die Masse der schnellen Verbände des Ostheeres verheizt. Mühsam kämpften sich die deutschen Truppen aus Griechenland und Südjugoslawien durch Titos Partisanenarmeen bis Kroatien zurück. Bis auf isolierte Inselbesatzungen in der Ägäis war nun auch Südosteuropa aufgegeben. Seit Oktober drängten sowjetische Offensiven die Heeresgruppe Nord in das bald vom Reich endgültig abgetrennte Kurland zusammen, wo sie sich bis 1945 behauptete. Ihre noch starke Kampfkraft fehlte zur Verteidigung Deutschlands, dessen Boden die Rote Armee am 11. Oktober in Ostpreußen betrat.

Im Westen rollten die US-Panzer nach dem Durchbruch von Avranches unaufhaltsam durch Frankreich. Nur Reste der von Hitlers Haltebefehlen wider jede militärische Vernunft festgenagelten und infolgedessen eingeschlossenen deutschen Normandie-Armeen konnten sich aus dem Kessel von Falaise retten. In Paris erhob sich die Untergrundbewegung, aber dem Stadtkommandanten gelang es durch geschicktes Verhandeln, die Stadt kampflos und ohne die von Hitler befohlenen Verwüstungen zu übergeben. Bis Mitte September standen die Alliierten dicht vor der holländischen Grenze, zwischen Aachen und Trier schon auf deutschem Boden und – nach einer ohne nennenswerten Widerstand gelungenen Landung in Südfrankreich (15. August) – an der Burgundischen Pforte. Frankreich war bis auf ein Stück von Elsaß-Lothringen und die sich teils bis Kriegsende haltenden Kanal- und Atlantikfestungen zurückerobert.

Daran hatten auch die propagandistisch so hochgespielten »Vergeltungswaffen«, die Raketen V 1 und V 2, nichts ändern können. Von den zwischen 13. Juni und 6. September auf England abgefeuerten V-1-Geschossen erreichten nur etwa 29 Prozent ihre Ziele. Die weiter tragende, aber nur mit kleinerem Sprengsatz bestückte V 2 wurde mehr gegen Belgien als gegen England eingesetzt. Doch die Gesamtmenge an Sprengstoff der verschossenen V-Waffen erreichte nur einen Bruchteil dessen, was alliierte Bomber gleichzeitig pro Tag über Deutschland abwarfen.

Nach der Eroberung Frankreichs trat der Luftkrieg über Deutschland in sein schrecklichstes Endstadium. Fast unbehelligt von der Abwehr griffen die Bombergeschwader Tag und Nacht Industrieanlagen und Verkehrsverbindungen an, fegten Jagdflugzeuge in Tiefangriffen die Straßen in Frontnähe leer. Wenn auch die unterirdischen Produktionsstätten unzerstört blieben, so wurde es doch immer schwieriger, sie mit Rohstoffen zu versorgen und ihre Fertigprodukte zur Front zu bringen. Für die Bevölkerung wirkte sich am furchtbarsten die Bombardierung der Wohnbezirke aus. Stadt nach Stadt sank in Schutt und Asche. Die Verluste der Zivilbevölkerung wuchsen. Höhepunkt dieser unmenschlichen Form der Kriegführung war die Angriffsserie auf das von Flüchtlingen überfüllte, unverteidigte Dresden. Die Innenstadt mit ihren Kulturdenkmälern war eine einzige Trümmerwüste. Die Zahl der Opfer erscheint noch immer ungeklärt. Die Polizei meldete damals 202 040 Tote, die Dresdner Behörden nennen heute 35 000. Ein Zeuge berichtete: *Nie habe ich geglaubt, daß der Tod in so verschiedener Form an den Menschen herantreten kann . . .: Verbrannte, Verkohlte, Zerstückelte, Teile von ihnen, als unkenntliche Masse, scheinbar friedlich schlafend, schmerzverzerrt, völlig verkrampft, gekleidet, nackt, in Lumpen gehüllt und als ein kümmerliches Häufchen Asche, darunter Reste verkohlter Knochen.*[111] So sah der Tod überall dort aus, wo Städte in Flächenangriffen und Feuerstürmen starben.

Nach einhelligem Ergebnis moderner Forschung wirkten die Terrorangriffe weder kriegsentscheidend noch -verkürzend. Die gequälten, übermüdeten, entkräfteten Menschen wurden verbittert, aber sie arbeiteten verbissen weiter. Die Rüstungsproduktion erreichte ihren höchsten Ausstoß Mitte 1944. Der strategische Luftkrieg war eine strategische Fehlplanung. Alle Kritik aber sollte weder die Anfänge vergessen (Warschau, Rotterdam) noch die Tatsache, daß dem NS-Terror in Europa ein Vielfaches der rund 500 000 deutschen Luftkriegstoten zum Opfer fiel.
Im Spätherbst festigte sich die Westfront wieder halbwegs etwa entlang der Reichsgrenze. Nachschubmangel bremste den alliierten Vormarsch. Eine Luftlande-Operation, die den Rhein in Holland überwinden und den Durchbruch nach Norddeutschland erzwingen sollte, mißlang bei Arnheim. Mit seinen letzten Reserven wollte Hitler das Schicksal wenden. An der Stelle, von der aus der deutsche Siegeszug 1940 begonnen hatte, traten am 16. Dezember drei Armeen zur Ardennenoffensive an. Sie sollten in schnellem Stoß die Küste erreichen, Briten und Amerikaner trennen und nacheinander schlagen. Überraschend brachen sie in nur schwach besetzte amerikanische Stellungen ein, doch 15 Kilometer vor Dinant erlahmte die Angriffskraft. Wieder aufklarendes Winterwetter ermöglichte den Einsatz der alliierten Luftwaffe. Mitte Januar waren die ausgebrannten Divisionen fast auf ihre Ausgangslinien zurückgeworfen. Hitlers letztes Vabanquespiel war verloren.

So klar sich die Alliierten über ihren nahen militärischen Sieg waren, so unklar blieb die politische Beendigung des Krieges. Was hatte mit Deutschland zu geschehen? Wie sollte Europa künftig aussehen? In der Konferenz von Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) einigten sich Roosevelt, Churchill und Stalin grundsätzlich über die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen. Strittigster Punkt der interalliierten Kriegskonferenzen war die Gestaltung Polens. Die polnische Exilregierung lehnte die sowjetische Forderung ab, die 1920 der UdSSR entrissenen und 1939 durch den Hitler-Stalin-Pakt verlorenen Gebiete endgültig abzutreten. Die polnisch-sowjetische Spannung verschärfte sich, als die Deutschen bei Katyn im April 1943 Massengräber mit den Leichen von 4250 polnischen Offizieren entdeckten, die – nach dem Urteil neutraler Sachverständiger – zweifelsfrei im Mai 1941, also vor dem deutschen Einmarsch, von den Sowjets erschossen worden waren. Aus diesem Fund schlug die deutsche Propaganda politisches Kapital, wobei sie natürlich verschwieg, daß die SS millionenfach mordete.
Die polnische Exilregierung brach die Beziehungen zu Moskau ab. Stalin brachte nun eine Gruppe polnischer Kommunisten ins Spiel, die im Juli 1944 mit dem »Lubliner Komitee« eine Gegenregierung gründeten. Die Westmächte erkannten dieses Komitee nicht als legitime Vertretung Polens an und suchten, den Einfluß nichtkommunistischer Kräfte auf das zukünftige Polen zu sichern. Auf der Jalta-Konferenz (4. bis 11. Februar 1945) mußten sich Roosevelt und Churchill angesichts der sowjetischen Kriegserfolge mit den von Stalin geschaffenen vollendeten Tatsachen abfinden. Sie erreichten nur, daß auch Mitglieder des Londoner Exilkabinetts in eine neue Regierung aufzunehmen wären. Im Prinzip stimmten sie zu, daß Polen für die Rückgabe seiner Ostgebiete durch deutsches Land zu entschädigen sei, wollten sich aber auf die genaue Grenzziehung noch nicht festlegen, wie aus dem Jalta-Schlußkommuniqué der drei Regierungschefs hervorgeht: *Sie anerkennen, daß Polen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß. Sie sind der Meinung, daß die Ansicht der neuen Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit über*

den Umfang dieses Zuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens danach bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.[112] Einigkeit herrschte bereits seit Teheran über die Abtretung von Nord-Ostpreußen an die Sowjetunion.
Die Jalta-Formel zeigt, daß die Westmächte in der deutschen Frage vorsichtiger geworden waren als noch vor vier Monaten. Damals hatten bei einer Zusammenkunft in Quebec Roosevelt und Churchill dem Plan des amerikanischen Staatssekretärs Morgenthau zugestimmt, der neben völliger Entmilitarisierung Deutschlands und einer Reihe diskriminierender Maßnahmen die Aufteilung Deutschlands in 18 Länder, Gebietsabtretungen im Osten, Abtretung des Saargebiets an Frankreich und die völlige Demontage des Ruhrgebiets vorsah. Schon wenige Tage darauf hatte Roosevelt seine Unterschrift zurückgezogen, da ihm der Widersinn dieses Plans – Agrarisierung bei gleichzeitiger Beschneidung der landwirtschaftlichen Nutzfläche – klargeworden war. Aus einer bewußt herbeigeführten Proletarisierung der europäischen Mitte aber hätte nie ein dauerhafter Frieden erwachsen können.
Das aber war gerade das Ziel der Rooseveltschen Politik. Auf seine Initiative wurde in einer Reihe von Konferenzen der Grund für internationale Wohlfahrts-, Wirtschafts- und Sicherheitsinstitutionen gelegt: 1943 wurde in Washington die UNRRA, die Unterstützungsorganisation für Flüchtlinge, gegründet. In Bretton Woods entstand im Juli 1944 das Statut für den internationalen Währungsfonds. In der Konferenz von Dumbarton Oaks wurde von August bis Oktober 1944 der Grund für die Vereinten Nationen gelegt, deren Gründungskonferenz im April 1945 in San Francisco begann. 50 Nationen, die fast ausnahmslos am Krieg gegen die Achsenmächte teilgenommen hatten, unterzeichneten am 26. Juli die Gründungsurkunde. Die von den Gedanken der Atlantikcharta ausgehende Satzung verpflichtete alle Mitglieder, sich den Entscheidungen der übernationalen Behörden der UNO zu unterwerfen und einander im Falle von Konflikten Beistand zu leisten.

Kampf um das Reich

Seit Mitte 1944 setzte schrittweise, in einzelnen Industriezweigen sehr unterschiedlich, ein Produktionsrückgang ein. Im Mai konnte erstmals der Bedarf an Flugbenzin nicht mehr gedeckt werden. Im September erhielt die Treibstoffindustrie verheerende Schläge. Gleichzeitig gingen wichtige Rohstoffbasen (lothringisches Eisenerz, albanische Chromlager) und auch Produktionsstätten verloren. Die systematische Zerstörung des Verkehrsnetzes durch alliierte Luftangriffe seit November 1944 schuf eine künstliche Kohlenknappheit, die alle Industriezweige, besonders die Stahlerzeugung, lähmte. Weiterhin zeigte sich jetzt, daß das Arbeitskräfteproblem in der Industrie nicht sinnvoll gelöst, die weibliche Arbeitskraft nicht nutzbringend eingesetzt war (S. 211). Rund 1,5 Mill. Lehrlinge waren der Industrie bereits durch Einberufung entzogen worden, nun mußten Rüstungsarbeiter die Verluste an der Front ausgleichen.
Die seit Sommer 1944 aufgestellten »Volksgrenadierdivisionen« hatten trotz verkürzter Ausbildungszeit noch einen gewissen Kampfwert. Anders stand es mit dem »Volkssturm«. Bisher vom Wehrdienst freigestellte Facharbeiter waren der wertvoll-

ste Teil dieser Truppe. Neben ihnen standen Militäruntaugliche, Greise und schließlich auch Kinder als letztes Aufgebot. Schwere Waffen waren so gut wie nicht vorhanden. Raketenwaffen von geringer Reichweite, Panzerfaust und Panzerschreck, mußten die Artillerie ersetzen. Diese milizähnlichen Verbände wurden nicht von Soldaten geführt, sondern von Parteiführern. Als »Reichsverteidigungskommissare« hatten die Gauleiter die oberste Befehlsgewalt in ihren Bereichen. Die Aktivität war groß, militärisch aber im allgemeinen sinnlos. Sperren wurden gebaut, die umfahren oder von Panzern breitgewalzt werden konnten. Der zur Siedehitze gesteigerten Endsiegpropaganda folgten Verbote, die Bevölkerung frontnaher Gebiete rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Der Einsatz der Männer zu Schanzarbeiten und örtlichen Verteidigungsaufgaben bewirkte, daß im Augenblick der Flucht Frauen und Kinder, besonders der Landbevölkerung Ostdeutschlands, auf sich selbst gestellt und auf die Hilfe von Kriegsgefangenen angewiesen waren.

Während noch im Westen die Ardennenschlacht tobte, brach an der Weichsel der Sturm los. Am 12. Januar begann der Stoß auf Schlesien, am 23. wurde der erste Brückenkopf über die Oder gebildet, bis zum 11. Februar war das oberschlesische Industriegebiet erobert. Am 13. Januar begann von Osten her der Angriff auf Königsberg, das am 31. eingeschlossen wurde. Ebenfalls am 13. begann der Angriff auf die mittlere Oder, die schon am 18. erreicht wurde. Ein vierter Stoß setzte am 15. ein. Weichselabwärts erreichte er am 26. das Frische Haff und schnitt damit Ostpreußen vom Reich ab. Am 8. Februar traten die Sowjets zum Angriff auf die Neiße an, die in wenigen Tagen erreicht wurde. Anfang März wurde auch Pommern von den Sowjets erobert. Innerhalb von zehn Wochen hatte die Rote Armee Ostdeutschland, bis auf wenige Verteidigungsinseln und einen Grenzstreifen im Sudetengebirge, erobert.

Für die Bevölkerung Ostdeutschlands bedeutete dies die Katastrophe. *Da der Fluchtbefehl . . . viel zu spät gegeben war, sind wir dicht vor den Russen Tag und Nacht marschiert, das Trommeln der Artillerie in den Ohren und den von brennenden Dörfern blutroten Himmel vor Augen. Es war bitterkalt, unsere mitgenommenen Lebensmittel waren bald gefroren, und nun kam noch der Hunger hinzu. Überall waren die Ortschaften und Häuser geräumt und geplündert. Die Windeln meiner Kleinsten konnte ich nirgends waschen, nirgends trocknen, keine Milch war für sie aufzutreiben, etwas Schnee mußte zunächst den Durst löschen.* Ein Teil der Ostpreußen konnte über das Frische Haff entkommen: *Die Eisdecke war noch nicht so stark, daß sie die ganze Last tragen konnte. Da waren denn die ersten Trecks eingebrochen und ertrunken. Man sah die eingebrochenen Wagen noch aus dem Eis ausragen. . . . Als wir noch eine Stunde gefahren waren, wurden wir von Fliegern angegriffen; ein furchtbares Drama spielte sich ab. Die Bomben schlugen Löcher, und ganze Reihen von Wagen gingen unter.* Viele Flüchtlinge wurden von den Russen eingeholt. Die erste Begegnung mit Soldaten der Roten Armee hat auf die Betroffenen einen tiefen Eindruck gemacht. *Auf einmal hört die Schießerei auf; schon rollen Panzer an, und von allen Seiten kommen russische Soldaten in Schneehemden. . . . Die Panzer rasten durch die Wagenreihen. Wagen wurden in die Gräben geschleudert, die Pferdeleiber lagen verendet im Graben, Männer, Frauen und Kinder kämpften mit dem Tode, Verwundete schrien um Hilfe.*[113]

Zu Schiff, über vereiste Landstraßen oder mit der Bahn konnte der größte Teil der Deutschen den Sowjets entkommen. Von 11,9 Millionen Ostdeutschen blieben 4,4



jenseits von Oder und Neiße. Bereits im Februar 1945, also noch während der Konferenz von Jalta, begannen die Polen in den »wiedergewonnenen Westgebieten« eine eigene Verwaltung aufzubauen.

In Deutschland löste die sowjetische Winteroffensive weitere Verzweiflungsmaßnahmen aus. Es genügte nicht mehr, »Landesverräter«, d. h. Offiziere, die in aussichtsloser Lage Rückzugsbefehle erteilten, Menschen, die Zweifel am »Endsieg« äußerten, zu bestrafen. Auch gegen deren Familien wurde Sippenhaft verhängt. Fliegende Standgerichte sollten an Ort und Stelle tätig werden. Soldaten, die ohne nachweisbaren Grund hinter der Front angetroffen wurden, wurden gehenkt. Auch Frauen und Mädchen sollten nun im »Volkssturm« dienen. Der Wahnsinn erreichte seinen Höhepunkt mit dem Befehl Hitlers: *Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.*[114] Gegen diesen »Nerobefehl« protestierte Rüstungsminister Speer, der am Abend zuvor Hitlers Einstellung erfahren hatte: *Wenn der Krieg verlorengeht, wird auch das Volk verloren sein. Dieses Schicksal ist unabwendbar. Es sei nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil sei es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrigbleibe, seien ohnehin nur die Minderwertigen; denn die Guten seien gefallen!*[115]
Es gelang Speer, den mit der Zerstörung beauftragten Gauleitern die Sprengmittel zu entziehen, dann durch Führerbefehl die Zerstörungsbefugnis an sich zu ziehen. Andere hohe Führer reagierten anders. Himmler ordnete an: *Aus einem Haus, aus dem eine weiße Fahne erscheint, sind alle männlichen Personen zu erschießen.*[116] Und für Bormann galt *nur noch eine Parole: Siegen oder fallen!*[117] Sein in Ausnutzung jugendlicher Gutgläubigkeit erlassener Aufruf zur Partisanenorganisation »Wer-

wolf« wurde zwar kaum noch befolgt, führte aber dazu, daß die in Deutschland einrückenden Truppen der Bevölkerung mit größtem Mißtrauen begegneten und aus Furcht vor hinterhältigen Anschlägen zu Brutalitäten auch gegenüber Wehrlosen sich gezwungen glaubten.

Entgegen Durchhalte- und Endsieg-Parolen regte sich überall der Wunsch, endlich Schluß zu machen. Eine Untergrundgruppe klebte an Berlins Ruinen Zettel: *Schreibt überall euer Nein an! Bildet Widerstandszellen in Kasernen, Betrieben, Schutzräumen! Werft die Bilder von Hitler und seinen Komplicen auf die Straße! Organisiert den bewaffneten Widerstand!* [118] Im KZ Buchenwald verweigerten bei Annäherung der Alliierten die Häftlinge den Gehorsam, verhinderten damit Abtransport und Liquidierung und vertrieben ihre Wächter. In München und Umgebung besetzte eine vor allem aus Ersatztruppen bestehende »Freiheitsaktion Bayern« wichtige Objekte, um deren Verteidigung oder Zerstörung zu verhindern – ein Beitrag *zur Selbstbefreiung und damit zur echten »Entnazifizierung«*.[119] Doch die wenigsten waren noch zum Risiko solcher Aktivität fähig. Die meisten ließen, ausgepumpt und benommen, das Ende über sich ergehen. Wo nicht Fanatiker noch »letzte Gefechte« lieferten, empfingen immer mehr weiße Fahnen die einrollenden Sieger, besorgten sich Soldaten Zivilkluft, verschwanden Parteiabzeichen von Rockaufschlägen, flohen NS-Hoheitsträger in hochbepackten Wagen.

Unter dem Eindruck des nahen Endes und nach jahrelanger Überforderung der Menschen zerfiel im Frühjahr 1945 nach und nach die bestehende Ordnung. Als die Westalliierten Mitte März nach harten Kämpfen an vielen Stellen den Rhein überschritten und den Trümmerhaufen des Ruhrgebietes eingekesselt hatten, konnten sie sich gegen meist nur kurzen örtlichen Widerstand zügig in alle Richtungen ausbreiten. Mitte April hatten sie, das durch Überflutung geschützte Innerholland liegenlassend, von den Vororten Hamburgs bis Chemnitz die Elbe-Mulde-Linie erreicht. Weiter aber drang Eisenhower nicht nach Osten in die den Sowjets eingeräumte Zone ein. Dafür setzte er starke Kräfte nach Südosten an, um die als kriegsverlängerndes Widerstandszentrum gefürchtete, geheimnisumwitterte »Alpenfestung« in raschem Zugriff zu nehmen. Indes, in den Alpen gab es weder Befestigungen noch kampfkräftige Truppen, nur geflohene Stäbe von Partei, Staat und Wehrmacht.
Auf verzweifelte Abwehr dagegen stießen die Sowjets, als sie im März/April Wien eroberten und am 16. April zum Hauptangriff auf Berlin antraten. Am 25. hatten sie die Reichshauptstadt eingeschlossen; am gleichen Tage reichten sich bei Torgau amerikanische und sowjetische Soldaten die Hände. Hitler weigerte sich, den Reichskanzlei-Bunker im brennenden Berlin zu verlassen. Noch immer klammerte er sich an die Hoffnung auf ein Wunder. Der Tod Roosevelts gab ihm Auftrieb: Er erinnerte sich, wie der Tod der Zarin Elisabeth Friedrich II. von Preußen auf dem Tiefpunkt des Siebenjährigen Krieges gerettet hatte, und erwartete nun fast stündlich den Zusammenbruch der gegnerischen Koalition. Solange müsse man »bis fünf nach zwölf« aushalten. In der Gespensterwelt des Bunkers zeichnete man auf den Karten noch großräumige Zangenangriffe im Stile von 1941 ein, um die über die Oder flutenden Sowjetarmeen zu umfassen, und suchte mit oft einander widersprechenden Funksprüchen längst zerschlagene Divisionen zu Gegenoffensiven anzutreiben. Wunschdenken war auch die Hoffnung, eine eilig von der Westfront an der Elbe abgezogene, vor allem aus blutjungen Soldaten zusammengewürfelte »Armee Wenck« könne



Berlin entsetzen. Tapfer griff sie an, mußte sich aber bald, untermischt mit Verwundeten- und Flüchtlingstrecks, zu den amerikanischen Linien durchschlagen.

Während sich der Ring um die Innenstadt Berlins immer enger schloß und Tausende von erschöpften Soldaten und Zivilisten in mörderischen Straßenkämpfen fielen, tobte Hitler im Bunker gegen »Verräter«: Göring, der gefragt hatte, ob er nun die Nachfolge des nicht mehr handlungsfähigen Führers antreten solle, wurde all seiner Ämter enthoben, aus der Partei ausgestoßen und auf dem Obersalzberg verhaftet, auch Himmler traf der Bannstrahl, als bekannt wurde, daß der »treue Heinrich« über den schwedischen Rotkreuz-Delegierten Graf Bernadotte Friedenskontakte mit dem Westen gesucht hatte. Hitler ernannte Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger, ließ sich mit seiner langjährigen Geliebten trauen und beging bald darauf,

am 30. April, mit seiner Frau Selbstmord. Der vielbeschworenen Verantwortung entzog er sich durch den Tod. Sein »politisches Testament«: *Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.*[120]
Mit einer Lüge, dem fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz, hatte der Krieg begonnen. Mit einer Lüge endete er, mit dem Rundfunkaufruf von Dönitz am 2. Mai: *Unser Führer Adolf Hitler ist gefallen . . . Am Ende dieses seines Kampfes und seines unbeirrbaren, geraden Lebensweges steht sein Heldentod in der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Sein Leben war ein einziger Dienst für Deutschland. Sein Einsatz im Kampf gegen die bolschewistische Sturmflut galt darüber hinaus Europa und der gesamten Kulturwelt.*[121]

Der neuen geschäftsführenden Regierung, die Dönitz im unbesetzten Flensburg bildete, blieb nur die Kapitulation. In Italien hatte SS-Führer Wolff bereits die Waffenstreckung mit den Alliierten ausgehandelt. Die Front löste sich auf, Mussolini wurde mitsamt seiner Geliebten von Partisanen gelyncht. Dönitz nahm Verhandlungen mit den Westmächten auf. Ob er ernstlich meinte, die Verbündeten in dieser Stunde noch trennen zu können? Die Verzögerung des Waffenstillstandes ermöglichte noch Tausenden von Soldaten und Zivilisten, aus dem sowjetischen Gebiet nach Westen zu entweichen. Von der Kurlandfront konnten noch Verwundete und ein Teil der Familienväter, aus Ostpreußen noch Flüchtlinge über die Ostsee abtransportiert werden. In Böhmen, Österreich und Jugoslawien allerdings ließ die US-Armee keine Deutschen durch ihre Linien passieren.
Nachdem in Montgomerys Hauptquartier Admiral von Friedeburg die Kapitulation der deutschen Truppen in Holland, Dänemark, Norwegen und Nordwestdeutschland erklärt hatte, mußte sich die Regierung Dönitz zur bedingungslosen Gesamtkapitulation entschließen. Am 7. Mai unterzeichnete Generaloberst Jodl in Eisenhowers Hauptquartier in Reims die Urkunde, in der Nacht vom 8. zum 9. Mai Feldmarschall Keitel im sowjetischen Hauptquartier zu Berlin-Karlshorst. Am 9. Mai ruhten die Waffen. Nur in Böhmen-Mähren wehrten sich deutsche Soldaten noch bis zum 13. der vordringenden Sowjets und eines tschechischen Aufstandes.
Auch Japan streckte die Waffen nach Abwurf zweier Atombomben und Kriegseintritt der Sowjetunion. Am 2. September 1945 war der Zweite Weltkrieg beendet.

Das Deutsche Reich bestand nicht mehr. Am 23. Mai verhafteten die Briten die Mitglieder der Regierung Dönitz. Einige von ihnen, Parteifunktionäre, SS- und Polizeiführer, Generale, Industrielle und Ärzte wurden, soweit sie nicht durch Selbstmord oder Untertauchen aus der Verantwortung geflohen waren, wegen Verbrechen gegen Völkerrecht, Kriegsrecht und Menschlichkeit vor Gericht gestellt. Viele wurden verurteilt, einige hingerichtet, andere erhielten Haftstrafen, wurden aber später meist vorzeitig freigelassen.

Etwa 12 Millionen deutsche Soldaten wanderten in Gefangenschaft. Über 11 Millionen Deutsche verloren ihre Heimat. An die 8,4 Millionen Deutsche, Österreicher und Volksdeutsche fielen dem Krieg und der Vertreibung zum Opfer. In Europa und Asien kamen mehr als 24 Millionen Soldaten und 31 Millionen Zivilisten um ihr Leben.

Quellen und Literatur in Auswahl

Gesamtdokumentationen und -darstellungen

[1] *Keesing's Archiv der Gegenwart* III–XV. (Siegler) Wien, Berlin 1933–1945

[2] *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg* I–XXXXII. Nürnberg 1947–1949

[3] Johannes Hohlfeld (Hg.), Klaus Hohlfeld: *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung* IV–V: *Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933 bis 1945.* (Dokumenten-Verlag Wendler) Berlin (1953), XXXVIII + 1073 S.

[4] Herbert Michaelis, Ernst Schraepler (Hg.), Günter Scheel: *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918–1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte* IX–XIV: *Das Dritte Reich.* (Dokumenten-Verlag Wendler) Berlin (1964–1969)

[5] Walther Hofer (Hg.): *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945.* (Fischer 172) Frankfurt/Main 1957 ff., 398 S.

[6] Hans-Adolf Jacobsen, Werner Jochmann (Hg.): *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945. Arbeitsblätter für politische und soziale Bildung.* (Neue Gesellschaft) Bielefeld 1960–1966

[7] Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft.* (New York 1951, Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/Main (1955), XV + 782 S.

[8] Karl-Dietrich Bracher: *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus.* (Kiepenheuer & Witsch) Köln, Berlin 1969, 580 S.

[9] Francis L. Carsten: *Der Aufstieg des Faschismus in Europa.* 2 (Berkely 1967, 1968 Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/Main 1969, 305 S.

[10] Helga Grebing: *Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen.* 17 (1959, Olzog GS 103) München, Wien 1967, 160 S.

[11] Walther Hofer: *Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges.* In: Otto Brandt, Oskar Meyer, Leo Just (Hg.): *Handbuch der Deutschen Geschichte* IV/2. (Athenaion) Konstanz 1960, 264 S.

[12] Heinz Huber, Arthur Müller (Hg.), Waldemar Besson: *Das Dritte Reich. Seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten* I–II. (Desch) München, Wien, Basel 1964, 855 S.
a) (Desch-Taschenbuch) I–VI, 1969, 1056 S.

[13] Ernst Nolte: *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus.* 2 (1963 Piper) München 1965, 633 S.

[14] Ernst Nolte: *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen.* (dtv 4004) München 1966, 334 S.

[15] Ernst Nolte (Hg.): *Theorien über den Faschismus.* Neue Wissenschaftliche Bibliothek XXI. (Kiepenheuer & Witsch) Köln, Berlin 1967, 524 S.

[16] Ernst Nolte: *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen.* (Piper) München 1968, 480 S.

[17] Ernst Nolte: *Der Faschismus. Von Mussolini zu Hitler. Texte, Bilder, Dokumente.* Mächte und Kräfte unseres Jahrhunderts I. (Desch) München, Wien, Basel 1968, 403 S.

[18] Ernst Nolte: *Der Nationalsozialismus.* (Ullstein 2756) Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1970, 251 S.

[19] William L. Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches.* (London 1960, Kiepenheuer & Witsch) Köln, Berlin 1961, XX + 1174 S.
a) (Knaur 4–5) München, Zürich 1963, 1276 S.

[20] Thilo Vogelsang: *Die nationalsozialistische Zeit. Deutschland 1933 bis 1939.* (Ullstein DG 7) Frankfurt/Main, Berlin 1968, 179 S.
[21] Hannah Vogt: *Schuld oder Verhängnis? Zwölf Fragen an Deutschlands jüngste Vergangenheit.* Staat und Gesellschaft XI. 2 (1961 Diesterweg) Frankfurt/Main 1962, 252 S.

Herrschaft

[22] Heinz Boberach (Hg.): *Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944.* (Luchterhand) Neuwied, Berlin 1965, XXXII + 551 S.
a) (dtv 477) München 1968, 458 S.
[23] Karl-Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz: *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34.* Schriften des Instituts für politische Wissenschaft Berlin XIV. 2 (1960 Westdeutscher Verlag) Köln, Opladen 1962, XVII + 1034 S.
[24] Hildegard Brenner: *Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus.* (rde 167/8) Reinbek 1963, 288 S.
[25] Uwe Brodersen (Hg.): *Gesetze des NS-Staates.* (Gehlen-Texte 2) Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1968, 195 S.
[26] Martin Broszat: *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung.* (dtv 4009) München 1969, 473 S.
[27] Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick: *Anatomie des SS-Staates.* Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte I–II. (Walter) Olten, Freiburg i. Br. 1965, 848 S.
a) (dtv 462-3) München 1967, 693 S.
[28] Alan Bullock: *Hitler. Eine Studie über Tyrannei.* Neuausgabe (London 1951, 1953 Droste) Düsseldorf 1967, XII + 886 S.
[29] Max Domarus: *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen* I–II. (Domarus) Würzburg 1962–1963, 2319 S.
[30] Joachim C. Fest: *Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft.* (Piper) München 1963, 516 S.
a) (Ullstein 4017/8) Frankfurt/Main, Berlin 1969, 463 S.
[31] Hans-Jochen Gamm: *Der braune Kult. Das Dritte Reich und seine Ersatzreligion. Ein Beitrag zur politischen Bildung.* (Rütten & Loening) Hamburg 1962, 221 S.
[32] Oron J. Hale: *Presse in der Zwangsjacke 1933–1945.* (Princeton 1964, Droste) Düsseldorf 1965, 345 S.
[33] Helmut Heiber: *Adolf Hitler. Eine Biographie.* 3 (1960 Colloquium) Berlin 1967, 160 S.
[34] Helmut Heiber: *Joseph Goebbels.* (Colloquium) Berlin 1962, 436 S.
a) (dtv 271/2) München 1965, 393 S.
[35] Helmut Heiber (Hg.): *Reichsführer! ... Briefe an und von Himmler.* (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1968, 288 S.
a) (dtv 639) München 1970, 399 S.
[36] Reinhard Henkys: *Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht.* (Kreuz) Stuttgart, Berlin 1964, 392 S.
[37] Heinz Höhne: *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS.* (Mohn) Gütersloh 1967, 600 S.
a) (Fischer 1052-3) Frankfurt/Main, Hamburg 1969, 651 S.
[38] Eberhard Jäckel: *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft.* (Wunderlich) Tübingen 1969, 160 S.
[39] Erhard Klöss (Hg.): *Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers 1922 bis 1945.* (dtv 436) München 1967, 335 S.
[40] Eugen Kogon: *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager.* 45 (Alber, München 1946, Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/Main 1965, 420 S.

[41] Ernst Loewy: *Literatur unterm Hakenkreuz. Das Dritte Reich und seine Dichtung. Eine Dokumentation.* 2 (1966 Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/Main 1969, 365 S.
a) (Fischer 1042) Frankfurt/Main, Hamburg 1969, 315 S.
[42] Henry Picker: *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942.* Hg.: Gerhard Ritter. (Athenäum) Bonn 1951, 463 S.
a) Hg.: Percy Ernst Schramm, Andreas Hillgruber, Martin Vogt. 2 (1963 Seewald) Stuttgart 1965, 546 S.
b) Hg.: Andreas Hillgruber (dtv 524) München 1968, 286 S.
[43] Hans-Joachim Winkler: *Legenden um Hitler. Schöpfer der Autobahnen. »Kraft durch Freude« für den Arbeiter. Überwinder von Versailles. Vorkämpfer Europas gegen den Bolschewismus.* Zur Politik und Zeitgeschichte VII. Hg.: Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin. (Colloquium) Berlin 1961 ff., 79 S.

Wirtschaft und Gesellschaft

[44] Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland.* (1965 Piper) München 1968, 516 S.
[45] Dietrich Eichholtz, Wolfgang Schumann (Hg.): *Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitalismus bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges.* (VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften) Berlin (Ost) 1969, 524 S.
[46] Wolfram Fischer, Peter Czada: *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945.* 3 (1961 Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Leske) Opladen 1968, 125 S.
[47] Jürgen Kuczynski: *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart* II/1: *1933 bis 1945.* 3 (Tribüne) Berlin (Ost) 1953, 309 S.
a) Neuausgabe I/6: *Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945.* (Akademie) Berlin (Ost) 1964, 240 S.
[48] Dieter Petzina: *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan.* Schriftenreihe der VfZG XVI. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1968, 204 S.
[49] David Schoenbaum: *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches.* (Garden City N. Y. 1966, Kiepenheuer & Witsch) Köln, Berlin 1968, 389 S.

Verfolgung und Widerstand

[50] Eberhard Aleff, Ilse Kemter, Friedrich Zipfel (Hg.): *Terror und Widerstand 1933–1945.* (Colloquium) Berlin 1966, Loseblatt-Kassette mit 174 Text- und 39 Bilddokumenten, Zeittafel, Landkarten, Literaturverzeichnis
[51] Gerhart Binder: *Irrtum und Widerstand. Die deutschen Katholiken in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.* (Pfeiffer) München 1968, XVI + 455 S.
[52] John S. Conway: *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933–1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge.* (London 1968, Kaiser) München 1969, 384 S.
[53] Otto Diehn: *Der Kirchenkampf. Evangelische Kirche und Nationalsozialismus. Quellen und Anregungen für den Unterricht.* 2 (1962 Kuratorium für staatsbürgerliche Bildung) Hamburg 1970, 143 S.
[54] *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* V: *Von Januar 1933 bis Mai 1945.* Hg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim SED-ZK. (Dietz) Berlin (Ost) 1966, 665 S.
[55] Kurt R. Grossmann: *Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen.* 2 (1957 Arani) Berlin 1961, 416 S.
a) (Furche-Stundenbuch 40) Hamburg 1964, 174 S.
[56] Daniil Melnikow: *20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit.* (Moskau 1965, 2 Berlin [Ost] 1966, Wegner) Hamburg 1968, 256 S.

[57] Gerald Reitlinger: *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945.* (London 1953, 1956 Colloquium) Berlin 1961, XIX + 698 S.
a) (Kindler 57/58/59) München 1964, 459 S.

[58] Ger van Roon: *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung.* (Oldenbourg) München 1967, XI + 652 S.

[59] Hans Rothfels: *Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung.* Neuausgabe (Hinsdale/Ill. 1948, Scherpe Krefeld 1949, 1958 Fischer 198, jetzt 1012) Frankfurt/Main, Hamburg 1969, 234 S.

[60] Wolfgang Scheffler: *Judenverfolgung im Dritten Reich.* Zur Politik und Zeitgeschichte IV/V. Hg.: Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin. (1960 Colloquium) Berlin 1969, 94 S.

[61] Bodo Scheurig (Hg.): *Deutscher Widerstand 1938–1944. Fortschritt oder Reaktion?* (dtv 592) München 1969, 331 S.

[62] Walter Schmitthenner, Hans Buchheim (Hg.): *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien von Hermann Graml, Hans Mommsen, Hans-Joachim Reichhardt und Ernst Wolf.* (Kiepenheuer & Witsch) Köln, Berlin 1966, 288 S.

[63] Kurt Zentner: *Illustrierte Geschichte des Widerstandes in Deutschland und Europa 1933–1945.* (Südwest) München 1966, 608 S.

[64] Friedrich Zipfel: *Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit.* Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin XI. (Gruyter) Berlin 1965, XVI + 571 S.

Außenpolitik und Krieg

[65] *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes* C (1933–1937): englisch I–V, London, Washington 1957–1966. D (1937—1945): englisch I—XIII, London 1949—1964, deutsch I—XII (Imprimerie Nationale Baden-Baden, Keppler) Frankfurt/Main 1950–1969

[66] Willi A. Boelcke (Hg.): *Kriegspropaganda 1939–1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium.* (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1966, 794 S.
a) *»Wollt Ihr den totalen Krieg?« Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943.* (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1967, 363 S.
b) (dtv 578) München 1969, 471 S.

[67] Willi A. Boelcke (Hg.): *Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945.* (Athenaion) Frankfurt/Main 1969, IV + 495 S.

[68] Martin Broszat: *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945.* Schriftenreihe der VfZG II. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1961, 200 S.
a) Überarbeitet (Fischer 692) Frankfurt/Main 1965, 228 S.

[69] Alexander Dallin: *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik.* (London, New York 1957, Droste) Düsseldorf 1958, 727 S.

[70] Hermann Graml: *Europa zwischen den Kriegen.* (dtv 4005) München 1969, 401 S.

[71] Lothar Gruchmann: *Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik.* (dtv 4010) München 1967, 526 S.

[72] Helmut Heiber (Hg.): *Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945.* Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte X. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1962, 970 S.
a) *Lagebesprechungen im Führerhauptquartier. Protokollfragmente aus Hitlers militärischen Konferenzen 1942–1945.* (dtv 120/1) München 1963, 379 S.

[73] Walther Hofer: *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939.* Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte. 2 (1954 Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1955, 221 S.
a) 3 (Fischer 323) Frankfurt/Main, Hamburg 1960, 379 S.
b) Neuausgabe (S. Fischer) Frankfurt/Main 1961, 518 S.

[74] Walther Hubatsch (Hg.): *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht.* (Bernard & Graefe) Frankfurt/Main 1962, 330 S.
a) (dtv 278/9) München 1965, 376 S.
[75] Hans-Adolf Jacobsen: *1939–1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten.* 5 (1959 Wehr und Wissen) Darmstadt 1961, 764 S.
[76] Hans-Adolf Jacobsen: *Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten.* (Fischer 645/6) Frankfurt/Main, Hamburg 1965. 499 S.
[77] Hans-Adolf Jacobsen: *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938.* (Metzner) Frankfurt/Main, Berlin 1968, XX + 944 S.
[78] Hans-Adolf Jacobsen, Hans Dollinger (Hg.): *Der Zweite Weltkrieg in Bildern und Dokumenten* I–III. (Desch) München, Wien, Basel 1962–1963, 1449 S.
a) (Desch-Taschenbuch) I–X, 1968–1969, 1936 S.
[79] Herbert Michaelis: *Der Zweite Weltkrieg. 1939–1945.* In: Brandt (11), 1965, 393 S.
[80] Alan S. Milward: *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945.* Schriftenreihe der VfZG XII. (London 1965, Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1966, 183 S.

Anmerkungen

Die Anmerkungen nennen, soweit nötig und möglich, die Art der Quelle, ihre Originalveröffentlichung in der NS-Zeit und ihren Abdruck in dem am leichtesten zugänglichen neueren Werk (oft Taschenbuch). Aufgeführt sind (gegebenenfalls)
— Autor, Herausgeber (Hg.), vollständiger Titel und Untertitel,
— Reihe, Nummer (römische Ziffer), Zeitschrift, Jahrgang (römische Ziffer), Heft,
— benutzte (meist neueste) Auflage (arabische Zahl außer bei Erstauflage),
— in Klammern: bei Neuauflagen und Übersetzungen Ort und Jahr des ersten Erscheinens sowie der Verlag der benutzten Ausgabe,
— Ort und Jahr des Erscheinens (o. O., o. J. = ohne Angaben, Eingeklammertes = anderweitig ermittelt),
— Band (römische Ziffer), Seite (f., ff. = folgende Seite oder Seiten).
Abgekürzt zitiert sind Titel
— bei Wiederholung: Zahl in Klammern = Anmerkungsnummer mit vollem Titel,
— aus dem Literaturverzeichnis: Zahl mit L in Klammern = Bibliographie-Nummer,
— GWU: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Zeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands. Hg.: Karl Dietrich Erdmann, Felix Messerschmid. (Klett) Stuttgart I/1950 ff.,
— RGBl.: Reichsgesetzblatt,
— VfZG: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München, Hg.: Hans Rothfels, Theodor Eschenburg. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart I/1953 ff.,
— a.a.O.: das unmittelbar vorher zitierte Werk,
— ebenda: die unmittelbar vorher zitierte Stelle.
Nicht belegte statistische Angaben sind entnommen aus
— Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hg.: Statistisches Reichsamt. XXXXVII-LIX 1928—1941/42. Berlin 1928—1942,
— Statistisches Handbuch von Deutschland 1928—1944. Hg.: Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets. (Ehrenwirth) München 1949.

I: WALTER TORMIN: 1933–1934: DIE MACHTERGREIFUNG

[1] Adolf Hitler: Mein Kampf. 711.—715. (Eher) München 1942, S. 20 ff. Vgl. Werner Maser: Hitlers »Mein Kampf«. Entstehung, Aufbau, Stil, Änderungen, Quellen, Quellenwert, kommentierte Auszüge. 2 (Bechtle) München, Esslingen 1966, S. 104, 138
[2] Hitler (1), S. 126 f. Und: Ernst Deuerlein: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr. In: VfZG VII/2, April 1959, S. 177—227
[3] Hans Volz: Daten der Geschichte der NSDAP. 6 (Ploetz) Berlin, Leipzig 1937, S. 13. Und: Wolfgang Schäfer: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches. Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn III. (Norddeutsche Verlagsanstalt) Hannover, Frankfurt/Main 1956, S. 11, 15, 17. Und: Bracher, Sauer, Schulz (L 23), S. 385 Anm. 42. Und: Broszat: Staat (L 26), S. 49
[4] Fest (L 30), S. 16 f.
[5] Hitler: Mein Kampf (1), S. 272, 420 f.

[6] A.a.O., S. 147, 148 f.
[7] A.a.O., S. 61, 702 f., 751
[8] Hermann Rauschning: Gespräche mit Hitler. 4 (Europa) Zürich, New York 1940, S. 222, 223
[9] Hermann Göring: Reden und Aufsätze. Hg.: Erich Gritzbach. 3 (Eher) München 1939, S. 136
[10] Hitler Mitte 1944 zu SS-Brigadeführer Schellenberg. In: Walter Schellenberg: Memoiren. (Politik und Wirtschaft) Köln 1956, S. 99. Vgl. Picker (L 42 a), S. 171. Fest (L 30), S. 98
[11] Hitler: Mein Kampf (1), S. 99, 379
[12] A.a.O., S. 710
[13] A.a.O., S. 742
[14] A.a.O., S. 741
[15] Rauschning (8), S. 173
[16] Robert Ley: Wir alle helfen dem Führer. (Eher) München 1937, S. 150
[17] Hermann Göring: Aufbau einer Nation. Berlin 1934, S. 51
[18] Ähnliche Gesamtdeutungen des NS u.a. bei Nolte: Krise (L 16), S. 441, Schoenbaum (L 49), S. 15 ff.
[19] Edmond Vermeil: The Origin, Nature and Development of German Nationalist Ideology in the 19th and 20th Centuries. In: The Third Reich. Studies by twenty-seven leading historians of the origins and policies of National Socialism. Hg.: International Council for Philosophy and Humanistic Studies und UNESCO. (Weidenfeld & Nicolson) London 1955, S. 6 ff. Nach: Bracher: Diktatur (L 8), S. 3
[20] Shirer (L 19), S. 88, vgl. S. 111
[21] Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. (Stuttgart 1954, dtv 216/8) München 1964, S. 94
[22] Ludwig Dehio: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. (Fischer 352) Frankfurt/Main, Hamburg 1961, S. 27 f.
[23] Vgl. F. Stern in: Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin, 7.—11. Oktober 1964. Beiheft zu GWU XVI/1965, S. 69
[24] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 11
[25] Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland. Hg.: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. 4 (1965 Dietz) Berlin (Ost) 1967, S. 64
[26] Arendt (L 7), S. 661
[27] Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 365
[28] Eduard Heimann: Freiheit und Ordnung. Lehren aus dem Kriege. (Arani) Berlin 1950, S. 203
[29] Hirtenbrief von Erzbischof Gröber, Freiburg i. Br., vom 8. Mai 1945. In: Johann Neuhäusler: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand. (Katholische Kirche Bayerns) München 1946, II, S. 406
[30] Nolte: Theorien (L 15), S. 71
[31] Nolte: Krise (L 16), S. 229
[32] Nolte: Faschismus (L 13), S. 507
[33] Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Schriften des Instituts für politische Wissenschaft Berlin IV. 4 (1955 Ring) Villingen 1964. Und: Karl Dietrich Bracher: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Beiträge zur neueren Politik und Geschichte. (Scherz) Bern, München, Wien 1964, S. 139 ff. Bracher, Sauer, Schulz (L 23), S. 1 ff. Bracher: Diktatur (L 8), S. 1 ff.
[34] Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk. Rundfunkrede Hitlers am 1. Februar 1933. In: Hohlfeld (L 3) IV, S. 8 f., 10
[35] Aufzeichnung von Generalleutnant Liebmann. In: Thilo Vogelsang: Neue Dokumente

[6] A.a.O., S. 147, 148 f.
[7] A.a.O., S. 61, 702 f., 751
[8] Hermann Rauschning: Gespräche mit Hitler. 4 (Europa) Zürich, New York 1940, S. 222, 223
[9] Hermann Göring: Reden und Aufsätze. Hg.: Erich Gritzbach. 3 (Eher) München 1939, S. 136
[10] Hitler Mitte 1944 zu SS-Brigadeführer Schellenberg. In: Walter Schellenberg: Memoiren. (Politik und Wirtschaft) Köln 1956, S. 99. Vgl. Picker (L 42 a), S. 171. Fest (L 30), S. 98
[11] Hitler: Mein Kampf (1), S. 99, 379
[12] A.a.O., S. 710
[13] A.a.O., S. 742
[14] A.a.O., S. 741
[15] Rauschning (8), S. 173
[16] Robert Ley: Wir alle helfen dem Führer. (Eher) München 1937, S. 150
[17] Hermann Göring: Aufbau einer Nation. Berlin 1934, S. 51
[18] Ähnliche Gesamtdeutungen des NS u.a. bei Nolte: Krise (L 16), S. 441, Schoenbaum (L 49), S. 15 ff.
[19] Edmond Vermeil: The Origin, Nature and Development of German Nationalist Ideology in the 19th and 20th Centuries. In: The Third Reich. Studies by twenty-seven leading historians of the origins and policies of National Socialism. Hg.: International Council for Philosophy and Humanistic Studies und UNESCO. (Weidenfeld & Nicolson) London 1955, S. 6 ff. Nach: Bracher: Diktatur (L 8), S. 3
[20] Shirer (L 19), S. 88, vgl. S. 111
[21] Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. (Stuttgart 1954, dtv 216/8) München 1964, S. 94
[22] Ludwig Dehio: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. (Fischer 352) Frankfurt/Main, Hamburg 1961, S. 27 f.
[23] Vgl. F. Stern in: Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin, 7.—11. Oktober 1964. Beiheft zu GWU XVI/1965, S. 69
[24] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 11
[25] Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland. Hg.: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. 4 (1965 Dietz) Berlin (Ost) 1967, S. 64
[26] Arendt (L 7), S. 661
[27] Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 365
[28] Eduard Heimann: Freiheit und Ordnung. Lehren aus dem Kriege. (Arani) Berlin 1950, S. 203
[29] Hirtenbrief von Erzbischof Gröber, Freiburg i. Br., vom 8. Mai 1945. In: Johann Neuhäusler: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand. (Katholische Kirche Bayerns) München 1946, II, S. 406
[30] Nolte: Theorien (L 15), S. 71
[31] Nolte: Krise (L 16), S. 229
[32] Nolte: Faschismus (L 13), S. 507
[33] Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Schriften des Instituts für politische Wissenschaft Berlin IV. 4 (1955 Ring) Villingen 1964. Und: Karl Dietrich Bracher: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Beiträge zur neueren Politik und Geschichte. (Scherz) Bern, München, Wien 1964, S. 139 ff. Bracher, Sauer, Schulz (L 23), S. 1 ff. Bracher: Diktatur (L 8), S. 1 ff.
[34] Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk. Rundfunkrede Hitlers am 1. Februar 1933. In: Hohlfeld (L 3) IV, S. 8 f., 10
[35] Aufzeichnung von Generalleutnant Liebmann. In: Thilo Vogelsang: Neue Dokumente

zur Geschichte der Reichswehr 1930—1933. In: VfZG II/4, Oktober 1954, S. 434 f.

[36] Joseph Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. (Eher) München 1934, S. 139. Vgl. Hitler in Königsberg 1932. In: Walter Tormin (Hg.): Die Weimarer Republik. Zeitgeschichte in Text und Quellen. Neubearbeitung (Literatur und Zeitgeschehen) Hannover 1968, S. 252

[37] RGBl. I, S. 83. Auch: Brodersen (L 25), S. 69—71

[38] Hofer: Diktatur (L 11), S. 18

[39] Goebbels: Kaiserhof (36), S. 275

[40] Verhandlungen des Reichstags. VIII. Wahlperiode 1933. Stenographische Berichte CCCCLVII. Berlin 1934, S. 32. Auch: Klöss (L 39), S. 107 f.

[41] Verhandlungen (40), S. 38 ff. Auch: Hohlfeld (L 3) IV, S. 39 f.

[42] Aufzeichnung von Karl Bachem (Zentrum) vom 25. März 1933. In: Erich Matthias, Rudolf Morsey (Hg.): Das Ende der Parteien 1933. Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. (Droste) Düsseldorf 1960, S. 432

[43] Hans-Gerd Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der »Deutschen Arbeitsfront«. Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik Marburg/Lahn VI. (Norddeutsche Verlagsanstalt) Hannover, Frankfurt/Main 1958, S. 55

[44] Erlaß Görings zur Förderung der nationalen Bewegung an die preußische Polizei vom 17. Februar 1933. In: Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung I/1933, S. 169. Auch: Broszat: Staat (L 26), S. 93. Vgl. Bracher, Sauer, Schulz (L 23), S. 430

[45] Rede am 3. März 1933. Nach Tonaufnahme: Aleff, Kemter, Zipfel (L 50), B 2. Stilistisch überarbeitet in: Erich Gritzbach: Hermann Göring. Werk und Mensch. 40 (1937 Eher) München 1942, S. 36

[46] Augenzeugenbericht in: Annedore Leber, Willy Brandt, Karl Dietrich Bracher (Hg.): Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933—1945. 10 (1954 Leber) Berlin, Frankfurt/Main 1963, S. 12

[47] Willy Brandt, Richard Lowenthal: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. (Kindler) München 1957, S. 279

[48] Völkischer Beobachter vom 29. März 1933. In: Sonja Noller, Hildegard von Kotze (Hg.): Facsimile-Querschnitt durch den Völkischen Beobachter. (Scherz) München, Bern, Wien 1967, S. 130 f. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 282—284

[49] Kogon (L 40), S. 40

[50] Bracher, Sauer, Schulz (L 23), S. 873 Anm. 263

[51] Martin Broszat: Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933—1945. In: Anatomie des SS-Staates (L 27) II, S. 21, 25

[52] Gewerkschaftszeitung vom 22. April 1933. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 449 f.

[53] Goebbels: Kaiserhof (36), S. 302

[54] Matthias, Morsey (42), S. 644

[55] RGBl. I, S. 153, 173, 736. Auch: Brodersen (L 25), S. 41—47

[56] Schäfer: NSDAP (3), S. 26, 29

[57] RGBl. I, S. 75. Auch: Brodersen (L 25), S. 48

[58] RGBl. I, S. 479. Auch: Brodersen (L 25), S. 74 f.

[59] RGBl. I, S. 1016. Auch: Brodersen (L 25), S. 61 f.

[60] RGBl. I, S. 175. Auch: Brodersen (L 25), S. 29—31

[61] Hans Mommsen: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik. Schriftenreihe der VfZG XIII. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1966, S. 56

[62] Goebbels: Kaiserhof (36), S. 282

[63] RGBl. I, S. 713. Auch: Brodersen (L 25), S. 164—172

[64] Gottfried Feder: Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grund-

gedanken. Nationalsozialistische Bibliothek I. 14 (Eher) München 1930, S. 8—10
[65] Bernhard Vollmer: Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934—1936. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte II. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1957, S. 42
[66] RGBl. I, S. 626. Auch: Michaelis, Schraepler (L 4) IX, S. 707 f.
[67] RGBl. I, S. 685. Auch: Hohlfeld (L 3) IV, S. 97 f.
[68] Schoenbaum (L 49), S. 210
[69] Léon Poliakov, Josef Wulf: Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze. 2 (Arani) Berlin 1955, S. 36
[70] Aufzeichnung des Justitiars des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Gustav Schwartz, vom 8. Februar 1948. In: Bracher, Sauer, Schulz (L 23), S. 631
[71] RGBl. I, S. 45. Auch: Brodersen (L 25), S. 148—151
[72] RGBl. I, S. 185. Auch: Hohlfeld (L 3) IV, S. 138
[73] Gerd Rühle: Das Dritte Reich. Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation. Das zweite Jahr 1934. 2 (Hummel) Berlin (1935), S. 291 f.
[74] Schoenbaum (L 49), S. 26, 135, 337
[75] Paul Schmidt: Statist auf diplomatischer Bühne 1923—1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas. 10 (1949 Athenäum) Frankfurt/Main, Bonn 1964, S. 262
[76] Heinz Holldack: Was wirklich geschah. Die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik. Darstellung und Dokumente. (Nymphenburger) München 1949, S. 19
[77] Völkischer Beobachter vom 15. Oktober 1933. In: Hohlfeld (L 3) IV, S. 108
[78] Harry Pross (Hg.): Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871—1933. (Fischer 264) Frankfurt/Main 1959, S. 100 f.
[79] Rothfels (L 59), S. 30
[80] Hans J. Reichhardt: Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung. In: Schmitthenner, Buchheim (L 62), S. 179
[81] Günther Weisenborn (Hg.): Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933—1945. (Rowohlt) Hamburg 1953, S. 167 f.
[82] Miles: Neu Beginnen! Faschismus oder Sozialismus. Diskussionsgrundlage zu den Streitfragen unserer Epoche. Probleme des Sozialismus, Sozialdemokratische Schriftenreihe II. (Graphia) Karlsbad (1933). Nach: Karl O. Paetel (Hg.): Deutsche Innere Emigration. Anti-nationalsozialistische Zeugnisse aus Deutschland. Dokumente des anderen Deutschland IV. (Krause) New York 1946, S. 39—41
[83] Kurt Köster (Hg.): Exil-Literatur 1933—1945 (Katalog zur Ausstellung der Deutschen Bibliothek Frankfurt/Main 1965, bearbeitet von Werner Berthold). 2 (Weisbecker) Frankfurt/Main 1967, S. 289
[84] Köster (83), S. 168
[85] Verhandlungen (40), S. 25—32. Auch: Klöss (L 39), S. 99
[86] Binder (L 51), S. 131
[87] RGBl. I, S. 610 ff. Auch: Binder (L 51), S. 190—197
[88] Hans Müller (Hg.): Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930–1935. (Nymphenburger) München 1963 (dtv 328) München 1965, S. 191–194
[89] Hohlfeld (L 3) IV, S. 78 f.
[90] Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 142 f.
[91] Kurt Dietrich Schmidt: Der kirchliche Widerstand. Hamburger Universitätsreden XXXII. Hamburg 1965, S. 21 f. Vgl. Annedore Leber, Willy Brandt, Karl Dietrich Bracher: Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensbildern. 5 (1957 Leber) Berlin, Frankfurt/Main 1962, S. 146
[92] Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 140 f.
[93] Hohlfeld (L 3) IV, S. 164 f.
[94] Völkischer Beobachter vom 8. Juli 1933. Auch: Michaelis, Schraepler (L 4) IX, S. 234
[95] RGBl. I, S. 529. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 70

[96] Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1933. Stenographische Berichte CCCCLVIII. Berlin 1935, S. 2 ff. Auch: Klöss (L 39), S. 152
[97] Deutsche Juristenzeitung XXXIX vom 1. August 1934, S. 945—950. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 105 f.
[98] Promemoria eines bayerischen Richters zu den Juni-Morden 1934. In: VfZG V/1, Januar 1957, S. 102 ff.
[99] Völkischer Beobachter vom 26. Juli 1934. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 70
[100] RGBl. I, S. 747. Auch: Brodersen (L 25), S. 22
[101] Völkischer Beobachter vom 3. August 1934. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 71 — Eidesformel vom 14. August 1919 in: RGBl. I, S. 1383. Auch: Michaelis, Schraepler (L 4) III, S. 537 f. Vgl. Wolfgang Schier: Das Recht zum Widerstand. In: GWU X/10, Oktober 1959, S. 616 f.
[102] Vollmer (65), S. 86
[103] Völkischer Beobachter vom 21. August 1934. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 71
[104] Völkischer Beobachter vom 6. September 1934. Auch: Hohlfeld (L 3) IV, S. 183 ff.

II. EBERHARD ALEFF: MOBILMACHUNG

[1] Ernst Rudolf Huber: Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches. 2 (Hanseatische Verlagsanstalt) Hamburg 1939, S. 230.
[2] Adolf Hitler: Mein Kampf. 172–173 (Eher) München 1936, S. 379.
[3] Rede auf dem Bückeberg am 6. 10. 1935. In: Domarus (L 29) I, S. 543.
[4] Reichstagsrede am 13. 7. 1934. In: Klöss (L 39), S. 132.
[5] Huber (1), S. 195.
[6] Rede vor Kreisleitern auf der Ordensburg Vogelsang am 29. 4. 1937. In: Hildegard von Kotze, Helmut Krausnick (Hg.), F. A. Krummacher: »Es spricht der Führer«. 7 exemplarische Hitler-Reden. (Mohn) Gütersloh 1966, S. 134 f., 149.
[7] Otto Dietrich: 12 Jahre mit Hitler. (Isar) München 1955, S. 131 f.
[8] A. a. O., S. 251.
[9] Ansprache vor Gauleitern am 2. 2. 1934. In: Broszat: Staat (L 26), S. 266 – Rede auf dem Parteitag 1934. A. a. O., S. 315.
[10] Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. 1. 1935. In: RGBl. I, S. 49. Auch: Brodersen (L 25), S. 35.
[11] Lagebericht des Landrats von Bad Kreuznach für Dezember 1935. In: Franz Josef Heyen: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz–Koblenz-Trier. Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz IX. (Boldt) Boppard 1967, S. 264 f.
[12] Deutsches Beamtengesetz vom 26. 1. 1937. In: RGBl. I, S. 41. Auch: Brodersen (L 25), S. 33 f.
[13] Wahlrede in München am 12. 3. 1936. In: Domarus (L 29) I, S. 606.
[14] Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. 12. 1933. (I/59) – Rede auf dem Parteitag am 16. 9. 1935. In: Werner Siebarth: Hitlers Wollen. Nach Kernsätzen aus seinen Schriften und Reden. 9 (Eher) München 1941, S. 74, 89 f.
[15] Hans-Günther Seraphim (Hg.): Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40. Quellensammlung zur Kulturgeschichte VIII. (Musterschmidt) Göttingen 1956, (dtv 219) München 1964, S. 97, 95 f.
[16] (Goebbels' Pressereferent) Wilfried von Oven: Mit Goebbels bis zum Ende, II. Buenos Aires 1950, S. 299.

[17] Eichholtz, Schumann (L 45), S. 114 – Broszat: Staat (L 26), S. 264 – Hofer: Diktatur (L 11), S. 128.
[18] Schäfer: NSDAP (I/3), S. 90, Anm. 105, S. 72 ff.
[19] Stellvertretender Gauleiter Schmidt: Grundlagen und Methoden der Erziehung des politischen Leiterkorps der NSDAP. In: Sammelheft ausgewählter Vorträge und Reden für die Schulung in nationalsozialistischer Weltanschauung und nationalpolitischer Zielsetzung. (Eher) München 1939, S. 141.
[20] Schäfer: NSDAP (I/3), S. 41 f., 44 f.
[21] Gestapobericht Aachen vom 5. 3. 1936. In: Vollmer (I/65) – Lagebericht des Landrats von Bad Kreuznach für Januar 1936. In: Heyen (11), S. 314 – Bericht des Regierungspräsidenten von Hannover vom 5. 2. 1935. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 44.
[22] Schäfer: NSDAP (I/3), S. 38, 40, 47. Und: Schoenbaum (L 49), S. 104.
[23] Untergrundbericht aus Bayern. In: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade). Prag IV/11, November 1937, S. A 60.
[24] Gestapoberichte Aachen vom 5. 3. und 7. 1. 1936. In: Vollmer (I/65), S. 360, 330.
[25] Untergrundbericht aus Bayern. In: Sopade-Berichte (23), S. A 60.
[26] Aussage von Dr. Fritz Fischer 1947. In: Alexander Mitscherlich, Fred Mielke (Hg.): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. (1949, Fischer-Bücherei 332) Frankfurt/Main, Hamburg 1960, S. 145 – Rudolf Höß: Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen. Hg.: Martin Broszat. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte V. Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte. (1958, dtv 114) München 1963, S. 24 f. – Adolf Eichmann zu einem israelischen Psychiater. In: Ralph Slovenko (Hg.): Crime, Law and Corrections. (Thomas) Springfield/Ill. Nach: Der Spiegel XX/47 vom 14. 11. 1966, S. 179.
[27] Heinrich Himmler: Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei (Rede 1937). In: Sammelheft (19), S. 146 f.
[28] SS-Befehl vom 31. 12. 1931. In: Raimund Schnabel: Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS. 2 (Röderberg) Frankfurt/Main 1958, S. 29 f.
[29] Jahresbericht 1938 der SS-Personalkanzlei. In: Höhne (L 37), S. 149.
[30] Heinrich Himmler: Die SS als antibolschewistische Kampforganisation. (Eher) München 1936. In: (Ermenhild) Neusüß-Hunkel: Die SS. Schriftenreihe des Institutes für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn. (Norddeutsche Verlagsanstalt) Hannover, Frankfurt/Main 1956, S. 19.
[31] Richtlinien Himmlers: Der Weg des SS-Mannes (1935). In: Höhne (L 37), S. 139.
[32] Konfessionsstatistik der SS vom 31. 12. 1938. Faksimile in: Huber, Müller (L 12 a) IV, S. 76.
[33] Himmler 1936 (30). In: Hans Buchheim: Befehl und Gehorsam. In: Anatomie des SS-Staates (L 27) I, S. 339 f.
[34] Himmler 1935. A. a. O., S. 340.
[35] Himmler am 17. 7. 1942. A. a. O., S. 288.
[36] Werner Best: Der Krieg und das Recht (1930). A. a. O., S. 282.
[37] Heydrich 1935. A. a. O., S. 333.
[38] Bericht eines SS-Mannes. A. a. O., S. 303–305.
[39] Schreiben des Amtschefs im SD, Walter Schellenberg, vom 4. 4. 1939. In: Prozeß (L 2) XX, S. 288. Auch: Höhne (L 37), S. 199.
[40] Weisung des SD-Oberabschnitts Nordwest 1937. In: Zipfel (L 64), S. 379 ff.
[41] Fest (L 30), S. 139.
[42] Enno Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS. Schriftenreihe der VfZG VII. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1963.
[43] Himmler in Posen am 4. 10. 1943. In: Prozeß (L 2) XXIX, S. 103 f. Auch: Hans Buchheim: Die Höheren SS- und Polizeiführer. In: VfZG XI/4, Oktober 1963, S. 379.
[44] Geheimanordnung Hitlers vom 17. 8. 1938. In: Prozeß (L 2) XXVI, S. 190 ff. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 110 f. – Statistik (32).

[45] Schreiben des Chefadjutanten der Wehrmacht beim Führer an den OKW-Chef vom 16. 8. 1940. Faksimile in: Jacobsen, Dollinger (L 78 a) VI, S. 172.

[46] Werner Best: Die Geheime Staatspolizei, 1936. In: Martin Broszat: Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945. In: Anatomie des SS-Staates (L 27) II, S. 51 – Werner Best: Die deutsche Polizei. 2 (Wittich) Darmstadt 1940, S. 26.

[47] Bericht des Oberstaatsanwalts von Düsseldorf vom 8. 6. 1937 über eine Besprechung zwischen Reichsjustizministerium und Gestapo. In: Ilse Staff (Hg.): Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation. (Fischer-Bücherei 559) Frankfurt/Main, Hamburg 1964, S. 119.

[48] Schreiben von Reichsjustizminister Gürtner an Reichsinnenminister Frick vom 14. 5. 1935. In: Prozeß (L 2) XXXIII, S. 56 f. Auch: Lothar Gruchmann: Hitler über die Justiz. Das Tischgespräch vom 20. 8. 1942. In: VfZG XII/1, Januar 1964, S. 92.

[49] Broszat: KZ (46), S. 47 f.

[50] Himmler vor der Akademie für Deutsches Recht am 11. 10. 1936. In: Hans Buchheim: Die SS. Das Herrschaftsinstrument. In: Anatomie des SS-Staates (L 27) I, S. 108.

[51] Höhne (L 37), S. 172.

[52] Was ist ein Staatsfeind? Das Schwarze Korps vom 27. 8. 1936. Faksimile in: Helmut Heiber, Hildegard von Kotze (Hg.): Faksimile-Querschnitt durch das Schwarze Korps. (Scherz) München, Bern, Wien 1968, S. 97.

[53] Werner Jochmann: Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub (28. Februar 1926). Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. (Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/Main 1960, S. 114.

[54] Rundschreiben Heydrichs vom 29. 7. 1935. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 5 f.

[55] Gestapobericht 1937. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 143 – Material zu einem Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur. Hg.: SPD-Vorstand. London 1946, S. 186. Auch: Günther Weisenborn (Hg.): Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. (rororo 507/8) Hamburg 1962, S. 30, 133, 135.

[56] Schnellbrief des Reichskriminalpolizeiamtes vom 1. 6. 1938. In: H(ans) Buchheim: Die Aktion »Arbeitsscheu Reich«. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte II (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1966, S. 191.

[57] Erlaß Himmlers vom 26. 1. 1938. A. a. O., S. 190.

[58] Kogon (L 40), S. 158 – Weißbuch (55), S. 186. Auch: Weisenborn (55), S. 12.

[59] Höß (26), S. 58.

[60] A. a. O., S. 68–70.

[61] Herbert Jäger: Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität. (Walter) Olten, Freiburg i. Br. 1967, S. 158 f.

[62] Fränkische Tageszeitung Nürnberg 1934. In: Hermann Glaser: Das Dritte Reich. Anspruch und Wirklichkeit. (Herder 92) Freiburg, Basel, Wien 1961, S. 125.

[63] Lagerverordnung des KZ Esterwegen vom 1. 8. 1934. In: Schnabel (28), S. 136.

[64] Kogon (L 40), S. 96 – Anklageschrift gegen Ilse Koch. In: Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Hg.: Internationales Buchenwald-Komitee und Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR. (Röderberg) Frankfurt/Main 1960, S. 222.

[65] Walter Poller: Arztschreiber in Buchenwald. Bericht des Häftlings 996 aus Block 39. (Phönix) Hamburg 1947, S. 70.

[66] Disziplinar- und Strafordnung des KZ Esterwegen vom 1. 8. 1934. In: Schnabel (28), S. 187 f. – Himmler 1937 (27), S. 159.

[67] Ebenda.

[68] Poller (65), S. 103.

[69] Zellenbauleiter Eccarius im Sachsenhausen-Prozeß 1947. In: Schnabel (28), S. 175 f.

[70] Anklageschrift gegen den Buchenwalder Arrestverwalter Martin Sommer. In: Henkys (L 36), S. 50 f.
[71] Johann Neuhäusler: Wie war das in Dachau? Ein Versuch, der Wahrheit näherzukommen. (Manz) München, Dillingen (1960), S. 21 f.
[72] Errechnet nach Angaben aus Buchenwald (64) und Dachau (71). Kogon (L 40), S. 156, schätzt eine Todesrate von 10 Prozent jährlich, mehr für 1938/39, und, S. 158, bis 1939 insgesamt 138 800 Tote.
[73] H. G. Adler: Selbstverwaltung und Widerstand in den Konzentrationslagern der SS. In: VfZG VII/3, Juli 1960, S. 221–236.
[74] Kogon (L 40), S. 310 f.
[75] Bericht aus dem KZ Mauthausen. In: Walter A. Schmidt: Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945. 2 (Kongreß) Berlin (Ost) 1959, S. 577.
[76] Kogon (L 40), S. 317 f.
[77] Fränkische Tageszeitung (62).
[78] Hitler (2), S. 225, 772 – Alfred Rosenberg: Der Mythus des 20. Jahrhunderts. 99.–102. (Hoheneichen) München 1936, S. 119, 591 – Macht ganze Arbeit mit den Juden! Völkischer Beobachter vom 10. 3. 1920. In: Noller, von Kotze (I/48), S. 31 – Gamm: Brauner Kult (L 31), S. 137 – Vgl.: Karl Lange: Hitlers unbeachtete Maximen. »Mein Kampf« und die Öffentlichkeit. (Kohlhammer) Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968, S. 154–164. William Sheridan Allen: »Das haben wir nicht gewollt!« Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930–1935. (Chicago 1965, Mohn) Gütersloh 1966, S. 84–87.
[79] Rede vor NSDAP-Kreisleitern am 29. 4. 1937. In: von Kotze, Krausnick, Krummacher (6), S. 147 f.
[80] Josef Wulf: Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation. (rororo 815–7) Reinbek 1966, S. 262.
[81] Der Stürmer vom September 1936. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 180.
[82] Der Stürmer vom April 1936. In: Poliakov, Wulf: Juden (I/69), S. 331.
[83] Helmut Krausnick: Judenverfolgung. In: Anatomie des SS-Staates (L 27) II, S. 321 – Scheffler (L 60), S. 70 – Heyen (11), S. 144.
[84] Rundschreiben von Heß an alle Gauleiter vom 29. 1. 1936. A. a. O., S. 145.
[85] Bekanntmachung der Gemeinde Königsdorf in der Tegernseer Zeitung vom 28. 9. 1935. In: Poliakov, Wulf: Juden (I/69), S. 377.
[86] Anzeige im Westdeutschen Beobachter vom 11. 8. 1935. In: Léon Poliakov, Josef Wulf: Das Dritte Reich und seine Diener. (Arani) Berlin 1956, S. 281.
[87] Gestapobericht Aachen vom 5. 9. 1935. In: Vollmer (I/65), S. 277 – Helmut Genschel: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft XXXVIII. (Musterschmidt) Göttingen, Berlin, Frankfurt/Main, Zürich 1966, S. 123 – Grossmann (L 55), S. 66 f.
[88] RGBl. I, S. 1146 f. Auch: Brodersen (L 25), S. 122–124.
[89] Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935. In: RGBl. I, S. 1333. Auch: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 173 f. – Heinrich Fraenkel, Roger Manvell: Hermann Göring. (London, New York 1962, Literatur und Zeitgeschehen) Hannover 1964, S. 125.
[90] Wilhelm Stuckart, Hans Globke: Kommentar zu den Rassegesetzen. (Beck) München, Berlin 1936, S. 9 f., 14 – Heinz David Leuner: Als Mitleid ein Verbrechen war. Deutschlands stille Helden 1939–1945. (London 1966, Limes) Wiesbaden 1967, S. 49.
[91] Der Stürmer vom September 1936 (81), S. 179.
[92] Bernhard Lösener: Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern. In: VfZG IX/3, Juli 1961, S. 278 ff.
[93] Kessing (L 1) 1935, Nr. 2105 B, 1938, Nr. 3528 J.
[94] Arnold Paucker: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und National-

sozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte IV. 2 (1968 Leibniz) Hamburg 1969, 312 S.

[95] Ernst Simon: Aufbau im Untergang. Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland als geistiger Widerstand. Schriftenreihe Wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Institute of Jews from Germany II. (Mohr) Tübingen 1959, X + 109 S.

[96] (Rabbiner) Max Gruenewald: Der Anfang der Reichsvertretung. In: Robert Weltsch (Hg.): Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1963, S. 319.

[97] Alfred Hirschberg in CV-Zeitung vom 13. 4. 1933. In: Margaret T. Edelheim-Muehsam: Die Haltung der jüdischen Presse gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung. In: Weltsch (96), S. 366.

[98] Erklärung des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten vom 23. 3. 1935, Schreiben des Verbandes Nationaldeutscher Juden an Hitler vom 20. 3. 1935. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 159–162.

[99] Rundschreiben der Gestapo Trier vom 21. 10. 1936. In: Heyen (11), S. 147.

[100] Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 579.

[101] Rabbiner Joachim Prinz. In: Höhne (L 37), S. 305.

[102] Jon und David Kimche: Des Zornes und des Herzens wegen. Die illegale Wanderung eines Volkes. (London 1954, Colloquium) Berlin 1956, S. 14.

[103] (Leiter des Palästinaamtes der Zionistischen Vereinigung für Deutschland) Franz Elieser Mayer im Eichmann-Prozeß 1961. In: Bernd Nellessen: Der Prozeß von Jerusalem. Ein Dokument. (Econ) Düsseldorf, Wien 1964, S. 76.

[104] Genschel (87), S. 291. Und: Werner Rosenstock: Exodus 1933–1939. Ein Überblick über die jüdische Auswanderung aus Deutschland. In: Weltsch (96), S. 385 f., 400. Und: Höhne (L 37), S. 311.

[105] Vertrauliches Schreiben von Otto Steinbrinck, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, an Staatssekretär Neumann, Chef des Stabsamtes des Vierjahresplanes, vom 22. 6. 1938. In: Eichholtz, Schumann (L 45), S. 183. Vgl. Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. 12. 1938. In: RGBl. I, S. 1709. Auch: Brodersen (L 25), S. 134–136.

[106] Genschel (87), S. 218–236.

[107] Bericht der Untersuchungskommission über Arisierungen im Gau Franken 1938/39 an Göring. In: Prozeß (L 2) XXVIII, S. 238. Auch: Poliakov, Wulf: Juden (I/69), S. 40.

[108] Genschel (87), S. 204 f.

[109] A. a. O., S. 206 f.

[110] Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring vom 13. 2. 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 582.

[111] Bericht Heydrichs an Göring vom 11. 11. 1938. A. a. O., S. 587 f. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 292 f. Und: Stenographische Niederschrift über eine Besprechung betr. die Judenfrage am 12. 11. 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 593, 598. Und: Scheffler (L 60), S. 30.

[112] Ruth Andreas-Friedrich: Schauplatz Berlin. Ein Tagebuch, aufgezeichnet 1938–1945. (rororo 660) Reinbek 1964, S. 25 f.

[113] Befehl Heydrichs vom 10. 11. 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 583 – Broszat: KZ (46), S. 94 – Siegmund Weltlinger: Hast Du es schon vergessen? Erlebnisbericht aus der Zeit der Verfolgung. (Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit) Berlin 1954, S. 9 ff.

[114] Jochen Klepper: Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1938–1942. (dtv 235–237) München 1964, S. 138.

[115] Pastor Helmut Gollwitzer, Berlin. In: Leuner (90), S. 154 – Alfons Erb: Bernhard Lichtenberg. Dompropst von St. Hedwig zu Berlin. (Morus) Berlin 1949, S. 43.

[116] Andreas-Friedrich (112), S. 28.
[117] Stenographische Niederschrift (111), S. 589, 600.
[118] A. a. O., S. 588.
[119] A. a. O. In: Poliakov, Wulf: Juden (I/69), S. 79.
[120] Genschel (87), S. 291. Und: Poliakov, Wulf: Juden (I/69), S. 120, 219. Und: Höhne (L 37), S. 311. Und: Reitlinger (L 57 a), S. 27.
[121] Juden, was nun? Das Schwarze Korps vom 24. 11. 1938. In: Heiber, von Kotze (52), S. 139 – Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode 1939–1942. Stenografische Berichte. Band 460, S. 16. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 277.
[122] Hitler am 22. 7. 1942 abends. In: Picker: Tischgespräche (L 42 a), S. 467.
[123] Ernst Fraenkel: The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship. (Oxford University) New York 1941, Neuauflage 1969.
[124] Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiuniform vom 20. 12. 1934. In: RGBl. I, S. 1269. Auch: Brodersen (L 25), S. 76 – Best: Gestapo (46), S. 50.
[125] Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches vom 28. 6. 1935. In: RGBl. I, S. 839. Auch: Brodersen (L 25), S. 95.
[126] Roland Freisler: Das neue Strafrecht als nationalsozialistisches Bekenntnis. In: Franz Gürtner, Roland Freisler: Das neue Strafrecht. 2 Berlin 1936, S. 77 – Leitsätze für den deutschen Richter vom 14. 1. 1936. In: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 100 f.
[127] Politisches Testament Goerdelers vom 1. 12. 1937. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 346.
[128] Verwaltungsgericht Hamburg am 7. 10. 1935. In: Günter Plum: Staatspolizei und innere Verwaltung 1934–1936. In: VfZG XIII/2, April 1965, S. 202.
[129] Ein Amtsgericht am 9. 7. 1938. In: Staff (47), S. 179–181 – Landgericht Torgau am 27. 11. 1935. A. a. O., S. 188 f. – Amtsgericht R. am 15. 7. 1935. In: Hubert Schorn: Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente. (Klostermann) Frankfurt/Main 1959, S. 53–55.
[130] Reichsgericht am 18. 1. 1934. In: Staff (47), S. 75–77.
[131] Urteile des OVG Berlin vom 18. 11. 1937 und 27. 1. 1938. In: Schorn (129), S. 165 – Schreiben des Rechtsanwaltes Ruge an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Berlin vom 25. 11. 1938. In: Hans Rothfels: Widerstandsrecht und Widerstandspflicht. In: VfZG X/1, Januar 1962, S. 91 f.
[132] Richard Schmid: Justiz im Dritten Reich. Alte Traditionen und neue Trends. In: Die Zeit XX/23 vom 4. 6. 1965, S. 30.
[133] Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. 4. 1934. In: RGBl. I, S. 341. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 106 f. – Rede von Reichsanwalt Parisius 1938. In: Schorn (129), S. 71.
[134] Günter Plum: Historischer Überblick über die Emigration. In: Widerstand, Verfolgung und Emigration. Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bad Godesberg 1967, S. 89 – Walter A. Berendson: Probleme der Emigration aus dem Dritten Reich. In: Das Parlament vom 15. 8. 1956, Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte B 33/56, S. 518–524.
[135] Karl O. Paetel: Zum Problem einer deutschen Exilregierung. In: VfZG IV/3, Juli 1956, S. 286–301 – Ritter: Goerdeler (I/21), S. 222.
[136] Kurt R. Grossmann: Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945. (Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/Main 1969, S. 43 – Lewis J. Edinger: Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945. (Berkeley, Los Angeles 1956, Norddeutsche Verlagsanstalt) Hannover, Frankfurt/Main 1960, S. 222, Anm. 52.
[137] Flugblatt von Ende 1937. In: Paetel (I/82), S. 43–45 – Babette L. Gross: Die Volksfrontpolitik in den dreißiger Jahren. Ein Beitrag zum Verständnis der kommunisti-

schen Taktik. In: Das Parlament vom 24. 10. 1962, Beilage aus Politik und Zeitgeschichte B 43/62, S. 539.

[138] Der blutige 30. Juni in Deutschland. In: Komintern-Rundschau vom 5. 7. 1934. In: Theo Pirker (Hg.): Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940. (dtv 253) München 1964, S. 202.

[139] Wilhelm Pieck vor dem Komintern-Exekutiv-Komitee am 13. 1. 1934. In: Theo Pirker (Hg.): Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus. Schriftenreihe der VfZG X. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1965, S. 181 – Der blutige 30. Juni (138), S. 199.

[140] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 81 f. – Gestapobericht Hamburg vom 27. 10. 1934. In: Henning Timpke (Hg.): Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933. Veröffentlichungen (53) IV. (Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/Main 1964, S. 299–305.

[141] Gustav Regler: Das Ohr des Malchus. (Kiepenheuer & Witsch) Köln, Berlin 1958, S. 231.

[142] Resolution des ZK der KPD vom 30. 1. 1935. In: Hermann Weber (Hg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente. 2 (Kiepenheuer & Witsch) Köln, Berlin 1964, S. 349 f. – Pieck auf der »Brüsseler« Konferenz. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 327–332 – Resolution der »Brüsseler« Parteikonferenz. In: Weber (142), S. 323–331.

[143] Manifest vom 2. 2. 1936. In: Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Schriftenreihe der VfZG XIV/XV. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1967, S. 294 – Leopold Schwarzschild in Das Neue Tagebuch vom 26. 12. 1936. A. a. O., S. 306.

[144] Programm vom 21. 12. 1936. In: Paetel (I/82), S. 41 f. Vgl. Gross: (137), S. 540 f.

[145] Bericht von SPD-Funktionären aus Dresden vom 8. 9. 1935. In: Erich Matthias: Die Sozialdemokratische Partei. In: Matthias, Morsey (I/42), S. 267 f.

[146] Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Prager Manifest vom 28. 1. 1934. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 458–461.

[147] Werner Röder: Emigration und innerdeutscher Widerstand. Zum Problem der politischen Legitimation des Exils. In: Widerstand (134), S. 119–142 – Edinger (136), S. 91–101.

[148] Für Deutschland gegen Hitler. Aufruf des Sopade-Vorstandes vom 30. 1. 1936. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 476 f. – Curt Geyer: Die Partei der Freiheit. Paris 1939. In: Erich Matthias: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1952, S. 221.

[149] Wilhelm Sollmann in Zeitschrift für Sozialismus 24–25/1935. A. a. O., S. 223 – Emil Franzel: Abendländische Revolution. Geist und Schicksal Europas. Bratislava 1936. A. a. O., S. 332, Anm. 181 – Wenzel Jaksch: Volk und Arbeiter. Deutschlands europäische Sendung. Bratislava 1936. A. a. O., S. 223.

[150] Paul Sering (Richard Löwenthal): Was ist Volkssozialismus? Zeitschrift für Sozialismus 36/1936. A. a. O., S. 227 f. – Paul Sering: Die Aufgaben der deutschen Revolution. Zeitschrift für Sozialismus 33/1936. A. a. O., S. 237 f., 240 f.

[151] Landvolk-Bewegung: Tormin (I/36), S. 179 f. – Attentate: Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. (Piper) München 1969, S. 297–301 – Wilhelm Leuschner am 20. 8. 1939. In: Leber, Brandt, Bracher (I/46), S. 98.

[152] William Sheridan Allen: Eine statistische Analyse der sozialistischen Untergrundbewegung in Nordrhein-Westfalen 1933–1939. In: Widerstand (134), S. 24–36.

[153] Gestapobericht 1937. In: Weisenborn (55), S. 138 f.

[154] A. a. O., S. 135, und Schmidt (75), S. 737.

[155] Gestapobericht Hamburg vom 27. 10. 1934. In: Timpke (140), S. 304 f.

[156] Sopade-Berichte (23) III/12, Dezember 1936, S. A 18 ff.

[157] Ebenda – Bericht in Schmidt (75), S. 59 f., 32.

[158] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 140 – Protokoll einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 27. 7. 1936. In: SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS. Hg.: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR. 8 (Deutscher Militärverlag) Berlin (Ost) 1967, S. 100 – Gestapobericht 1937. In: Weisenborn (55), S. 140 f.

[159] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 140 – Protokoll einer Besprechung im Gestapoamt am 16. 1. 1937. In: SS im Einsatz (158), S. 104 f.

[160] Flugblatt der Internationalen Transportarbeiter-Föderation und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes. In: Helmut Esters, Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-Politische Schriften. (Literatur und Zeitgeschehen) Hannover 1967, S. 158.

[161] Flugblatt Hamburger Arbeiter 1935. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 315 f. – Deutschland-Information des ZK der KPD 2/1938. In: Kuczynski (L 47 a), S. 240 – Bericht in Schmidt (75), S. 81.

[162] Gestapobericht 1937. In: Weisenborn (55), S. 135, 138 f.

[163] Joachim Radkau: Die Exil-Ideologie vom »anderen Deutschland« und die Vansittartisten. Eine Untersuchung über die Einstellung der deutschen Emigranten nach 1933 zu Deutschland. In: Das Parlament vom 10. 1. 1970, Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/70, S. 31–48.

[164] Günther Harder, Wilhelm Niemöller (Hg.): Die Stunde der Versuchung. Gemeinden im Kirchenkampf 1933–1945. Selbstzeugnisse. (Kaiser) München 1963, S. 393.

[165] Klaus Mehnert, Heinrich Schulte (Hg.): Deutschland-Jahrbuch 1949. (West) Essen 1949, S. 312 – Guenter Lewy: Die katholische Kirche und das Dritte Reich. (New York, Toronto 1964, Piper) München 1965, S. 402 Anm. 27.

[166] Michael H. Kater: Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich. In: VfZG XVII/2, April 1969, S. 181–218. Und: Zipfel (L 64), S. 175–203.

[167] Hirtenbrief der Kölner Kirchenprovinz vom 26. 12. 1934. In: Müller (I/88), S. 313 – Goebbels im Völkischen Beobachter vom 8. 1. 1935. A. a. O., S. 315.

[168] Erlaß des preußischen Ministerpräsidenten vom 16. 7. 1935. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 194 – Kerrl am 30. 11. 1937. In: Keesing (L 1) 1937, Nr. 3321.

[169] Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 224–233.

[170] Gestapo-Bericht 1937. In: Lewy (165), S. 187.

[171] Hirtenwort der deutschen Bischöfe über die Abwehr des Bolschewismus vom 24. 12. 1936. A. a. O., S. 232.

[172] Waldemar Gurian: Hitler and the Christians. New York 1936, S. 162. A. a. O., S. 194 – Hochland XXXIV/1937. In: Binder (L 51), S. 358. Dazu: Konrad Ackermann: Der Widerstand der Monatsschrift Hochland gegen den Nationalsozialismus. (Kösel) München 1965 – Bischof Graf von Galen, Münster, 1935. In: Lewy (165), S. 195 – Max Pribilla S. J. in: Stimmen der Zeit 1935. A. a. O., S. 196.

[174] Berichte aus Wielitzken/Ostpreußen und Sternberg/Neumark 1934/35. A. a. O., S. 29–36,

[173] Ein Pfarrerssohn aus Mecklenburg. In: Harder, Niemöller (164), S. 273.

161.

[175] Kerrl am 8. 8. 1935. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 215 f. – Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 24. 9. 1935. In: RGBl. I, S. 1178. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 139 – Aufruf vom 17. 10. 1935. In: Rühle (I/73). Das dritte Jahr 1935, S. 304.

[176] Zipfel (L 64), S. 129.

[177] Offener Brief von Generalsuperintendent Dibelius an Kerrl vom Februar 1937. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 276.

[178] Anordnung an die Beauftragten der Parteileitung vom 7. 1. 1936. In: Zipfel (L 64), S. 349 – Heß vor Gau- und Kreisleitern am 12. 9. 1938. A. a. O., S. 450 f.

[179] Rosenberg: Mythus (78), S. 620, 614.

[180] Zipfel (L 64), S. 124. Und: Wilhelm Niemöller: Die Evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes. (Bechauf) Bielefeld 1956, S. 112.

[181] Amtliche Mitteilung über den Prozeß Niemöller vom 3. 3. 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 279 – Kanzelabkündigung für den 13. 3. 1938. In: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 147 f.

[182] Erklärung der Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union in Berlin-Dahlem am 4./5. 3. 1935. A. a. O., S. 144–146 – Denkschrift der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche an Hitler vom 28. 5. 1936. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 260–267.

[183] Ferdinand Friedensburg: Lebenserinnerungen. (Athenäum) Frankfurt/Main, Bonn 1969, S. 233.

[184] Mitteilungen des Schulungsamtes der NSDAP zur weltanschaulichen Lage IV/23 vom 15. 10. 1938. In: Zipfel (L 64), S. 454 f. – A. a. O. V/3 vom 6. 2. 1939, S. 456 – Karl Barth an Prof. Hromadka, Prag, am 19. 9. 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 282 – Mitteilungen . . . IV/23. In: Zipfel (L 64), S. 454.

[185] Hitler laut Rosenberg-Tagebuch vom 19. 1. 1940. In: Seraphim (15), S. 118 – Vor NSDAP-Funktionären in der Ordensburg Sonthofen am 23. 11. 1937. In: Domarus (L 29), S. 762 – Rosenberg-Tagebuch a. a. O. – Mittagsgespräche am 13. 12. 1941 und 8. 2. 1942. In: Picker (L 42 a), S. 154, 176.

[186] Geheimerlaß an die Gauleiter vom 9. 6. 1941. In: Diehn (L 53), S. 75 f.

[187] Nachtgespräch am 18. 1. 1942. In: Picker (L 42 a), S. 478.

[188] Hitler: Mein Kampf (2), S. 197, 201, 370 f.

[189] Heiber: Goebbels (L 34 a), S. 203 – Fest (L 30), S. 136.

[190] Hitler: Mein Kampf (2), S. 203 – Verordnung über die Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vom 30. 6. 1933. In: RGBl. I, S. 449. Auch: Brodersen (L 25), S. 159 f.

[191] Von Oven (16) II, S. 162.

[192] Peter de Mendelssohn: Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse. (Ullstein) Berlin 1959, S. 400, 327, 414. Und: Hale (L 32), S. 312, 315 f.

[193] Gauleiter von Halle-Merseburg an Goebbels am 15. 4. 1936. In: Peter Hüttenberger: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. Schriftenreihe der VfZG XIX. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1969, S. 122.

[194] Von Oven (16) II, S. 20.

[195] Goebbels am 18. 3. 1933. In: Wulf: Presse (80), S. 64 f. – Karl-Dietrich Abel: Pressekenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit. Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin II. (Colloquium) Berlin 1968, S. 51 Anm. 61.

[196] Wulf: Presse (80), S. 95, 97 f. Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 301. Wulf (80), S. 99, 101, 105, 106, 106. Dokumente über die Behandlung der Juden durch das Dritte Reich. (Verlag Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland) (Düsseldorf) 1958, S. 15. Wulf (80), S. 110.

[197] Dietrich am 29. 1. 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 303 – Goebbels im »Angriff« am 18. 5. 1934. In: Leuner (90), S. 40.

[198] Interview am 3. 4. 1934. In: Siebarth: Hitlers Wollen (14), S. 186.

[199] Goebbels 1933. In: Rühle (I/73) Das erste Jahr 1933, S. 82 – Rede vor dem Presseverband am 19. 4. 1934. In: Michaelis, Schraepler (L 4) IX, S. 438.

[200] Thomas Trimm (= Ehm Welk): Herr Reichsminister – ein Wort bitte! In: Grüne Post vom 29. 4. 1934. In: Mendelssohn (192), S. 374, 379–381.

[201] Hans Dieter Müller (Hg.): Faksimile-Querschnitt durch das Reich. (Scherz) München, Bern, Wien 1964, 208 S. Und: Abel (195), S. 73–105.

[202] Benno Reifenberg: Die zehn Jahre 1933 bis 1943. In: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung. Gegenwart, Sonderheft vom 29. 10. 1956, S. 46 – Rudolf Pechel: Deutscher Widerstand. (Rentsch) Erlenbach-Zürich 1947, S. 286 – Reinhold Schneider: Las Casas vor Karl V. Leipzig 1938 – Adam von Trott zu Solz (Hg.): Heinrich von Kleist. Politische und journalistische Schriften. Potsdam 1935. In: Paetel (I/82), S. 70 f.

[203] Ernst Wiechert: Der Dichter und die Jugend. Mainz 1936, S. 21 – Ernst Wiechert: Das einfache Leben. Wien, München, Basel 1939, S. 333 – Ernst Jünger: Strahlungen. Tübingen 1949, S. 522 (Kriegstagebuch) – Eugen Gottlob Winkler: Briefe. Bad Salzig 1949, S. 77 – Jochen Klepper: Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932–1942. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1956, S. 162 f.

[204] Joseph Wulf: Literatur und Dichtung im Dritten Reich. Eine Dokumentation. (Mohn) Gütersloh 1963, (rororo 809–11) (Reinbek) 1966, S. 189. Und: Dietrich Strothmann: Nationalsozialistische Literaturpolitik. Ein Beitrag zur Publizistik im Dritten Reich. Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft XIII. (Bouvier) Bonn 1960, S. 220 – Franz Schonauer: Deutsche Literatur im Dritten Reich. Versuch einer Darstellung in polemisch-didaktischer Absicht. (Walter) Olten, Freibürg i. Br. 1961, S. 114.

[205] Baldur von Schirach: Hitlerjugend-Weihelied. In: Gamm: Kult (L 31), S. 48 f. – Herybert Menzel, Lied 1935. A. a. O., S. 69 – Herybert Menzel. A. a. O., S. 34 – Hermann Burte: Entscheidung. In: Hermann Burte: Anker am Rhein. Eine Auswahl neuerer Gedichte. (Haessel) Leipzig 1938, S. 15 – Edwin Erich Dwinger: Die letzten Reiter. (Diederichs) Jena 1935, S. 175.

[206] Gunther Haupt: Was erwarten wir von der kommenden Dichtung? Tübingen 1934, S. 21. In: Brenner (L 24), S. 41 – Goebbels 1935. In: Joseph Wulf: Theater und Film im Dritten Reich. Eine Dokumentation. (Mohn) Gütersloh 1964. (rororo 812–4) (Reinbek) 1966, S. 386 – Anordnung des Propagandaministers vom 28. 11. 1936. In: Joseph Wulf: Die Bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation. (Mohn) Gütersloh 1963. (rororo 806–8) (Reinbek) 1966, S. 128.

[207] André François-Poncet: Als Botschafter in Berlin. 1931–1938. (Paris 1946, Kupferberg) Mainz 1949, S. 115 f. – Nach Léon Poliakov, Joseph Wulf: Das Dritte Reich und seine Denker. (Arani) Berlin 1959, S. 48 f.

[208] Sopade-Berichte (23) III/12, Dezember 1936 – Kurt Tucholsky 1933. In: Klaus-Peter Schulz: Kurt Tucholsky. (rororo-Bild-Monographien 31) Reinbek 1959, S. 156.

[209] Goebbels nach Noller, von Kotze (I/48), S. 13 – Ley: Wir alle (I/16), S. 124.

[210] Hitler (2), S. 536, 531 f., 529 – Heinrich Anacker in: Schonauer (204), S. 114.

[211] Werner Altendorf: Wir! In: Gamm: Kult (L 31), S. 21 – Hitler vor Pressevertretern am 10. 11. 1938. In: Kotze, Krausnick (6), S. 281.

[212] Heß im Juni 1934. In: Glaser (62), S. 68 – Heinrich Anacker: Die Trommel. SA-Gedichte (Eher) München 1936 – Ley: Wir alle (I/16), S. 107 f.

[213] Sopade-Berichte (23) IV/11, November 1937, S. A 8, A 6, A 9, A 8.

[214] Winfried B. Lerg: Zur Geschichte des Fernsehens in Deutschland. In: Christian Longolius (Hg.): Fernsehen in Deutschland. Gesellschaftspolitische Aufgaben und Wirkungen eines Mediums. (v. Hase & Koehler) Mainz 1967, S. 9–22.

[215] Erwin Leiser: »Deutschland, erwache!« Propaganda im Film des Dritten Reiches. (rororo 783) Reinbek 1968, S. 11.

[216] Laut Rosenberg-Tagebuch vom 11. 12. 1939. In: Seraphim (15), S. 111 – Goebbels 1935. In: Wulf: Theater und Film (206), S. 386 – Goebbels vor der Reichsfilmkammer 1941. In: Leiser (215), S. 106.

[217] Reichssendeleiter Hadamovsky 1933. In: Heiber: Goebbels (L 34 a), S. 160 – Goebbels vor den Intendanten am 5. 12. 1935. In: Wulf: Presse, Funk (80), S. 364.

[218] Rede auf dem Parteitag 1934. In: Rühle (I/73). Das zweite Jahr 1934, S. 311–313.

[219] Franz Roh: »Entartete« Kunst. Kunstbarbarei im Dritten Reich. (Fackelträger) Hannover 1962, S. 52 f., 56. Und: Brenner (L 24), S. 108–111.

[220] Rede vor Reichskulturkammer und KdF am 26. 11. 1937. A. a. O., S. 113 f.

[221] Nach: (ProMi-Ministerialrat) Werner Stephan: Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur. (Union Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1949, S. 23.
[222] Hitler: Mein Kampf (2), S. 782.
[223] Die sozialen Aufgaben nach dem Kriege. In: Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF (Hg.): Jahrbuch 1940/41, I, S. 61 f.
[224] Curt Rosten: Das ABC des Nationalsozialismus. 5 (Schmidt) Berlin 1933, S. 198 – Parteitagsrede 1934. In: Domarus (L 29) I, S. 451 – Gertrud Scholtz-Klink auf dem Parteitag 1937. In: Fest (L 30), S. 363 – Heiratsanzeige in den Münchener Neuesten Nachrichten 1935. In: Poliakov, Wulf: Denker (207), S. 541.
[225] Hitler (2), S. 324 – Richtlinie des Propagandaministeriums 1935. In: Strothmann (204), S. 144 – Presseanweisung 1940. In: Wulf: Presse (80), S. 108.
[226] Felix Kersten: Totenkopf und Treue. Heinrich Himmler ohne Uniform. Aus den Tagebüchern des finnischen Medizinalrates. (Mölich) Hamburg 1952, S. 229 f. – Lebensborn-Tätigkeitsbericht 1939. In: Karl Saller: Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda. (Progress) Darmstadt 1961, S. 154 f. – SS-Befehl vom 28. Oktober 1939. Faksimile in: Gamm: Kult (L 31), S. 145.
[227] Rosenberg: Mythus (78), S. 596 – Hans F. K. Günther: Adel und Rasse. o. O. 1926. In: Glaser (62), S. 33 – Hans-Jochen Gamm: Der Flüsterwitz im Dritten Reich. (List) München 1963, S. 66 – Rauschning (I/8), S. 36.
[228] (Walter) Groß: Ziel und Wesen der nationalsozialistischen Rassenpolitik. In: Sammelheft (19), S. 27 – Broszat: Staat (L 26), S. 356 Anm. Und: Lewy (165), S. 288 – Rundschreiben 10/37 von Heß. In: Prozeß (2) XXXV, S. 40 ff. – A. Borner: Mathematik im Dienste der nationalpolitischen Erziehung. In: Saller (226), S. 147.
[229] Hitler: Mein Kampf (2), S. 451 f.
[230] Rolf Eilers: Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat. Staat und Politik IV. (Westdeutscher Verlag) Köln, Opladen 1963, XII + 152 S. – Hans-Jochen Gamm: Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus. (List) München 1964, 499 S.
[231] Hans-Christian Brandenburg: Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation. (Wissenschaft und Politik) Köln 1968, S. 58 Anm. 7 – Gesetz über die Hitlerjugend vom 1. Dezember 1936. In: RGBl. I, S. 993. Auch: Brodersen (L 25), S. 81 f.
[232] Werner Klose: Generation im Gleichschritt. Ein Dokumentarbericht. (Stalling) Oldenburg, Hamburg 1964, S. 79 – Melita Maschmann: Fazit. Kein Rechtfertigungsversuch. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1963, S. 18.
[233] (Reichsjugendführer) Baldur von Schirach: Die Hitler-Jugend. Idee und Gestalt. 2 Leipzig 1936, S. 71. Nach Brandenburg (231), S. 174.
[234] Erklärung Himmlers und Schirachs vom 17. Dezember 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 139 – Klose (132), S. 104.
[235] RAD-Führer Hierl 1932. In: Wolfgang Benz: Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht. In: VfZG XVI/4, Oktober 1968, S. 332 – Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. Juni 1935. In: RGBl. I, S. 769. Auch: Brodersen (L 25), S. 157 – (RAD-Oberstfeldmeister) Alfred Krüger: Aufgabe und Sinn des Arbeitsdienstes. (Deutscher Arbeitsdienst) Berlin 1935, S. 18 – Lied von Thilo Scheller. In: Gamm: Kult (L 31), S. 95.
[236] Rede in Reichenberg am 2. Dezember 1938. In: Völkischer Beobachter vom 4. Dezember 1938. Auch: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 138 f.
[237] Horst Ueberhorst (Hg.): Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933–1945. Ein Dokumentarbericht. (Droste) Düsseldorf 1969, 441 S.
[238] Gamm: Führung (230), S. 433. Und: Dietrich Orlow: Die Adolf-Hitler-Schulen. In: VfZG XIII/3, Juli 1965, S. 272–284.
[239] Ley: Wir alle (I/16), S. 131 f. – Gauschulungsleiter Kölker. In: Harald Scholtz: Die »NS-Ordensburgen«. In: VfZG XV/3, Juli 1967, S. 284, 291 – Konfektionierter Nationalsozialismus? In: Das Schwarze Korps vom 25. Juni 1936. In: Heiber, Kotze (52), S. 87, 14.
[240] Rede vor Autobahnarbeitern am 23. Juni 1937. In: Domarus (L 29), I S. 702.

[241] A. a. O., S. 322, 328.
[242] Rosenberg: Mythus (78), S. 82.
[243] A. a. O., S. 596.
[244] Kurt Schmitt (Generaldirektor Allianz-Versicherung) auf einer Besprechung Hitlers mit Wirtschaftsführern am 29. Mai 1933. In: Broszat: Staat (L 26), S. 221.
[245] Dieter Eichholtz, Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945. In: Das Argument 47, Juli 1968, S. 222.
[246] Vierteljahresbericht des Reichsinnenministers Juni–August 1935. In: Michaelis, Schraepler (L 4) X, S. 513 f.
[247] A. a. O., S. 511, 514 f. – Bericht des Sonderbeauftragten für Arbeit des westfälischen Treuhänders vom 23. März 1934. In: Broszat: Staat (L 26), S. 189.
[248] Jahresbericht 1935/36. In: Kuczynski (L 47 a), S. 195, 215, 206, 208, 207, 200.
[249] Stellungnahme der Reichsgruppe Industrie vom 5. Mai 1936. In: Eichholtz, Schumann (L 45), S. 136. Und: Jugendschutzgesetz vom 30. April 1938. In: RGBl. I, S. 437.
[250] Gestapobericht Hannover vom 18. August 1935. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 55 – Genschel (87), S. 79 f. – Sopade-Berichte (23) IV/11, November 1937, S. A 80.
[251] Schoenbaum (L 49), S. 209.
[252] Josef Müller: Deutsches Bauerntum zwischen gestern und morgen. Würzburg 1940, S. 41. Nach: Schoenbaum (L 49), S. 214 – Gestapobericht Koblenz für Februar 1936. In: Heyen (11), S. 293.
[253] Ley: Wir alle (I/16), S. 112 – Zum Problem des sozialen Mindestbedarfs. In: DAF-Jahrbuch 1940/41 (223) I, S. 116 – SD-Meldung vom 30. Januar 1941. In: Boberach (L 22 a), S. 129 f.
[254] Vierteljahresbericht des Reichsinnenministers Juni–August 1935 (246), S. 512 f.
[255] Rede am 17. Januar 1936. In: Michaelis, Schraepler (L 4) X, S. 409.
[256] Rede am 24. Februar 1937. In: v. Kotze, Krausnick (6), S. 95.
[257] Die sozialen Aufgaben (223), S. 47.
[258] Robert Ley: Durchbruch der sozialen Ehre (DAF) Berlin 1935, S. 242 – Ley vor der NSBO 1933. In: Broszat: Staat (L 26), S. 192 – Ley: Wir alle (I/16), S. 17.
[259] A. a. O., S. 15 f. – Ley vor Arbeitern 1933. In: Broszat: Staat (L 26), S. 190 Anm. 2.
[260] Robert Ley: Der Führer und der deutsche Arbeiter. In: Adolf Hitler. Bilder aus dem Leben des Führers. (Cigaretten-Bilderdienst) Hamburg 1936, S. 60.
[261] Baldur von Schirach: Die Hitler-Jugend. Idee und Gestalt. 2 (1934) Leipzig 1936. Nach: Arno Klönne: Die Hitlerjugend-Generation. Politische Folgen der Staatsjugenderziehung im Dritten Reich. In: Das Parlament vom 24. Februar 1960. Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte B 8/60, S. 118 – RAD-Führer Hierl 1935. In: Rühle (I/73). Das dritte Jahr 1935, S. 196 f.
[262] 5 Jahre »Kraft durch Freude«. Leistungsbericht der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« zum 27. November 1938. (DAF) Berlin (1938), 51 S. – Schoenbaum (L 49), S. 143–146 – Winkler (L 43), S. 33–37.
[263] Gerhard Starcke: Die Deutsche Arbeitsfront. Eine Darstellung über Zweck, Leistungen und Ziele. (Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik) Berlin 1940, S. 10.
[264] Gestapobericht Hannover vom 18. August 1935 (250), S. 54.
[265] Gestapobericht Berlin 1936. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (L 54), S. 477 f. – Sopade-Berichte (23) IV/11, November 1937, S. A 7.
[266] Fritz Nonnenbruch: Dynamische Wirtschaft. (Eher) München 1936, S. 10 f.
[267] Rede vor Reichsstatthaltern am 6. Juli 1933. In: Michaelis, Schraepler (L 4) IX, S. 234 f.
[268] IG-Farben-Denkschrift für den Rüstungsbeirat des Reichswehrministeriums vom März 1935. In: Eichholtz, Schumann (L 45), S. 130 f.
[269] Arthur Schweitzer: Organisierter Kapitalismus und Parteidiktatur 1933–1936. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft LXXIX/1, 1959, S. 37–80 – Dieter Petzina: Hitler und die deutsche Industrie. Ein kommentierter Literatur- und Forschungsbericht. In: GWU XVII/8, August 1966, S. 482–491 – Tim

Mason: Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus. In: Das Argument 41. 2. Auflage Mai 1968, S. 473–494.

[270] Hermann Röchling: Gedanken über die Vorbereitung zum Kriege und seine Durchführung. Denkschrift an Hitler vom 17. August 1936. In: Eichholtz, Schumann (L 45), S. 142 f.

[271] Zahlen teils von Etat- auf Kalenderjahre umgerechnet. Nach amtlichen Statistiken und Bruno Gleitze (Hg.): Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch. (Bund) Köln 1960, S. 147, 188. Und: Fischer (L 46 a), S. 101 f. Der Autor dankt Herrn Diplom-Volkswirt Dr. Peter Czada, Freie Universität Berlin, für Informationen und fachlichen Rat.

[272] Reichs-Kredit-Gesellschaft Berlin: Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939. Berlin Juli 1939, S. 53.

[273] Fritz Federau: Der zweite Weltkrieg. Seine Finanzierung in Deutschland. (Wunderlich) Tübingen 1962, S. 18, 20.

[274] Schacht und das Reichsbankdirektorium an Hitler am 7. Januar 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) X, S. 586, 584, 588.

[275] Wilhelm Treue: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936. In: VfZG III/2, April 1955, S. 204, 205, 206, 208, 209, 210.

[276] Rede im Sportpalast Berlin am 28. Oktober 1936. In: Gritzbach (I/45), S. 168.

[277] Paul Kluke: Hitler und das Volkswagenprojekt. In: VfZG VIII/4, Oktober 1960, S. 341–383. Und: Horst Handke: Zur Rolle der Volkswagenpläne bei der faschistischen Kriegsvorbereitung. In: Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg. Hg.: Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. (Rütten & Loening) Berlin, II 1961, S. 133–151 – Karl Stolz: Der Anteil der Volkswagensparer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. November 1960, S. 8.

[278] Petzina (L 48), S. 102–108.

[279] A. a. O., S. 123. Vgl. Petzina: Hitler und die Industrie (269), S. 490.

[280] Ansprache vor dem Reichsverteidigungsrat am 18. November 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 526, 528. – Aufzeichnung von OKW-Wehrwirtschaftsstabschef Oberst Thomas über eine Besprechung bei Göring am 14. Oktober 1938. A. a. O. S. 522, 523, 524.

[281] Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. Februar 1939. In: RGBl. I, S. 206. Auch: Brodersen (L 25), S. 155.

[282] Petzina (L 48), S. 183.

[283] A. a. O., S. 95. Und: Rolf Wagenführ: Mensch und Wirtschaft. Eine Nationalökonomie für Jedermann. (Bund) Köln 1952, S. 82.

[284] Wagenführ (283), S. 125. Petzina (L 48), S. 95, 99, 101, 107, 109. Michaelis (L 79), S. 21. Amtliche Statistiken.

[285] Vortrag von Oberst Thomas am 24. Mai 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 303 – Arbeitsbericht Krauchs vor dem Generalrat des Vierjahresplanes am 28. April 1939. In: Eichholtz, Schumann (L 45), S. 210, 211, 214.

[286] Göring im Dezember 1936. In: Wilhelm Treue: Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan. Zur Struktur der Außenhandelspolitik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933–1939. In: VfZG I/1, Januar 1953, S. 53 Anm. 16 – Göring vor Luftfahrtindustriellen am 8. Juli 1938: In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 202 – Hitler am 12. April 1942 mittags. In: Picker (L 42 a), S. 273.

[287] Goebbels-Rede vor der Berliner NSDAP am 17. Januar 1936. In: Michaelis, Schraepler (L 4) X, S. 411 f.

[288] Hitler: Mein Kampf (2), S. 714 f.

[289] A. a. O., S. 736, 738, 731, 167 f.

[290] A. a. O., S. 732, 728 f. – Hitler nach Rauschning (I/8), S. 69, 120.

[291] Hitler (2), S. 739, 154.

[292] A. a. O., S. 732, 756 – Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Einge-

leitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte VII. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1961, S. 219 – Hitler (2), S. 732, 150, 742, 739, 449.

[293] A. a. O., S. 739, 757 – Abschiedsworte an die Wehrmacht vom 30. April 1945 (Nachtrag zum politischen Testament). In: H. R. Trevor-Roper: Hitlers letzte Tage. (New York 1947, Zürich 1948, Ullstein 525) Frankfurt/Main, Berlin 1965, S. 188. Vgl. Jäckel (L 38), S. 106.

[294] Hitler (2), S. 753, 742 – Hitlers zweites Buch (292), S. 81 – Hitler nach Rauschning (I/8), S. 129 f.

[295] Hitler (2), S. 752 – Reichstagsrede Hitlers am 21. Mai 1935. In: Michaelis, Schraepler (L 4) X, S. 343 – Hitler (2), S. 69, 171, 773 – NSDAP-Wahlaufruf vom 5. April 1932. In: Siebarth (14), S. 117.

[296] Hitler (2), S. 751 f.

[297] A. a. O., S. 743.

[298] A. a. O., S. 741, 699, 704, 766, 704, 766 f.

[299] A. a. O., S. 705, 697, 757, 154.

[300] A. a. O., S. 154, 689 f.

[301] A. a. O., S. 699, 702 – Hitler nach Rauschning (I/8), S. 114.

[302] Hitlers zweites Buch (292), S. 218, 130.

[303] Hitler (2), S. 439, 437 f.

[304] Louis P. Lochner (Hg.): The Goebbels Diaries. (Doubleday) New York 1948, S. 377 – Hitler (2), S. 703, 738.

[305] A. a. O., S. 782, 422.

[306] A. a. O., S. 1.

[307] Hitlers zweites Buch (292), S. 69 – Rauschning (I/8), S. 12.

[308] Bericht von Oberstleutnant Schmundt über Hitlers Ansprache vor Wehrmachtführern am 23. Mai 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 293 f. – Hitlers zweites Buch (292), S. 141 f.

[309] Hitler (2), S. 69 – Hitler vor den Oberbefehlshabern am 23. November 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIV, S. 318 f.

[310] Interview mit Comte de Brinon. In: Le Matin (und Völkischer Beobachter) vom 23. November 1933. Auch: Domarus (L 29) I, S. 333 – Reichstagsrede am 21. Mai 1935. A. a. O., S. 506 – Wilhelm Treue: Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938). In: VfZG VI/2, April 1958, S. 182 (Tonaufnahme erhalten).

[311] Reichstagsrede Hitlers am 7. März 1936. In: Klöss (L 39), S. 165 – Parteitagsrede Hitlers am 14. September 1936. In: Domarus (L 29) I, S. 647 – Goebbels auf dem Parteitag 1936. In: Rühle (I/73). Das vierte Jahr 1936, S. 230 – Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Hitler und Lord Halifax, Vorsitzender des Geheimen Rates, am 19. November 1937. In: Akten (L 65) D I, S. 47.

[312] Hitler in Hameln am 1. Oktober 1933. In: Siebarth (14), S. 43 – Hitler in Berlin am 24. Oktober 1933. A. a. O., S. 48 – Reichstagsrede Hitlers am 21. Mai 1935. In: Domarus (L 29) I, S. 512 – A. a. O., S. 511.

[313] Jacobsen, Dollinger (L 78 a) VI, S. 148.

[314] Erlaß der Bischöfe von Trier und Speyer vom 12. November 1934. In: Müller (I/88), S. 299.

[315] Aufruf von 28 emigrierten Intellektuellen. In: Michaelis, Schraepler (L4) X, S. 294 f. – Matthias: SPD und Nation (148), S. 128 – Sozialistische Aktion vom Januar 1935. A. a. O., S. 129.

[316] Grossmann: Emigration (136), S. 43.

[317] Rundfunkansprache am 15. Januar 1935. In: Domarus (L 29) I, S. 472.

[318] Proklamation der Reichsregierung vom 16. März 1935. In: RGBl. I, S. 369 ff. Auch: Michaelis, Schraepler (L 4) X, S. 319 – Ansprache vor Oberbefehlshabern am 23. November 1939 (309), S. 314 – Hitler zum britischen Außenminister Sir Simon und Lord-

siegelbewahrer Eden in Berlin am 25./26. März 1935. In: Schmidt: Statist (I/75), S. 294.

[319] Abschlußerklärung der Stresa-Konferenz am 14. April 1935. In: Erhard Klöss (Hg.): Von Versailles zum Zweiten Weltkrieg. Verträge zur Zeitgeschichte 1918–1939. (dtv 334) München 1965, S. 216.

[320] Telegramm von Botschafter von Hassell, Rom, an das AA vom 6. Januar 1936. In: Esmonde Robertson: Zur Wiederbesetzung des Rheinlandes 1936. In: VfZG X/2, April 1962, S. 190.

[321] Reichstagsrede am 7. März 1936. In: Michaelis, Schraepler (L4) X, S. 427.

[322] A. a. O., S. 428 – von Neurath nach einer privaten Aufzeichnung von Hassells vom 23. Februar 1936. In: Robertson (320), S. 203.

[323] Gestapo Aachen am 6. April 1936. In: Vollmer (I/65), S. 370 f. – Gestapo Hannover am 16. März 1936. In: Michaelis, Schraepler (L 4) X, S. 454 – Schnellbrief des Reichsinnenministeriums vom 27. März 1936. A. a. O., S. 456.

[324] Von Hassell: Private Aufzeichnung (322), S. 203 – Aussage von Generaloberst Jodl vor dem Internationalen Militärgerichtshof zu Nürnberg am 4. Juni 1946. In: Prozeß (L 2) XV, S. 386 – Schmidt: Statist (I/75), S. 320.

[325] Von Hassell: Private Aufzeichnung (322), S. 203.

[326] Von Hassell: Private Aufzeichnung vom 15. März 1936. In: Robertson (320), S. 205.

[327] Telegramm von Hassells vom 6. Januar 1936 (320), S. 189.

[328] Gentlemen-Agreement vom 11. Juli 1936. In: Akten (L 65) D I, S. 231 ff.

[329] Hugh Thomas: Der spanische Bürgerkrieg (London 1961, Ullstein) Frankfurt/Main, Berlin 1962, S. 515, 516, 518.

[330] Vertrauliche Presseanweisung des Propagandaministeriums vom 31. Mai 1937, Aufzeichnung Sänger. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 302.

[331] Bericht von Johannes Bernhardt, Leiter der Hisma Ltda, für den deutschen Botschafter in Salamanca vom 4. November 1937. In: Eichholtz, Schumann (L 45), S. 158 f. – Protokoll über die Besprechung zwischen dem nationalspanischen Außenminister und dem deutschen Botschafter am 25. Januar 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 486 – Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums an das Auswärtige Amt vom 18. Oktober 1938. In: Akten (L 65) D III, S. 649 ff.

[332] Niederschrift von Oberst Hoßbach über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 552.

[333] Tagebucheintragung des italienischen Außenministers Ciano vom 12. August 1939. In: Galeazzo Ciano: Tagebücher 1939–1943. 2 (Scherz) Bern 1947, S. 122.

[334] Vertrag über die gemeinsame Abwehr gegen die Kommunistische Internationale vom 25. November 1936. In: RGBl. II, S. 28. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 188 – Geheimes Zusatzabkommen zum Antikominternpakt vom 25. November 1936. A. a. O., S. 192.

[335] Graml (L 70), S. 348.

[336] Hoßbach-Niederschrift (332), S. 545–554.

[337] Eidesstattliche Erklärung Hoßbachs vom 8. März 1946. In: Prozeß (L 2) XLII, S. 228 ff. – Friedrich Hoßbach: Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938. 2 (1949, Vandenhoeck & Ruprecht) Göttingen 1965, S. 189 ff. Vgl. Walter Bußmann: Zur Entstehung und Überlieferung der »Hoßbach-Niederschrift«. In: VfZG XVI/4, Oktober 1968, S. 373 bis 384.

[338] Tagebucheintrag von Oberst Jodl, Chef der Abteilung Landesverteidigung im Reichskriegsministerium, am 13. Dezember 1937. In: Jacobsen, Jochmann (L 6), CG 5. XI. 1937 – 13. IX. 1938 – Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der deutschen Wehrmacht vom 24. Juni 1937. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 52 f. – Anlage 1 vom 21. Dezember 1937 zum 1. Nachtrag vom 7. Dezember 1937 zur Weisung vom 24. Juni 1937. In: Jacobsen, Jochmann (L 6), F 21. XII. 1937.

[339] Niederschrift Becks vom 12. November 1937. In: Scheurig: Widerstand (L 61), S. 29, 31.

[340] Brief von Fritschs vom 17. Mai 1937. In: Hermann Foertsch: Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1951, S. 41 – Hoßbach (337), S. 47.

[341] Nach: Bracher, Sauer, Schulz (L 23), S. 729 – Aufzeichnung von General Liebmann. In: Jacobsen, Jochmann (L 6) CF 1. VI. 1933.

[342] Erlaß vom 21. April 1934. In: Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination. (Soldatische Menschenführung in der Deutschen Militärgeschichte). Truppe und Verwaltung XVI, Hg.: Johann Adolf Graf Kielmansegg, Albert Klas. (R. v. Decker's) Hamburg 1969, S. 34 – Erlaß vom 25. April 1936. A. a. O., S. 82.

[343] A. a. O., S. 20 Anm. 57.

[344] Siegfried Westphal: Heer in Fesseln. Aus den Papieren des Stabschefs von Rommel, Kesselring und Rundstedt. 2 (1950, Athenäum) Bonn 1952, S. 122 – Tagebucheintrag von Oberst Jodl, Chef des Wehrmachtführungsamtes im OKW, am 10. August 1938. In: Jacobsen, Jochmann (L 6) CG 5. XI. 1937 – 13. IX. 1938.

[345] Hans Rothfels: Gesellschaftsform und auswärtige Politik. Geschichte und Politik. Eine wissenschaftliche Schriftenreihe V. Laupheim 1951, S. 20. Vgl. Hans Rothfels: Vorwort zu Martin Gilbert, Richard Gott: Der gescheiterte Frieden. Europa 1933–1939. (London 1963, Kohlhammer) Stuttgart (1964), S. XII.

[346] Friedensburg (183), S. 224 – Botschafter Henderson vor der deutsch-englischen Gesellschaft Berlin am 1. Juni 1937. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 393 – Schmidt: Statist (I/75), S. 362.

[347] Privatbrief vom 26. November 1937. In: Keith Feiling: The Life of Neville Chamberlain. (Macmillan) London 1947, S. 333. Auch: Graml (L 70), S. 355.

[348] Statistische Jahrbücher. Peter Lundgreen: Die englische Appeasement-Politik bis zum Münchener Abkommen. Voraussetzungen, Konzeption, Durchführung. Studien zur europäischen Geschichte VII. (Colloquium) Berlin 1969, S. 38.

[349] Deutsche Aufzeichnung über das Gespräch Hitlers mit Lord Halifax am 19. November 1937. In: Akten (L 65) D I, S. 47, 48, 52.

[350] Deutsche Aufzeichnung über das Gespräch Hitlers mit dem britischen Botschafter in Berlin, Henderson, am 3. März 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 409 – Edward Frederick Lindley Wood Earl of Halifax: Fulness of Days. (Collins) London 1957, S. 192. Auch: Wolfe W. Schmokel: Der Traum vom Reich. Der deutsche Kolonialismus zwischen 1919 und 1945. (New Haven, London 1964, Mohn) Gütersloh 1967, S. 115 f.

[351] Hitler zu Henderson am 3. März 1938 (350), S. 406, 407, 408.

[352] Notiz Ribbentrops für Hitler vom 2. Januar 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4), XI, S. 400, 401, 403, 404.

[353] Kurt von Schuschnigg: Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot. Aufzeichnungen des Häftlings Dr. Auster. (Amstutz) Zürich 1946, S. 38–44.

[354] Weisung 1 vom 11. März 1938. In: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 197 f.

[355] Lagebericht des Heeresgeneralstabes an die 8. Armee vom 11. März 1938. In: Jacobsen, Jochmann (L 6) F 11. III. 1938.

[356] Schuschnigg (353), S. 69 f.

[357] Ebenda

[358] Ebenda

[359] Aufzeichnung des Forschungsamtes im Reichsluftfahrtministerium über mitgehörte »Gespräche Fall Österreich«. In: Prozeß (L 2) XXXI, S. 362.

[360] Rundfunkrede Schuschniggs am 11. März 1938. In: Klöss: Verträge (319), S. 256.

[361] Abhöraufzeichnung (359). Faksimile in: Huber, Müller (L 12 a) III, S. 110 f.

[362] A. a. O., S. 112 f., 114.

[363] A. a. O., S. 114.

[364] Prozeß (L 2) XXXI, S. 368 f. Auch: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 654.

[365] Abhöraufzeichnung (359). Faksimile in: Huber, Müller (L 12 a), S. 115.

[366] Feierliche Erklärung der österreichischen Bischöfe vom 18. März 1938. Facsimile a. a. O., S. 117.

[367] Karl Stadler: Österreich 1938–1945 im Spiegel der NS-Akten. Das einsame Gewissen. Beiträge zur Geschichte Österreichs 1938 bis 1945 III. (Herold) Wien, München 1966, S. 29 f.

[368] William Lloyd Stearman: The Soviet Union and the Occupation of Austria. (Siegler) Bonn 1963, S. 25. Nach: Stadler (367), S. 25.

[369] Chamberlain vor dem Unterhaus am 14. März 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XI, S. 665.

[370] Oberstleutnant Schmundts Zusammenfassung der Besprechung Hitlers mit Keitel am 21. April 1938. In: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 202 f.

[371] Geheimbericht Henleins an Hitler vom 19. November 1937. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 71, 70, 71, 72.

[372] Notiz des Auswärtigen Amtes vom März 1938. In: Akten (L 65) D II, S. 158.

[373] Rede Henleins in: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 115 f.

[374] Telegramm des CSR-Außenministers an die Missionen vom 27./28. April 1938. A. a. O., S. 119 f. – Bericht des SdP-Stabsamtes vom 18. Mai 1938. A. a. O., S. 152 f.

[375] Schreiben des Klubs der Abgeordneten der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an Viscount Runciman vom 11. August 1938. A. a. O., S. 227 – Memorandum in der Anlage dazu. A. a. O., S. 230, 232.

[376] A. a. O., S. 154 f., 191 f., Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 203 f.

[377] Protokoll über die Konferenz in London am 28./29. April 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 134, 135, 136, 137, 137 f., 138.

[378] Aufzeichnung des SdP-Verhandlungsleiters Kundt am 8. September 1938. A. a. O., S. 311, 313 – Aufzeichnung von Gesandtschaftsrat Hencke am 10. September 1938. A. a. O., S. 316.

[379] A. a. O., S. 320 f.

[380] Chamberlain vor dem Unterhaus am 28. September 1938. In: Hohlfeld (L 3) IV, S. 449 – Brief Chamberlains vom 19. September 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4), XII, S. 330.

[381] OKW-Vortragsnotiz »Zeitpunkt des X-Befehls und die Frage der Vorausmaßnahmen« vom 24./26. August 1938. In: Akten (L 65) D II, S. 493 f.

[382] Bericht des OKW-Verbindungsoffiziers beim Sudetendeutschen Freikorps, Oberstleutnant Köchlin, vom 11. Oktober 1938. In: Martin Broszat: Das Sudetendeutsche Freikorps. In: VfZG IX/1, Januar 1961, S. 38, 42 Anm. 54.

[383] Aussage Moritz von Schirmeister in Nürnberg. In: Prozeß (L 2) XVII, S. 266 – Pressekonferenz vom 17. September 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 396 f. – Pressekonferenz vom 19. September 1938. A. a. O., S. 397 – Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Prag an das AA vom 17. September 1938. In: Broszat: Freikorps (382), S. 34 Anm. 19.

[384] Hitler zum polnischen Berlin-Botschafter Lipski am 20. September 1938. In: Boris Celovsky: Das Münchener Abkommen 1938. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte III. (Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1958, S. 389 – Hitler zum ungarischen Ministerpräsidenten Imredy am 20. September 1938. In: Akten (L 65) D II, S. 690.

[385] Schmidt: Statist (I/75), S. 401.

[386] Hitler zum ungarischen Ministerpräsidenten Imredy am 23. August 1938. In: Akten (L 65) D II, S. 487 f.

[387] Note des CSR-Gesandten in London an das Foreign Office vom 25. September 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 400 – Klöss: Reden (L 39), S. 201 f.

[388] Schmidt: Statist (I/75), S. 409.

[389] Andreas-Friedrich (112), S. 11 f.– Erich Kordt: Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928–1945. (Union Deutsche Verlags-Anstalt) Stuttgart 1950, S. 268.

[390] Münchener Abkommen vom 29. September 1938. In: RGBl. II, S. 853. Auch: Klöss: Verträge (319), S. 259–261. Huber, Müller (L 12 a) III, S. 143, 146–148.
[391] Aufzeichnung des Referenten Masarik im CSR-Außenministerium vom 29. September 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 457.
[392] CSR-Ministerpräsident Syrovy in der Kabinettssitzung am 30. September 1938. Protokoll a. a. O., S. 459.
[393] Denkschrift vom 16. Juli 1938. In: Wolfgang Foerster: Generaloberst Ludwig Beck. Sein Kampf gegen den Krieg. Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs. (Isar) München 1953, S. 120.
[394] Notiz für den Vortrag beim Oberbefehlshaber des Heeres am 16. Juli 1938. A. a. O., S. 122.
[395] Schreibmaschinen-Niederschrift Becks vom 19. Juli 1938. In: Gert Buchheit: Ludwig Beck. Ein preußischer General. (List) München 1964, S. 137.
[396] Tagebucheintrag vom 17. September 1938. In: Ulrich von Hassell: Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944. (Zürich 1946, Fischer 605) Frankfurt/Main, Hamburg 1964, S. 34.
[397] Denkschrift vom März 1939. In: Ritter: Goerdeler (I/21), S. 230.
[398] Politisches Testament Goerdelers vom 1. Dezember 1937 (127), S. 347.
[399] Tagebucheintrag vom 29. September 1938. In: Hassell (396), S. 19.
[400] Bericht des deutschen Geschäftsträgers in London über eine Besprechung mit Lord Halifax am 7. September 1938. In: Kordt (389), S. 279 ff.
[401] Tagebucheintrag vom 18. Dezember 1938. In: Hassell (396), S. 34.
[402] Unterhausrede am 5. Oktober 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 494.
[403] Graml (L 70), S. 377 – Deutsch-britische Erklärung vom 30. September 1938. In: Akten (L 65) D II, S. 814. Auch: Klöss: Verträge (319), S. 261 f.
[404] Rede am 9. Oktober 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 506.
[405] Hitler zu Schacht Ende 1938. In: Prozeß (L 2) XII, S. 580.
[406] Hitler im Februar 1945. In: M. Bormann: Le testament politique de Hitler. Notes recueillies. (Arthème Fayard) Paris 1959. Nach: Hugh Redwald Trevor-Roper: Hitlers Kriegsziele. In: VfZG VIII/2, April 1960, S. 132.
[407] Ansprache vor den Oberbefehlshabern am 23. November 1939. (309), S. 313.
[408] Tagebuchnotiz vom 28. Oktober 1938: In: Galeazzo Ciano: Tagebücher 1937/38. (Bologna 1948, Krüger) Hamburg 1949, S. 265.
[409] Treue: Rede Hitlers (310), S. 182 f., 189.
[410] Weisung an die Wehrmacht vom 21. Oktober 1938. In: Prozeß (L 2) XXXIV, S. 480 – Zweiter Nachtrag Keitels vom 17. Dezember 1938. A. a. O., S. 484.
[411] Abkommen zwischen Hitler und Hacha vom 15. März 1939. Faksimile in: Jacobsen, Dollinger (L 78) I, S. 53.
[412] Grossmann: Emigration (136), S. 138.
[413] Tagebuchnotiz vom 15. März 1939. In: Ciano (333), S. 52 ff.
[414] Rede in Birmingham am 17. März 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 97 f.
[415] Unterhaus-Erklärung Chamberlains am 31. März 1939. A. a. O., S. 206.
[416] Hitler zum rumänischen Außenminister Gafencu am 19. April 1939. In: Grigore Gafencu: Europas letzte Tage. Eine politische Reise im Jahre 1939. (Amstutz & Herdeg) Zürich 1946, S. 89 – Presseweisung vom 31. März 1939. In: Walter Hagemann: Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung. (Hanseatischer Gildenverlag) Hamburg 1948, S. 390.
[417] Göring in Warschau. Aufzeichnung des polnischen Staatssekretärs Graf Szembek vom 10. Februar 1935. In: Jacobsen: 1939–1945 (L 75), S. 82.
[418] Ribbentrop zum polnischen Außenminister Beck in München am 6. Januar 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 174.
[419] Bericht des polnischen Berlin-Botschafters Lipski vom 23. Mai 1935. A. a. O., S. 152 – Hitler vor Wehrmachtführern am 23. Mai 1939 (308), S. 292.

[420] Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 117.
[421] Weisung zum »Fall Weiß« vom 3. April 1939. In: Hubatsch (L 74 a), S. 22.
[422] Fritz Sänger: Marsch in den Krieg. Die Praxis der Nachrichtenpolitik der Nationalsozialisten. In: Das Parlament vom 30. August 1969. Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte B 35–36/69, S. 23 – Hagemann (416), S. 394.
[423] Niederschrift von Oberstleutnant Schmundt (308), S. 292–295, 297.
[424] Halifax am 8. Juni 1939. In: Helmut Metzmacher: Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939. In: VfZG XIV/4, Oktober 1966, S. 369 f. – Aufzeichnung des deutschen London-Botschafters von Dirksen vom 21. Juli 1939 über Gespräche Wohlthats mit Chamberlain-Berater Wilson und Staatssekretär Hudson. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 324–326.
[425] Hitler: Mein Kampf (2), S. 752 – Reichstagsrede am 30. Januar 1937. In: Domarus (L 29) I, S. 671 f.
[426] Ernst Freiherr von Weizsäcker: Erinnerungen. (List) München 1950, S. 247.
[427] Huber, Müller (L 12 a) III, S. 170.
[428] RGBl. II, S. 368. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 229 f.
[429] A. a. O., S. 230 f.
[430] KPD-ZK am 27. August 1939. In: Pirker: Utopie (138), S. 286 – Willy Brandt: Draußen. Schriften während der Emigration. Hg.: Günter Struve. (Kindler) München 1966, S. 322 f. – Notiz vom 11. Oktober 1939. In: Hassell (396), S. 77 – Notiz vom 25. August 1939. In: Seraphim (15), S. 92 f.
[431] Telegramm Hitlers an Stalin am 20. August 1939 (427) – Hitler am 11. August 1939. In: Carl J. Burckhardt: Meine Danziger Mission 1937–1939. (Callwey) München 1960, (dtv 49) München 1962, S. 272.
[432] Niederschrift von Abwehrchef Canaris. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 480–483. Dazu: Winfried Baumgart: Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine quellenkritische Untersuchung. In: VfZG XVI/2, April 1968, S. 120–149.
[433] Denkschrift Mussolinis vom 4. Mai 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 282. Dazu: Ferdinand Siebert: Der deutsch-italienische Stahlpakt. Entstehung und Bedeutung des Vertrages vom 22. Mai 1939. In: VfZG VII/4, Oktober 1959, S. 372–395 – Hitler zu Ciano am 12. August 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 408 – Notiz vom 13. August 1939. In: Ciano (333), S. 122 – Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 516.
[434] A. a. O., S. 486.
[435] Schmidt: Statist (I/75), S. 460.
[436] Reichstagsrede am 1. September 1939. In: Klöss (L 39), S. 215.

III. FRIEDRICH ZIPFEL: KRIEG UND ZUSAMMENBRUCH

[1] Schmidt: Statist (I/75), S. 464.
[2] Gregor Janssen: Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg. (Ullstein) Berlin, Frankfurt/Main, Wien 1968, S. 17.
[3] Rede in Danzig am 19. September 1939. In: Domarus (L 29) II, S. 1359.
[4] Reichstagsrede am 6. Oktober 1939. A. a. O., S. 1388, 1393.
[5] Heydrich vor RSHA-Amtsgruppenchefs und Einsatzgruppenführern am 21. September 1939. In: Broszat: Polenpolitik (L 68 a), S. 21.
[6] A. a. O., S. 22.
[7] Tagebucheintrag von Engel am 18. November 1939. A. a. O., S. 45.

[390] Münchener Abkommen vom 29. September 1938. In: RGBl. II, S. 853. Auch: Klöss: Verträge (319), S. 259–261. Huber, Müller (L 12 a) III, S. 143, 146–148.

[391] Aufzeichnung des Referenten Masarik im CSR-Außenministerium vom 29. September 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 457.

[392] CSR-Ministerpräsident Syrovy in der Kabinettssitzung am 30. September 1938. Protokoll a. a. O., S. 459.

[393] Denkschrift vom 16. Juli 1938. In: Wolfgang Foerster: Generaloberst Ludwig Beck. Sein Kampf gegen den Krieg. Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs. (Isar) München 1953, S. 120.

[394] Notiz für den Vortrag beim Oberbefehlshaber des Heeres am 16. Juli 1938. A. a. O., S. 122.

[395] Schreibmaschinen-Niederschrift Becks vom 19. Juli 1938. In: Gert Buchheit: Ludwig Beck. Ein preußischer General. (List) München 1964, S. 137.

[396] Tagebucheintrag vom 17. September 1938. In: Ulrich von Hassell: Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944. (Zürich 1946, Fischer 605) Frankfurt/Main, Hamburg 1964, S. 34.

[397] Denkschrift vom März 1939. In: Ritter: Goerdeler (I/21), S. 230.

[398] Politisches Testament Goerdelers vom 1. Dezember 1937 (127), S. 347.

[399] Tagebucheintrag vom 29. September 1938. In: Hassell (396), S. 19.

[400] Bericht des deutschen Geschäftsträgers in London über eine Besprechung mit Lord Halifax am 7. September 1938. In: Kordt (389), S. 279 ff.

[401] Tagebucheintrag vom 18. Dezember 1938. In: Hassell (396), S. 34.

[402] Unterhausrede am 5. Oktober 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 494.

[403] Graml (L 70), S. 377 – Deutsch-britische Erklärung vom 30. September 1938. In: Akten (L 65) D II, S. 814. Auch: Klöss: Verträge (319), S. 261 f.

[404] Rede am 9. Oktober 1938. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XII, S. 506.

[405] Hitler zu Schacht Ende 1938. In: Prozeß (L 2) XII, S. 580.

[406] Hitler im Februar 1945. In: M. Bormann: Le testament politique de Hitler. Notes recueillies. (Arthème Fayard) Paris 1959. Nach: Hugh Redwald Trevor-Roper: Hitlers Kriegsziele. In: VfZG VIII/2, April 1960, S. 132.

[407] Ansprache vor den Oberbefehlshabern am 23. November 1939. (309), S. 313.

[408] Tagebuchnotiz vom 28. Oktober 1938: In: Galeazzo Ciano: Tagebücher 1937/38. (Bologna 1948, Krüger) Hamburg 1949, S. 265.

[409] Treue: Rede Hitlers (310), S. 182 f., 189.

[410] Weisung an die Wehrmacht vom 21. Oktober 1938. In: Prozeß (L 2) XXXIV, S. 480 – Zweiter Nachtrag Keitels vom 17. Dezember 1938. A. a. O., S. 484.

[411] Abkommen zwischen Hitler und Hacha vom 15. März 1939. Faksimile in: Jacobsen, Dollinger (L 78) I, S. 53.

[412] Grossmann: Emigration (136), S. 138.

[413] Tagebuchnotiz vom 15. März 1939. In: Ciano (333), S. 52 ff.

[414] Rede in Birmingham am 17. März 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 97 f.

[415] Unterhaus-Erklärung Chamberlains am 31. März 1939. A. a. O., S. 206.

[416] Hitler zum rumänischen Außenminister Gafencu am 19. April 1939. In: Grigore Gafencu: Europas letzte Tage. Eine politische Reise im Jahre 1939. (Amstutz & Herdeg) Zürich 1946, S. 89 – Presseweisung vom 31. März 1939. In: Walter Hagemann: Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung. (Hanseatischer Gildenverlag) Hamburg 1948, S. 390.

[417] Göring in Warschau. Aufzeichnung des polnischen Staatssekretärs Graf Szembek vom 10. Februar 1935. In: Jacobsen: 1939–1945 (L 75), S. 82.

[418] Ribbentrop zum polnischen Außenminister Beck in München am 6. Januar 1939. In: Michaelis, Schraepler (L 4) XIII, S. 174.

[419] Bericht des polnischen Berlin-Botschafters Lipski vom 23. Mai 1935. A. a. O., S. 152 – Hitler vor Wehrmachtführern am 23. Mai 1939 (308), S. 292.

[8] Vortragsnotiz von Blaskowitz vom 6. Februar 1940. In: Jacobsen, Jochmann (L 6) II, Dokument H 6. II. 1940.

[9] Erlaß über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. Oktober 1939. In: RGBl. I, S. 2042. Auch: Hohlfeld (L 3) V, S. 142.

[10] Verordnung über die Einführung der Arbeitspflicht für die polnische Bevölkerung des Generalgouvernements vom 26. Oktober 1939. A. a. O., S. 151 – Verordnung über die Einführung des Arbeitszwanges für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements vom 26. Oktober 1939. Ebenda.

[11] Faksimile in: Gerhard Schoenberner: Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933 bis 1945. 5 (1960 Rütten & Loening) Hamburg 1961, S. 31.

[12] Jacobsen: 1939–1945 (L 75), S. 116.

[13] Kurt von Tippelskirch: Geschichte des Zweiten Weltkrieges. 3 (1951 Athenäum) Bonn 1959, S. 38.

[14] Weisung für »Fall Weserübung« vom 1. März 1940. In: Hubatsch (L 74 a), S. 54.

[15] Franz Halder: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942. Hg.: Arbeitskreis für Wehrforschung Stuttgart, Bearbeiter: Hans-Adolf Jacobsen, Alfred Philippi. (Kohlhammer) Stuttgart, I, 1962, S. 316, 319.

[16] SD-Bericht vom 24. Juni 1940. In: Boberach (L 22 a), S. 92, 94 – SD-Bericht vom 27. Juni 1940. A. a. O. (L 22), S. 79.

[17] Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 241.

[18] Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg. II: Englands größte Stunde, 1: Der Zusammenbruch Frankreichs. (London 1949, Scherz & Goverts) Stuttgart, Hamburg 1950, S. 42, 293, 313.

[19] Anton Hoch: Der Luftangriff auf Freiburg am 10. Mai 1940. In: VfZG IV/2, April 1956, S. 142.

[20] Kriegstagebuch des Wehrmachtsführungsstabes des OKW vom 13. November 1940. In: Jacobsen (L 75), S. 161.

[21] Verordnung über die Deutsche Volksliste vom 4. März 1941. In: RGBl. I, S. 118. Auch: Broszat: Polenpolitik (L 68 a), S. 119 f.

[22] Halder: Kriegstagebuch (15) II, 1963, S. 21.

[23] A. a. O., S. 49 f. Auch: Jacobsen: Zweiter Weltkrieg (L 76), S. 78.

[24] Hubatsch (L 74 a), S. 96 f.

[25] A. I. Berndt, Reichspropagandaministerium, Oberst von Wedel, OKW, (Hg.): Deutschland im Kampf. (Stollberg) Berlin, Nr. 43/44, Juni 1941, S. 52.

[26] Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet »Barbarossa« und über besondere Maßnahmen der Truppe vom 13. Mai 1941. In: Hans-Adolf Jacobsen: Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener. In: Anatomie des SS-Staates (L 27) II, S. 216 f.

[27] Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare vom 6. Juni 1941. A. a. O., S. 225 f.

[28] Tippelskirch (13), S. 200.

[29] Rede im Berliner Sportpalast am 3. Oktober 1941. In: Domarus (L 29) II, S. 1763 – Dietrich am 9. Oktober 1941. In: Berndt, von Wedel (25), Nr. 51/52, Oktober 1941, S. 93.

[30] Erinnerung des Verfassers.

[31] Hans-Adolf Jacobsen, Jürgen Rohwer (Hg.): Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges. (Bernard & Graefe) Frankfurt/Main 1960, S. 171.

[32] Hitler zu Halder am 19. Dezember 1941. In: Franz Halder: Hitler als Feldherr. (Dom) München 1949, S. 45.

[33] Berndt, von Wedel (25), Nr. 55/56, Dezember 1941, S. 55 f., 59.

[34] Jacobsen, Dollinger (L 78 a) IV, S. 42.

[35] Helmuth K. G. Rönnefahrt, Heinrich Euler: Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz, II/4: Neueste Zeit 1914 bis 1959. 2 (Ploetz) Würzburg 1959, S. 200.

[36] Halder: Kriegstagebuch (15), III, 1964, S. 295.
[37] Rede in München am 8. November 1942. In: Jacobsen: Zweiter Weltkrieg (L 76), S. 209 f.
[38] Lagebesprechung am 12. Dezember 1942. In: Heiber: Lagebesprechungen (L 72 a), S. 54.
[39] Boberach (L 22), S. 338.
[40] Letzte Briefe aus Stalingrad. (Bertelsmann) Gütersloh 1954, S. 68.
[41] Berndt, von Wedel (25), Nr. 77/78, November 1942, S. 40, 43.
[42] A. a. O., Nr. 81/82, Januar 1943, S. 32, 36.
[43] Boelcke: Totaler Krieg (66 a), S. 426 – Boberach (L 22 a), S. 288, 289 f.
[44] A. a. O., S. 235.
[45] Erhard Klöss (Hg.): Der Luftkrieg über Deutschland 1939–1945. Nach den Dokumenten deutscher Kriegsschäden, Hg.: Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. (dtv 160), München 1963, S. 39–44.
[46] Boberach (L 22 a), S. 346.
[47] Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 251.
[48] Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz vom 17. August 1938. In: RGBl. I, S. 1455.
[49] Broszat: Konzentrationslager (II/46), S. 104 f.
[50] Höß (II/26), S. 72. Vgl. Martin Broszat: Zur Perversion der Strafjustiz im Dritten Reich. In: VfZG VI/4, Oktober 1958, S. 390–441.
[51] H. G. Adler, Hermann Langbein, Elle Lingens-Reiner (Hg.): Auschwitz. Zeugnisse und Berichte. (Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/Main 1962, S. 204 f.
[52] Georg: SS-Wirtschaft (II/42), S. 69.
[53] Eidesstattliche Erklärung von WVHA-Chef Pohl. In: SS im Einsatz (II/158), S. 323.
[54] Anweisung des WVHA vom 28. Dezember 1942. In: Schnabel (II/28), S. 223.
[55] Schreiben des WVHA an die KL-Kommandanten vom 22. November 1943. In: Georg (II/42), S. 114.
[56] Buchenwald (II/64), S. 272.
[57] Schnabel (II/28), S. 203.
[58] Bericht von Prof. Dr. Hirt an Himmler vom 9. Februar 1942. In: Mitscherlich, Mielke (II/26), S. 174.
[59] Rundschreiben des Reichsjustizministeriums vom 7. September 1942. In: Staff (II/47), S. 69 – Richterbrief Nr. 14. A. a. O., S. 73 f.
[60] Beschluß des Großdeutschen Reichstages vom 26. April 1942. In: RGBl. I, S. 247. Auch: Brodersen (L 25), S. 41.
[61] Abendgespräch vom 29. März 1942. In: Picker (L 42 a), S. 223.
[62] Liste des Reichsjustizministers über 18 Erschießungen durch die Polizei vom 6. September 1939 bis 20. Januar 1940. In: Broszat: Perversion (50), S. 413.
[63] Aktennotiz des Reichsjustizministers über eine Besprechung mit Himmler am 18. September 1942. In: Schnabel (II/28), S. 87–89.
[64] Amtliche Statistiken und Leber (I/91), S. 20 f., Schmidt (II/75), S. 634.
[65] Schreiben des OKW-Wehrwirtschaftsstabes vom 25. August 1939 zum Befehl des OKW an die Obersten Reichsbehörden und Wehrmachtteile vom 25. August 1939. In: Hubatsch (L 74 a), S. 28 f.
[66] Boberach (L 22), S. 57, 146; (L 22 a), S. 225.
[67] Kuczynski (L 47), S. 101.
[68] Statistik des Planungsamtes im Rüstungsministerium. In: Boelcke: Rüstung (L 67), S. 22 ff.
[69] Sauckel in: Prozeß (L 2) I, S. 363. Auch: Huber, Müller (L 12 a) V, S. 59.
[70] SS-Obersturmbannführer Buchardt in: Dallin (L 69), S. 449.
[71] Amtliche Statistiken. Milward (L 80), S. 102. Jacobsen: Zweiter Weltkrieg (L 76), S. 194. Kuczynski (L 47), S. 247, 275.

[72] Milward (L 80), S. 47.
[73] Goebbels auf der Ministerkonferenz am 24. September 1940. In: Boelcke: Totaler Krieg (L 66 a), S. 138 – Boelcke: Kriegspropaganda (L 66), S. 781.
[74] Boberach (L 22 a), S. 361.
[75] Gamm: Flüsterwitz (II/227), S. 78.
[76] Goebbels auf Ministerkonferenzen am 12. und 20. Februar 1943. In: Boelcke: Totaler Krieg (L 66 a), S. 440 f., 447.
[77] Schreiben Hitlers an Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt (Ende Oktober 1939, rückdatiert auf 1. September 1939). In: Prozeß (L 2) XXVI, S. 169. Auch: Mitscherlich, Mielke (II/26), S. 184.
[78] Predigt vom 3. August 1941. In: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 164.
[79] Goebbels auf der Ministerkonferenz am 29. April 1941. In: Boelcke: Totaler Krieg (L 66 a), S. 211.
[80] Henkys (L 36), S. 62–66. Mitscherlich, Mielke (II/26), S. 210–235. Jacobsen: Kommissarbefehl (26), S. 197, 279. Kurt W. Böhme: Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. In: Erich Maschke (Hg.): Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. (Gieseking) Bielefeld (unveröffentlicht), nach: Der Spiegel XXIII/16 vom 14. April 1969, S. 68.
[81] Prozeß (L 2) XIII, S. 169 f. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 296.
[82] Eidesstattliche Erklärung von Hermann Friedrich Gräbe vom 10. November 1945 über ein Massaker bei Dubno am 5. Oktober 1942. In: Prozeß (L 2) XXXI, S. 447 f. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 301 f.
[83] Besprechungsprotokoll. In: Poliakov, Wulf: Juden (I/69), S. 121, 122 f.
[84] Nach der Tonaufnahme in: Prozeß (L 2) XI, S. 465 f.
[85] Schoenberner (11), S. 50 – Henkys (L 36), S. 92.
[86] Schnabel (II/28), S. 416 f.
[87] Brief von Mordechaj Anielewicz, Kommandant der jüdischen Kampforganisation im Warschauer Ghetto, vom 23. April 1943. In: Piero Malvezzi, Giovanni Pirelli (Hg.): Letzte Briefe zum Tode Verurteilter aus dem europäischen Widerstand. (Turin 1954, Zürich 1955, dtv 34) München 1962, S. 257 – Faksimile: Andrzej Wirth (Hg.): Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr! (Der Stroop-Bericht). (Luchterhand) Neuwied, Berlin, Darmstadt 1960 – Abschiedsbrief von Szmul Zygelboim an die polnische Exilregierung in London vom 11. Mai 1943. In: Josef Wulf: Vom Leben, Kampf und Tod im Ghetto Warschau. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst XXXII. 2 Bonn 1960, S. 101 – Fernschreiben Stroops vom 16. Mai 1943. In: Wirth, a. a. O.
[88] Vertrauliche Informationen 66 der Parteikanzlei vom 9. Oktober 1942. Faksimile in: Huber, Müller (L 12 a) IV, S. 110.
[89] Himmler vor SS-Gruppenführern in Posen am 4. Oktober 1943. In: Prozeß (L 2) XXIX, S. 145. Auch: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 114.
[90] H(elmut) Kr(ausnick): Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940). In: VfZG V/2, April 1957, S. 197.
[91] Ter-Nedden: Erschließung und Neuaufbau der Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten, 1942. In: Dallin (L 69), S. 317 – Stenographischer Bericht über die Besprechung vom 6. August 1942. In: Bullock (L 28), S. 683, und: Jacobsen, Dollinger (78 a) VI, S. 131 f. – Rede in München am 18. Oktober 1942. In: Keesing (L 1) 1942, Nr. 5682 C – Rede in Saarbrücken am 4. Oktober 1941. Tonaufzeichnung im Lautarchiv des Deutschen Rundfunks, abgedruckt in: Aleff, Kemter, Zipfel (L 50), B 10.
[92] Helmut Heiber: Der Generalplan Ost. In: VfZG VI/3, Juli 1958, S. 281–325.
[93] Himmler auf der Gauleitertagung in Posen am 3. August 1944. Tonaufzeichnung im Lautarchiv des Deutschen Rundfunks, abgedruckt in: T(heodor) E(schenburg): Die Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944. In: VfZG I/4, Oktober 1953, S. 393 f.

[94] Boris Semjonowitsch Telpuchowski: Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945. Hg.: Andreas Hillgruber, Hans-Adolf Jacobsen. (Bernard & Graefe) Frankfurt/Main 1961, S. 103.
[95] Operationsbefehl Nr. 6 vom 15. April 1943. In: Hellmuth Günther Dahms: Geschichte des Zweiten Weltkrieges. (Wunderlich) Tübingen 1965, S. 597 – Anordnung für die Erfassung der Kriegsgefangenen, Arbeitskräfte und Beute. Ebenda.
[96] Tagebuchnotiz von Goebbels am 23. November 1943. In: Jacobsen: 1939–1945 (L 75), S. 418.
[97] Vortrag am 7. November 1943. A. a. O., S. 332, 334.
[98] Schreiben Himmlers an den Höheren SS- und Polizeiführer Ukraine vom 7. September 1943. In: Heiber: Reichsführer! (L 35), S. 294.
[99] Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 349.
[100] Erklärung der Sowjetregierung an den US-Botschafter vom 16. August 1944. In: Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg. Mit einem Epilog über die Nachkriegsjahre. (1954 Scherz, Droemer-Knaur) Bern, Stuttgart, München, Zürich 1962, S. 745. Vgl. Hanns von Krannhals: Der Warschauer Aufstand 1944. (Bernard & Graefe) Frankfurt/Main 1962.
[101] Anklageschrift gegen Lichtenberg. In: Benedicta Maria Kempner: Priester vor Hitlers Tribunalen. (Rütten + Loening) München 1966, S. 233.
[102] Bericht Oskar Schindlers. In: Grossmann (L 55), S. 153.
[103] H(ans) R(othfels): Zum Andenken an Nikolaus Graf von Üxküll. In: VfZG VIII/2, April 1960, S. 191.
[104] Flugblatt der »Weißen Rose«. In: Inge Scholl: Die Weiße Rose. (1953, Fischer-Bücherei 88) Frankfurt/Main, Hamburg 1963, S. 145 f.
[105] Untergrundzeitung vom März 1944. In: Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig 1943 bis 1945). (Dietz) Berlin (Ost) 1960, S. 133–138.
[106] Aufzeichnung von Heinrich Gerlach, 1952. In: Bodo Scheurig (Hg.): Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945. (dtv 270) München 1965, S. 96. Andere Zeugen erinnern eine Zusage nur für die Grenzen von 1937.
[107] Unveröffentlichte handschriftliche Notiz Himmlers, Fotokopie im Berlin Document Center – Zeugnis von General Ulex. In: Helmut Krausnick: Hitler und die Morde in Polen. Ein Beitrag zum Konflikt zwischen Heer und SS um die Verwaltung der besetzten Gebiete. In: VfZG XI/2, April 1963, S. 205. Vgl. Klaus-Jürgen Müller: Zu Vorgeschichte und Inhalt der Rede Himmlers vor der höheren Generalität am 13. März 1940 in Koblenz. In: VfZG XVIII/1, Januar 1970, S. 95–120.
[108] Scheurig: Deutscher Widerstand (L 61), S. 279.
[109] Foerster (II/393), S. 164.
[110] Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Hg.: Gero von S. Gaevernitz. (Europa) Zürich 1946. (Fischer-Bücherei 305) Frankfurt/Main, Hamburg 1959, S. 138.
[111] David Irving: Der Untergang Dresdens. (London 1963, Mohn Gütersloh 1964, rororo 6607/8) (Reinbek) 1967, S. 210, 248, 193. Und: Neues Deutschland (Ostberlin) vom 14. Februar 1970, S. 1.
[112] Gotthold Rhode, Wolfgang Wagner (Hg.): Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges. In: Herbert Schlenger (Hg.): Die deutschen Ostgebiete. Ein Handbuch, III. (Brentano) Stuttgart 1956, S. 196.
[113] Theodor Schieder, Adolf Diestelkamp, Werner Conze, Rudolf Laun, Peter Rassow, Hans Rothfels: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hg.: Bundesministerium für Vertriebene. I/1: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. (Christ unterwegs) München 1953, S. 161, 79, 28.

[114] Befehl vom 19. März 1945. In: Hofer: Nationalsozialismus (L 5), S. 259 f.

[115] Brief Speers an Hitler vom 29. März 1945. In: Percy Ernst Schramm (Hg.): Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht. (dtv 80/1) München 1962, S. 410.

[116] Befehl Himmlers vom 3. April 1945. In: Jacobsen: 1939–1945 (L 75), S. 424.

[117] Anordnung vom 2. April 1945. Faksimile in: Huber, Müller (L 12 a) VI, S. 104.

[118] Andreas-Friedrich (II/112), S. 166.

[119] Bericht von Hauptmann Gerngroß. In: Erich Kuby: Das Ende des Schreckens. Dokumente des Untergangs. Januar bis Mai 1945. (Süddeutscher Verlag) München 1955. 2 (List 206) München 1961, S. 152.

[120] Faksimile in: Huber, Müller (L 12 a) VI, S. 120.

[121] Tonaufzeichnung im Lautarchiv des Deutschen Rundfunks, abgedruckt in: Kuby (119), S. 150.

Innenpolitik		Außenpolitik	
1933			
30. 1.	Hitler bildet Regierung	2. 2.	Abrüstungskonferenz
3. 2.	Hitler trägt der Reichswehrführung sein Lebensraum-Programm vor		
4. 2.	Aufhebung der Grundrechte		
27. 2.	Reichstagsbrand, Zerschlagung der KPD		
28. 2.	Ausnahmezustand		
5. 3.	Reichstagswahl: NSDAP 44%		
13. 3.	Goebbels Propagandaminister		
20. 3.	Konzentrationslager Dachau		
21. 3.	»Tag von Potsdam«, Sondergerichte		
23. 3.	Ermächtigungsgesetz		
28. 3.	Kath. Bischöfe heben Verbote gegen NS auf		
31. 3., 7. 4.	Gleichschaltung der Länder		
1. 4.	Boykottaktion gegen Juden		
7. 4.	Berufsbeamtengesetz		
1. 5.	»Feiertag der nationalen Arbeit«		
2. 5.	Zerschlagung der Gewerkschaften	5. 5.	Berliner Vertrag mit UdSSR verlängert
10. 5.	Bücherverbrennung		
17. 5.	Friedensrede Hitlers, von allen Reichstagsfraktionen gebilligt		
1. 6.	Arbeitsbeschaffungsprogramm		
2. 6.	Exilvorstand der SPD in Prag		
22. 6.	Verbot der SPD		
27. 6.–5. 7.	Selbstauflösung übriger Parteien		
6. 7.	Hitler: NS-Revolution beendet		
14. 7.	Neubildung von Parteien verboten Gesetz gegen erbkranken Nachwuchs		
20. 7.	Konkordat zwischen dem Reich und dem Vatikan unterzeichnet		
13. 9.	Reichsnährstandsgesetz, Winterhilfswerk		
21. 9.	Evangelischer Pfarrer-Notbund		
22. 9.	Reichskulturkammer		
29. 9.	Reichserbhofgesetz		
Sept.	Sozialistische Kampfschrift »Neu Beginnen«		
4.10.	Schriftleitergesetz	14.10.	Austritt aus Abrüstungskonferenz
12.11.	Reichstagswahl, Volksabstimmung	19.10.	Austritt aus Völkerbund
27.11.	»Kraft durch Freude«		
1.12.	NSDAP zur Staatspartei erklärt		
1934			
20. 1.	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit		
28. 1.	Prager Manifest der Exil-SPD	26. 1.	Nichtangriffspakt mit Polen
30. 1.	Gesetz über Neuaufbau des Reiches		
7. 2.	Reichsverteidigungsrat beschließt wirtschaftliche Kriegsvorbereitung		
27. 2.	Organischer Wirtschaftsaufbau		

Innenpolitik	Außenpolitik
1934	
20. 4. Himmler Gestapochef aller Länder	
24. 4. Volksgerichtshof	
29.–31.5. Barmer Bekenntnis-Synode	
	14./15.6. Treffen Hitler-Mussolini
30.6.–2.7. Mordaktion gegen SA-Führer und politische Gegner	
20. 7. SS selbständig unter Hitler	25. 7. NS-Putsch in Wien mißlingt, Bundeskanzler Dollfuß ermordet
30. 7. Schacht übernimmt Wirtschaftspolitik	
2. 8. Tod Hindenburgs, Hitler »Führer und Reichskanzler«, Reichswehr-Eid auf Hitler	
19. 8. Volksabstimmung	
Sept. Schachts »Neuer Plan«	19. 9. UdSSR tritt dem Völkerbund bei
19./20.10. BK-Synode Dahlem: kirchliches Notrecht	
24.10. Arbeitsfront Einheitsorganisation	
1935	
13. 1. Volksabstimmung im Saargebiet: 91 % für Anschluß an Deutschland	
30. 1. Gemeindeordnung, Reichsstatthaltergesetz	27.–31.1. Göring in Polen: gegen UdSSR
16. 3. Allgemeine Wehrpflicht verkündet (Bruch des Versailler Vertrages)	
1. 4. Reichseinheitliche Justiz	11.–14.4. Stresa-Konferenz
24. 4. Amann-Anordnungen gegen private Presse	2. 5. Beistandspakt Frankreich–UdSSR
	16. 5. Beistandspakt CSR–UdSSR
	21. 5. Friedensrede Hitlers
26. 6. Reichsarbeitsdienstpflicht	18. 6. Deutsch-britisches Flottenabkommen
16. 7. Reichskirchenministerium, Göring gegen »politischen Katholizismus«	25.7.–20.8. VII. Weltkongreß der Komintern
15. 9. Antisemitische Nürnberger Gesetze	
3.10.–15.2.1937 Evang. Kirchenausschüsse	3.10.–9.5.1936 Italien erobert Abessinien
18.10. Ehegesundheitsgesetz	
3.–15.10. »Brüsseler« Konferenz der KPD	
23.11. Einheitsfrontgespräch KPD–SPD	
1936	
2. 2. Volksfrontkomitee in Paris	7. 3. Reich kündigt Locarno-Pakt, Wehrmacht marschiert ins Rheinland ein
29. 3. Reichstagswahl	
24. 4. Einweihung der NS-Ordensburgen	
28. 5. Denkschrift der BK-Leitung an Hitler	
17. 6. Himmler Chef der Polizei	11. 7. Deutsch-österreichische Vereinbarung
	16.7.–28.3.1939 Spanischer Bürgerkrieg
August Hitlers Vierjahresplan-Denkschrift	1.–16.8. Olympiade in Berlin
18.10. Göring Vierjahresplan-Beauftragter	25.10. »Achse« Berlin–Rom
26.11. Verbot der Kunstkritik	25.11. Antikominternpakt Berlin–Tokio
1.12. Hitlerjugend wird Staatsjugend	
21.12. Deutsche Volksfront: 10-Punkte-Programm	

Innenpolitik	*Außenpolitik*
1937	
Anfang Deutsche Freiheitspartei in London	
26. 1. Beamtengesetz	
15. 2. Hitler fordert Wahl evang. Generalsynode	16. 2. Göring wirbt um Polen
14. 3. Papst-Enzyklika »Mit brennender Sorge« gegen NS-Kirchenfeindschaft	
Sommer Wanderausstellung »Entartete Kunst«	
	24. 6. Weisung für Kriegsvorbereitung der Wehrmacht
16. 7. KZ Buchenwald	7. 7. Überfall Japans auf China
Herbst Beginn systematischer »Arisierung« jüdischer Vermögen	5.11. Hitler enthüllt den Wehrmachtführern seine Kriegspläne
	6.11. Italien im Antikominternpakt
	17.11. Halifax bei Hitler: Unterstützung für Revision, solange friedlich
26.11. Rücktritt Schachts als Wirtschaftsminister	
	21.12. Weisung für Angriffskrieg gegen Tschechoslowakei
1938	
4. 2. Kriegsminister, Heeresbefehlshaber entlassen, OKW gebildet, Hitler Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Ribbentrop Außenminister	12. 2. Hitler zwingt Österreichs Kanzler Schuschnigg Gleichschaltungsabkommen auf
2. 3. BK-Pastor Niemöller mild verurteilt, in KZ eingeliefert	12. 3. Wehrmacht besetzt Österreich
	13. 3. Anschluß Österreichs ans Reich
	28. 3. Sudetendeutsche Partei von Hitler zur Sabotage eines inneren Ausgleichs angewiesen
10. 4. Volksabstimmung	
26. 4. Juden-Vermögen anmeldepflichtig	24. 4. Karlsbader Beschlüsse der Sudetendeutschen Partei
Mai–August Heeres-Generalstabschef Beck gegen Angriffskrieg	
	20. 5. Tschechische Mobilmachung
	30. 5. Hitlers Geheimbefehl: Zerschlagung der Tschechoslowakei
12. 7. Wehrwirtschaftlicher Neuer Erzeugungsplan	
17. 8. Zwangsvornamen für Juden	
18. 8. Rücktritt von General Beck	
Juli–September Staatsstreichpläne der Offiziers-Opposition, Diplomaten warnen England	12. 9. Hitler droht mit Krieg
	15. 9. Hitler–Chamberlain in Berchtesgaden
	22.–24.9. Hitler–Chamberlain in Bad Godesberg
27. 9. Friedensliturgie der BK	26. 9. Hitler: Sudetenland letzte territoriale Forderung
	29.–30.9. Münchener Konferenz
	1.10. Wehrmacht besetzt Sudetenland

Innenpolitik, Besatzungspolitik	*Außenpolitik, Kriegsführung*
1938	
	3.10. Neues Rüstungsprogramm Englands
15.10. Notdienst-Verordnung	21.10. Führerweisung: »Erledigung der Rest-Tschechei«
9.–13.11. Judenpogrom	24.10. Ribbentrop bietet Polen »Generalbereinigung«: Danzig zum Reich, Grenzanerkennung, Beute aus UdSSR
10.11. Hitler vor Presse: Volk auf Krieg einstimmen	
12.11. Befehl an Göring, »Judenfrage« nun »so oder so zur Erledigung zu bringen«	6.12. Deutsch-französische Nichtangriffserklärung
Ab November antijüdische Verordnungen	
1939	
24. 1. Zentrale für jüdische Auswanderung	6.,26.1. Das Reich wirbt um Polen gegen UdSSR
30.1.–1.2. »Berner« KPD-Konferenz	
13. 2. Arbeitsdienstpflicht verordnet	
	14. 3. Slowakei mit Reichseinfluß unabhängig
	15. 3. Wehrmacht besetzt Tschechoslowakei
20. 3. Werke moderner Kunst vernichtet	16. 3. Reichsprotektorat Böhmen und Mähren
	23. 3. Litauen muß Memelgebiet zurückgeben
25. 3. Jugenddienstpflicht	26. 3. Polen lehnt deutsche Forderungen ab
	27. 3. Allgemeine Wehrpflicht in England
	31. 3. Britisch-französische Garantie für Polen
	3. 4. Führerweisung: Angriffskrieg gegen Polen
	7. 4. Italien besetzt Albanien
20. 4. Große Truppenparade zu Hitlers 50. Geburtstag	28. 4. Hitler kündigt Polen-Pakt und Flottenabkommen mit England
15. 5. Frauen-KZ Ravensbrück	22. 5. »Stahlpakt« Deutschland–Italien
23. 5. Hitler erklärt der Generalität seine Angriffspläne gegen Polen	
	23. 8. Nichtangriffspakt Deutschland-UdSSR, Geheimprotokoll über Teilung Osteuropas
27. 8. Bezugscheinpflicht	25. 8. Britisch-polnischer Militärpakt Mussolini: Italien noch nicht kriegsbereit
1. 9. Ohne Kriegserklärung Angriff der deutschen Wehrmacht auf Polen Anschluß Danzigs	
Sept. Kriegsverordnungen Einsatzgruppen-Morde, Massenvertreibungen in Polen	3. 9. Kriegserklärung Englands und Frankreichs
	17. 9. Einmarsch der Sowjetarmee in Ostpolen
27. 9. Reichssicherheitshauptamt	28. 9. Grenzvertrag Deutschland–UdSSR
7.10. Himmler Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums	6.10. Letzte Gefechte in Polen, Hitlers Friedensangebot an Westmächte
	9.10. Führerweisung: Angriff im Westen
12.10. Erste Judendeportation aus Österreich und Tschechoslowakei Generalgouvernement	Okt. Erste Verträge zur Rücksiedlung Volksdeutscher aus Osteuropa
Okt. Hitler-Befehl zur Tötung »lebensunwerten Lebens«	

Innenpolitik, Besatzungspolitik	*Außenpolitik, Kriegsführung*
1939	
26.10. Zwangsarbeit für Juden im Generalgouvernement, Arbeitspflicht für Polen	
8.11. Attentat auf Hitler	3.11. USA helfen England mit »Cash and Carry«
14.11. Reichskleiderkarte	
17.11. Studentenprotest in Prag	
18.11.,15.2.1940 Militär-Proteste gegen SS-Morde in Polen	
23.11. Judenstern im Generalgouvernement	30.11.–12.3.1940 Sowjetischer Angriffskrieg gegen Finnland
Winter Kontakte deutscher Oppositionskreise zu den Westmächten	
1940	
	27. 1. Führerweisung: Angriff auf Dänemark und Norwegen
	11. 2. Wirtschaftsvertrag Deutschland–UdSSR
15. 3. Wochenzeitung »Das Reich«	
17. 3. Todt Rüstungsminister	20. 3. Sturz der französischen Regierung
	9. 4. Deutscher Überfall auf Dänemark und Norwegen
30. 4. Lodz: erstes Judengetto	
	10. 5. Deutscher Angriff im Westen Churchill britischer Premierminister
18. 5. Eupen-Malmedy ins Reich zurückgegliedert	15. 5. Kapitulation der holländischen Armee
20. 5. KZ Auschwitz	28. 5. Kapitulation Belgiens
	4. 6. Britisch-französische Truppen aus Dünkirchen gerettet
	5. 6. Beginn der Schlacht um Frankreich
	10. 6. Kapitulation der norwegischen Armee Kriegseintritt Italiens
	15.–17.6. UdSSR besetzt baltische Staaten
	18. 6. de Gaulles »Nationalkomitee der Freien Franzosen« in London
	22. 6. Waffenstillstand Deutschland–Frankreich
	26. 6. Rumänien muß Bessarabien und Nordbukowina an UdSSR abtreten
9. 7. Evang. Denkschrift gegen Tötung »lebensunwerten Lebens«	11. 7. Pétain französischer Staatschef
	19. 7. Hitlers Friedensappell an England
	21. 7. Hitler befiehlt Planung für Ostfeldzug
	31. 7. Entschluß Hitlers: Angriff auf UdSSR
7. 8. Elsaß-Lothringen, Luxemburg unter Zivilverwaltung	13. 8. Deutsche Luftoffensive gegen England
	27. 9. Dreimächtepakt Deutschland–Italien–Japan
22.10. Judendeportationen aus Baden, Saarland, Elsaß-Lothringen	22.–24.10. Treffen Hitlers mit Franco und Pétain
	28.10. Überfall Italiens auf Griechenland
15.11. Warschauer Getto abgeschlossen	12.–13.11. Molotow in Berlin
	18.12. Führerweisung: Angriff auf UdSSR

Innenpolitik, Besatzungspolitik

1941

25.–26.2. Streiks in Holland gegen Judenverfolgung
4. 3. »Volksliste« in Polen
19. 3. Union deutscher sozialistischer Gruppen in London
10. 5. Heß fliegt nach England
12. 5. Bormann Leiter der Parteikanzlei
13. 5. »Barbarossa«-Gerichtsbarkeits-Erlaß
6. 6. Kommissarbefehl
Ab Juni Massenmorde der SS-Einsatzgruppen in der UdSSR
17. 7. Rosenberg Ostminister
28. 7. Strafantrag von Bischof Galen, Münster, gegen Mord an Geisteskranken
31. 7. Göring befiehlt Heydrich »Endlösung der Judenfrage«
3. 9. Vergasung in Auschwitz
19. 9. Judenstern im Reich
29.–30.9. Kiewer Judenmassaker
3.10. Zwangsarbeit für Juden im Reich
16.10. Judendeportation aus Reich
24.11. Getto Theresienstadt
4.12. Polen-Sonderstrafrecht
7.12. Nacht- und Nebel-Erlaß
Dez. Vernichtungslager Chelmno
19.12. Hitler Oberbefehlshaber des Heeres

1942

20. 1. Wannsee-Konferenz: Judendeportation und -ausrottung
8. 2. Speer Rüstungsminister
16. 3. KZ dem SS-Wirtschaftshauptamt unterstellt
17. 3. Vernichtungslager Belzec
21. 3. Sauckel Arbeitseinsatz-Generalbevollmächtigter
26. 4. Reichstag: Hitler »Oberster Gerichtsherr«
18. 5. Vernichtungslager Sobibor
26. 5. Attentat auf Heydrich
26.–31.5. Friedensfühler von Widerstandskreisen
10. 6. Massaker von Lidice
12. 6. Generalplan Ost gebilligt
23. 7. Vernichtungslager Treblinka

Außenpolitik, Kriegsführung

1941

6. 1. Roosevelt verkündet »Vier Freiheiten«
11. 2. Deutsche Truppen in Afrika
11. 3. US-Pacht- und Leih-Gesetz
6. 4. Deutscher Angriff auf Jugoslawien und Griechenland
13. 4. Nichtangriffspakt Japan–UdSSR
17. 4. Kapitulation Jugoslawiens
21. 4. Kapitulation Griechenlands
20.5.–1.6. Eroberung von Kreta
22. 6. Deutscher Überfall auf die UdSSR
27. 6. Kriegserklärung Finnlands an UdSSR
12. 7. Britisch-sowjetischer Militärpakt
Juli, August Kesselschlachten mit Massen sowjetischer Kriegsgefangener
14. 8. Atlantik-Charta
8.9.–18.1.1943 Leningrad belagert
11. 9. Schießbefehl für US-Flotte
27. 9. Kesselschlacht von Kiew beendet
2.10. Neue deutsche Offensive an Ostfront
15.11. Deutsche Offensive auf Moskau
5.12. Sowjetische Gegenoffensive bei Moskau
7.12. Japanischer Überfall auf Pearl Harbour
8.12. Kriegserklärung der USA an Japan
11.12. Deutsch-italienische Kriegserklärung an USA

1942

1. 1. Washington-Pakt: Kein Sonderfriede
18. 1. Militärpakt Reich–Italien–Japan
14. 2. Polnische »Heimatarmee«
26. 5. Deutscher Angriff in Nordafrika
30.–31.5. Auf Köln erster 1000-Bomber-Angriff
28. 6. Deutsche Offensive an Süd-Ostfront
30. 6. Afrikakorps vor El Alamein

1942

27.12. Wlassow-Komitee

23.10. Britische Offensive bei El Alamein
7.–8.11. Alliierte Landung in Nordafrika
11.11. Wehrmacht besetzt Südfrankreich und Tunesien
19.11. Sowjetische Offensive bei Stalingrad

1943

26. 1. HJ-Luftwaffenhelfer
27. 1. Arbeitskräfte-Mobilisierung für Kriegseinsatz
18. 2. Goebbels: »totaler Krieg«
Letztes Flugblatt der Gruppe »Weiße Rose«
13. 3. Bombenanschlag auf Hitler mißlingt
26. 3. Goerdelers Staatsstreich-Denkschrift an Generale
11. 6. Himmler befiehlt Liquidierung polnischer Gettos
1. 7. Juden im Reich unter Polizeirecht
12./13.7. Kriegsgefangene und Exil-KPD: »Nationalkomitee Freies Deutschland«
2. 8. Aufstand in Treblinka
9. 8. Kreisauer Kreis: Grundsätze für Neuordnung
24. 8. Himmler Innenminister
12. 9. Befreiung Mussolinis
Okt. Dänen retten ihre Juden
9.11. Friedensfühler Himmlers über Schweden zu den USA
22.12. NS-Führungsoffizier

14.–25.1. Casablanca-Konferenz: Bedingungslose Kapitulation
27. 1. Erster US-Tagesluftangriff auf Reich
31.1.–2.2. Kapitulation von Stalingrad
13. 4. Katyn-Massengräber entdeckt
19.4.–16.5. Warschauer Gettoaufstand
13. 5. Kapitulation deutscher Afrikaarmee
15. 5. Auflösung der Komintern
24. 5. Abbruch der U-Boot-Schlacht im Atlantik
5.–15.7. Bei Kursk letzte deutsche Großoffensive an der Ostfront
Ab Juli sowjetische Offensiven
10. 7. Alliierte Landung in Sizilien
24.–25.7. Sturz Mussolinis
3. 9. Alliierte Landung in Italien
8. 9. Kapitulation Italiens verkündet
9. 9. »Faschistische Republik Italien«
13.10. Kriegserklärung Italiens an das Reich
18.–19.11. Britische Nachtluftoffensive auf Berlin beginnt
28.11.–1.12. Konferenz von Teheran

1944

29. 1. Bormann-Denkschrift über Zweitehe nach Endsieg
April–Juni Judendeportation aus Griechenland und Ungarn
10. 6. Massaker von Oradour
20. 7. Attentat Stauffenbergs auf Hitler, Staatsstreichversuch scheitert
25. 7. Goebbels Bevollmächtigter für totalen Kriegseinsatz

18.–19.3. Ungarn von deutschen Truppen besetzt
6. 6. Alliierte Invasion in Frankreich
12.–13.6. V-1-Beschuß auf London beginnt
22. 6. Sowjetische Offensive gegen Heeresgruppe Mitte, bald an ganzer Ostfront
30. 7. Alliierter Durchbruch in Frankreich

Innenpolitik, Besatzungspolitik	*Außenpolitik, Kriegsführung*
1944	
1. 8. Sippenhaftung	1.8.–2.10. Warschauer Aufstand
7.–8.8. Erster Volksgerichtshof-Prozeß gegen 20.-Juli-Verschwörer	15. 8. Alliierte Landung in Südfrankreich
	19.–25.8. Aufstand in Paris
	25. 8. Rumänien erklärt dem Reich den Krieg
	29.8.–10.10. Slowakischer Aufstand
	4. 9. Finnland stellt den Kampf ein
	8. 9. Bulgarien erklärt dem Reich den Krieg
16.–21.9. Streik in Dänemark	11. 9. US-Truppen an Reichsgrenze
17. 9. bis Kriegsende Streik holländischer Eisenbahner	11.–16.9. Konferenz von Quebec
25. 9. Volkssturm	3.10. Führerbefehl: Räumung des Südbalkans
16.10. Pfeilkreuzler-Regime in Ungarn	16.10. Ungarn verkündet Waffenstillstand, Horthy abgesetzt
Okt. Himmler befiehlt Einstellung der Judenvergasung	20.10. Tito bildet jugoslawische Regierung
	16.–24.12. Deutsche Ardennen-Offensive
	23.12. Ungarische Gegenregierung
1945	
	1. 1. Kommunistisches Lubliner Komitee wird Provisorische Regierung Polens
	12. 1. Sowjetische Offensive von Weichsel bis Oder
12. 2. Aufruf von Frauen zum Volkssturm	4.–11.2. Konferenz von Jalta
	13. 2. Budapest von Sowjets erobert
15. 2. Standgerichte	13./14.2. Luftangriffe auf Dresden
19. 2. Friedensfühler Himmlers zu Westmächten über schwedische Vermittlung	
	7. 3. Alliierter Rheinübergang bei Remagen
15. 3. Friedensfühler Ribbentrops zu Westmächten über Schweden	
19. 3. Hitlers »Nerobefehl«	
2. 4. Aufruf zum »Werwolf«	1. 4. Ruhrgebiet eingekesselt
11. 4. Selbstbefreiung des KZ Buchenwald	12. 4. Tod Roosevelts, Nachfolger: Truman
15. 4. Alliierte befreien KZ Bergen-Belsen	13. 4. Wien von Sowjets erobert
	16. 4. Sowjetische Offensive auf Berlin
23. 4. Hitler setzt Göring ab	25. 4. Begegnung von US- und Sowjettruppen bei Torgau an der Elbe
	27. 4. Österreich wieder unabhängig
	29. 4. Kapitulation deutscher Italienarmeen Mussolini von Partisanen erschossen
30. 4. SPD-Versammlung in Hannover KPD-Gruppe Ulbricht landet aus Moskau bei Berlin	30. 4. Selbstmord Hitlers
	2. 5. Kapitulation Berlins
	5. 5. Tschechischer Aufstand
7. 5. Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation in Reims	
8. 5. Wiederholung der Unterzeichnung in Berlin-Karlshorst	
23. 5. Verhaftung der Regierung Dönitz	
5. 6. Alliierte übernehmen oberste Regierungsgewalt in Deutschland	
	6.,9.8. Atombomben auf Hiroshima, Nagasaki
	8. 8. UdSSR erklärt Japan den Krieg
	10. 8. Kapitulation Japans

Sachregister

(In Klammern: Anmerkungsziffern)

Personenregister

(In Klammern nach Seitenzahlen: Anmerkungsziffern)

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Aktiengesellschaft
AHS	Adolf-Hitler-Schule
BDM	Bund Deutscher Mädel
BK	Bekennende Kirche
BVP	Bayerische Volkspartei
CSR	Tschechoslowakische Republik
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DC	Deutsche Christen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HJ	Hitler-Jugend
HGr	Heeresgruppe
IG Farben	Interessengemeinschaft Farbenindustrie
KdF	Kraft durch Freude
Komintern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ, KL	Konzentrationslager
Mefo	Metallurgische Forschungs-GmbH
Mill.	Million
Mrd.	Milliarde
Napola	Nationalpolitische Erziehungsanstalt
NS	Nationalsozialismus
NSAP	Nationalsozialistische Arbeiterpartei (im Saarland)
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OB	Oberbefehlshaber
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Pf	Pfennig
Pg.	Parteigenosse (der NSDAP)
ProMi	Propagandaministerium
RAD	Reichsarbeitsdienst
RFSS	Reichsführer-SS
RKA	Reichskirchenausschuß
RM	Reichsmark
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SAP	Sozialistische Arbeiter-Partei
SD	Sicherheitsdienst (des RFSS)
SdP	Sudetendeutsche Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SP	Sozialdemokratische Partei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
StGB	Strafgesetzbuch
US/USA	Vereinigte Staaten von Nordamerika
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNRRA	UNO-Hilfs- und Wiederaufbau-Verwaltung
UNO	Vereinte Nationen
V-Mann	Vertrauensmann (der Geheimpolizei)
VW	Volkswagen
WVHA	Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (der SS)
ZK	Zentralkomitee

Edition Zeitgeschehen